



Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 165 29.10.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Terrorurteile in Peking und Prag gegen Oppositionelle

Dramatische Urteile gegen Oppositionelle in zwei Ländern des „realen Sozialismus“:

— In Peking wurde der „Bürgerrechtler“ Wei Jingsheng zu 15 Jahren Haft verurteilt. Vorgeworfen wurde ihm „antisozialistische Propaganda“ und — eine klassische Parallele zum „Fall Bahro“ — „Verrat militärischer Geheimnisse“.

— In Prag wurden sechs Oppositionelle zu Strafen zwischen fünf und zwei Jahren verurteilt, weil sie ein Komitee zur Unterstützung politischer Gefangener gegründet bzw. unterstützt hätten. Unter ihnen der bekannte Dramatiker Vaclav Havel

(viereinhalb Jahre) und der Trotzist Petr Uhl (fünf Jahre).

Beide Prozesse fanden in der bürgerlichen Presse große Aufmerksamkeit und wurden zur antikomunistischen Propaganda ausgeschlachtet. Im Falle des Peking-Prozesses war es überhaupt das erste Mal, daß ein politischer Prozeß relativ öffentlich und überschaubar abließ. Überwältigt blieb in der bürgerlichen Presse die Tatsache, daß seit Anfang des Jahres in China ohne viel Aufheben mindestens 50 Aktivisten der Kulturrevolution abgeurteilt wurden, wobei in vier Fällen Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt wurden.

Die Prozesse von Prag und Peking

sind in der Linken weithin auf Proteste gestoßen. Gegen die Prager Urteile protestierten u.a. die KP's von Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien. Gegen das Peking-Urteil erhob sogar die „KPD“ Protest.

Die kürzlich erfolgte Freilassung von Bahro zeigt, daß breite und massive Proteste, insbesondere der Linken, etwas bewirken können. In diesem Sinne gilt es, den Kampf weiterzuführen. Dabei sollte sich vor politisch nicht (mehr) so begrenzten Verfolgungen und Gefangenen — wie den Aktivisten der Kulturrevolution in China — die Solidarität der Linken nicht mehr halt machen!

Stammheim-Rätsel aufgeklärt?

Wie der „Spiegel“ (Ausg. vom 29.10.) berichtet, hatte der israelische Geheimdienst Zugang zu bayerischen Gefängnissen. Er konnte dort inhaftierte Palästinenser verhören und sogar unter Drogen setzen. Was er vielleicht sonst noch konnte, kann man sich vorstellen, wenn man sich dessen Arbeitsweise vor Augen hält (die „Erfolgsquote“ des israelischen Geheimdienstes bei der Jagd seiner Opfer durch die ganze Welt ist ohne Beispiel). Ebenso leicht läßt sich schließen, daß auch anderen Geheimdiensten (z.B. den einheimischen) der Zugang zu den Knästen nicht eben schwerer gefallen sein dürfte als ihren israelischen „Kollegen“. Und was in Goppels und Straußens Bayern möglich war, das wird in Filbinger's Baden-Württemberg, in Stammheim, nicht unmöglich gewesen sein. Vor allem, wenn man praktischerweise eine separate Treppe zum Eingang des „Terroristen-Trakts“ zur Verfügung hatte ...



Wahlkongreß in Offenbach

Schlechte Karten für Bunte und Alternative Listen

Am 3./4.11. findet in Offenbach der Programmkongreß derjenigen grünen, bunten und alternativen Listen statt, die an einem Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen 1980 interessiert sind. 2.000 Einladungen sind von den Europa-Grünen (GAZ, AUD, GLU, FIU) zu diesem Anlaß verschickt worden, und die Bunten/Alternativen tätigen gut daran, ebenso intensiv zu mobilisieren.

Auf dem Kongreß werden die Karten allerdings von Anfang an ungleich verteilt sein. Die Grünen haben bereits organisatorische Tatsachen geschaffen (Landesverbandsgründungen in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz; Kreisverbände in anderen Bundesländern), noch bevor die programmatische Diskussion mit den Bunten/Alternativen überhaupt angelaufen war. Auch die Bildung einer „richtigen Partei“ ist bei ihnen bereits ausgemachte Sache, während die Bunten diese Partei nur als gesetzlich leider notwendige Pflichtübung, ansonsten aber überflüssige Struktur ansehen. Daß den Bunten und Alternativen nicht mehr als eine Randrolle zugedacht ist, wird schon an der Planung des Kongresses sichtbar. Den ersten Tag beanspruchen die Grünen für sich allein. Zwar heißt es, man habe noch „Nachlaß“ aus den Europawahlen zu regeln. Tatsächlich stehen aber so wichtige Entscheidungen auf der Tagesordnung wie die Festlegung eines Zeitplans für die Parteigründung und die Behandlung eines Satzungsvorschlags, der nach den Vorstellungen der grünen Strategen auch einen Unvereinbarkeitsbescheid enthalten soll (obwohl die Beschlussfassung über eine Satzung vernünftigerweise einem Gründungskongreß der Partei vorbehalten sein müßte). Am zweiten Tag soll dann (für alle offen) die Präambel eines zukünftigen Programms behandelt werden. Dazu wird eine gemeinsame Programmkommision einen Entwurf vorlegen, der nach dem bisherigen Diskussionsstand weit hinter die inhaltlichen Aussagen der bunten/



alternativen Programme zurückfallen wird, wenn auch möglicherweise die größten konservativen Schritzer durch die Mitarbeit von bunten/alternativen Vertretern daraus ferngehalten werden können.

Machen wir uns nichts vor. Es sieht nicht gut aus für Offenbach. Es ist zu erwarten, daß sich die grüne Konzeption im großen und ganzen durchsetzen wird. Da die Grünen sich zu einem Alleingang ohnehin stark genug fühlen, viele Linke dagegen aus politischem Verantwortungsbewußtsein eine Spaltung auf jeden Fall vermeiden möchten, wird der Ausgang dieser Auseinandersetzung ähnlich sein wie bei der Benennung von Kanzlerkandidaten in anderen Parteien („mit mir oder gar nicht“). Wir und andere Linke werden uns mit die-

ser grünen Partei keinesfalls so identifizieren können wie etwa mit der Bunten Liste Hamburg, der Alternativen Liste Westberlin oder der Grünen Liste Hessen. Unsere Unterstützung bzw. Mitarbeit wird von kritischer Auseinandersetzung begleitet sein müssen. Längerfristig können wir uns allerdings darauf stützen, daß die außerparlamentarischen Bewegungen in ihrer überwältigenden Mehrheit keineswegs „wert-konservativ“, sondern eben radikal-demokratisch sind.

Ein „kritisches Stadium“ würde eine linke Unterstützung für die Grünen allerdings dann erreichen, wenn sich die hier und da geäußerten Vorstellungen durchsetzen sollten, den bayerischen Kanzlerkandidaten gezielt zu verharmlosen und auf jede spezielle Anti-Strauß-Stoßrichtung und Mobi-

lisierung im Wahlkampf zu verzichten. Kein Antifaschist dürfte dann noch davon zu überzeugen sein, 1980 grün zu wählen. Dasselbe gilt für den Fall, daß sich die Grünen tatsächlich den reaktionären Unfug zum § 218 zu eigen machen, der an ihrem rechten Flügel verbreitet wird, oder etwa gegen die Arbeiterschaft gerichtete „Maßhalte“-Forderungen übernehmen.

Programmkongreß der Grünen, Bunten und Alternativen
Offenbacher Stadthalle
Samstag, 3.11., 14.30 Uhr
(nur für Grüne mit Mitgliedskarte)
Sonntag, 4.11., 9 Uhr (offen)

Aus dem Inhalt:

aktuell
Das „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ — und kein Ende! Seite 2

Wahlen
Berichte, Analysen, Beschlüsse aus/zu alternativen und grünen Wahlbewegungen. Seite 4-7

Anti-AKW/Umweltschutz
Giftabstellung in der BRD. Seite 9

AntiFa
Prozeßwelle gegen Antifaschisten im Raum Unna/Kamen. Seite 11

Sicherheitsverwarnung angedroht
(gegen Siegfried Haag und die Angeklagten des „2. Juni“). S. 15

Betrieb und Gewerkschaft
DGB zwischen Anpassung und Widerstand, Strauß-Debatte. S. 17
„Frauen und Malocha“-Treffen Seite 19
Was Lehrlinge so erleben. Seite 21

Frauen
Beiträge zur Ausrichtung der Frauenpolitik im KB. Seite 24 ff
Frauenpartei gegründet und schon heftig umstritten. Seite 26

Schwule/Lesben
Die Schwulenbewegung und die Linke. Seite 31

Kinder
Mutter und Genossin. Seite 31
Interview mit Jürgen Roth zur Lage der Kinder in der BRD. S. 34

Internationales
Militärputsch in El Salvador. S. 42
Eritree lebt und kämpft. Seite 44
Südkorea: Massenproteste gegen Park. Seite 46

...und weitere Beiträge zur Krisen-

debatte auf den Seiten 50-56.
Einen ausführlichen Bericht über die Frankfurter Buchmesse findet man auf den Seiten 57-59.

Die „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ — und kein Ende!

Zwei Jahre nach den durch eine Reihe von „Wundern“ erklärten Todesfällen der Stammheimer und Stadelheimer Gefangenen, versucht die Hamburger Justiz nun bereits im zweiten Anlauf, Zweifel an der staatlichen Version vom angeblichen „Selbstmord“ der Gefangenen mit Gewalt zu unterdrücken. Der erste Versuch war ihr vor einem halben Jahr mißglückt. Damals sollte der ehemals presserechtliche Verantwortliche des ARBEITERKAMPF, Kai Ehlers, wegen der in der Zeitung direkt nach den Ereignissen von 1977 vorgebrachten Zweifel an der staatlichen Version wegen Staatsverleumdung (§ 90a) verurteilt werden. Angesichts erdrückender Beweise für die Verunsicherung der Todesurmittlungen, angesichts von RA Heldmann vorgetragener Beweise für neue Zweifel und angesichts einer breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit und Solidarität zu dem Prozeß hatte die Staatsanwaltschaft es vorgezogen, den Prozeß bereits am Eröffnungstag einzustellen, um das Schweigen um die Stammheimer Ereignisse zu wahren (siehe dazu die Broschüre „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht und „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim““).

Jetzt stehen drei junge Frauen vor Gericht, die ein Flugblatt verteilt haben sollen, in dem es u.a. hieß: „Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordtote, wir glauben vielmehr, daß die drei Gefangenen vom Staatschutz ermordet worden sind.“ Die drei konnten bisher nur eine begrenzte Öffentlichkeit mobilisieren. Das scheint die Hamburger Justiz zu ermutigen, sich für die gegen Kai Ehlers erlittene Schlappe schadlos zu halten. Gleich am ersten Tag wurde die Öffentlichkeit auf Betreiben Richter Graue durch einen generalstabsmäßig ablaufenden Polizeieinsatz im Gericht selbst und anschließend im Gerichtsviertel zu unterdrücken versucht. Die drei Angeklagten wurden gleich mit aus dem Gerichtsbau gedrückt — und anschließend wegen „Nicht-Erscheins vor Gericht“ unter Haftbefehl gestellt, der bis jetzt noch nicht aufgehoben worden ist. Das kommt einer glatten Vorverurteilung gleich.

Zwar hat dieser Prozeßanfang in der Hamburger Öffentlichkeit ein starkes Protest-Echo gefunden, in der überregionalen Presse usw. dagegen — auch in der Linken! — wird der Prozeß nahezu totgeschwiegen. Wir fordern alle unsere Leser/innen auf, anknüpfend an den Prozeß gegen Kai Ehlers vor einem halben Jahr auch diesmal das Totschweigen zu durchbrechen und zur Art der Prozeßführung sowie zu seinem Inhalt breiten Protest zu entfachen. Wir möchten alle Leser/innen anregen, die untenstehende „Erklärung“ zu unterzeichnen und sich für weitere Unterzeichner/innen und Zuschriften an die drei Frauen einzusetzen.

Wir fordern:

- Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Birgit, Concordia und Sigrid!
- Einstellung des Prozesses!
- Disziplinarverfahren gegen Richter Graue!
- Bestrafung der Schuldigen für die Polizei-Krawalle!

Antifakommission KB/Gruppe Hamburg
Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH)

1. Prozeßtag: Polizeieinsatz

Hamburg, den 18.10.79, Saal 192: Beginn des Prozesses.

Man mag es als berechnete Provokation oder als besonderes Fingerzeigegefühl des Richters Graue ansehen: Tatsache ist, daß der 1. Verhandlungstag nicht nur auf den 18.10., dem Todestag von Stammheim angesetzt wurde, sondern auch noch in einem Saal stattfinden sollte, in dem die „Öffentlichkeit“ durch höchstens 20 Leute vertreten sein kann. Besuchern von politischen Prozessen hängt diese immer wiederkehrende Prozedur allmählich zum Hals raus: Da viel mehr Leute da sind als Plätze, geht jedesmal die Clincherei um einen größeren Raum los, die in der Regel mit „Fehlansätze“ endet. So auch am 18.10.: Vor dem Saal sammelten sich ca. 120 Menschen. Zunächst drängten sie — entgegen der von Graue beschränkten Öffentlichkeit — in den Saal. Graue befand daraufhin, alle Prozeßbeobachter (darunter auch Rechtsanwälte und Journalisten) werden wegen „Hausfriedensbruchs“ vorläufig festgenommen. Noch durfte gelacht werden! Trotz dieser Androhung, die mehr als geeignet war, die Stimmung aufzuheizen, verließen — auf ausdrückliche Einwirkung durch die Angeklagten und ihre Rechtsanwälte — alle den Saal wieder. In dieser Situation, als als alle Besucher außerhalb des Saales ruhig auf Graues Entscheidung über die Benutzung eines größeren Saales warteten, ließ Graue mit einem brutalen Polizeieinsatz den Gang räumen. Mit Fäusten, Knütteln, Stiefeln und — wie einige Beteiligte angeben — auch unter Einsatz von „Chemical Mace“, wurden die Menschen aus dem Gerichtsbau gedrückt — darunter auch die angeklagten Frauen selber. Dabei gab es mehrere Verletzte; eine Bremer Journalistin mußte sich wegen des Verdachts auf Fraktur der Kniekehle ins Krankenhaus begeben. In einem Kommentar in Radio Bremen vom gleichen Tag schildert die Journalistin die Szene so:

„Ich stand zu dem Zeitpunkt im Gespräch mit Pressekollegen und Zuschauer direkt am Sitzungsimmer, und ich drängte mich, als die Polizei aktiv wurde, an die Justizwachmeister und zwar schutzsuchend, weil ich Angst hatte. Ich wurde aber von den Justizwachmeistern grob weggedrängt und zwar den Polizisten in die Arme, wurde von ihnen gegriffen und gegen die zum Ausgang Gehenden geschleudert. Ich verlor dabei meine Sachen, stürzte, rappede

mich auf, wurde von hinten an den Haaren gerissen und auf die Treppe geschleudert und dabei am Knie verletzt. Nun besteht Verdacht auf Fraktur der Kniekehle. Anschließend wurde der Prozeß mit begrenzter Öffentlichkeit fortgesetzt und Haftbefehl gegen die drei Frauen wegen „Nichterscheins vor Gericht“ erlassen. Und das, obwohl ihre Anwälte nachweisen konnten, daß die drei den Prozeß führen wollen und gegen ihren Willen aus dem Haus getrieben wurden.

2. Akt: „Wer Essen bestellt hat, möge abbestellen. Ich werde das Lokal räumen. Noch Fragen?“

Dieses denkwürdige Zitat übermittelt O.Löwa in seinem Kommentar aus dem Munde des Einsatzleiters der Polizei im Lokal „Z“, das sich in der Nähe des Gerichtsbau befindet. In diesem Lokal hatten sich Teile der verprügelten Prozeßbeobachter zurückgezogen. Angeblich, so behauptet die Polizei, hatten sich die jetzt mit Haftbefehl „Gesuchten“ dort „verbarrikadiert“. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei, etliche der berüchtigten Schnellschließ-Sonder-Kommandos des Hamburger MEK in Zivil und die Staatsschutzabteilung der Kripo waren im Einsatz. Das ganze Viertel wurde abgeriegelt, Hubschrauber kreisten — ein geradezu generalstabsmäßiger Einsatz. Erst nach längeren Disputen zwischen Anwälten und Lokalinsassen auf der einen und der Polizei auf der anderen Seite konnte der Einsatzleiter davon „überzeugt“ werden, daß die drei Angeklagten nicht im Lokal waren. Anschließend verkündete dieser den „Rückzug der Polizei wie einen Hauptgewinn: „Ich teile hiermit das Ergebnis der Überprüfung mit: die Gesuchten sind nicht hier.“ (O.Löwa z.B.). Damit aber die Sache für die Polizei nicht allzu blamabel ausfiel, inszenierte sie derweil „eine kleine Schuss für die Fotoreporter. Ein Polizist trabte zu einem bereitstehenden Krankenwagen, setzte die Mütze ab, verzog das Gesicht und legte sich dann ein wenig stöhnend in den Wagen, die Kameras klickten. Am Morgen darauf prangte das Foto auf der Titelseite der „Bildzeitung“ („TAZ“, 22.10.) mit der Überschrift: „Hamburg: Straßenschlacht“ und „Prügel, Schreie, Steine — Chaoten holten die Angeklagten raus.“ Von dieser Sicht der Dinge waren die meisten Zeitungskommentare zum Glück um einiges entfernt. So schrieb sogar das Hamburger Abendblatt v.19.10. — in der Sache der Anklage bekanntlich Springer-Meinung — in einem Kommentar: „Kommt alle zum Prozeß“, hatten

die Sympathisanten auf Flugblätter gebeten. Von Gewalt sprachen sie nicht. Tatsächlich kam die Kommandoreserve der Polizei und vertrieb sie mit ihren Schlagstöcken. Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit der Mittel? Bei einem Haftprüfstermin, dem sich die drei „Gesuchten“ Frauen am Freitag stellten, hob Richter Graue lediglich den Haftvollzug auf, den Haftbefehl hielt er aufrecht. Presse- und Öffentlichkeitskritik, sowie vorübergehende Befangenheitsanträge scheinen Richter Graue, „der sich durch sachliche Verhandlungsführung im Huserstil schon einen Namen bei der Hamburger Justiz gemacht hat“ (Ortwin Löwa in der „Umschau am Abend“ vom 18.10.), nicht zu beeindrucken.

2. Verhandlungstag Die Provokationslinie von Richter Graue geht weiter!

Der 2. Verhandlungstag begann schon mit einer Provokation: Vor dem Gerichtsbau wurde jeder Besucher von einem Ser-Trupp Polizei angehalten und gefragt, wohin man wollte. Die Leute, die zum 90a-Prozeß wollten, wurden abgezählt und nur 25 in das Gebäude eingelassen. Erst auf das Drängen von Anwälten gegen dieses unrechtmäßige Vorgehen konnten alle Besucher zumindest in die Halle des Gebäudes. Doch auch diese war von uniformierten und zivilen Polizisten gut besetzt. In den Gängen liefen Polizeipatrouillen, in Gerichtsnähe standen mindestens 10 Mannschaftswagen bereit — das Gericht gleich einer Polizeifestung.

bereit — das Gericht gleich einer Polizeifestung.



Die Öffentlichkeit wird beschränkt

Im Verhandlungssaal, Raum 192, drängten sich etwa 35 Besucher, Presse und interessierte Anwälte. Den Antrag auf Verlegung der Verhandlung in einen größeren Raum lehnte Richter Graue ab. Ca. 80 Menschen mußten vor dem Gerichtssaal warten. Den ersten Teil der Verhandlung bildete die von Richter Graue geschaffene Situation. Von der Verteidigung wurde die sofortige Aufhebung der Haftbefehle gefordert, die bisher nur außer Vollzug gesetzt worden waren. Richter Graue stellte die Behandlung dieses Antrags ohne Begründung zurück. Die Anwälte stellten daraufhin einen Befangenheitsantrag gegen Richter Graue, der sich auf folgende Punkte stützte:

- Das Verhalten des Richters gegenüber der Öffentlichkeit am ersten Verhandlungstag;
- Die Haltung von Graue zu den Vorgängen am 18.10.79 vor dem Gerichtssaal;
- Äußerungen von Graue beim Haftprüfstermin, daß er den Angeklagten mißtraut an der Verhandlung teilnehmen zu wollen;
- Die lange Geschichte des Richters Graue, die von politischen Gesinnungsurteilen geprägt ist. Dies alles lasse Zweifel an einer unparteiischen und fairen Verhandlungsführung und Urteilsfindung zu. Trotz mehrmaligen Drängens der Anwälte unterbrach Richter Graue die Verhandlung nicht. Als ob nichts gewesen wäre ließ er den Staatsanwalt, die Anklageschrift zu verlesen.

Im weiteren Prozeßverlauf wurden 3 Polizeizeugen zu den Ereignissen am 19.10.78 vernommen, die zu der Anklage führten. Es war schon eine Posse, daß keiner der drei die Personalien der Angeklagten aufgenommen haben will und auch keiner weiß, wer das gemacht hat. Keiner weiß, ob, und wenn von wem, den Angeklagten ein Stapel Flugblätter abgenommen worden ist. Die Frage ist offen, ob die Angeklagten überhaupt als die Flugblattverteilerinnen identifiziert werden können.

Erklärung

Die Unterzeichner protestieren gegen den jüngsten Prozeß nach § 90a (Verunglimpfung der BRD). Dieser Zensur-Prozeß stellt einen schwerwiegenden Angriff auf die Pressefreiheit dar. Die Infragestellung unbewiesener Behauptungen der Staatsorgane bezüglich der Ereignisse in Stammheim 1977 soll kriminalisiert werden.

Zugleich ist dieser 90a-Prozeß eine Drohung gegen jede Veröffentlichung, die unliebsame Kritik an diesem Staat äußert. Durch Zensurparagrafen sollen die Kritiker mundtot gemacht werden.

Wir fordern deshalb:
die sofortige Einstellung aller Prozesse wegen 90a;
die Abschaffung der Zensurparagrafen 90a und 88a.

Name Beruf Anschrift Unterschrift

(Alle eingesandten Unterschriften werden auch zu Dokumentationszwecken genutzt — wenn von den Unterzeichner(inne)n nicht ausdrücklich anders vermerkt).

Kontaktadresse: Concordia Jarowoy, Oelkersallee 15, 2000 Hamburg 50

Die „Erklärung“ wurde bisher unterschrieben von: B. Koch, Frankfurt, Rechtsanwalt / Gerhard Bauer, Hochschullehrer, Westberlin / Petra Rogge, Rechtsanwältin, Hamburg / Helmut Mitzke, Soz.Päd., Bremen / W. Senackewald, Bremen / Wolf Beilstein, Journalist, Hamburg / Charlotte Finger, Bremen / Torsten Müller, Musiker, Bremen / Michael Brock, Bremen / Klaus D. Rosen, JVA Lingen / R. Hudeczak, Auzul, Delmenhorst / Brigitte Heinrich, Dipl. Volksw., Frankfurt / Kai Ehlers, ehem. Pressereferent, des Arbeiterkampf, — Gruppen: Initiativgruppe Medizin, Marburg / Kommunistischer Bund / Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) / eine Solidaritätsveranstaltung in Hamburg wurde außerdem getragen von: Freie Arbeiter-union (FAU), Gruppe autonomer Linker Altona (GALA) und KB.

Da dieser Prozeß und die notwendige Öffentlichkeitsarbeit reichlich Geld kostet, regen wir an dieser Stelle auch zu Spenden auf das folgende Konto an:

Spendenkonto: 1044/757 407 Hamburger Sparkasse, Concordia Jarowoy

Spendenkonto: 1044/757 407 Hamburger Sparkasse, Concordia Jarowoy

Ein Hauch von Volksgerichtshof...

Durch die ganze Verhandlung zog sich Richter Graues „Huser“-Verhalten. Nicht nur, daß er jede kleinste Äußerung der Öffentlichkeit sofort mit der Räumung des Gerichtssaals bedrohte, auch die Anwälte und die Angeklagten wurden angeschossen. So sagte er zu den Angeklagten: „Ich habe Ihnen eigentlich nicht gestattet sich untereinander zu unterhalten“. Und Verteidiger Macferr mußte sich anhören, daß er „hier (im Gerichtssaal) gar nicht zu sagen habe“. Eine der schärfsten Diffamierungen aber war die Antwort von Graue auf den Antrag der Angeklagten, mit ihren Verteidigern an einem Tisch sitzen zu können. Dies könne er nicht zulassen, da sonst die Aufrechterhaltung der „Ordnung im Sitzungssaal und ein vernünftiger Verhandlungsablauf nicht gewährleistet“ werden könnten. Er hat es nicht einmal für nötig befunden, seine Entscheidung zu begründen. Zum Schluß der Sitzung hat Graue dann noch verkündet, daß die Haftbefehle nicht aufgehoben werden — ebenfalls ohne nähere Begründung.

Staatsanwalt Klein stand Richter Graue kaum nach. Wenn er auch nicht ganz so provokativ auftritt, böden die beiden doch ein gutes Team. Klein unterstützte die harte Linie des Richters, bestand auf der Aufrechterhaltung der Haftbefehle, schikanierte die Angeklagten, die nach seiner Meinung nicht einmal einen Tisch für ihre Akten bekommen sollten usw. Gegen Staatsanwalt Klein ist inzwischen ebenfalls Befangenheitsantrag gestellt worden. Er hat beim Polizeieinsatz im Gericht am 18.10.79 gesehen, daß eine der Angeklagten von einem „Beamten“ getreten wurde. Klein hat es abgelehnt einzugreifen, als der Polizist sich weigerte seinen Dienstausweis zu zeigen.

Für den nächsten Verhandlungstag ist die Entscheidung über die Befangenheitsanträge zu erwarten.

Nächster Prozeßtermin: 1.11.79

Stroßplatzgebäude Hamburg, Sievingplatz, Raum 192

Solidaritätsveranstaltung mit den Angeklagten

Am 24.10. fand in Hamburg eine erste Solidaritätsveranstaltung statt. Sie wurde getragen von der Freien Arbeiter Union (FAU, Anarchisten), der Gruppe autonomer Linker Altona (GALA) und dem KB und wurde von etwa 300 Leuten besucht. Die drei angeklagten Frauen verlasen ihre Prozeßklärung, in der sie ihre Zweifel an der Selbstmordversion begründen, die Haftbedingungen anprangern, die zur schleichenden Liquidierung von Gefangenen führen, und sie in diesem Zusammenhang auf die Todesstrafepraxis gegenüber Linken hin, wie bei Benno Ohnesorg, Georg von Rauch bis hin zu Elisabeth von Dyck. Kai Ehlers berichtete über seinen Prozeß, die Solidaritätskampagne und die konkrete Erhaltung der Zweifel durch neue Beweise, was schließlich zur Einstellung dieses Prozesses führte. Ein Vertreter der FAU berichtete über den Hungerstreik der Westberliner Gefangenen gegen den Hochsicherheitsstrakt. Ein Anwalt der vier aus Hamburg nach Lübeck verlegten Frauen (Inga Hochstein, Brigitte Aazonk, Christa Eckes und Anne Reiche) forderte eine Untersuchungskommission über deren Haftbedingungen, die sich täglich verschlechtern.

Die Veranstaltung endete mit einem Aufruf, durch eine erneute Solidaritätskampagne auch diesen Versuch der Justiz, die Zweifel zu unterdrücken, entgegenzutreten.

Da freuen sich die Ungläubigen

In einem „Spiegel“-Interview am 22.10.79 antwortete Rudolf Bahro auf eine Frage nach den Haftbedingungen in der DDR u.a. „Im übrigen: die Bundesrepublik und die westliche Welt decken weit Schlimmeres, in Südafrika beispielsweise. Wo gibt es Tote in der DDR? Es ist ganz ausgeschlossen, daß man in einem DDR Gefängnis auf akrobatische Weise „Selbstmord“ begeht. Ganz ausgeschlossen.“ („Spiegel“, 22.10.79)

Nicht vergessen: Immer neue „Wunder“

Im Prozeß gegen Kai Ehlers wegen der „Wunder von Stammheim“ stellte Rechtsanwalt Heldmann einen Antrag auf Beiziehung der Todesermittlungsakten für die Verteidigung, da der Anklageschrift lediglich die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 18.4.78 beigelegt war. Rechtsanwalt Heldmann ließ für das Gericht aber auch für die anwesenden Prozeßbesucher neue und alte Stammheimer Wunder wieder aufleben. Er belegte, daß z.T. wichtige Untersuchungen ausblieben und/oder bei widersprüchlichen Ermittlungsergebnissen diese entweder im Schlußbericht unter den Tisch gefegt oder glattgebügelt wurden. Aus aktuellem Anlaß und zur Erinnerung an die nach wie vor ungelösten „Rätsel“ hier einige Beispiele:

— Die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft datiert vom 18.4.78. Nach diesem Datum gingen 6 weitere Untersuchungsgutachten ein, die natürlich nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

— Ungeklärt ist die Haltung der Todeswaffe von A. Baader. Hier stehen Aussagen des Gerichtsmediziners im Widerspruch zu denen der Spurenauswertung der Kriminalpolizei. Unterschiedliche Ergebnisse gibt es ebenfalls über die Einschußspur in der Wand von A. Baaders Zelle. In Auftrag gegebene Gutachten darüber sind bisher nicht aufgetaucht.

— Was ist los mit den Pulverschmauchablagerungen an A. Baaders rechter Hand? Von diesen Ablagerungen sprechen, wenn auch mit Differenzierungen, alle Gerichtsmediziner. Um zu klären, ob bei der angenommenen Schußposition überhaupt eine Schmauchspur entstehen konnte, wären folgende Untersuchungen notwendig gewesen. Vergleichsschießen mit identischer Munition, Untersuchung der Pistole und der ver-

wendeten Munition. Alles das ist unterblieben. Stattdessen kommt ein Gutachten des BKA vom 15.6.78 zu dem Ergebnis, daß „...keine als Pulverschmauch anzusehenden Anhaftungen erkennbar...“ waren.

— Zur Lage der Pistole von J.C. Raspe haben mehrere Zeugen übereinstimmend und deutlich ausgesagt, daß sie sich in Raspes rechter Hand befand. Die Einstellungsverfügung schreibt das um in: „an der Hand von Raspe.“

— Was war mit dem Stuhl in der Zelle von G. Ensslin? Während die Tatzeugen anfangs durchgehend nicht von einem Stuhl sprechen, kommen die Gerichtsmediziner, die erst nachmittags die Zelle betreten, auf den Stuhl. Spuren, die sich auf dem Stuhl befunden haben können, sind nie untersucht worden. Unklar ist auch geblieben, ob das Elektrokabel, mit dem sich G. Ensslin erhängt haben soll, für eine Erhängung von eigener Hand überhaupt geeignet ist. Materialuntersuchungen und mikroskopische Untersuchungen über Bruch- oder Schneidstellen: Fehlzeige.

— In der Einstellungsverfügung heißt es, die toxikologischen Gutachten (Suche nach Medikamenten, Betäubungsmitteln) hätten mit hinreichender Sicherheit ergeben, daß toxische Einflüsse auszuschließen seien. Dem steht gegenüber die Aussage eines Fachmannes, daß „wenn man nicht gerichtet auf ein bestimmtes Gift sucht, unter Umständen eines übersteht.“

— Im Reich der Wunder verbleibt auch der Sand an Baaders Schuhen. Professor Heidecker sorgte dafür, daß die Schuhe analysiert wurden. Für die Staatsanwaltschaft war damit der Sache Grundgehalt. Untersuchungen gab es keine. (vollständige Rede Heldmanns in „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim““).

Tamara muß eingebürgert werden!

Seit sieben Jahren kämpft die heimatlose Ausländerin Tamara Tschikowani um ihre Einbürgerung.

Sie wurde als Tochter einer Deutschen und eines heimatlosen Ausländers in Flensburg geboren, wo sie seitdem lebt. Geboren wurde sie leider drei Tage zu früh, um sich per einfacher Willenserklärung einbürgern zu lassen. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß sie einen Antrag auf Einbürgerung stellen mußte und so in die Mühlen dieses Staates geriet.

Im Januar 1977 verklagte das Gericht das schleswig-holsteinische Innenministerium, Tamara endlich einzubürgern. Aber die Landesregierung ging in die Berufung. Jetzt — in Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz — wird von Tamara das Bild einer gefährlichen Staatsfeindin gezeichnet, die sich und ihre Gesinnungsfreunde seit geraumer Zeit auf den Terrorismus vorbereiten würde.

Erinnern wir uns an die Vorgeschichte: Nach ca. 2 1/2 Jahren bekam Tamara 1976 den ersten ablehnenden Bescheid: Das schleswig-holsteinische Innenministerium sei nicht gewillt, sie einzubürgern, da erhebliche Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestünden, vermutlich sei sie Mitglied des KB (Kommunistischer Bund). Tamara wehrte sich und klagte gegen den Landesinnenminister. Im Prozeß Januar '77 vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht wurden an 19 Punkten Verfassungsschutz-„Erkenntnisse“ gegen Tamara aufgeführt, die ihre angebliche Verfassungseindlichkeit beweisen sollten, darunter Tadel aus der Schulzeit von 1970.

Das Gericht bezog sich bei der Beurteilung der „Verfassungsloyalität“ ständig auf Berufsverbote. Demgegenüber betonte Tamaras Anwalt Stephan Claus (Kiel), daß es hier nicht um eine Einstellung in den Staatsdienst geht, sondern lediglich darum, daß Tamara die Staatsangehörigkeit des Landes erhält, in dem sie geboren ist. Nicht deutsch an ihr sei letztlich nur der Name. Alles in allem richteten dem Gericht die vom Landesinnenministerium aufgestellten Behauptungen nicht aus. Es verurteilte das Landesinnenministerium dazu, Tamara einzubürgern.

Der Landesinnenminister ging in die Berufung. Zusätzlich schaltete sich der Vertreter des öffentlichen Interesses in den Prozeß ein, der ausdrücklich auf die Anwendung des Radikalenerlasses auf diesen Fall hingewiesen hatte. Seit der Berufungsbegründung wurde das Oberverwaltungsgericht ständig mit neuen „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes über Tamara bombardiert, darunter ein Schreiben, in dem detailliert über die Verhältnisse in Klasse und Elternhaus von Tamara und ihren Mitschülerinnen Anfang der 70er Jahre berichtet wurde. Auszüge



Tamara Tschikowani

daraus veröffentlichte Tamara in einer persönlichen Erklärung an den SPD-Landesparteitag 1978.

Sie schrieb: „Sind Sie mit 17 Jahren nach der Schule auch des Öfteren mit Freunden weggegangen? Hatten Sie auch eine Direktorin, die Sie nicht mochten? Haben Sie auch schon mal einen Tadel bekommen, weil Sie frech waren gegenüber einem Lehrer, der Sie auf dem Kieker hatte? Oder hatten Sie womöglich einen Freund oder eine Freundin, die der APO angehörte? Dann können Sie sicher sein, daß auch über Sie beim Verfassungsschutz eine Akte geführt wird!“

Schon dieser VS-Bericht machte erschreckend deutlich, in welchem Ausmaß kritische, engagierte Menschen bereits in der Schule bespitzelt werden.

Mittlerweile liegt zur Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz ein neuer Schriftsatz des Landesinnenministeriums vor, der alles bisher bekannt gewordene in den Schatten stellt. Vier Tage vor dem endlich für den 2. Oktober dieses Jahres anberaumten Verhandlungstermin vor dem OVG Lüneburg wurde dieser Schriftsatz eingereicht, so daß der Termin aufgehoben wurde, um Tamara Anwalt Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Mit diesem Schriftsatz wird Tamara zur „gefährlichen Staatsfeindin“ erklärt, die im KB des nördlichen Schleswig-Holstein seit 1974 „führende Funktionärin“ sein soll, die starke Sympathien für die RAF hegt und die sogar die Organisation des KB in Flensburg auf das Abgleiten in den Terrorismus vorbereite. Das Ganze wird hinterlegt mit wahllos zusammengeschusterten „Erkenntnissen“ aus dem Organisationsleben des KB, die den Eindruck einer lückelosen Überwachung erwecken sollen nach dem Motto: Wir wissen alles! Big brother is watching you! Beweis? In dem Schriftsatz wird eine Liste von angeblichen „Zeugen“ benannt, „die in wechselnder Zusammensetzung an den im einzel-

nen genannten Zusammenkünften und Gesprächen teilgenommen haben“ sollen, bzw. „die Tamara T. persönlich kennen und daher als Zeugen für die Teilnahme der Tamara T. benannt werden.“

In einem Informations schreiben Tamaras vom 12.10. heißt es dazu: „Das kann wohl nur als Hinweis darauf verstanden werden, daß der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz nicht nur mich, sondern über 20 andere Personen jahrelang bespitzelt hat. Oder woher stammen die Namen sonst?“

Neben dem ungeheuerlichen Ausmaß der Bespitzelung, das hier zum ersten Mal in solchem Umfang deutlich wird, ist die politische Funktion solcher VS-„Erkenntnisse“ in Tamaras Fall eindeutig. Sie schreibt selbst: „Man will mich fertig machen und politisch isolieren... Die Logik des Verfassungsschutzes ist leicht durchschaubar: mit 16 Jahren den ersten Tadel, mit 26 Funktionärin, jederzeit bereit, in den Terrorismus abzuweichen, und mit 36 ??? So baut man eine Staatsfeindin auf und die kann nun wirklich nicht Deutsche werden, im Gegenteil: Solche Leute muß man betatschen loswerden, und wer mit ihr „sympathisiert“, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, potentielle Staatsfeinde zu unterstützen.“

Vergegenwärtigt man sich noch einmal den Anlaß dieses Verfahrens, so geht es hier um die Auffassung der CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein, Kommunist sein, sei undeutsch! Einer Frau, der vorgeworfen wird, Kommunistin zu sein, soll ein elementares Grundrecht, nämlich die Staatsangehörigkeit des Landes, in dem sie geboren wurde, verweigert werden. Damit wird Tamara vogelfrei erklärt, und nicht nur sie! Sollte diese Rechtsauffassung sich durchsetzen, wie weit sind wir dann davon entfernt, daß Kommunisten, Schwule und dann auch Gewerkschafter, Sozialdemokraten usw. wieder zu un deutschen Elementen erklärt werden wie derzeit die Juden?

Daß die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung hier ein Beispiel statuieren will, macht die Solidarität aller Demokraten um so dringender erforderlich. Tamara hat die bisherigen Vorfälle und die Unterstützung durch Persönlichkeiten aus SPD, SSW, Frauenbewegung, Kirchenkreisen und der Liste für Demokratie und Umweltschutz in einer Broschüre dokumentiert. Sie ist gegen Vorkasse für 2,- DM unter der Adresse:

T. Tschikowani — Kirchberg 3
2391 Handewitt (Tel. 0461/73074) erhältlich.
Um ihren Fall publizieren zu können, und für den Prozeß ist Tamara auf Spenden angewiesen.
Sonderkoste: „Einbürgerung“ T. Tschikowani, Kreisparkasse Flensburg 405 299



Die Nazi-Henker freisprechen, heißt die jüdischen Opfer ein weiteres Mal verhöhn.

Eichmann, on t'a en Lischka, on t'aura

„Eichmann, dich haben wir gekriegt — Lischka, dich kriegen wir noch!“ Dies war eine der Parolen, die von französischen Juden zur Eröffnung des Prozesses gegen die NS-Verbrecher Lischka, Hagen und Heinrichsohn am 23.10. in Köln gerufen wurden. Rund 250 waren es, die mit dem Ehepaar Klarsfeld zusammen nach Köln gekommen waren und eine Verurteilung der drei forderten, die für die Deportation der französischen Juden nach Auschwitz verantwortlich waren. Der Arbeit der Klarsfeld ist es nicht nur zu verdanken, daß dieser Prozeß (mit 35jähriger Verspätung) überhaupt stattfindet, sondern auch, daß zu seiner Eröffnung eine angemessene Öffentlichkeit anwesend war. Denn die Mobilisierung westdeutscher Antifaschisten kann man nur als äußerst mäßig bezeichnen (höchstens 50).

Der Prozeß begann mit einem schrillen Skandal. Obwohl allgemein bekannt war, daß aus Frankreich zahlreiche Juden als Prozeßbeobachter anreisen würden, stellte das Gericht nur einen kleinen, knapp 50 Menschen fassenden Saal zur Verfügung. Da bei der Zuteilung der wenigen Plätze zudem noch die Presse und natürlich zahlreiche zivile „Schützer“ aller Art bevorzugt wurden, waren die Demonstranten fast vollständig von einer Teilnahme ausgeschlossen. Die aus Paris angereisten wurden mit der Lüge abgespielt, man habe keinen größeren Raum zur Verfügung. In Wirklichkeit fand zur gleichen Zeit nebenan in einem weit

größeren Saal (über 100 Plätze) der Herstatt-Prozeß mit exakt drei Zuschauern statt. Man hätte also ohne weiteres die Räume tauschen können. Offenbar begreift die westdeutsche Justiz NS-Verbrechen aber eher als eine Art „Kavaliersdelikt“, wo man „die Straße“ (so der vorsitzende Richter) fernhält.

Beim Versuch, in das Gerichtsbäude zu kommen, wurde dann Polizei gegen die jüdischen Demonstranten eingesetzt, wobei einer von ihnen verletzt wurde (die Polizei gab ebenfalls Verletzte an). Die Ausländer konnten also einen durchaus treffenden Eindruck vom „Modell Deutschland“ mit nach Hause nehmen.

Der Prozeß selbst begann mit der Verlesung der Anklageschrift, die die Altnazis wegen Beihilfe zum Mord an 73 000 Juden beschuldigt. Die Angeklagten hätten allerdings, wie der Staatsanwalt meinte, nicht in „bewußter und gewollter Zusammenarbeit mit der NS-Spitze“ gehandelt und es sei ihnen keine Täterschaft nachzuweisen. Wo das hinführt, ahnt man schon. Die Präsenz der jüdischen Antifaschisten und ihre auch im Gerichtssaal unüberhörbaren Rufe („Lischka — Mörder, Heinrichsohn — Mörder, Hagen — Mörder!“) werden es der Justiz allerdings schwer machen. „Dieser Prozeß wird nicht enden wie der Maydanek-Prozeß“, versicherten die französischen Juden. Wir sollten sie dabei tatkräftig unterstützen.

Ein Teilnehmer an der Protestaktion in Köln

Sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!

Seit nunmehr 7 Jahren kämpft die heimatlose Ausländerin Tamara Tschikowani aus Flensburg um ihre Einbürgerung. Sie will nicht Beamtin werden. Sie will nur die Staatsangehörigkeit der DDR, wo sie als Tochter eines heimatlosen Ausländers und einer Deutschen geboren wurde. Wäre sie 3 Tage später geboren, wäre sie ohne Gerichtsverfahren — durch eine einfache Willenserklärung — heute Deutsche.

Tamara wird vorgeworfen, Kommunistin zu sein. Aber Kommunist sein, ist nach dem Willen der schleswig-holsteinischen Landesregierung „undeutsch“. Für Kommunisten scheinen die Grund- und Menschenrechte keine Geltung zu haben.

Der „Fall Tamara“ wirft ein Schlaglicht auf die Methoden des Verfassungsschutzes, auf dessen „Informationen“ sich die schleswig-holsteinische Landesregierung stützt, und das Ausmaß der Bespitzelung in unserem Land. Um Tamaras angebliche Gefährlichkeit nachzuweisen, wurden im letzten Prozeß u.a. Angaben aus ihrer Schulzeit verwandt, z.B. Tadel, die sie als Siebzehnjährige erhielt. Nunmehr, in Vorbereitung einer weiteren Prozeßinstanz, wird versucht, das Bild einer gefährlichen Staatsfeindin zu zeichnen, die sich und ihre Gesinnungsfreunde seit geraumer Zeit auf den Terrorismus vorbereiten würde. Der Landesregierung scheinen alle Mittel recht zu sein, um Tamaras Einbürgerung zu verhindern!

Diese Praktiken schaffen ein Klima der Angst und Einschüchterung, was nicht nur Tamara trifft.

Wir fordern die sofortige Einbürgerung von Tamara Tschikowani!
Schluß mit Bespitzelung und Geheimschneiderei!

Unterzeichner

Jürgen Reents (Verleger, Hamburg)
Mitgliederversammlung der GLH vom 21.10. in Wielfersheim
Alexander Schubart (Jurist und OTV-Vertrauensmann)
Michael Will (Geschäftsführer, Darmstadt)
Joachim Schöner (Dozent, Wiesbaden)
Jutta Dittfurth (Dipl.-Soziologin, Frankfurt)
Sylvia Velten (Betriebsrätin, Butzbach)
Maria Habermann (Studiendirektorin a.D., Husum)
Reinhard Winkler (Berufsvorbereitung, DFG/VK Flensburg)
Liste für Demokratie und Umweltschutz (Sprecherrat)
Kurt Werner Hamann (Erzieher, Betriebsratsmitglied)
Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller)
Jungsozialisten Schleswig-Holstein (Landesvorstand)
Norbert Gansel (Bundestagsabgeordneter der SPD)
Edith Mecke-Harbeck (Vorsitzende der ASF Schleswig-Holstein)
Birgit Hoske (Vorsitzende der Jugendgruppe des SSW in Flensburg, Studentin)

Malve Lehmann (Pastorin in Flensburg)
Holmer Gertz (Pastor in Flensburg)
Eva Rath (Frauenpartei)

Kai Ehlers (Journalist, Hamburg)
Gerd Wasmund (Rundfunkredakteur)
Gunnar Winckelmann (Journalist, Flensburg)
Bernd Engelbrecht (Journalist, Flensburg)
Gundolf Semmler (Pastor in Flensburg)
Lars Hennings
Rainer Trampert (Betriebsrat bei Texaco)
Jürgen Prittin (Asta der Uni Göttingen)
Bunte Liste Hamburg (Vorstand)
Iona Kiene (Abgeordnete der Bunte Liste)
Christina Kukiela (Abgeordnete der Bunte Liste)
BUU Hamburg (Sprecherrat)

GLH verteidigt radikaldemokratische Politik

Am 21.10. führte die Grüne Liste Hessen eine weitere hessenweite Mitgliederversammlung zum Thema Bundestagswahlen durch. Dabei zeigte sich, daß früher vorhandene grundsätzliche Bedenken gegen eine Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen eher der Fragestellung wichen, wie denn ein Wahlbündnis nun wirklich aussehen würde, und welches Selbstverständnis diesem zugrunde liegen würde. Berichte über die verschiedenen grün-bunten „Spitzentreffen“ der letzten Zeit und die dort geführten Debatten über Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Doppelmitgliedschaftsverbote defen schärfer Widerspruch und Kritik hervor. Der anwesende Milan Horacek wurde eindringlich befragt, wie er es selbst eigentlich mit der Mitarbeit von Kommunisten halte. Er verstand es jedoch, immer wieder mit allgemeinen statements einer präzisen Antwort auszuweichen. Kritik wurde auch an der These der Grünen geäußert, alle Prinzipien einer grünen Alternative müßten sich letztlich auf die Ökologie beziehen. Alexander Schubert meinte, so wichtig ihm die Ökologie sei, so wenig könne er dem Kampf gegen Berufsverbote, Kontaktsperregeetze usw. aus einer wie immer gearteten 'Ökologie' ableiten. Von seiten des KB wurde vor einem "run auf die Parlamente" gewarnt, da bei den Grünen vom außerparlamentarischen Kampf immer weniger die Rede sei. Auch "KPD"-Genossen

beteiligten sich (im Unterschied zur Anbieterungspolitik ihrer Partei anderswo) an der Kritik, konnten sich allerdings auch in Hessen nicht verkneifen, vor Abrüstungsforderungen zu warnen. Praktisch einstimmig wurden die Diskussionsergebnisse in einer Resolution festgehalten, die wir vollständig abdrucken (da der Text bezeichnenderweise in der "taz" z.B. unterschlagen wurde). Die GLH wird ihre Haltung zu einer Bundestagswahlbeteiligung davon abhängig machen, ob die

von ihr benannten Voraussetzungen erfüllt werden.

In guter alter Tradition drückte die GLH auf ihrer MV ihre Solidarität mit Opfern der Repression aus: Brigitte Heinrich, die in einem "Terroristen"-Prozess angeklagt ist; Tamar Tachikowani, der die BRD-Staatsbürgerschaft verweigert wird, und Peter Paul Zahl. Ob das bei den Grünen auch so möglich sein wird?

KB/Gruppe Frankfurt

Beschluß der GLH-Mitgliederversammlung vom 21.10.79 in Wölfersheim

Die Mitgliederversammlung der GLH empfiehlt allen Mitgliedern und Anhängern unserer Liste dringend die Teilnahme an dem grün-bunten-alternativen Programmkongress am 3./4.11.79 in Offenbach. Dort werden wesentliche Vorentscheidungen über eine alternative Kandidatur zu den Bundestagswahlen 1980 fallen. Zur Frage einer Bundestagswahlbeteiligung gibt es in der GLH unterschiedliche Auffassungen. Ohne uns jetzt schon festzulegen, ist es notwendig, aktiv an diesem Diskussionsprozeß teilzunehmen. Dabei geht es um die Schaffung einer optimalen Öffentlichkeit, die in diesem Fall selbstverständlich sein sollte.

Die GLH erwartet von einem grün-bunten-alternativen Bündnis nicht nur ein radikal-ökologisches sondern auch ein radikal-demokratisches Selbstverständnis. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, noch einmal unser umfassendes Ökologieverständnis und die daraus resultierenden Forderungen darzulegen, sondern möchten auf die folgenden – derzeit kontrovers diskutierten – Punkte hinweisen, die für uns ebenso Voraussetzungen für eine wie immer geartete Teilnahme der GLH an einer Bundestagswahlbeteiligung wären:

- Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, was für den Bundestagswahlkampf konkret die anstehende Aufhebung von Berufsverböten, Kontaktsperregeetzen, §§ 88a, 90a, 130a StGB, Strafprozessänderungen, die die freie Verteidigung einschränken, anderen sogenannten Antiterrorgesetzen bedeutet.
- Verteidigung der Forderungen der Frauenbewegung nach gleichberechtigter, vor allem das Recht auf Abtreibung, das derzeit wieder von kirchlicher Seite massiv angegriffen wird.
- Offensives Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Minderheiten und gegen jede Diskriminierung – sei es von Ausländern, von Schwulen, Lesben oder anderen.
- Ablehnung antikomunistischer Unvereinbarkeitsbeschlüsse, auch wenn sie in einem verklausulierten Doppelmitgliedschafts-Verbot Eingang finden sollten.
- Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen wie nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.
- Wir verteidigen das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Die Herrschenden stampfen diejenigen, die Widerstand leisten, zu Gewalttätigen. In dieser Gesellschaft wird jedoch tagtäglich Gewalt angewendet. Sie geht vom herrschenden System aus. Demgegenüber streben wir eine gewaltfreie Gesellschaft an, in der die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und Gewalt von Menschen gegen Menschen aufgehoben ist.

Alles andere würde unseren Essenzialien widersprechen und im übrigen weit hinter den erreichten Stand der Basisbewegung zurückfallen. Darüber hinaus wird die GLH auf dem Offenbacher Kongress offensiv für ihre Grundsätze eintreten.

Freiheit für Peter Paul Zahl

„Wir begrüßen es, daß Rudolf Bahro nach über zweijähriger Haft endlich in Freiheit ist und heißen ihn in der Bundesrepublik willkommen. Bei aller Freude darüber möchten wir auf das Schicksal eines anderen Schriftstellers aufmerksam machen, der ebenfalls allein wegen seiner unbeugsamen Gewinnung zu 15 Jahren Haft verurteilt ist. Es handelt sich um Peter Paul Zahl. Wie es heißt, soll die Bundesrepublik angeblich der „demokratischere“ deutsche Staat sein. Wir warten also auf eine Amnestie auch bei uns.“

Grüne Liste Hessen (MV vom 21.10.)
SJD - Die Falken/
Unterbezirk Frankfurt

SB-Tagung zur Wahlfrage

Unter dem Titel „Strauß und die Folgen“ veranstaltete die Zeitung des Sozialistischen Büros „links“ am 20. Oktober in der Nähe von Frankfurt ein halb-internes SB-Treffen mit einigen Gästen bzw. Beobachtern („taz“, „AK“, „RF“, „Euro-Grüne“). Über die Teilnehmerzahl von nur 80 Genossen waren die Initiatoren etwas enttäuscht; dennoch dürfte die Tagung nicht unwesentlich für die weitere Diskussion im SB gewesen sein.

Die Spannung war freilich an diesem Samstag zu einem guten Teil schon verpufft, da am Vortag bereits in der „taz“ ein Interview mit Willi Hoss (Betriebsrat bei Daimler-Benz-Unternehmens, „plakat-Gruppe“) erschienen war, in dem dieser sich für eine Teilnahme an einem alternativen Wahlbündnis ausspricht.

Dieses Votum bedeutet für die grün-bunten Listen einen kleinen „Erdbeben“, zumindest aber eine große Chance. Denn erstmals signalisiert sich damit die Bereitschaft einer maßgeblichen (wenn nicht überhaupt der stärksten) Arbeiteropposition in der BRD, ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand auf die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt auszuweiten.

Die Diskussion wurde mit Thesen von Andreas Buro und Dany Diner eröffnet. Buro vertut im wesentlichen die Position, wie sie der Arbeitsausschuß des SB bei allen letzten Wahlen eingenommen hatte. Auf lange Sicht sei eine grundsätzliche Alternative gegenüber den etablierten Parteien notwendig; diese müsse anstreben, mit der SPD einen sozialistisch-sozialdemokratischen Block zu bilden. In der Bundesrepublik sei ein schneller „sozialrevolutionärer Umschwung“ jedoch nicht zu erwarten. Deshalb solle man sich nicht scheuen, SPD zu wählen, da zu einem CSU/CDU-Regime doch signifikante, qualitative Unterschiede bestünden. Die Basis alternativer Politik werde nicht durch Wahlstimmen geschaffen, sondern durch den Aufbau neuer Strukturen und Lebenszusammenhänge.

Diner hielt dem entgegen, daß wir uns momentan in einer Situation („Ende der Nachkriegszeit“) befänden, in der die „politischen Karten neu verteilt“ würden. Diese neue Situation sei einerseits durch die Strauß-Kandidatur, andererseits durch das Anwachsen der Ökologiebewegung (unabhängig voneinander) geschaffen worden. In dieser Situation könne die Wahlfrage nicht mehr so „abstrakt“ wie früher diskutiert werden. Es komme darauf an, daß die Linke ihre Handlungsfähigkeit wieder gewinne. Es bestünde zwar die Gefahr, mit einer alternativen Wahlbeteiligung letztlich Strauß zur Macht zu verhelfen. Andererseits seien zwei bis drei Prozent der Grünen und Bunten ohnehin nicht mehr bereit, SPD zu wählen. Diesen Sockel müsse man versuchen, auf fünf Prozent aufzustocken.

Im folgenden wurde die Position von A. Buro von mehreren lokalen SB-Gruppen scharf angegriffen (Tübingen, Erlangen, Saarbrücken). Letztlich stünde das Überleben des SB auf dem Spiel, wenn man bei den Grün-Bunten-Alternativen weiterhin Entschlossenheit über die Tübingen vertreten die Position, eine neuerliche Unterordnung unter das „kleinere Übel“ und Aufgabe einer eigenständigen Alternative könne möglicherweise schlimmer sein, als das Risiko einzugehen, durch eine eigene Wahlbeteiligung die FDP aus dem Parlament zu kanten und eventuell Strauß an die Macht zu bringen. Aufgabe des SB müsse es sein, die Ökologiebewegung einerseits und neue Oppositionsansätze in den Gewerkschaften andererseits zu einem alternativen Block zusammenzuführen. Es ginge aber auch darum, eine Situation zu beenden, wo die Grünen ersatzweise „linke Leerstellen auf der Wahlkarte“ besetzen. Es sei opportunistisch, „unter Selbstaufgabe die Grünen als neue APO (zu) feiern“. Die Tübingen formulieren daher Mindestforderungen radikaldemokratischer und gewerkschaftlicher Art an den programmatischen Inhalt eines solchen alternativen Blocks.

In ähnlicher Weise fordern die Erlanger SB-Genossen dazu auf, „in der Wahlpartei, die Grünen eine Fraktion basisdemokratischer Sozialisten zu bilden“. Chancen, die fünf Prozent zu überwinden, seien vorhanden, „wenn sehr viele Grüne, Bunte, Linke und Alternative darin mitmachen, besonders alle „vernünftigen“ linken Fraktionen und Gruppen“. Grundsätzlich könne durch stärkeres Mitmachen der Linken und „argumentatives Auftreten an der Basis“ zurückgedrängt werden. Zusätzlich formulieren die Erlanger nach dem Vorbild „über“ kommunales Grüne Liste Kriterien für Funktionsträger innerhalb einer solchen Wahlliste (imperatives Mandat,

keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse u.a.). (Aus Thesenpapieren dieser beiden SB-Gruppen.)

Wie das Leben so spielt (...), dominierten in der Diskussion jedoch nicht diese „Basispositionen“ (die sicherlich auch weder in der „taz“ noch in der „links“ abgedruckt werden), sondern mehr die „universitäre Intelligenz“. Dabei ergab sich jedoch eine bisher unbekannte Differenzierung im SB. Eine Gruppe um Dany Diner drängte auf stärkere Interventionen des SB und setzt darauf, daß sich anlässlich des SPD-Parteitag im Dezember in Westberlin weitere Kräfte von der SPD absetzen werden (Atombeschlüsse). Buro und E. Jahn warnen dagegen immer wieder vor den katastrophalen Folgen, die es hätte, wenn man in irgendeiner Weise zur Machtübernahme von Strauß beitrage. In diesem Diskussionszusammenhang begründete ein Vertreter des Westberliner SB eine Teilnahme an einem Wahlbündnis gerade damit, daß die SPD- und DGB-Führung den Widerstand gegen Strauß z.B. in den Gewerkschaften mit allen Mitteln zu blockieren versuche.

Die Debatte wurde dann dadurch überlagert, daß Rudi Dutschke mit seinem bereits anderweitig erprobten Standard-Beitrag gegen die K-Gruppen (KB und „KPD“) die Differenzen zwischen den Grünen, Bunten und Alternativen in die Sitzung trug. Er sparte wie üblich nicht an Demagogie, dafür umso mehr an Belegen. Er wandte sich gegen eine „pseudolinks Dämonisierung von Gruhl“ vor allem durch den KB; denn Gruhl sei im Unterschied zu den Linken auf der Höhe der Zeit. Sozialistische oder kommunistische Positionen dürften nur geduldet werden, sofern sie sich auf Rosa Luxemburg berufen (die würde sich dafür bedanken!); jede Art von Leninismus sei dagegen auszuschließen. Im übrigen gäbe es Unvereinbarkeitsbeschlüsse „programmatrischer Art“ schließlich bei jeder Partei. Dies alles ist hinlänglich bekannt und braucht hier nicht weiter berichtet zu werden. Bemerkenswert ist aber, daß sich Dutschke ebenso wie ein anwesender „taz“-Grüner mit Vehemenz gegen eine spezifische Anti-Strauß-Stöhrung linker Politik in diesem Wahlkampf aussprach. Dutschke: „Diese Bräutungen von DKB, KB und KPD (!) treiben dem Strauß doch nur die Arbeiter in die Arme.“ Manuel B. („taz“): „Den Vorschlag einer SB-Initiative gegen Strauß halte ich für ganz dubios. Das hat in Essen, Köln und Bremen doch nur der SPD genutzt.“ Auch in dieser Frage scheint sich Gruhl bei seinen Linken also durchgesetzt zu haben.

„taz“ manipuliert

Die „taz“ hat als Tageszeitung den unersetzlichen Vorteil, drei Tage vor dem ARBEITERKAMPF über solche unersetzlichen Vorteile, drei Tage vor dem ARBEITERKAMPF über solche Anlässe berichten zu können (Ausgabe vom 26.10.). Sie hat den Nachteil, von Leuten redigiert zu werden, die sich nicht scheuen, durch dezente Manipulationen den Leser auf ihren (grünen) Kurs zu bringen. Einige wenige Beispiele:

Die „taz“ schreibt im Bericht über das SB-Treffen unter der Zwischenüberschrift „Bange machen gilt nicht – Strauß kommt zu früh“, daß „die Kandidatur von Strauß z.Z. ohne große Chancen sei. Die Zersetzung des sozialdemokratischen Modell Deutschland sei heute noch nicht weit genug fortgeschritten“. Dies wird als quasi vereinheitlichte Auffassung auf der SB-Tagung dargestellt. In Wirklichkeit kam ein solcher unsinniger Beitrag von einem „KPD“-Vertreter. Dessen Thesen („Strauß ist durch die Manöver von Kohl und Albrecht zu einer vorzeitigen Kandidatur gezwungen worden“) mögen zwar ins derzeitige Konzept der Grünen passen; auf der Tagung war es jedoch so, daß dem sofort von mehreren SBlern widersprochen wurde (Tübingen, Westberlin).

„Willi Hoss und Rudi wandten sich auch gegen die von KB und KPD betriebene Diffamierung und Dämonisierung von Gruhl. Gruhl habe bereits gezeigt, daß er lernfähig sei“. Was Dutschkes Ausführungen angeht, so ist das richtig. Hoss äußerte sich zum Thema Gruhl wie folgt: Er habe eigentlich keine Sorgen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften. Da die Ursache der Widersprüche im kapitalistischen System liege, könnten diese Kräfte von uns letztlich überzeugt werden, oder sie scheiden aus der Bewegung aus. Zu den Kommunisten äußerte er sich in diesem Zusammenhang nicht. Aber es ist natürlich logisch, daß Dutschke bzw. seine „taz“-Genossen jetzt alles daran setzen, Hoss zu vermarkten.

Ein Genosse des
KB/Gruppe Frankfurt

Treffen zur Landtagswahl in NRW

Ca. 100 Mitglieder und Vertreter aus dem grünen und bunten Spektrum trafen sich am 21.10., um über eine mögliche landesweite Kandidatur zu den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres zu diskutieren.

Die große Mehrheit der Anwesenden sprach sich für eine alternative Kandidatur aus, die das ganze Spektrum der bisherigen Listen umfaßt. Allerdings gehen die Vorstellungen über die Form und die Programmatik einer solchen Kandidatur noch weit auseinander. Während die Vertreter der GAZ wieder Vorreiter einer zwischen Parteigründung mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegenüber den Linken waren, wies die überwiegende Mehrheit der übrigen Sprecher darauf hin, daß eine reelle Chance nur dann besteht, wenn eine einheitliche Liste zustandekommt. Weiterhin kam zum Ausdruck, daß in einer Reihe von Initiativen überhaupt noch nicht über eine mögliche Beteiligung gesprochen wurde, oder sogar Zweifel bestehen, ob die bisherigen kommunalpolitischen Zusammenschlüsse überhaupt zu einer gemeinsamen Kandidatur in der Lage sind.

Von einer Reihe von Sprechern wurde darauf hingewiesen, daß gerade in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit dem größten Arbeiteranteil in der BRD, die Arbeiter- und gewerkschaftlichen Forderungen einen besonderen Platz erhalten müssen. Interessant sind hierzu die Ausführungen eines Vertreters der GLU, Reinhard Engelhardt: „Tatsächliche Unterrepräsentation im Wahlkampf aber wird wohl entscheidend davon abhängen, inwiefern die Wahlprogrammatik einer alternativen Liste sich nicht nur auf die klassischen grünen und bunten Themen beschränkt, sondern hautnah an die Existenzprobleme der ar-

beitenden Bevölkerung herangeht, Arbeitsplatz-, Wohn-, Berufsbildungsprobleme etc. aufnimmt. Für die „grüne“ Propaganda ist vor allem im Ruhrgebiet die Aufrechterhaltung von vornherein deswegen nicht besonders günstig, weil die Menschen in dieser seit Jahrzehnten verdreckten, gesundheitsschädigten und zersiedelten Region sich an solche Umweltge-nimm man sie in ihren Arbeitsplatz- und Existenzsorgen nicht ernst, dann wird man mit der Umweltproblematik keinen Durchbruch erzielen können“. Die Antwort eines Vertreters der GAZ: „Arbeitsplätze

sind für uns kein Argument. Es gibt mehr Lehrstellen als Lehrlinge. Für uns steht die Zerstörung der Umwelt im Mittelpunkt“ (zitiert nach dem offiziellen Protokoll). Diese zynische Antwort zeigt, wie tief die Differenzen innerhalb der Wahlbewegung sind.

Vom Treffen ausgehend wurden Arbeitsgruppen gebildet, wobei die Fragen Betrieb und Gewerkschaft und Bildung/Berufsausbildung einen Schwerpunkt bilden sollten. Das nächste Treffen ist am 21.11., wo über die Frage der Kandidatur entschieden werden soll.

Ratssitzung in Münster: „Große Koalition“ gegen die GAL

Im neuen Rat von Münster ist die Grüne alternative Liste (GAL) mit vier Sitzen vertreten. Die CDU hat die absolute Mehrheit mit 35 Sitzen, SPD und FDP stellen 23 bzw. 5 Vertreter.

Auf der ersten Ratssitzung wurde mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP-Vertreter ein neuer CDU-Oberbürgermeister gewählt. Dafür bekam dann die SPD einen Bürgermeisterposten ab.

Interessant wurde es bei der Besetzung der Ausschüsse. Zuerst wurde wiederum mit allen Stimmen der bürgerlichen Parteien die Sitzzahl des Hauptausschusses auf 24 erhöht, wodurch die absolute Mehrheit der CDU abgesichert wurde. Dann stellte die GAL einen Antrag, die Sitzzahl in einem anderen Ausschuß von 9 auf 10 zu erhöhen, da die GAL nach dem Proportionsverfahren erst in Ausschüssen ab 10 Mitgliedern vertreten

ist. Dieser Antrag wurde mit fast allen Stimmen der CDU, SPD und FDP abgelehnt. Lediglich einige SPDler konnten sich wenigstens zu einer Stimmenthaltung durchringen.

Interessant wird unter diesen Gesichtspunkten die erste Sitzung der Bezirksvertretung Nord. Dort herrscht die für Münster einmalige Situation, daß SPD, FDP und GAL zusammen über eine Mehrheit über die CDU verfügen. Die GAL hat der SPD angeboten, ihren Kandidaten für den Bezirksvorsteher unter bestimmten Voraussetzungen zu unterstützen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird es die SPD aber wohl vorziehen, eher eine Koalition mit der CDU einzugehen, als mit der GAL zusammenzugehen.

Nach einem Bericht der KB-Sympathisanten Münster

Nach den Wahlen in NRW: Repressionswelle bei den Falken

Nach den tollen Erfolgen für bunte und grüne Listen in Nordrhein-Westfalen wird jetzt bei der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ kräftig geholt. Einem hauptamtlichen Sekretär im Bezirksbüro Westliches Westfalen ist bis zum Jahresende gekündigt worden, was einem Berufsverbot gleichkommt. Ihm und drei weiteren Falken droht der Ausschluss aus dem Verband, diverse NRW-Falken haben eine „Rüge“ vom Bezirksvorstand bekommen. Anlaß des Konflikts ist die Mitgliedschaft bzw. Kandidatur von Falken-Mitgliedern auf einer bunten Liste, die einige treue SPD-Anhänger unter den Falken-Funktionären auf die Palme brachte.

Der Konflikt ist schon seit Anfang September offen ausgebrochen, aber erst jetzt in einem „Tagebuch eines Vorgangs“ als Broschüre veröffentlicht worden. Am 6. September forderte der Falken-Unterbezirksausschuß Gelsenkirchen „gegen den bekannten Kandidaten auf bunten - Grünen Listen innerverbandliche Sofortmaßnahmen zu verhängen.“ Im Fall des Bezirkssekretärs, der für die BuLi-Dortmund kandidierte und der hauptamtliche Falken-Funktionär ist, wurden auch „arbeitsrechtliche Sofortmaßnahmen“ gefordert. Auf diesen Antrag schien man nur gewartet zu haben, denn noch am selben Tag erging an vier Falken, die sich als Kandidaten der BuLi-Dortmund aufstellen lassen hatten, ein Schreiben des Unterbezirks Dortmund, in dem ihnen „ein Verstoß gegen die Beschlüsse des Verbandes“ vorgeworfen wurde. Dabei wurde sich in erster Linie auf einen auch bei den Falken existierenden Antikommunismus-Beschluß berufen („die Mitgliedschaft und das Tätigwerden für die Deutsche Kommunistische Partei und anderen Parteien als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit der Mitgliedschaft in der SPD nicht vereinbar“). Diese Falken-Funktionäre gehen soweit, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Ausschusses der vier Genossen aus dem Verband forderte. Damit's nicht ganz so bürokratisch ausieht, schob er eine „politische“ Begründung nach. Ihr Verhalten sei „unsozialistisch“, weil sie gegen den sozialistischen Grundsatz „Freiheit der Diskussion und Einheit im Handeln“ (also SPD-Wahlen, Anm. AK) verstoßen hätten; ihr

Verhalten sei „vom Standpunkt der sozialistischen Pädagogik unverantwortlich“, denn sie hätten als hohe Funktionäre „wichtige Verbandsbeschlüsse bewußt mißachtet.“ Und schließlich übte er auf einigen Seiten Papier noch Salto Mortale, um eine scheinbar linke Kritik an den bunten Listen zustande zu bringen.

Nachdem der Theoretiker Lenz dort analysiert, daß „das Engagement von jungen Arbeitern in diesen Gruppierungen nicht ihren Klasseninteressen (entspricht)“, kommt er zu dem glorreichen Schluß, „daß die SPD trotz ihrer bürgerlichen Politik eine Massenpartei ist, die in der Arbeiterbewegung die politische Führung ausübt. Das Bekenntnis des Verbandes zur sozialdemokratischen Bewegung hat deshalb die Einschätzung zum Ausgangspunkt, daß man sozialistische Politik nicht getrennt von den Arbeitern machen kann (von außen)“... (Lenz-Brief vom 7.10.). Das hört Helmut Schmidt sicherlich gern.

Gegen die Entlassung des einen hauptamtlichen Sekretärs und gegen die bevorstehenden Ausschüsse hat es im Bezirk Westliches Westfalen und inzwischen auch in vielen anderen Bezirken erhebliche Proteste gegeben. Unterschriften wurden gesammelt, Falken-Funktionäre legten aus Protest ihre Ämter nieder und Genoss(inn)en des Bezirksbüros weigerten sich den Schriftverkehr, der mit der Kündigung ihres Kollegen zu tun hat, zu schreiben, zu kopieren und zu versenden. Wieder reagierten maßgebliche Funktionäre wie es in der SPD Brauch ist. Sie drohten „arbeitsrechtliche Schritte“ an.

Es ist also zu erwarten, daß noch weitere „Maßnahmen“ folgen werden. Die Falken, die sich immer gerne das Image eines linkssozialistisch-pluralistischen Verbandes geben, sind auf dem besten Wege, sich einer breiteren Strömung im Verband mit administrativen Mitteln zu entziehen, die die tatsächliche Orientierung auf die SPD durchbrechen will. Das könnte letztlich die Existenz des Verbandes aufs Spiel setzen, denn Befürworter der alternativen Wahlbewegung gibt es nicht nur im aktiven und mitgliederstärksten Westlichen Westfalen, sondern auch in vielen anderen Bundesländern. „Ständen die Befürworter von Kündigung und Ausschlüssen allein da, würde stimmen, was der Volksmund immer behauptet: Die Falken sind die Kinderorganisation der SPD“ (s. „Tagebuch eines Vorgangs“, S. 43).

Eine Broschüre zur innerverbandlichen Diskussion bei den Falken: „Tagebuch eines Vorgangs“ ist erhältlich bei

Marianne Hübner
Stockumerstr. 229
4600 Dortmund 50

Bunte Liste-Treffen in Aurich

„Am 9. Oktober trafen sich etwa 35 Personen aus verschiedenen Initiativen und Gruppen aus Aurich, Emden, Evers, Wittmund, Varel und Wilhelmshaven.“

Schwerpunkt des Abends war das Sammeln von Forderungen und Positionen der verschiedenen Gruppen und Personen... Die Gruppe machte es sich zur Aufgabe, diese in der nächsten Sitzung auszuführen, zu erweitern und zu diskutieren. Dieser Schritt soll zeigen, ob die verschiedenen Initiativen und Gruppen ähnliche oder gleiche Positionen beziehen und eine Zusammenarbeit sinnvoll und erstrebenswert ist. Eine Diskussion über eine mögliche Organisationsform und mögliche Ansatzpunkte und Arbeitsbereiche, wie z.

B. eine Wahlbeteiligung wurde der halb voreerst zurückgestellt...

Außerdem wurde über das demnächst stattfindende erste Bunte-Liste-Treffen in Oldenburg informiert.

Das nächste Bunte-Liste-Treffen in Aurich findet am Mittwoch, dem 17. Oktober 1979, um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Weißer Schwamm“ in Aurich statt.

(Aus der Pressemitteilung des Treffens)

Initiative für eine Bunte Liste Aurich

c/o Bernd Tobiasen
Danziger Str. 44
2932 Zetel 1

Oldenburg

1. Treffen der Initiative für eine bundesweite bunte/alternative Liste

Auf Einladung einiger GLU-Mitglieder fand in Oldenburg das erste offizielle Treffen der Initiative für eine bunte/alternative Liste statt, bei dem ca. 30 Personen anwesend waren. Ein GLU-Mitglied hielt ein Referat zur bisherigen Entwicklung der Wahlbewegung sowie zum aktuellen Stand der Einigungsgespräche zwischen der bunten/alternativen und grünen Wahlbewegung in Hinblick auf die Bundestagswahlen.

Die Diskussion ergab, daß der

überwiegende Teil der Anwesenden zunächst den Schwerpunkt auf die Entwicklung einer aktiven Kommunalpolitik legen will. Es wurde festgestellt, daß der Kreis in seiner Zusammensetzung noch nicht repräsentativ für Oldenburg ist. Es wurde beschlossen, zum nächsten Treffen am 9.11.79 noch einmal alle Initiativen und Einzelpersonen über den „Nordwind“ (Stadtzeitung) einzuladen und zum mitmachen aufzufordern. KB/Gruppe Oldenburg

„Das kleinere Übel wählen, um das größere zu verhindern“?

Ein trauriges Bild bot die Linke auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse in Bezug auf ihre Haltung zu den kommenden Bundestagswahlen 1980. Eine Agitation gegen Strauß gab es lediglich an den Messeständen und Büchertischen der DKP und des KB, die durch Neuerscheinungen („Kandidat Strauß“, „Die Affären des Herrn F. Strauß“, „Strauß – Nein danke“) und Aufkleber gegen Strauß rege Aufmerksamkeit beim Messepublikum erregten. Zwei Veranstaltungen, über die wir hier berichten wollen, hatten die Bundestagswahlen zum Thema und waren gewissermaßen charakteristisch für das Dilemma, in dem sich die meisten Linken befinden.

„Was tun gegen Strauß?“

„lautete die Veranstaltung der Redaktion der Tageszeitung „Die Neue“, die von ca. 150 Leuten besucht war. Podiumsdiskutanten waren L. Gremiza („konkret“), Klaus Thüsing (SPD-MdB), Professor Frank Deppe (Marburger Schule), Martin Buchholz („Die Neue“), Dietrich Habicht Benithin („progress dritte welt“). Darüber hinaus waren gewerkschaftliche Vertreter eingeladen, die kurz vor der Veranstaltung ihre Teilnahme absagten, darunter Christian Götz (HBV) und Gottfried Heil (Landesjugendsekretär des DGB Hessen). Sollte hier das Strauß-Vetter-Komplott eine Rolle gespielt haben? Möglich wäre das schon, denn „Die Neue“ hatte zur Diskussionsgrundlage für diese Veranstaltung ein Interview mit Wolfgang Abendroth in einer Sonderbroschüre veröffentlicht, in dem er scharfe Angriffe gegen die CSU und ihre Spätnachfolger führt, aber auch die antikomunistische Kampagne im DGB verurteilt und von Örtzen als nützliche Idioten der Reaktion bezeichnet.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde von der Redaktion „Die Neue“ beklagt, daß ihre Abonnentenzahl immer noch bei nur 14.000 liegt und somit die Tageszeitung in der Krise steckt. Sie wußten nicht, ob sie die Zeitung noch lange halten könnten. Ein neuer Versuch soll mit einer breiteren und offeneren Diskussion in der Zeitung zu den Bundestagswahlen 1980 gemacht werden, um die Linke für „Die Neue“ zu gewinnen.

Abendroth in der Broschüre abgedruckten Thesen wurden stellvertretend von einem Redakteur der „Neuen“ vorgetragen und sollten als Diskussionsgrundlage der Podiumsteilnehmer dienen: „Allein, daß Strauß zur Wahl antritt, erleichtert es demnach der SPD-Führung, bestehende sachliche Differenzen zur Christdemokratie so weit wie gewünscht zu reduzieren.“

Die Präsentation des Kanzlerkandidaten wird die politische Entwicklung in den nächsten Monaten bestimmen, seine Amtsübernahme scheint da gar nicht nötig. Abendroth hält sie für wenig wahrscheinlich, solange sich die wirtschaftliche Situation nicht dramatisch verschlechtert. Erst bei ungleich stärkerer Depression könnte der starke Mann aus Bayern mit der von ihm vertretenen Politik den wirtschaftlich Mächtigen eine wirkliche Alternative zum starken Mann aus Hamburg werden“ (Broschüre „Die Neue diskutiert: Was tun gegen Strauß?“). Zur Wahlbeteiligung der Linken äußert sich Abendroth wie folgt: „Voraussetzung dafür wäre es allerdings, eine sowohl inhaltlich als auch organisatorisch glaubwürdige Position zu schaffen.“

Ein Bündnis mit anderen Werten, in dem wir die bisherige sektenhafte Abschottung der linken Gruppen und Fraktionen hinter uns lassen, ein Bündnis, das (Beispiel: Position zur Atomenergie bei Grünen und DKP) interne Kontroversen zu ertragen und zu diskutieren in der Lage ist. Alleinige Richtschnur: eine gemeinsame aktive Politik gegen die bundesrepublikanische Rechtsentwicklung, symbolisiert durch die Person Strauß, betrieben aber auch schon durch die Regierung Schmidt. Langfristig, so Abendroth, müßte sich dabei schließlich auch die Frage nach dem Aufbau einer sozialistischen Parteialternative stellen, die dann mehr verkörpert als den bloßen Willensakt einer Gründerversammlung“ (a.B.O.).

Nach diesem Einstieg begann die Debatte auf dem Podium. Gremiza, wohl der ehrlichste Diskutant auf dem Podium, mochte keine SPD-Wahlempfehlung mehr abgeben. Er äußerte sich allerdings besorgt über die Linke in

der BRD, die vor Jahren sicher anders – auch gerade hier auf der Buchmesse – gegen eine Kanzlerkandidatur von Strauß vorgegangen wäre. Ob mit einer derart resignierten Linke eine Alternative zu schaffen sei, wäre sehr fragwürdig. Er sei da sehr ratlos, was wir machen könnten und erwarte eigentlich Anstöße durch diese Veranstaltung.

Thüsing (SPD) war durchaus sehr radikal, solange es gegen die CSU/CDU ging: Strauß bedeute nicht nur drohenden Faschismus, sondern auch Faschismus in der Demokratie. Mehrmals betonte er, daß Eier gegen auf sein Verständnis trafen und verteidigte die „Krawalle“. Seine Hauptintention auf dieser Veranstaltung war aber eindeutig: die Linke muß an die SPD „herangeführt“ werden, denn massive Kritik von außen stärke die Linke in der SPD. Zwischenrufe „Wir wollen aber nicht an die SPD herangeführt werden“, stoppten Thüsing Integrationskurs keineswegs. Als einziger und dazu noch überraschend nahm Deppe zu dem Bremer Wahlausgang Stellung: Mit dem Sprung der Grünen ins Parlament sei ein erster Erfolg errungen, der bei allen Differenzen, die er persönlich hatte, doch erfreulich sei. Eine wirkliche Alternative müßte sich jedoch viel stärker an der Arbeiterbewegung orientieren. Den meisten Rednern war freilich gemeinsam, über die Krise der Linken zu jammern, andererseits aber selbst keine klare Initiative ergreifen zu wollen. Dies wurde auch in einem KB-Beitrag aufgegriffen: Daß schon viel gewonnen wäre, wenn Leute, wie sie hier auf einem Podium sitzen, sich an einer alternativen Wahlinitiative gemeinsam mit Grünen, Bunten und Alternativen beteiligen würden. Das Bündnis „Rock gegen Rechts“ habe beispielsweise vielen Menschen wieder Mut gemacht. Ein derartig breites Bündnis von über 100 Initiativen, Organisationen und Parteien sollte wieder möglich werden zu den Bundestagswahlen 1980. Das kann die Antwort der Linken auf Strauß sein.

„Was sollen wir wählen?“

Das war die Fragestellung einer Veranstaltung der Zeitschrift „Kritik“ (für sozialistische Diskussion). Über 300 Menschen kamen dorthin. „Kritik“ hat ebenfalls ein Sonderheft zu den Bundestagswahlen herausgegeben. Verschiedene Autoren stellen ihre Meinung zur Diskussion: Ilmar Altvater, Ossip K. Flechtheim, Christoph Strässer (Judo-Bundesvorsitzender), Jakob Moneta, Jürgen Reents (KB). Bis auf J. Reents, der nicht eingeladen wurde (Zusatz?), waren alle Autoren und weitere Teilnehmer wie Gerhard Schröder (Juso-Bundesvorsitzender), Bernd Rabehl (Jugendliche, die sich nicht an der Bundestagswahl beteiligen wollen), Bernd Rabehl („Langer Marsch“) eingeladen. Mandel und Moneta hatten den Veranstaltungsort abgesagt. Flechtheim nahm ohne Zweifel die fortschrittlichste Position auf dieser Veranstaltung ein. Ein grün-rot-schwarzes Bündnis (Ökologie, Sozialismus, Gewaltfrei-anarchismus) würde seinen Vorstellungen entsprechen. Er befürchte aber, daß die Fünf-Prozent-Hürde nicht genommen würde. Sollte ein Bündnis nicht zustande kommen, müßten wir zähneknirschend

die Wahl der SPD erwägen. E. Altvater propagierte in erster Linie den Kampf gegen die Fünf-Prozent-Klausel. In keinem europäischen Land seien Wahlen so undemokratisch. Ein linkes Bündnis entspreche auch seinen Intentionen: Er würde die Wahl der SPD als Demonstration der Bedeutungslosigkeit der Linken in der BRD empfinden.

C. Strässer und G. Schröder sprachen sich selbstverständlich gegen eine alternative Wahlbeteiligung aus. Sie kennzeichneten diese sogar als Gefahr und prophezeiten, daß bis 1984 keine öffentliche Diskussion über alternative Wahlbeteiligung mehr möglich sein werde. Mit anderen Worten: Ein alternatives Bündnis stärke Strauß und schwäche die SPD. Die Linke müßte jetzt zur SPD stehen und nicht eine Gleichmacherei von Strauß und Schmidt betreiben. Strauß bedeute für sie einen autoritär-konservativen Staat, Schmidt heiße politische Demokratie, in der oppositionelle Gruppen ohne weiteres legal weiterarbeiten könnten. Die Bremer Wahlerfolge der Grünen stellten sie als eine Besonderheit für die BRD dar, die nicht wiederholbar wäre. Interessant war die Antwort Schröders auf einen KB-Beitrag, in dem er gefragt wurde, ob es wahr sei, daß es im Juso-Bundesvorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluß gibt, an Anti-Strauß-Komitees gemeinsam mit anderen Linken teilzunehmen. Frechdreist wurde darauf geantwortet, wer die SPD wähle und dazu aufrufe, könne selbstverständlich mit den Jusos zusammenarbeiten. Wir (KB) und andere wollten die Jusos nur vor unseren Karren spannen. Als Beispiel konnte Schröder allerdings nur (nicht nachprüfbar) Geschichten über das Verhalten der DKP in Nordrhein-Westfalen bringen. Mit anderen Worten:

Schröder macht Aktionseinheiten gegen rechts von einer Unterstützung der SPD abhängig – eine für einen Sozialisten absurde Forderung (vor allem vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte!).

B. Rabehl findet die Idee einer radikalen Partei gut, dazu müsse aber erst eine Massenbewegung jenseits der SPD bestehen. Heute müßten wir Forderungen an die SPD stellen, ihre Reformpolitik müsse wieder angepackt werden. Die Linke in der BRD wäre zusammen acht bis 15 % stark, sei aber zu zersplittert, um eine Alternative in Angriff zu nehmen. In erster Linie stehe heute an, Strauß zu verhindern und die SPD zu Zugeständnissen zu zwingen.

Bemerkenswert war, daß Rabehl sich nicht nur faktisch für eine SPD-Wahl aussprach, sondern ganz wie Schröder plump-demagogisch gegen den Aufbau von Anti-Strauß-Initiativen wettete. Rabehl hatte insgesamt einen dümmlich-arroganten Auftritt mit dem unerträglichen Anspruch, als Angehöriger der „universitären Intelligenz“ (!), andere belehren zu müssen.

Am Ende konnte man/frau sich noch über zwei trotzistalische Beiträge wundern, in denen Vertreter der GIM und der SAG zur Wahl der SPD aufriefen (die Diskussion darüber ist in beiden Organisationen jedoch noch nicht abgeschlossen).

Eine Hamburger Genossin

Gegen Strauß – Für eine Alternative

Unter diesem Motto veranstalteten Lüneburger „Sympathisanten der Bunten und Alternativen Listen“ am 23.10. einen erfolgreichen Diskussionsabend. Ca. 45 Interessierte – darunter Mitglieder von SPD, GLU, AUD, „KPD“ und KB – diskutierten über eine mögliche fortschrittliche Alternative zu den Bundestagswahlen. Nahezu alle Diskussionssteilnehmer standen einer solchen Alternative „positiv gegenüber – dennoch blieb eine Reihe von Fragen offen: Mitglieder der AUD betonten, daß bereits die „Grünen“ dem fortschrittlichen Anspruch gerecht würden.

Ein GLU-Vertreter erklärte, daß sich seit der Europawahl die GLU nach links geöffnet habe. Andererseits trat er mit Blick auf den KB für einen Unvereinbarkeitsbeschluß ge-

gen „sergesteuerte“ Kommunisten ein und lehnte eine basisorientierte Politik ab, da die Bürgerinitiativen „ein schwer zu fassender Gesprächspartner“ seien.

Erwartungsgemäß kritisierten insbesondere Vertreter der KPD die Anti-Strauß-Stoßrichtung im Aufruf-Bugblatt, da dieser lediglich „einige Nuancen“ schärfer vorgehen würde. Diese Punkte bleiben auf der Tagesordnung.

Mehrere Teilnehmer erklärten spontan ihr Interesse, am Offenbacher Bundestreffen teilzunehmen.

Alle Teilnehmer (bis auf ein SPD-Mitglied und der GLU-Vertreter) wollten unmittelbar nach Offenbach über weitere Schritte beraten.

KB/Gruppe Lüneburg

Die Grünen in Bayern — kein guter Anfang

Einen Tag nach der Gründung eines bayerischen Landesverbandes der Grünen (siehe AK 164) gab der frisch gekürte 1. Vorsitzende Resch dem CSU-Blatt Münchner Merkur ein Interview, in dem er auf die Frage, wie er „die Partei gegen radikale Abgrenzungen wolle“, antwortete:

„Allein schon durch unsere programmatische Aussage ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei. Kommunisten haben bei uns ebenwengig Platz wie Rechtsextremisten. Mitglieder kommunistischer Organisationen beispielsweise können durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss nicht auch bei uns Mitglied werden.“ (MM, 9.10.)

Damit kündigte Resch an, was er mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss der bayerischen Grünen vorhat. In der Satzung des Landesverbandes gibt es zwar keinen ausdrücklichen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen Kommunisten, allerdings einen gegen Organisationen, die nach dem 1.1.79 zu irgendeiner Wahl angetreten sind. Daß sich das weit auslegen läßt, zeigte die erst Vorstandssitzung der Grünen/Bayern: Dort wurde gegen 5 Grüne Ausschlußanträge gestellt, einer richtete sich gegen ein als KB-Aktivist bekanntes Mitglied der Grünen. Begründung: Der KB habe in Bremen als „Alternative Liste“ kandidiert und falle demnach unter den bayerischen Unvereinbarkeits-Paragraphen! Für diesen Ausschluß stimmten die Vorstandsmitglieder Resch, Kaub (frisch aus der SPD ausgetreten — und dann schon so was!) und die als sehr konservativ bekannte Frau Krankenhagen; mit 4 Gegenstimmen wurde der Antrag dann allerdings abgelehnt.

In ähnlich atemberaubender „demokratischer“ Manier verschaffte Resch dem erst seit wenigen Tagen „erwerbslosen“, ehemaligen SPD-Geschäftsführer Kaub einen neuen, einträglichen Job: Für 4 200 DM im Monat soll er zukünftig die (noch einzurichtende) Geschäftsstelle der

bayerischen Grünen in München leiten. Anders schien Resch diesen neuen (aber offenbar so wertvollen) „Grünen“ nicht halten zu können, denn — so Resch — Kaub sitze ja nun sozusagen auf der Straße und, wenn man nicht schnell genug zugegreife, würde sich der in Parteifragen so erfahrene Mann bald nach etwas anderem umsehen. Mit 5 Pro-Stimmen und 2 Enthaltungen wurde dann im Vorstand Kaubs Einstellung abgelehnt. Das ganze bedeutet eine totale Verunsicherung der grünen „Basis“: war Kaub noch 5 Tage vorher mit großer Mehrheit in den Vorstand gewählt worden, trat er jetzt schon wieder zurück, weil nach der bayerischen Satzung Angestellte der Partei nicht gleichzeitig einen Vorstandsposten besetzen dürfen. Daß Kaub „zu Höherem berufen“ war und dies auch seinen Preis kostet, hatten Resch und Kaub der grünen Basis offenbar nicht zumuten wollen.

Der dritte „Hammer“ war ein Antrag von Resch, die in der Satzung verankerte Öffentlichkeit von Vorstandssitzungen (für Mitglieder) einzuschränken. Obwohl mit großer Mehrheit von den Mitgliedern der Grünen verabschiedet, war für Resch die Vorstandsöffentlichkeit ein Hemmnis seiner Tätigkeit — kein Wunder bei einer solchen Mäuschel- und Putschpolitik. Er erreichte einen „Kompromiß“: Bei bestimmten Problemen können die Mitglieder von Vorstandssitzungen ausgeschlossen werden. Das bekamen einige anwesende Grüne auch gleich zu spüren: Bei „heißlen“ Punkten (das waren allemal die interessantesten), z.B. das Kaub-Manöver oder der Ausschluß-Versuch, wurden sie vor die Tür geschickt.

Diese ersten Proben vom Basisdemokratie-Verständnis einiger grüner Vorstandspolitiker dürften wohl kaum dem entsprechen, was viele Grüne als einen ihrer vier „Eckpfeiler“ verstehen.

KB/Gruppe Nürnberg

Aufruf für die Aufhebung der 5 %-Klausel

Seit 1952 beeinträchtigt die Fünfprozentklausel die demokratische Meinungsbildung in der Bundesrepublik. Angeblich soll sie einer Parteienzersplitterung vorbeugen und die Stabilität der Demokratie gewährleisten. Tatsächlich verletzt sie die politische Chancengleichheit, hat sie sich als Hindernis für die Verteidigung der Demokratie erwiesen und leistet heute unverkennbar nur politischen Rechtsentwicklungen Vorschub.

Die zwischen dem parlamentarisch kaum noch vermittelten Volkswillen und der Praxis der Bundestagsparteien aufgebrochene Kluft wird heute vor allem der jungen Generation bewußt. Die allgemein beklagte politische Legitimationskrise hat eine ihrer Hauptursachen darin, daß die Forderungen und Alternativvorstellungen breiter Bürgerbewegungen aufgrund der Fünfprozentklausel parlamentarisch nicht wirksam werden können. Wo legitimen Interessen der Weg zur politischen Umsetzung versperrt ist, sind Resignation und Rückzug aus der Politik verständliche Folgen. Die Rechtskräfte versuchen, dieses Unbehagen für sich zu nutzen, indem sie den Wählern im Gestalt des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß den „starken Mann“ als Krisenaustrag anbieten. Die sozialliberalen Parteien aber bleiben, solange alternativen demokratischen Kräften die Parlamente verschlossen sind, dem Nötigungsdruck der Rechtskräfte und der Versuchung ausgesetzt, sich von ihnen das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen.

Die Fünfprozentklausel begünstigt somit die Aushöhlung und Zerstörung der Demokratie im Sinne der Rechtskräfte. Sie steht im praktischen Widerspruch zu ihrer vorgeblichen Funktion, die Demokratie zu wahren. Sie wirkt sich als Fessel für deren Verteidiger aus. Sie verhindert die zur Abwehr der Offensive der Rechtskräfte heute dringend erforderliche Belebung der parlamentarischen Demokratie durch die in unserer Gesellschaft entstandenen vielfältigen Alternativbewegungen.

Daher appellieren wir an die gesamte demokratische Öffentlichkeit und die Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden, sich für die Aufhebung der Fünfprozentklausel einzusetzen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die diese Klausel nur für zulässig, aber nicht für geboten erklärt hat, steht dem nicht im Wege. Die Diskussion hat begonnen, sie muß jetzt zu praktischem Erfolg geführt werden.

- Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
- Prof. Dr. Klaus Altland
- Carl Amery
- Prof. Dr. Frank Benseler
- Peter O. Chotjewitz
- Prof. Dr. Gine Elmer
- Heinrich Hannover
- Prof. Dr. Walter Kreck
- Franz Xaver Kroetz
- Prof. Dr. Reinhard Kühnl
- Prof. Dr. Jürgen A. E. Meyer
- Dr. Reinhard Opitz
- Prof. Dr. Helmut Ridder
- Prof. Dr. Gerhard Stuby
- Gösta Frebert von Uexküll
- Prof. Dr. Roderich Wachter

...

Für eine breite Unterstützung dieses Aufrufs

Seitdem grüne und bunte Listen kandidieren, aber noch keine 5 % erreichen konnten, und seitdem auch die FDP hier und da den sog. „Splittergruppen“ unterhalb der 5 %-Marke Gesellschaft leistet — seitdem haben wir in der Bundesrepublik den Zustand, daß bis zu 12 % der Wählerstimmen in einigen Parlamenten nicht repräsentiert sind. Aus diesem Grunde haben mehrere demokratische Persönlichkeiten eine Initiative zur Diskussion und Abschaffung dieses Mißstandes ergriffen. Auf einer Pressekonferenz am 12.10.79 im Rahmen der Frankfurter Buchmesse wurde diese Initiative vorgestellt. Prof. Helmut Ridder (Gießen) begründete im Gespräch mit der Presse die Initiative vor allem mit dem Hinweis darauf, daß sich der in der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß sichtbar werdenden Gefahr, die in den achtziger Jahren absehbar zunehmenden sozialen Konflikte und innenpolitischen Polarisierungen könnten mit einer Neuaufgabe autoritätsstaatlicher Krisenbewältigungsvorhaben beantwortet werden, nur durch Öffnung der Parlamente für die in den letzten Jahren zu einem immer größeren Wähleranteil angewachsen demokratischen Bewegungen begegnen ließe.

Dr. Reinhard Opitz teilte noch folgendes mit: „Die Initiatoren verstehen den Aufruf ... als einen notwendigen Anstoß zur Diskussion, werden von nun an weitere Unterschriften sammeln und sich vor allem auch für die stärkere publizistische Behandlung des Themas einsetzen, wofür sie alle Medien um Unterstützung bitten.“ Dem Wunsch kommen wir gerne nach und fordern alle Genossinnen des KB, die in grünen und bunten Listen mitarbeiten, auf, sich für eine breite Unterschriften-sammlung für diese Initiative einzusetzen. Interessenten wenden sich am besten direkt an:

Dr. Reinhard Opitz
Chamissostraße 2
5000 Köln 30

Alex./KB-Hannover

Links schreien — rechts wählen Die SAG wählt 1980 SPD

Am 6./7.10. ist auf einer Vollversammlung der SAG beschlossen worden, „zusammen mit all denen für die SPD zu stimmen, die Strauß mit dem Wahlzettel verhindern wollen“ („Stopp Strauß!“ und „Sozialistische Arbeiterzeitung“ — „SAZ“ 83 S. 10). Gleichzeitig ist man aber auch der Meinung: „Was die wirtschaftlichen und politischen Ziele angeht, so ist der Unterschied zwischen der von Schmidt geführten SPD und der von Strauß geführten CDU/CSU unseres Erachtens nicht größer als der zwischen Pest und Cholera“ („SAZ“ Nr. 85).

Daß man von dieser Parole bis zu einer SPD-Wahlempfehlung eine ganze Wendeltreppe der „Argumente“ hinabsteigen muß, liegt in der Natur der Sache. Wir wollen diese Art von „Logik“ hier — geräfft, versteht sich — darstellen:

Obwohl SPD und CDU/CSU wie Pest und Cholera sind, wäre ein Wahlsieg von Strauß eine ungeheure politische Niederlage für die Arbeiterbewegung, da die Arbeiterbewegung vor den offenen Angriffen des Gegners resigniert und sich kampflös unterworfen hätte. Diese Niederlage müsse verhindert werden. Sie könne verhindert werden, wenn es zu einer Polarisierung kommt. Da müsse verhindert werden, wenn es zu einer Polarisierung kommt. Da Schmidt eine Polarisierung aber nicht will, liegt hier die Verantwortung der Linken und der Basisbewegung. Da zusätzlich die Strauß-Kandidatur den Wunsch nach Einheit noch verstärken wird, werde nur eine einheitliche Anti-Strauß-Kampagne der Verantwortung gerecht werden können, da sie bedeutend mehr Menschen mobilisieren würde als zwei oder drei getrennte Anti-Strauß-Kampagnen. Dies verpflichtete alle, die einheitliche Aktion gegen die Strauß-Kandidatur nicht an politischen Meinungsverschiedenheiten scheitern zu lassen, die in dieser Aktion keine unmittelbare praktische Rolle spielen. Die traditionell sehr unterschiedliche Haltung der Linken zu den Wahlen erschwere den einheitlichen Widerstand.

Da es aber auch nicht möglich sei, in einer gemeinsamen Kampagne gegen Strauß die strittige Frage der Wahlen auszusparen, sollten alle die Möglichkeiten der Vereinheitlichung in der Wahlfrage prüfen ... Man ahnt schon, was als kleinster gemeinsamer Nenner angeboten wird: Alle sollen in sich gehen (z.B. „ob der Versuch, eine gemeinsame grün-bunte-alternative Kandidatur zustande zu bringen ... nicht zwangsläufig mit unverantwortlichen Zugeständnissen an jeden rechten Bündnispartner bezahlt wird“), und da es „ein Gebot der Solidarität und der Voraussetzung für den Aufbau einer wirklichen Anti-Strauß-Bewegung ist, zusammen mit all denen für die SPD zu stimmen, die Strauß mit dem Wahlzettel verhindern wollen“.

Man sieht, viele Wege führen zur SPD-Wahl, auch die gewundenen! Der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Begründung liegt darin, gemeinsame Aktionen mit „sozialdemokratischen Arbeitern“ gegen Strauß für politisch relevanter zu erklären, als die inzwischen zur Realität gewordene Lösung breiter Schichten von SPD und FDP. Nach Meinung der SAG hat nur so die Linke eine Chance, „die Schranken der politischen Isolation gegenüber Teilen der sozialdemokratischen Wählerschaft zu durchbrechen“ („SAZ“ 83).

Die SAG setzt mit dieser SPD-Empfehlung eine Tradition fort. Schon bei den Landtagswahlen 1978 in Niedersachsen wollte sie, nachdem sie sich zuvor um eine Kandidatur a la WGA Hameln (Wählergemeinschaft Atomkraft — Nein Danke) bemüht hatte, die „Arbeiter dabei unterstützen“, mit der Wahl von SPD-Ravens den CDU-Albrecht zu verhindern. (Die WGA selbst rief zur Wahl der GLU auf).

Bleibt zu hoffen, daß die SAG nun nicht auch noch den einzigen Wahlansatz, in dem sie mitarbeitet, die WGA Hameln, auf die SPD-Wahl einschwören will.

Alex., KB Hannover

So wählen die anderen

KPD/ML kandidiert im Kostüm

Die KPD/ML will bei den Bundestagswahlen 1980 unter falschem Namen ihr Glück versuchen: Am 6.10. gründete sie eigens zu diesem Zweck die „VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg: für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“. Die „Volksfront“, so verkündet jetzt die KPD/ML, sei „ein Zusammenschluß von antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen ... über die Grenzen der Weltanschauung, Religion und Parteilage hinweg“. Daß zum Zwecke eines solchen Zusammenschlusses irgendwelche Bündnisgespräche oder gar öffentliche Auseinandersetzungen stattgefunden hätten, ist freilich nicht bekannt. Vielmehr scheint die KPD/ML sich mit der „Volksfront“ ein weiteres Juwel in der Kollektion ihrer „Massen“-Kostüme (RGO, Front gegen Reaktion und Faschismus, Revolutionäres Landvolk) zulegen zu wollen. Die Spekulation bei dieser Maskerade liegt auf der Hand: „Volksfront“ klingt besser als KPD/ML und dürfte — dank der zu erwartenden Hetze der CDU/CSU — 1980 sowieso eine wichtige Vokabel im Wahlkampf werden. Mag sein, daß die KPD/ML sich damit ein paar Stimmen mehr ergaunern kann. Unter der Promille-Grenze wird sie wohl

trotzdem bleiben. (Zitate aus „Roter Morgen“, 19.10.)

Der KBW bleibt sauber

Unter seinem richtigen Namen scheint hingegen der KBW 1980 kandidieren zu wollen. Sein Rang als „führende Kraft der Arbeitereinheit“ und der Einheit der Volksmassen“ sowie „revolutionärer Flügel der Arbeiterbewegung“ erlaubt gar nichts anderes. „Ein wie immer geartetes Linkes, nicht klassenmäßig bestimmtes Bündnis, oder ein Bündnis unter der Flagge „Einheit der Marxisten-Leninisten“ kommt für den KBW auch 1980 nicht in Frage. Freilich hat der KBW ja sein Programm und „auf Grundlage dieses Programms“ hält der KBW immerhin ein Zusammengehen „mit anderen Organisationen oder parteilosen Kandidaten“ für möglich (Zitate aus „KvZ“, 15.10.). Ärgerlich ist diese Festlegung des KBW vor allem für die radikal-vaterländische MLD, deren Projekt eines „marxistisch-leninistischen“ Wahlbündnisses damit wohl endgültig gestorben sein dürfte.

GIM für Wahl der SPD?

Zwar steht die endgültige Festlegung der rechtstrotzkistischen GIM noch aus und dürfte auch nicht ohne innere Querelen über die Bühne gehen, aber faktisch scheint die Entscheidung

schon festzustehen: Die GIM wird 1980 zur Wahl der SPD aufrufen. So jedenfalls argumentierte Winfried Wolf, führendes Mitglied der GIM, bei einer Podiumsdiskussion in Frankfurt. Möglich sei freilich ein Stimmensplitting, bei dem die SPD auf jeden Fall die Zweitstimme kriegte; für die Erststimme könnten in einigen Wahlkreisen mit sehr rechten SPD-Kandidaten auch Gegenkandidaten nominiert werden. Lange genug hat die GIM nicht nur an den „Grünen“, sondern auch an den „bunten“ und „alternativen“ Wahlprogrammen herumgemäkelt: Es war ihr alles nicht links und sozialistisch genug. So soll jetzt die Wahl der SPD als pfiffige linke Strategie verkauft werden, um die SPD wieder nach links zu drängen. Diese pfiffige Strategie ist so ausgeleuchtet und kaputt, daß selbst die Jungs sie heute kaum noch anbieten mögen. Ein weiterer Schritt der GIM zur totalen politischen Bedeutungslosigkeit! (Angaben zur Podiumsdiskussion: TAZ, 18.10.)

„Spartacus“ hegt Träume

Die trotzkistische Gruppe „Spartacusbund“ hat sich viel vorgenommen. Sie wertet an einem „kommunistischen Wahlbündnis“, das „überkommene Verhärtungen und Zersplitterungen der bundesdeutschen Linken überwinden“ kann und außerdem in der Lage sein soll, „zu praktischen Aktionen überzugehen“. „Alle Organisationen der Arbeiterbewegung und alle klassenbewußten Arbeiter“ sind eingeladen, an diesem breiten Wahlbündnis teilzunehmen. Ein Treffen vor ein paar Wochen sollte die antikapitalistischen Kräfte fest zusammenschweißen. Erschienen waren — außer einem „Beobachter“ des KB — nur der „Spartacusbund“ selbst sowie die „Kommunistische Liga“ (ebenfalls eine trotzkistische Gruppe). Nicht erschienen war — ohne Begründung — die GIM, sowie — „aus technischen Gründen“ — die SAG. Selbsterweise war auch das SB eingeladen worden. Die Verunreinigung des kommunistischen Wahlbündnisses durch diese S-Gruppe unterließ jedoch, da das SB nicht aufkreuzte.

Interessant mag dieses Projekt immerhin für die inner-trotzkistischen Linkenkämpfe sein, beispielsweise für die Linke in der GIM.

Anzeige

NEU

Bunte - Liste Kongreß 27/28.10

Seite 2

Bunte Liste Zeitung



No. 6 - Heftung 23.10.1979 - 30. Pfennig

Giftskandal Elmsbüttel

Wieviele Bomben ticken noch?



Hexa-Gras Benzol-Mohl...



Nachrichten vom Widerstand

Zwischenlager in Gorleben?

Am 6.10. erklärte Albrecht, die Landesregierung „habe nicht die Absicht, ein Zwischenlager nach Gorleben zu legen, ... es sei denn, eine überwiegende Mehrheit der gewählten politischen Vertreter im Kreise Lüneburg-Dannenberg wünschten dies ausdrücklich“ („EJZ“, 8.10.). Obwohl dieser Vorschlag die vom „Bürgerwillen“ arg strapazierten Kommunalpolitiker mit Sicherheit nicht begeistert hat, folgte die Antwort prompt:

Am 12.10. erläuterte CDU-MdL Grill den Beschluß der Lüneburg-Dannenberg CDU-Kreisfraktion (die besitzt die absolute Mehrheit), ein Zwischenlager in Gorleben zu befürworten. Dieser Vorstoß soll vorsichtshalber vorher „mit den Lüneburg-Dannenberg SPD-Kommunalpolitikern abgesprochen sein“ („HAZ“, 13.10.). Erwartungsgemäß reagierte Albrecht hierauf „positiv“ und „aufgeschlossen“.

In einem gemeinsamen Gespräch mit Wirtschaftsministerin Breuß und den Kommunalpolitikern versprach er sogleich, „alles zu tun, um dem strukturschwachen Landkreis zu helfen“. Neben „erheblichen staatlichen Zuwendungen“ soll der Landkreis auch „wirtschaftliche Vorteile“ erhalten „als Entschädigung für die psychologische Belastung, die das Atomkraftprojekt mit sich bringt“ („HAZ“, 17.10.). Beispielsweise will er die zuständigen Minister darauf festnageln, „Infrastrukturprojekte des Kreises nach Möglichkeit positiv zu bescheiden. Er forderte die Kommunen auf, bei konkreten Industrieansiedlungsprojekten mit der Landesregierung Kontakt aufzunehmen“ („EJZ“, 20.10.). Oberkreisdirektor Poggendorf konnte an Ort und Stelle bereits eine Liste von förderungswürdigen Projekten vorlegen. Usw. uaf.

Die Taktik der Landesregierung leuchtet ein:

Da ein Zwischenlager allein betrachtet absolut keine „strukturpolitischen Vorteile“ mit sich bringt, wie von lokalen CDU-Größen behauptet, soll die Zustimmung zum Zwischenlager mit einer ganzen Palette von Zuschüssen, Förderungen aus der Gießkanne, erkaufte werden. Anders ausgedrückt: die Zustimmung zum Zwischen- und Endlager wird zur Voraussetzung für die Förderung des seit Jahrzehnten vernachlässigten Landkreises gemacht („Entschädigungen“).

Mitte Oktober eröffneten Vertreter der Lüneburg-Dannenberg Kreisbauernschaft anlässlich eines Trägertages Bonn-Besuchs die „Probleme des Mittelstandes“ und die „wirtschaftliche Entwicklung“. Ein Gespräch der Kreisvertreter mit H. Schmidt soll am 8.11. folgen.

Nach wie vor gilt die Verwaltungsvereinbarung, derzufolge die Bundesregierung pro Jahr 50 Mio. DM „zur Abgeltung von Neben- und Folgekosten, die ... für das Nukleare Entsorgungszentrum entstehen“, zu zahlen hat (BBU-Aktuell Nr. 8). Punkt 7 dieser Vereinbarung regelt die „Entschädigung für Demonstrationsschäden“.

Richtlinien zur Entschädigung von Demonstrationsschäden

Diese Neuheit stellte am 16.10.79 die Lüneburger Bezirksregierung den versammelten Gemeindevertretern in Lüneburg vor. Rückwirkend vom 1.1.79 an können demnach Einzelpersonen, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise Entschädigungen für „Demonstrationsschäden“ beantragen. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung in Lüneburg. Diese Schäden

müssen „im Zusammenhang mit Demonstrationen [...] an Personen, an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie an geschützten Rechten gemäß § 823 Abs. 1 BGB“ entstanden sein. Es können 8 Wochen vergehen, ehe ein Antrag auf Entschädigung eingereicht wird.

Der Antragsteller hat „den Antrag zu begründen und das ihm Mögliche zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen“. Geltungsbereich ist nicht nur der Landkreis Lüneburg-Dannenberg allein, sondern sogar die Städte Lüneburg und Uelzen (Standort der Gorleben-Prozesse) („EJZ“, 23.10.79).

Diese Richtlinien bilden eine unverhüllte Aufforderung, zukünftig Zerstörungen, Beschädigungen und Verletzungen jeglicher Art den Atomgegnern in die Schuhe zu schieben.

Seit dem Grohnde-Schadenersatzprozeß von Hannover wissen wir, daß völlig willkürlich herausgegriffene AKW-Gegner für die unumgänglichen „Sachbeschädigungen“ zur Kasse gebeten werden: Verlust der Unterhose, der Bullenstiefel etc., alles was bei einer Demonstration an Kosten entsteht, kann dem einzelnen Demonstranten aufgebürdet werden. Laut „Rundblick“ vom 23.10. wurden bisher als „Demonstrationsschäden“ gemeldet: „Zerschnittene Reifen, ein abgesägter Hochsitz und eine verwüstete Schule“. Bei dem abgesägten Hochsitz handelt es sich beispielsweise um einen angesägten Hochsitz. Täter und Motiv sind völlig unbekannt. Dennoch: „Jagdpädter Manfred Behrendt ist überzeugt, daß die 80 Zentner schwere Holzkonstruktion auf einen vorbeifahrenden Streifenwagen der Polizei gekippt werden sollte“ („EJZ“, 5.10.) und meldet bei der Landesregierung „Demonstrationsschaden“ an.

Richtlinien zur Entschädigung von Demonstrationsschäden

Diese Neuheit stellte am 16.10.79 die Lüneburger Bezirksregierung den versammelten Gemeindevertretern in Lüneburg vor. Rückwirkend vom 1.1.79 an können demnach Einzelpersonen, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise Entschädigungen für „Demonstrationsschäden“ beantragen. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung in Lüneburg. Diese Schäden

gemeldet: „Zerschnittene Reifen, ein abgesägter Hochsitz und eine verwüstete Schule“. Bei dem abgesägten Hochsitz handelt es sich beispielsweise um einen angesägten Hochsitz. Täter und Motiv sind völlig unbekannt. Dennoch: „Jagdpädter Manfred Behrendt ist überzeugt, daß die 80 Zentner schwere Holzkonstruktion auf einen vorbeifahrenden Streifenwagen der Polizei gekippt werden sollte“ („EJZ“, 5.10.) und meldet bei der Landesregierung „Demonstrationsschaden“ an.

Desweiteren richten sich die Bestimmungen auch direkt gegen den Widerstand der ansässigen Bevölkerung. So wies der Vertreter des Finanzministeriums besonders darauf hin, daß aktive WAA-Gegner kein Geld zu sehen bekommen und man möglichst schon vorher Bullenschutz gegen WAA-Gegner fordern muß, weil nämlich „eine Minderung der Entschädigung entsprechend dem Maße der Mitverursachung möglich ist. [...] Das gleiche gilt, wenn der Geschädigte nicht alle zumutbaren Maßnahmen zur Abwendung oder Minderung des Schadens ergriffen hat. Eine Entschädigung kann nicht gegenüber Personen gewährt werden, die sich an einem unfriedlichen Verhalten beteiligt haben. Die Beteiligung wird vermutet, wenn jemand an einer verbotenen Versammlung teilgenommen oder sich noch Aufforderung durch die Polizei nicht unverzüglich aus der Menschenmenge entfernt hat“ („EJZ“, 23.10.).

Trotz materieller Begünstigungen ist die Zwischenlager-Nuß für die Kommunalpolitiker schwer zu knacken. So versucht der CDU-Fraktionsvorsitzende Fischer den Zwischenlager-Beschluß abzuschwächen. Es handele sich lediglich um die

Aufforderung, „gründlich zu diskutieren und zu prüfen“ („EJZ“, 13.10.).

Die SPD-Politiker haben gemerkt, daß Albrecht ihnen den schwarzen Peter eigentlich nicht zuschieben kann und fordern inzwischen die Landesregierung energisch dazu auf, die Zwischenlager-Entscheidung selbst zu treffen. Kaum vernachlässigbar sind die Proteste der Atomgegner im Landkreis:

Die GLU fordert in einem Offenen Brief an jeden „sehr geehrten Kreisratsabgeordneten“, mit seiner „Entscheidung deutlich zu machen, daß wir noch in einer Demokratie leben“ („EJZ“, 16.10.).

Die BI Lüneburg-Dannenberg fordert gar „in ihrer Erklärung dazu auf, in aller Ruhe einen Dialog unter den Bürgern über die Notwendigkeit eines Zwischenlagers im Kreis zu beginnen“ und „warnt in Sachen Zwischenlager vor Eile“ (17.10.79).

Die Entscheidung der Ratsparteien in Abau (ebenfalls für ein Zwischenlager) hat eine deutliche Abfuhr erhalten; auch in Lüneburg-Dannenberg könnte die Kommunalwahl 1981 zum Volksabstimmungstermin über ein Zwischenlager werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

4.800 DM Strafe für zwei abgestellte „Gorleben-Trecker“

Wegen Teilnahme an der Bauernblockade unmittelbar vor der Albrecht-Grundsatzentscheidung im Mai wurden vor dem Uelzener Schöffengericht am 19.10. der Landwirt Fritz von Blottnitz als Eigentümer zweier Trecker zu 4.800 DM und seine Frau

— der Hinweis von Undine von Blottnitz, „daß auf sie permanent seelische Gewalt ausgeübt werde“, fand keine Berücksichtigung.
— Die Motive für die Blockade blieben ebenso unberücksichtigt wie die Tatsache, daß seitens der Polizei niemals eine Aufforderung zur Auflösung der Blockade ergangen war.

4.800 DM Strafe für zwei abgestellte „Gorleben-Trecker“

Wegen Teilnahme an der Bauernblockade unmittelbar vor der Albrecht-Grundsatzentscheidung im Mai wurden vor dem Uelzener Schöffengericht am 19.10. der Landwirt Fritz von Blottnitz als Eigentümer zweier Trecker zu 4.800 DM und seine Frau Undine wegen Mittäterschaft zu 300 DM verurteilt.

Damit ging das Gericht weit über den Antrag des Staatsanwalts Müller hinaus.

Laut Gericht „sei bei dieser Demonstration Gewalt durch Handeln ausgeübt worden. Das Aufstellen der Trecker sei geeignet gewesen, das Ausfahren der Bohrtruppe vom Depot zu verhindern. Gewalt sei nicht gleich gewalttätig, dies habe der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil klargestellt. Die Gewaltanwendung der Angeklagten habe darin bestanden, daß sie sich mit Schleppern an der Blockade beteiligten. Da es insgesamt eine nicht friedliche Demonstration war und deshalb nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes gestellt werden könne, hätten die Teilnehmer sich im Sinne der Nötigung, Paragraph 240 Strafgesetzbuch, schuldig gemacht“ („EJZ“, 20.10.).

Im überfüllten Gerichtssaal wurde erneut den mehrheitlich erschienenen Landwirten ein Stück „Rechtsstaat“ vorgeführt:

— sämtliche Beweisanträge der Verteidigung lehnte das Gericht ab;

— der Hinweis von Undine von Blottnitz, „daß auf sie permanent seelische Gewalt ausgeübt werde“, fand keine Berücksichtigung.

— Die Motive für die Blockade blieben ebenso unberücksichtigt wie die Tatsache, daß seitens der Polizei niemals eine Aufforderung zur Auflösung der Blockade ergangen war.

Während des 1. Prozeßtages bot das Gericht den Landwirten die Einstellung der Verfahren wegen Geringfügigkeit bei Zahlung eines Bußgeldes von 300 DM an. Die Landwirte ließen sich auf diesen Kuhlhandel nicht ein und forderten Freispruch. Noch in ihrem Schlußwort verteidigten sie die Blockade mit den Worten:

„Wer meint, die Demonstration sei überflüssig gewesen, der irrt. Für mich war es höchste Zeit, unseren Widerstand deutlich zu machen. Wir sahen keine andere Möglichkeit mehr“.

Diese unbeugsame Haltung wurde im 1. Gorleben-Prozeß „rechtsstaatlich“ verurteilt. Undine und Fritz von Blottnitz haben bereits Berufung und Revision angekündigt.

In Uelzen wird die Serie der Gorleben-Prozesse am Freitag, dem 16.10. fortgesetzt. Der angeklagte Landwirt Wiegrefe aus Dahren wird vom Justizvorsitzenden Schröder verteidigt werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

Anzeige



aus dem Inhalt:

- Chronik des Widerstandes
- Interview mit einem Bohrmeister
- Interview mit Martin Mombaur (BI Lüneburg-Dannenberg)
- Dokumente über den Atomstaat sowie die Hetz- und Distanzierungskampagne gegen die BI
- „Sollen wir uns distanzieren?“ — Stellungnahmen aus der BI Lüneburg-Dannenberg

Preis: 1,— DM. Bestellungen an Marion Hintz, Kirchweg 6, 3119 Eitzen 1

Seabrook: Alle AKWs stehen still, wenn ...



Die brutalen Attacken der Cops erschütterten den bislang ungebrochenen Glauben der amerikanischen Atomkraft-Gegner in die gewaltfreie Aktion

„Schluß mit den Unfällen... laßt uns selbst die AKWs dichtmachen. — Macht mit bei der Besetzung zur Schließung von Seabrook“.

Unter dieser Parole rief die „Coalition for Direct Action at Seabrook“ zur Besetzung des zu 20% fertiggestellten AKW bei Seabrook, New Hampshire, am 6. Oktober auf. Einige Tausend kamen, um sie zu verwirklichen; mit Zelten, Rucksäcken und Ausrüstung. Bereits am Freitagabend waren sie angekommen. Viele nutzten die Gelegenheit, sich mit Anwohnern in der Umgebung zu unterhalten und noch einmal auf die Aktion hinzuweisen. Eine regionale Fernsehstation, die eine Umfrage in Boston gemacht hatte, berichtete, daß sich 66% der Befragten für das Recht der Demonstranten auf Besetzung ausgesprochen hätten (Workers World, 12.10.79).

Am Sonnabend zogen 1.500 Leute zur Südküste des Bauplatzes, während rund 1.000 zur Nordseite marschierten; quer, durch Wälder und

Marschwiesen. Über mitgebrachte Hilfsbrücken. Dann begannen sie, die Löcher des Maschendrahtzaunes zu weiten. Doch an der Südseite standen schon 200 Nationalgardisten, 250 berittene Polizisten, sowie Polizisten aus fünf Bundesländern bereit, um jeden, der seinen Kopf durch den Zaun steckte, auf denselben zu hauen. (Torch, 15.10.79) Erfolgreicher waren die Demonstranten bei dem bekannten Tränengas-Pingpong, wo z.B. durch eine geschickte Rückhand eine Granate direkt zu Füßen des anwesenden Obersten Staatsanwalts verpuffte.

Der hemmungslose Einsatz von Tränengas, Chemical Mace, Schlagstöcken und Wasserwerfern durch die Unordnungskräfte erschütterte bei vielen Atomkraftgegnern ihren bislang ungebrochenen Glauben in die gewaltfreie Aktion, den zivilen Ungehorsam durch passiven Widerstand. — An der Nordseite konnten die Demonstranten erfolgreich einen ganzen Abschnitt des Zaunes niederreißen,

bevor sie dort vertrieben wurden.

Am Sonntag gingen die Aktionen weiter. Vor dem Haupttor blockierten 2.000 Leute die Bundesstraße 1 für mehrere Stunden, andere versuchten erfolglos, auf das AKW-Gelände zu kommen. Am Montag fanden wieder Proteste vor dem Haupttor statt; 1.000 Leute zogen vor das Gefängnis im nahen Hampton, um dort für die Freilassung der 19 während der Aktion Verhafteten zu demonstrieren.

Nach zehn Jahren juristischer und parlamentarischer (Schein)Kämpfe und drei Jahren direkter Aktionen durch die Clamshell Alliance und die mit ihr in der Coalition zusammenarbeitenden Gruppen ist der Widerstand heute gefestigt. So sagte einer der Sprecher: „Wir geben nicht auf, und wenn wir bis 1985 (dem geplanten Fertigstellungstermin) bleiben müssen!“ (Morgenpost, 9.10.79).

Kontakt: Coalition for Direct Action at Seabrook, c/o Boston Clamshell 595 Massachusetts Avenue, Cambridge, MA 02139 USA

USA-Kommission

Anti-Atomkongreß in Hamburg

Am Wochenende vom 16. bis zum 18. November veranstaltet die Hamburger Kirchenoppositionelle Gruppe „Christen in der Verantwortung“ (CIV) zusammen mit anderen in Hamburg Mümmelmannsborg einen Anti-Atom-Kongreß.

Nachdem es vor gut einem halben Jahr in Hannover zu einem ersten Zusammenkommen ethischer christlicher AKW-Gegner gekommen war, soll dieser Kongreß den Zusammenschluß der zahlreichen — wenn auch verstreuten — Initiativen weiter fördern und so an die starke innerkirchliche Tradition der Anti-Atom-Bewegung anknüpfen. Konkret soll u.a. die Frage beantwortet werden, ob der Widerstand gegen Atomanlagen zwingende Konsequenzen christlichen Glaubens ist. Dabei werden die Perspektiven der ökologischen Zerstörung der Erde ebenso wie die des drohenden Atomstaats eine Rolle spielen. Nähere Auskünfte (auch Möglichkeiten zum Anmelden) gibt's bei K.J.P. Lehmann, Havighorster Redder 46 b, 2000 Hamburg 74 (Mümmelmannsborg).

Lüneburger

BRD — Argentinien — Atom-Geschäft perfekt, KWU atmet auf

Nach monatelangem Konkurrenz-Hickhack zwischen der kanadischen und der bundesdeutschen Atomindustrie hat kürzlich Siemens den Kanadiern den Rang abgelaufen: Für über 2 Milliarden DM wird der Konzern zunächst „Atucha II“ bauen, ebenfalls ein Natururan-Reaktor wie der schon 1968 von Siemens gelieferte und 1974 in Betrieb genommene „Atucha I“. Über die Lieferung von weiteren drei Natururan-Reaktoren bis zum Jahr 2000 soll noch verhandelt werden.

Daß die KWU den Auftrag erhalten hat, wird „als großer internationaler Erfolg“ („FR“, 4.10.) gewertet, insbesondere als der BRD-Konzern mit seinen Preisen um einiges höher lag als die kanadische Konkurrenz. Offenbar haben also noch andere Kriterien eine Rolle gespielt: Nach Berichten der argentinischen Atomenergiebehörde (CNEA) ist im Zusammenhang mit dem Reaktorgeschäft ein ganzer deutsch-argentinischer Rahmenvertrag ausgehandelt worden, der nicht nur die Gründung einer gemischten Aktiengesellschaft vorsieht, sondern auch den Bau von weiteren drei AKWs sowie „Infrastrukturwerte und den Abbau von Uranerzen in den Anden“ („FR“, 31.8.). Alles in Allem ein Auftrag von rund 15 Milliarden DM! Außerdem garantiert der Vertrag mit der KWU der argentinischen Industrie, große Teile des Reaktors im Lande selbst herstellen zu können — für das extrem auf Autonomie ausgerichtete Atomprogramm Argentiniens ein wichtiger Faktor.

Außerdem scheint es Lambsdorff auf seiner Lateinamerika-Reise im August gelungen zu sein, einen potentiellen Sprungsatz des Argentinien-Geschäftes zu entziffern. Die argentinische Militärjunta hatte den Vertragsabschluß davon abhängig gemacht, daß gleichzeitig mit dem Reaktor eine Anlage zur Produktion von schwerem Wasser mitgeliefert wird.

Hintergrund ist das Bestreben Argentiniens, einerseits unabhängig von den USA in der Versorgung mit schwerem Wasser (das zum Kühlen der Natururan-Reaktoren gebraucht wird) zu werden, andererseits mit einer Schwerwasseranlage den letzten Baustein für die atomare Autonomie zu ergattern. Da sich gerade Natururan-Reaktoren besonders für die Plutoniumabreicherung eignen, darüber hinaus der Chef der CNEA ein Konteradmiral ist, der meint, „daß die Entscheidung zum Bau einer Atom-bombe eine eher politische als technische sei und daß sie von Motiven abhängt, die zu der entsprechenden Zeit vorherrschen“ („Monitor“, 21.3.77), hat die Lieferung einer solchen Anlage weitreichende Bedeutung, die zu der entsprechenden Zeit vorherrschen“ („Monitor“, 21.3.77), hat die Lieferung einer solchen Anlage weitreichende Bedeutung, die zu der entsprechenden Zeit vorherrschen“ („Monitor“, 21.3.77).

Wie erschreckend leicht Kampfstoffe herzustellen sind, ist nicht erst seit gestern bekannt. In dem 1930 von Stolzenberg veröffentlichten Buch „Anleitung zur Herstellung von Kampfstoffen“ waren auf 70 Seiten alle Kampfstoffe vertreten, die ein Militäristenherz höher schlagen lassen. Weiß-, Blau- und Grünkreuz, alles was dem „jungen Militär und Gas-offizier“ ein „gefahrloses Arbeiten“ mit den „etwas unheimlichen Stoffen“ ermöglichte — inklusive Preislisten für die Apparaturen und Ausgangschemikalien. Ein „Kochbuch für jedermann“, wie es die „Zeit“ beschrieb (28.9.79).

Kein Wunder, daß unter den Nazis diese detaillierten Beschreibungen vorsichtshalber verboten worden waren. Heute jedoch ist dieses Buch in fast jeder Staatsbibliothek erhältlich. Derzeit redet sich die Bundesregierung damit heraus, daß die Sendungen der

Giftgasherstellung in der Bundesrepublik

„Die Verwendung chemischer Stoffe zur Herstellung von Kriegswaffen wird durch die Aufsicht des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft verhindert“, so lautete Anfang 1971 die lapidare Antwort des Hamburger Senats auf die Anfrage der FDP-Abgeordneten Helga Schuchardt, ob Berichte der Zeitschrift „konkret“ zuträfen, wonach die Hamburger Firma Stolzenberg Giftgas für die Bundeswehr herstelle.

Zur gleichen Zeit stellt der Freigattenskapitän Schöler vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) in einem Schreiben an das Landesamt für Verfassungsschutz, datiert auf den 19. Januar 1971, u.a. fest: „...da die chemische Fabrik Dr. Stolzenberg in Hamburg-Eidelstedt in der Lage ist, Stickstoff- und Schwefeloxit herzustellen und die Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß derartige Erzeugnisse für Fremdländer produziert werden, wäre eine gelegentliche Beobachtung des Unternehmens in Erwägung zu ziehen“ („stern“, 4.10.79).

Etwas scheinheilig, wenn man bedenkt, daß die Bundeswehr jahrelanger Lieferant und Abnehmer der Hamburger Firma gewesen ist. Offenherziger ist dagegen der Untersuchungsbericht des Hamburger Senats, der feststellt, daß die zugeleiteten Berichte des Bundesamtes für Wirtschaft und des Rüstungsamtes der Westeuropäischen Union (WEU) — sie ist für die Einhaltung der Brüsseler Verträge und somit für die Kontrolle der Einhaltung des Verbots der ABC-Waffen-Produktion verantwortlich! beweisen, daß neben geringen Lagerungsmengen der Nervengase Tabun und Sarin, der Kampfstoff Lost auf dem Werksgelände Stolzenberg „mühsam und ohne jede Sicherheitsvorkehrungen“ hergestellt wurde („Hamburger Abendblatt“, 25.9.1. Trotz dieser Feststellung hatte die WEU bei einer Beichtigung der Firma im Dezember 1970 nichts kriegsverdächtiges feststellen können. Auch das Ermittlungsverfahren gegen Dr. Stolzenberg, ob Kampfstoffe völkerrechtswidrig hergestellt wurden, war mangels Tatverdacht bereits 1970 eingestellt worden. (ebenda)

Kampfstoffe sind mühsam herzustellen

Wie erschreckend leicht Kampfstoffe herzustellen sind, ist nicht erst seit gestern bekannt.

Wie erschreckend leicht Kampfstoffe herzustellen sind, ist nicht erst seit gestern bekannt. In dem 1930 von Stolzenberg veröffentlichten Buch „Anleitung zur Herstellung von Kampfstoffen“ waren auf 70 Seiten alle Kampfstoffe vertreten, die ein Militäristenherz höher schlagen lassen. Weiß-, Blau- und Grünkreuz, alles was dem „jungen Militär und Gas-offizier“ ein „gefahrloses Arbeiten“ mit den „etwas unheimlichen Stoffen“ ermöglichte — inklusive Preislisten für die Apparaturen und Ausgangschemikalien. Ein „Kochbuch für jedermann“, wie es die „Zeit“ beschrieb (28.9.79).

Kein Wunder, daß unter den Nazis diese detaillierten Beschreibungen vorsichtshalber verboten worden waren. Heute jedoch ist dieses Buch in fast jeder Staatsbibliothek erhältlich. Derzeit redet sich die Bundesregierung damit heraus, daß die Sendungen der



Kampfgasherstellung unter freiem Himmel

Hamburger Firma lediglich „Musterlieferungen“ zwecks Erprobung von Gasmasken gewesen seien. Der Bundesverteidigungsminister Hans Apel machte jedoch die einschränkende Bemerkung, daß die Bundeswehr keine Kampfstoffe lagere, es handle sich hierbei nur um „kleine Bestände“, die „im wesentlichen bei den Erprobungsstellen seien“ („UZ“, 22.9.79). Interessant dürfte sein, wer mit diesen Kampfstoffen herumprobiert.

Wie leicht solche Kriegsgifte auch großtechnisch herzustellen sind, was der BRD auf Grund der Brüsseler Verträge verboten ist, stellte die UN-Expertenkommission in ihrem Bericht über „chemische und bakteriologische (biologische) Waffen und die Wirkung ihrer möglichen Verwendung“ am 4. Juli 1969 so fest:

„Heute haben zahlreiche Industriestaaten das Potential, verschiedene chemische Wirkstoffe zu produzieren. Viele in der Fabrikation benötigte Zwischenprodukte und in einigen Fällen die Wirkstoffe selbst werden in Friedenszeiten allgemein verwendet. Zu solchen Substanzen gehören beispielsweise Kohlenstoffchlorid, das einige hochentwickelte Länder in einem Ausmaß von jährlich mehr als 100.000 Tonnen produzieren und Äthylenoxid, das zur Fabrikation von Senfgas gebraucht wird. Letzteres stellen zahlreiche Länder ebenfalls in großen Mengen her; Senfgas und Stickstoffoxit können durch ein relativ einfaches Verfahren aus Äthylenoxid produziert werden. Ähnliche Anmerkungen wurden in Bezug auf biologische Wirkstoffe gemacht“ (Rüstung

und Abrüstung im Atomzeitalter, zitiert aktuell 4186, S.130). Zu der gleichen Feststellung kam im April 1964 die Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik der Bundeswehr, indem sie verkündete: „Die hochentwickelte chemische Industrie verfügt über umfangreiche Forschungs- und Produktionskapazitäten und kann sich auf technische Einrichtungen und Kader aus dem zweiten Weltkrieg stützen. Die Rohstoffbasis für B- und C-Waffen ist gesichert“ (Olaf Groehler, Der lautlose Tod, DDR 1978).

Nazi-Giftgasspezialisten kontinuierlich am Werke

Nazi-Giftgasspezialisten kontinuierlich am Werke

Daß sich die bundesdeutschen Militäristen jahrelang auf solche „Kader“ stützen konnten, war nicht zuletzt den Alliierten, insbesondere den US-Besatzungsbehörden, zu verdanken, die von einer Verurteilung dieser Giftgasspezialisten bei den Nürnberger Prozessen absahen. Der Chemiker Schrader, Erfinder des Tabun und Sarin sowie die Giftgasspezialisten Ochsner, Wirth, Ehrmann, Fischer, Brodt, Drilling, Bomberg und Mommsen mußten im Internierungslager Kranzberg im Taunus für den amerikanischen Imperialismus die Ergebnisse langjähriger Arbeit auf dem Gebiet der phosphor-organischen Chemie bis ins Einzelne — für das Chemical Corps der US-Armee — niederschreiben.

So war es auch nicht verwunderlich, daß die IG-Farben-Giftgasspezialisten bereits 1947 unter dem Deckmantel des Pflanzenschutzes und der Insektenbekämpfung wieder chemische Kampfstoffe herstellen konnten.

Neben Schrader fanden sich im Forschungszentrum die IG-Farben Direktoren Dr. Cross, Dr. Wirth und Dr. Ambros wieder (France Nouvelle 30. Juni 1965; s.a. AK 162). Die Amerikaner nahmen dann zum Teil die Giftgasanlagen der Nazis wieder in Betrieb. „Das im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen OKH (Wehrmacht) und IG-Farben ab 1940 im Raum Gendorf errichtete Kampfstoffwerk war beispielsweise von der Demontage ausgenommen worden und produzierte als „Anorgana U.S. Administration — Gendorf“ unter Bruch des Potsdamer Abkommens weiter“ (O.Groehler, Der lautlose Tod).

Erste Erfolge dieser Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Amerika zeigten sich bereits 1951. Die „Neue Rheinzeitung“ berichtete am 24. April 1951, daß die Amerikaner neue Kampfstoffe hergestellt hatten, die direkt auf Forschungsergebnissen der Nazi-Wissenschaftler beruhten.

BRD-Beteiligung am Giftgasgeschäft in Vietnam, ...

Wie konkret die Forschungen auf diesem Gebiet betrieben wurden, hatte sich auch während des Vietnam-Krieges gezeigt. Die BASF Ludwigshafen und die Farbwerke Hoechst hatten sich über ihre fünf Filialen in den Vereinigten Staaten direkt am Giftgasgeschäft beteiligt. Die Londoner Zeitung „Eastern World“ schrieb in ihrer Juli-August Ausgabe 1966 dazu: „Sie (die Amerikaner — d. Verf.) haben reges Interesse an den neuen, äußerst wirksamen Kampfgasen bekundet, die in westdeutschen Laborkontrollen auf der Grundlage der zur Zeit des zweiten Weltkrieges von der IG-Farbenindustrie hergestellten Oxyd-ätherischen Kampfgasen bekundet, die in westdeutschen Laborkontrollen auf der Grundlage der zur Zeit des zweiten Weltkrieges von der IG-Farbenindustrie hergestellten Gase entwickelt werden. Die deutschen militärischen Führer und eine Reihe von Industriefirmen in der Bundesrepublik helfen den Amerikanern bei ihrem Aggressionskrieg in Vietnam ... So wurde eine Vereinbarung getroffen, mehrere Sachverständige der Farbwerke Hoechst AG nach den USA zu entsenden und den USA die notwendigen technischen Unterlagen und Angaben für die Herstellung tödlicher Gase vom Typ Zyklon B zu überlassen, das die Nazis im vergangenen Krieg in großen Mengen in ihren Todeslagern verwendeten und mit dessen Anwendung für nicht weniger grausame Zwecke die Amerikaner in Südvietnam bereits begonnen haben.“

Entsprechend den Empfehlungen des amerikanisch-deutschen „Military Strategic Guidance Centre“ in Trier — die von den Regierungen beider Länder gebilligt worden sind — werden die jüngsten Unterlagen auf dem Gebiet der Herstellung und Kampfanwendung chemischer und bakteriologischer Waffen ausgetauscht und miteinander verglichen.“

Daß solche Giftgaswerke auch gebaut wurden, konnte unter anderem das „Antimperialistische Informationsbulletin“ berichten. Es schrieb: „Der Bau und die Aufrüstung des Chemiekombinats bei Nong Song, in der Nähe des US-Stützpunktes Da Nang, wurde im wesentlichen von BRD-Firmen übernommen. Die für die Herstellung von chemischen Kampfstoffen notwendige Versuchsanlage baute die Firma Heinrich Koppers GmbH, Essen“ (AIB, Jan. 1971).

Ein ähnliches Kombinat wurde von der Bayer AG (ab 1966) für 4,2 Mio. DM im faschistischen Südafrika aufgebaut. An dieser Kampfstoffanlage wirkte der Gaskriegsspezialist der Nazis, Dr. Wirth, als Berater mit. Aber auch von der Bundesrepublik aus wurde diese „Marktlücke“

Fortsetzung nächste Seite

KB/Gruppe Nürnberg

Richtigstellung

In dem Artikel „Neue Niederlage der Behörde im Plakettenstreit“ (AK 164, S. 5) sind wir — wie auch das „Hamburger Abendblatt“ und die „Morgenpost“ — einer Fehlinformation des Gerichtesekretariats des Hamburger Verwaltungsgerichts aufgesessen. Der gegen die Schulbehörde wegen des Plakettenverbots klagende Lehrer hat seinen Prozeß keineswegs — wie gemeldet — gewonnen, sondern das Gericht hat lediglich beschlossen, einen Gutachter zu der Frage, ob das Tragen der Anti-AKW-Plakette im Unterricht Indoktrination sei, zu hören.



Die Bundeswehr übt den Giftkrieg

Fortsetzung von Seite 9

(„Capital“, 5/67) mit Lieferungen von Herbiziden (Unkrautvernichtungsmittel) abgedeckt. Die Bayer AG hatte über ihr holländisches Zweigwerk in Dormagen ab Mai 1966 Herbizide von Antwerpen und Amsterdam aus direkt nach Südvietsnam verschifft („konkret“, 3. März 1966).

Vermutlich hatte sich auch die Firma Merck an diesen Aktionen beteiligt. Sie hatte auf dem Höhepunkt des Entlaubungskrieges in Vietnam kurzerhand 30000 Tonnen Hexachlorocyclohexan (HCH) zu Salzsäure verarbeitet, um damit jenes Entlaubungs-gift abzutrennen, das in Seveso einen Landstrich zur Wüste machte — TCDD, kurz Dioxin genannt („Spiegel“, 38/74; s.a. AK 147). Die Produktion dieses Giftes wurde offenbar eingestellt, nachdem die USA aufgrund internationaler Proteste diese Art Völkermord stoppte und mit Friedensverhandlungen begann.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Entlaubungsprogramm der portugiesischen Kolonialisten in Angola. Während der „Billettezeit“ hatten sich die BRD-Exporte vom Pflanzenschutzmittel „Tordon“ um über 100 Prozent gesteigert und ebten ebenso schnell wieder ab, nachdem dieses als

zu kostspielig befundene Unternehmen abgebrochen wurde (nach Informationen des Afrika-Komitee „ISSA“).

Verschleierung der militärischen Produktion

Aus den bisherigen Fakten wird deutlich, daß die moderne Großproduktion von Chemikalien auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und der Schädlingsbekämpfung, die alle auf phosphororganischen Verbindungen beruhen, und zugleich Grundlage zur Gewinnung von Nervengasen sind, im Kriegsfall ihre Produktion sofort für militärische Zwecke umgestalten kann. Der Direktor der chemischen Toxikologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Karlheinz Lohs beschreibt dies so:

„Er (der Aggressor — Anm. Verf.) kann die erforderlichen Vorprodukte in der zivilen chemischen Industrie herstellen, bevorraten und, falls erforderlich, auch anderweitig verwerten, das heißt, sie für die Herstellung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln oder zur Erzeugung chemisch-technischer und pharmazeutischer Produkte einsetzen.“ (Olaf Groehler, Der lautlose Tod...).

Die bundesdeutschen Steigerungsraten belaufen sich bei diesen Chemikalien kontinuierlich auf 30% und

mehr bei gleichzeitiger Zunahme der Absatzschwierigkeiten. Vorprodukte für die militärische Produktion sind somit in großen Mengen vorhanden.

Mittlerweile sind die C-Waffen auch technisch mithilfe der sogenannten Binärwaffen erheblich verbessert worden. Gering toxische Vorprodukte werden bevorratet und getrennt in Geschosse gefüllt, wobei der eigentliche Kampfstoff erst beim Einsatz, wenige Sekunden vor dem Einschlag entsteht.

Daß die Forschungen nicht abreißen, zeigte sich auch anläßlich des 30jährigen Bestehens der Fraunhofer-Gesellschaft, die als Tarsunternehmen für die Bundeswehr bei brisanten Aufträgen fungiert. So ist von der Gesellschaft der Bau eines zweiten Teilinstitutes für Toxikologie und Aerosolforschung (!) in Hannover beschlossen worden. Der Jahresrat der Fraunhofer-Gesellschaft hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht. Lag er 1970 bei rund 30 Millionen DM, hatte der Haushalt 1978 schon 168,5 Millionen DM für Forschung und Entwicklung ausgeben. Die Gesellschaft, die 26 Institute in der BRD unterhält, forscht auf den Gebieten der Informationsverarbeitung, Systemtechnik, Werkstoffe, Bauwesen, Verfahrenstechnik und Umwelttechnik. In sechs Instituten wird im Auftrag der Bundeswehr mit deren finanziellen Mitteln „Verteidigungsforschung“ betrieben, so z.B. in Pfünz/Berghausen, wo auf dem Gebiet der Treib- und Explosivstoffe geforscht wird („Süddeutsche Zeitung“, 10.7.79).

... und Giftgasimporte

Seit der Giftgasdebatte 1970 ist man vorsichtiger geworden und bezieht Kampfstoffe — auf Anweisung des damaligen Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt — aus dem verbündeten Ausland. Jährlich gelangen 200 Kilogramm solcher Kriegsgifte aus englischer, amerikanischer und französischer Produktion in die BRD („Zeit“, 28.9.79). Und wieder war es ein Unfall, der neue Fakten ans Licht brachte. Als in Seveso im Juli 1976 durch eine Verpuffung 2,5 Kilogramm TCDD, kurz Dioxin genannt, frei wurden, meldete sich ein ehemaliger Direktor der Hoffmann LaRoche bei der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso“ und erklärte, daß in Seveso Giftgas Sp121 hergestellt wurde, das auf Umwegen in die BRD gelangte (Informationsdienst, 11.9.76).

Während die bundesdeutsche Presse peinlichst schwiege, erklärte der Direktor der LaRoche, Adolf Jann,

im Schweizer Fernsehen, daß die Vorwürfe der Kriegsproduktion nicht haltbar seien. Wie simpel die Kriegsproduktion in den Firmenunterlagen verschleierte werden konnte, umriß die italienische Wissenschaftszeitung „Sapere“ so:

„Innerhalb des Industriesystems werden die Produktionsdaten von Grundstoffen verfälscht. Sie geben die Menge dieser Grundstoffe geringer an

und die Differenz wird für militärische Zwecke produziert. Eine Industrie, die mehrere Produkte produziert, verfälscht die Fabrikationsdaten von Produkten für zivile Zwecke und diese werden entsprechend höher angegeben. Und produziert in Wirklichkeit die Differenz für militärische Zwecke.“ (Dez. 76, S.64).

AKW-Nein-Kommission



ABC-Übung beim NATO-Manöver „Herta Faust“

Jetzt hat auch Bayern „seinen“ Giftskandal

„Nach Feststellungen des bayerischen Innenministeriums gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß in Bayern Gefahrenstellen wie in Hamburg Ausmaße durch bisher nicht aufgefundene Munition oder Kampfstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg besitzen.“ („AA“, 21.9.79). Dies mutet schon sehr seltsam an, stand doch tags zuvor in der „AZ“, daß auch in Bayern „Jedes Jahr ein ganzes Waffenarsenal“ entdeckt werde: Seit 1954 wurden 14,5 Millionen Stück (3.900 Tonnen) Munition jeden Kalibers gefunden und entschärft, wobei 68 Menschen ums Leben kamen und 694 durch explodierende Bomben und Granaten verletzt wurden.

Im Laufe der Kampfmittelbeseitigung sind auch im Freistaat Giftkampfstoffe wie in Hamburg entdeckt worden, so z.B. auf dem Gelände der früheren Munitionsfabrik in Traunreuth, wo 1976/77 größere Mengen Lost (Gelbkreuz) „entdeckt, geborgen und vernichtet“ worden seien („AA“, 21.9.). Derzeit bekannt seien dem Innenministerium allerdings nur zwei Orte, an denen größere Mengen gefunden wurden. Wo diese Orte sind, wollte man nicht mitteilen, da dies „die Sicherheitslage erheblich verändern würde“ („PNP“, 21.9.). Es hieß lediglich, die eine Fundstelle sei in einem Waldgelände etwa einen Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt, die andere befände sich in einem gesicherten Stollen. Das Depot im Wald werde von der Polizei überwacht, der Stollen in regelmäßigen Abständen überprüft. Probebohrungen in dem Wald haben ergeben, daß dort in zwei Meter Tiefe 50 bis 100 mit Lost gefüllte Büchsen zu je 10 Litern liegen, deren Bergung derzeit gefährlicher sei als die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands, da sie eine „Zerlegeladung“, also eine Art Zünder (!) haben („NN“, 21.9.). Das Innenministerium beeile sich, zu beteuern, daß eine Gefahr natürlich

weder für das Grundwasser noch für die anliegende Bevölkerung bestünde.

Die andere Fundstelle in einem Stollen birgt 42,5 Tonnen des Reizstoffes Clark, der dort seit 1950 lagert. Gerüchten in der Bevölkerung zufolge handelt es sich um das unterirdische Stollensystem der Houbirg bei Hersbruck, das gegen Kriegsende als Rüstungsfabrik dienen sollte. Die örtliche Bevölkerung wurde durch angebliche Vermessungstrupps darauf aufmerksam, die derzeit in dem Stollen die Einsturzgefahr prüfen („NZ“, 22.9.). Anscheinend ist der Stollen doch nicht so gesichert, wie zu Anfang beteuert wurde. Diese katastrophalen Zustände sind sicher kein Einzelfall, denn bislang gibt es weder in Bayern noch sonst wo in der BRD eine für die Beseitigung dieser Kampfmittel geeignete Anlage! Im Auftrag der Bundeswehr werde eine solche jedoch in Niedersachsen errichtet, die 1980 fertig sein soll („MP“, 21.9.).

Entgegen den Angaben des Innenministeriums kam nun heraus, daß allein in Bayern 34 Großfundstellen bekannt seien. Dieses versicherte daraufhin sofort, daß man keine Vergleiche zu dem Hamburger Giftskandal ziehen könne. Die gefundenen Stoffe stammten auf jeden Fall aus dem Zweiten Weltkrieg, da in Bayern nichts Neues produziert worden sei („AA“, 22.9.).

Nähere Informationen über diese horrenden Mengen an Zeitbomben in Bayern wurden dann jedoch überdeckt von einem Fall, der in Aibling bei München groß herauskam, kurz nachdem Theo Fischer, Umweltschutzbeauftragter der Stadt München versichert hatte, daß in München etwas derartiges undenkbar sei, da sie alle gefährlichen Stoffe unter Kontrolle hätten (nach „MM“, 20.9.).

„Giftalarm auch in München“, „Kinder spielen zwischen Behältern für Giftstoffe“, „Die tödlichen Säfte von Aibling“.

Ort des Geschehens war das Gelände einer seit einem Jahr stillliegenden Chemiefabrik. Jahrelang benutzten es die Kinder als Abenteuerspielplatz und zündelten zwischen den herumliegenden Fässern. Schon im Juli dieses Jahres hatte ein Aibinger Bürger gemeldet, daß seine Kinder mit Verätzungen an den Händen nach Hause kamen und Säcken mit weißem Pulver mitbrachten — in der guten Hoffnung, man würde sich schon darum kümmern. Doch nichts geschah — bis jetzt, nach den Hamburger Vorfällen, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vom 22. auf den 23. September plötzlich Fässer mit chemischen Substanzen abtransportiert wurden. Gerüchte, daß es sich dabei um hochgiftige Stoffe gehandelt habe, wies Fischer zurück. In den Fässern habe sich lediglich „Stärkemittel zur Herstellung von Kraftfutter sowie Aktivkohle“ befunden („NN“, 24.9.). Eine beträchtliche Anzahl von Fässern mit der Aufschrift „Gift“, die auf dem Gelände herum lagen, seien angeblich zu „99,9 Prozent“ leer gewesen. Sie wurden drei Tage später, nachdem man das Gelände ordnungsgemäß abgeräumt hatte, ganz offiziell im Rahmen einer Katastrophenschutz-„übung“ „vorsorglich“ auf eine Mülldeponie abtransportiert.

Bei diesen „ungiftigen“ Substanzen handelte es sich, wie später herauskam, um erhebliche Mengen an verschiedenen Giftstoffen, Säuren, Dynamitgrundstoffen, so z.B. Natriumsilylat, dessen Einnahme zu Herzschwäche und Tod durch Atemlähmung führt. Doch „da der Giftstoff wie Essig schmeckt, werden Kinder davon keine gefährlichen Mengen zu sich nehmen“, erklärte das bayerische Innenministerium zynisch („MM“, 25.9.). Weil es sich um keine „hochgiftigen Substanzen“ handelte, wurde Entwarnung gegeben! Lediglich eine Spur von Arsen in „pharmakologischer Dosis“ (?) habe

man gefunden. Diese „Spur“ stellte sich dann als halber Zentner heraus, der in einer Holztonne in einem Raum stand, von dem weder der Besitzer noch die Behörde etwas gewußt haben will, wohl aber die Kinder! („LZ“, 29.9.). 100 Milligramm dieses Giftes sind tödlich! Es ist ein Wunder, daß nicht erst — wie in Hamburg — ein Kind ums Leben kommen mußte, bevor der Fall durch die Aufmerksamkeit der Bürger an die Öffentlichkeit gelangte, die die Verantwortlichen anscheinend dabei erriep hatten, wie sie versuchten, die Giftspuren über Nacht zu verwischen.

Die Verantwortung für diesen Umweltskandal wird auch in München hin und her geschoben. Sie geht zurück bis ins Jahr 1961, wo in einem Gatachten festgestellt wurde, daß seit den 50er Jahren die verseuchten Abwässer des Werkes unkontrolliert in den Boden abgelassen worden waren. „Der Boden ist bis in eine Tiefe von sieben Metern total verseucht, die Säure fräß tiefe Kavernen in den kieshaltigen Untergrund.“ Erst 1969 bekam das Werk einen eigenen Kanalschluß. Doch auch dieser soll unzureichend gewesen sein („MM“, 2.10.).

Im Frühjahr dieses Jahres hatte dann nach Stilllegung der Fabrik eine Begehung durch das Landesamt für Umweltschutz stattgefunden. Da das Gelände sich in einem katastrophalen Zustand befand, sollte es gründlich geräumt werden. Doch hatte der Konkursverwalter offensichtlich einiges liegen gelassen und vergessen. Seither war keine Kontrolle mehr erfolgt. Diese unerhörte Nachlässigkeit wurde ganz einfach mit der Begründung abgetan, „die Stadt München müsse davon ausgehen, daß die Auflagen eingehalten werden“ („AA“, 10.10.79). Welch blindes Vertrauen... Auch parteipolitisch löste der Fall einiges Gezeiter aus. Der CSU-Vorsitzende Strauß befürchtete, daß der Eindruck entstehen könnte, in München habe sich ein Giftskandal von Hamburger

Ausmaßen zugetragen: „Man solle aufhören, Entlastungsangriffe für Klose zu fahren.“ Umweltminister Dick sagte: „Man soll nicht krankhaft (?!). Im Süden nach einem Giftskandal suchen.“ Die „spielenden Kinder“ seien randalierende Jugendliche gewesen, die den Zaun des Fabrikgeländes demoliert hätten und alles kurz und klein geschlagen haben („FAZ“, 25.9.). Außerdem „könne doch an jeder Baustelle und in jedem Badezimmer Schränke Gift gefunden werden“, verhallmüste Pressesprecher Günther Wolfbauer den Skandal („MM“, 29.9.). Dies ist also von den anfänglichen „wir-haben-alles-im-Griff“-Beteuerungen übrig geblieben. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Giftskandale haben sich mittlerweile eine ganze Reihe von Fabriken, Müllhalden usw. als potentielle Gefahrenquelle herausgestellt. So lagern bei einer Fabrikrunde in Reichelsdorf bei Nürnberg hochgiftige Flüssigkeiten, Säuren und Harze, die eine große Gefahr für Kinder darstellen, die dort immer wieder spielen („NN“, 2.10.). Auf einer mittlerweile zugeschütteten Müllhalde in Langweid bei Augsburg wurden jetzt leere Giftfässer mit Totenkopfabzeichen ausgegraben, von denen man weder weiß, wer sie dort abgelagert hat, noch, ob sie damals schon leer gewesen waren. Auf diesem Gebiet dürfte uns noch einiges Schreckliche erwarten.

Um von den offensichtlichen behördlichen Schlamereien abzulenken, wurde inzwischen vom bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Kolo sowie von der Hamburger CDU der Vorschlag gemacht, die „Furcht der Unternehmer“ vor der Aufdeckung neuer Skandale auszuräumen und „bei Meldungen innerhalb einer bestimmten Frist Straffreiheit zu gewähren“ („NN“, 27.9. und „FR“, 11.9.79). Da bleibt einem wirklich das Arsen im Halse stecken...

KB/Gruppe Nürnberg

Wir empfehlen:

Selbstschutz = Vorsorge

ATOMSCHUTZ-KUGELBUNKER

System: SECURIS für 8 bis 12 Personen



Schutzbunker - 8 bis 12 Personen - Typengestaltung und genehmigt. Stützpunkt-Fertigstellung. Kurze Einweisung. Jede Erdbeugefähigkeit in Gärten, Keller, unter Garagen oder Gruppen-Erden. Für zivile und militärische Zwecke.

Schützt gegen:
• Luftdruckstöße - Explosionen
• atomare Strahlungen
• radioaktive - und chemische
• biologische und chemische
• Kampfstoffe
• Hitzestrahlung

Die notwendigen Einrichtungsgegenstände:
• Beheizung
• Wasser- und Strom
• Trinkwasser-Behälter
• Begasungs- und Filterungsanlagen
• Sanitär- und Lüftungsanlagen
sind im Lieferprogramm.

Der Kugelschutz-Bunker bietet große Sicherheit bei Angriffen von Atom und konventionellen Waffen sowie bei Katastrophen.

GRÜNDUNG-MEHRWECKRÄUME
Wir übernehmen die komplette Ausattung von Grundsatzräumen mit Einrichtungsgegenständen und Service (Zutaten) nach der Fassung Juni 1979 des Bundesministers des Innern (Bundesanzeiger Nr. 164 vom 18.8.1979).



UNIVERSAL GmbH

1000 GOTTSCHEW-STRASSE

1000 GOTTSCHEW-STRASSE

1000 GOTTSCHEW-STRASSE



Proteste gegen Frankfurter Nazi-Buchladen

In Frankfurt wächst der Widerstand gegen den kürzlich eröffneten Nazi-Buchladen (siehe AK 163). Die „BI gegen Reaktion und Faschismus“ hat mit einer Unterschriftenliste bisher ca. 800 Bürger für die Forderung nach der Schließung des Ladens gewonnen, darunter viele Anwohner. Unterstützt wird die Forderung auch von Lehrern und dem Elternbeirat der gegenüberliegenden Comenius-Schule. Die BI hatte ihre Forderung während einer kleinen Demonstration vor dem Laden der Presse mitgeteilt („FR“, 13.10.).

Ebenfalls in der „FR“ erschienen Ausschnitte einer u.a. von Finken, Jusos, KB, GLU, GLH und einigen Buchläden unterzeichneten Erklärung, in der ebenfalls die Schließung des Ladens und die Unterbindung der Nazi-Propaganda gefordert wird. Dem Aufruf einer weiteren Demonstration, in der ebenfalls die Schließung des Ladens und die Unterbindung der Nazi-Propaganda gefordert wird. Dem Aufruf einer weiteren Demonstration, in der ebenfalls die Schließung des Ladens und die Unterbindung der Nazi-Propaganda gefordert wird.

Unterstützen verstärken sich die Terroraktivitäten von Nazis zunehmend.

Am 3.10. versuchten ca. 15 zum Teil bewaffnete Jugendliche, darunter auch Ralf Platzdachs, in die erste Versammlung der BI einzudringen und vertreiben die zahlenmäßig unterlegenen Antifaschisten.

Kürzlich wurde vor dem Laden ein Jugendlicher von Nazis zusammengeschlagen.

Am 8.10. überfielen 15 schwarz gekleidete Nazis, mit Kabeln und Schlagstöcken bewaffnet, eine Diskussionsrunde der DKP. Einer der Angegriffenen muß im Krankenhaus behandelt werden.

Während der Buchmesse randalierten wiederum etwa 15 Neonazis am Stand eines antisemitischen Verlages und zogen anschließend zur Gegenbuchmesse, wo sie Plakate von den Eingangsfluren reißen.

Am 13.10. sind es knapp 30 „Kameraden“, die unter Führung Schönborns vor dem Senkenbergmu-

seum auftauchen, wo eine Lesung von Lasse Rønne stattfindet. Sie verteilen ein Flugblatt „Heidekel: Dein Name ist Rønne“, von einer „Bürgerinitiative Roswitha von Ganderheim“. Verantwortlicher Platzdachs sitzt der BI in Göttingen, Silberbrunn 1 und Norheim, Wilhelmstr. 30.

Der Buchladen dient derzeit weiterhin auch als Treffpunkt. Auf einem Fluchblatt bitten Platzdachs und sein Kumpan Raimund Lucyn „Deutsche an einen Tisch“, jeden Freitagabend zu einem „verbandsunabhängigen Freundeskreis mit Ausrede“. Es wird berichtet, daß auch der NPD-Mann Horst Gräfe am Tisch einen Stamplatz hat.

Für die Polizei hingegen scheint der Laden an Interesse verloren zu haben. Hier ist es noch im August, bei einer Hausdurchsuchung seien zwei

Für die Polizei hingegen scheint der Laden an Interesse verloren zu haben. Hier ist es noch im August, bei einer Hausdurchsuchung seien zwei Kisten mit Büchern beschlagnahmt worden, um höchstens nach, daß der Staatsanwalt zwar schon zweimal „Hausdurchsuchung“ habe aber „nach Durchsuchung der Bücher und Broschüren“ nichts Gesetzwidriges zu ermitteln vermöchte („FR“, 13.10.). Auch hüllen sich die Behörden in Schweigen, was die Forderung nach Schließung des Ladens betrifft.

Der letzte Besuch der Polizei in der Hasemann-Itzsch-Str. 55 galt jedenfalls nicht der dort angebotenen Nazi-Literatur. In der Nacht vom 11. auf den 12.10. wurden auf den Laden sechs Schüsse abgegeben. Zu dem Schusslag soll sich eine „Schwarze Zelle - RBL - Revolutionäre Bürgerinitiative, Antifaschistische Gruppe“ bekennen haben („FR“, 15.10.). Ob es sich bei dieser Aktion um einen kleinen Rechtsterrorismus handelt, bleibt vorerst offen. Für die Frankfurter Antifaschisten jedenfalls kein Grund, sich in ihrer Forderung nach Schließung des Ladens und Unterbindung der Nazi-Propaganda diskreditiert zu sehen und in ihre Aktivitäten nachzulassen.

Schließung des Nazi-Ladens! Schönborn in den Kasse!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Gibt es noch linke Buchhandlungen?

Am vor einigen Wochen der erste Frankfurter Nazi-Buchladen eröffnet wurde, wurde eine Unterschriften-sammlung gegen diesen Laden durchgeführt. Ich übernahm es, den SB-Buchladen und die Karl-Marx-Buchhandlung von den Spontis (die beiden größten linken Buchläden in Ffm) anzusprechen. Nachdem der Text etwa eine Woche in den Läden war, erhielt ich bei einer Nachfrage im SB-Laden, man wolle sich den Nazi-Buchladen erst mal anschauen, bevor man unterschreibt. Vorher hatte die „Frankfurter Rundschau“ schon mehrfach über den Nazi-Buchladen und Proteste dagegen berichtet.

Die Karl-Marx-Buchhandlung lehnte es (nach vorheriger Diskussion im Kollektiv) ab, zu unterschreiben. Sie fanden den Text zwar richtig, aber die Forderung, daß die Behörden gegen den Laden vorgehen sollten, könnten sie nicht unterstützen. Wenn man als Linker ein administratives Vorgehen gegen Nazis fordern würde, dann würde der Staatsapparat dies ja „logischerweise“ auch auf die Linke ausweiten und anwenden. Auch als ich darauf hinwies, daß diese Nazi-Literatur klar gegen bestimmte Straftatbestände verstößt

(Volksverhetzung, Verherrlichung des NS-Regimes, Rassenhaß, etc.) bleibt mein Gesprächspartner dabei, daß man als Linker nicht Polizei-Maßnahmen gegen Nazis fordern dürfe. Dies sei eher eine „unpolitische Angelegenheit“. Mir war nicht klar, wie ich das zu verstehen hatte. Na ja, wenn die Polizei halt gegen die Nazis vorgeht, dann wäre ja gut, aber fordern dürfte man es nicht von ihr. Das schlagendste Argument gegen eine Unterschrift des Sponti-Buchlades unter die Presseerklärung aber war dies: das könnte ja vielleicht den Eindruck erwecken, als würde die Karl-Marx-Buchhandlung aus Konkurrenzgründen mit unterschreiben?!? Vielleicht sollte man Buchläden überhaupt besser aus der Unterschriftenliste rauslassen. Die Betheuerungen zweier nicht-Linker Frankfurter Buchhandlungen unterschrieben die Erklärung allerdings ohne solche Ängste.

Der „neue Antifaschismus“ trägt reichlich Früchte! Jeder möchte sich vorstellen, was der alte Charlie dazu gesagt hätte, dessen Namen dieser Laden ja nun trägt (wie lange eigentlich noch?).

Ein Frankfurter Genosse

Ist Antifaschismus kriminell?

Im Raum Unna/Kamen läuft zur Zeit eine Welle von Prozessen gegen Antifaschisten an. Offizielle Aussagen der Staatsanwaltschaft zufolge handelt es sich hierbei um 13 Verfahren. Zur Verhandlung stehen die Vorfälle anlässlich der NPD Kundgebungen in Unna und Kamen vom 4.11.78. Dabei war es zu schweren Überfällen auf protestierende Antifaschisten gekommen. Verantwortlich hierfür zeichneten die Aktivisten der sogenannten „Harting-Bande“, deren Stützpunkt, das berüchtigte JN-Landeszentrum „Gut Barenbrücker“ sich in unmittelbarer Nähe Kamen befindet.

Die Überfälle auf Antifaschisten sowie das Verhalten der massiv aufgelegten Polizei, die ebenfalls prägend gegen den antinazistischen Protest vorging, sorgte auch überregional für Schlagzeilen.

Mittlerweile sind drei Prozesse gegen Antifaschisten über die Bühne gegangen. Ein 17-jähriger Antifaschist Mitglied einer kirchlichen Jugendgruppe, die sich damals an den antifaschistischen Protestaktionen beteiligte, wurde zu einer Strafe von 30 Stunden Arbeit verurteilt. Angeblich soll er eine Tomate in Richtung der Nazis geworfen haben. 200,- DM lautete das Urteil gegen Peter Widmaier, Mitglied der „Gruppe Kamen Antifaschisten“. Die seitens der Staatsanwaltschaft formalisierten schweren Vorwürfe (Körperverletzung usw.) konnten gegen den zur Tatzeit erst sechzehnjährigen vor Gericht zu einem großen Teil nicht aufrechterhalten werden.

Das Schöffengericht Unna verhandelte gegen den NPD-Gegner Dietrich Schulze-Marmeling. Vorgeworfen wurde Dietrich, die Eier, die später auf die Neonazis in Kamen niedergefallen, verortet zu haben. Gleich zu Beginn der Verhandlung erklärte der die Verhandlung leitende Richter Ling, daß das Gericht nicht gewillt sei, auch von außen in seinen Entscheidungen einzugreifen.

Die Verhandlung leitende Richter Ling hat von außen in seinen Entscheidungen keinen Einfluss genommen. Er hat vielmehr ein Appell an die Ermittlungs- und Strafverfolgungsstellen gestellt, und eine in die gleiche Richtung zielende Erklärung, unterzeichnet von demokratischen Persönlichkeiten und Organisationen, die am Morgen des Verhandlungstages in der örtlichen Presse zu lesen war.

In einer persönlichen Erklärung wies Dietrich Schulze-Marmeling auf den politischen Hintergrund der Prozesse. Nicht die Antifaschisten seien für die Vorfälle vom 4.11. verantwortlich zu machen, sondern die Politiker, die besonders im Raum Unna-Kamen bisher kläglich im Kampf gegen den Rechtsterrorismus gescheitert seien. Am Ende des 2. Verhandlungstages befand das Gericht Dietrich für schuldig. Das Urteil lautete auf 20 Tagessätze à 10,- DM (die Staatsanwaltschaft hatte die selbe Zahl an Tagessätzen zu 20,- DM gefordert). In seiner Urteilsbegründung machte Ling noch einmal deutlich, daß es sich für ihn nicht um einen politischen Prozess handle.

Gegen Dietrich Schulze-Marmeling und zwei Bielefelder Antifaschisten laufen 2 ZL-Ermittlungs- bzw. Strafverfahren wegen Beleidigung, Verleumdung etc., angestrengt in erster Linie vom Bewirtschafter des Kamen-Nazi-Hofes „Gut Barenbrücker“ und Kopf der Nazi-Bande, Karl Heinz Harting.

Im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 4.11.78 wurden nur gegen zwei Neonazis Strafverfahren eingeleitet. Sowohl die Anzahl der Verfahren als auch die ausgesprochenen Urteile sprechen den realen Vorkommnissen vom 4.11. Hohn. So wurde der Faschist Bernd Dröge (Mitglied des Bundesvorstandes von NPD und JN), der Antifaschisten mit einer Gaspietole bedroht hatte, in erster Instanz freigesprochen. Der Bielefelder NPD-Schlagier Edgar Armstedt, der damals den Falken-Funktionär Peter Kalvari mit einem Kantholz-Krankenhausreißer geprügelt hatte, wurde lediglich zu einer Geldstrafe von 2.000 DM verurteilt.

Es gilt nun, den Protest gegen die skandalösen Prozesse noch weiter zu verankern.

Eine Protest-Erklärung an den Ermittlungsverfahren und Prozessen gegen Antifaschisten im Raum Unna/Kamen (die wir aus Platzgründen erst nächstes Mal bringen können), ist jetzt schon von einem breiten Spektrum von Persönlichkeiten und Organisationen von den Jusos bis zum KB unterzeichnet worden.

Zur Deckung der Prozesskosten werden Spenden erbeten auf das Konto Stadtsparkasse Kamen Friedhelm Schumann No. 807600, BLZ 44351380

Die Verteidigung angeklagter Antifaschisten ist untrennbare Aufgabe des antifaschistischen Kampfes

Wir wenden uns heute an alle im antifaschistischen Kampf engagierten Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen mit dem Aufruf zur aktiven Solidaritätsarbeit mit angeklagten Antifaschisten.

Die erfreuliche Tatsache einer wachsenden antifaschistischen Bewegung in unserem Land darf die Schattenseite der zunehmenden Verfolgung engagierter Antifaschisten durch Polizei und Justiz, aber auch durch die Faschisten und Reaktionen selber, die sich der Justiz bedienen, nicht verdecken. Als eine zentrale Aufgabe bei der Organisation der Solidarität und der Abwehr dieser Angriffe sehen wir die Intensivierung des Informationsaustausches innerhalb der antifaschistischen Bewegung auf dem Gebiet prozessualer Erfahrungen und Vorbereitung der politisch und juristisch effektiven Verteidigung. Das Initiativkomitee Arbeiterhilfe bemüht sich aus diesem Grunde um die Zentralisierung von Anklageschriften, Beweisanträgen, Urteilen, Urteilsbegründungen etc. sowie des Materials, mit dem eine Öffentlichkeitsarbeit bei solchen Prozessen geleistet wird. Diese

gesammelten Erfahrungen sollen abrufbar gemacht werden und der Unterstützung von Prozessvorbereitungen dienen. Desweiteren kann so den interessierten Medien eine Berichterstattung erleichtert werden. Bei dieser Arbeit sind wir angewiesen auf die Unterstützung aus der ganzen antifaschistischen Bewegung und das persönliche Engagement von möglichst vielen Freunden in der ganzen BRD. Kein einziger Prozeß gegen Antifaschisten ist, unwichtig. Demonstrationen, Petitionen, Verfahren gegen presse-rechtlich Verantwortliche, „Beleidigungs“-Verfahren von Faschisten gegen Antifaschisten u.v.a. mehr ergeben heute eine Summe von empörenden Erfahrungen mit der Justiz dieses Landes, jedoch bleiben diese noch fast ungenutzt, um unseren Kampf auf diesem Sektor erfolgreicher zu machen.

Informationen und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bitten wir an:

Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Antifa Gruppe
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

IKAH

Antifaschistischer Bundeskongress Vorkongresskonferenz am 10./11. November in Bielefeld

Liebe Antifaschist/innen,

auf unseren im Juli publizierten Vorschlag hin, einen antifaschistischen Bundeskongress zu veranstalten, haben wir zahlreiche interessierte zustimmende Zuschriften von antifaschistischen Arbeitskreisen, Organisationen und Einzelpersonen erreicht. Insgesamt liegen uns mittlerweile ca. 70 Stellungnahmen vor. Die Zuschriften kommen dabei überwiegend von lokalen Antifa-Initiativen und Arbeitsgruppen.

Aus Dortmund und Bielefeld gibt es bereits (schon frühzeitig) Vorstellungen konzeptioneller Art, was die Durchführung des Antifa-Bundeskongresses anbelangt. Diese Vorschläge gehen davon aus, die Veranstaltung für möglichst viele Gruppen der antifaschistischen Kampfes zu öffnen und diese in der einwirkenden Arbeitsgruppen zu befassen. (Kampf gegen Neonazis/NPD-Verbot, Prozess gegen Antifaschisten, Rechtsentwicklung/Forschung allgemein, Stopp! Strauß, bundesweite Antifa-Info, Rock gegen Rechts“ Grass Wölfe u.a.m.) Während der Dortmund Vorschlag dabei stärker auf die Verantwortlichkeit von Positionen abzielt, vereinschließend einer „Minimal-Plattform“ o.ä. geht das Bielefelder Papier davon aus, daß ein in diesem Rahmen erstrierter Erfahrungsaustausch antifaschistischer Kräfte nicht unter den „Ergebniszwang“ einer „Vernehmlichungen“ inhaltlicher und organisatorischer Art gesetzt werden sollte.

Aus den Reihen der beiden bundesweiten Arbeitskreise von Antifa-Arbeitsgruppen und Initiativen, die zum Thema einer (einen) bundesweiten Antifa-Zeitung (Info) stattfinden, wurde die Erwartung geäußert, daß sich ein evtl. Bundeskongress auch mit diesem Thema beschäftigen und dazu Stellung nehmen.

Desweiteren hat die „Allgemeine homosexuelle Arbeitsgemeinschaft a.v.“ (AHA) aus Westfalen angekündigt, konkrete Vorschläge für die Gestaltung eines Bundeskongresses (insbesondere Minderheitenprobleme an den im KZ ungenutzten Homosexuellen) vorzulegen.

Die Stadtzeitung „Podium“ aus Augsburg schlägt vor, den Antifa-Bundeskongress in etwa zeitgleich mit dem NPD-Bundeskongress April oder Mai in Augsburg durchzuführen.

Demit der Bundeskongress von allen daran interessierten Kräften gemeinsam und gleichberechtigt vorbereitet werden kann, findet am 10./11. November in Bielefeld eine bundesweite Vorkongresskonferenz statt, die soll nach unseren Vorstellungen dazu dienen, den Bundeskongress inhaltlich vorzubereiten, die beteiligten Arbeitsaufträge zu verteilen, ein Vorbereitungs-Komitee zu bestimmen, Ort und Termin festzulegen usw. (das genaue Tagesprogramm müßte zu Beginn der Vorkongresskonferenz beschlossen werden).

Die bundesweite Vorkongresskonferenz für die Vorbereitung des antifaschistischen Bundeskongresses findet statt am 10./11. November 79, Beginn Samstag um 15 Uhr in Bielefeld, Tenever 2 (Winfriedhaus am Kesselbrink).

(Zur Deckung der bisherigen und zukünftigen Unkosten bitten wir alle Antifa-Initiativen, Organisationen und Personen, auf der Vorkongresskonferenz einen Teilnehmerbeitrag von 10 DM zu entrichten, bzw. unter dem Stichwort „Bundeskongress“ auf das Konto: Antifaschistische Aktion, 48 Bielefeld 1, Sparkasse Bielefeld, BLZ 480 001 81, Kto.-Nr. 435 200 11 zu überweisen. Da wir uns um Übernachtungsmöglichkeiten kümmern müssen, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung an untenstehende Adresse).

Anmeldung, Stellungnahmen und Anfragen bitte an:

Michael Brandtke, Buddorb 8, 48 Bielefeld 1
Telefonisch von 18-22 Uhr unter 0521/83442

Mit antifaschistischen Grüßen

Antifaschistischer Arbeitskreis Bielefeld
(Mitglied der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW“)

Bielefeld, den 12.10.79

Achtung: KB-Kongreß

Der 4. Vorbereitungs-Termin der Antifa Vorkongress AG findet statt vom 17.11. - 18.11. (Samstag 14.00 Uhr bis Sonntag 14.00 Uhr), vorgeschlagener Ort: Göttingen. Genaue Treff wird noch angegeben. Bitte schickt Vorbereitungsunterlagen

an (im Sinne der TO aus AK 163) noch rechtzeitig an uns und meldet euch nach Möglichkeit in eurem eigenen Interesse an.

Antifakommission

Gewehrgranaten und panzerbrechende Waffen in Niedersachsen demnächst im Einsatz?

Der niedersächsische Landtag verabschiedete am 25.10.79 das „Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (sog. SOG) in 1. Lesung. Dieses neue niedersächsische Polizeigesetz, am 9.10. vom Kabinett abgeordnet, orientiert sich an den entscheidenden Stellen am „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder“, ist aber z.B. in der Frage der Bewaffnung der Polizei deutlich anders als dieser.

Wir hatten bereits im AK 160 über sog. „aktive Situationsberichte“ aus dem Innenministerium berichtet. Referenten des Innenministers Möcklinghoff hatten hierin mit ihrer Phantasie Situationen geschildert (RAF-Hubschrauberangriff, RAF-Raketenüberfall mit 15 Toten etc.), die die Notwendigkeit einer Polizeibewaffnung mit Handgranaten und MG's begrün-



den sollten. Vorgeblich um den Einsatz der Bundeswehr im Innern unter Polizeiführung zu verhindern, sollte die Polizei gemäß der Vorgabe aus dem „Musterentwurf ...“ selbst mit diesen militärischen Waffen — gegen den Widerstand der GdP — ausgestattet werden.

Diese „Planspiele“ führten zu Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, bei der GdP, der oppositionellen SPD und anderen Verbänden — sehr zur Freude des Innenministeriums! Denn nun zeigte es sich, daß „zwei Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen werden konnten, was im Ergebnis ein reaktionäreres Polizeigesetz als das bayerische zur Folge hat. Auch hier zeigt es sich: (Albrecht) CDU-Programm und Straußens Ambitionen decken sich sehr wohl.

Die „zwei Fliegen“ im einzelnen

1. schlug die Diskussion um die vorgesehenen „besonderen Waffen“ der Polizei so hohe Wellen, daß der Verzicht auf den Einsatz dieser Waffen in Polizeihänden (gelagert werden Maschinengewehre z.B. in den Bereitschaftspolizeikaserne bekanntlich seit der Gründung der Bereitschaftspolizei) als äußerst liberaler Kompromiß erscheinen muß. Tatsächlich aber räumt ein neu eingeführter Paragraph weitestgehend die Schranken vor einem Bundesgrenzschutz in Niedersachsen — bei Anforderung durch den Innenminister — weg. Neben den genannten Maschinengewehren und Handgranaten des BGS werden nun damit aber auch — wie ein Sprecher des Ministeriums ausdrücklich bestätigte — Gewehrgranaten und panzerbrechende Waffen als „besondere Waffen“ zum Einsatz kommen können.

Punkte wurden nun angesichts der absoluten CDU-Mehrheit im Landtag reibungslos durchgesetzt.

GdP-Delegiertenkongreß. Einstimmig gegen das SOG

Die Bewaffnung der Polizei in Niedersachsen war auch der meistdiskutierte Punkt auf dem 16. Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei. Carstens, Baum, Ehrenberg, Albrecht, Ravens und Möcklinghoff gaben auf diesem Kongreß den Polizeibeamten die moralische Rückendeckung, um sie weiter für die Durchsetzung des „Programms für die Innere Sicherheit“ bei der Stange halten zu können.

Der Kongreß hatte sich dennoch einstimmig gegen die Ausrüstung der Polizei und des BGS mit Maschinengewehren und Handgranaten beim Einsatz im Innern ausgesprochen. Dem trug auch der wiedergewählte Vorsitzende Schürmacher, Polizeidirektor aus Hannover, Rechnung, der die entsprechenden Abschnitte im Gesetz für „verfassungswidrig“ bedenklich“ hieß. Schürmacher: „Eine fatale Gesetzesmaschine läuft auf dem Weg weiter, die Freiheit der Bürger zu töten zu schützen.“ Dem hielt der verantwortliche Minister Möcklinghoff entgegen, daß er mit seinem „niedersächsischen Polizeigesetz die rechtliche Grundlage dafür schaffen (wolle), daß der Bundesgrenzschutz mit seiner weitreichenden Bewaffnung in Niedersachsen notwendig eingesetzt werden kann.“ Für das CDU-Sicherheitskonzept konsequent eintretend, fügte Möcklinghoff unter Anspielung auf den vom Kanzler angeordneten und gegen internationale und Völkerrecht verstößenden Einsatz der GSG 9 (BGS) in Mogadischu hinzu, daß „erfolgreiche Auslandsaktionen der GSG 9 deren sicherheitspolitische Bedeutung für das Inland nicht in den Hintergrund treten lassen dürfte.“

Im Kontrast: Wer die GSG 9 mit all ihren Spezial- und Vernehmungsmitteln wie muß auch das neue Polizeigesetz in Niedersachsen begrüßen, da es eine bereits gängige Praxis im nachhinein erst verächtlich.

Baum hatte zunächst ebenfalls verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedenken gegen die Waffenbeschaffung und den „Ausputzer Staat“ des BGS eingewendet. Durch unüberwindliche soziale Logik Argumente der CDU (Möcklinghoff) ließ er dann aber nachhaken, daß er für eine Modernisierung nachstehen sei.

Ein Hannoveraner Genosse

Zwanzig Meter Keule für die Polizei?



Unter der Überschrift „Geprüft wird für die Praxis“ wurde in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift der GdP „Deutsche Polizei“ die Weiterentwicklung der Chemischen Keule vorgestellt. Das Gerät wird von der Waffenfirma Heckler & Koch hergestellt und trägt die Bezeichnung „Tragbares Reizstoffgerät“. Von den auf dem Rücken zu tragenden feuerlöscherartigen Behältern führt ein Schlauch zum Sprührohr, mit dem wahlweise im Einzelschuß oder Dauerstrahl der Kampfstoff Chloracetophenon (CN), bekannt von der Chemischen Keule, versprüht werden kann. Nach Angaben des Herstellers ist es im Auftrag der Polizei entwickelt worden, um die Lücke zwischen

der kleinen Keule und einem Wasserwerfer zu schließen. Dort, wo die Reichweite der Keule zu gering und die eines Wasserwerfers zu groß ist, wird es also eingesetzt werden können. Nach geringen „Verbesserungen“ ist es demnächst serienreif und wird dann schon bald zur Standardausrüstung der Polizei gehören. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, daß das CN als chemische Waffe nach dem internationalen Kriegsrecht verboten ist! Nach wie vor fordern wir

VERBOT DER CHEMISCHEN KEULE!

Ein Genosse aus Hamburg

NRW: GSG 9 im normalen Polizeidienst

NRW Innenminister Hirsch stellte der Presse fünf Mitglieder der GSG 9 vor, die in Zukunft regelmäßig in Köln und Düsseldorf normalen Streifendienst machen werden. Dabei behauptete Hirsch, daß sich durch den Einsatz der Beamten im Düsseldorf ein Rückgang der Autodiebstahlverbrechen habe.

Interessanter als den Angaben waren dann auch die folgenden Feststellungen: Die Beamten sollen wechselweise zunächst 14-tägig in einer der beiden Städte Dienst tun, und zwar jeweils in Zivil und zusammen mit einem Beamten des SEK! Umgekehrt ist geplant, später ausgesandte Polizeibeamte aus NRW vorübergehend bei der GSG 9 einzusetzen! Hirsch erklärte, daß er über die Bewaffnung der Beamten keine weiteren Angaben machen wolle. Die Ausrüstung der GSG 9 und der GSG 9 ist aber absehbar.

Der Zweck des Einsatzes betrug, gab Hirsch an, dieser diene in

erster Linie dem Erfahrungsaustausch. So hätten die GSG 9er mehr Erfahrung in Selbstverteidigung und waffenlosem Kampf. Außerdem könnten die GSG 9-Beamten „im Ernstfall“ ohne große Einweisungsprobleme vor Ort eingesetzt werden.

Es zeigt sich hier immer deutlicher, daß die Verschlebung von Bundes- und Landespolizei immer enger wird, so daß der föderative Grundsatz „Polizei ist Ländersache“ immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Zudem ist es nicht unwahrscheinlich, daß durch den engen Kontakt der normalen Polizisten mit ihren „großen kamerfernen Vorbildern“ die Zahl der Polizeigriffe noch mehr zunimmt. Schließlich klingt waffenloser Kampf „ja auch viel heftiger als „Brennpunkt“.

Antifa Kommission NRW

Erfolg gegen Jugendpolizei in Baden-Württemberg



„Gute Ideen allein nützen nichts, man muß sie auch durchsetzen können“, das mußte Landespolizeipräsident Sümpster zur Auswertung des Jupo-Modellversuchs in Baden-Württemberg feststellen (nach „Reutlinger Generalanzeiger“, 12.10.79). Konsequenz: „Die Jupos kehren in ihre Reviere zurück“ („FR“, 12.10.79).

Damit ist der Versuch zur direkten Bespitzelung der gesamten „Jugend-szene“ (Jugendpolizei-Erlass) vorerst gescheitert. Gescheitert allerdings auch an den „immer stärkeren Bedenken“ von Ministerpräsident Spöth gegen Jupos „im Bereich zwischen Kumpel und Polizist“ („FR“, 12.10.79), sondern an einem Protest von beispielhafter Breite: kirchliche und freie Jugendverbände, AWO, DGB, Jusos, Judos, Stadtjugendringe usw. bis hin zur Caritas und dem städtischen Jugendamt in Stuttgart lehnten den Jupo-Modellversuch nahezu einhellig ab. In den Jugendhäusern selber sahen sich die Jupos fast überall einer geschlossenen Front von Jugendlichen und Sozialarbeitern gegenüber. In Stuttgart, Freiburg und Reutlingen (wo der Modellversuch tief) und auch in einer Reihe von anderen Städten hatten sich politisch sehr breit angelegte Initiativen

gebildet, die vor allem von in der Jugendarbeit Tätigen getragen wurden. Grund zur Freude über den Erfolg der Proteste und die Rücknahme des Jupo-Erlasses gibt es also genug. Es bleibt allerdings „zu befürchten“, daß das Modell Jugendpolizei doch noch am Leben erhalten werden soll“ („SZ“, 12.10.79).

In der Auswertung des Modellversuchs durch das Innenministerium zieht diese das Fazit: „Die Polizei braucht in ihrer Organisationsform den Fachbereich „Jugendschutz/Jugenddelinquenz“ mit Beamten, die fachlich qualifiziert sind für den Umgang mit Minderjährigen spezifisch ausgebildet sind.“

Deshalb sollen Jugenddezernate bei der Kriminalpolizei beibehalten bzw. allgemein eingerichtet werden. Der für diese Jugenddezernate benannte Aufgabenbereich entspricht Punkt für Punkt dem aus dem Jugendpolizei-Erlass vom 19.7.78.

Insbesondere bleibt als Aufgabe „Regelmäßiger Informationsaustausch mit den Polizeidienststellen und den Jugendsachbearbeitern der Polizeireviere (s.u.) sowie mit allen an der Bekämpfung der Jugenddelinquenz beteiligten Behörden und Institutionen“.

sowie die zentralisierte Informations-sammlung und -auswertung.

Damit wird der „Zuständigkeitsbereich“ der Jugenddezernate sogar noch ausgedehnt — über den eigentlichen, als „Kriminal“ bezeichneten Bereich hinaus!

Zum anderen sollen „bei den Polizeireviere der Schutzpolizei ... besonders ausgebildete und geeignete Beamte“ als Jugendsachbearbeiter eingesetzt werden. Der Aufgabenbereich des Jugendsachbearbeiters ist — bis auf eben die Erledigung von Spätaufgaben — genau derselbe wie der des früheren Jupo. Es bleibt die „Koordinierung und Auswertung aller Kinder- und Jugendsachen“, es bleibt die „Anzeigenaufnahme und Anzeigenbearbeitung von Jugendsachen“, es bleibt die „Kontaktpflege zu allen mit der Jugendarbeit befaßten Behörden und Institutionen“, es bleibt schließlich die „Steuerung des Informationsaustausches zwischen Revierbeamten und dem Jugenddezernat“.

Strukturell wird damit das alte Konzept voll weiter gefahren: Die Kombination von zentraler Informationsfassung und -auswertung an zentraler Stelle bei den Jugenddezernaten und der dezentralen und möglichst breit gestreuten Informationsgewinnung auf Revierebene. Bei dieser Informationsgewinnung werden vor allem verfeinerte Vernehmungstechniken eine Rolle spielen. In der Auswertung der Meldungen wird an die Notwendigkeit einer „ganz spezifischen Schulung für den angemessenen Umgang mit Minderjährigen und ihren Erziehungsberechtigten“ betont, die „die Vermittlung von Grundkenntnissen aus der Psychologie, Pädagogik und Soziologie“ mit einschließt.

Mit der Schaffung dieser Grundstrukturen in der innerpolizeilichen Organisation werden die Voraussetzungen geschaffen, um — politisch besser abgesichert — auf Grundlage einer eingespielten Organisation,

einer intensiveren Schulung und eines größeren Erfahrungsschatzes die Jupos auch wieder in Kneipen, Diskos und Jugendzentren schicken zu können.

Der Widerstand geht weiter!

Die Initiativen gegen Jugendpolizei geben sich mit dem erreichten Erfolg keineswegs zufrieden. Die Reutlinger Initiative in einer Erklärung: „Wir glauben, daß das Innenministerium den Zeitpunkt und die Art (grundsätzlich gleicher Inhalt — neuer Name) bewußt gewählt hat, um den Widerstand der Initiativen zu brechen und die Bevöl-

kerung zu beruhigen. Daß dies nicht gelingen wird, und daß die Initiativen diese Taktik durchschauen, dürfte bereits jetzt klar sein.“

Die Jupo-Gegner in Baden-Württemberg werden diskutieren müssen, wie sie unter nunmehr zweifellos schwierigeren Bedingungen den Kampf gegen die Jugendpolizei weiter führen können. Die durch breite Proteste erreichte Zurücknahme der direkten Bespitzelung von Jugendlichen an ihren Treffpunkten zeigt, daß Erfolge durchaus „dann“ sind.

Antifa Kommission Baden-Württemberg



Klassenjustiz



Prozesse — Prozesse — Prozesse

Wieder ein Verfahren wegen § 90a gegen den KB geplant

Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat beim Amtsgericht ein weiteres Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des AK wegen Verstoßes gegen den berüchtigten § 90a (Verunglimpfung der BRD und ihrer verfassungsmäßigen Organe) beantragt. In AK 154 (vom 28. Mai 1979) berichteten wir über die Beschlagnahmung der Münchener Alternativzeitung „Blatt“ und der Durchsuchung der Redaktionsräume. Anlaß für diesen staatlichen Übergriff war der Abdruck eines „Offenen Briefes“ des Schriftstellers Heinz Jacobi zur Wahl des Ex-Nazis Carstens zum Bundespräsidenten. Darin begründet dieser, daß er gegen diese Wahl nicht protestieren könne, weil er die heutige BRD durch einen Alt-Nazi bestmöglich repräsentiert sehe. Er halte Carstens geradezu für prädestiniert, „wie alle Altnazis in führenden Positionen, diesen mörderischen Staat zu vertreten!“

Neben dem Bericht über die Beschlagnahmeaktion druckten wir damals als Faksimile ein „Extra-Blatt“ der stets geradezu für prädestiniert, „wie alle Altnazis in führenden Positionen, diesen mörderischen Staat zu vertreten!“

Neben dem Bericht über die Beschlagnahmeaktion druckten wir damals als Faksimile ein „Extra-Blatt“ der stets geradezu für prädestiniert, „wie alle Altnazis in führenden Positionen, diesen mörderischen Staat zu vertreten!“

Aufruf zu einer verbotenen Iran-Demonstration

Ein weiteres Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KB wird demnächst wegen „Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration“ verhandelt.

Im Dezember vergangenen Jahres, zum Höhepunkt des Aufstands gegen das faschistische Schah-Regime, hatte die Bunte Liste Hamburg für einen verkaufsoffenen Sonntag eine Demonstration durch die Innenstadt beantragt. Diese wurde mit dem Hinweis auf die Frankfurter Ereignisse (dort kam es zu einer Straßenschlacht, als die Polizei eine Anti-Schah-Demonstration überfiel) und der Beeinträchtigung des Einkaufsverkehrs verboten. Der KB rief in einem Flugblatt mit dem Titel „Wir lassen uns unsere Solidarität nicht verbieten!“ dazu auf, gegen diese massive Beschneidung des Demonstrationsrechts zu protestieren und die Solidarität trotz des Verbots in der Innenstadt zu „demonstrieren“. Die In-

nenstadt wurde damals von einem 3000-köpfigen Polizeiaufgebot hermetisch abgegrenzt, jeder Ansatz von Protest wurde brutal auseinander geschlagen, wobei die Brutalität auch viele Passanten und Journalisten traf.

Dem KB-Pressverantwortlichen ging daraufhin ein Ordnungsgeldbescheid über 1200,- DM wegen „Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration“ zu, gegen den Widerspruch eingelegt wurde. Jetzt soll darüber vor Gericht verhandelt werden.

Berufungsverhandlung wegen Nachdrucks des „Buback-Nachrufs“

Am 2. Nov. findet um 13.00 Uhr vor dem Landgericht Hamburg (Max-Bräuer-Allee 134, Raum 119) die Berufungsverhandlung gegen Heinrich Eckhoff wegen Nachdrucks des „Buback-Nachrufs“ statt.

Die Anklage lautet auf „Verunglimpfung des Andenkens eines Toten“.

Im Mai 1977 hatten eine Reihe von Vertretungsorganen an den Hamburger Hochschulen, linke Basisgruppen, einige linke Organisationen, die Schülerkammer Hamburg u.a. zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem damals amtsenthobenen Göttinger ASIA aufgerufen. Als Dokument und als Ausdruck der Solidarität wurde im Innen- teil des Aufrufflugblattes auch der „Buback-Nachruf“ nachgedruckt. In diesem hatte ein Göttinger „Mescalero“ (so nannte sich damals eine studentische Spontigruppe) seine Überlegungen zum Attentat auf den damaligen Generalbundesanwalt dargestellt. Abgedruckt war dies in der Zeitung des Göttinger ASIA.

Die Amtsenthebung zog in einer Reihe von Städten Solidaritätsaktionen nach sich, u.a. durch den Nachdruck des Artikels. Die bekannteste dieser Aktionen ist der Nachdruck von 48 Professoren und Rechtsanwälten. Die damals verantwortlichen ASIA- und Redaktionsmitglieder aus Göttingen sind inzwischen rechtskräftig wegen der Veröffentlichung verurteilt worden. In fast allen Fällen des reinen Nachdrucks konnten jedoch bisher Freisprüche erzielt werden. So auch in der ersten Instanz des Hamburger Verfahrens. Der Richter urteilte hier, daß zwar der Tatbestand der Verunglimpfung des Generalbundesanwalts und der BRD (90a) erfüllt sei, dies aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschehen sei, da es den Herausgebern unwiderlegbar um die Solidarität mit dem Göttinger ASIA gegangen sei. Die Staatsanwaltschaft will mit der Berufung ein Urteil erreichen, in dem „grundsätzlich“ die „Verfolgung eines berechtigten Zwecks“ für „unvereinbar“ mit einer „Verunglimpfung“ erklärt wird. Damit wäre dann selbst die Dokumentation von staatlich inkriminierten Texten unter Strafe gestellt und ein weiteres Stück Pressefreiheit beseitigt.

Prinz-Karl-Prozeß in Tübingen: Hoffmann, Heinzmann und drei Antifaschisten vor Gericht

Am 4.12.1976 wollte der bekannte Faschist Karl Heinz Hoffmann, Führer der Wehrsportgruppe (WSG), auf Einladung des rechtsradikalen Hochschulringes Tübinger Studenten (HTS), besonders dessen Vorsitzenden Axel Heinzmann, in Tübingen in der Mensa „Prinz Karl“ eine Veranstaltung durchführen, in der sie den Kampf der Völker im südlichen Afrika verkünden, die Rassenunterdrückung verteidigen und für deren Aufrechterhaltung SOLDNER anwerben wollten. Diesem Vorhaben traten etwa 200 Tübinger Antifaschisten entgegen, indem sie sich vor dem Mensalokal versammelten. Die Faschisten, die ankündigten, die Veranstaltung „finde auf jeden Fall statt“ stürzten, nachdem sich die Demonstration schon auflösen begann mit Stahlruten, Totschlägern und Holzknüppeln auf die Demonstranten und verletzten diese zum Teil schwer.

1. Prozeß 1977

Doch nicht nur die faschistischen Schläger wurden angeklagt, auch drei willkürlich herausgegriffene Antifaschisten mußten sich wegen „gemeinsamer Nötigung“ und „Störung einer Versammlung“ vor Gericht verantworten. Im Urteil wurde Hoffmann zu zehn Monaten mit Bewährung, Heinzmann zu 900 DM Geldstrafe verurteilt. Alle anderen Faschisten insgesamt acht – wurden freigesprochen. Während auch zwei der Antifaschisten freigesprochen wurden, bekam der dritte eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung.

Diese Urteile wurden jetzt aufgehoben. Wurden sie bei Hoffmann und Konsorten jedoch hauptsächlich wegen eines Formfehlers aufgehoben, so rügt der Bundesgerichtshof (BGH) am Urteil der Antifaschisten, „daß die beiden Studenten K. und S. zu Unrecht freigesprochen wurden, das Landgericht habe ungerechtfertigterweise keine Mittäterschaft angenommen“ (LSPW, 15.11.78). Im Urteil des BGH heißt es: „Schon die Anwesenheit der Angeklagten könnte unter den bisher festgestellten Umständen nach ständiger Rechtsprechung als Mittäterschaft angesehen werden, wenn ihr Wille darauf gerichtet war, durch gezielte Mittäterschaft den Tatwillen der anderen Demonstranten zu bestärken... Voraussetzung ist dabei, daß diese Angeklagten zur Zeit der gezielten Einwirkung den vollständigen... Erfolg wollten. Dafür kann von Bedeutung sein, daß es ihnen aus politischen Gründen darauf ankam, daß die Veranstaltung des HTS nicht stattfindet.“

Der Revisionsprozeß, Herbst 1979

Entsprechend sieht auch die Neuverhandlung aus. Schikanen für die Prozeßbesucher, Paßkontrollen, Taschen-

Der Revisionsprozeß, Herbst 1979

Entsprechend sieht auch die Neuverhandlung aus. Schikanen für die Prozeßbesucher, Paßkontrollen, Taschen-

Manfred Grashof entlastet Astrid Proll

Der schwerwiegendste Anklagepunkt im Frankfurter Schwurgerichtsverfahren gegen Astrid Proll, der des zweifachen Mordversuches, wird mit jedem Prozeßtag zusehends brüchiger.

Am 15.10. war Manfred Grashof, in Kassel lauern zu lebenslanger Haft verurteilt und jetzt in Dietz einsitzend, vom Gericht als Zeuge geladen.

Manfred war am besagten 10.2.71 mit Astrid zusammen von den beiden Westberliner Verfassungsschützern Grünhagen und Simon zu einer Ausweiskontrolle aufgefordert worden, woraus nach Darstellung der beiden VS-Beamten sich die Schießerei entwickelt haben soll, in der Astrid ihren „Mordversuch“ begangen haben soll.

Manfred Grashof, der zu Anfang eine Erklärung zu seinen Haftbedingungen abgab, nach der er vor allem seit seiner Zeugenladung Anfang August verstärkt solch repressiven Maßnahmen wie Zeilenverlegung, Wegnahme aller Unterlagen und 14 Tage Sicherungsverwahrung in einem Bunker ausgesetzt ist, verweigerte dem Gericht und der Staatsanwaltschaft jede Aussage, war jedoch bereit, auf Fragen der Verteidigung zu antworten. Womit er sich zu einem Schritt entschlossen hatte, der in politischen Prozessen mit ähnlichen Anklagen leider viel zu selten gemacht wird, daß ein politischer Gefangener einen anderen durch seine Aussage entlastet.

werden durchsucht, mit dem elektrischen Suchgerät nach Waffen abgepiepelt, Krummholzwagen der solidarisches Öffentlichkeit. Sind damit schon Zeichen gesetzt für die Verurteilung der Angeklagten, die ja laut Urteil im 1. Prozeß stellvertretend für alle Antifaschisten angeklagt waren?

Es zeigt sich, daß nach drei Jahren keine Verurteilung nach den herkömmlichen Normen des Strafgesetzes mehr möglich ist, da die meisten Zeugen sich nur noch sehr unpräzise an die Ereignisse erinnern können. Es wird versucht, die brutale Aggression der WSG Hoffmanns und die Gegenwehr der überraschten Demonstranten als Schlägerei zwischen rechts- und linksradikalen Gruppen abzutun, was auch darin zeigt, daß Faschisten und Antifaschisten in einem Prozeß angeklagt sind. Das Gericht zeigte für die Ausführungen eines der angeklagten Antifaschisten zur Klarstellung des faschistischen Charakters der WSG wenig Interesse. Es geht dem Richter auch nicht um die Tatbeteiligung der Angeklagten, sondern vielmehr um ihre damalige und jetzige antifaschistische Gesinnung. Daher Fragen wie: „Sind Sie organisiert?“, „Sind Sie Mitglied des Tübinger Antifaschismus-Komitees“, „Würden Sie heute wieder so handeln?“, etc. sowie penetrante Fragen nach Namen anderer Antifaschisten.

Entsprechend dieser Prozeßführung konnte Heinzmann es wagen, bei einer Zeugenbefragung zu sagen: „Es geht hier darum, daß der Zeuge nicht nur links ist, sondern möglicherweise zum Umfeld der Baader-Meinhof-Bande gehört“ (Heinzmann im Prozeß am 22.10.79). Das Ziel dieser Prozeßführung ist, die drei angeklagten Antifaschisten und ihre Entlastungszeugen in eine gemeinsame Ecke zu stellen und in den drei für das Gericht greifbaren Angeklagten stellvertretend für alle eine antifaschistische Gesinnung abzuurteilen. Mit einer solchen Rechtsauffassung der heutigen Mittäterschaft kann jede untertänige Gesinnung verurteilt werden.

Prozeßparallelen für die faschistische WSG Hoffmanns

Im ersten Prozeß Hoffmanns stand er im Juni 1975 wegen „unerlaubten Uniformtragens und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ vor Gericht. Am 2.7.75 wurde er vom AG Nürnberg freigesprochen. Erst aufgrund der Berufung der Staatsanwaltschaft – nicht wegen seiner faschistischen Ideologie sondern wegen formeller Verstöße gegen das Versammlungsgesetz – wurde er am 24.7.76 vom LG Nürnberg zu einer Geldstrafe von 8.000 DM verurteilt (die von Frey, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkunion und Herausgeber der „Deutschen Nation“ übernommen wurde).

Manfred Grashof, der zu Anfang eine Erklärung zu seinen Haftbedingungen abgab, nach der er vor allem seit seiner Zeugenladung Anfang August verstärkt solch repressiven Maßnahmen wie Zeilenverlegung, Wegnahme aller Unterlagen und 14 Tage Sicherungsverwahrung in einem Bunker ausgesetzt ist, verweigerte dem Gericht und der Staatsanwaltschaft jede Aussage, war jedoch bereit, auf Fragen der Verteidigung zu antworten. Womit er sich zu einem Schritt entschlossen hatte, der in politischen Prozessen mit ähnlichen Anklagen leider viel zu selten gemacht wird, daß ein politischer Gefangener einen anderen durch seine Aussage entlastet.

Manfred Grashof entlastet Astrid Proll

Denn Manfred Grashofs Schilderung des Tathergangs macht in wesentlichen Punkten die Aussagen von Grünhagen und Simon unglaubwürdig.

Astrid Proll kann nach Manfreds Darstellung damals gar nicht geschossen haben, da sie keine Waffe dabei hatte.

Er selbst habe, nachdem Astrid von Grünhagen erkannt worden sei, seine Pistole gezogen und die beiden Beamten in Schach gehalten, damit Astrid wegläufen konnte.

Den einzigen Schuß aus seiner Waffe habe er erst sehr viel später aus sicherer Entfernung in die Luft abgegeben.

Während ganz viele Schüsse aus einem weißen PKW abgegeben worden sind, der plötzlich mit quietschenden Reifen angerast kam und aus dem mindestens zwei Zivils heraus sprangen und um sich schossen, „Ich hab gedacht, die sind verrückt. Jetzt bebalen die sich schon gegenseitig“, erklärte Manfred dazu.

Dieses Auto ist bisher in den Aussagen der VS-Beamten nicht aufgetaucht und hat daher in der Prüfung des Tathergangs eine besondere Bedeutung. Insofern erscheint es unverstündlich, daß Manfred, als er eine Skizze von Standort des PKW den Anwesenden im Gerichtssaal erklärte, aus dem Zuschauerraum mit der Bemerkung angesprochen wurde: „He Manfred, hör doch mal auf, da oben mit denen zu quatschen!“ Denn diese

nalzeitung“ bezahlt wurde.

Im März 1978 wurde Hoffmann vom LG Nürnberg-Fürth wegen eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz (Tragen einer Uniform als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung) und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, mit dreijähriger Bewährungsfrist, verurteilt.

Hoffmanns Revisionsantrag wurde verworfen. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde jedoch zugelassen, das LG muß erneut darüber verhandeln, ob sich Hoffmann nicht auch eines Vergehens wegen Tragens von Symbolen nationalsozialistischer Organisationen schuldig gemacht hat. Dieser Prozeß wird noch 1979 statt finden.

Das Fazit aus den bisherigen drei Prozessen gegen Hoffmann lautet:

1. Hoffmann wird nicht wegen seiner faschistischen Ideologie und Betätigung bestraft.
2. Die Wehrsportgruppe wird in ihrem Bestand nicht angetastet. So wird z.B. in einem jüngeren Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach Bescheid gegeben, daß Hoffmann 18 Karabiner nicht mehr besitzen darf. In diesem Urteil wird Hoffmann als „militanter Rechtsradikaler faschistoider Ausrichtung“ bezeichnet. Hoffmann besitzt jedoch weiterhin scharfe Waffen und bildet in seiner Zeitung „Kommando“ ganz offen und frech seinen Schützengpanzer mit aufmontierten Maschinengewehren ab.
3. Die Urteile sind äußerst milde – besonders im Vergleich mit Urteilen gegen fortgeschrittene Kräfte. Selbst die Gesetze gegenüber Neonazis, die Gültigkeit haben, kommen nicht zur Anwendung, z.B. das 4. Kontrollrats-Gesetz Nr. 8: „Ausschaltung und Verbot militärischer Ausbildung“ vom 30.11.45.

Wir fordern Anwendung der bestehenden Gesetze gegen Hoffmann und seine faschistische Wehrsportgruppe. Einzug und Verbot sämtlicher Waffen Hoffmanns und seiner WSG.

Auflösung der neofaschistischen WSG.

Es muß verhindert werden, daß in Tübingen ein reines Gedenkgericht gegen die drei angeklagten Antifaschisten gefällt wird.

Daher unterstützt die drei angeklagten Antifaschisten durch – breite Öffentlichkeitsarbeit.

Spenden auf das Konto KSK Tübingen 459 228, „Sonderkonto Antifaschismus“. Solidaritätsadressen an das Tübinger Antifaschismus-Komitee, Schlatterhaus, Osterbergstr. 2, 7400 Tübingen.

Spendenkonto: KSK Tübingen 459 228, „Sonderkonto Antifaschismus“. Solidaritätsadressen an das Tübinger Antifaschismus-Komitee, Schlatterhaus, Osterbergstr. 2, 7400 Tübingen.

KB Sympathisantengruppe Tübingen

Manfred Grashof entlastet Astrid Proll

Astrid entlastenden Aussagen bringen uns sowohl in unserer kurzfristigen Forderung nach Freispruch für Astrid weiter, als auch unserem längerfristigen Ziel nach Enttarnung der Lügen des Staatsapparats – nicht nur in diesem Prozeß! – näher.

Auch der nächste Prozeßtag, der darauffolgende Donnerstag, brachte Risse in die Polizeiversion.

Geladen war als Zeuge Ralph Nützold, der damals „Jahnschütz“ Zeuge eines Teils des Geschehens war. Gerade zu diesem Teil, und zwar der Verfolgung von Astrid durch Grünhagen auf dem Kettenhofweg im Frankfurter Westend, sagte Grünhagen aus, hier habe Astrid ihren dritten Schuß abgegeben. Nützold jedoch, der die ganze Zeit im Kettenhofweg Astrid und Grünhagen beobachtet konnte, hat überhaupt keinen Schuß gehört. Er wies dagegen noch auf eine andere Ungenauigkeit hin: Grünhagen, der Astrid, die wohl wegen ihrer Kleidung ungeschickt, aber sich fast verabsagend nannte, in einem Abstand von ca. 30 m verfolgte, sei nicht gerade schnell gelaufen, eher bewußt gebremst. Nach Ansicht des Zeugen hätte Grünhagen erheblich schneller laufen können. „Das Ganze ist mir ziemlich absurd vorgekommen!“

Der Vorwurf des zweifachen Mordversuches kann so nicht lange aufrechterhalten bleiben. Diese Woche wird der Prozeß fortgesetzt. KB Frauengruppe Frankfurt

Sicherheitsverwahrung angedroht!

— Erklärung der Rechtsanwälte Panka und Weider —

In der letzten Zeit wurden zwei Fälle bekannt, wo politischen Gefangenen Sicherheitsverwahrung angedroht worden ist. Siegfried Haag und den Angeklagten im sog. Lorenz-Dronckmann-Prozess. Sicherheitsverwahrung heißt, daß die Gefangenen, nachdem sie ihre „Strafe“ abgesessen haben, auf unbestimmte Zeit im Knast bleiben müssen. Zu diesem Thema veröffentlichten wir hier (leicht gekürzt) eine Erklärung der Rechtsanwälte W. Panka und H. J. Weider.

Bereits durch die Presseerklärung des Rechtsanwalts Weider vom 8. August 1979 ist bekannt geworden, daß in dem Strafverfahren gegen Siegfried Haag vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Androhung der zwangsweisen Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens zur Unterbringung in der Sicherheitsverwahrung erfolgt ist.

Der Antrag auf Anordnung der Sicherheitsverwahrung war bereits in der Anklageschrift gegen Siegfried Haag enthalten. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat eine dahin gehende Entscheidung in seinem ersten Urteil gegen Siegfried Haag zurückgestellt.

Bei dieser Androhung der Sicherheitsverwahrung in einem politischen Strafprozeß handelt es sich nicht um einen Einzelfall. In dem sogenannten Lorenz-Dronckmann-Prozess hat der Vorsitzende Richter des 1. Strafsenats des Kammergerichts Berlin am 1. Januar 1979 die Angeklagten Rainer Dronckmann, Gerald Köpper, Till Meyer, Ralf Reinders und Fritz Teufel die der Bewegung 2. Juni zugesprochen werden, darauf hingewiesen, daß gegen sie für den Fall, daß sie nicht zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt werden, die Androhung der Sicherheitsverwahrung angedroht werden kann.

Damit wird zum ersten Mal seit Zerschlagung des Nazi-Faschismus versucht, die Sicherheitsverwahrung wieder auf politisch Gefangene anzuwenden. Die Sicherheitsverwahrung hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofes in erster Linie Schutzfunktion. Ihre Anordnung ist erstmals durch nationalsozialistische Gesetzgebung möglich gemacht worden. Voraussetzung ist, daß der von der Sicherheitsverwahrung betroffene Täter erheblich vorbestraft ist oder als bislang nicht Verurteilter - drei vorsätzliche Straftaten begangen hat, zu einer zeitigen Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wird und die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten ergibt, daß er infolge eines Mangels zu erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist.

Es ist bekannt und in den Medien vielfach erörtert, daß in den Gesetzgebungsorganen und den Ausschüssen seit Jahren das Problem erörtert wird, ob man in Abänderung der bisher bestehenden Bestimmungen die Unterbringung in der Sicherheitsverwahrung nicht bereits auf die

Fälle der sogenannten politischen Ersttäter ausweiten sollte. Es ist weiter bekannt, daß eine solche Gesetzgebung bisher nicht durchgesetzt werden konnte, weil dieses Vorhaben auf starken Widerstand gestoßen ist.

In den o.a. Verfahren soll jetzt offensichtlich versucht werden, eine Gesetzesänderung überflüssig zu machen, indem mit Hilfe der bestehenden Gesetze die Sicherheitsverwahrung auch für politische Täter verhängt werden soll.

So bestätigte dann auch Generalbundesanwalt Rebmann auf dem Deutschen Richtertag, daß weder die Bundesanwaltschaft noch die Deutschen Obergerichte auf die Einführung der Sicherheitsverwahrung gegen Gefangene aus der Stadt Guerilla verzichten wollten, auch wenn es dafür, erstmalig, keiner neuen Gesetzesbedarfe bedürfe. Man wolle „erstmal weitere Erfahrungen“ mit den schon bestehenden Gesetzen machen und die „Ergebnisse“ dieser Praxis abwarten, bevor es eine neue gesetzliche Initiative gäbe. Diese „Erfahrung“ zu machen, gibt es in den oben erwähnten Verfahren, die als „Pilotverfahren“ zu bezeichnen sind.

Es ist deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit, der erstmaligen Anwendung der Sicherheitsverwahrung gegen politische Gefangene entgegenzutreten.

Dies gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, daß es sich bei den Verfahren gegen Siegfried Haag und die Bewegung 2. Juni um keine exemplarischen Einzelfälle handelt und wenn man im Auge behält, welchem Zweck lenken die neue Diskussion und Eskalation der Konfrontation zwischen gegen politische Täter bestimmt ist.

1) Die Hangtäterschaft als Voraussetzung der Sicherheitsverwahrung ist ein Krankheitsbegriff aus der Psychiatrie. Die Anwendung des Begriffes der Hangtäterschaft auf politische Täter suggeriert deren psychische Abnormalität.

In der Androhung der Sicherheitsverwahrung für politische Täter liegt ausgehend von der Prämisse, der von diesen Tätern angegriffene Staat sei gesund, die Unterstellung, der zum Schutz der Öffentlichkeit in Sicherheitsverwahrung zu bringende Täter sei krank, sei verrückt. Der Widerstand und Kampf gegen das bestehende System wird zur Krankheit, zum psychischen Defekt erklärt.

Die Psychiatrisierung des politischen Gegners ist in Einzelfällen bereits versucht worden (z.B. Ulrike Meinhof und Dr. Huber im Verfahren gegen das SPK Heidelberg).

Anm.AK!), jetzt soll sie generalisiert werden, was zur Folge hätte, daß nach Abschluß der obengenannten Verfahren in zukünftigen Strafverfahren gegen die Stadt-Guerilla die „Hangtäterschaft“ des nicht mit dem Staatsschutz kollaborierenden Angeklagten mit der Behauptung, „dieser halte am bewaffneten Kampf fest“, immer und solange festgeschrieben werden könnte, bis der Gefangene seine politische Überzeugung aufgibt, ohne daß das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall überhaupt noch überprüft werden müßte. Letztlich wird mit der Bezeichnung „Hangtäter“ versucht, jeden politischen Inhalt der Auseinandersetzung zwischen Stadt-Guerilla und dem Staat herauszudrücken, politische Gesinnung als Krankheit und Kritik am System sowie den Kampf gegen die bestehende Herrschaftsordnung als verrückt zu erklären.

2) Die Androhung der Sicherheitsverwahrung für politische Täter dient aber noch dem weitergesteckten Ziel, auch sogenannte Kurzsträfer über das Ende ihrer regulären Haftzeit hinaus in sicherem Gewahrsam zu halten, die in vielen Verfahren bestehende Beweisnot zu beheben und damit der Abschreckung und Einschüchterung.

3) Die Durchsetzung der Sicherheitsverwahrung auch für politische Ersttäter würde es erlauben, auch diejenigen, die „nur“ zu kürzeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, auf unbestimmte Zeit weiter in Gefangenschaft zu halten. Man nehme an Fall, daß jemand wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, unter Verstoß gegen Waffenbesitz und Urkundenfälschung verurteilt wird. Die Sicherheitsverwahrung könnte auf ihn immer mit der Begründung angewendet werden, solange es keine tatsächliche Überzeugung nicht auftritt, es sei abgeschworen, bestünde der Hang zu erheblichen Straftaten, so daß er sich über das Ende der eigentlich ausgesprochenen Freiheitsstrafe hinaus in Haft - in Gefangenschaft - gehalten werden muß. Daraus folgt, daß mit der zusätzlichen Anordnung der Sicherheitsverwahrung jederzeit Gewähr gegeben wäre, die Gefangenen nach Belieben über den Ablauf ihrer Freiheitsstrafen hinaus in Verwahrung zu halten. Der Staatschutz bekäme damit ein Mittel in die Hand, zu bestimmen, wann ein Gefangener entlassen werden kann und wann nicht. Es wäre dann auch nicht mehr nötig, Gefangene, die kurz vor ihrer Entlassung stehen, der Vorhabens neuer konkreter Taten zu verdächtigen.

Weiterhin wäre es auch nicht mehr erforderlich, Gefangenen, die bewaffnet festgenommen wurden, in mühevoller Kleinarbeit während der Beweisaufnahme einen Mordversuch nachweisen zu müssen, um die Voraussetzungen zu erlangen, eine lebenslange Freiheitsstrafe aussprechen zu können (siehe Günther Sonnenberg, Christine Kubly).

b) Erfahrungsgemäß herrscht in Strafverfahren gegen Gefangene aus der Stadt-Guerilla eine erhebliche Beweisnot, weil bei den überwiegend nicht aussagebereiten Angeklagten versucht werden muß, einen langwierigen Indizienprozeß zu führen.

Die Möglichkeit, zusätzlich zu einer relativ kurzen Freiheitsstrafe die Sicherheitsverwahrung anzusetzen, wäre geeignet, die bestehende Beweisnot zu beheben. Die Gerichte könnten sich darauf beschränken, Straftaten festzustellen, die eine dreijährige Freiheitsstrafe rechtfertigen und die übrigen Anklagepunkte, die schwerer zu beweisen sind, einstellen. Das entspräche im übrigen dem mehrfach erklärten Ziel, die Prozesse abzukürzen und so den Schwierigkeiten zu entgegen, die diese Prozesse der Justiz und dem Staat bereiten.

Die Schutzfunktion der Sicherheitsverwahrung würde greifen, obwohl die eingestellten Taten dem Täter eventuell nie nachzuweisen wären. c) Die Folge der Einführung der Sicherheitsverwahrung bei politischen Tätern oppositioneller Gruppen wäre im übrigen eine unverhältnismäßig große Einschüchterung und präventive Bedrohung der Öffentlichkeit, eine Abschreckung in bezug auf politische Betätigung überhaupt.

Gilt das bereits für die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, so muß es erst recht gelten, wenn die die Sicherheitsverwahrung regelnden Bestimmungen durch eine Gesetzesänderung verschärft werden würden. Auch diesem Ziel kann die Androhung der Sicherheitsverwahrung in den o.a. Verfahren dienen.

Die Verhängung der Sicherheitsverwahrung bei politischen Tätern durch die Rechtsprechung mit Hilfe der bestehenden Gesetze könnte geschehen, wenn die die Sicherheitsverwahrung in diesen Fällen anzuwenden zu machen die Öffentlichkeit darauf einzustimmen und dadurch die seit Jahren kontrovers geführte Diskussion um eine dahingehende Gesetzesänderung zu beendigen.

Hat auch die Öffentlichkeit nach einigen spektakulären Fällen, in denen ohne Gesetzesänderung die Sicherheitsverwahrung gegen politische Täter verhängt wurde, an diese Tatsache gewöhnt, so ist anzunehmen, daß der Widerstand gegen die gesetzliche Einführung der Sicherheitsverwahrung für politische Ersttäter schwindet.

3) Die Unterbringung politischer Gefangener in der Sicherheitsverwahrung wäre weiterhin geeignet, die

politische Identität der Gefangenen zu zerstören. Die besonderen Haftbedingungen, die für die politischen Gefangenen schon seit Jahren Realität sind, die nun durch die Einführung neuer, besonderer Isolationsstrafe verschärft werden und die nachgewiesenermaßen schon jetzt in vielen Fällen zur psychischen und physischen Beeinträchtigung der Gesundheit der Gefangenen geführt haben, bieten dafür beste Voraussetzungen. Es ist auch gewiß keine Spekulation, daß die Einführung der Sicherheitsverwahrung und die jetzt zahlreichen gebauten Sondertrakte in einem direkten Zusammenhang stehen. In den Trakts werden kleine Gefangenengruppen total vom übrigen Anstaltsleben ausgegrenzt und einer völligen Kontrolle durch Mikrophone, Kameras und psychologisch geschultem Wachpersonal ausgesetzt. Jede Lebensäußerung der Gefangenen wird beobachtet, kontrolliert und registriert. Über ein abgestuftes System von „Vergünstigungen“ und Strafen sollen günstige Voraussetzungen geschaffen werden, um die Gefangenen „behandeln“, therapieren zu können. Die Gefangenen sollen „umgeformt“ werden. Die politische Verantwortlichkeit haben keinen Zweifel gelassen, daß, wie Justizsenator Meyer sagte, die Bedingung für die Entlassung aus diesen Sondertrakts das „Lossagen vom Terrorismus“ ist. Das gleiche gilt für die Freilassung aus der Sicherheitsverwahrung. Im Klartext heißt das: Bedingung ist nicht einfach Wohlverhalten, sondern die Gefangenen befinden sich solange in der zerstörerischen Sonderbehandlung, bis sie „abschwören“, auch und ihre politische Identität verraten. Die 24-stündige Überwachung in den Trakts soll diesen Prozeß kontrollieren, die Möglichkeit schaffen, jederzeit eingreifen zu können und ist geeignet, den Zerstörungsprozeß zu beschleunigen (s. dazu den AK 163).

Die Gewähr, unter Umständen weitere 10 Jahre in der Sicherheitsverwahrung untergebracht zu werden, muß auf die Gefangenen einen zusätzlichen, nicht mehr zu tragenden Druck ausüben.

Von dieser Sicht her und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften, daß bei positiver Entwicklung (und was damit gemeint ist, ist bekannt) der Gefangenen die weitere Vollstreckung der Unterbringung zur Bewährung ausgesetzt werden kann, stellt auch die Anordnung der Sicherheitsverwahrung nicht nur allein als Mittel zur Disziplinierung und Unterdrückung politischer Gesinnung dar, sondern zielt direkt auf die Aufgabe der politischen und persönlichen Identität der Gefangenen. Eine Verhängung der Sicherheitsverwahrung aus diesen Gründen würde den Grundsätzen der Menschenrechtskonvention widersprechen.

Berlin Frankfurt, 4.10.79
(Panka) (Hans-Joachim Weider)
Rechtsanwalt Rechtsanwalt

(Panka) (Hans-Joachim Weider)
Rechtsanwalt Rechtsanwalt

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

„Jetzt reden wir vom Knast“

„Jetzt reden wir vom Knast“

— Ausstellung in Hamburg —

Eine Knast-Ausstellung, zusammengestellt von Gefangenen aus bundesdeutschen Knästen mit Unterstützung der Gefangenensekretariate (GSI) einer Hamburger Knastgruppe, Architektur-Studenten der Kunsthochschule und Mitgliedern des Medienzentrums Fuhlsbüttel. Uff! zur Zeit in der Hamburger GALERIE MORGENLAND (Ottersboka, Ecke 1, Ecke Eichenstraße - Nähe U-Bahn Osterstraße). Die Ausstellung, die am 13. Oktober begonnen hat und bis zum 30. November andauert, ist dienstags bis samstags von 15 bis 18.30 Uhr zu besichtigen. „Filme Videobänder, eine nachgebaute Zelle Gegenstände aus dem Knast, Fotos, Collagen, Briefe und Arbeiten von Gefangenen sollen den Knast, begreifbar machen“ - heißt es in einer Ankündigung der Aussteller. Schulklassen, Gruppen usw. können auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten Besichtigungstermine vereinbaren. Als besondere Veranstaltungen un-

Rahmen dieser Ausstellung sind noch angekündigt:

- Donnerstag, 11.11., 19.30 Uhr „Das Totenhäut“, eine „Selbstmord“-Chronik der JVA Hamburg Fuhlsbüttel II (Videoband) mit anschließender Diskussion.
- Donnerstag, 8.11., 19.30 Uhr „Gefängnis“, ein Fernsehfilm zur Isolation (Videoband) mit anschließender Diskussion.
- Donnerstag, 15.11., 19.30 Uhr „Protokolle über Haftbedingungen“ am Beispiel der JVA Frankfurt, Kommentar von Karl Heinz Roth (Videoband) mit anschließender Diskussion.
- Samstag, 17.11., 15.00 Uhr Schriftsteller lesen Gedichte aus dem Knast.
- Freitag, 23.11., 19.30 Uhr „Es geht um Verbrecher“, Hamburger Bürger diskutieren mit Gefangenen (Videoband), mit anschließender Diskussion.

Croissant muß ausreisen dürfen

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat am 18.10. die Stadt Stuttgart dazu verpflichtet, den Reisepaß von Klaus Croissant zu verlängern, so daß er ihm nach seiner Freilassung spätestens im kommenden Januar möglich ist, die BRD zu verlassen. Sogar Generalbundesanwalt Rebmann mußte sich in einem Schreiben an das Gericht „unter Hinweis auf den deutsch-französischen Auslieferungsvertrag gegen eine Beschränkung der ‚Freisügigkeit‘ von Croissant“ nach dessen Freilassung aussprechen (Süd. Zeitung, 20.10.79).

Nach diesem Vertrag steht Croissant nach der Entlassung eine 30tägige „Schonfrist“ vor einer eventuellen strafrechtlichen Verfolgung wegen anderer möglicher Delikte zu. Diese „Schonfrist“ wollte ihm die Stadt Stuttgart verweigern (s. AK 163).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Wie der Staat seine Lebensgrundlage sichert

Es geschah im Jahre 1978, da die SPD auf dem Marktplatz von Emsdetten eine Kundgebung abhalten wollte. Hunderte von Antifaschisten waren dagegen und aus der Menge flohen auch ein paar Beutchen mit brauner Farbe, um den versammelten Faschisten den richtigen „Ansicht“ zu verpassen. Dies wiederum veranlaßte die GStreitkräfte der Polizei sich rumpelnd und knüppelnd durch die Menge zu bewegen, bis sie schließlich genau denjenigen festnahmen, von dem ihrer Meinung nach ein Farbbeutel geworfen wurde (laut Flugbahn-Analyse?) Beim anschließenden Prozeß gegen diesen Antifaschisten spielte es keine Rolle, daß die Bullen der „ordnungsgemäßen Abführung“ des Angeklagten mit Händetrift und Schlägen nachhalfen. Die Polizeizeugen bestritten dies natürlich. Urteil „wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“: 15 Tagessätze à 15 DM, zuzüglich der Kosten des Verfahrens (bei 10 Zeugen eine hohe Summe!) In der Berufungsverhandlung konnten die

Keine Auslieferung von Kristina Berster

Weil Kristina Berster Mitglied des damaligen „Sozialistischen Patienten-Kollektivs“ (SPK) gewesen war und weil sie fürchtete, deshalb wie andere SPK-Mitglieder verhaftet und verurteilt zu werden („kriminelle Vereinigung“), hat sie 1973 die BRD verlassen.

Letztes Jahr ist sie bei dem Versuch festgenommen worden, von Kanada aus illegal in die USA einzureisen. Daraufhin verlangte die

Polizeizeugen den Angeklagten zwar nicht mit Sicherheit identifizieren, und ein Entlastungszeuge für den Angeklagten war auch dabei, doch Richter Schmandt ließ das Urteil bestehen. Zitat aus dem Urteil: „Der Staat fördert mithin durch Polizeieinsatz und Strafverfolgung nicht etwa die Ziele einer Partei, sondern sichert allein seine eigene Lebensgrundlage, indem er fordert, sich mit Argumenten, nicht aber mit Gewalt auseinanderzusetzen.“ Nebenbei belegte derselbe Richter drei nicht anwesende Zeugen, die im Urlaub waren oder aus anderen Gründen verhindert waren, mit einer Ordnungsstrafe von DM 105,-.

Damit die betroffenen Antifaschisten die Lebensgrundlage dieses Staates finanzieren können (sie sind ziemlich knapp bei Kasse!), hier das „Spenden-Konto: 12 19 427 Commerzbank Emsdetten, Bahnhofstraße. Kennwort: „Freiheit und Glück“ (Inform. nach TAZ, 11.10.79).

IKAR

Bundestregierung ihre Auslieferung wegen Mitgliedschaft in einer angeblich „kriminellen Vereinigung“

Über diesen Antrag ist noch nicht entschieden gewesen. Daß der Auslieferungsantrag jetzt zurückgezogen worden ist, liegt sicher nicht zuletzt an der breiten Solidarität für Kristina in den USA.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

politische Identität der Gefangenen zu zerstören. Die besonderen Haftbedingungen, die für die politischen Gefangenen schon seit Jahren Realität sind, die nun durch die Einführung neuer, besonderer Isolationsstrafe verschärft werden und die nachgewiesenermaßen schon jetzt in vielen Fällen zur psychischen und physischen Beeinträchtigung der Gesundheit der Gefangenen geführt haben, bieten dafür beste Voraussetzungen. Es ist auch gewiß keine Spekulation, daß die Einführung der Sicherheitsverwahrung und die jetzt zahlreichen gebauten Sondertrakte in einem direkten Zusammenhang stehen. In den Trakts werden kleine Gefangenengruppen total vom übrigen Anstaltsleben ausgegrenzt und einer völligen Kontrolle durch Mikrophone, Kameras und psychologisch geschultem Wachpersonal ausgesetzt. Jede Lebensäußerung der Gefangenen wird beobachtet, kontrolliert und registriert. Über ein abgestuftes System von „Vergünstigungen“ und Strafen sollen günstige Voraussetzungen geschaffen werden, um die Gefangenen „behandeln“, therapieren zu können. Die Gefangenen sollen „umgeformt“ werden. Die politische Verantwortlichkeit haben keinen Zweifel gelassen, daß, wie Justizsenator Meyer sagte, die Bedingung für die Entlassung aus diesen Sondertrakts das „Lossagen vom Terrorismus“ ist. Das gleiche gilt für die Freilassung aus der Sicherheitsverwahrung. Im Klartext heißt das: Bedingung ist nicht einfach Wohlverhalten, sondern die Gefangenen befinden sich solange in der zerstörerischen Sonderbehandlung, bis sie „abschwören“, auch und ihre politische Identität verraten. Die 24-stündige Überwachung in den Trakts soll diesen Prozeß kontrollieren, die Möglichkeit schaffen, jederzeit eingreifen zu können und ist geeignet, den Zerstörungsprozeß zu beschleunigen (s. dazu den AK 163).

Die Gewähr, unter Umständen weitere 10 Jahre in der Sicherheitsverwahrung untergebracht zu werden, muß auf die Gefangenen einen zusätzlichen, nicht mehr zu tragenden Druck ausüben.

Von dieser Sicht her und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften, daß bei positiver Entwicklung (und was damit gemeint ist, ist bekannt) der Gefangenen die weitere Vollstreckung der Unterbringung zur Bewährung ausgesetzt werden kann, stellt auch die Anordnung der Sicherheitsverwahrung nicht nur allein als Mittel zur Disziplinierung und Unterdrückung politischer Gesinnung dar, sondern zielt direkt auf die Aufgabe der politischen und persönlichen Identität der Gefangenen. Eine Verhängung der Sicherheitsverwahrung aus diesen Gründen würde den Grundsätzen der Menschenrechtskonvention widersprechen.

Berlin Frankfurt, 4.10.79
(Panka) (Hans-Joachim Weider)
Rechtsanwalt Rechtsanwalt

(Panka) (Hans-Joachim Weider)
Rechtsanwalt Rechtsanwalt

Stammheim-Veranstaltung in Bremen

Zwei Tage vor dem § 90 a-Prozeß gegen drei Hamburger Frauen fand in Bremen eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Die staatlich verordnete Selbstmordthese“ statt. Die Betroffenen berichteten zunächst ausführlich über die Demonstration am ersten Jahrestag der Stammheim-„Selbstmorde“ die in Hamburg von den Bullen brutal zer schlagen wurde und deren Folge u.a. der anstehende Prozeß ist.

Daß dieser Prozeß ausgerechnet auf den 18.10.79, also den 2. Jahrestag der „Selbstmorde“, gelegt wurde, empfanden wohl alle Besucher dieser mit ca. 300 Menschen gut besuchten Veranstaltung als besonders dreiste Provokation.

Dann wurde informiert über die Solidaritätsarbeit mit den Gefangenen, die besonders für den lebensgefährlich kranken Herbert Soffel intensiviert werden muß, damit Herbert noch lebendig aus dem Knast kommen kann.

Es folgten Berichte über die sogenannten Hochsicherheitsstrakte, deren Ausbau weiterhin und in voller Kenntnis ihrer tödlichen Wirkung intensiviert wird.

Hanspeter, Bremen

Erich Fried antwortet Werner Schlegel

In AK 160 (S. 47) veröffentlichten wir einen „Offenen Brief an Erich Fried“ von Werner Schlegel, der in der JVA Rheinbach inhaftiert ist. Nachstehend nun eine Antwort von Erich Fried. Ihr verspäteter Abdruck rührt daher, daß ein Brief, den Erich Fried uns sofort nach Erhalt des AK 160 Anfang September zuschickte, uns nicht erreichte, wir also erst auf eine zweite Kopie warten mußten.

Zur Erinnerung: In einer Artikelserie „Moral, Gehirnwäsche und Verrat“ in AK 148, 149 und 150 hatte sich Karl-Heinz Roth mit den Positionen von Horst Mahler und der Zeitschrift „Langer Marsch“ auseinandergesetzt. Besonders, daß Karl-Heinz Roth in diesem Zusammenhang von „Staatschutzsozialisten“ gesprochen hatte, veranlaßte Erich Fried zu einer scharfen Kritik, die im „Langer Marsch“ Nr. 42 unter der Überschrift „Gehirnverschmutzung und Irrsinn“ erschien. Darts warf Erich Fried auch dem „Arbeiterkampf“ vor, er solle „sich schämen, so etwas (Artikelserie von K.H. Roth) zu veröffentlichen“. Wir selbst machten eine kurze Replik dazu im AK 152 (S. 62), in der wir vor allem die darin liegende Aufforderung zur Zensur solcher Diskussionsbeiträge wie dem von K.H. Roth zurückwiesen.

Werner Schlegels „Offener Brief“ im AK 160 hatte ebenfalls den „Langer Marsch“ Artikel von Erich Fried zum Gegenstand. Werner Schlegel rezitierte darin ein von ihm selbst geschriebenes Gedicht, in dem er Erich Fried vor ca. anderthalb Jahren gegen Angriffe verteidigt hatte, daß er „auf infame Art die Guerilla denunzierte“. Schlegel schrieb im Anschluß daran, daß die Lektüre von Erich Frieds Artikel im „Langer Marsch“ ihn nun jedoch „entsetzt“ habe und schloß mit der Frage: „gibt das Gedicht noch dem Erich Fried, der gemeint war, dem, wie ihn viele zu kennen glaubten? Die Antwort kann nur er selbst geben. Schön wäre es, sie zu erhalten.“ Hier ist sie nun.

AK Redaktion

Erich Fried, 22 Dartmouth Road,
London NW 2
3. September 1979

Lieber Werner Schlegel,

Ihren Offenen Brief an Erich Fried fand ich bei meiner Heimkehr nach London gestern im Arbeiterkampf vom 20. August 1979 (Mit gleicher Post geht ein Durchschlag meiner Antwort an ihn, mit der Bitte um Veröffentlichung.)

Ich gebrauche das förmliche „Sie“ ungerne und nur, weil Sie es tun, will aber sonst weder Höflichkeitsskizzen gebrauchen, noch umschreiben. Ich kenne Ihren Fall nicht, kenne nur einige Gedichte von Ihnen, die mochte ich. Natürlich mag ich auch das Gedicht in Ihrem Offenen Brief. Zu dem Brief, den Sie vor ein- einhalb Jahren erhielten und den ich nicht kenne, kann ich wenig sagen. Daß ich die Guerilla auf infame Art denunziert haben soll, höre ich nicht zum ersten Mal. Es stimmt nicht, aber es wundert und erschüttert mich nicht. Daß der sogenannte „bewaffnete Kampf“ in der Bundesrepublik die Gesellschaft, von der Sie träumen

herausbringen und sie als „Staatschutzsozialisten“ zu bezeichnen, ist himmelsstreichend. – Horst Mahler streift mit Peter-Paul Zahl gehört beiderseits ebenfalls nicht zu den Ruhmestaten der deutschen Linken. Glauben Sie mir, aus einem geographischen Abstand sieht man die dialektischen Spiegelungen und unheimlichen Ähnlichkeiten zwischen dem miesigen Stil der deutschen Rechten und der deutschen Linken vielleicht besser, als die Protagonisten auf beiden Seiten es im Lande selbst tun. Traurig, aber bedenkenswert.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß ich sowohl Zahl als auch Mahler kritisiert habe, nicht nur, weil sie den braven Bürgern das willkommene Schauspiel bereitet haben, daß zwei Linke aus ihren Zeilen heraus einander beschimpfen, sondern weil Zahl Mahlers Brief teils sinnstörend aus dem Zusammenhang lösend zitiert und Mahler unlautere Motive unterstellt hat, Mahler wieder, weil er seine

Roth) einen, der eingesperrt ist, von draußen auf bloßen Klatsch hin so anschnülden, dann werde ich wütend. Immer noch. Auf die Gefahr hin, daß Sie, lieber Werner Schlegel, dann entsetzt sind.

Was Sie aber entweder nicht wissen (was dann aber wohl zum Teil Schuld Ihrer anscheinend etwas selektiven Information ist), oder aber wissen und unverständlichweise in Ihrem Brief nicht in Erwägung ziehen, ist, daß ich gleich in der nächsten Nummer des Langer Marsch denselben K.H. Roth, über den ich mich so geärgert und den ich angegriffen hatte, ganz entschieden und scharf gegen meinen alten Freund Heinz Brandt verteidigt habe, der völlig ungerecht und unsinnig in ihm einen „Theoretiker des Neoterrorismus“ sah. – Wahrscheinlich wissen Sie auch nicht, was ich – in Erklärungen und in Versen (z.B. in Tageszeitung, Junge Kirche, ESG Nachrichten) über den Tod Elisabeth von Dyck geschrieben habe, obwohl das auch schon zum größeren Teil vor Ihrem Brief erschienen ist.

Ich bitte Sie also, beide Seiten meiner Stellungnahmen zu berücksichtigen, ehe Sie mich verurteilen. Mich auf dieselbe Stufe zu stellen wie die Sprache der Repression, die Rudolf Bahro hinter Gitter brachte ist schon deshalb ganz ungerecht, weil es sich dort bei den Sprechern um bewußte Lügen wohlbestellter Machthaber handelt, während ich zwar sicher nicht vor Irrtümern gefeit bin, aber weder Lüge, noch Machthaber bin, im Gegenteil, gegen die verschiedenen Machthaber (aber auch gegen machthabende Sektierer und Manipulateure, wie etwa Steigerwald) polemisiere. Ich weißte gern, ob irgendeines meiner Argumente Ihnen etwas sagt, aber ich werde auch wenn das nicht der Fall ist (was mir gar nicht gleichgültig wäre, sondern mich noch trauriger machen würde) genau das weiter tun und sagen, was ich denke.

Was die Gesellschaft ist, von der Sie träumen, weiß ich nicht. Wenn diese Gesellschaft in der Bundesrepublik nur durch eine soziale Revolution mit bewaffnetem Kampf zu erreichen ist, dann werden Sie und die, die den gleichen Traum haben, noch sehr, sehr lange weiterträumen müssen und wahrscheinlich nicht lange genug leben, ihn erfüllt zu sehen.

Voch ärger freilich wäre es, ihn einen kurzen Augenblick lang erfüllt zu glauben und dann eine Entwicklung erleben zu müssen wie in der Stalinära oder was ihr entspricht. – Ich träume andere Träume, wesentlich weniger dem „demokratischen Zentralismus“ (von dem zuletzt immer nur der Zentralismus übrig bleibt, wie schon Rosa Luxemburg wußte) verpflichtet und hoffentlich auch viel unblutiger. Ein Buch wie Klaus Traube – Wir müssen umschalten – und manche Arbeiten von Marcuse und Dutschke und Brückner bedeuten mir mehr als alle Trümmel von einer Revolution, die für uns in der Bundesrepublik nicht auf der Tagesordnung steht. Natürlich gibt es noch zahllose andere Aufgaben, politische, gewerkschaftliche und aufklärerische, wie etwa die Beseitigung der unseligen bundesdeutschen Verwechslung jedes Anarchismus mit Terrorismus. Übrigens gibt es auch Aufklärungsaufgaben nichtklassen-kämpferischer Art, denn manchmal haben zum Glück immer noch alle Menschen dieselben tatsächlichen Interessen, wenn manchen auch ihre Klassenlage den Blick dafür trübt.

Vielleicht kennen Sie meinen Aufsatz über Antifaschistischen Kampf – wie er war und wie er heute sein sollte (ESG und – gekürzt – AVANTI)? Worauf Sie mit Ihren Worten „bemüht-verständnisvollem Verständnis“, das Sie mir zuschreiben, ebenso wie mit dem „vorschnellen Kleben von Etiketten“ anspielen, weiß ich nicht. Das müßten Sie mir schon an konkreten Beispielen erläutern. Es ist sehr möglich, daß ich der Untergang des vorschnellen Etikettierens nicht immer entgangen bin. Es ist eine in deutschen Ländern rechts und links so weit verbreitete Praxis, daß man übermenschliche Immunität haben mußte, um ihr nicht manchmal zu erliegen. Ihr Offener Brief an mich war in dieser Hinsicht jedenfalls weit weniger arg und viel sympathischer als das, was man mit der Zeit ge-wohnt ist!

Ich hoffe auf Ihre Antwort

Freiheit und Glück!



Erich Fried

neuesten Erkenntnisse seit vielen Jahren immer gleich mehr als hundertprozentig verteilte und weil er immer gleich leidet und weil gerade dieser Weg höchst ungeeignet ist, irgendeinen Wirkkopf vom „bewaffneten Kampf“ abzubringen, was Mahler mit Recht will. Ich habe an ihn ein Gedicht gerichtet, – daß ein Mensch, der immer ganz und gar recht haben will, mir Angst macht – aber das kennen Sie ja. Es ist Teil meines Angriffes gegen K.H. Roth.

Dieser Brief wird zu lang. Lassen Sie mich kurz dazu sagen, daß ich den Irrsinn, den ich bei denen, die Horst Mahler als Opfer von Gehirnwäsche oder als Verräter angreifen, feststelle, nicht aus schuldhaft sondern gesellschaftlich in ihnen hervorgerufen sehe. Das fand sich auch, verständlich, in meinem Angriff auf K.H. Roth angedeutet. Noch deutlicher machte ich es bald darauf in Hamburg, als sogenannte Genossen Mahler verurteilten und mir zurefen „Du Spinner, siehst du nicht, daß er längst für den Staatschutz arbeitet“. Wenn solche Genossen (aber auch wenn, lange nicht so kraus und eckig, aber schlimm genug, ein K.H.

Berufsverbote

Sippenhaft wieder aktuell

Die Stadt Kaufbeuren, bekannt durch ihren Stimmenanteil von teilweise 25% für die NPD bei den Landtags- und Kommunalwahlen, sowie durch Wählerstimmen von 72% für F.J. Strauß und die CSU, hat wieder einmal ihre ungebrochene Gesinnungstreue bewiesen. Politische Gesinnungsschnüffelei bis in den privaten Bereich hinein, politische Verfolgung bis zur beruflichen Existenzvernichtung und politische Karriere-sucht hoher Regierungsbeamter mit dem CSU Parteibuch in der Tasche haben in Kaufbeuren ein politisches Klima entstehen lassen, das bereits zu öffentlichen Vergleichen mit der Atmosphäre der Nazi-Zeit herausgefordert hat.

Dies mußte nun auch die 28-jährige Brunhilde Bischoff erfahren. Nachdem sie mit einem glänzenden Zeugnis aus dem sozialen Dienst der Stadt München umschied, bewarb sie sich um eine Anstellung beim Bezirkskrankenhaus der Stadt Kaufbeuren. Aus drei Mitbewerberinnen wurde sie ausgewählt und eingestellt. Doch am Ende einer an sich formalen Probezeit erhielt Brunhilde Bischoff nicht die zugesagte langfristige Anstellung, sondern die Kündigung und Berufsverbot, verfügt von der bayerischen Bezirksregierung für Schwaben, unterschrieben von Regierungsdirektor Dietrich Bessier.

Neu an dieser Art von Berufsverbot ist der Verzicht auf eine schriftliche Begründung für die Entlassung, der Verzicht auf jede offizielle Vorhaltung und auf ein politisches Verhör. Entlassen wurde ohne Begründung und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Unterrichtung des Personalrates. Für diese neue Methode bei der Verhängung von Berufsverböten gibt es einen plausiblen Grund: die verantwortlichen Regierungsgeschehen können Brunhilde Bischoff absolut nichts „einschüßiges“ nachweisen. Und so erklärte man ihr in offiziellen Gesprächen von beamteter Seite, die Gründe lägen „allein im privaten Bereich“ und in ihrem „politischen Umfeld“. Mit dem „privaten Bereich“ ist ihr Freund gemeint und das „politische Umfeld“ ist dessen Mitgliedschaft in der DKP.

Angesichts der fachlich-beruflichen Beurteilung durch die Leitung des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren wirkt die Entlassung der Sozialarbeiterin erst recht wie blinder Haß und erinnert nach den Worten des schwäbischen SPD-Landtagsabgeordneten Otto Werner „in fataler Weise an die Einführung der Sippenhaft in der Zeit des ungeliebten tausendjährigen Reiches“.

KB-Gruppe Nürnberg

CSU fordert Überprüfung der Förderungswürdigkeit der SJD-Die Falken

Presseerklärung der Falken

Wie jetzt bekannt wurde, hat der kürzlich stattgefundenen CSU-Parteitag dem Vorstand der CSU zumutend einen Antrag überreicht, in dem die Bayerische Staatsregierung aufgefordert wird zu überprüfen, „ob die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken noch förderungswürdig ist“. Denn es geht diesem Jugendverband „nicht um die Vermittlung von Freizeitangeboten, sondern lediglich um die Indoktrination der Jugend, ja sogar der Kinder“.

Die Sozialistische Jugend weiß nun, was sie über die rechtskonservative Gleichschaltung der Bundesrepublik hinaus von einem Kanzler Strauß für sich selbst noch zu erwarten hat: den Versuch der Liquidation ihrer Jugendarbeit, die auf die Vertreibung der Interessen von Arbeiterkindern und Arbeiterjugendlichen gerichtet ist. Die Pluralität der Jugendarbeit unseres Landes, die auf den unterschiedlichen weltanschaulichen Wurzeln der Jugendverbände fußt, ist durch die Absichtserklärung des CSU-Parteitages nachhaltig gefährdet.

F.d.R.

gez. Wolfgang Römisch, Bundessekretär

Die Wahrheit über Carstens – Berufsverbot für jungen Lehrer

Am 21. September war die Lehrertätigkeit für Wilfried F., der vor kurzem überhaupt erst in Wedel damit begonnen hatte, auf äußerst abrupte Weise schon wieder beendet. Als er an diesem Tag in die Schule kam, wurde ihm von seinem stellvertretenden Schulleiter offenbart, daß der Regierungspräsident das Verbot seiner Dienstgeschäfte verfügt habe. Das bedeutete sofortige Suspendierung und Verweisung vom Schuldienste.

Mehrere Tage später erst erhielt W.F. einen erklärenden Brief des Regierungspräsidenten. Darin wurde als Grund ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Verunglimpfung des Bundespräsidenten“ angegeben. Die „Verunglimpfung“ des Präsidenten dieser Republik bestand darin, daß W.F. ein Stück Leben desselben dokumentiert hatte. Er hatte ein

Plakat angefertigt, das Carstens in SA-Uniform zeigt. Dieses Plakat sei „am 24. Mai an verschiedenen öffentlichen zugänglichen Plätzen“ vorgefunden worden.

Obwohl W.F. sich zur Anfertigung dieses Plakates aus moralischen und politischen Gründen bekannt und deshalb vor seiner Einstellung bereits eine Anhörung hatte, wurde nun mit dem Ladehüter argumentiert, W.F. habe das „für einen Beamten gebotene Maß an politischer Zurückhaltung“ verletzt.

Obwohl drei Tage nach seiner Suspendierung W.F. einen Brief der Staatsanwaltschaft erhielt, in dem sie ihm mitteilt, „daß gegen Sie gerichtete Ermittlungsverfahren eingestellt worden“, ist das Dienstverbot bis heute nicht aufgehoben worden.

Berufsverbote-Meldungen

Gudrun M. hatte sich in Nürnberg nachdem sie im April ihre 1. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen beendet hatte, für den Vorbereitungsdienst beworben. Obwohl der 2. Mai offizieller Einstellungstermin war, erhielt sie keinerlei Benachrichtigung von der Regierung von Mittelfranken. Statt ihre Ausbildung fortsetzen zu können, wurde sie am 21. Mai zu einem sogenannten Einstellungsgespräch vorgeladen. Bei diesem Gespräch wurde ihr mitgeteilt, daß „Zweifel an ihrer Verfassungstreue“ bestünden, weil sie

zum Studentenparlament auf der Liste des MSB Spartakus sowie einer gewerkschaftlich orientierten Liste für die verfaßte Studentenschaft kandidiert hat.

Für ein Flugblatt des MSB Spartakus mit dem Titel „Auch Studenten sind Staatsbürger. Darum ASIA wählen!“ presserechtlich verantwortlich zeichnete

eine Verlobungsanzeige in der „UZ“ aufgegeben hatte

Wegen „Zweifel an der Verfassungstreue“ wurden Helmut Leonhard und das SPD-Mitglied und ehemalige Kreisvorsitzender der GEW Hans Kolb bis jetzt noch nicht angestellt. Bereits die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst hatten sie sich erst durch eine Anordnung des Bayerischen Verwaltungsgerichts entzogen. Damals hat der Verwaltungsgerichtshof keine Verstöße gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, sondern im Gegenteil festgestellt, daß die Regierung von Mittelfranken den ihr zustehenden beamteten- und verfassungsrechtlichen Rahmen verkannt habe.

Bis jetzt haben der Nürnberger Kreisverband der FDP, der SPD-Unterbezirk Nürnberg, das Berufsverbote-Komitee und ein Vertreter der evangelischen Kirche, Pfarrer Friedrich Rießbeck, dagegen protestiert (aus „Nürnberger Nachrichten“, 4.10. und 20.10.79).

KB-Gruppe Nürnberg

Betrieb und Gewerkschaft



Strauß-Debatte im DGB: Zwischen Anpassung und Widerstand

Nachdem DGB-Chef Vetter seine Aufwartung bei Strauß gemacht hatte, sorgte der Kanzlerkandidat nur wenige Tage später dafür, daß jedermann im Lande weiß, wie er sozialdemokratische Kneufälle dankt. Mit seiner Gleichung Nationalsozialisten = Sozialisten warf Strauß dem Sozialdemokraten Vetter, kaum daß dieser aus der Tür war, noch einen dicken Knäuel hinterher.

Hätte diese Niederträchtigkeit nur Vetter gegolten, könnte man es vielleicht mit dem Kommentar „wer nicht hören will, muß eben fühlen“ bewenden lassen. Unverschämtheiten dieser Art sind ja von Strauß allemal zu erwarten.

In den Gewerkschaften (und hier durchaus nicht nur an der Basis) mehrten sich jetzt die Stimmen, die ein deutlicheres Auftreten gegen Strauß verlangen. Es kann keine Rede davon sein, daß Vetter Kurs der totalen Anpassung an Strauß bereits im DGB und seinen Einzelgewerkschaften durchgesetzt wäre.

HBV, Eman. Alle Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft haben die Delegierten zurückgewiesen. In einer Entscheidung betonte die Konferenz, daß mit Franz Josef Strauß ein Mann Kanzlerkandidat der CDU/CSU geworden sei, dessen Innen- und außenpolitischen Positionen im scharfen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter und Angestellten standen. Das Ziel der Kampagne von Strauß gegen die Gewerkschaften sei eine Verunsicherung der Mitglieder.

Wir sind fest entschlossen, diesem Vertreter der äußersten Rechten in unserem Land entschlossen und offensiv entgegenzutreten! Bei einem erneuten Auftritt von Strauß in Essen forderten sie vom Essener DGB Kreisvorstand Maßnahmen zu ergreifen, mit denen „die ablehnende Haltung der Gewerkschaften zu der arbeitnehmerfeindlichen Politik“ von Strauß unumwiderrlich zum Ausdruck gebracht werde.

Tatsache ist, daß sozialdemokratische Kandidaten für die christliche und parteilose Kollegen diese Einheitsgewerkschaft aufgebaut und ihr zur heutigen Stärke verholfen haben. In einer Zeit, in der sich die Angriffe gegen die Einheitsgewerkschaft zuspitzen, muß alles getan werden, um diese Einheitsgewerkschaft zu stärken“ („Neue“, 18.10.79).

Mit dieser Entscheidung folgten die HBV Delegierten dem Beispiel der Essener IG Metall Vertreterversammlung, die mit großer Mehrheit (129 von 135 Stimmen) ebenfalls ihre Ortsverwaltung zu „geeigneten Maßnahmen“ verpflichtet hatte.

...

Gewerkschaft Textil und Bekleidung. „Die vorübergehend zu beobachtende Zurückhaltung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß zur Frage der Einheitsgewerkschaft“ wertet die Gewerkschaft als ein taktisches Manöver. Die bisherigen Strauß Aussagen und der Inhalt des CSU Programms zielten „eindeutig darauf ab, die Einheitsgewerkschaft zu spalten“, sagte der gewerkschaftsvorsitzende Berthold vor Delegierten in Bremen. Dem müsse mit aller Härte entgegengetreten werden („Hamburger Abendblatt“, 1.10.79).

...

IG Metall. „Strauß' Programm ist nicht das der Arbeitnehmer“, erklärte IGM-Chef Loderer Ende September vor Funktionären in Stuttgart. „Wer den Arm erheben will gegen die Einheitsgewerkschaft, der hält aus zum Angriff auf eine der tragenden Säulen unserer noch jungen Demokratie“, und weiter: „Pläne zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft sind Beweise für ein gespoiltes Verhältnis zur Demokratie“, betonte Loderer. Die Einheitsgewerkschaft gebiete parteipolitische Unabhängigkeit, verbiete aber umgekehrt parteipolitische Neutralität („FR“, 1.10.79).

Dieser recht scharfen Stellungnahme Loderers entgegen steht seine Äußerung in der „Bild“ Zeitung vor einigen Wochen, daß er mit jeder Regierung, auch mit einem Kanzler

Strauß, „loyal“ zusammenarbeiten werde.

In einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ am 18.10.79 betonte Loderer allerdings, „daß es uns nicht gleichgültig ist, wer Bundeskanzler ist, welche Politik für Arbeitnehmer gemacht wird“. Zu den von CSU-Seite unterstellten Behauptungen, es gebe Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und Strauß, erklärte er: „Ich habe Strauß noch nie getroffen. Ich weiß nicht, was er denkt, was er sagt, was er tut. Ich weiß nur, was er ist: ein Politiker, der die Interessen der Arbeiter nicht wahrnimmt.“

Sein Verhalten ist ein Beispiel für das, was von Vertrauensleuten in Hattenberg auf bedenkliche Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Klima der Bundesrepublik hin. Die Kanzlerkandidatur von Strauß sei „eine Gefahr für die Demokratie“, und damit für die Gewerkschaftsbewegung. Scharf wies er den Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung“ zurück. „Betriebsratsmitglieder, die genau wie die Vertrauensleute der IG Metall das Vertrauen der Beschäftigten besitzen, weil sie deren Interessen vertreten, werden diffamiert. Sie sollen herhalten für einen primitiven Antikommunismus. Der ist bekanntlich – und das bestätigt sich hier wieder – in Zeiten wirtschaftlicher Krise seine übelsten Sumpfschlingen treibt“ („Neue“, 18.10.79).

Die IG Metall werde im kommenden Bundestagswahlkampf keineswegs neutral bleiben, kündigte der IGM-Hauptkassierer Norbert Fischer in Weizlar an. „Niemand wird uns jemals davon abhalten können, streikbar und engagiert für die Arbeitnehmerinteressen einzutreten und dabei auch Roß und Reiter zu nennen“ („UZ“, 15.10.79).

...

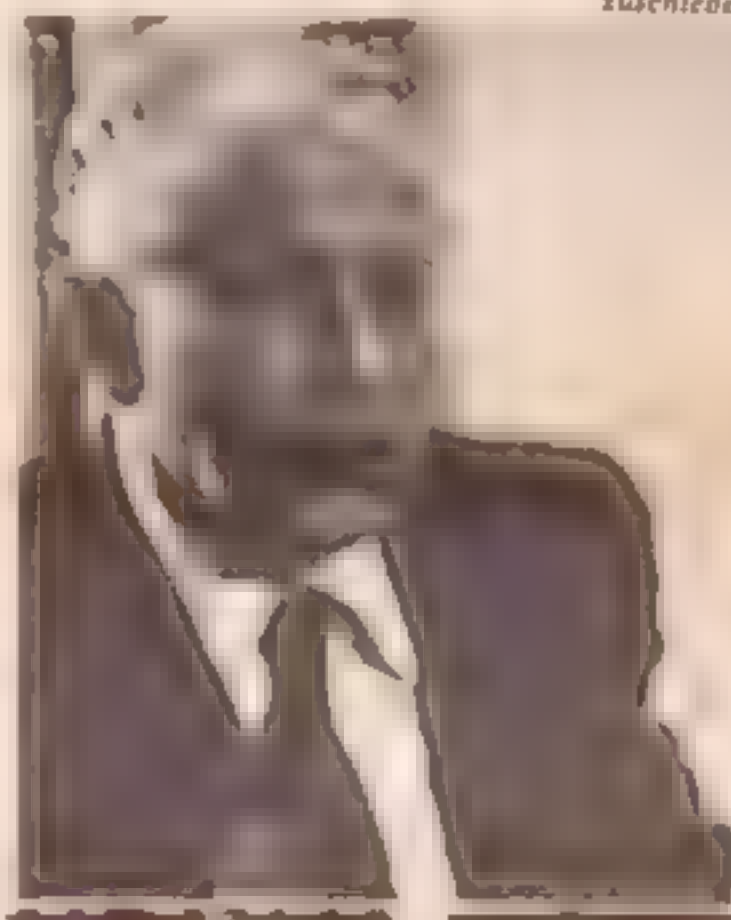
Gewerkschaft der Polizei. Ein Gespräch in „freundschaftlicher Atmosphäre“ fand zwischen dem Vorstand der GdP (Mitglied im DGB) und CDU-Politikern statt (Dregger, Erhard und Vogel). Einzig war man sich über die Notwendigkeit, das Bundeskriminalamt als „Informationszentrale“ auszubauen und über den Vorschlag der GdP, eine Hochschule für Polizeiwissenschaften zu gründen. Auch weiterhin sollen die polizeilichen Probleme in „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ erörtert werden.

Aus dieser Bereitschaft zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ ergibt sich auch die logische Konsequenz einer Stellungnahme von Schürmacker (GdP-Vorsitzender) in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ Nr. 10/79: „Aus demokratischer Überzeugung arbeitet die Gewerkschaft der Polizei mit einem jedem demokratisch gewählten und demokratisch handelnden

den Kanzler zusammen, also auch mit einem möglichen Kanzler Strauß. Eine solche Wahl würde uns bei der Verfolgung unserer Gewerkschaftspolitik nicht aus der Bahn werfen“.

In der weiteren Stellungnahme betont er die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft und weist auf die „dreißigjährige Auffassung“ der GdP hin, „daß bei der Bewältigung von Problemen der Inneren Sicherheit Emotionen, wie sie in der von Ihnen dokumentierten Soothofener Rede zum Ausdruck kamen, immer noch der schlechteste Ratgeber waren“.

...



HDW Hamburg: Widerstand gegen Programmlohn

Seit einigen Monaten verstärkt der Vorstand der Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) – im Besitz des bundesdeutschen Salzgitterkonzerns und des Landes Schleswig-Holstein – seine Bemühungen, für den Hamburger Bereich den Programmlohn einzuführen, nachdem dies in den letzten Jahren in einigen Kieler Gewerken offenbar erfolgreich für die Kapitalisten erprobt worden ist.

Programmlohn bedeutet: Die anstehende Arbeit wird jeweils in einem Programm durchgeführt, für das vorher Arbeitsergebnis, Zeitraum und beteiligte Kollegen festgelegt sind. Schaffen die Kollegen in der angegebenen Zeit das Programm zu 100% bekommen sie 100% ihres „Programmlohns“ (etwas höher als der jetzige Effektiv-Lohn). Schaffen sie weniger, bekommen sie entsprechend weniger Lohn. 80% sind aber mindestens abgesichert.

Mittels genauer Durchforstung der Arbeitsbedingungen bei Erstellung des Programms will der Betrieb möglichst alle „unnötigen“ Handgriffe, Warte- und Störzeiten einsparen (die in der Regel für die Kollegen willkommen sind). Bei den Kollegen werden verschiedene Zeitmeßmethoden (MTM – Multi-Moment-Verfahren) die Arbeit der Kollegen noch mehr „verdichtet“ werden – spricht. Die Leistung erhöht werden. Als Ergebnis dieser scharfen Rationalisierungen erhoffen sich die Kapitalisten eine Steigerung der Produktivität um 20% und mehr.

Die geplanten Verschärfungen fügen sich nahtlos ein in das Konzept der (staatlichen!) Werft, sich auf die wechselnden Marktbedingungen („Schiffbaukrise“) einzustellen und

ÖTV, Köln. Die Delegiertenversammlung beschloß einstimmig, der Bedrohung durch Strauß „offensiv“ entgegenzutreten.

In einem Antrag an den Hauptvorstand verglichen die Delegierten die Kanzlerkandidatur Strauß mit den Auperrungen während der Druck- und Stahlausschmelzungen. In beiden Fällen versuche das Unternehmen die Gewerkschaften zu schwächen und politisch einen Rechtsruck durchzusetzen. „Der Vertrauensdeutscher hat diese Situation besprochen und ist zu dem Schluß gekommen, daß wir alle zusammenrücken müssen, um durch aktive Solidarität der Rechtsentwicklung in der BRD einen Riegel vorzuschieben“.

Wir schlagen deshalb folgendes vor:

1. Verbindung der Tarifbewegung mit der Einbeziehung der Kollegen vor Ort. Organisation von Informationsständen in der Öffentlichkeit Autokorso usw.

2. Auf örtlicher Ebene Abstimmung mit den anderen Einzelgewerkschaften über gewerkschaftliche Protestaktionen.

3. Überregional Inengriffnahme von gewerkschaftlichen Protestaktionen.

Wir können auch versichern, daß wir jeden Schritt in diese Richtung begrüßen und unterstützen werden, um die Einheitsgewerkschaft zu stärken“ („Neue“, 19.10.79).

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



trotzdem noch möglichst viel Profit rauszuholen. So wurde in den letzten Jahren der Personalbestand um mehrere Tausend Kollegen verringert, das Werk Finkenwerder still gelegt, und zwei weitere sollen folgen.

Grundlage für die aktuellen Rationalisierungsmaßnahmen ist das Anfang des Jahres beschlossene Unternehmenskonzept, dem auch der Betriebsrat zugestimmt hat, und bei dessen Aushandlung auch die IG Metall und der Hamburger Senat mit einbezogen waren. Wie so oft erweist sich leider auch hier wieder die Gewerkschaftsführung als einer der treuesten und vor allem wichtigsten Verbündeten des Vorstandes. Während der Betrieb zur Zeit im wesentlichen die organisatorischen Seiten regelt (bei regelmäßiger Zustimmung der Betriebsratsmehrheit) zu den jeweiligen Maßnahmen, haben die Betriebsratsführer die Dreckarbeit übernommen, für den Programmlohn unter den Kollegen Reklams zu machen.

Dabei wird geschickt an tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten des geltenden Akkordsystems und der jetzigen Arbeitsorganisation angeknüpft (worüber es natürlich schon seit längerem berechtigten Unmut gibt), um so den Kollegen den leistungssteigernden Programmlohn als Ausweg anzubieten. Geradezu verlockend! Eine besonders unverschämte Drohung dabei: Nur bei Einführung dieses Lohnsystems könne der Betrieb in den nächsten Jahren konkurrenzfähig bleiben und so (!) die Arbeitsplätze sicher machen! Mit anderen Worten: Wer sich gegen den Programmlohn wehrt, so die Logik der BR-Führung, macht sich

mitschuldig an möglichen späteren Entlassungen von Kollegen! Zur Unterstützung dieser Positionen wurde sogar Rainer Birkwald aufgeboten, Experte des IGM-Vorstandes für Lohnsysteme – und laut einem rechten Betriebsratsmitglied ein „in aller Welt anerkannter Experte“!

Trotz dieses Aufgebotes konnte sich unter den Kollegen ein 2 T. recht breiter Protest entwickeln. So wurde schon vor Monaten in den Bordmontage-Gewerken bei Unterschriftensammlungen der Programmlohn abgelehnt. Sogar auf der letzten Sitzung des IGM-Vertrauenskörpers war die Stimmung mehrheitlich dagegen (trotz IGM-„Weltexperte“ Birkwald). Dies ist deswegen bemerkenswert, weil bisher eine ganze Mehrheit der Vertrauensleute sich immer als treue und völlig knicklose „Abstimmungsmaschinen“ für die SPD-Betriebsratsführung erwiesen hatte.

Auch auf einer Betriebsversammlung am 19.10. war die Haltung der meisten Kollegen ablehnend. Als wegen Manipulationen durch Betriebsrats einige (kritische) Kollegen ihre Wortbeiträge nicht halten konnten, stellten Vertrauensleute die Forderung nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung zum Thema Programmlohn auf und konnten dafür in nur drei Tagen über 400 Unterschriften sammeln. Ein gutes Ergebnis!

Wenn es nicht gelingt, die Einführung des Programmlohns zu verhindern, werden die Kapitalisten der Verwirklichung ihres umfassenden Rationalisierungskonzeptes einen großen Schritt näher gekommen sein.

Betriebszeile HDW
KB/Gruppe Hamburg

„Knies und Knatsch in der Gewerkschaftsjugend“

Hinrich Oetjen in Hamburg

Unter dem Motto „Knies und Knatsch in der Gewerkschaftsjugend“ hatte der Landesbezirk Nordmark der IG Druck und Papier zu einer Diskussionsveranstaltung am 19. 10. eingeladen. Seinen besonderen Reiz hatte der Abend dadurch, daß sich der Leiter der DGB-Bundesjugendschule, Hinrich Oetjen, der Diskussion stellen wollte. Oetjen ist einer der Mitautoren des unter dem Namen „Oberurseler Papier“ bekanntgewordenen „Positionspapier zur Strategie von DKP/SDAJ in der Gewerkschaftsjugend“. Dieses Papier hatte den Startschuß gegeben zu dem nach wie vor heiß geführten Streit um die angebliche „kommunistische Unterwanderung der DGB-Gewerkschaften“. Erschienen zu der Hamburger Veranstaltung waren etwa 150 bis 200 interessierte Gewerkschafter. Etwa die Hälfte der Teilnehmer waren Studenten der gewerkschaftsnahen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), in deren Räumen die Veranstaltung stattfand. Unter den übrigen Teilnehmern waren Funktionäre aus der Jugend- und Bildungsarbeit der Einzelgewerkschaften recht stark vertreten. Von Interesse war die Veranstaltung auch insofern, als die unersetzte Wissens in dem gegenwärtigen Konflikt eine Ausnahme darstellt. Die DGB-Führer setzen gegenwärtig deutlich auf administrative Maßnahmen und antikomunistische Hetze statt auf Diskussion, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Eine ähnlich geplante Veranstaltung in Hannover war denn auch kurzfristig verboten worden (siehe AK 164). Die Hamburger Druck-Veranstaltung kann als durchaus gelungen bezeichnet werden. In der äußerst lebendigen Diskussion äußerte sich ein breites Spektrum der Gewerkschaftslinken mit unterschiedlichen, zum Teil kontroversen Standpunkten, die bisweilen auch leidenschaftlich vertreten wurden. Lediglich zwei Teilnehmer fielen etwas aus dem Rahmen, als sie versuchten, das Wort „Chaoten“ in die Debatte einzuführen. Es spricht aber für die Versammlung, daß dieser unverschämte Versuch von nahezu der gesamten Teilnehmerschaft empört zurückgewiesen wurde. Positiv vermerkt werden muß auch, daß ein Klima der Erleuchtung gegen die DKP/SDAJ, wie es zeitweilig in der Luft lag, sich an diesem Abend nicht prägend durchsetzen konnte. Dies war jedoch nicht etwa das Verdienst der anwesenden DKP-Mitglieder. Sie hatten es vorgeschlagen, den Schwanz einzuziehen und beteiligten sich in dieser Diskussion, bei der es ja gerade auch um ihre Gewerkschaftsarbeit ging, nicht mit einem Beitrag. Beschämend!

Wie kam es zum Oberurseler Papier?

Zum Einstieg in die Debatte gab Oetjen zunächst aus seiner Sicht einen Abriss der Entwicklung der Jugend- und Bildungsarbeit seit dem Niedergang der Lehrlingsbewegung Anfang der sechziger Jahre. Die krisenhafte Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus, die in immer stärkeren Maße zur Jugendarbeitslosigkeit geführt hatte, erforderte neue Antworten auf die Probleme. Während „wir“, so Oetjen, versuchten, in der Bildungsarbeit praxisorientiert zu arbeiten und Hilfestellung für eine Mobilisierung „an den konkreten Problemen vor Ort“ zu geben, waren „die anderen“ zu dieser Zeit der Auffassung, daß gegenwärtig „nichts drin“ sei, daß es gelte „zu überwinden“, durch das Fehlen von Bildung und Ausbildungsprogrammen wie die langfristige „antikapitalistische Bewußtsein“ entstehen, man könne lediglich durch große Manifestationen „die Öffentlichkeit auf die Probleme der Jugend aufmerksam machen“. Diese Linie habe sich weitgehend durchgesetzt. Der Bankrott dieser Politik mit ihren alljährlichen Großdemonstrationen sei 1977 erreicht gewesen. Der unmittelbare Einfluß der Gewerkschaften auf weite Teile der Jugend war weitgehend verloren gegangen. Dieses Potential „bezügelt sich in Jugendzentren, in irgendwelchen Initiativen, in der Bürgerrechtsbewegung oder wo weiß wo“ (Oetjen in der „TAZ“, 30.4).

In diesem Teil seiner Ausführungen hatte Oetjen vermieden, Fuß und Reiter zu nennen, er sprach nur von „wir“ und „die anderen“, was jedoch alsbald den Unmut der Zuhörer auslöste. Das Oberurseler Papier, im Herbst 1978 entstanden und seit April dieses Jahres von allen Antikommunisten in und außerhalb der Gewerkschaften gern zitierter Beleg für die „kommunistische Unterwanderung des DGB“, sei, so Oetjen, eigentlich nur „eine Randerscheinung“ in der Strategie-Debatte um die Jugendarbeit gewesen und sollte eine Diskussion über die DKP/SDAJ-Gewerkschaftsarbeit ermög-

lichen. „Wenn wir die Jugendlichen wieder in die Gewerkschaftsjugend hineinkriegen wollen, muß dieser Einfluß (der DKP-Anm. AK) zurückgedrängt werden.“ (Oetjen in der „TAZ“). Daß das Papier jetzt von rechten Gewerkschaftern und der bürgerlichen Presse ausgeschlachtet werde, habe nicht in der Absicht der Verfasser gelegen, sie wollten lediglich die Diskussion auslösen.

Kontroverse Diskussion

Die DKP hatte in der anschließenden Aussprache nichts zu lachen. Am besten kam sie noch bei den Rednern weg, die gar nichts zur DKP sagten. Die anwesenden DKPler hatten es ja, wie schon erwähnt, vorgezogen, die Köpfe einzuziehen und sich auszuschweigen.

Ansonsten wurde hart mit ihnen ins Gericht gegangen. Ein Redner bedankte sich bei Oetjen ausdrücklich für das Papier, darauf habe man lange gewartet; er habe es in seiner HWP-Gruppe diskutiert, und man habe sich so erst mal wieder etwas Luft verschafft.

Ein HWP-Student bemerkte, daß dies die erste Veranstaltung seit langem sei, in der eine echte Diskussion möglich sei, ohne daß der MSB (=DKP-Studentenbund) alles abwürgt und mit seinen Mehrheiten diskussionslos niederstimmt. Wenn die Rechten und die reaktionäre Presse mit dem Papier arbeiteten, könne uns das egal sein, da habe auch die DKP selbst zuzuschreiben; Hauptsache, wir haben das Papier erst

ihnen selbst an den Kragen gehen soll, kommen sie mit Krokodilstränen und jammern nach Solidarität. Doch da müssen sie schon erstmal selbst Vorlesungen erbringen.

Lediglich ein Teilnehmer, SIB-Mitglied, versuchte, die Revisionisten zu verteidigen: er kenne aus seiner jahrelangen Arbeit in der IGM-Jugendgruppe bei Hoersch in Dortmund viele DKPler, die eine sehr gute Gewerkschaftsarbeit machen. Im übrigen seien die DKPler in den vielzitierten Gremien ja schließlich alle demokratisch gewählt. Ein Sturm der Empörung löste dieser Redner aus, als er zu den Gewerkschaftsumwahlen sagte, er verstehe dieses Gerede gar nicht, wer sei denn bisher von den Ausschüssen betroffen gewesen? „Doch nur Chaoten!“ Von einem anderen Teilnehmer, der sich auch als überzeugter Sozialdemokrat vorstellte, mußte sich der SIBler darüber belehren lassen, daß das Wort „Chaot“ erstmals von Joseph Goebbels benutzt worden sei, um den politischen Gegner zu diffamieren.

Ein weiterer Junge, ehemals Betriebsratsvorsitzender eines Westbäuer Betriebs, jetzt HWP-Student und Samokap-Anhänger, übte scharfe Kritik am Oberurseler Papier. Es sei den Autoren vorzuwerfen, daß sie dieses Papier auf den Markt gebracht hätten ohne Rücksicht auf die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse, die gekennzeichnet seien durch eine neue Welle des Antikommunismus, wodurch auch die Gewerkschaften einem starken Druck von rechts ausgesetzt seien. Bevor über die weitere Strategie der Gewerkschaftsjugendarbeit geredet werden könne, müsse geklärt werden, in welche Richtung die „DKP-Debatte“ laufe. Das Papier habe einen deutlich denunziatorischen Charakter.

Ein weiterer Redner bezeichnete Oetjens Einlassung, man habe mit dem Papier nicht etwa den Rechten Munition verschaffen wollen, als unglaubwürdig. Oetjen selbst habe doch, indem er eine von Manfred Scharrer verfaßte phantastische „Rezension“ des von T. D.KP-nahen Autoren veröffentlichten Buches „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“ im DGB verschickte, eine weitere neue Front gegen die DKP eröffnet (siehe dazu ausführlich AK 157).

Für pure Heuchelei hielt ein Kollege, der mehrmals sehr leidenschaftlich in die Debatte eingriff, das Geschrei von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern darüber, daß es die DKP sei, die der Entwicklung einer lebendigen Jugendarbeit hauptsächlich im Wege stehe. Er kenne all die denunziatorischen Praktiken der DKPler, aber es seien doch gerade die altgedienten Gewerkschaftsführer gewesen, die die Jugend

schaffsführer gewesen, die die Jugendlichen mit ihren Problemen allein gelassen hätten. Wenn arbeitslose Jugendliche sich an die Gewerkschaft gewandt haben, habe man sie im Regen stehen lassen. Eine sehr differenzierte Position nahm dieser Sprecher ein zu der Frage, wie mit brandierten innergewerkschaftlichen Papieren im Hinblick auf die bürgerliche Presse umzugehen sei. Er meinte, es ließe sich wohl nicht vermeiden, daß so etwas auch in der „FAZ“ ausgeschlachtet würde. Andererseits gäbe es auch Beispiele, an denen Presseveröffentlichungen positiv und wichtig waren, etwa, als die „Frankfurter Rundschau“ den Konflikt um die vom IG Che-

mie-Vorstand geplanten repressiven Satzungsänderungen bekannt machte - was über die gewerkschaftliche Presse sonst nicht geschehen wäre. Namentlich der Gewerkschaftsjugendpresse stellte der Kollege ein vornehmendes Urteil aus: „Da wird jede stinklangweilige Aktion zum großen Erfolg umgepöbelt, aber von den Problemen, die die Jugendlichen wirklich beschäftigen, ist nichts zu finden.“ Vehement ging er mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ins Gericht, die gerade in der Jugendarbeit „verheerenden Schaden“ angerichtet hätten.

An den Vorwürfen gegen die DKP, so ein anderer Diskutant, sei zwar nichts zu denken, jedoch machen die Oberurseler in ihrem Papier den entscheidenden Fehler, der DKP die Hauptverantwortung für den desolaten Zustand der Jugendarbeit zuzuschreiben, bei Schonung der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Damit sei aber gerade Ursache und Wirkung vertauscht. Die DKP sei schließlich von den Gewerkschaftsführern benutzt worden und nicht etwa umgekehrt die Gewerkschaftsführer von der DKP. Wenn Oetjen behauptet, er habe nicht gewollt, daß jetzt die Rechten mit dem Papier Politik machen, so sei dies unglaublich, solange es aus Oberursel keine öffentliche Distanzierung von der von ihnen (mit-Jugendschleichen antikomunistischen Kampagne) gebe. An die anwesenden DKPler gewandt, forderte der Kollege diese auf „langsam Flügge zu setzen“, immerhin ginge es in diesem Streit um ihr e n Kopf. - Ein für diesen Abend vergeblicher Appell.

Ein sozialdemokratischer Kollege warnte vor einem „gefährlichen Ping-Pong“, mit dem sich die verschiedenen Strömungen der Linken wechselseitig die Schuld für Denunziationen sowie den Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit in die Schuhe schieben würden. Er forderte vor allem die DKPler auf, von diesem Weg umzukehren, bevor es dafür zu spät sei. Bei der gegenwärtig laufenden Kampagne handele es sich um einen Angriff auf die Positionen der Gewerkschaftslinken insgesamt, die auch auf gemeinsam abgewehrt werden können. Ein Teil der sozialistischen Linken sei bereits durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse „egalisiert“, und es könne nicht im Interesse der Linken sein, daß diese nunmehr auch auf die LKP erweitert werden. So berechtigt auch die Vorwürfe gegen die DKP seien, sei es doch letzten Endes der rechte Apparat im DGB, der der Entfaltung einer wirksamen Gewerkschaftsarbeit entgegenstehe.

Oetjens Position unverändert

In einem Schlußbeitrag, der allerdings mehrfach von kurzen Zwischendebatten unterbrochen wurde, ging Hinrich Oetjen noch einmal auf die Diskussion ein. Er betonte, daß die Diskussion der Gewerkschaftsjugendarbeit ein wichtiger Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit sei. Er forderte die Gewerkschaften auf, sich nicht von den Rechten beeinflussen zu lassen und die Jugend zu unterstützen. Er erwähnte auch, daß er die Diskussion in der DGB-Jugendzeitung „Solidarität“ veröffentlichte.

Den Verlauf der Veranstaltung begrüßte er ausdrücklich, dieser Meinungsaustausch sei erforderlich. Dies sei ermöglichen, sei gerade Absicht des Papiers gewesen, weshalb er sich auch nicht veranlaßt sehe, sich in der Öffentlichkeit distanzierend zu der momentan laufenden Kampagne zu äußern.

Mit dieser schätzungen Argumentation hatte Oetjen wiederum die von der Linken durchaus zu führende Diskussion um eine Alternative zur DKP-Gewerkschaftspolitik mit der antikomunistischen Stimmungsmache rechter Gewerkschaftsführer

in einen Topf geworfen. Nach ähnlichem Strickmuster ging er auch auf andere Fragen ein. So etwa auf die Kritik, daß die Oberurseler ihr Papier leichtfertig bzw. bewußt der bürgerlichen Presse überlassen hätten. Hier zog er äußerst geschickt einen Vergleich zu Oppositionellen in der DDR, die häufig auch darauf angewiesen seien, ihre Ansichten über „die imperialistische West-Presse“ zu verbreiten. Ein deutlicher Seitenhieb auch gegen die DKP. Ähnlich im Fall Scharrer/Geschichtsbuch. Dadurch, daß er die Rezension an die Gewerkschaftsvorstände verschickt habe, sei erst eine Diskussion um die Gewerkschaftsgeschichte möglich geworden.

Diese Taktik Oetjens ist an Ausgeköchelt kaum zu überbieten. Man wende sich an die rechten Gewerkschaftsvorstände, um „eine linke Öffnung zu ermöglichen“ (Original Oetjen)! Nur merkwürdig, daß in den Gewerkschaftszeitungen fast ausschließlich rechte Positionen zu dieser Auseinandersetzung veröffentlicht werden...

Aufschlußreiche Randnotizen

Mehrfach durch Zwischenrufe veranlaßt, gab Oetjen noch andere interessante Standpunkte preis.

Zu den Tumulten während der Vetter-Rede am Anti-Kriegstag in Dortmund: die Form der Veranstaltung sei falsch gewählt worden, man könne 16.000 Jugendlichen nicht nur Reden vorsetzen. (Zwischenruf: „Da waren Proteste gegen die Broschürenzensur!“) Die Entscheidung, die Broschüre nicht zu veröffentlichen, sei „unglücklich“ gewesen. Zwar seien die vorliegenden Beiträge nicht gut gewesen, aber eine Veröffentlichung mit einem kritischen Vorwort wäre sinnvoller gewesen.

Zur Frage der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD: Die Entscheidung der Gewerkschaften im Jahre 1905, sich von der SPD abzukoppeln, sei von historischer Bedeutung gewesen. Wie emanzipiert die Gewerkschaften heute von der SPD seien, könne man daran ablesen, daß z.B. in der Frage der Atomkraft die Gewerkschaften in der SPD als einzige gegen die gesamte Partei hinter Helmut Schmidt stehen!

Ein hoffnungsvoller Anfang

Der von der IG Druck und Papier ermöglichte Diskussionsabend mit Hinrich Oetjen hat - mit Ausnahme des DKP-Standpunkts - recht weitgehend die momentan vorhandene Bandbreite der Ansichten der Gewerkschaftslinken um den Streit über die (DKP-)Arbeit in den Gewerkschaften deutlich werden lassen. Die Tatsache, daß trotz zum Teil recht scharfer Gegensätze im wesentlichen

scharfer Gegensätze im wesentlichen scharf diskutiert wurde und die unterschiedlichen Standpunkte klar herauskamen (auch gewerkschaftsoppositionelle Beiträge zugehört wurde), läßt für die Zukunft einiges hoffen.

Hinrich Oetjen hatte verschiedentlich zu einer Strategie-Debatte um die Jugendarbeit aufgefordert. Daß die Versammlung sich darauf nicht einließ, sondern sich mit der politischen Wertung der aktuellen Anti-DKP-Kampagne auseinandersetzte, spricht eindeutig für die Teilnehmer. Denn die Bedeutung dieses Konflikts geht weit über die Jugendarbeit hinaus.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB: kein Geld für zwei Jugendzeitungen?!



Noch gibt es zwei zentrale Jugendzeitungen der DGB-Jugend. Soll das demnächst anders werden? In der „Solidarität“ 9/79 steht dazu: „Geld ist immer ein Problem, vor allem, wenn man da ist. Auch Jugendzeitungen sind ein Problem, vor allem, wenn sie was kosten. Wie zum Beispiel ran! Deshalb sollen nun zwei Fügen mit einer Klappe geschlagen werden. ran! und Solidarität! (Funktionsorgan für die DGB-Jugendarbeit; Anm. AK). Denn gemeinsam sind wir - so wurde ausgerechnet - billiger. Und das schon ab Januar '80.“ Es erscheint äußerst bedenklich, wenn gerade jetzt, wo in der Gewerkschaftsjugend intensive Debatten über die weitere Arbeit und die „kommunistische Unterwanderung“ geführt werden, die Gewerkschaftsjugendpresse eingeschränkt werden soll - und das unter falschen „Geldgründen“! Die

Zeitung des Sozialistischen Büros „express“ (10/79) schätzt diesen Angriff recht treffend ein.

„Wenn die Zusammenlegung zustande kommen sollte, wird sich ein neues Produkt sicher herausstellen, worum es in Wahrheit geht: Eine offene Debatte um die Debatte um die ökonomische und politische Entwicklung der Gesellschaft, über die Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Jugendarbeit soll verbunden werden.“

Es ist außerdem zu befürchten, daß das von der „Solidarität“-Redaktion angekündigte Fragebogenaktion zu diesem Thema nur noch als demokratisches Feigenblatt für eine längst beschlossene Sache gedacht ist.

Die Zusammenlegung der beiden DGB-Jugendzeitungen ist nach der teilweise Entmachtung des Bundesjugendausschusses, der Absetzung des

Bundesjugendsekretärs, dem Verbot der Anti-Kriegstag-Broschüre ein weiterer kulturentwärtiger administrativer Einschnitt in die bisherige DGB-Jugendarbeit.

Es sei zunächst dahingestellt, wie „ran“ und „Solidarität“ bisher zu beurteilen waren. Es geht vielmehr darum, daß der Jugend-Op im DGB-Vorstand, Karl Schwab, die gesamte Jugendarbeit nach einem strengen Konzept umkrempelt. Einem Konzept, das in der DGB-Jugend bisher nicht bekannt ist, geschweige denn diskutiert und gebilligt. Es wird höchste Zeit, daß dieser Diktator gestellt wird. Wir fordern die gesamte Linke in der DGB-Jugend auf, hier mit Hand anzulegen.

Zwingen wir den Bundesvorstand, die Karten auf den Tisch zu legen! Ein Hamburger Jugendgenosse und Kommission Betrieb & Gewerkschaft



„Frauen und Maloche“-Treffen

Am 6. und 7. Oktober fand in Frankfurt das dritte „Maloch-Treffen“ im Frauenzentrum Neu-Isenburg statt. Themen waren diesmal Frauenarbeit in den Gewerkschaften sowie Rationalisierungsmaßnahmen. Die Frauenzeitschriften „Courage“ und „Emma“ hatten Einladungen veröffentlicht. Die meisten der 30 bis 40 erschienenen Frauen kamen aus dem Frankfurter Raum, einige wenige auch aus anderen Städten wie Hamburg und Augsburg.

Grundlage für die Diskussion bildeten Erfahrungsberichte mit gewerkschaftlicher Frauenarbeit. Vielfältig wurden die besonderen Schwierigkeiten der Geschlechter, überhaupt Frauen für die Mitgliedschaft und erst recht zu Aktivitäten in der Gewerkschaft zu gewinnen. Die besonderen Belastungen durch Familie und Kinder, durch immer schlimmer werdende Arbeitsbedingungen gerade auch bei Arbeiterinnen, zunehmend aber auch bei Angestellten, wurden hierfür als Ursache angesehen – nicht zuletzt auch die herrschende Ideologie und Pressetendenz, die Frau wieder mehr an Heim und Herd zu binden.

Als Möglichkeiten gewerkschaftlicher Frauenarbeit wurden vor allem gewerkschaftliche Frauenausschüsse und Frauenstimmkreise diskutiert. Eine Augsburger Kollegin berichtete wie in der ÖTV Kolleginnen zur Neuwahl des Frauenausschusses eine Mitgliederversammlung einberufen hatten, auf der sich eine Gruppe von Frauen mit einem fortschrittlichen frauenspezifischen Programm vorstellte und geschlossen gewählt wurde.

Aus vielen Städten wurde positiv über gewerkschaftsinterne aber auch offene Frauenstimmkreise berichtet, wo Frauen sich im lockeren Gespräch über betriebliche und gewerkschaftliche Themen unterhalten können. Eine Stuttgarter Gewerkschaftlerin z.B. berichtete, daß dort 1977 ein Kreis von Kolleginnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften entstand. Das Ziel war, den Frauen Gelegenheit zu geben, Kontakt zu anderen Gewerkschaftlerinnen zu bekommen, die Situation am Arbeitsplatz zu diskutieren und Möglichkeiten der betrieblichen oder gewerkschaftlichen Kampfs zu besprechen. Zu den Treffen kommen immer zwölf bis 25 Frauen, zum Teil Funktionärinnen, z.T. aus Frauenausschüssen.

Diskutiert wurden zum einen vorher festgelegte Themen wie Mutterchutz, Frauenarbeitslosigkeit, Betriebsratsarbeit, § 218 und anderes, aber auch aktuelle Themen (wie der Stahlschmelzer 78/79). Themen wie Gewerkschaftsausschlüsse und die Atomkraftpolitik der DGB-Führung können angesprochen werden und werden nach Aussagen der Berichterstatterin nicht abgewiesen, obwohl

die DGB-Ortsverwaltung versucht, auf manche Dinge Einfluß zu nehmen.

Auch der Hamburger IGM-Frauenausschuß lädt regelmäßig zu Stammtischen ein, wobei die Themen langfristig festgelegt werden. Zuletzt wurde über die Ausbildung von Mädchen in Männerberufen und über „Frauen im Faschismus“ diskutiert. Gute Erfahrungen wurden vom Hamburger IG Metall-Frauenausschuß auch mit Frauenstimmkreisen gemacht, wo die Teilnehmerinnenzahl bis auf 100 anstieg und eine Kinderbetreuung organisiert wurde.

Verschiedene Teilnehmerinnen des Maloch-Treffs sahen in Frauenausschüssen den Mangel, jeweils nur eine oder zwei Kolleginnen aus den jeweiligen Betrieben dort zu haben. Einige Frauen sahen hierin die Gefahr, daß dort nur „bessere“ oder „Arbeitsfähige“ Frauen zuhause bleiben, während die Vertrauensleute in den Betrieben die Frauen aus dem Betrieb fernhalten, um dann mit den Kolleginnen gemeinsam zu den anstehenden betrieblichen Frauenproblemen Flugblätter zu schreiben und vor dem Betrieb zu verteidigen. Diese Betriebsräte machten auch vor der Gefahr, wegen möglicher „Betriebsferne“ die Frauenausschüsse aufzulösen, z.B. zugunsten von Betriebsfrauengruppen. Letztere seien zwar immer erstrebenswert, aber beim jetzigen noch unterentwickelten Stand der Betriebsfrauenaktivitäten nicht so gerade darauf, jede Möglichkeit zur Stärkung der Frauenarbeit auch durch Frauenausschüsse zu unterstützen.

Einzelne Frauen hielten dagegen, daß gerade für Frauen gewerkschaftliche Arbeit nur verloren Zeit sei, wie überhaupt Gemeinarbeit im Vertrauensleutekörper und Betriebsrat, da dies die Kolleginnen nur von der Hauswehne fernhalte. Dies wurde von der Mehrheit der Frauen nicht so gesehen.

Die Schwierigkeiten bei der gesamten Diskussion war, daß einige Frauen aufgrund ihrer langen gewerkschaftlichen Betriebszugehörigkeit als „Mutter“ betrachtet wurden, was ihnen eine gewisse Autorität verlieh. Diese Frauen hatten zum Teil vorher studiert und gar keine Erfahrungen in betrieblicher und gewerkschaftlicher Frauenarbeit. Besonders interessiert zeigten sich einige Frauen aus Frauengruppen, die sagten, daß nach ihrer Meinung zu den Problemen der arbeitenden Frauen viel mehr gearbeitet werden müsse – auch in Frauengruppen.

Das Thema Rationalisierung konnte aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Zu diesem Thema wurden bisher zwei Papiere vorgelegt. Das erste beschreibt die Rationalisierung in einer Schallplattenfabrik mit ca. 1.000 Kolleginnen. Sehr ausführlich wird in diesem Bericht dargestellt, wie die Arbeit im Handpressen langsam umgestellt wurde auf automatische Pressen. Diese automatisierten Pressen wurden später nur noch von männlichen Einrichtern bedient, und die Frauen an Arbeitsplätze versetzt, wo sie im wesentlichen „Hilfsarbeiten“ wie Packen, kontrollieren und Putzen ausführten.

Der Bericht beschreibt auch sehr gut, wie sich die schleichende Arbeitsintensivierung durch ständigen Arbeitsplatzwechsel (Versetzung), Fluktuation und Einsparung von Arbeitskräften durchsetzte. Zum Schluss weist der Verfasser auf die Schwierigkeiten hin, einen Widerstand gegen Automatisierung und Rationalisierung zu organisieren. Sie schätzt ein, daß es keinen kollektiven Widerstand gab, weil die Frauen entweder einen anderen Arbeitsplatz erhielten – also nicht entlassen, sondern „nur“ versetzt wurden – oder aber selbst kündigten. Andererseits erhielten bei den Betriebsratswahlen 1978 die linken Kandidaten die Mehrheit. Am Schluss schlägt die Verfasserin dann folgende Diskussionspunkte vor: „Wie verhalten wir uns gegenüber der Automatisierung monoton körperlich anstrengender, unqualifizierter Arbeiten?“ Sie fragt, wie man Entlassungen verhindern bzw. Neueinstellungen erreichen kann.

Der zweite Bericht behandelt die Rationalisierung in der elektrotechnischen Industrie am Beispiel Novolux in Köln. Er ist verfaßt von einer Kollegin, die dort nur zwei Monate als Leiharbeiterin tätig war. Auch sie versucht, ausführlich zu beschreiben, wie die Rationalisierungen und auch die vielen Entlassungen konkret zu geschehen und auch wie stellt dar, daß es gegen die Massenentlassungen keinen nennenswerten Widerstand gab, daß allerdings die Kolleginnen sich gegen bestimmte neue Arbeitsbedingungen schon wehrten.

Gegenüber hat Frau auch für das nächste Maloch-Treffen, das im Frühjahr 1980 in Kassel stattfinden soll, auf das Thema Rationalisierung und ihre besondere Auswirkung auf Frauen, denn durch die Rationalisierung dieser Leistungen werden auch viele Frauen entlassen. Die Verfasserin schreibt: „In den nächsten Jahren wird mit den größten Massenentlassungen bei den Arbeitgebern zu rechnen sein und für die verdrängten Frauen werden die Arbeitsbedingungen ebenfalls rapide“.

q Kommission Betrieb und Gewerkschaft q

Behörden mit Nazi-Paragrafen gegen Mädchen im Männerberuf

Wie ernsthaft es die Bundesregierung mit ihrem Sonderprogramm zur Integration weiblicher Lehrlinge in Männerberufe meint, wurde mit folgendem Fall wieder einmal deutlich.

Nach 13 Monaten erfolgreich absolvierter Lehre bei dem Altenhove-Strukturmesterhaus K. Etz wurde einem 16-jährigen Mädchen der Lehrvertrag wieder entzogen, als dem Gewerbeaufsichtsamt ein Paragraph der Arbeitszeitordnung von 1938 (!) in das Hande gefallen war, der besagt, daß „weibliche Gewerkschaftsmitglieder bei Bauten aller Art nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen und nicht mit eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden (dürfen)“. Die Beschäftigung

einer weiblichen Jugendlichen oder einer Frau als Putzerin am Bau (soll) nicht statthaft.

Nachdem zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung weder die Innung noch die Handwerkskammer und das Arbeitsamt Bedenken angemeldet hatten, schloß sich nunmehr das Arbeitsamt der vom Gewerbeaufsichtsamt vertretenen „Rechtsauffassung“ an und die Arbeitsverwaltung zog ihre Zustimmung zu dem Lehrvertrag zurück. Der Lehrherr will mit Unterstützung der Kreishandwerkskammer einen Prozeß anstrengen, um die Weiterbeschäftigung seines Lehrlings durchzusetzen.

AG Frauen Hamburg



Mädchen in Berufen, weiter diskriminiert

Erstes Frauentreffen in der GEW Hamburg

Schon seit längerer Zeit ist die „Frauentage“-Thema in der Hamburger Gewerkschaft (IG Z) im Blick. Im Oktober 1979 fand ein erstes Frauentreffen in der GEW Hamburg statt. Es wurde eigentlich ein Frauenabend geplant, doch es war ein Schicksalsschlag, denn es war noch kein Oktober, als es geschah. Es gab so viele Probleme, daß wir uns doch noch einmal in diesem Kreis und bringen wir weitere Kolleginnen mit!

Obwohl der Kreis von 60 Frauen fast 100 bis 120 Mitglieder hatte...

Obwohl der Kreis von 60 Frauen fast zu groß erschien, als daß eine wirkliche Diskussion im Gang kommen konnte, war die Beteiligung der Kolleginnen sehr groß, die Auseinandersetzung verlief heftig bis stürmisch und sehr engagiert. Beispiele für die tägliche Diskriminierung als Frau („O eine neue Kollegin, die wissen wir ja, wer von nun an den Kaffee kocht!“), als Lehrerin („Sie sind ja nun auch wieder eine Frau. Mein Sohn hatte bisher immer das Pech, eine Lehrerin zu haben. Vielleicht kommen seine Disziplinierbarkeit daher“). In: HILZ 11/79, als Mutter („Ich gebe Ihnen die Klasse nur, wenn Sie versprechen, nicht schwanger zu werden“). In: HILZ 11/79 konnten mahnhaft ergänzt werden.

Aus weiteren Berichten und Informationen schälten sich dann folgende Problemkreise heraus, die es wert wären, genauer untersucht zu werden:

Lehrerinnenhaftigkeit von Frauen Rolle und Funktionen der Frauen in der GEW

Die Rolle der Frau in Schulaufsicht und alternative Unterrichtsformen

Aufstellung von Forderungen z.B. nach Schulkindergräten (Lehrerbildung bei der Einstellung) / Besondere Problematik der Lehrerinnen in der Unterrichts-

Lehrerinnen in der Unterrichtssituation / Verhältnis zu Schüler(innen) und Eltern

Aus den Beiträgen von zwei Kolleginnen (etwa: „Es gibt doch auch viele sensible männliche Kollegen, die diskriminiert werden und Unterstützung brauchen...“) wurde deutlich, daß die Frage nach der besonderen Unterdrückung der Frau allgemein und speziell im Lehrbereich noch längst nicht für alle geklärt ist. Auseinandersetzungen darüber werden nicht nur von der Männerseite kommen, sondern weiterhin auch von Frauen. Die tatsächliche Unterdrückung leb- und stichfest auch den Widerstrebenden zu beweisen, dürfte eine der wichtigsten Aufgaben des zu gründenden Frauenausschusses sein.

Das nächste Frauentreffen findet statt am 14. Nov., Mittwoch, 19 Uhr 30 im Curio-Haus.

Eine Lehrerinnenin

ÖTV-Bezirksleitung verbietet Frauenfest und schießt ein herrliches Eigentor



Westberlin. Am 12.10. sollte ein Fest der Westberliner ÖTV-Frauen stattfinden, auf dem die in der Frauenarbeit engagierten Gewerkschaftlerinnen ihre Arbeit einem breiteren Kreis von Kolleginnen und Kollegen vorstellen wollten. Das Fest war lange vorbereitet worden und etwa Mitte September im vollen Wortlaut (!) von der Bezirksleitung der ÖTV genehmigt worden. Etwa 800 Einladungen an gewerkschaftliche Funktionsträgerinnen (Vertrauensfrauen) waren herausgegeben, viele Plakate waren aufgehängt worden. Mittelpunkt des Festes sollte der Auftritt des Hanns-Eisler-Chores sein, der ein spezielles Frauenprogramm anzubieten hatte.

Zwei Tage vor Stattfinden des Festes verbot die Bezirksleitung den Auftritt des Hanns-Eisler-Chores und brachte damit das Fest zum Platzen. Begründung: Empörte Mitglieder hätten angetroffen und die Bezirksleitung

darauf hingewiesen, daß der Eisler-Chor SEW-nah sei. Es würde der ÖTV schaden, wenn sie in die Nähe einer solchen Partei gerückt werden könnte.

Der Beschluß der Bezirksleitung wurde gefällt, ohne die betroffenen Frauen anzuhören, die Einladungen wurden rückgängig gemacht.

Die Motive für dieses Verbot sind leicht zu finden. Es kam in die momentane bundesweite Kampagne der Gewerkschaftsführung gegen die DKP und bei den empörten Anführern, die die ÖTV nicht in die Nähe der SEW gerückt sehen wollten, dürfte es sich wohl um die Vermutung – um „Kollegen“ aus dem Innenministerium oder dem Verfassungsschutz gehandelt haben. Vielleicht hat sich sogar der „Kollege“ Innenminister persönlich an die Striße gehängt.

Wenn die Bezirksleitung geglaubt hätte, daß dieses Verbot ohne gro-

ßen Widerstand geschluckt werden würde, so sah sie sich gründlich getuscht.

An dem Abend, an dem das Fest stattfinden sollte, kamen ca. 150 Frauen (mit so vielen Teilnehmerinnen hatten die Veranstalterinnen insgesamt gerechnet), von denen über 130 eine Protestresolution unterschrieben. Auch die örtliche Presse war anwesend und berichtete anschließend über den Konflikt. Im Gewerkschaftshaus liefen die Telefone heiß, weil viele Kolleginnen und Kollegen ihre Wut und Enttäuschung über die Absage des Festes gleich an der richtigen Adresse zum Ausdruck bringen wollten. Der Bezirksfrauenausschuß stellte sich ebenfalls sehr heftig gegen das Verbot und wies auf das Renommee des Eisler-Chores hin. So war dieser Chor schon bei allen möglichen „unverdächtig“ Veranstaltungen und Organi-

sationen aufgetreten, z.B. bei SPD und FDP und am Fernsehen. Den Protesten der Frauen schlossen sich spontan viele gewerkschaftliche Betriebs- und Arbeitsgruppen an.

Durch die Breite und Heftigkeit dieser Proteste aufgeschreckt, sah sich die Bezirksleitung genötigt, ihr Vorgehen zu „rechtfertigen“, indem sie die Nähe des Eisler-Chores zur SEW nachzuweisen versuchte. Sie holte eine alte Nummer der „Wahrheit“ (Zeitung der SEW) hervor, die über eine Veranstaltung der SEW berichtete. Auf dem dazugehörigen Bild war wirklich ein Chor abgebildet, nur die Bildunterschrift stimmte nicht. Unter dem Bild stand nämlich „Hans-Beimler-Chor“ und nicht „Hanns-Eisler-Chor“.

Abgesehen davon, daß derartige Zensurmaßnahmen gegen welchen Chor auch immer unerträglich sind, war natürlich die Blamage der

Bezirksleitung und das Lachen in der Gewerkschaft unübersehbar. Auf einer erneuten Sitzung erklärte die Bezirksleitung, sie habe sich „im Chor geirrt“, und das Fest darf so bald wie möglich stattfinden, auch mit dem Hanns-Eisler-Chor.

Fazit: Die ÖTV Bezirksleitung hat ein Eigentor geschossen. Das Fest mit dem Eisler-Chor wird nachgeholt, und der Andrang zu diesem Fest wird vermutlich groß sein. Die gewerkschaftliche Frauenarbeit hat einen unerwarteten Aufschwung genommen, doppelt so viele Frauen kommen jetzt zu den Terminen der Frauenausschüsse, neue Frauengruppen bilden sich, und die Proteste gegen die selbstherrliche und undemokratische Politik der Bezirksleitung dauern auch noch nach Aufhebung des Verbotes an.

Eine Westberliner Genossin

Entlassungen von linken Betriebsräten

Bei den letzten Betriebsratswahlen bei Siemens-Bosch in Westberlin erreichte eine RGO-Liste (RGO, „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“) etwa 30 Prozent der Stimmen und ist seitdem mit drei Mitgliedern im Betriebsrat vertreten. In den letzten Monaten versucht die Geschäftsleitung mit Unterstützung einiger IGM-Betriebsräte, zwei RGO-Betriebsräte zu entlassen.

Der erste Antrag auf fristlose Kündigung ging gegen Ludvik Dedek. Er war auf dem Weg von der Toilette zum Arbeitsplatz von einem Kollegen gebeten worden, ihn in die Personalabteilung zu begleiten. Daraus wurde der Anlaß für die fristlose Kündigung konstruiert. Ludvik Dedek soll zum wiederholten Male unerlaubt seinen Arbeitsplatz verlassen und daher mehrmals gegen den Arbeitsvertrag verstoßen haben.

Am 13. September fand eine außerordentliche Betriebsratsitzung statt, auf der über den Kündigungsantrag abgestimmt wurde. Das Ergebnis der geheimen Abstimmung war überraschend für Geschäftsleitung und Betriebsratsvorsitzenden Kahl: neun zu neun, damit Ablehnung der fristlosen Kündigung. Mindestens vier IGM-Betriebsräte hatten gegen den Antrag gestimmt (in der Diskussion dazu hatte sich allerdings kein einziger IGM-Betriebsrat gegen den Kündigungsantrag ausgesprochen).

Der Vorsitzende des IGM Vertrauenskörpers sprach sich einen Tag später in einem Info gegen Ludvik Dedek aus und bot noch weitere Munition, um mit anderen Gründen eine Entlassung zu rechtfertigen (z.B. Verstoß gegen die Arbeitsordnung, oder Mißachtung des BVG).

Nachschlagsforderung als Entlassungsgrund

Am 10. Oktober gab es die zweite, diesmal erfolgreiche, fristlose Kündigung. Der RGO-Betriebsrat Dieter Müller soll gegen die Bestimmungen aus dem Arbeitsvertrag grob verstoßen haben.

Er hatte auf der letzten Betriebsversammlung einen Lohnnachschlag



RGO-Betriebsrat Dieter Müller

als Teuerungszulage gefordert. Bei einer Unterschriftensammlung für Nachschlag hatten 430 Kollegen unterschrieben.

Daraufhin schnüffelte ein Vertreter der Personalabteilung in einigen Abteilungen herum, um eine „Untersuchung“ gegen Dieter Müller durchzuführen, wegen des Verdachts der Störung des Betriebsfriedens. Kollegen und Kollegen wurden einzeln in das Meisterbüro gerufen, wo man sie verhörte.

Inzwischen hatte wohl auch bei den IGM-Betriebsräten eine Gehirnwäsche stattgefunden. Alle 15 Betriebsräte der IGM stimmten der fristlosen Entlassung zu.

Neben der Empörung über diese Zustimmung scheint eine feindselige Haltung unter den Kollegen um sich zu greifen. „Wenn schon die Gewerkschaft mit den Unternehmern unter einer Decke steckt...“

Neben einer Klage vor dem Arbeitsgericht führen die RGO-Betriebsräte jetzt im Betrieb eine Unterschriftensammlung für die Rücknahme der Entlassungen durch. Mehrere Kollegen haben ihre Bereitschaft bekundet, als Zeugen vor dem Arbeitsgericht auszusagen.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Nachschlagsforderung als Entlassungsgrund

Am 10. Oktober gab es die zweite, diesmal erfolgreiche, fristlose Kündigung. Der RGO-Betriebsrat Dieter Müller soll gegen die Bestimmungen aus dem Arbeitsvertrag grob verstoßen haben.

Er hatte auf der letzten Betriebsversammlung einen Lohnnachschlag

„Liste Demokratischer Ärzte“ aus Hessen legt Rechenschaftsbericht

Die Liste demokratischer Ärzte (LDA) hatte sich vor drei Jahren zur Wahl der Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen gebildet. Diese fortschrittliche Ärzte-Liste erhielt auf Anhieb 10% der Stimmen und 8 der 80 Mandate. Von den Delegierten der LDA sind vier niedergelassene Kassenärzte und vier Krankenhausärzte. Sie arbeiten in der ÖTV, teilweise in Personalräten sowie in der beruflichen Weiter- und Fortbildung mit. In ihrem Bericht, der von der „Frankfurter Rundschau“ (16.10.79) veröffentlicht wurde, legen sie gegenüber ihren Wählern Rechenschaft über die bisher geleistete Arbeit ab. Wir wollen im folgenden einige wesentliche Forderungen und Standpunkte der LDA vorstellen.

Nach Ansicht der LDA ist das von vielen Standesfunktionären beklagte „schlechte Arzt-Image“ in der Öffentlichkeit kein Zeichen allgemeinen Neides... sondern vielfache Folge des arroganten Auftretens einiger von keinerlei Selbstzweifel gebremsten Spitzenfunktionären unseres Berufsstandes.

Zu der von vielen Standespolitikern befürchteten „Ärztewesenskrise“ meinen die kritischen Mediziner: „Die Ärzteschaft sollte unserer Meinung nach die Aussicht auf ihre zahlenmäßige Verbreiterung nicht als auf sie zukommende Naturkatastrophe, sondern als Herausforderung, als Chance zu einer längst fälligen Reform unseres Gesundheitswesens, begreifen“. In diesem Zusammenhang erinnern sie an die ärztliche Unterordnung in ländlichen Gebieten, Betrieben, dem öffentlichen Gesundheitsdienst, psychiatrischen Einrichtungen, bestimmten Kliniken oder der Präventivmedizin. Außerdem müssen die Überalterung der niedergelassenen Kollegen berücksichtigt werden sowie die viel zu langen Arbeitszeiten in Krankenhäusern und Praxen.

Die LDA stellte in der Landesärztekammer einen Antrag, die Redaktion des Hessischen Ärzteblatts sollte die durch Anzeigenwerbung für Medikamente erzielten Einnahmen offenlegen. Die Redaktion sprach in ihrer Erwiderung von „Angriffen auf

die Pressefreiheit und auf die Wirtschaftsordnung“.

In einem weiteren, gemeinsam mit dem Mainburger Bund gestellten Antrag, forderten sie den Hessischen Sozialminister auf, die von ihm durchgeführten Wirtschaftlichkeitsprüfungen an den hessischen Krankenhäusern einzustellen, bzw. keine Konsequenzen daraus zu ziehen.

Der heftigste Vorwurf, der gegen die LDA von den Ftsabariern in der Landesärztekammer immer wieder erhoben wird, ist der, die LDA würde zum „Schaden der Ärzteschaft“ ihre abweichenden Positionen auch öffentlich vertreten.

Außerhalb der Kammer führte die LDA Veranstaltungen und Premekonferenzen durch und beteiligte sich auch an der Unterschriftensammlung „Ärzte gegen die Neutronenbombe“. „Unser Auftrag, Leben zu erhalten, statt zu vernichten erstreckt sich nicht nur auf den Bereich der kranken Menschen. Die Existenz und die Weiterentwicklung von Massenvernichtungsmitteln muß jeden engagierten Arzt zutiefst beunruhigen“. Sie fordern Abrüstung in allen Staaten der Erde.

Zur Finanzierung des Gesundheitswesens wird vertreten: „Solange jedoch ein großer Teil des Staatshaushaltes für unkontrollierte Subventionen an die Privatwirtschaft oder für ein gefährliches Wettrennen ausgegeben werden, muß ein soziales Gesundheitswesen unfinanzierbar bleiben“.

Mehr „Freiheit und Demokratie für alle in der Krankenversorgung unseres Landes“ will die LDA erreichen durch Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen und sozialreformerschen Teilen in den Gewerkschaften und in anderen Bereichen in der Gesellschaft.

Ähnliche fortschrittliche Listen sind in die Landesärztekammern Westberlin, Westfalen-Lippe und Nordrhein-Westfalen worden (Bund Gewerkschaftlicher Ärzte, Soziales Gesundheitswesen). (alle Zitate aus dem Rechenschaftsbericht der LDA, zitiert nach „FR“, 16.10.79).

Gesundheitskommission

Linker Musikschullehrer gewinnt Prozeß und kann weiterarbeiten

Ein gutes halbes Jahr lang versuchte der Vorstand der Kreisjugendmusikschule Stede, den als Linken bekannten Musikschullehrer Bernd Freydanck loszuwerden. Jetzt mußte der Vorstand passen.

Im Mai flatterte dem Kollegen die Kündigung ins Haus mit der Begründung, er habe einen ihm seit fünf Jahren bekannten Arbeitsvertrag nicht unterzeichnet und zehn andere Lehrkräfte dazu bewogen, sich gegen den Arbeitsvertrag zu wenden. Hierin sah der Vorstand der KJM eine „erhebliche Störung des Betriebsfriedens“.

Eigenartigerweise war zwei Monate zuvor vom Belegschaft der Schule (70 Lehrkräfte bei 2.700 Schülern) die Forderung nach Errichtung eines Betriebsrates gestellt worden. Nach 15-jährigem Bestehen der Schule war dies wohl lange überfällig, zumal in dieser Zeit noch nicht einmal Mitarbeiterversammlungen stattgefunden hatten. Als Freydanck mit einer Gruppe von Kollegen diese Wahl vorbereiten wollte, sah der Vorstand den Zeitpunkt für den „Abschuß“ gekommen. Angesezte Mitarbeiterversammlungen wurden kurzfristig verhindert, die Arbeit dieser Kollegengruppe massiv behindert. Trotzdem konnte eine Betriebsversammlung durchgesetzt werden, auf der ein Wahlvorstand gewählt wurde. In einer von allen Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten Resolution wurde die Kündigung als völlig ungerechtfertigt und die Kündigungsgründe als absurd bezeichnet.

Nachdem Freydanck gegen die Kündigung Klage vor dem Arbeitsgericht erhoben hatte, zog der Vorstand der KJM neue „Kündigungs-

gründe“ aus der Tasche: Viele Eltern hätten sich bei der Schule beschwert, daß Freydanck die Schüler eindeutig politisch beeinflusst habe. Man müsse aber noch umfangreiche Recherchen durchführen, so der Prozessvertreter der KJM, ein Mann vom hiesigen Arbeitgeberverband. Aber auch dieser Vorwurf zog nicht. Spontan hatten nämlich die Eltern von Freydancks Schülern auf einer Versammlung eine Erklärung verabschiedet, die sich gegen seine Kündigung aussprach. Alle Eltern wiesen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der politischen Manipulation zurück. Zwischenzeitlich fand die Betriebsratswahl an der KJM statt, mit dem Erfolg, daß Bernd Freydanck zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde.

Mit den Worten: „Wir ziehen die Kündigung durch“, reagierte ein Vorstandsmitglied auf den Vertrauensverlust der Belegschaft und Eltern. Nun hieß es plötzlich, Freydanck sei aktives Mitglied des KBW und hätte in seinen privaten Unterrichtsräumen die Schüler auf Plakate und Parolen „aufmerksam gemacht“. Wenige Tage vor dem Prozeß wurde dies wiederum revidiert. Nun war man F nicht mehr eine tatsächliche Beeinträchtigung der Kinder vor, sondern daß er als Mitglied des KB (das hätten „neue Recherchen“ erbracht) den Schülern nicht die „Grundwerte unserer Verfassung“ positiv nahebringen könne. Ausführliche Passagen im Schriftsatz sollten die Verfassungsfeindlichkeit des KB beweisen.

Im Prozeß selber machten der Vertreter der KJM und der Syndikus des Kapitalistenverbandes einen geradezu jämmerlichen Eindruck. Aussagen des Richters wie: „diesen Arbeitsvertrag hätte ich so auch nicht

unterzeichnet“, und „In der Bundesrepublik soll es keine Hexenjagden geben“, zeigten, daß die Geschäftsleitung zumindest in diesem Fall auf das falsche Pferd (Gericht) gesetzt hatte. Das reichlich anwesende Publikum konnte sich oftmals nicht das Lachen verkneifen.

Trotz des erfolgreichen Kündigungsschutzprozesses ließ die KJM den Musikschullehrer ab dem 2.10. nicht mehr unterrichten. Erst knapp zwei Wochen später, als das schriftliche Urteil zugestellt war, widerrief sie diese Entscheidung. Die „Rechts-Experten“ der KJM hatten dem Vorstand aufgelegt, daß er wohl auch in der Berufung keine Chancen haben würde. So mußte der Vorstand (mit zwei weinenden Augen) den Betriebsratsvorsitzenden „weiterbeschäftigen“.

Im Verlauf der gesamten Auseinandersetzung wurde deutlich, daß die Kündigung von Freydanck (als „Küddelführer“) ein Angriff gegen den neu gebildeten Betriebsrat war. So hatte der Vorstand anfangs gegenüber der GDMK (Gewerkschaft Deutscher Musikszenehörer u. konzertierender Künstler) vertreten, daß an der KJM gar kein Betriebsrat zu gründen sei. Auch die völlige Arroganz des Vorstandes gegenüber Belegschaft, Betriebsrat und Eltern zeigt, was dieser nach 15-jähriger Abstinenz von einer Interessensvertretung hält.

Man darf gespannt sein, ob der neue Betriebsrat die passenden Antworten finden wird, damit der Vorstand der KJM in der Zukunft zu spüren bekommt, welche Vorteile ein Betriebsrat für die Kolleg(innen) hat (Informationen aus „Städter Tageblatt“).

KB-Gruppe Stede/Bismarckröde

Weitere Werksstillegungen bei Grundig

Nachdem Anfang '79 bereits das Zündorf-Werk (Lautsprecherboxen) geschlossen wurde, sollen

dem fast völligen Einstellungstopp, dem schleichenden Belegschaftsabbau durch Einzelkündigungen

Grundig-Geschäftsleitung Gespräche über die geplanten Stillegungen geführt, ohne daß die Öffentlichkeit et-

Weitere Werksstillegungen bei Grundig

Nachdem Anfang '79 bereits das Zündorf-Werk (Lautsprecherboxen) geschlossen wurde, sollen

Geplant ist die Stillegung des Grundig-Zweigwerkes Wallenfels (Oberfranken) sowie des Neuburger Zweigbetriebes Nagel (90 Beschäftigte) bis zum 31.6.1980. Insgesamt sollen bis zum 31.3.80 461 Arbeitsplätze vernichtet werden. Rechnet man die durch „natürliche Fluktuation“ und Kündigungen verloren gegangenen Arbeitsplätze hinzu, so sind dies 630 Arbeitsplätze allein in den Werken.

Bayreuth
Schwarzenbach/Wald
Wallenfels und
Neusorg.

In Werk 7 in Bayreuth mit seinen Zweigbetrieben sollen 372 Arbeitsplätze abgebaut werden, wobei der Zweigbetrieb Wallenfels aufgelöst und die restliche Belegschaft nach Schwarzenbach verfrachtet werden soll. (aus der Erklärung des Bayreuther Betriebsrats, „Frankenpost“ vom 5.10.79).

Diese Stillegungen kleinerer Werke sind nur die Vorboten einer Rationalisierungswelle im gesamten Grundigbereich. Sie müssen im Zusammenhang gesehen werden mit

dem fast völligen Einstellungstopp, dem schleichenden Belegschaftsabbau durch Einzelkündigungen

und dem Zusammenschluß von Philips und Grundig und der rasanten Konzentration in der Unterhaltungselektronik, dem geplanten Rationalisierungsprogramm von I.M.D. DM für neue Fertigungstechniken („Süd-deutsche Zeitung“, 27.8.79).

Wiederholt erklärte die Grundig-Geschäftsleitung, daß die Konzentration der Fertigung zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze notwendig sei („Nürnberger Nachrichten“ vom 10.10.79). Unterstützung erhielt das Management vom bayrischen Staatssekretär von Waldenfels (CSU). Dieser war der Meinung, „daß die Branche (Unterhaltungselektronik) mit einer zunehmenden Marktsättigung zu kämpfen hat und einem erhöhten Konkurrenzdruck aus den Niedriglohnländern ausgesetzt ist. Dieser Entwicklung könne nur durch Spezialisierung auf größere Produktionseinheiten und weitere Rationalisierung begegnet werden.“ Dieser Herr hatte als Vertreter des bayrischen Wirtschaftsministeriums seit Juli '79 mit der

Grundig-Geschäftsleitung Gespräche über die geplanten Stillegungen geführt, ohne daß die Öffentlichkeit es was darüber erfuhr! Das bayrische Wirtschaftsministerium und die Grundig-Geschäftsleitung berufen sich gern auf die japanische Konkurrenz, wenn es darum geht, Löhne zu senken, zu rationalisieren oder Werke stillzulegen.

Wenn es ihnen allerdings Vorteile bringt, scheuen die westdeutschen Firmen durchaus nicht die Zusammenarbeit mit den Japanern. So bezieht z.B. Grundig ein Drittel seiner Bauelemente von einem japanischen Bauelementehersteller. Grundig-Partner Philips hat gerade in der letzten Woche einen Lizenzvertrag mit der Sony (Japan) auf dem Gebiet der Bild- und Schallplattenysteme abgeschlossen („FAZ“, vom 9.10.79).

Was die Japaner vor einigen Jahren vorgemacht haben – Stilllegung der meisten Zulieferbetriebe bei gleichzeitiger Konzentration auf riesige Produktionseinheiten – wollen die anderen Elektronikkonzerne jetzt nachholen. In den betroffenen Grundig-Werken wird nämlich Zubehör für Rundfunkgeräte, Kassettenspieler und Stenorekorder gefertigt. Diese Produktion soll jetzt in Bayreuther Werk konzentriert werden. KB/Gruppe Nürnberg

Kündigung nach Einreichung des Bildungsurlaubs

Bremerhaven. In einer Bremerhavener Fachgroßhandlung wurde ein jugoslawischer Arbeiter entlassen. Als Grund gab die Geschäftsleitung häufige Krankheit und die schlechte Geschäftslage an. Zwei Stunden zuvor war ihm sein Antrag auf Bildungsurlaub bewilligt worden. Die Geschäftsleitung weist den Verdacht natürlich weit von sich, daß dabei ein Zusammenhang besteht. Nachdem dieser Fall bekannt geworden war, haben 16 andere jugoslawische Kollegen ihre Anträge auf Bildungsurlaub zurückgezogen.

Die Bildungsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, deren Kurs wegen der Absagen ausfallen mußte, hat gegen die Kündigung protestiert. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) hat dem nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede Unterstützung zugesagt.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Was Lehrlinge so erleben ...

Paragraph aus der Naz-Diktatur beendet Lehre eines Mädchens

Die Gewerbeaufsicht hat zugesprochen Sie will einem 16-jährigen Mädchen aus Aldenhoven bei Düren die Ausbildung ihres Lehrberufes als Stukateurin verweigern. Und das, obwohl die Kollegin Rita Nowojak schon vor 13 Monaten ihre Lehre angefangen hat. Bei der ersten Zwischenprüfung, an der sich außer Rita 41 Jungen beteiligten, schnitt sie als Viertbeste ab.

Während die Bundesregierung große Töne spuckt, daß mehr Mädchen in „Männerberufe“ kommen sollen, sieht die Praxis meist ganz anders aus. In diesem Fall hat nun das Gewerbeaufsichtsamt Aachen einen 41 Jahre alten Paragraphen aufgespürt, der sich so liest: „Nach Paragraph 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung vom 30.6. 1938 (BGBl. I S. 447) in Verbindung mit Nr. 20 der Ausführungsordnung vom 12.12. 1938 (BGBl. I S. 1799) dürfen weibliche Gefolgschaftsmitglieder bei Bauten aller Art nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen und nicht mit eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden.“

Anstatt also die Arbeitsplätze auf dem Bau für Frauen und Männer so zu gestalten, daß man nicht schon mit 50 als Frührentner abdanken muß, sollen hier wieder einmal die Frauen als „schwache Geschlechter“ diskriminiert werden. Mit Unterstützung der Kreishandwerkskammer will der Meister von Rita jetzt einen Prozeß anstrengen, um das Recht auf freie Berufswahl für Rita durchzusetzen.

...

Hannover: Telefunken-Lehrlinge wehren sich erfolgreich gegen „Wagrationalisierung“ eines Ausbilders

Anfang Juli '79 wurde dem Betriebsrat der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH für die beiden Werke in Hannover mitgeteilt, daß über 130 Kolleg/innen entlassen werden sollten. Der Konkurrenzkampf mit der japanischen Unterhaltungselektronik zwingt die Kapitalisten, Lohnkosten einzusparen. Auf der Entlassungsliste stand auch einer der drei Ausbilder. Da drei Ausbilder ohnehin schon zu wenig sind für 90 Auszubildende in drei Berufen, und einer dieser Ausbilder noch andere Aufgaben hat, fliegen Berufen, und einer dieser Ausbilder noch andere Aufgaben hat, fliegen die Lehrlinge an zu protestieren. Alle Lehrlinge aus der Lehrwerkstatt sowie einige aus den Abteilungen gingen zum Betriebsrat, um sich genauer zu informieren und zu diskutieren. Dort sprachen sie sich gegen die Entlassungen aus und sagten, daß sie sogar noch einen vierten Ausbilder fordern müßten. Der Betriebsrat verspricht, die Situation zu prüfen und mit dem Werkleiter zu verhandeln. So wurde erreicht, daß die Telefunken-Lehrlinge zunächst drei Ausbilder behalten können.

BASF Ludwigshafen: Erste Diskussionen über die Chemietarifrunde

Bei BASF wurde jetzt schon, auf Einwirken der IG Chemie-Verwaltungsstelle und ihres Geschäftsführers Manfred Reimann über die nächste Tarifrunde diskutiert.

Gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte berieten die Tarifforderungen. Die meisten Diskussionsredner sprachen sich für eine gemischte Tarifierung (Sockelbetrag plus Prozentforderung) aus. Daneben wurden die Arbeitszeitverkürzung und Fragen des Entlohnungssystems besprochen.

Egon Schäfer vom Hauptvorstand, der die Diskussion eröffnete, sprach sich für eine „qualitative Lohnpolitik“ und eine weitere Arbeitszeitverkürzung aus (die wegen des Tabakalters der Unternehmer aber nicht über den Verhandlungsweg zu erreichen wäre, sondern die Kollegen müßten dafür auf die Straße gehen).

Weitere Redner sprachen das Auseinanderklaffen von Lohn- und Gehaltsgruppen an. Darum forderten sie eine Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und den Sockelbetrag.

Auf Grund der guten wirtschaftlichen Lage der chemischen Industrie wurden von vielen Kollegen zwei-stellige Lohnforderungen aufgestellt.

Eine wichtige Rolle in der Diskussion spielte der Entgelttarifvertrag, der derzeit zwischen dem Ar-



nen. Für den Großteil der Gekündigten ist jedoch inzwischen schon ein Sozialplan ausgehandelt worden, der vom Betriebsrat gelobt wird.

...

Unternehmerterror gegen Jugendvertreter

Auf einer Delegiertenkonferenz der IG Metall Aachen erklärte Hans Richter von der Vorstandsverwaltung der Gewerkschaft, daß die Unternehmer unter Mißachtung des Gesetzes Interessenvertreter der Jugendlichen feuern, wenn sie ihnen müßig sind. Über 100 Fälle seien allein der IG Metall bisher bekannt. Insbesondere Jugendvertreter würden trotz rechtlicher Absicherung nach Beendigung der Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Nach Auffassung der Gewerkschaft will die weitverbreitete Arbeitslosigkeit nur von den Unternehmern zu Ausschaltung der Jugendvertreter. In der Vergangenheit haben sich die Unternehmen weigert, die Jugendlichen zu übernehmen. Richter warnte, daß die Unternehmern die Jugendlichen nicht in ein Arbeitsverhältnis aufnehmen werden, wenn sie nicht als „Wagris“ (Wagris = ein Begriff, der in der IG Metall verwendet wird, um die Jugendlichen zu beschreiben, die in der Ausbildung sind) bezeichnet werden. Die Jugendlichen sollten sich wehren, wenn sie nicht in ein Arbeitsverhältnis aufgenommen werden. Richter warnte, daß die Unternehmern die Jugendlichen nicht in ein Arbeitsverhältnis aufnehmen werden, wenn sie nicht als „Wagris“ bezeichnet werden. Die Jugendlichen sollten sich wehren, wenn sie nicht in ein Arbeitsverhältnis aufgenommen werden.

Merl: Gärtner und Schwimmmeistergehältn als Briefträger

als Briefträger

Um 17.000 DM zu sparen und um die Melderegister zu überprüfen, beschloß die Stadtverwaltung Merl, die 67.000 Wahlbenachrichtigungskarten für die Kommunalwahlen am 30.9.79 durch die Auszubildenden der Stadt verteilen zu lassen. Anstatt wie andersorts üblich, die Post zu beauftragen, erhielten 48 Auszubildende (Bauzeichner, Gärtner, Schwimmmeistergehültn, KFZ-Mechaniker, Vermessungstechniker, Bürogehilfinnen, Stadtassistentenwärter) diese Anweisung.

Mit der Erfahrung des Kuvertierens von ca. 60.000 Lohnsteuerkarten im September/Oktober 1978 hinter sich und die kommenden Land- und Bundestagswahlen sowie die Volkszählung 1981 vor Augen, beschloßen die Azubis, sich mit Unterstützung der Jugendvertretung und des Personalrats zu wehren.

Eine Auszubildendenversammlung wurde einberufen und Maßnahmen diskutiert. Der Erfolg: Die Annahme der Wahlbenachrichtigungskarten wurde von den Kollegen verweigert.

Es kam zu Verhandlungen mit der Stadtverwaltung. Gegen den Vorwurf, daß die Verteilung „ausbildungsfremde Tätigkeit“ sei und somit gegen das Berufsbildungsgesetz verstoße, kontierte der Personalratsleiter Hütter: „Unsere Anordnung ist rechtens. Ob sie gegen die Ausbildungsordnung verstößt oder nicht, können die Auszubildenden gar nicht beurteilen. Die Experten der Verwaltung können das sehr wohl!“ (WAZ 20.8.79). Der Kreislehrer meinte: „Zu später, die Azubis sollten die praktische Anwendung von Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes kennen lernen.“

Kampfmäßig verhandelnden schloßen die Stadtverwaltung, inzwischen im zeitlichen Druck geraten, reagierten mit Drohungen. Die „Verweigerer“ hätten u.U. mit tariflichen und fester beamtenspezifischen Konsequenzen zu rechnen.

So gezwungen teilten die Kollegen die Karten doch ab. Doch aus dem Antrag der ÖTV auf Festlegung der Verteilung wurde zurückgezogen. In dem ersten Entwurf war in § 1 auf die Verteilung wurde zurückgezogen. Man nannte einen Vertikaleinsatz erst nach der erfolgten Verteilung erhielt eine Feststellungsklage beim Arbeitsgericht. Hierin wurde aber aufrechterhalten.

Bleibt noch anzumerken, daß auch die Post sich eingeschaltet hatte. Sie pochte auf ihr Beförderungsmonopol.

(Alle Informationen aus „Der Anspitzer“ - Extra-Ausgabe des ÖTV-KJA Recklinghausen).

Lehrlingsgruppe - KB/Gruppe Hamburg

DGB-Vorstand bekräftigt sein Ja zum Atomprogramm

Eine Stellungnahme zur nuklearen Entsorgung hat der Bundesvorstand des DGB am 4. September beschlossen. Die Vorlage war einen Tag zuvor im geschäftsführenden Vorstand der ÖTV beraten worden. Es handelt sich um eine gemeinsame Initiative der ÖTV- und IG-Metall-Spitze.

Die Stellungnahme trägt den vielzitierten Titel „Sicherheit durch die rückholbare Endlagerung von Kernbrennstoffen“ (alle Zitate aus „ÖTV-Magazin“ 10/79). Um was es tatsächlich geht, wird schon im Absatz II. deutlich: „Eine an der Verbesserung der Lebensqualität orientierte Wachstumspolitik kann ohne ausreichende Energieversorgung nicht verwirklicht werden“. Was die anstehende Energieversorgung aussehe soll, wird unter Punkt I.4 erläutert: „Nach dem heutigen Erkenntnisstand kann auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke nicht verzichtet werden.“

Der DGB-Vorstand sieht als ernsthaftes Hindernis für den Ausbau des Atomprogramms lediglich die Lösung der Entsorgungsfrage an. Wie die DGB-Führer dieses Problem lösen wollen, wird in den Abschnitten III-V klargestellt. Es heißt dort u.a.:

„Ohne eine Lösung der Entsorgungsfrage kann es keine Zustimmung zum weiteren Ausbau der Kernenergie geben. Die Kernenergiewirtschaft muß verpflichtet werden, unverzüglich ein sicheres und wirtschaftliches Entsorgungskonzept vorzulegen ... Die zeitweilige Zwischenlagerung ist grundsätzlich vertretbar.“ Gelöst ist die Entsorgungsfrage dann, wenn laut Beschluss vom DGB-Kongress Mai '78 Baugenehmigungen für den Bau von Zwischen- bzw. Endlagern vorliegen. Geeignete Stützpunkte zur Endlagerung zur Verfügung stehen.

In den folgenden Absätzen des Atomprogramms zu sichern, empfiehlt der DGB-Vorstand der Bundesregierung, nicht am Konzept der integrierten Entsorgung festzuhalten, da dieses nach Albrechts Entscheidung zu unvermeidbaren zeitlichen Verzögerungen führen würde. „Ein Festhalten am Konzept der integrierten Entsorgung könnte zu dementsprechenden Anpassungen für einen gegebenenfalls notwendigen Ausbau der Kernenergie aber auch für den Weiterbetrieb

der bestehenden Kraftwerke führen.“

Neben zeitlichen und auch einigen nebenbei erwähnten Sicherheitsaspekten, sprechen nach Ansicht der DGB-Führer hauptsächlich wirtschaftliche Gründe gegen das integrierte Entsorgungskonzept. Hierzu heißt es: „Die Entscheidung über ein wirtschaftliches Entsorgungskonzept läßt sich erst dann treffen, wenn die Entscheidung über die großtechnische Nutzung fortgeschrittener Reaktortypen, vor allem in Bezug auf den Schnellen Brüter, gefallen ist. Hierfür muß die durch den Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission die notwendigen Grundlagen erarbeiten. Der DGB beteiligt sich an dieser Arbeit. Im Zusammenhang mit der Verwendung von Leichtwasserreaktoren ist allerdings mit einer Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitung nicht zu rechnen.“ Wie man/sie sieht, reicht es dem DGB-Vorstand nicht, „nur“ für den Bau von Leichtwasserreaktoren einzutreten, sondern er fordert die rasche Entwicklung der Schnellen Brüter. Er ist dann auch nicht mehr gegen die Wiederaufarbeitung, die dann ja in der Tat „wirtschaftlich“, d.h. höchst profitabel wäre.

Um die Fortschreibung des Atomprogramms zu sichern, schlägt der DGB-Vorstand als Alternative zum integrierten Entsorgungskonzept folgende Lösungsmöglichkeit vor: „Mittlere Lagerzeit in Kernkraftwerken (Kompaktlagerung) - Transport - Endbehandlung - rückholbare Endlagerung.“

Entkleidet man die Erklärung der DGB-Führer von einigen Schnörkeln und Floskeln, so ergibt sich ein klares Bild: Der Ausbau des Atomprogramms und der raschen Entwicklung der Schnellen Brüter. Mit der sich durch die ganze Stellungnahme hindurchziehenden Idee, Atomkraftwerke seien notwendig, um die Vollbeschäftigung zu sichern, versucht der DGB-Vorstand sein Ja zu begründen. Auf diese Stellungnahme, im Namen aller Gewerkschaften, müssen die AKW-Gegner in den Gewerkschaften die passende Antwort geben.

Wag mit dem Atomprogramm!

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Göttinger ÖTV fordert Stillegung aller Atomanlagen

Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Göttingen vom 8.10.1979 hat überraschenderweise einem Antrag zugestimmt, der die sofortige Stillegung aller AKWs verlangt und sich gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie in Gorleben wendet. Der ÖTV-Hauptvorstand sowie der nächste Gewerkschaftstag werden in dem Antrag aufgefordert, den „bisherigen Standpunkt zur Energiepolitik zu ändern.“

Entgegen den Empfehlungen der Antragskommission wurden Anträge angenommen, die für die nächste Tarifrunde einen Festgeldbetrag empfehlen, sowie ein Antrag auf Verbot der Überstunden. Die Antragskommission hatte vorgeschlagen, einen Festgeldbetrag „u.a. in die Diskussion miteinzubringen“. Zu der Forderung nach Verbot der Überstunden war ihr Kommentar: „rechtlich nicht durchsetzbar“. Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde ein Antrag aus dem Bereich Transport und Verkehr zum Verbot der Nacharbeit.

Ein Schwerpunktthema der Konferenz bildeten die atomistischen Aktivitäten am Grotesk-Gymnasium Hannover-Münden (Kreis Göttingen). Eines der Hauptproteste informierte die Delegierten über die Vorgänge und den derzeitigen Stand der jüdischen Auseinandersetzungen. Zusätzlich war allen Delegierten das Buch „Recht zum Abitur“ (herausgegeben von den Autoren Launer/Tohl/Stengel) zugesandt worden, das eine ausführliche Dokumentation der Vorfälle enthält. In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde gefordert, das Thema Faschismus und Antifaschismus stärker in die gewerkschaftliche Bil-

dungsarbeit einzubeziehen. Abschließend wurde noch ein Antrag verabschiedet, der sich gegen die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen NPD-Redner wendet, die die Parole „Rotfront verreckt“ benutzt haben.

Manöver gegen Frauenausschuß

Beschämend war die Rolle der Kreisverwaltung und des bisherigen Kreisvorstands zum Antrag des Kreisfrauenausschusses, zwei Vertreterinnen der Frauen statt bisher eine in den neuen Kreisvorstand zu entsenden. Nachdem das erste Gegenargument „satzungswidrig“ sich als falsch erwies, wurde dann auf Technika verwiesen und darauf, daß eben die anderen Bereiche mehr Frauen nominieren sollten. Dies war schon recht starker Tobak, vor allem da der Rechenschaftsbericht selbstkritisch die unterentwickelte Arbeit des alten Frauenausschusses beklagt hatte. Doch es kam noch dicker: bei der Wahl des Kreisvorstands müßte es aus dem Bereich Frauen wurde dem Vorschlag des Kreisfrauenausschusses plötzlich mit wärmster Empfehlung der Sekretäre eine Gegenkandidatin entgegengestellt, die - obwohl nicht anwesend - auch prompt gewählt wurde, so daß jetzt kein Mitglied des Kreisfrauenausschusses im Vorstand ist. Hier stecken offensichtlich Manöver der Gewerkschaftsführung gegen die DKP dahinter, da eine der Kandidatinnen des Frauenausschusses bekanntes DKP-Mitglied ist. Da finden natürlich die vielbeschworbenen Floskeln zur Stärkung der Frauenarbeit ihre Grenze.

KB/Gruppe Göttingen

KB/Gruppe Hamburg

Streikrecht für Beamte

Der bevorstehende Arbeitskampf der Lehrer ist nicht nur eine Auseinandersetzung zur Durchsetzung einer geringeren Arbeitszeit, bei dieser Auseinandersetzung geht es auch um die Frage des Beamtenstreiks. Nach herrschender Rechtsauffassung, die bekanntlich die der Herrschenden ist, wird den Beamten das Streikrecht bestritten, während der DGB die Auffassung vertritt, daß ein Beamtenstreik zulässig ist. Letztlich handelt es sich hierbei um eine Machtfrage, bei der nur durch die Wahrnehmung des Streiks der Staat zu einer Änderung seiner Rechtsposition gezwungen werden kann. Die Gewerkschaftsführung geht hier jedoch einen anderen Weg. Sie versucht, sich die staatliche Anerkennung des Beamtenstreiks dadurch zu erbetteln, daß sie von ihrer bisherigen Rechtfassung abweichend lediglich kurze Demonstrationstreiks für Beamte als rechtmäßig erklärt.

Das Berufsbeamtentum

Im 18. Jahrhundert waren die Beamten das willige Werkzeug der absolutistischen Fürsten, ständisches Denken und persönliche Treuebindung gegenüber dem Monarchen prägten ihr Bewußtsein. In der hierarchischen Ordnung des Obrigkeitsstaates standen die über der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung ablehnend gegenüber, weshalb sich bis 1918 das Problem des Streikrechts für Beamte auch nicht stellte. Diese Tradition erleichterte auch den Nazis bei der Machtübernahme das Geschäft, wozu sie doch auf ein reibungsloses Funktionieren des Staatsapparats angewiesen.

Im Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 wurde bestimmt, daß jene Beamten zu entlassen seien, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. 1937 wurden die Beamten dann zum „Vollstrecker des Willens des von der NSDAP getragenen Staates“ erklärt, wozu sie aufgrund ihres Treueverhältnisses verpflichtet waren.

An diese Traditionen knüpften die Beamtengesetze nach 1945 bruchlos an: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln“ (GG, Art. 33, Abs. 5), d.h. der faschistischen Grundsätze. Ausdrücklich wurde im Grundgesetz das Treueverhältnis der Angehörigen des öffentlichen Dienstes festgeschrieben (Art. 33, Abs. 4).

Von den Beamten wird bedingungslos Treue zu diesem Staat verlangt, sie sollen sich nicht als abhängig Beschäftigte verstehen, sondern als Vollstrecker des staatlichen Willens. Da es die hier vorausgesetzte Interessensidentität zwischen den Beamten und der Bourgeoisie aber nicht gibt, versichert sich die herrschende Klasse der Loyalität der Beamten mit einem ausführlichen Katalog möglicher Disziplinarmaßnahmen, die den Kernpunkt der Beamtengesetze bilden. Einige charakteristische Merkmale des Beamtenrechts sind:

- Um als Beamter angestellt zu werden, muß man sich bewährt haben. Man durchläuft eine mehrgliedrige Probezeit, die als Bewährungsprobe auf Staatsloyalität aufgefächert werden kann.

- Der Staat maßt sich an, den Beamten vorzuschreiben, was diese außerhalb der Arbeitszeit zu tun und zu lassen haben. Das Recht der politischen Betätigung ist für Beamte ausdrücklich eingeschränkt. So heißt es im Niedersächsischen Beamtengesetz, daß der Beamte bei politischer Betätigung „diejenige Mäßigkeit und Zurückhaltung zu wahren“ habe, „die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben“ (§ 61, Abs. 3, NBG).

Mit dieser Bestimmung kann die Bourgeoisie eine politische Betätigung ihrer Beamten, die sich gegen ihre Interessen richtet, unterbinden, während politische Aktivitäten im staatlich tolerierten Rahmen Beamten sogar bessere Aufstiegschancen etc. einbringen. Nicht von ungefähr sind beispielsweise im Bundesrat die Beamten erheblich überrepräsentiert.

- Der Beamte ist weisungsgebunden. Die Nichtausführung einer von dem Vorgesetzten erlassenen Anordnung wird als Dienstvergehen gewertet.

- „Der Staat fordert von seinen Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung, er sichert ihm dafür seine Lebensstellung“ („Deutsches Beamtengesetz“, § 1.3).

Diese Sätze sind immerhin vor

dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Faschismus in das Beamtengesetz hineingeschrieben worden. Daß der bedingungslose Gehorsam, mit dem viele Beamte den Naziführern folgten, der Bourgeoisie offenbar nicht so unangenehm ist wie bisweilen behauptet wird, beweist diese Gehorsamspflicht, die ein führender juristischer Kommentar zum Beamtengesetz folgendermaßen erläutert: „Eine der vornehmsten Pflichten des Beamten ist die Gehorsamspflicht. Der Staat darf seiner Schlagkraft nicht durch unangehörige und aufrührerische Elemente beraubt werden. Ein Staat, der sich nicht auf ein gehorches Beamtentum verlassen kann, müßte sich im Gefahrenfall in Anarchie auflösen“ (zit. nach „Rote Robe“ 6/72).

- Den Beamten wird jegliches Recht abgesprochen, auf ihre Bezahlung und sonstigen Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen. Ein juristisches Lehrbuch begründet dies damit, daß Beamte nicht tätig seien, um Einkommen zu erzielen, „sondern sie erhalten ihren Lebensunterhalt, weil sie tätig sind. Sie sind also nicht Arbeitnehmer, sondern Dienstnehmer“ (zit. nach „Erziehung und Klassenkampf“, S. 6-72, S. 5). Konsequenz dieser Auffassung mußte sein, daß sich Beamte nicht um Lohnfragen zu kümmern haben, daß sie sich mit dem zu bescheiden haben, was der Staat ihnen freiwillig zahlt. Tatsächlich ist genau dies im Beamtengesetz festgeschrieben: Es werden keine Tarifverträge abgeschlossen, sondern die Besoldung u.a. wird einseitig per Gesetz festgelegt. Irgendwelche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beamten bei der Ausgestaltung ihrer Beschäftigungsbedingungen sind nicht vorgesehen. Juristisch gesehen erhalten Beamte auch keinen Lohn für geleistete Arbeit, sondern eine „Alimentation“, einen standesgemäßen Unterhalt. Ein Arbeitskampf von Beamten wäre damit auch ein Schritt gegen diese staatliche Auffassung vom Dienstverhältnis der Beamten.

- Für Beamte gibt es ferner ein besonderes Disziplinarrecht. Wegen ein und derselben Tat kann ein Beamter doppelt bestraft werden: vom Strafrecht und vom Disziplinarrecht. Auch ein eingestelltes Strafverfahren kann über das Disziplinarrecht weiterverfolgt werden. Hinzu kommt, daß im Disziplinarrecht das „Opportunitätsprinzip“ gilt, d.h. daß sich die Strafe in erster Linie an der Person des Beamten zu orientieren hat und bei gleichen Vergehen mehrere Beamter verschieden ausfallen kann.

- Nach Auffassung der Behörden lei-

et sich aus dem Treueverhältnis der Beamten auch ein Streikverbot ab.

Zur „Rechtmäßigkeit“ des Beamtenstreiks

– Ist sich aus dem Treueverhältnis der Beamten auch ein Streikverbot ab

Zur „Rechtmäßigkeit“ des Beamtenstreiks

Im Zuge der Novemberrevolution 1918 wurde erstmals auch Staatsarbeitern und Beamten das Streikrecht zuerkannt. Schon in der 1919 verabschiedeten Weimarer Verfassung war es jedoch nicht mehr garantiert. Hatte die SPD sich bei den Beratungen darüber noch für den Beamtenstreik ausgesprochen, so verfügte Reichspräsident Ebert (SPD) anlässlich eines bevorstehenden Eisenbahnerstreiks 1922: „Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtengesetz die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten“ (nach Däubler, Der Streik im öffentlichen Dienst, S. 11). Trotzdem fand der Streik statt, in dessen Folge 1200 Beamte rausgeschmissen wurden. In späteren Prozessen gegen angebliche Streikführer wurde von verschiedenen Gerichten die Rechtswidrigkeit des Beamtenstreiks festgestellt. Lediglich von der KPD kamen jetzt noch Initiativen, den Beamten ein Streikrecht zuerkennen. So brachte die KPD-Fraktion 1925, 1926 und 1931 entsprechende Gesetzesentwürfe in den Reichstag ein, die jedoch abgelehnt wurden. Auch nach der Zerschlagung des Faschismus war es die KPD, die versuchte, die Zulässigkeit des Streiks im öffentlichen Dienst im Grundgesetz zu verankern. Die CDU wollte hingegen ein ausdrücklich Streikverbot für Beamte festgeschrieben wissen. Da auch die Frage des politischen Streiks umstritten war, machte die SPD einen für sie typischen Vorschlag. Die Frage des Streikrechts solle im Grundgesetz überhaupt nicht erwähnt werden. Die CDU war von diesem „Kompromiß“ natürlich begeistert, und so wurde das Streikrecht für alle Beschäftigten nicht grundgesetzlich garantiert. Zur Frage des Beamtenstreiks äußern

sich auch die meisten Länderverfassungen und Beamtengesetze nicht. Eine Ausnahme bildet hier das Saarland, in dessen Verfassung es heißt: „Die Stellung des Beamten zum Staat schließt das Streikrecht aus“. Ferner wird der Beamtenstreik in den Landesbeamtengesetzen von Bayern und Rheinland-Pfalz untersagt.

DGB und GEW zum Beamtenstreik

Die herrschende Rechtsmeinung, daß ein Streik Beamten untersagt sei, wurde bis zum Ende der 60er Jahre auch vom DGB nicht in Frage gestellt, sondern ausdrücklich gebilligt. In einer 1963 vom DGB Bundesvorstand herausgegebenen Broschüre heißt es dazu lapidar: „Wir haben uns für die Beibehaltung des schon tradition gewordenen Streikverbots entschieden“ (nach Ramm, Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten, S. 107).

Eine Änderung in der Haltung der DGB-Führung wurde erst allmählich durch Initiativen aus den Einzelgewerkschaften und von unteren Untergruppen erzwungen. Dies wurde auch in einem von der DGB-Führung bestellten Gutachten zugegeben: „Dabei fällt auf, daß die Streikverbot von unten kam, während in den gewerkschaftlichen Führungsgremien der wissenschaftliche Meinungsstand vom Streikverbot unangefochten herrschte“ (Ramm, S. 107). 1968 sprachen sich der Bundeskongress der GEW und die Hauptversammlung des Marburger Bundes der angestellten und beamteten Ärzte für das Streikrecht aus. Anfang der 70er Jahre ließ der DGB verschiedene Rechtsgutachten erstellen, die hauptsächlich aufgrund des in Art. 9 des Grundgesetzes garantierten Koalitionsrechts ein Streikrecht auch für Beamte begründeten. Zum Bundeskongress der GEW 1971 in Kiel, der ganz im Zeichen einer Integrationsstrategie gegenüber der Linken stand, legte der Hauptvorstand dann einen Antrag vor, in dem es heißt: „Die GEW bekennt sich zum Arbeitskampf, als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen für alle Arbeitnehmer“. Und auf dem Mainzer Bundeskongress der GEW 1974 wurde ein Antrag verabschiedet, in dem es heißt: „Die GEW geht davon aus, daß der Beamtenstreik nach Artikel 9 III GG zulässig ist“.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß DGB und GEW die Rechtmäßigkeit des Beamtenstreiks ausschließlich juristisch begründen und sich dabei auf die nicht endgültig geklärte Rechtslage berufen. Es wird vermieden, das Eintreten für den Beamten-

streik mit dem Kampf gegen die vielfältigen im Beamtengesetz festgelegten Diskriminierungen der Beamten zu verbinden. Bei dieser Herangehensweise ist schon angelegt, daß die Gewerkschaftsführung bei einer gegen die Interessen der Beamten gerichteten Rechtsprechung von ihrer Rechtsposition abgehen.

In den letzten Jahren hat es vor allem zwei Urteile gegeben, die die gewerkschaftliche Position in der Frage des Beamtenstreiks in Frage stellen. Zum einen entschied das Bundesverfassungsgericht, daß Beamten ein höheres Kindergeld als Angestellten zukomme und unterstrich damit das „Alimentationsprinzip“ der Beamten, denen ein standesgemäßer Unterhalt zukomme, während bei Angestellten die Besoldung per Tarifvertrag geregelt wird. Zum anderen hat der Bundesgerichtshof in Urteilen den „Bummelstreik“ der Fluglotsen für rechtswidrig erklärt und den damaligen Vorsitzenden des Fluglotsenverbandes, Kassebohm, verurteilt.

Das mag der Hintergrund sein, vor dem die GEW-Führung jetzt ihre Positionen zur Rechtmäßigkeit des Beamtenstreiks revidiert. Ansatzpunkt ist dabei, daß alle von der GEW durchgeführten Urabstimmungen (die dann bis zu einem Streik geführt haben, obwohl fast immer die erforderliche Stimmzahl zustande kam) lediglich Urabstimmungen über einen Warnstreik waren (Hamburg 1970, 1974, 1977, Heusen 1974, Westberlin 1974). In einem Aufsatz aus dem Jahre 1977 erklärte der GEW-Vorsitzende Frister dazu: „Der Warnstreik der GEW kann keinen Erzwungungscharakter haben, er ist Aufklärungs- und Demonstrationsoption zugleich“ (GEW-Schnellbrief, Beamtenstreik, S. 3).

Hierauf knüpfte auf der GEW-Funktionärskonferenz im Juli in einem zentralen Referat der Rechtsprofessor Zwirner an. Er unterschied zwischen einem Demonstrationstreik („Es soll nur demonstriert und keine bestimmte Maßnahme unmittelbar erzwungen werden“) und einem Erzwungungstreik („Er endet im allgemeinen erst, wenn das Kampfziel erreicht ist oder nicht mehr erreicht werden kann bzw. soll“). Nach Auffassung Zwirners ist für Beamte nur der Demonstrationstreik zulässig, eine „Einigkeit“, die sich zunehmend auch die GEW-Führer anschließen. So erklärte die stellvertretende GEW-Vorsitzende Hoppe in einem Kommentar zum Bremer Lehrstreik: „Gerade wenn nach herrschender Lehrmeinung den Beamten der Erzwungungstreik als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen verweigert werde, müße man Beamten zumindest das Recht zubilligen, notfalls mit kurzfristigen demonstrativen Arbeitsniederlegungen auf ihre Interessen hinzuwirken“ (Bremer Lehrer Zeitung 7/8 -79).

Mit der Differenzierung zwischen dem Erzwungungstreik und dem Demonstrationstreik übernimmt die GEW-Führung faktisch die Rechtsauslegung des Staates in der Streikfrage für Beamte, nach der diese in Fragen des Arbeitskampfes weniger Rechte haben als Arbeiter und Angestellte. Den Lehrern wird so von ihrer Gewerkschaftsführung unterstellt, so lange zu kämpfen, bis ihre Forderungen durchgesetzt sind, sondern sie sollen nur noch „kämpferisch“ auf ihre Probleme aufmerksam machen.

Dabei bringt ein Rückzug auf die Konstruktion des Demonstrationstreiks streikenden Lehrern noch nicht einmal mehr Schutz vor Willkürakten des Staates. Die GEW selbst stellt dazu fest: „Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß unsere Arbeitgeber die dargestellte Rechtsauffassung nicht teilen und daß sie den Proteststreik mit dem eigentlichen Erzwungungstreik gleichsetzen werden“ („Erziehung und Wissenschaft“, 8/79). Die von der Gewerkschaftsführung vorgenommene Differenzierung dient also ausschließlich der innergewerkschaftlichen Disziplinierung und verschafft den Kollegen keinen größeren Schutz gegen die Repression des Staates.

Nur am Rande sei erwähnt, daß die Gewerkschaftsführer mit dieser Auslegung des Streikrechts für Beamte auch nicht in Einklang mit der von ihnen selbst geschaffenen Satzung stehen, wo es ausdrücklich heißt: „Ist das Kampfziel erreicht oder die weitere Durchführung des Streiks nicht mehr zweckdienlich, so beschließt der Hauptvorstand den Zeitpunkt der Beendigung des Kampfes“ (Richtlinien der GEW für Arbeitskämpfe). Wenn auch die Satzungsbestimmung, „daß das vorgesehene Kampfziel unter allen Umständen zu erreichen ist“ bisher so ausgelegt wurde, daß bezüglich der Streikziele kleine Bröckchen gebekken werden müssen, so deutet sie dennoch auf „Erzwungungstreik“ hin.

Nach dem Willen der Gewerkschaftsführung wird die bevorstehende Arbeitsniederlegung der Lehrer also nicht in Richtung einer Ausweitung der bestehenden Rechte und des Angriffs auf die reaktionäre Treuepflicht geführt werden, sondern dient letztlich der Festbeschreibung der Rechtmäßigkeit der Beamten. Gegengewicht sind vom DGB Bestrebungen im Gange, ein einheitliches Dienstrecht für den gesamten öffentlichen Dienst zu schaffen. Das wirft zugleich die Frage auf, ob damit auch den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst das Streikrecht genommen werden soll. Insofern ist die gegenwärtige Debatte um das Streikrecht der Beamten weit über diesen Kreis hinaus von Interesse, berührt sie doch generell die Frage des Koalitions- und Streikrechts.

Vorstandsschlappe bei ABM-Maßnahmen

Vorstandsschlappe bei ABM-Maßnahmen

Gegen den vehementen Widerstand des Landesvorsitzenden Lemke und gegen ein Votum der GEW-Personalräte beschloß die Landesvertreterversammlung (LVV) der Hamburger GEW am 15.10. mit großer Mehrheit an der Ablehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) im Bildungsbereich festzuhalten. Der LVV-Beschluß, der auf Initiative der arbeitslosen Lehrer zustande kam, ist eine deutliche Kritik an den GEW-Personalräten, die mit ihrer Zustimmung die Einrichtung von ca. 200 ABM für arbeitslose Lehrer zu Beginn des Schuljahres ermöglicht hatten.

Die ersten ABM wurden in Hamburg für Lehrer 1976 eingerichtet. Praktisch handelt es sich hierbei um auf ein Jahr befristete Teilzeitarbeitsverträge, die von der Gewerkschaft abgelehnt werden. ABM-Lehrer werden in der Ausländerkinderbetreuung und für Hausaufgabenhilfe eingesetzt. Das besondere an diesem Beschäftigungsverhältnis ist, daß die Personalkosten aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung beglichen werden. Mit den insgesamt ca. 4 Mrd. DM, die von 1975 bis 1978 für ABM aufgewendet wurden (nach „paed-extra“ 10/79), hat sich schon so manche kommune Haushalt sanert und so mancher Kapitalist gesundgepflegt. Dem Anspruch nach dienen ABM dazu, Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Faktisch werden jedoch die meisten ABM-Beschäftigten nach einem Jahr wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen, was natürlich eine kontinuierliche pädagogische Arbeit mit Ausländerkindern zunichte macht. Hinzu kommt, daß über die ABM keine Tarifverträge geschlossen werden, die Gewerkschaften also auf die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses keinen Einfluß haben. Indem die Behörden notwendige pädagogische Aufgaben über ABM

abdecken, sind sie nicht gezwungen, für diese Aufgaben kostspielige Planstellen einzurichten.

Aus all diesen Gründen haben die Betroffenen die ABM stets abgelehnt. Größere Auseinandersetzungen herum gab es 1976 in Hamburg, als der Personalrat gegen den Widerstand der GEW-Vertreter mehrheitlich den ABM zustimmte und 19 Kollegen daraufhin auf eigenes Risiko diese Beschäftigung ablehnten. Eine Hetzkampagne der Springer-Presse gegen diese Kollegen war die Folge: „Jetzt laufen die Lehrer gegen die Hilfe der Schulbehörde Sturm“ („Welt“, 17.8.76); „Kein Unterricht – eine ganze Klasse verliert“ („Bild“, 18.8.76). Da die rechte „Alternative“ (rechtssozialdemokratische Abspaltung von der GEW) gemeinsam mit dem DL im Personalrat die Mehrheit stellte, konnte die GEW keine organisierte Ablehnung der ABM durch den Personalrat durchsetzen. Diverse Personalversammlungen forderten den Personalrat zur Ablehnung der ABM auf Unterstützung kam von der GEW: „Die Beschäftigten nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm (ABM) wurden unter gewerkschaftlichem Druck wesentlich verbessert. Trotzdem lehnt die GEW die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiterhin ab, weil solche kurzfristige Beschäftigung pädagogisch nicht sinnvoll ist, weil es sich weiterhin um Teilzeit- und Fristverträge handelt und weil sie einen Teil der Lehrer außerhalb der tariflichen Einwirkungsmöglichkeit der Gewerkschaft stellt“ (aus einem Flugblatt der GEW-Gruppe im Personalrat VR/So vom Dezember 1977). Folglich wurde diese Frage auch zu einem bestimmenden Thema im Personalratswahlkampf im Mai dieses Jahres. Die „Alternative“ wandte sich „gegen die ideologiebedingte Abich-

nung überbrückender Beschäftigungsverhältnisse, z.B. Teilzeitarbeitsverträge, Lehraufträge, ABM“, während die GEW die „Abwehr unsozialer Beschäftigungsarten wie Teilzeitarbeitsverträge gegen den Wunsch der Kollegen, ABM und Lehraufträge“, auf ihre Fahnen schrieb. Durch die Wahlen konnte die GEW die Mehrheit im Personalrat gewinnen und hätte jetzt die Möglichkeit zur Ablehnung dieser unsozialen Beschäftigungsart gehabt. Doch ein Brief des Seniors Grolle bot die Möglichkeit, jetzt von den bisherigen Positionen abzurücken. Grolle schrieb: „Es ist zutreffend, daß ich wiederholt geäußert habe, daß sich die BSJB darum bemühen wird, die bisher in Form von AB- und Zeitverträgen in der Ausländerkinderbetreuung tätigen Lehrerinnen und Lehrer zum nächstmöglichen Zeitpunkt in ein dauerndes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Dabei werden selbstverständlich, wie bei allen Einstellungsverfahren, Bedarf und Qualifikation wichtige Kriterien sein“ („HLZ“, 11/79). Hierbei handelte es sich um eine unverbindliche Zusage, ca. 25 der 200 ABMler fest einzustellen. Die GEW wertete dies als „Erfolg der Personalräte“ und stimmte fortan – „selbstverständlich unter Vorbehalt“ – den ABM zu. Der Beifall von der falschen Seite war ihr gewiß: „Die Alternative begrüßt, daß auch die GEW-Mehrheit im Personalrat entgegen ihren Absichtserklärungen und den Beschlüssen mehrerer Personalversammlungen den ABM-Verträgen nun doch zustimmt“ („Bild“, Punkt Personalrat 2/79). Durch den LVV-Beschluß wurden jetzt die GEW-Personalräte wieder auf den Pfad der Tugend zurückgeführt. Bleibt zu hoffen, daß sie dort bleiben.

Ein Hamburger Lehrergenosse (Tett)

ausländische Arbeiter in der BRD

„Stern“ enthüllt: Am Herointod verdienen türkische Faschisten

Mit 90 % Marktanteil sind türkische Heroin-Großhändler mittlerweile Hauptlieferanten für die BRD geworden. (1979 wird mit 600 Toten durch harte Drogen in der BRD gerechnet). Die mit in diesem tödlichen Geschäft bzw. die zentralen Hintermänner, sind türkische Rechte und ihre Freunde im türkischen Staatsapparat. Über diesen Heroinhandel finanzieren sie nicht nur die „Grauen Wölfe“ bzw. die faschistischen Tarnorganisationen der MHP, sondern türkische Heroinhändler fungieren auch in der Beschaffung von Waffen für die „Grauen Wölfe“ in der BRD. Diese Tatsache schließt selbst das Bundeskriminalamt nicht aus. Bis jetzt kann jedoch, so das BKA, vor Gericht nicht bewiesen werden, „daß türkische Extremisten Waffen und Anschläge aus dem Rauschgift-Business finanzieren, denn die Tipgeber trauen sich nicht, vor Gericht auszusagen. Sie fürchten die Hinrichtung durch Feme-Kommandos“.

Daß Todesgefahr für Informanten besteht, mag man sich daran verdeutlichen, daß eine Aufdeckung des Heroin-Handels bis in höchste türkische Regierungskreise führen würden. Als am 1. Juni 1979 vor dem Duisburger Landgericht zwei türkische Heroinhändler sich verantworten mußten, machte einer von ihnen einen Selbstmordversuch mitten in Gerichtssaal, indem er sich mit einer Rasierklinge die Halsschlagader durchschnitt! Nusrettin Gündüzhan (41 Jahre alt) arbeitete seit 6 Jahren als Schweißer in der BRD und ist gebürtig aus einer anatolischen Kleinstadt. Daß Gündüzhan den Selbstmord als einzigen Ausweg sah, um keine kompromittierenden Aussagen zu machen, wird durch die Anwesenheit von anderen vier Türken im Gerichtssaal bestätigt, die offensichtlich als „Beobachter“ mit Exekutivgewalt dort waren.

Anders der zweite Angeklagte, der ehemalige MSP-Abgeordnete Halit Kahraman. Er deckte während des Prozesses auf, daß der Führer der nationalen Heroinpartei (MSP) Erbakan, von 1974-1977 unter Demirel stehender Ministerpräsident, groß im Rauschgiftgeschäft drinsteckt. Er sagte aus: „Mitte August begab ich mich zur Parteizentrale der MSP nach Ankara. Als ich Erbakan in dem Büro antraf, machte er mir im Verlauf des Gesprächs folgendes Angebot. Er könne mir Heroin verkaufen. Er sagte, daß man damit viel Geld verdienen könne. Erbakan erklärte, mir standen vom Verkaufspreis pro Kilogramm Heroin 20 000 Mark zu. Ich fragte ihn, woher er denn das Heroin beziehe. Erbakan lachte und sagte, wer er denn eigentlich sei. Er sei nicht irgendwer, er sei doch kein Kleiner, man stelle das Heroin selber her.“

Das Ermittlungsverfahren der westdeutschen Behörden gegen Erbakan wurde eingestellt, sicher nicht ohne Wink der Bundesregierung, da immerhin damit zu rechnen ist, daß Erbakan demnächst wieder stellvertretender Ministerpräsident wird. Dann bringt er das Heroin bald selber in die BRD.

In West-Berlin wurden der bekannte Heroinhändler und Nachtclubbesitzer Cakir und seine beiden Leibwächter, Mitglieder der „Grauen Wölfe“, festgenommen. Bei der Durchsuchung des Nachtclubs fand die Polizei dann Quittungen, nach denen in den letzten 5 Jahren rund 500 000 Mark unverschuldet an Geschäftspartner und ultrarechte Türkeivereine überwiesen wurden.

Auch dem Nachtclubbesitzer Cakir wurde über seine Anwälte ein anonymes Drohschreiben zugesandt: „Er braucht sich nicht auf die Milder der deutschen Gerichte zu verlassen. Sollte man ihn an die Türkei ausliefern, wird er dort mit dem Tode bestraft werden. Dank unser guten Verbindungen haben wir das schon mit der türkischen Staatsmacht abgehandelt.“

Zu einigen Hintergründen des türkischen Heroinhandels

Heroin wird aus Mohn gewonnen, und der Mohnanbau ist bei den unvorteilhaften armen Bauern der Türkei der einzige Erwerb

dessen illegaler Verkauf an Heroinhändler der einzige Weg, das Existenzminimum zu erreichen. In den sechziger Jahren wurde auf Betreiben der USA der Mohnanbau in der Türkei offiziell verboten. Da jedoch die anatolischen Bauern von den 80 Mio. US Dollar „Ausgleichshilfe“ so gut wie nichts in die eigene Tasche bekamen, sicherte sich der rechte ehemalige Staatschef Demirel die entsprechenden Stimmen, indem er 1975 als ein zentrales Wahlversprechen die Wiederzulassung des Mohnanbaus versprach (angeblich nur für medizinische Zwecke Morphium oder Kodein).

Dies war jedoch nicht mehr als der Auftakt für einen schwindigen Heroinhandel, der mit Profi-

tricks, wie sie sonst nur von der US Rauschgiftmafia bekannt sind, ausgebaut wurde. Abgedeckt war dieser Handel durch die türkische Staatspolizei, den Zoll, den Geheimdienst und große Teile der türkischen Ministerialbürokratie, die in der Hand der Ultrarechten ist.

Im Sommer 1977 wurde der größte Heroin-Hersteller der Türkei, (so die Berliner Kripo) İzzet Saryar, nach vier Wochen Haft in Ankara auf Grund einer „persönlichen Amnestie“ wieder auf freien Fuß gesetzt. Saryar (Deckname Dr. İzzet) wußte beispielsweise davon, daß der rechtsradikale MHP-Senator Kudret Bayhan mit einem Diplomatenpass und 146 Kilogramm Rohopium in einem Auto unterwegs war, als er 1972 auf dem

„nordatlantische von der französischen Polizei geschnappt wurde“. Dem „Stern“ wurde ein Bild Saryars von der westdeutschen Polizei verworfen mit der Begründung, daß dieser Informant für die US-Rauschgiftbehörde DEA war (also eine wichtige Person), allerdings nachweislich nur, um sich auf diesem Weg lästige Konkurrenten vom Hals zu schaffen. Daß der türkische Staatsapparat kein Interesse an einer Verurteilung hatte, dürfte damit auf der Hand liegen. Sichert Saryar doch am besten den organisierten Vertrieb des Heroins. Die Rolle nicht nur der US-Rauschgiftbehörde, sondern auch von Teilen der Bundesbehörden gerät dabei ins Zweifel!

Ausländerkommission



Gündüzhan beim Abtransport aus dem Gerichtssaal

NPD/MHP-Kontakt bereits seit 1970

Wurde erstmals durch einen Brief (28.7.77) des Vorsitzenden der MHP Türke an seine Parteifreunde in der BRD der Kontakt zur NPD bekannt, wo er die „unbedingte Aktionseinstellung mit der NPD“ forderte (siehe vollständiger Abdruck AK 151), so wurde jetzt bekannt, daß dieser Kontakt bereits seit 1970 besteht. Der damalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden antwortete auf einen Brief von Türke, in dem er sich über die „fundamentale Gemeinsamkeiten“ der beiden Parteien freute mit der Betonung, daß auch die (NPD) den Wunsch habe, die „freundschaftlichen Beziehungen auszubauen“. (Abdruck siehe Kasten). Ein Austausch von Jugendgruppen sollte aufgebaut werden. Wobei anzumerken ist, daß in der Türkei die türkischen „Jugendvereinigungen“ (Ülkü Ocakları) in Kommandowaren der MHP sowohl ideologisch als auch im bewaffneten Kampf ausgebildet werden und wesentliches Rekrutierungsfeld der MHP für den militärisch-faschistischen Kampf sind. „Erstaunlich“ bleibt die Tatsache, daß kein Verfassungsschutzbericht der nachfolgenden Jahre diese Tatsache erwähnt.

Kriminalkommission

Kriminalkommission
Thadden aus dem Jahre 1970
an MHP-Führer Türke

„Lieber Türke!“

Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut. Ich danke Ihnen für Ihre lobenden Worte über mich und meine Partei. Ich bin erfreut zu hören, daß unsere beiden Parteien gleiche Ziele haben.

Es gibt fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen unseren Parteien. Ich bin sicher, daß auch Sie den Wunsch haben, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken. Deshalb habe ich Ihre Vorschläge bezüglich des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben einstimmig beschlossen, einen Austausch von Jugendgruppen in Gang zu bringen. ... Ich möchte Sie recht herzlich als meinen persönlichen Gast in Deutschland empfangen. Es wäre mir ein Vergnügen, mit Ihnen über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen.“ (Übersetzung entnommen aus INFO-Türk, Sept. 1979 auf türkisch veröffentlicht in „CHP des Haberler“, 16.8.79)

CDU/CSU: „Mühselig verdeckte Ausländerfeindlichkeit“

Anläßlich der Auseinandersetzungen beim Strauß-Auftritt in Essen forderte der Lüneburger CDU-Abgeordnete Horst Schröder in einer Anfrage ein verschärftes Vorgehen gegen demokratische Ausländerorganisationen und deren politische Betätigung. Er fragte nach der Beteiligung ausländischer Organisationen an den „Eisener Krawallen“ und „wenn ja, was gedenkt die Regierung gegen die politische Einmischung ausländischer Gruppen in die inneren Angelegenheiten der BRD“ zu tun. Die FIDEF (Dachorganisation einer großen Anzahl türkischer Arbeitervereine) wies diese Anfrage als „krankhaftes Symptom einer nur mühselig verdeckten Ausländerfeindlichkeit zurück“ und solidarnisierte sich „mit der berechtigten Empörung aller in den DGB-Gewerkschaften organisierten deutschen und ausländischen Kollegen über den Auftritt eines erklärten Feindes der

Einheitsgewerkschaft, wie Herr F.J. Strauß. Es ist kein Zufall, daß gerade diejenigen, die mit verleumdenden Angriffen und Spaltungsplänen die Einheit der DGB-Gewerkschaften zu sprengen suchten, nun auch die demokratischen Organisationen der ausländischen Organisationen ins Visier nehmen“. Leider konnte sich die FIDEF, deren Führung stark revisionistisch beeinflusst ist, einer typisch reformistischen Abgrenzung auch nach links nicht enthalten, indem sie in ihrem Flugblatt betonte, daß sie ihre türkischen Mitglieder, die überwiegend gewerkschaftlich organisiert seien, gegen gewerkschaftsfeindliche Strömungen „von welcher Seite sie auch kommen mögen“ mit den deutschen Kollegen in „kämpferischer Solidarität verbunden“ werde.

Ausländerkommission

In eigener Sache (In der letzten Kongreßbroschüre UW 30)

In der letzten Kongreß-Broschüre (UW 30) ist die Nennung der Ausländer-Kommission leider vergessen worden. Das wollen wir hiermit nachholen.

Die Kommission besteht zur Zeit nur aus einem festen Mitarbeiter und einer auf Grund anderer Belastungen unregelmäßig mitarbeitenden Genossin. Daß die Ausländer-Kommission noch auf ideologisch sehr schwachen Beinen steht, mag man schon daran erkennen, daß die gesamte Ausländerproblematik in der Kongreß-Vorbereitung nicht enthalten ist. Dies nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß der alte Stamm der Ausländerkommission vollkommen weggebrochen ist. In letzter Zeit wurde jedoch speziell zum „Graue-Wölfe“-Komplex eine regelmäßige AK-Berichterstattung aufgebaut.

Ernsthaft Interessierte sind herzlich willkommen für einen Neuaufbau.

E.R. / Ausländerkommission

Straffreiheit für den türkischen Schützen in München?

Der Skandal um den türkischen Sicherheitsbeamten (siehe AK 164, S. 2), der bei einer Verfolgungsjagd auf angebliche türkische „Attentäter“ einen völlig unbeteiligten Passanten schwer verletzt hatte, geht weiter: nach den bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft kann der Täter nicht belangt werden! Denn „Als höherer Beamter der Generalkonsulats und Inhaber des weißen Konsularausweises genießt er Amtsunverletzlichkeit, soweit es um Straftaten geht, die in Dienstausübung verübt werden.“ (SZ, 16.10.79) Dies sichert ihm die Wiener Konvention von 1963 zu, sowie die bilateralen Ver-

einbarungen zwischen der BRD und der Türkei. Der Staatsanwalt geht also, ohne mit der Wimper zu zucken, davon aus, daß das Vorgehen des türkischen Sicherheitsbeamten wohl als „Dienstausübung“ angesehen werden müsse, da er für die Sicherheit des Generalkonsulats München verantwortlich gewesen sei!

Um das Verhalten des Sicherheitsbeamten in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wird in der gesamten Presse dessen „persönliche“ Stellungnahme zitiert. Kurz zuvor sei eine Bombendrohung eingegangen. Ferner sei gerade die Nachricht von der Ermordung des Sohns des türkischen

Botschafters in den Niederlanden eingetroffen. Deswegen habe er die beiden Männer (die er für Attentäter hielt!) auf jeden Fall festhalten wollen (In Wirklichkeit hatten sie Plakate geklebt!). Besonders makaber ist, daß wegen dieses „besonderen Schutzes“ des Diplomaten die Möglichkeit des Betroffenen, Schadensersatz zu erhalten, sehr gering sind. Zwar läuft das Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung noch, wird aber so Stocker (Oberstaatsanwalt), in Kürze eingestellt werden. Der Ausgang dürfte nur (!) für das Opfer wegen eventueller zivilrechtlicher Ansprüche von Interesse sein.

Schadensersatz und Schmerzensgeld kann der Verletzte eventuell beim Freistaat Bayern geltend machen, bei dem das Konsulat akkreditiert ist! Anwalt Wolfgang Weinschütz räumt einem solchen Verfahren allerdings nur geringe Chance ein. Vermutlich wird man sich darauf berufen, daß kein Vorsatz gegeben war. Diese Frage ist vorläufig noch nicht abschließend beantwortet. Schadensersatz könnte der Verletzte auch nach dem Gesetz für die Opfer von Gewaltverbrechen beantragen, wobei der Erfolg freilich gleichfalls zweifelhaft ist.“ („Münchener Merkur“ 16.10.79)

Auch wenn Ministerialdirigent Dr. Huber nach den aktuellen Ereignissen den Begriff „Dienstausübung“ für präferenswert hält, auch wenn in der „Süddeutschen Zeitung“ in einem Kommentar über die „Entbehrlichkeit“ eines solchen „Sicherheitshilfen“ nachgedacht wird, so ist dies nichts anderes als makaber angesichts eines Rückenschusses, der die Wirbelsäule des (völlig unbeteiligten) Passanten nur knapp verfehlte!

Modell Türkei für die BRD - nein Danke!

K.B./Gruppe Nürnberg



Die „Grauzonen“ Debatte lenkt ab von unseren Aufgaben!

Es gibt heute eine „Grauzone“ im

Diese Grauzone unter unseren Frauen, die sich momentan sogar zu einer „Strömung“ ausweicht, wird repräsentiert von Genossinnen, die sich in der Auseinandersetzung um die Artikel „Die Scham ist vor bel“ (von Ha./KL aus Göttingen), „Utopismus und Entsolidarisierung“ und die „Grauzonen des Feminismus“ um die sogenannte „Zentrumsleitung“ (ZL) geschart haben.

Erklärtes Ziel dieser Genossinnen ist es, der KB-Frauenpolitik und der zentralen Arbeitsgruppe Frauen nachzuweisen, daß wir bisher „keine Ausrichtung“ in der Frauenpolitik, keine „Entwicklung einer marxistischen Frauenpolitik“ und keine „Analyse“ der bisherigen Frauenpolitik geleistet haben.

Ausgangspunkt und Hauptkritikpunkt ist bekanntermaßen, daß wir die Auseinandersetzung mit dem Feminismus in der BRD und den feministischen Strömungen im KB (den „Grauzonen“) schändlich vernachlässigt hätten, bzw. im „Arbeiterkampf“ und in der Organisation diese Strömung noch verstärken würden, da wir falsche Vorstellungen vom Kampf gegen den männlichen Chauvinismus hatten kennzeichnend für die ZL-Strömung unter unseren Genossinnen ist, daß sie sich nur ganz allgemein, theoretisch und von der bisherigen Praxis abgehe mit unserer Frauenpolitik auseinandersetzen versuchen. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß diese Genossinnen von anderen Ansichten, die

dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß diese Genossinnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit unserer Frauenpolitik bisher gar nichts oder nur wenig zu tun hatten. So können wir uns nicht wundern, daß sie in ihrem ersten Versuch, eine Kritik an unserer Frauenpolitik zu führen ganz gehörig danebengegriffen haben und sich ausschließlich und „mit Vollmacht“ auf eine in Bedeutung und Verbreitung heute relativ unwesentliche Erscheinung in der Praxis der Frauenbewegung gestützt haben: den Feminismus. Kein einziger Artikel der ZL-Strömung hingegen befaßte sich mit den wirklichen, aktuellen Problemen unserer Frauenarbeit. Wir wollen uns in diesem Artikel mit einigen Aspekten der Vorgehensweise und der Vorstellungen der ZL-Frauen auseinandersetzen. Außerdem wollen wir darauf eingehen, welche Fragen in der letzten Zeit in der Frauenbewegung eine Rolle gespielt haben und spielen und mit welchen realen Problemen und Aufgaben wir es heute wirklich zu tun haben.

Schon immer Steine im Weg!

Wir wollen darstellen, welche Kräfte uns heute im KB in der Frauenpolitik zur Verfügung stehen. Dafür ist es unerlässlich, nochmals einen kleinen Rückblick auf die Entwicklung der KB-Frauenpolitik zu geben. Zur Zeit der recht starken Bewegung gegen den § 218 haben wir 1975 mit dem Aufbau der zentralen AG Frauen und später weiteren Frauengruppen im KB begonnen. Von Anfang an haben wir daran gearbeitet, die Problematik der Frauenunterdrückung, der doppelten Unterdrückung, möglichst allseitig zu untersuchen und einen Kampf dagegen zu entwickeln, im Arbeits- und Ausbildungsbereich, gegen den § 218, in Auseinandersetzung mit verschiede-

nen Strömungen in der Frauenbewegung. (Dies ist über Jahre alles nachzulesen in unserer Zeitung.) Ein besonderes Anliegen unserer Arbeit war von Anfang an auch der Kampf gegen die Unterdrückung, die wir durch unsere Männer und Genossen erfahren. Die Frauenarbeit im KB hat schon damals zu einem Unmut auf Seiten der Genossen geführt, wurde bespöttelt und bezugswort oder gar als „Rückzug von der Politik“ angesehen. Die Genossinnen unserer Organisation gewannen in dieser Anfangsphase viel Mut und Kraft, sich zur Wehr zu setzen und eine Arbeit in Frauenzentren, Betrieben, Schulen und Universitäten aufzunehmen. Die ständigen Angriffe auf unsere Frauenpolitik (daß eine Kommunistin ja wohl etwas „höhere“ Ansprüche hätte als „nur“ Frauenarbeit zu machen, nämlich eine „allseitige“ Politik) führten langfristig aber doch dazu, daß unter diesem Druck beim Abflauen der Bewegung gegen den § 218 Teile der Frauenarbeit wieder zusammenbrachen. Genossinnen resignierten, Frauengruppen sich auflösten, Genossinnen aus den Frauenzentren rausgingen. Diese „Wert schätzung“ unserer Frauenarbeit führte auch zu einer ständigen Fluktuation in der zentralen AG Frauen, aus der Genossinnen für „wichtigere“ Aufgaben abgeworben wurden bzw. wegingen.

Zu Beginn der Aufarbeitung unserer Krise und im Zusammenhang mit der KB-Kongreßvorbereitung hat es einen ersten Aufschwung in der Frauenarbeit gegeben, indem es wieder um die Aufarbeitung unserer Krise es einen erneuten Aufschwung in der Frauenarbeit gegeben, indem es wieder gelang, das Thema Frauenpolitik überhaupt auf KB-Versammlungen diskutierbar zu machen. In den meisten Einheiten wurde anhand der Erfahrungen der letzten Jahre („Sackgassen“-Artikel) und dem Referat zum KB-Kongreß entlang diskutiert, das einige Grundpositionen unserer Frauenpolitik zusammenstellt. Diese Diskussionen gestalteten sich allerdings oft sehr schwierig und schleppend, die Genossen waren vielfach nicht darauf vorbereitet und total desinteressiert, immer wieder mußten die Themen auf die Tagesordnungen gesetzt werden, wofür wir uns heute seitens der ZL-Fraktion auch noch den zynischen Vorwurf der „Hilflosigkeit“ in der Frauen Diskussion eingehandelt haben.

Einen Höhepunkt in der Aufarbeitung unserer Frauenpolitik bildete die erste Frauenversammlung im KB Anfang dieses Jahres, auf der unter den Schwerpunkten Frauenbewegung, Politik der Bourgeoisie, Bündnispolitik, Zeitungsarbeit und innerorganisatorische Strukturen diskutiert wurde. Auf dieser Versammlung ist deutlich geworden, an welchen einzelnen Fragen unterschiedliche Positionen bestehen, die noch nicht ausdiskutiert sind, z.B. bestehen Differenzen zur politischen Einschätzung von A. Schwarzer, zum Hausfrauenlohn, zur Wappungsnacht, zur Arbeit in Frauengruppen/Frauenstammischen, zu Frauenzellen und zu den „autonomen Frauenstrukturen“ von MC (einer spanischen linken Organisation). Dies Modell einer autonomen Organisation von Frauen in einer kommunistischen Organisation, das zur Unterstützung gegen chauvinistische Tendenzen der Genossen und für die Stärkung der Selbständigkeit der Genossinnen entwickelt worden

ist, wird von einigen Genossinnen auch für unsere Organisation gefordert (Nicht uninteressant ist, daß damals auch einige Genossinnen Anhängerinnen dieses Modells waren, die heute auf Seiten der ZL sind und die Schreckgespenster des „Gleichschluckerkampfes“ und „Femalismus“ als die Hauptfeinde in der Organisation ansehen).

Unsere Organisation befindet sich seit langer Zeit in der Krise, und das mit auch die KB-Frauenpolitik. Von unseren Genossinnen machen ohnehin noch viel zu wenig eine spezielle Frauenpolitik, sodaß wir den großen Aufgaben in der Frauenbewegung nur unzulänglich gewachsen sind. Nun werden diese alten Kräfte auch noch durch eine unnötige Debatte um die Sophistereien der ZL-Fraktion geschwächt, die zur Bewältigung unserer aktuellen Aufgaben absolut nicht beitragen.

Eine 2. KB-Frauenversammlung hat vor kurzem stattgefunden, um über die Attacken der ZL-Fraktion auf unsere Frauenpolitik zu diskutieren.

Folgende Differenzen sind deutlich geworden. Die Genossinnen um die ZL haben abweichende Vorstellungen zur Bündnispolitik, zur Arbeit der AG Frauen zum Kampf gegen den männlichen Chauvinismus, d.h. zur Frage des sogenannten Geschlechterkampfes überhaupt.

Zur Auseinandersetzung um den Kampf gegen den männlichen Chauvinismus.

Zur Auseinandersetzung um den Kampf gegen den männlichen Chauvinismus soll ein Artikel im AK 166 erscheinen. Wir werden uns hier auf die Frage der Bündnispolitik beschränken.

Bündnispolitik – Missionarität der ZL-Frauen!

Ein Tag nach der Frauenversammlung erschien der AK 163, in dem einige Vorstellungen zur Bündnispolitik nachzulesen sind. Der Genosse Ti (S. 50) „scheint mehrere Fragen (wichtig), die die Rolle der politischen Auseinandersetzung im Verhältnis der kommunistischen Organisation zu demokratischen, liberalen, feministischen usw. Strömungen und Gruppierungen betreffen“.

Die Genossin Ti wendet sich in ihrem Artikel gegen die Genossin B., die im AK 161 schrieb: „Wir arbeiten heute in einer Frauenbewegung, die sich größtenteils aus kleinbürgerlichen Frauen zusammensetzt (zu einer Arbeiterinnenbewegung gibt es erst kleine Andeutungen). Und wenn uns das alles zu feministisch und unrevolutionär wäre, könnten wir gleich die Frauenarbeit aufgeben.“ Was meint nun die Genossin B. damit?

Sie stellt erstens fest, daß es heute keine nennenswerten Ansätze für eine Frauenbewegung in den Betrieben gibt. Zweitens stellt sie fest, daß wir, wollen wir überhaupt mit der Frauenbewegung zusammenarbeiten, uns erstmal mit dem befassen müssen, was vorhanden ist, und das ist nun mal eine schillernde, zusammengebastelte Frauenbewegung aus Kleinbürgerinnen, bürgerlichen Frauen, Sozialdemokratinnen, DKP-Frauen, sich autonom, feministisch, sozialistisch, demokratisch, liberal usw. verstehenden Frauen.

Wie wir in dieser Bewegung mitarbeiten, darüber hat B. überhaupt keine Aussage gemacht!

Die Genossin Ti kontert darauf, daß uns die Sicht für den dialektischen Zusammenhang zwischen ideologischer Auseinandersetzung und Bündnis- oder Massenpolitik verlorengegangen sei. „Frau müßte doch m.E. gerade umgekehrt sagen, weil uns das zu feministisch und zu unrevolutionär ist, müssen wir die Frauenarbeit verstärken und daran arbeiten, das politische Niveau von Frauengruppen, in denen wir arbeiten, zu heben, revolutionäre Vorstellungen stärker in die Frauenbewegung hineintragen usw. Dazu ist es aber eine unbedingte Voraussetzung, sich in heftig genau und exakt von feministischen und unrevolutionären Vorstellungen abzugrenzen.“ (Ti, S. 50) Am Vortrag auf der Frauenversammlung haben Ti und andere ZL-Frauen diesen Standpunkt noch etwas drastischer vertreten, nämlich, daß wir überhaupt zu gemeinsamen Aktionen mit der Frauenbewegung kommen, ehe man sich zu Aktionen zusammenschließt, müsse man das Trennende diskutieren.

Kennzeichnend für die bedenkenlose Verworfung Lenins durch einige ZL-Frauen ist die Tatsache, daß triumphierend erklärt wurde, Lenin selbst habe ja schließlich erklärt: „Bevor man sich vereint, muß man sich erst einmal voneinander abgrenzen.“ (z.B. in „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück“) Ganz richtig, nur spricht Lenin dort unmissverständlich vom Zusammenschluß der revolutionären Partei, während die ZL-Frauen diesen Zitat auf Aktionsseinheiten, auf unser Herangehen an demokratische Bewegungen angewendet sehen wollen!

Wir haben in der letzten Zeit allerdings gute Erfahrungen damit gemacht, daß wir zusammen mit anderen Frauengruppen erstmal die gemeinsamen Interessen diskutiert haben, um eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen. Dabei kamen selbstverständlich – wie beim Thema „Frauen zum Bund – Neun dankte“ – sehr schnell auch Differenzen mit auf den Tisch.

„Wenn wir sagen, daß die Kommunisten für die Aktionsseinheit keinerlei Bedingungen stellen, keinen ‚Führungsanspruch‘ haben, so lehnen wir allerdings genauso entschieden die revisionistische Auffassung ab, zugunsten der Aktionsseinheit sollte ‚Alles Trennende in den Hintergrund treten‘. Aktionsseinheit bedeutet keineswegs Vertuschung vorhandener Gegensätze“ (KAB-AZ, Nr. 2).

Ein gutes Beispiel der jüngsten Zeit in diesem Sinne sind die Freigangsgespräche von Grünen und Bunte zur Bundestagswahl 1980, in denen es um die Erstellung eines gemeinsamen Programms geht. In dieser Diskussion vorhandene Gegensätze nicht zu vertuschen, heißt zum Beispiel für uns, daß der Kampf gegen den § 218 für uns unverzichtbarer Bestandteil eines Programms sein sollte und daß wir in so einem Bündnis so viele von unseren Vorstellungen durchzusetzen versuchen, wie irgend „machbar“ ist.

„Eine weitgehende Unfähigkeit in unseren Reihen ist in dem Punkt zu bemerken, mit ‚gemischten demokratischen Standpunkten‘ von Bündnispartnern auszukommen, daran diskutieren zu können.... Oft wird

an solche Leute so rangegangen, daß nur der unnützte Teil einer Position, einer Aussage gesehen, das Richtige aber übersehen und dieser potentielle Bündnispartner abgeschrieben, vor den Kopf gestoßen wird“ (UW 26, S. 12).

Die Genossin Ti will „revolutionäre Vorstellungen stärker in die Frauenbewegung hineintragen“. In diesem Zusammenhang kritisiert sie die Auffassung, „daß ein Maßstab für die Herausbildung kommunistischer Positionen der politische Entwicklungsstand unserer Bündnispartner oder gar das politische Klima in der Gesellschaft sein muß“. Ti spricht davon, daß es in der Zeit der Repression schwer sei, eine kommunistische Bündnispolitik zu machen und daß wir diese Phase unserer Arbeit nur überstehen könnten, ohne uns anzupassen, unterzugehen, wenn wir uns gegen unerwünschte Einflüsse abschotten, wie sie sagt: „Die Konturen wieder schärfer stehen!“ Wenn wir Vorstellungen in die Frauenbewegung hineintragen, so wird die „Schärfe der Auseinandersetzung“ unserer Meinung nach sehr wohl von den konkreten Bedingungen abhängig sein. Es müssen immer ganz konkret und differenziert ORT, ZEIT und BEDINGUNGEN berücksichtigt werden, um das im Interesse der Sache Beste herauszuholen und sich nicht um der „Konturen“ willen von vornherein ins Abseits zu stellen.

Ti meint, daß die Kommunisten ihren Bündnispartnern etwas voraushaben, nämlich die wissenschaftliche Sicht der Gesellschaft usw. (z.B. in „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück“) Ganz richtig, nur spricht Lenin dort unmissverständlich vom Zusammenschluß der revolutionären Partei, während die ZL-Frauen diesen Zitat auf Aktionsseinheiten, auf unser Herangehen an demokratische Bewegungen angewendet sehen wollen!

Wir haben in der letzten Zeit allerdings gute Erfahrungen damit gemacht, daß wir zusammen mit anderen Frauengruppen erstmal die gemeinsamen Interessen diskutiert haben, um eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen. Dabei kamen selbstverständlich – wie beim Thema „Frauen zum Bund – Neun dankte“ – sehr schnell auch Differenzen mit auf den Tisch.

„Wenn wir sagen, daß die Kommunisten für die Aktionsseinheit keinerlei Bedingungen stellen, keinen ‚Führungsanspruch‘ haben, so lehnen wir allerdings genauso entschieden die revisionistische Auffassung ab, zugunsten der Aktionsseinheit sollte ‚Alles Trennende in den Hintergrund treten‘. Aktionsseinheit bedeutet keineswegs Vertuschung vorhandener Gegensätze“ (KAB-AZ, Nr. 2).

Ein gutes Beispiel der jüngsten Zeit in diesem Sinne sind die Freigangsgespräche von Grünen und Bunte zur Bundestagswahl 1980, in denen es um die Erstellung eines gemeinsamen Programms geht. In dieser Diskussion vorhandene Gegensätze nicht zu vertuschen, heißt zum Beispiel für uns, daß der Kampf gegen den § 218 für uns unverzichtbarer Bestandteil eines Programms sein sollte und daß wir in so einem Bündnis so viele von unseren Vorstellungen durchzusetzen versuchen, wie irgend „machbar“ ist.

„Eine weitgehende Unfähigkeit in unseren Reihen ist in dem Punkt zu bemerken, mit ‚gemischten demokratischen Standpunkten‘ von Bündnispartnern auszukommen, daran diskutieren zu können.... Oft wird

den, angewiesen. Wir profitieren von der Bewegung, die u.U. von unseren Veröffentlichungen. Die Bewegungen um uns herum müssen als „Bereicherungen unseres eigenen Kampfes“ angesehen werden, wie F in „Thesen zur Krise“ (AK 162) schrieb

Zu welchen Problemen arbeitet die Frauenbewegung heute?

In der heutigen Frauenbewegung findet eine Entwicklung in die Richtung statt, sich zunehmend mit den realen Problemen der Masse der Frauen auseinanderzusetzen, sodaß exotische Themen über kräuterkochende Medizinerinnen, Matronen in der Steinzeit, Mythen von Mutter-Kind-Bindungen und vom weiblichen Mond, sogar Fragen der Sexualität sehr in den Hintergrund getreten sind. Artikel wie der zu Janssen-Jurist im AK 164 liegen daher völlig abseits von unseren Aufgaben, binden allenfalls Kräfte an ganz falschen Stellen und schwächen uns so in der Auseinandersetzung mit den reformistischen und revisionistischen Strömungen in der Frauenbewegung. Im Folgenden wollen wir einen Überblick über einige aktuelle Arbeitsfelder der Frauenbewegung geben.

§ 218
In den letzten Monaten ist die öffentliche Diskussion um den § 218 erneut entflammt, ausgelöst durch

die Demagogien konservativer Vertreter der Ärzteschaft, der Katholischen Kirche und der CDU/CSU. Diese Politik, die auch vor dem Hintergrund der kommenden Wahlen gesehen werden muß, zielt darauf ab, die Abtreibung generell wieder zu kriminalisieren. Dagegen gibt es in der Frauenbewegung bereits breiten Protest. Am 9.11. - 11.11. wird auf Initiative des Frankfurter Frauenzentrums ein bundesweites Treffen aller § 218-Gruppen stattfinden.

In einem gesonderten Artikel (AK 166) werden wir uns mit den Gruppen auseinandersetzen, die heute im Kampf gegen den § 218 Einfluß haben, und wie sich die bürgerlichen Parteien und linken Organisationen dazu verhalten. Festzustellen ist jetzt schon ein verstärktes Eingreifen sozialdemokratischer und DKP-Frauen in diese Bewegung, während der „Feminismus“ kaum eine Rolle spielt.

Frauen Arbeit

In den letzten zwei Jahren haben wir es nicht hauptsächlich mit den sogenannten Radikalfeministinnen zu tun, mit einer Ausnahme vielleicht auf dem Büroarbeiterinnenkongreß im Oktober 1978.

Das Treffen von Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Berufen war wohl der erste Ansatz von Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, sich mit Problemen von berufstätigen Frauen auseinanderzusetzen. Das war im

Sommer 1977 inzwischen haben insgesamt 11 Kongresse der „Technikerinnen“ stattgefunden und die Arbeit der einzelnen Gruppen, die sich an diesem Thema bildeten, hat sich stabilisiert. Die Frauen arbeiten in der Regel berufs- bzw. ausbildungsspezifisch und entwickeln Forderungen, um ihre Situation zu verbessern und die besondere Diskriminierung von Frauen in männerberrschten Berufen zu bekämpfen. Die Zahl der Teilnehmerinnen stieg von anfänglich 60 Frauen auf 270 Frauen.

Von Anfang an arbeiteten auch Frauen der DFI in diesem Bereich mit, die sonst auf Veranstaltungen der autonomen Frauenbewegung kaum bzw. gar nicht zu sehen waren.

Es wurden und werden eine ganze Reihe von Frauen angesprochen, die mit der Frauenbewegung an sich wenig zu tun haben, aber unter der besonderen Diskriminierung im Beruf leiden und dagegen etwas tun wollen.

Der zweite Bereich, in dem sich Frauen aus berufsspezifischem Interesse zusammenschließen, ist ein typischer Frauenbereich Sozialarbeit und Pädagogik. Über 1000 Frauen trafen sich im November 78 zu einem Kongreß mit dem Thema „Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern“. Organisiert wurde dieser Kongreß nicht, wie sonst meistens, von einem Frauenzentrum, sondern vom Verein für „Sozialwissenschaft-

liche Forschung und Praxis für Frauen.“ Die Initiatorinnen dieses Kongresses haben damit mobilisiert, daß eine „feministische Theorie“ für Frauen in Sozialarbeiterberufen entwickelt werden müsse. Diese Ideen wurden über Fachzeitschriften verbreitet. Aber gekommen sind die Frauen aus der Praxis, vor allem aus beruflichem Interesse, weniger aus Interesse an speziellen frauenspezifischen oder feministischen Fragestellungen.

Der nächste große Kongreß war das „Frauenforum im Revier“, eine Weiterentwicklung für Frauen von Frauen, im März 1979. Das „Frauenforum im Revier“ war ein wichtiger Schritt raus aus dem Insiderkreis. Die Vorbereitung des Frauenforums konnte gründlicher laufen als die anderer Kongresse, da zwei Frauen für diese Arbeit bezahlt wurden. Es wurde sehr breit mobilisiert und Wert darauf gelegt, daß sich Hausfrauen und Arbeiterinnen auch angesprochen fühlen. Es kamen über 5000 Frauen.

Themen des Forums waren Frauenarbeit, Frauenarbeit in Haushalt und Familie, Frauenerwerbsarbeit und Frauenarbeit im Bildungsbereich.

Frauen gegen Atom und Militär
Die im Moment letzte Stufe dieser Entwicklung der Öffnung der Frauenbewegung und des Herauskommens der Frauen aus den Zentren war der „Courage-Kongreß „Frauen gegen Atom und Militär“ im September

dieses Jahres.
Dieser Kongreß wurde direkt von der „Courage“ vorbereitet; beteiligt waren aber die verschiedensten Frauen und Organisationen.

Es ist schon ein Novum, wenn sich Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, aus der Ökologiebewegung, aus BI's, aus alternativen Listen, aus bürgerlichen Parteien, aus linken Organisationen, und Frauen aus dem traditionellen Antimilitarismus- und Friedensbewegungskreis treffen, um gemeinsame Strategien für den Kampf zu entwickeln.

In dieser Entwicklung hat die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischem Gedankengut und mit dem Revisionismus einen viel größeren Stellenwert bekommen als die Auseinandersetzung mit den radikalen Feministinnen. Berufstätigkeit der Frau ist zum Beispiel schon immer ein Thema der Sozialdemokraten gewesen, ebenso für die DKP bzw. DFI. Antimilitarismus und Friedensbewegung ist traditionelles Terrain der DKP.

Hier gilt es für uns, in Zukunft das Schwergewicht in der Auseinandersetzung zu legen! Auch in der Politik um die Bundestagswahlen 1980 bekommt die Auseinandersetzung mit SPD- und DKP-Frauen besondere Bedeutung. Wenn sich die ZL-Frauen daran beteiligen wollen, sind sie willkommen!

Frauen der AG Frauen Hamburg, mit Unterstützung anderer Genossinnen

Zur Entwicklung der Frauenbewegung

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Union ist Info-Ständen der DFI...“ über die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Widersprüche in einzelnen Gruppen

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Widersprüche in einzelnen Gruppen

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

Mit den hier abgedruckten Artikeln zur Politik der DFI und zum Kampf gegen die Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung soll ein Anfang gemacht werden, um die von der ZL praktizierte opportunistische Debatte um unsere Innenpolitik (Motto „Re-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-

und gegen die frauenfeindlichen Lebensbedingungen zu kämpfen“.
Das Totschweigen der Lesben wollen sich die Kölner Frauen (linkschwer) auch nicht mehr gefallen las-



Frauen gegen Atom und Militär

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

der letzten Zeit innerhalb der Frauenbewegung war der Anti-Militär- und Anti-Atom-Kongreß am 15./16. September in Köln. Auf Einladung der

stellte dies dann zwar als „Mißverständnis“ hin (siehe z.B. „Diskoextra“); allerdings wurde durch ihren Kongreß der „Obstolen Form“

Frauenmilitarisierung. Auseinander-
gesetzt wird sich darüber hinaus mit
der schleppenden Militarisierung der
Frauen durch die Propagierung des
„Sozialen Jahres“

Neben den Beiträgen von Frauen
aus der Frauenbewegung, die sich vor-
 allem auf die aktuelle Auseinander-
setzung um die Frage der Einbezie-
hung der Frauen in die Bundeswehr
beziehen, haben eine Reihe von
Frauen aus der antimilitaristischen
und Friedensbewegung wichtige
grundlegendere Fragen der Frauen-
militarisierung aufgearbeitet ver-
sucht. So schrieben Hanne Birken-
bach und Eva-Maria Bannach-Epplo
bereits im Juni 1977 in den „Anti-
militarismus-Informationen“ Beiträge
zu Themen wie „Die Meinung der
Frauen zur Bundeswehr“, „Gedan-
ken über den geringen antimilitari-
stischen Organisationsgrad von Fra-
uen“, eine Analyse zu „Frauen in der
Bundeswehr“

Eva-Maria Bannach-Epplo (Übrigens
einzige weibliche und oppositionelle
Mitglied im Bundesvorstand der
DFG/VK) hat im Oktober 1978 die
Initiative ergriffen zur Herausgabe
von Rundbriefen zum Thema „Frau-
en gegen Kriegsdienste“. Über diese
Rundbriefe regte sie das erste anti-
militaristische Frauentreffen an, das
im Mai dieses Jahres zustandekam –
unter Beteiligung von ca. 70 Frauen
aus Frauengruppen, aus DFG/VK-
Gruppen, der ASF (SPD-Frauen),
Frauen aus der Graswurzelbewegung,
KB-Genossinnen und Frauen aus
kirchlichen Gruppen.

Die Frauen der Graswurzel-Beweg-
ung haben seit einiger Zeit mit
einer kontinuierlichen Berichterstat-
tung zum Thema „Frauen zum Bund“
angefangen. In ihrer Zeitung „Gras-
wurzel-Revolution“ werden Themen
aufgegriffen wie: Die Militarisierung
der Frauen in Griechenland, Pro-
blematik der Schwesternhelferinnen
Beiträge zur aktuellen Auseinander-

setzung aus der Sicht der Graswur-
zel-Frauen. Als eine Möglichkeit der
Gegenwehr propagieren sie die vor-
beugende Verweigerung der Zwangs-
dienstverpflichtung, zu der Frauen
nach den Notstandsgesetzen heran-
gezogen werden können.

Die Selbstorganisation der Zivil-
dienstleistenden (SOZDL) hat sich
auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz
im Herbst 1978 gegen die Pläne für
eine allgemeine Dienstpflicht aus-
gesprochen. In ihrer Zeitung
„DISKOFO“ (Jan 79) wird ausführ-
lich zu diesem Thema berichtet. Ge-
schichte der Frauenmilitarisierung
in der BRD, unter dem Hitler-
Faschismus, Frauen in der Armee in
Israel und den USA. In einem „Of-
fenen Brief an die EMMA“ schreibt
die Redaktion: „Wir fragen Euch
Welche Macht ist es, die ihr da ero-
bern wollt? Ist es die Macht, in an-
deren Ländern einzumarschieren,
Völkermord zu begehen? ... Wollt
ihr teilhaben an der Macht, im
Innern für Ruhe und Ordnung zu
sorgen? ... Wollt ihr tatsächlich
gleichberechtigt mit den Männern
durch den Schlamm kriechen, euch
unterordnen unter sinnlose Befehle?“

Wesentliche Aktivitäten gegen die
Frauenmilitarisierung gehen heute
auch aus von Frauen aus der tradi-
tionellen (DKP-nahen) Friedensbe-
wegung. Die Wochenzeitungen „Tat“
und „DVZ“ berichten regelmäßig
die „Zivilcourage“ (Mitgliederzeitung
der DFG/VK) beschäftigt sich in
zwei Ausgaben ihrer Zeitung
schwerpunktmäßig mit diesem The-
ma. Gemeinsam ist allen diesen
Stellungnahmen, daß sie die Vor-
bereitungen für die Militarisierung
der Frauen einordnen in die wach-
sende Gefahr des Wehrzustands, die
den „weitesten Entspannungsbemü-
hungen“ entgegensteht. „Die Ein-
führung einer Wehrpflicht für Frauen
steht im Widerspruch zu den Bemü-
hungen um Entspannung und Ge-

waltverzicht, den Erfordernissen zur
Einschränkung des Wehrzustands, zur
Truppenreduzierung und den Be-
mühungen um Abrüstung“ (Presse-
erklärung des DFG/VK-Bundesvor-
standes, 24.2.79)

In eine ähnliche Richtung geht
auch die „Stellungnahme von 83
Frauen“ (unter ihnen viele Schrift-
stellerinnen, Schauspielern, Arz-
tinnen, usw.), die im Juni dieses
Jahres veröffentlicht wurde. „Frauen
dienstpflicht würde unsere Gesell-
schaft von Grund auf militarisieren.
Das ließe der Hauptaufgabe zuwider,
die sich der Bundesrepublik heute
stellt: die Entspannungspolitik fort-
zusetzen und keinesfalls durch Maß-
nahmen auf militärischen Gebiet
zu stören. ... Wir Frauen wissen
schon lange, daß ein würdevolles
Leben für Mann und Frau sich nur
entfalten kann, wenn der Rüstungs-
haushalt entschieden gekürzt wird.“
 („Tat“, 15.6.79).

Die gleiche politische Stoßrich-
tung findet sich selbstverständlich
auch in den Stellungnahmen der DFI.
Auch Teile der grünen- und
Ökologiebewegung haben deutlich
gegen die Frauenmilitarisierung Stel-
lung bezogen. Beispielsweise hat
nur zwei Stellungnahmen zitiert Die
AUD setzte sich im Dezember '78
in den „Unabhängigen“ mit der
„Emanzipationsthese“ von Alice
Schwarzer auseinander.

Auch Petra Kelly, Spitzenkandi-
datin der Grünen bei den Euro-
Wahlen, engagiert sich heute an
dieser Frage – sie hielt eines der
Referate auf dem Kölner Frauen-
kongress.

Nicht unerwähnt bleiben sollen
die Initiativen, die aus gewerkstäl-
lichen und sozialdemokratischen
Kreisen gegen die Frauenmilitari-
sierung ergriffen worden sind. So sprachen
sich die Jungsozialistinnen gegen
die „Öffnung“ der Bundeswehr
für Frauen aus, Frauen aus der ASF

beteiligten sich an Veranstaltungen
und Podiumsdiskussionen. Das 10.
Frauenkongress der IG Metall
sprach sich gegen die Einbeziehung
der Frauen in die Bundeswehr und
gegen eine Dienstpflicht für Frauen
aus. Sie forderte den Vorstand der
IG Metall auf, entschieden und
öffentlichkeitswirksam gegen alle
Pläne zur Integration der Frauen
in die Bundeswehr einzutreten. Über
Artikel in allen gewerkschaftlichen
Publikationen das notwendige Pro-
blembewußtsein in der Mitgliedschaft
zu schärfen.

Wie weiter?

Aufgrund dieses ersten Überblicks
über den Stand der antimilitari-
stischen Frauenarbeit wollen wir
versuchen, einige Schlussfolgerungen
für die weitere Arbeit zu ziehen.

Gegen die Frauenmilitarisierung
engagieren sich heute Frauen aus den
unterschiedlichsten politischen
Gruppen und Organisationen, dem-
entsprechend gibt es heute weder
eine gemeinsame Einschätzung über
die Gefahr einer Frauenpflicht/Öffnung
der Bundeswehr für die
Frauen, noch gibt es bislang eine ge-
meinsam erarbeitete und getragene
Perspektive, wie der Kampf gegen
die Frauenmilitarisierung zu führen
ist. Allerdings ist es heute möglich,
trotz unterschiedlicher politischer
Positionen gemeinsam zu diskutieren
und gemeinsame Aktivitäten zu pla-
nen, und zwar über die Grenzen der
traditionellen „Unvereinbarkeitsbe-
schlüsse“ hinweg.

Deutlich wurde dies nicht nur
beim Kölner Frauenkongress, son-
dern auch in einer Reihe von Po-
diumsdiskussionen, die gemeinsam
von Frauen aus den Gewerkschaften,
Sozialdemokratinnen, DFI- und
DFG/VK Frauen, Frauen aus der
Bunten Liste, Frauen aus kirchlichen
Bereichen, der Graswurzelbewegung
getragen wurden. In dieser Offen-

heit der politischen Diskussion le-
der eine Rarität in der politischen
Landschaft der BRD – liegt für die
antimilitaristische Frauenarbeit eine
gute Möglichkeit, Standpunkte und
Aktivitäten gemeinsam weiterzuent-
wickeln.

Trotz vieler politischer Dif-
ferenzen gibt es unter den aktiven
Teilen aus der Frauen- und Friedens-
bewegung zu einer Frage allerdings
keinerlei Differenzen. In der ein-
helligen Ablehnung der „feministi-
schen“ Positionen von Alice Schwar-
zer. Deutlicher Ausdruck hiervon
ist die mit überwältigender Mehrheit
angenommene Resolution auf dem
Kölner Kongress (s. AK 164). Viel
wichtiger ist heute die Diskussion
und Auseinandersetzung um pazi-
fistische Standpunkte (Prinzip der
Gewaltfreiheit), um revisionistische
Standpunkte von der „Haupttendenz
Entspannung“, um die Perspektive
unseres Kampfes – Frauen gegen
Kriegsdienste? Frauen gegen Krieg?
oder ... Sind wir für einen „Zivil-
dienst von Frauen“ oder lehnen
wir jede staatliche Zwangsdienst-
verpflichtung für Frauen ab?

Für die Beantwortung vieler Fra-
gen fehlen heute noch umfassende
gründliche Analysen. Zu wenig
wissen wir bislang über den augen-
blicklichen Stand der Frauenmili-
tarisierung, über die Versuche, die
„schleichende Militarisierung“ (über
die sogenannten freiwilligen sozialen
Dienste) durchzusetzen. Zu wenig
haben wir uns bisher auch beschäf-
tigt mit der Geschichte des Kampfes
gegen die Militarisierung der Frauen
im 1. Weltkrieg, in der Weimarer
Republik und im Hitler-Faschismus.
Hier sollten in der nächsten Zeit
unsere Arbeitsschwerpunkte liegen.

Eine Genosin der AG Frauen

Frauenpartei gegründet – und schon heftig umstritten



Eva Rath

Auf Initiative von Eva Rath – ehe-
mals aktives ASF-Mitglied – traf sich
Ende Mai erstmals ein Kreis von
Frauen, der die Gründung einer
Frauenpartei beschachtelte. Die
Gruppe erstellte einen Programmvor-
schlag, den sie an die Frauenzeit-
schriften EMMA und COURAGE
und an Frauenzentren schickte.

Am 30.9.79 ist nun die Frauen-
partei von 25 Frauen gegründet
worden. Die Frauen wählten einen
Vorstand und informierten die Me-
dien über die Gründung. In der Prä-
ambel ihres vorläufigen Programms
schreiben sie:

Sie wollen in die Parlamente, um
frauenfeindliche Gesetze zu verän-
dern, wenn sie es schaffen, wollen
sie an der kommenden Bundestags-
wahl teilnehmen. Die Frauenpartei
hat bisher 100 Mitglieder.

Die Reaktionen auf der Sommeruni

Im Rahmen der Sommeruniversi-
tät für Frauen in Westberlin vom 1.
– 6.10. waren u.a. einige Veranstal-
tungen zum Thema Frauenpartei an-
gekündigt. Der größte Teil der Frau-
en war recht empört darüber, daß
die Frauenpartei sich bereits gegrün-
det hat, ohne die Diskussion mit
den Gruppen der autonomen Frau-
enbewegung gesucht zu haben, wofür
sich gerade die Sommeruni als Fo-

rum angeboten hätte.

In einer Podiumsdiskussion mit
Vertreterinnen von Frauenpartei,
EMMA (A. Schwarzer), COURAGE
(S. Plogstedt), AL Westberlin, Doro-
thee Vorbeck (ehemals SPD), H. Pe-
tra (Neues Forum Wien), A. Bruns
(SPD) und einer Gruppe der
Frauenpartei (und B. Clasen
(„Schwarze Bohle“) kamen aus dem
Plenum Stimmen, die der Frauen-
partei vorwarfen, Illusionen ins Pa-
lament zu wecken, die nun einset-
zende Diskussion um die Frauen-
partei binde. Kritik der autonomen
Frauenbewegung, die sinnvoller für
die Entwicklung anderer, außerpar-
lamentarischer Organisationsformen
eingesetzt werden könnten. Ähnlich
argumentierte Alice Schwarzer. Die
Frauen haben die als Bittsteller (bei
Parteien) etwas durchsetzen können,
sondern nur durch außerparlamentari-
schen Druck, und Frau müsse
überlegen, wie dieser zu verstärken
sei. Zur Frage eines Eingreifens in
die Bundestagswahl erklärte sie unter
großem Beifall, daß sie dem „kleinen
Übel“ nicht noch einmal die
Stimme geben wird. So schlägt einen
aktiven Wahlboykott vor (Hier
wurde sowohl ihr als auch der Frau-
enpartei vorgeworfen, den Grünen
und Bunten Stimmen zu entziehen
und u.U. der CDU/CSU zu einem
Wahlsieg zu verhelfen).

Dorothee Vorbeck warf der Frau-
enpartei vor, sie behandle die Frau-

en als Objekte und mache wieder
Stellvertreterpolitik. Die Frauen
könnten nur als Handelnde ihre For-
derungen durchsetzen.

Sybille Plogstedt (Courage) su-
berte sich als einzige positiv zu dem
Gedanken einer Frauenpartei. Es
habe bisher noch keine Revolution
ohne eine Partei gegeben. Bei den
bestehenden Parteien würden die
Frauen nicht ernst genommen.

Die Tageszeitung, die in mehr-
eren Ausgaben über die Frauenpar-
tei berichtete, äußerte sich selbst
bisher nur im Vorwort zu einem
Abdruck von Auszügen des Pro-
gramms der Frauenpartei.

Innerhalb der Redaktion war es
umstritten, ob überhaupt Program-
mzüge veröffentlicht werden sollen
mit Forderungen, „die teilweise auch
von anderen Parteien vertreten wer-
den. So fordert inswischen selbst die
CDU ein Erziehungsgeld, wenn auch
aus anderen Motiven“. So beschränk-
ten sich die „TAZ“ auf den Teil, den
sie „für den zentralen“ hielt. „Dem
Programm mehr Raum zu geben,
würde ihm eine Bedeutung geben,
die wir ihm nicht zuzurechnen“.

Noch eine zweite Frauenpartei?

In München existiert um Hanne-
lore Mabry („Der Feminist“) ein
Förderkreis zur Gründung einer femi-
nistischen Partei (FFP), dessen Kon-
zept auf der Sommeruni in einer Ver-
anstaltung vorgestellt wurde. Der
FFP steht der Zeitpunkt für eine
Partei Gründung noch lange nicht ge-
kommen. Sie wollen zunächst das
Patriarchat analysieren. Ziel sei nicht
Gleichberechtigung, sondern die Ab-
schaffung des Patriarchats. Männer
könnten in der Partei Mitglied wer-
den, da ein feministisches Bewußt-
sein keine Frage des Geschlechts
sei. (Alle Informationen nach „TAZ“
vom 2.10., 8.10., 9.10., 11.10.79)

Einige Persönliche Gedanken

Die sich erstmal auf die Frage
„Ist eine Frauenpartei gut oder
schädlich?“ beschränken sollen. (Mit
dem Programm der Frauenpartei wol-
len wir uns nochmal gesondert befas-
sen).

Auf die ersten Berichte im AK
über die Entstehung einer Frauen-
partei habe ich mit ziemlichem Un-
verständnis reagiert. Wozu noch eine
besondere Frauenpartei, die Frauen
haben doch die Möglichkeit, in alter-
nativen Listen mitzubereiten und
können ihre Forderungen dort recht
uneingeschränkt einbringen? Ich
dachte mir jedoch, daß eine solche
Frauenpartei irgendwie die vielfältige
Arbeit der autonomen Frauenbewe-
gung und deren Forderungen zu-
sammenfassen und in Wahlkämpfen
und Parlamenten einbringen könnte,
also die Teile der Frauenbewegung
vertreten würde, die heute ihren

Schwerpunkt ausschließlich auf die
Arbeit mit und für Frauen legen und
keinerlei Energie in Auseinander-
setzungen mit Männern in gemächten
Gruppen und Listen stecken wollen.
Das fand ich positiv, gerade weil
die Frauenbewegung bei ihrer Arbeit
in Frauenhäusern, psych. Beratung,
Entscheidungshilfe etc.

Entscheidungshilfe etc. in
Entscheidungshilfe für Frauen
immer wieder in Auseander-
setzungen mit Parlamenten treten
müssen und z.B. durch Abgeord-
nete bessere Ausgangsbedingungen
hätten. Insofern sind und sehe ich
in einer Frauenpartei eine Ergänzung
und nicht automatisch eine Spaltung
der alternativen Wahlbewegung. Ob
es zu einer Spaltung wird, hängt m.E.
davon ab, ob sowohl alternative Lis-
ten wie Frauenpartei zu einer soli-
darischen Zusammenarbeit in der La-
ge sind und ob beispielsweise bei
Wahlen Kandidatenabsprachen etc.
zustandekommen. Bisher ist mir eine
Ablehnung einer solchen Zusam-
menarbeit seitens der Frauenpartei
nicht bekannt.

Die Absicht, mit der autonomen
Frauenbewegung zusammenzuarbei-
ten und deren Forderungen im Pa-
lament einzubringen, – die von der
Frauenpartei selbst bekundet wor-
de – hat sie sich durch ihr Vorgehen
erstmal ziemlich verheißt. Auch
wenn ich der Frauenpartei nicht vor-
werfen würde – so wie auf der Som-
meruni geschehen – daß sie keine
Diskussion mit der autonomen Frau-
enbewegung gesucht habe (immerhin
hat sie ihre Ideen und ihr Programm
mit der Bitte um Stellungnahme
überall bekannt gemacht), hätte sie
nach den spärlichen zwei, auch noch
abnehmenden, Reaktionen aus der
Frauenbewegung eine stärkere Über-
zeugungsarbeit leisten müssen.

Auf der Sommeruni hat sich ge-
zeigt, daß eine anscheinend recht
starke Strömung die Arbeit in Pa-
lamenten überhaupt ablehnt und sie
gegen die außerparlamentarische Ar-
beit ausspielt. Dem hätte von der
Frauenpartei mit positiven Erfah-
rungen entgegengetreten werden kö-
nnen.

Die autonome Frauenbewegung
halte – vielleicht besser halte – ich
aber nur für eine mögliche Basis
einer Frauenpartei. Auf der anderen
Seite ist da m.E. noch der Kreis
von älteren Frauen, Hausfrauen, von
der SPD enttäuschten Frauen, die
aber alle gemeinsam den Glauben ha-
ben, daß mit den richtigen Frauen
und Forderungen und über Reformen
im Parlament wirklich etwas an der
Lage der Frauen verbessert werden
kann. Ich glaube, daß diese Frauen
in der Vergangenheit nicht alternati-
ve Listen, sondern die SPD mit argen
Bauchschmerzen gewählt haben, aber
ihre Stimme einer Frauenpartei ge-
hen würden.

Eine Genosin der SSB-Frauengruppe
Hamburg

Ein bunter „Frankfurter Frauentag“

Unter dem Motto „Frauen enga-
gieren sich“ fand am 13.10.79 der
alljährlich vom evangelischen Pfarr-
amt für Frauenarbeit veranstaltete
„Frankfurter Frauentag“ statt.

In diesem Jahr bekam der Frauentag
zum ersten Mal einen ganz neuen
Rahmen: während in den letzten
Jahren fast ausschließlich über die
evangelischen Pfarrerinnen Frauen zu ei-
nem Vortrag mit anschließendem
Gespräch eingeladen wurden, sprach
Jutta Jürges, eine in der Frauenarbeit
sehr engagierte Pfarrerin, dieses Mal
alle Gruppen, Initiativen, Projekte und
Stellen an, die sich mit der besonde-
ren Situation von Frauen beschäfti-
gen. So entstand dann im großen Saal
des Dominikanerklosters, in dem der
Frauentag stattfand, ein kunterbun-
ter „Markt“ von Ständen, mit
denen folgende Gruppen ihre Arbeit
vorstellten:

IAF (Initiativkreis der mit Auslän-
dern verheirateten deutschen Frau-
en), Verband alleinerziehender Mütter
und Väter (VAMV), Haus Zuflucht
Efm, ASF (SPD), Frankfurter Frau-
enaktion Südafrika, Verbraucher-
schutzverband, Aktion Notwende

(Betreuung von Strafgefangenen und
deren Familien), Frankfurter Frauen-
haus, Frauenzentrum Dreieich, Ak-
tionskomitee Kind im Kranken-
haus, Initiative „Frauen zum Bund?
Nein Danke!“, Gesellschaft für be-
drohte Völker, KB-Frauengruppe,
Anlaufstelle für straffällig gewordene
Frauen.

Unerwartet hoch war auch die
Besucherinnenzahl: ungefähr 300
Frauen aller Altersstufen fanden sich
zwischen Büchertischen, Wandzei-
tungen und Stellwänden zu angereg-
ten Gesprächen zusammen.

Nachmittags trafen sich in der
selben offenen Atmosphäre fünf
Arbeitsgruppen zu folgenden The-
men:
1. Apartheid unter uns.
2. Feministische Theologie.
3. Weibliche Identität.
4. Frauen in Not.
5. Das Eigenleben der Frau in der
Familie.

In der Arbeitsgruppe „Frauen in
Not“ diskutierten ca. 20 Frauen, die
zum Teil durch ihre Arbeit im Frau-
enhaus, im Ehe- oder sonstigen Be-
ratungsstellen mit den besonderen

Problemen von Frauen konfrontiert
sind, darüber, inwieweit diese Pro-
bleme die individuellen der jeweiligen
Frauen sind oder aber gesellschaftliche
Ursachen haben, von denen
wir auch direkt betroffen sind.
Nach einer lebhaften Diskussion,
in der viel von unseren jeweiligen
praktischen Erfahrungen einfloß,
wurde noch verstärkt auf die Ar-
beitsweise des Frankfurter Frauen-
hauses eingegangen und die finan-
zielle Misere des Projekts erläutert,
worauf die anwesenden Frauen be-
schlossen, verstärkt Spender zu mobi-
lizieren und die demnächst stattfin-
dende Veranstaltung des Frauenhaus-
es zu besuchen.

Nach den Arbeitsgruppen tauschte
frau in lockeren Gruppen bei Wein
und Brot die neugewonnenen Ein-
drücke aus.

Alles in allem, ein gelungener und
nachhaltigwerter Versuch, von der
evangelischen Kirche über die ASF
bis zum KB alle in der Frauenpo-
litik aktiven Gruppen zu einem Er-
fahrungsaustausch zusammenzubrin-
gen.
KB-Frauengruppe Frankfurt



Kampf dem Chauvinismus — aber wie?

Unbestritten in der laufenden Auseinandersetzung zwischen ZL und AG Frauen (bzw. LG-Mehrheit) scheint uns die Einschätzung zu sein, daß wir aktuell u.a. mit einem Aufblühen des Chauvinismus in der Organisation und nicht nur dort — konfrontiert werden. Zur Erinnerung: In Abgrenzung zu Ha./K. aus Göttingen schrieb die ZL in ihrem ersten Artikel (AK 160) von der „berechtigten Angst (der Genossinnen) vor einem schlechenden Roll Back chauvinistischer Tendenzen“. Strittig scheint uns die Frage, wie gegen diese Tendenzen angegangen werden soll. In unserem Artikel wollen wir uns mit diesem Problem anhand einer relativ aktuellen Auseinandersetzung über chauvinistische Tendenzen bei uns (im KB-Bereich Barmbek) auseinandersetzen. Die im folgenden von uns kritisierten Erscheinungen wurden von uns zum Teil mitgetragen, insofern ist der Artikel auch als Selbstkritik zu verstehen.

„Ihr fühlt Euch viel zu wenig bedroht — ändern wir's!“

Unter der Überschrift „Siegfried Knittel im KB“ veröffentlichte die Frauenzelle Barmbek im AK 154 einen Artikel gegen ein „Chauvi-Papier“ eines Genossen. Der Genosse hatte in einem dreiteiligen Papier zu dem Leserbrief, zum Thema: „Die psychische Gewalt gegen Frauen im KB“ (AK 151) Stellung genommen. In diesem Leserbrief beschrieb eine Genossin verschiedene Vorgehensweisen des psychisch unter Drucksetzenden in ihrer Beziehung und schlußfolgerte: „Wir müssen raus aus unserer Kampfunfähigkeit und dahin kommen, in den Zellen, den VV's und wo auch immer die Typen so unter Druck zu setzen, daß sie gezwungen sind, so ein Verhalten abzuliegen und sich von ihnen hinweg mit diesen zu beschäftigen.“

In seinem Beitrag „Knittel-Papier“ verurteilt der angegriffene Genosse man verschiedene Konzepte gegen ihn erhobene Vorwürfe gerade zurück, kommt aber gleichzeitig auch zu verschiedenen unbestritten frauenfeindlichen Positionen. In einer weiteren Stellungnahme begründet er sein erstes Papier u.a. mit: „Ich habe nicht nur deshalb ein solches Papier geschrieben, weil ich in die Welt gestellt und ausgeschimpft wurde, sondern auch, weil der im Grunde gute Wille und die Bemühungen von mir, die Situation, in der wir stecken, zu unserer Zufriedenheit zu verändern, ganz außer acht gelassen wurde.“

Zurück zum Kern: Wie haben wir im Bezirk den Kampf gegen die psychische Gewalt nicht nur deshalb in ein solches Papier geschrieben, weil ich in die Welt gestellt und ausgeschimpft wurde, sondern auch, weil der im Grunde gute Wille und die Bemühungen von mir, die Situation, in der wir stecken, zu unserer Zufriedenheit zu verändern, ganz außer acht gelassen wurde...“

Zurück zum Kern: Wie haben wir im Bezirk den Kampf gegen die chauvinistischen Tendenzen“ geführt?

Im Artikel der Frauenzelle zu dem oben erwähnten Papier schrieben die Genossinnen: „Daß sich jemand für (Hervorb. d. Verf.), so ein Papier zu schreiben, ist nur möglich,

weil wir Frauen uns in der Defensive befinden. Ihr fühlt Euch noch viel zu wenig bedroht — ändern wir's!“

Der letzte Satz war auch Motto einer Bezirksschulung zu Frauenfragen. Ein Genosse schrieb in seiner Stellungnahme: „Ich fordere die Genossinnen, die offen getriggert haben, daß sie sich einen Dreck um die Frauenfrage kümmern, auf, zu überlegen, auf welcher Grundlage sie eigentlich im KB mitarbeiten wollen. Wenn ihr, zumindest für Euch, die Frauenpolitik aus Eurer Arbeit streichen wollt, dann zieht die richtige Konsequenz und trittet aus. Eigentlich hatte ich vor, die Beurteilung dieser offensten Chauvinisten zu fordern. Ich mußte aber immer mehr feststellen, daß es hier nicht um nur zwei Frauenfeinde geht, sondern um einen viel größeren Haufen im Bezirk. Denn gerade die schweigenden Dulder und Unterstützer sind es doch, die Blockadereaktionen wie die auf der letzten VV erst möglich machen. Gerade auch diese Leute sollten sich überlegen, ob sie endlich Position beziehen (und zwar eine chauvi-feindliche) oder ob sie sich zusammen mit den Chauvinisten lassen wollen, um mehr Mühe für diese Frage zu haben. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, denn: Schweigend sind Unterstützer und Unterstützer sind Unterdrücker.“

Eine andere Stellungnahme zu dem „Knittel-Papier“ enthielt u.a. folgende Passage: „Ich fordere ja auch nicht einen Faschismus auf, seine Standpunkte offen zu vertreten, damit man darüber diskutieren kann, sondern ich bekämpfe seine Meinungsfreiheit ganz einfach! Mit dem Unterschied natürlich, liebe Genossinnen, daß ich mit einem Faschismus absolut nichts gemein habe, mit einem ZL aber in einem chauvinistischen Untergrund.“

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen?

Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

Sicher, kein Kommunist, männlich oder weiblich, fragt sich über Frauenrechte. Die meisten haben aber ihren eigenen Interessen. Die meisten haben aber ihren eigenen Interessen.

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen? Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen? Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

gen). Was haben die Genossinnen davon, wenn die Barmbeker Genossen in Zukunft aus Angst sich nicht mehr „trauen“, ihre Vorstellungen bezüglich der Frauenpolitik auf den Tisch des Hauses zu packen?

Wir verstehen, wenn Genossinnen „das kalte Kotzchen“ über die immer wieder hochkommende Frauenfeindlichkeit der eigenen Mitkämpfer kriegen. Wir verstehen auch, daß — wie auf allen Gebieten des langwierigen Kampfes — die Genossinnen resignativen Stimmungen verfallen und endlich mal keine Chauvi-Papiere mehr diskutieren wollen. Verstehen ja — aber wir kommen eben nicht umhin, auf lange Sicht (bis weit nach der proletarischen Revolution), den Kampf zu führen.

Bedauerlicherweise haben zwei Genossinnen der AG Frauen gerade diese Stimmungen auf einer Bezirksvollversammlung unterstützt und bestärkt.

In einem Brief an die Mitglieder des Barmbeker Bezirks bringt die Genossin A. aus der AGF, die an besagter VV teilgenommen hat, die unseres Erachtens falschen Vorstellungen auf den Punkt: „Gemeint war, daß solche Papiere, wo es um die Auseinandersetzung mit Chauvi-Standpunkten in den Köpfen einiger Genossen geht, ein Armutszeugnis für die betreffende Einheit im KB sind... Weil es eben immer noch Männer gibt, die sich Frauen, diesen Chauvinismus darzulegen und Diskussionen darum fordern. Solche Diskussionen helfen uns auf, ich habe mich weiter gegen die Argumentation gewandt, daß es doch nötig sei, die Dinge zu diskutieren, da die Genossen sonst mit falschen Ideen und Meinungen rumlaufen... In dem Zusammenhang bin ich darauf eingegangen, daß wir mit dieser Argumentation ein kein vergleichbares Thema wie z.B. Rassismus herangehen. So etwas ist doch von uns her zu erwarten.“

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen? Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen? Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

Gegen den Rückzug aus der Auseinandersetzung mit dem Chauvinismus

Gegen den Rückzug aus der Auseinandersetzung mit dem Chauvinismus

Obwohl wir es begrüßen, unser Vorgehen öffentlich weiter zu diskutieren, bedauern wir, wieder auf ein Papier eingehen zu müssen, das bereits in AK 154 Gegenstand eines Artikels von uns war. Wir sehen darin die Gefahr, ein Beispiel chauvinistischen Gedankens überstrapazieren, zumal der betreffende Genosse bereits einige Positionen aus seinem ersten Papier zurückgenommen hat. (Wir meinen trotzdem natürlich nicht, daß die Sache „gegessen“ ist.)

Wenn uns auch von den Diskussionen her oft nicht mehr klar ist, um welche Punkte die Genossen der ZL-Position überhaupt mit uns in Hülle und Fülle streiten, so ist es doch wieder die Frauenfrage, um der die Differenzen deutlich werden.

Der Leserbrief der beiden Genossinnen, konfrontiert mit den tatsächlichen chauvinistischen Positionen, mit denen wir es im Bezirk zu tun hatten und zum Teil auch noch haben, dokumentiert ein trauriges Kapitel der ZL-Position im Kampf gegen den Chauvinismus. Während in Bezug auf den Feminismus „scharfe ideologische Abgrenzung“ (beides Zitate aus dem „Grauzonen“-Artikel) gefordert werden, werden im Leserbrief der beiden Genossinnen Konturen aufgewischt, werden die tatsächlichen chauvinistischen Positionen abgeschwächt, ja beschönigt.

Wir meinen, daß die Genossen mit ihrem Leserbrief dem Chauvinismus Vorschub leisten und den Chauvinismus den Kampf schwellen lassen. Dies nicht, weil sie die Form des Vorgehens kritisieren, sondern weil zumindest der eine Autor, U.L., weit hinter die bereits erarbeitete ideologische Auseinandersetzung zurückfällt und weil sie jenes Chauvi-Papier in ihrem Leserbrief heute in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen und damit beschönigen.

Um dies zu verdeutlichen, möchten wir die damalige Einschätzung von U.L. seiner heutigen entgegensetzen.

Chauvinismus entwirft uns eher, als daß sie dem Chauvinismus den Boden entzieht. Das wird besonders deutlich vor dem Hintergrund, daß wir ja gerade davon ausgehen, daß noch viele andere Genossen, auch speziell bei uns in Barmbek, dem „Knittel-Papier“ einige positive Seiten abgewinnen, oder wie es die Frauenzelle im AK formuliert, hier nur „die Spitze des Eisberges“ auftaucht.

Das wird auch besonders deutlich, wenn wir bedenken, daß wir mit jedem neuen (männlichen) Mitglied oder Sympathisanten ein weiteres Stück Frauenfeindlichkeit aufnehmen.

Der Chauvinismus in den Köpfen hängt eben ursächlich mit der gesellschaftlichen Stellung von Mann und Frau zusammen. Daraus ergibt sich kein Freibrief für Frauenfeindlichkeit, sondern vielmehr die Notwendigkeit, gegen den sich immer wieder neu reproduzierenden Chauvinismus einen langandauernden ideologischen Kampf zu führen.

Mao schreibt in seiner Schrift „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“: „Versuche, ideologische Probleme oder Fragen von Richtig und Falsch mit administrativen Methoden oder Zwangsmaßnahmen zu lösen, sind nicht nur wirkungslos, sondern sogar schädlich. Wir können Religion nicht durch administrative Wersungen abschaffen, noch können wir die Menschen zwingen, den Idealismus abzugeben, eben so wenig wie wir sie zwingen können, dem Marxismus zu vertrauen. Probleme ideologischen Charakters oder Streitfragen, die im Volk entstehen, können nur mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber durch Zwangsmaßnahmen gelöst werden.“ In diesem Zusammenhang noch einige Anmerkungen zum Kampf gegen Chauvinismus: Der Kampf gegen Chauvinismus ist ein Kampf um die Überwindung der patriarchalen Gesellschaft. Er ist ein Kampf um die Überwindung der patriarchalen Gesellschaft. Er ist ein Kampf um die Überwindung der patriarchalen Gesellschaft.

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen? Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

Was haben wir uns dadurch einleiten lassen? Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners. Einmal haben wir uns dadurch einleiten lassen, daß wir nicht unsere Argumente betonen, sondern die des Gegners.

durch Zwangsmaßnahmen und Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden“. Offen rassistische Positionen dürften bei uns in der Organisation allerdings nicht mehr diskutiert werden, sondern müßten möglichst schnell auf administrativem Wege geklärt werden. Dies gerade deshalb, weil rassistische Positionen im demokratischen und linken Lager sicherlich keine nennenswerte Verbreitung haben. Von daher wäre das Auftauchen solcher Positionen bei uns tatsächlich ein ungeheurer politischer Vorgang. (In anderen Ländern, wie USA oder Südafrika könnten u.U. die Genossen in den eigenen Reihen ganz anders mit rassistischen Positionen konfrontiert werden und damit zu kämpfen haben.)

Wir meinen, daß der Vergleich rassistischer mit chauvinistischen Positionen ein ungeheurer maßloser Vergleich ist, der seine Zuspitzung im Vergleich der Chauvis mit den Faschisten findet. Auch der bei uns angewandte Vergleich mit Siegfried Knittel gehört zu diesen maßlosen Vergleichen. Wir wissen von keinem Genossen, der die physische Gewalt gegen Frauen verherrlicht hat, wie das Siegfried Knittel getan hat. Solcherart chauvinistischer Positionen hatten wir allerdings für unvermeidbar mit der Mitgliedschaft in unserer Organisation.

Es ist kein Wunder, daß bei der Gleichsetzung der bei uns auftauchenden chauvinistischen Positionen mit Rassismus, Faschismus oder extremen Chauvinismus, auch latente Mordneigungen hervorgehoben werden. So wurde bei uns gegen den Genossen ein Beter abgepasst, er gesteht, weil er sich geweigert hatte, zu dem „Knittel-Papier“ Stellung zu nehmen, und dies im wesentlichen mit dem „Klima“ der Diskussion begründet hatte. Wir meinen, daß wir solcherart administrativer Lösungsversuche in Zukunft ablehnen soll.

Vor uns im Bezirk steht die Aufgabe, um im konkreten mit chauvinistischen Aussagen und Taten umzugehen. Wir müssen uns, den Genossen im konkreten nachhaken, wo die gegebenen Ansichten Ausdruck ihrer Stellung als Mann in dieser Gesellschaft sind (d.h. als Unterdrücker).

Zugegeben: Es ist genau das, was wir zu wenig entwickelt haben.

(Genossen der AG Barmbek)



Mein Attribut war auch ein Chauvi, heute ist er in der Hürst ...

weiter vertreten und teilweise noch verschärft. („Ein Mann ist eben ein Mann“). Es läuft also darauf hinaus, chauvinistische Positionen als notwendig zu machen. „Weil ich nunmal solche Sachen im Kopf habe, müßt ihr sie akzeptieren“. Hier findet sich auch besonders knittel: „Ich hab Frauen geschlagen und find das eigentlich ganz gut. Das ist zwar ein Hammer, aber immerhin ehrlich“ (sinngemäß). Sowas kann man nunmal nicht akzeptieren, sondern kann erst dann weiterdiskutieren, wenn diese Ansichten öffentlich zurückgenommen sind. ... Wir waren in der Frauenfrage schon mal ein ganzes Stück weiter. Gerade das Frauenseminar hat m.E. viele interessante Möglichkeiten aufgezeigt, in Richtung einer aktiven Frauenpolitik zu arbeiten.

Die Beiträge vieler anderer Genossen auf der VV waren geprägt durch ein erschreckend niedriges Niveau auf dem Gebiet der Frauenfrage. ... Z hat auf der VV wesentlich das „schlechte Klima“ beschrieben, in der die Diskussion läuft, Frau würde überhaupt nicht agieren, nur rummühen. Endlich hat X mal gesagt, was viele denken (sinngemäß). Er hat sich hinter die allgemeinen Aussagen von X' Papier gestellt, im einzelnen hatte er auch Differenzen. ...“ (Hervorhebungen durch uns)

Nach zwei Zitate aus dem zweiten Papier von X: „Natürlich werfe ich Y ihre von dieser Gesellschaft anerzogene Unselbstständigkeit, ihre auch tierisch nervende und enengende Abhängigkeit vor, wie ihr mir meinen Chauvinismus vorwerft!“ Und in Anlehnung an unseren Artikel in AK 154: „Der Sklave ist solange Sklave bis er sich befreit.“

Im Leserbrief der beiden Genossinnen wird jetzt dagegen folgendes Bild gezeichnet: Der durch einen Leserbrief angegriffene Genosse muß sich rechtfertigen und versucht, gegen ihn erhobene

Fortsetzung nächste Seite

mitgearbeitet, mitdiskutiert und mitaufgebaut werden muß, ehe man sich das große Wort erlaubt. Um die Sache an sich, also die Zukunft der Lesbenbewegung, haben wir aber aufgrund unserer marxistischen Sicht und Untersuchungsweise ganz gewiß und jederzeit einen theoretischen Kampf zu führen. Ihr sagt zum Schluß: „Wir müssen selbstkritisch sagen, daß wir bisher so gut wie kaum Untersuchungsarbeit geleistet haben, daß wir uns noch recht wenig um die autonome Lesbenbewegung gekümmert haben, auch und gerade, um von ihr zu lernen. Denn eine kommunistische Lesbenbewegung gab und gibt es bisher nicht in der BRD. Wir haben also noch eine ganze Menge zu tun, bevor wir uns auf ein Programm oder irgendwelche „Richtlinien“ festlegen können.“ Wir sind sehr wohl der Ansicht, daß wir uns auf ein Arbeitsprogramm festlegen können, dessen Nutzen oder Fehler sich gewiß herausstellen werden. Die Ansätze dazu sind sehr wohl im kritisierten AG-Lesben-Brief enthalten. Wir werden im nächsten AK (dann wieder auf der Lesben/Schwulenliste) unsere Arbeitsvorstellungen ausführlicher formulieren. Außerdem werden ab jetzt kontinuierlich und in kurzen Abständen uns mit den bisher erschienenen Lesbenbüchern und -zeitschriften auseinandersetzen.

Nach ein Wort zum Nachwort

„Übrigens vollzieht sich die Spaltung der AG Lesben noch auf zwei anderen Gebieten: Wir fünf sym-

thetisieren vollständig mit der „Mehrheit“ in der laufenden KB-Auseinandersetzung und sind alle „Vollblutlesben“, während der andere Teil der AGL bis auf eine Ausnahme der „Minderheit“ zuzurechnen ist und aus Bi-Frauen besteht. Wen wandert's? Uns schon, liebe Schwestern, denn eine politische Spaltung an der sexuellen Identität ist allerdings eine Neuheit bei uns KB-Lesben. Denn bei Gründung der AG Lesben mußte keine von uns eine Prüfung ablegen, ob sie auch lesbisch genug für eine politische Arbeit in der AG ist. Der Aufruf zum ersten KB-Lesben-Treffen im Frühjahr lautete auch noch anders: „Wir wollen uns mit allen KB-Genossinnen und -Sympathisanten treffen, die sich mit ihrem (evtl.) (?) Lesbisch-Sein auseinandersetzen. Ob du dich hiervon angesprochen fühlst, kannst du nur (!) selbst entscheiden.“ „Eintrittskarten“ (etwa: Nachweis über erfolgreich abgeschlossenes Coming-Out) werden nicht verlangt! Heute fällt ihr schon in die gleiche Tonart mit ein wie eine aus Westberlin: „Wenn ihr das nicht wißt, habt ihr von Lesben keine Ahnung“ und weitere ähnliche Annahmen, mit denen uns die politische Urteilsfähigkeit mittels Anzweifeln unseres sexuellen Selbstverständnisses abgesprochen wird. Derlei Diffamierungen tragen nicht gerade zu einer solidarisches Auseinandersetzung bei.

Drei Frauen der AG Lesben (B J D)

Frauen gegen Strauß

Am 20.10 hat in Hamburg ein Seminar der Aktivistin der Hamburger Frauengruppen stattgefunden mit dem Themenschwerpunkt Frauenpolitik der CDU/CSU, Mühsanierung § 218, Entwicklung der alternativen Wahlbewegung. An der Diskussion haben ca. 50 Frauen aus 10 Gruppen der Aktivistin teilgenommen. Im Verlauf der Diskussion wurde u.a. über die Positionen der CDU/CSU im Hinblick auf die Frauenbewegung diskutiert. Die Frauen der Aktivistin haben sich gegen die CDU/CSU ausgesprochen.

Broschüre zum Lübecker Frauenhaus

Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen der Schwangeren, die in das Lübecker Frauenhaus kommen.

In der Broschüre wird das Problem Gewalt an Frauen abgehandelt. Konkret durch Berichte von Hausgewalt, die durch die Verweigerung der Behörden, das Selbstverständnis, die Arbeit im Haus und warum der Geldhahn zugeordnet wurde.

Eine Genossin aus HL

Rechtsanwältinnen setzen sich durch

Das gemeinsam von 18 Frauen verfaßte Buch „Scheidungsratgeber – von Frauen für Frauen“ war am 23.10.79 Gegenstand einer Verhandlung vor dem Ehrengericht der Anwältinnen in Hamburg.

Der „Ratgeber“ zeigt in allgemeinverständlicher Form Möglichkeiten der Vereinfachung und Kostenersparnis bei Scheidungsverfahren auf. Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer (Ständesorganisation der Hamburger Rechtsanwältinnen) sah darin „Standeswidrigkeiten“ und belegte 14 Anwältinnen mit einer Rüge. Den im „Ratgeber“ enthaltenen Tip, nur einen Anwalt für Frau und Mann zu nehmen, um dadurch Kosten zu sparen, tat ihnen anscheinend allzu sehr im Geldbeutel weh.

Die erteilte Rüge wurde am 23.10. vom Ehrengericht unter Beifall der vielen anwesenden Zuschauerinnen wieder aufgehoben, da der Scheidungsratgeber „als außerberufliche schriftstellerische Tätigkeit die Voraussetzung einer standesrechtlichen Ahndung nicht erfüllt“.



Ab 1980 keine Gelder mehr für „pro familia“ in Rheinland-Pfalz

Wenn zum 31.12 der Modellversuch für Sexualberatung und Familienplanung ausläuft, werden die Beratungsstellen von „pro familia“ in Rheinland-Pfalz keinen Pfennig mehr bekommen, da die Stadtverwaltung Mainz und die Landesregierung bisher nicht bereit sind, die Kosten zu übernehmen. Fünf Angestellte der „pro familia“-Beratungsstelle Mainz wurde bereits gekündigt.

Anfang des Jahres gründete sich ein Initiativkreis, der sich für den Erhalt der Beratungsstellen einsetzt und darüber hinaus für Mainz ein Behandlungszentrum für Beratung und ambulante Schwangerschaftsabbrüche, wie es das bereits in Bremen gibt, fordert.

(Die Meldungen wurden bearbeitet von der AG Frauen Hamburg, der Frauenkommission NRW und einer Lübecker Genossin)



Pflanzen statt bohren!

Frauen aus der BI Lüchow-Dannewitz planen für den Internationalen Frauentag am 8. März 1980 einen Frauen-Frühlings-Friedenstreck.

Damit die Frauen im nächsten Frühjahr mit möglichst vielen blühenden Osterglocken empfangen werden, wollen verschiedene Frauen in diesem Herbst Bäume und Sträucher pflanzen. Interessierte können sich melden bei: Eva Quastorp, c/o Unwefmagazin, Flemingstr. 41, 1000 Berlin 41 (TAZ 24 9 79).

Allerdings: Wehret den Anfängen!

An., Bi. und Ba. haben eine heiße Urteilsdiskussion über Männergruppen geführt (vgl. AK 161, S. 27). Wie mir scheint, reichlich in's Blaue, denn mit Fakten können die drei Genossinnen ihre Thesen nicht belegen. Sie hätten „in letzter Zeit immer häufiger von Männergruppen (g e h ö r t, die sich hier und da gegründet haben sollen“ (Hervorhebung d.V.). Also nichts genaues weiß Frau nicht. Aber ohne irgendwelche Belege wird drauflos phantasiert, daß die Männer durch eine konsequente Politik der Frauen zur Gegenwehr gezwungen würden usw. und. Welcher undifferenzierte Ansatz hinter dem Bild der drei Frauen steht, was die Männer und die Frauen angeht, sowie konkrete Gegenbeispiele aus der Praxis haben die LeserInnen von Reinhard/Fototechnik, HL/KB Hamburg und As./KB Dortmund hinreichend gezeigt – das will ich nicht unnötig wiederholen.

Ein Aspekt, der mir jedoch sehr wichtig scheint, taucht bei Reinh. und HL nur so nebenbei auf. Er betrifft die Aussage, daß An., Bi. und Ba. zu den „Männern der Arbeiterklasse... ein taktisches (Bündnis)“ (Hervorhebung im Original!) einschlagen wollen. Reinhard (findet) das „im allgemeinen richtig“ und HL hofft: „Das ist doch hoffentlich nicht wörtlich gemeint!“ Eine Ant-

wort im AK steht aus, auch vermisste ich die erwünschte Stellungnahme der AG Frauen – es findet sich nämlich ein Hinweis auf den geplanten Fortgang der Debatte.

Die Drei meinen, daß ihr Ziel – Befreiung der Frau – nur über die Zwischenstation Befreiung der Arbeiterklasse erreicht werden kann. Allerdings meine ich, daß nur mit der Beseitigung des Kapitalismus die Voraussetzung dafür geschaffen werden kann, daß alle anderen Unterdrückungsverhältnisse zerstört werden können. Von daher muß heute im Kapitalismus unser oberstes Ziel sein, die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution zu schaffen. Dazu muß die treibende Kraft – und die wäre laut Marx die Arbeiterklasse (und dort gibt's nicht nur Männer) – ihrerseits taktische Bündnisse mit allen anderen unterdrückten Schichten des Volkes schließen, und nicht etwa anders herum!

Wie das unsere Bretagne-Urlauberinnen sehen, ist es jedoch kaum noch eine „Graukrone des Feminismus“ (ZL), sondern Feminismus in Reinkultur. Und der gehört in unseren Reihen genauso „liquidiert“ (im Sinne der Verfasserinnen) wie bei den Klassen der Arbeiterbewegung.

Cn., SSB Hamburg



Im Zusammenhang mit der Entscheidung des OLG Hamburg, das Urteil über die Anti-Baby-Pillen-Hersteller Schering frei zu sprechen, wird in der Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) die Geschichte der Anti-Baby-Pillen-Hersteller Schering dargestellt.

Die Broschüre ist von den beiden Schwestern der Verantwortlichen Antia Lindström auf Schadenersatz verklagt worden, weil die Frau an einem Blutgerinnsel im Gehirn gestorben war, nachdem sie 4 Jahre lang „Anovon“ von Schering eingenommen hatte. Momentan ist die Sache vor dem OLG Hamburg anhängig. Die Broschüre ist in der Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) dargestellt.

Das Gericht schloß sich in seiner Urteilsbegründung dieser Aussage an: „Es liegt kein Beweis dafür vor, daß die Antibabypille Embolien (= Verstopfen des Blutbahn durch Blutgerinnsel – Anm. AK) verursacht, die vom Herzen oder von anderen Zentralorganen ausgehen“, lautet ein Kernsatz im Urteil“ („FR“, 17.10.). Auch in diesem konkreten Fall sei die Einnahme der Pille nicht die Ursache für den Tod gewesen.

Ob nun eine Warnung im „Waschzettel“ enthalten ist oder nicht, die Antibabypillen-Hersteller sind mit diesem Urteil von jeder Verantwortung freigesprochen worden.

Die Kläger haben Berufung eingelegt.

Gesundheitskommission

Während die Entwicklung der Frauenbewegung in den letzten Jahren ein starkes Wachstum genommen hat, ist die Anzahl der Frauen, die in der Arbeiterbewegung aktiv sind, zurückgegangen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor ist die Zunahme der Teilzeitarbeit. Viele Frauen arbeiten heute nur noch Teilzeit, was ihre politische und soziale Partizipation erschwert. Ein weiterer Faktor ist die Zunahme der sozialen Isolation. Viele Frauen fühlen sich in der Arbeiterbewegung nicht willkommen und werden oft als „Fremde“ betrachtet. Dies führt zu einer Abnahme der politischen Aktivität und zur Isolation der Frauen in der Arbeiterbewegung.

Die Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) ist eine wichtige Quelle für die Geschichte der Anti-Baby-Pillen-Hersteller Schering. Sie enthält eine detaillierte Darstellung der Ereignisse, die zur Klage von Antia Lindström führten, sowie die Urteilsbegründung des OLG Hamburg. Die Broschüre ist in der Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) dargestellt.

Die Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) ist eine wichtige Quelle für die Geschichte der Anti-Baby-Pillen-Hersteller Schering. Sie enthält eine detaillierte Darstellung der Ereignisse, die zur Klage von Antia Lindström führten, sowie die Urteilsbegründung des OLG Hamburg. Die Broschüre ist in der Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) dargestellt.

Die Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) ist eine wichtige Quelle für die Geschichte der Anti-Baby-Pillen-Hersteller Schering. Sie enthält eine detaillierte Darstellung der Ereignisse, die zur Klage von Antia Lindström führten, sowie die Urteilsbegründung des OLG Hamburg. Die Broschüre ist in der Broschüre „Das Gericht spricht“ (Hrsg. v. J. Maruschik) dargestellt.

Gesundheitskommission

Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ in Aachen eröffnet

Seit Mitte Oktober hat die Aachener Frauenhausgruppe eine öffentliche Kontaktstelle. Durch Gespräche sollen Frauen in Konfliktuationen sich darüber klar werden, was sie selbst wollen, und wie sie ihre Interessen durchsetzen können. Um das dafür notwendige Vertrauensverhältnis aufzubauen, werden die Mitarbeiterinnen an festen Terminen beraten, damit die hilfesuchenden Frauen immer dieselbe Gesprächspartnerin antreffen. Außerdem wird über konkrete Hilfen informiert, die den Frauen von staatlicher Seite zustehen – bei den entsprechenden Gängen zu Ämtern, Anwälten und Gerichten sollen die Frauen ggf. begleitet werden. Um auch Mütter diese Möglichkeit zu geben, verfügt das Büro über ein Kinderspielzimmer. Geplant ist außer dem ein wöchentliches „offener Nachmittag“, wo sich Frauen untereinander kennenlernen können, um die Fixierung auf die „Beraterinnen“ abzubauen. Übrigens wird hier nicht nur unbezahlte Sozialarbeit geleistet, die Frauenhausgruppe hat

FRAUEN HELFEN FRAUEN

durchgesetzt, daß für dieses Projekt eine ABM Stelle eingerichtet wurde. Adresse: Boxgraben 49, 51 Aachen. NRW Frauenkommission

Grindelhof 45
2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

Literatur zur Geschichte der Frauenemanzipation

Karin Bauer
„Clara Zetkin“ und die proletarische Frauenbewegung
Verlag Oberbaum DM 15,80

Ein sehr wichtiges und materialreiches Buch zur Entstehungsgeschichte der proletarischen Frauenbewegung bis zum 1. Weltkrieg und der Gründung der III. Internationale.

„Feminismus“
Fischer Nr. 3704 DM 12,80

Bereits 1978 erschienener feministischer „Kontrapunkt“ zu K. Baurs oben genanntem Buch. Über den geschichtlichen Hintergrund der feministischen Analyse der verschiedenen Phasen der Frauenbewegung. Versuch, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Frauenbewegung differenziert darzustellen und Defizite der frühen sozialdemokratischen Frauenbewegung hinsichtlich der Berücksichtigung der doppelten Unterdrückung der Frau in Haushalt und Familie zu kritisieren.

Jutta Maruschik
„Feminismus“ Geschichte, Theorie, Praxis
Pahl-Rugenstein DM 17,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

„Feminismus“ (Hrsg. v. J. Maruschik)
„Grundriss der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80



Lesben • Schwule



Washington:

„Dieser Marsch ist so wunderbar“

Ein Höhepunkt der US-Schwulenbewegung

Am Wochenende des 13./14. Oktober wurde es spürbar wärmer zwischen den ewigen Palästen rings um Weiße Haus. Es ging um schwule Rechte und alle, alle kamen. Endlos wäre eine Aufzählung der Städte, der Organisationen, der Prominenten, die hier zusammenkamen. Doch neben der Monsterdemo gab es noch eine Konferenz von weitreichender Bedeutung – von beiden soll hier berichtet werden.

Ein Aufruf allein macht noch keine Demo

Vor neun Monaten begann die Planung für einen Nationalen Marsch. Flugblätter und Anzeigen waren hauptsächlich unter Lesben und Schwulen – um finanzielle und praktische Unterstützung. Zwei Vorbereitungskonferenzen mit mehreren hundert Delegierten faßten Beschlüsse, die sich sehen lassen konnten. Neben den übergeordneten Parolen und Zielsatzungen (für die nationale Verankerung der schwulen Rechte, gegen antischwule Gesetze, für die Rechte der lesbischen und schwulen Eltern ebenso wie der lesbischen und schwulen Jugendlichen) einigten sie sich, daß

– an der Spitze des Marsches Lesben der nationalen Minderheiten gehen sollen, gefolgt von einem Lesbenblock,

– der Zeitpunkt des Marsches mit der großen Dritte-Welt-Lesben/Schwulen-Konferenz abgepaßt wird,

– 50% der Delegierten Frauen und 25% aus nationalen Minderheiten sein sollen,

– 10% aller eingehenden Spenden für die freie Beförderung von armen und (damit gleichzeitig) Lesben und Schwulen der nationalen Minderheiten verwendet werden (Workers World, 12.10.79).

Weiterhin wurden ausdrücklich die Transvestiten und Transsexuellen einbezogen, in Anerkennung der Rolle, die sie in der Bewegung gespielt haben, und ihrer ganz besonderen Unterdrückung.

Währenddessen liefen die Vorbereitungen landesweit auf Hochtouren. Deutlichster Gradmesser waren dabei die verkauften Bus-, Zug- und Flugkarten, die überwiegend von schwulen Raumbüros zu Sonderpreisen angeboten wurden. So konnten z.B. im 4.500 km entfernten San Francisco allein von Ulysses Travel 5.000 Plätze in Sondermaschinen (ab 400 DM) vergeben werden. Die für uns Mittel-europäer völlig ungewohnten Entfernungen bildeten nicht die einzige Hürde auf dem Wege nach Washington. Zur Vorbereitung und Durchführung mußten Dollarberge herbeigezaubert werden und wahre Wunderwerke der Organisationskunst vollbracht werden. Denn schließlich blieben die Teilnehmer für mehrere Tage in Washington.

Die gesamte schwule Presse – un-



terstützt von linken und liberalen Blättern – lief in ganzseitigen Anzeigen zur Teilnahme oder Unterstützung des Marsches auf. „Selbst wenn du nicht hinfahren kannst, kannst du doch dort sein“, war eine Aktion der erfindungsreichen Organisatoren – für eine Solidaritätsspende von 25 Dollar konnte eine Fahne ausgewählt werden, die dann auf dem Marsch von einem Teilnehmer getragen wurde. Zu den Unterstützern zählten u.a. Huey P. Newton (Black Panther Party), Kevin White (Bürgermeister, Boston), William Kunstler (Anwalt) und Jane Fonda.

„Ein historisches Ereignis“

„Ein historisches Ereignis“

Nachdem am Sonnabend Schwule und Lesben der verschiedenen Bundesstaaten „ihre“ Abgeordneten im Kongress in einem eindrucksvollen „Jobbing“ besucht hatten, sammelten sich die Massen am Sonntagvormittag vor dem Capitol. Von hier bewegte sich der Marsch gegen Mittag los.

Wer je die Massen in Bonn oder Hannover sah, wird wissen, wie unmöglich eine Zählung ist. Ebenso war es in Washington. Die auf diesem Augenblick etwas kurzschichtige Polizei sprach von 80.000, durch die rote Brille der Veranstalter waren es 250.000. Die „International Herald Tribune“, die

dem Ereignis ein kleines Bild ohne Artikel widmete, sprach verschämt von „Tausenden“ und „Workers World“ nennt 100.000. Nun, wie es auch sei, auf jeden Fall dauerte es Stunden, bis der Zug auf der riesigen Wiese unter dem Washington Memorial versammelt war, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Wie vereinbart, kamen erst die militanten Lesben der nationalen Minderheiten vor einem großen Frauenblock, dann die Behinderten, Delegationen aus Puerto Rico, Mexiko und Schweden und schließlich die Lesben und Schwulen aus den einzelnen Bundesstaaten.

In zahlreichen Reden war immer wieder von Solidarität und Einheit unter den Unterdrückten gesprochen, zum Kampf gegen Sexismus und Rassismus aufgerufen worden. Was auch nach den Reden unvergessen bleiben wird, ist die Tatsache, daß dies die erste nationale Schwulendemo in der Geschichte der USA (und der Welt) war und daß damit gleichzeitig eine nationale Organisation für die Schwulenbewegung der USA aufgebaut wurde.

Unterwegs

Durch die ungeheure Vielseitigkeit des Marsches kam es für viele Teilnehmer zu neuen Erfahrungen. So

müßte ich einige Beispiele aus einem Augenzeugenbericht in Workers World (19.10.79) herauspicken:

„Ein Schwarzer aus der Mississippi Gay Alliance“ und der „Mississippi Coalition gegen Todesstrafe“ sprach über die Wichtigkeit beider Kämpfe. „Wir müssen den Leuten zeigen, daß, wenn du jemand auf einem Gebiet unterdrückst, dies direkt verknüpft ist mit einer anderen Unterdrückung.“

„Viele Schwule und Lesben rühten ihre Stellung durch die Teilnahme und doch trugen sie Transparente wie „Schwule Lehrer“, „Lesbische Eisenbahnarbeiter“, „Schwule Sozialarbeiter“ und „Lesbische Krankenschwestern“. Eine Gruppe von Farmarbeitern kam sogar von Texas angereist.“

„Ich spreche mit vielen Behinderten. Die Unterdrückung von Lesben und Schwulen ist um ein Vielfaches größer, wenn sie behindert sind“, erklärte mir Bill Mennelle, ein Mitglied von „Behinderte in Jugend gegen Krieg und Faschismus“. Unter den Organisatoren war auch die „Rainbow Gay Alliance“, in der sich schwule Gehörlose zusammengeschlossen haben.

„Eine schwarze Busfahrerin aus Washington nahm sich frei für diesen Marsch. Als ich mit ihr da auf der Wiese stand, kamen einige ihrer tagelichen Fahrgäste vorbei und umarmten sie. Dieser Marsch ist so wunderbar“, sagte sie, „er hätte schon lange vorher gemacht werden sollen.“

„Patty Kuntz von den „Lesben in der Farbigenbewegung“ aus Seattle (5.000 km westlich) erklärte mir die besondere Wichtigkeit der Demo für sie als asiatische Frau und Lesbe. „Die heutige Demonstration beweist, was ich immer geglaubt habe. Gegen Rassismus, Sexismus und antischwule Rhetorik zu kämpfen kannst du nicht voneinander trennen. Es ist alles Teil desselben Kampfes.“ (Workers World 19.10.79).

„3rd World Lesbian/Gay Conference“

Vom 12. bis 15. Oktober fand parallel zum Marsch eine Konferenz der Lesben und Schwulen nationaler Minderheiten in Washington statt. In 21 Arbeitsgruppen wurden Themen wie „Probleme mit Wohnung und Job“, „Justizielle und gesundheitliche Probleme“, „Jugendliche und alte Lesben und Schwule“, „Erhaltung von

Protest an Papa Papst

Protest an Papa Papst

Wie wir im letzten AK berichteten, bemühte sich unser Heiliger Vater in seiner Rundreise in den USA – wie auch sein Vorgänger (Volksmund Pöhl-Paula) – um die römisch-katholische Sexualmoral.

Die internationale Schwulen-Organisation (IGA) hat dazu einen offenen Brief an den „Bruder mit den bunten Fummeln“ (Sub-Jargon) geschickt, indem die „Überprüfung der alten Quellen der Vorurteile“ gefordert wird.

Die IGA gibt ihrem Verständnis darüber Ausdruck, wie schwierig es sein müßte, innerhalb der römisch-

kultur und Geschichte der Dritte-Welt-Schwulen/Lesben“ oder „lesbische/schwule religiöse Sekten“.

Als „Dritte-Welt-Schwule/Lesben“ verstehen sich die nationalen oder rassischen Minderheiten in den USA. So setzten sich die rund 500 Teilnehmer aus Afroamerikanern, Asioamerikanern, Latinos und nicht zuletzt Indianern zusammen. Sie kamen aus 39 Bundesländern sowie aus Mexiko, Costa Rica, Trinidad und Canada. Berichte der Fronte Homosexual de Accion Revolucionario (FHAR) aus Mexiko gaben der Konferenz einen internationalen und antimperialistischen Charakter, genauso wie eine Grußadresse von der nicaraguanischen Botschaft in San Francisco.

Viele sprachen von der Frustration während ihrer Mitarbeit in zahlreichen progressiven Bewegungen. Von dem Rassismus in den vorwiegend weißen feministischen/linken Gruppen einerseits, von der Schwulenfeindlichkeit in ihren Stadtteilgruppen (Initiativen) andererseits.

Die Konferenz beschloß, am Sonntagmorgen einen „Zubringer“-Marsch durch die schwarzen Wohnviertel zu machen. Deutlich hob sich ihre Bücke später aus dem Gesamtbild.

Ein Ziel war es, ein Netzwerk für Dritte-Welt-Schwulen/Lesben zu gründen, das hauptsächlich der Kommunikation dienen soll. Außerdem wurden weitere Konferenzen 1980 an der Westküste und 1981 in Mexiko beschlossen („Workers World“, 19.10.79).

Die Einzigartigkeit sowohl des Marsches als auch der Konferenz liegt nicht nur in ihrem nationalen Charakter. Lokale Demonstrationen in New York und San Francisco hatten 1977 (nach Anita Bryants Sieg in Dade County) schon mehr Teilnehmer auf die Bäume gebracht. Doch für diesen Marsch war eine langfristige, bewußte Vorbereitung aller Teilnehmer unter ziemlichem persönlichen Aufwand notwendig, wodurch ein wesentlicher Unterschied zu den spontanen Aktionen in einzelnen Städten gegeben ist. Der wahre Erfolg des Marsches dürfte weniger im Gottvertrauen auf die Politiker als in der Erfahrung und Sichtbarmachung der eigenen Stärke liegen.

USA Kommission

San Francisco: Schwulenhatz auch dort

Achtundzwanzig Lesben und Schwule sollen für insgesamt 330 Jahre ins Gefängnis! Warum? Weil sie sich an einem Aufstand beteiligt haben gegen ihre Unterdrückung, gegen die Polizei, gegen die Klassenjustiz, die es fertigbringt, einem Ex-Bullen sieben Jahre Knast für die Ermordung eines schwulen Aktivisten und einem 10-jährigen Jungen fünfzehn Jahre Knast für den Diebstahl eines Brotes zu geben.

Dieser Aufstand von 5000 lesbischen und schwulen Einwohnern von San Francisco wurde hervorgerufen durch die Bekanntgabe des Urteils gegen Dan White am 21.5.79, der nur wegen „Totschlags“ und nicht wegen bewußten Mordes belangt wurde, nachdem er kaltblütig den Bürgermeister George Moscone und den schwulen Stadtrat Harvey Milk erschossen hatte. Dieses Urteil wurde von den Schwulen als Schlag ins Gesicht und Freiheitsbrief für weitere Angriffe verstanden.

Darauf kam es zu dem Sturm auf

das Rathaus, der von der Polizei brutal zurückgeknüpelt wurde.

Neunzehn der Angeklagten werden wegen Kapitalverbrechen belangt, jeder von ihnen soll eine höhere Strafe erhalten als Dan White. Die Hälfte von ihnen sind Schwarze oder Latinos, viele sind Lesben, weit mehr als das Verhältnis während der Demonstration.

Während der Verhandlung am 2.10. versuchten die Angeklagten, den Staatsanwalt wegen Befangenheit abzulehnen, da er sich schon im Verfahren gegen White einseitig profiliert hatte. Auch in Verfahren gegen progressive und linke Gruppen hatte er sich zu heftigen Attacken hinreißen lassen.

Freisch findet die Schwulenhatz nicht nur im (Gerichts)Saal statt. So wurde gerade Daniel Mar, ein Polizeibeamter, zu drei Jahren auf Bewährung, 1000 Dollar Geldstrafe und 200 Stunden Sozialarbeit verurteilt, weil er zahlreiche Frauen in Pags Place, einer Lesbenbar, im vergange-

nen März krankenhaushaus geschlagen hatte. Derselbe Bulle hatte im November 78 eine schwarze Frau, die im dritten Monat schwanger war, zusammen geschlagen.

Sogar der FBI wurde beauftragt, um einen Polizeibericht zu „untersuchen“, durch den 50 Gäste der schwulen Bar Elephant Walk in der Nacht des 21. Mai verletzt wurden. Was das FBI indes tatsächlich tut, ist Schnuffelei und Unterwanderung in der Schwulenszene, in den linken Gruppen und unter den Minderheiten.

Mittlerweile haben sich in vielen Städten Gruppen gegen die Polizeibrutalität gebildet, die sich über mangelnde Beschäftigung nicht beklagen können.

Kontakt:
The May 21 Defense Committee
Capitree Foundation
558 Capitree
San Francisco, CA 94110 USA

USA Kommission



Gerade erschien die Nr. 6 Nov./Dez. 1978 der „emanzipation“
Inhalt: Cerehata-Trend, Verwandlung der Subkultur; Prozeßbericht um Gerd Blömer/Rosa Liston, Psychochirurgie; Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus der VVN; Parteien und Schwule; Podiumsdiskussion in Köln. 3.- DM in jedem wohlsortierten Kiosk oder anfordern bei: „emanzipation“, Postfach 1245, 8013 Haar, Verrechnungsscheck beilegen!

Die Schwulenbewegung und die Linke

In unserer Erklärung zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen im KB schrieben wir in AK 161, daß die „AG Schwule einen politischen Bereich vertritt, der in der Linken traditionell als „Private“ angesehen wurde/wird“. Wir stützten in dieser Stellungnahme aus dem Artikel „Zurück zur Szene?“ (AK 157, S 51) die Feststellung, daß „die kommunistische Bewegung t r a d i t i o n e l l auf dem Gebiet des Persönlichen teilweise ziemlich große Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat.“ Wir halten diese Feststellung für richtig

In dem folgenden Artikel wollen wir versuchen, einige dieser „traditionellen Sünden“ bzw. „schweres Unterlassungen“ darzustellen: Sie bestanden unserer Meinung nach vor allem in einem Philistertum in der Arbeiterbewegung und einem Herumtastern an der sexuellen Frage.

Eine materialistische „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ (Marx, a.a.) existiert nicht. Die Klassiker haben die Lücke im „Gebäude“ des Marxismus durchaus gesehen und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt. Engels legte mit seinem Spätwerk „Ursprung der Familie, des Privateigentums des Staates“ Grundlagen für eine materialistische Kritik der Liebesverhältnisse und gab wichtige methodische Hinweise für weitere Forschungen zu dieser Frage.

Lenin sah Anfang der 20er Jahre die Notwendigkeit, zur „Sexual- und Ehefrage“ „zu sprechen oder zu schreiben“, mußte jedoch den alleinigen Schwerpunkt seiner Kraft auf die Festung des jungen Sowjetstaates setzen (C Zetkin, a.u.). Die „Lücke“, d.h. eine materialistische „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“, blieb bestehen. Derwegen gibt es an dieser Stelle eine „offene Flanke“ gegenüber aller bürgerlichen Ideologie, die ständig in die linke „hinterschwannte“.

In der Anfang der 70er Jahre neu entstandenen westdeutschen Schulbewegung hat dieses Philisterium und Hermetismus in der sexuellen Frage weitgehend zur Abkehr vom Marxismus geführt und allerhand spontane Ideologien verstärkt.

(In einem weiteren Beitrag im nächsten AK wollen wir vor dem Hintergrund der im AK geführten Sado-Masochismus-Debatte untersuchen, inwieweit sich jene Tendenzen auch in dieser Auseinandersetzung im KB und seinem Umfeld bemerkbar gemacht haben.)

Eine „Kritik der
Liebesverhältnisse“ muß her

Von den Klassikern der materialistischen Weltanschauung ist die Notwendigkeit einer historisch-materialistischen Kritik der Sexualität des Menschen bereits festgestellt worden. So hatte Karl Marx schon 1843 darauf hingewiesen, daß Forschungen für eine „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ notwendig seien. In einer Auseinandersetzung mit Feuerbach schreibt Marx in der „Deutschen Ideologie“ Feuerbach hat allerdings den großen Vorzug vor den „reinen“ Materialisten, daß er einsieht, wie auch der Mensch „sinnlichen Gegenstand“ ist, aber abgesehen davon, daß er ihn nur als „sinnlichen Gegenstand“ nicht als „sinnliche Tätigkeit“ faßt. Da er sich auch hierbei in der Theorie hält die Menschen nicht in ihrem gegenseitigen gesellschaftlichen Zusammenhange nicht unter ihren vorliegenden Lebensbedingungen, die sie zu dem gemacht haben, was sie sind, auffaßt, so kommt er nie zu den wirklich existierenden, wirklichen Menschen sondern bleibt bei dem Abstraktum „der Mensch“ stehen und bringt es nur dahin, den „wirklichen, individuellen, leibhaftigen Menschen“ in der Empfindung zu verkennen, da er kennt keine anderen „menschlichen Verhältnisse“, als Liebe und Ehen. (Zitat nach: „Die deutsche Ideologie“ von Karl Marx und Friedrich Engels, 1932, S. 103.)

zum Menschen", als Liebe und Freundschaft, und zwar idealisiert. Gibt keine Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse". (Marx/Engels-Werke (MEW), Bd 3, S 44)

Es ist schon arg verhuscht, wenn die „Schiffgelehrten mit bezeichnender Fehlleistung fast ein Jahrtausendlang Lebensverhältnisse statt Liebesverhältnisse“ in die staatskritische der „Deutschen Ideologie“ hineingelassen (haben). Erst in dem Proband der Marx-Engels-Gesamtausgabe, die der Dietz-Verlag im Juli 1972 einer ausgewählten Gruppe von Fachleuten zuweist, fand man den tatsächlichen Wortlaut des Vorwurfs, den Marx gegen Feuerbach erhoben hatte: daß Feuerbach sich darum gedrückt habe, eine „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ vorzunehmen“ (E. Bornemann, Das Patriarchat, S. Fischer 1975, S. 12).

„Gewissermaßen die Vollführung eines Verdictnisses“ (Engels) Marx hobte das Enschliche Spätwerk „Der Uprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ dar, das er neun Jahre vor seinem Tode veröffentlichte. Das Werk enthält wichtige Aussagen zur Entwicklung der Familie und der menschlichen Sexualität auf materialistischen Grundlage. Vorausgegangen war die Veröffentlichung, die Sammlung, Verarbeitung und Interpretation umfangreichen Tatsachenmaterials aus den Gebieten der Archäologie, Geschichte und Ethnologie gleichzeitig entdeckte Engels, daß in der Urgesellschaft „regelloser Geschlechterverkehr“ geherrscht haben müste, womit er ein bürgerliches Tabu, die Ideologie von der „Natürlichkeit“ der bürgerlichen Ehe umgestoßen hatte. „Man will der Menschheit diese Schande ersparen“, schreibt Engels gegen das vernünftigen bürgerlichen

Forcher. Und weiter „Mir scheint vielmehr, daß alles Verständnis der Urzustände unmöglich bleibt, solange man sie durch die Bordellbrille anschaut“ (MfW Bd. 21, S. 43).

Daß das „*Prätorienurteil*“ und die „verlogene speibühlerische Moralpredikate“ unter den „deutschen Sozialisten“ auch schon vor 180 Jahren trübliche Kränkel feierten, beweisen folgende Aussagen Engels vom 18. 11. 1843 in denen er sich gegen die „politisch wacklige Partei der *„Nationaldemokraten“* dem *„Fortschritt“* gegenüber den Sozialisten äußerte:

„*Die Partei Weerth, der an Fouldeton der von Marx herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ mitgeteilt hatte, als „ersten und besten Feind der deutschen Sozialdemokratie“ bezeichnete, ist ein Weerth Melanchthon, der das ist der Antichrist, der natürlich der reinste Feind der Freiheit und Freiheit überhaupt. Manche der Leute der Sozialdemokratie“ wurden sich entschlossen (1), wollte ich die einzelnen Heiligtümer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ hier abdrucken lassen*

(*Die Neue Rheinische Zeitung erschien am 18. 11. 1843*). Engels weiter: „In des kann ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß auch für die deutschen Sozialisten einmal der Augenblick kommen muß, wo sie die letzte der schlechten Prätorienurteile die wir uns spruchwörtliche Moralpredikate abgeben die hinein



nur als Deckmantel für eine verstoßene Zotenreiterei dient ... Es wird nachgerade Zeit, daß wenigstens die deutschen Arbeiter sich gewöhnen von Dingen, die sie täglich oder nützlich selbst treffen, von natürlichen, unentbehrlichen und äußeren vernünftigen Dingen ebenso ablassen zu sprechen wie die römischen Völker, wie Homer und Platon wie Horaz und Juvenal (altnachlassische und -römische Dichter - Anm. AG Schwulz), wie das Alte Testament und die Neue Rheinische Zeitung" (MEW, Bd.21, S.8). Diese Kritik ist auch heute nichts entgegenzusetzen.

Lenin hat zu dem Problem der Sexualität und der „Liebesverhältnisse“ wenig geschrieben. Das wenig, was vorliegt, ist im „strengen“ Sinne nicht authentisch, so z.B. die von Clara Zetkin veröffentlichten „Erinnerungen an Lenin“.

Frühe Sowjetunion

In der Sowjetunion war nach dem Sieg der Oktoberrevolution die Konzentration aller Kräfte auf die Befreiung und die Befestigung des jungen Sowjetstaates notwendig. Dennoch wurde unmittelbar nach Erringung der Macht mit der Befreiung von der zaristischen Sexualmoral und Unterdrückung begonnen, wie i

die Frage der Sexualität als Teil der großen sozialen Fragen angesehen wurde. Im Hinblick auf die Sexualität wurde in der Sowjetgesetzgebung folgendes Prinzip angewandt: „Die Gesetzgebung mischt sich nicht in ein sexuelles Verhältnis, solange dasselbe sich zwischen zwei erwachsenen Personen ohne irgendwelche Zwangserrichtungen abspielt. Die Art sexueller Betätigungen eines solchen Verhältnisses sind Privatangelegenheiten der betreffenden Person. Die Frage der öffentlichen Sittlichkeit existiert für die Gesetzgebung in dem Maße nicht.“ Weiterhin galt das Prinzip „der absoluten Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft, soweit sie in geschlechtlichen Beziehungen Niemandem Schaden bringt und Niemandes Interessen verletzen. Sie erklärt volle ökonomische, soziale und politische Gleichheit der Geschlechter“ (Bakus. Die Sexualrevolution in Rußland, Berlin 1925, S. 22, S.6). Verbunden war damit die Aufhebung des Schwulenparagraphen, des Abtreibungsverbotes, die Erleichterung der Ehescheidung und andere Maßnahmen. Die „Sexualrevolution“ in der Sowjetunion gab der „sexuellen Reformbewegung in Westeuropa und in Amerika Auftrieb“ (Thorsted/Launitzen „Early Gay Rights Movement“, S. 63).

Im Gefolge einer Ideologie von der „freien Liebe“ (sog. „Glas-Wasser-Theorie“) kam es jedoch zu einer Durchsetzung männlicher Sexualinteressen, die die Bölschewikin Smidowitsch 1923 so beschrieb: „Die Jugend hatte es für inakzeptabel, sich an der Liebe die geringsten Rechte zu versagen. Die jungen Leute verlangten die Erfüllung aller Wünsche der Frau, die sie aufsuchte. Die Wahl einer dieser jungen prinzipienlosen (1) Männer sollte müssen unumgänglich geheiraten Taten Folgen sein, so werde der Arzt zur Abreibung herangezogen. Das Mädchen, das sich weigert, werde als 'kurui' (Kleinbürgerin) in den Abgrund des Verschickung gezogen. Ein Mädchen, das sich zum zweiten Male hinter ein Haus und einen Anwalt auf eine Nacht von einem Mannes los sein verlassen mit der Krankheit eines Frau begründete, stieg sie, so mit dem Schimpfwort 'kurui' und mit der Weigerung des Größten belohnt wurden. Für geistig Arbeitende (Studentinnen) wurde der Eingriff zur Notwendigkeit. Das hätte vielfach zu Selbstmorden geführt“ (zit. bei M. Israel in Kollontai, „Neue Moral ...“ Münster 1977, S. 142).

Im selben Jahr verteidigte Batkis diese „freie Liebe“: „Die Feinde der jungen Gesellschaft haben Märchen über die wilde freie Liebe. Sozialistische Gesellschaft haben Märchen über die wilde freie Liebe, Sozialisierung der Frau und ähnlichen Unzut erfunden und über die ganze Welt verbreitet. — Die Beobachtung des alltäglichen Lebens lehrt uns gerade das Gegenteil davon“ und führt fort: „Die freie Liebe im Rußland ist nicht irgendein zugelassenes wildes Sich-Ausleben, sondern die ideale Verbindung von zwei freien, im Unabhängigkeit sich liebenden Menschen“ (Batkis S. 22f). Es wäre zu untersuchen, ob und inwieweit Batkis ein völlig anarchisches Verständnis von „frei“ und „unabhängig“ hatte und zu fragen, ob die „freie Liebe“ nach der Überwindung der zaristischen Sexualrepression eine Art „Schottenhoch“-Politik begünstigte, die selbstredend auf Kosten der sozial Schwächeren der Frauen ging.

Lenin jedenfalls hatte schwere Widersprüche zu dieser Politik und wandte sich entschieden gegen ein Herumstümpfern in der Sexual- und Ehefrage. „Als Kommunist habe ich nicht die geringste Sympathie für die Glas-Wasser-Theorie, auch wenn sie die schöne Etikette trägt: „Befreiung der Liebe““ (Zetkin, „Ertüchtungen“ in Bd III, S. 75).

Im Gespräch mit Clara Zetkin warf er die Frage auf: „Können Sie mir ernsthaft versichern, daß in den Les- und Diskussionsabend der Sexuel- und Ehefrage vom Standpunkt des reifen, lebendigen historischen Materialismus aus behandelt wird? Das hat ein niebeiriges, tiefes Wissen zur Voraussetzung, klare marxistische Bewußtseinsbildung eines ungeheuren Materials, wo habt Ihr jetzt die Kräfte dafür?“

Speziell wandte sich Lenin gegen eine offensichtlich stümperhafte Broschüre, die in Les- und Diskussionsabenden der KPD als Unterrichtsm-

tenal benutzt wurde und die die Frage nicht vom „reinen, lebendigen historischen Materialismus“ angangen empfand und verbreitet sie, statt daß man sie kritisiert. Worauf läuft denn die unzulängliche, unmarxistische Behandlung der Frage hinaus? Daß die Sexual- und Ehefrage nicht als Teil der großen sozialen Frage erfaßt wird. Umgekehrt, daß die große soziale Frage als ein Teil, als ein Anhängsel der Sexualprobleme erscheint. Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück. Das schadet nicht bloß der Klarheit in dieser eternen Frage, das trübt das Denken, das Klassenbewußtsein der Proletarinnen überhaupt“ (ebenda, S. 69)



Die „Bewältigung des ungeheuren Materials“, die zur Erschließung eines kommunistischen Standpunktes notwendig war, sah Lenin als eine Frage der Kräfte „Wo habt ihr jetzt (!) die Kräfte her? Wären sie vorhanden, so würde es nicht vorkommen, daß eine Brochure wie die erwähnte bei den Leser- und Diskussionsabend an Unterrichtsmaterial benutzt wird“ (1924). Die gewonnenen Kräfte waren jedoch nur für die Fortsetzung der Diskussionen im November 1924 wegzunehmen, um seiner Aufmerksamkeit auf die bewußten Triebkräfte der Revolution“, schreibt C. Zetkin (ebenda S. 78). Daß für den Klassiker der Revolution die Lösung der Sexual- und Ehefrage eine notwendige Aufgabe war, zeigt er selbst: „Eheleute! Ihr spürt, daß ihr euch nicht einmal über die angestrichelten Fragen stellen! Jetzt nicht! Jetzt muß alle Kraft und alle Aufmerksamkeit darauf verwendet werden. Es gibt größere, schwerere Sorgen. Der Kampf um die Befreiung und Festigung der Sowjetmacht ist noch lange nicht zu Ende“. 1924 wenige Jahre nach diesem Gespräch sprach Lenin

Es ist unseres Erachtens nicht gerechtfertigt, den Klankern vorzuwerfen, sie hätten das Problem nicht gesehen oder nicht sehen können. Etwas weil die „Patriarchen“, „Heterogenen“ und „Antisozialen“ nicht gesehen, etwas weil die „Patriarchen“, „Heteromacher“ oder sonstwas waren (mittlerweile existiert ja über diese „Sicht der Klankier“ eine ganze Literaturgattung), sondern den Klankiern ist diese „Lücke“ im Materialismus als theoretischer Mangel durchaus bewußt gewesen.

Bürgerliche Forschung in den „Kinderschuhen“

Zu beachten gilt es ebenfalls, daß die wissenschaftlichen Fachrichtungen in diesem gesamten Komplex noch in den Kinderschuhen steckten und sich aus verschiedenen Fachdisziplinen entwickelnd – erst in einem Formierungsstadium befanden. Die etablierte, offizielle bürgerliche Sexualwissenschaft war ein Anhängsel der Medizin, also einer wissenschaftlichen Disziplin, die sich mit Krankheiten beschäftigte: „Sofern die Mediziner überhaupt über die sexuellen Implikationen ihrer Entdeckungen nachgedacht haben, sind sie stets im Somatischen (d.h. Körperlichen) hängen geblieben: sie haben die Bäume untersucht und den Wald vergessen ... Keiner von ihnen hat je das betrieben, was man heute Sexualwissenschaft nennt ... Die Pioniere der Sexualwissenschaft, die medizinische Ausbildung genossen hatten: Kraft-Ebing (*1840), Forel (*1848), Freud (*1856), Havelock Ellis (*1859, offen schwul), Hirschfeld (*1868, offen schwul), Magnus (*1887) und Reich (*1897) wurden von der medizinischen Fakultät als Häretiker (Ketzler) behandelt“ (Zitate „offen schwul“ durch AG Schwule). Zu Recht fragt sich der Sexualwissenschaftler Bornemann, „weshalb mein Fach seine wichtigsten Entdeckungen nicht denen verdankt, von denen man die eigentli-

che Pionierarbeit erwartet hätte den Sexualmedizinern ... sondern den Psychologen, Ethnologen, Vorgeschichtsforschern und Rechtshistorikern" (alle Zitate, Borne mann, Lexikon der Liebe, Bd.1, S 70)

Fortschrittliche Sexualforscher – und ihnen hat Friedrich Engels mit seinem „Ursprung“ wesentliche Impulse gegeben – konnten sich mit einer Sexualwissenschaft als Anhängsel der Medizin nicht zufrieden geben. Vor ihnen lag, wie Lenin richtig feststellte, „die Bewältigung eines ungeheuren Materials“, welches – um daraus marxistische Positionen entwickeln zu können – erst einmal mühselig zu Tage gefördert werden mußte. Das wichtige Werk der Ethnologin M. Mead „Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften“ erschien zum Beispiel erst 1928, die Kinsey-Reporte zur Sexualität des Mannes und der Frau Ende der vierziger Jahre). Daß die Erkenntnisprozesse bei einer derart „verborgenen Sache“, wie der Sexualität, wesentlich komplizierter verlaufen, als die Analyse offen zu Tage liegender „Tatschaftsverhältnisse“, versteht sich von selbst.

Welchen Problemen sich z.B. Wissenschaftler gegenüber sehen, die sich – abgesehen der etablierten bürgerlichen Sexualmedizin – ausschließlich mit Sexuifragen befassen, belegt das Beispiel des fortschrittlichen schwulen Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld. Die erste empirische Untersuchung über die Verbreitung der Homosexualität stammt von ihm (1904). Er überhaupt einen theoretischen Ansatz in der Erklärung der Homosexualität zu finden, gilt er als am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Theorie des „Dritten Geschlechts“ auf zu verzichten, so durch Messungen an Körper von offen Schwulen (z.B. des Beckens) zu beweisen. Die so „vermessenen“ Schwulen sollten dann stolz darauf sein, „anders als die anderen zu sein“ und fügen: (S. 1) Antwort (oben) bei einer

Ich hab aber zwei Zeilen mehr
als du (du Nimmst mir das keine)
eiche was tust! Mit dem Blei
gleich abgewurten Krankenkinder
infests Hirnschdel - was er dazun
nicht alen kintu sich selbst
and seine Anlanger der Rantenhe
orie des Fuchman aus, wo Schwu
s als „Kranke und Kriminelle“
in den Gasfen endeten. Tatschlich
hatte Hirnschdel mit seiner Theorie
der „angeborenen Homosexualit!“
mit den alderbesten Absichten ver
sucht, uns Schwulen ein warmes
Herzchen zu sein in einer kalten

...cht uns Schwulen eine warmes
„Herberbeckenchen in einer kalten
Welt ideologisch abzusichern. Da-
mit der Theorie vom „3. Geschlecht“
die vom Bürgertum behauptete „Ver-
ehrung“ zur Homosexualität nun
ungeblich widerlegt wäre, müsse der
Preis 1975 aufgehoben werden. Der Preis
den Homosexuelle für diese Theorie
zu zahlen hätten? Eine um Toleranz
bettelnde Minderheit bis in die Ewig-
keit! (In der revolutionären Sowjet-
union wurde die Abschaffung des
vorherigen Schwulenparagrafen aus
rein humanitären Ansichten vorge-
nommen, und zwar auf der Basis der
Untersuchungen von Hirschfeld
vergl. Ahrens u.a.: „Die Homosexu-
alität in uns“, in: „Tunienstreit“,
S. 20 Rose Winkel Verlag.)

Es zeigt sich, daß es durchaus nicht leicht war, über diese Themen zu arbeiten, wenn nicht umfassende Grundlagenforschung und eine entsprechende Untersuchungsarbeit geleistet wird, auf das Marxisten aufbauen können. Lenin wußte also, wovon er sprach, wenn er „klare marxistische Bewältigung eines ungeheuren Material“ forderte und sich gegen das Herumtampeln wandte, das konsequenterweise zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie führen müsse: „Warum aber... führt die spontane Bewegung, die Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstands, gerade zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielzeitiger entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich viel Mittel der Verbreitung verfügt und je jünger eine sozialistische Bewegung in einem Lande ist, desto energischer muß deshalb der Kampf“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

gegen alle Versuche, die nicht sozialistische Ideologie zu festigen, geführt werden, desto entschiedener müssen die Arbeiter vor den schlechten Beratern gewarnt werden, die von einer Überschätzung des „spontanen Elements“ zeugen“ (Lenin, Was tun, Berlin 1966, Bd. 1, S. 176 f.).

Hatte sich Lenin gegen die Herumstümperei gewandt, so hatte Engels das „Philistertum“ und die „verlogene spießbürgerliche Moralprüderie“ in der Arbeiterbewegung gegeißelt. Beide Strömungen haben sich traditionell in der Arbeiterbewegung eingenistet. Sie müssen bekämpft werden: Die Sexualwissenschaftliche Forschung hat heute umfangreiches Material (auch zu sog. „Perversionen“) aufbereitet, mit denen es die „Philister“ und „Stünper“ zu konfrontieren gilt.

Philistertum geehrt!

Wohin jene Strömungen in der Arbeiterbewegung führten, zeigen anschaulich die „Sünden“ auf dem Gebiet der Sexual- und Ehefrage in der Entwicklung der späteren Sowjetunion.

In den 30er Jahren wurden die Ehescheidungen erzwungen, die Abtreibung verboten und der Schwulenparagraph wieder eingeführt. Eine allgemeine Sexualfurchtsamkeit (Sexophobie) und ein klebriges Philistertum machten sich breit. Marzarenko, ein vom Obersten Sowjet 1939 mit dem Orden des „Roten Arbeitsbanners“ ausgezeichnete Starideologe für Erziehungsfragen, trat in seinen Veröffentlichungen Standpunkte, die man als äußerst reaktionär bezeichnen muß. In seinem 1937 in Moskau veröffentlichten „Buch für Eltern“ schreibt er: „Der sexuelle Instinkt, ein Instinkt von ungeheurer Wichtigkeit, kann, wenn man ihn in seinem primitiven, „wilden“ Zustand läßt oder durch eine „wilde“ Erziehung noch verstärkt, nur zu einer gesellschaftsfeindlichen Erscheinung werden. Aber gezügelt und veredelt durch die soziale Erfahrung der Gemeinschaft mit den Menschen, der Disziplin und der Hemmung, wird er zu einer der Grundlagen der höchsten Ästhetik und des schönsten menschlichen Glücks.“ (S. 258).

„Disziplin“ und „Hemmung“ werden als erstrebenswerte sexuelle Normen angesehen: „In einer solchen Atmosphäre der Selbstbeherrschung und Reinheit vollzieht sich die sexuelle Erziehung in jeder gesunden Familie“ (S. 259). Kinder, die diese „Disziplin“ über sich ergehen lassen müssen, werden zu den klassischen Tugenden des Bürgertums erzogen: Sauberkeit, Ordnung, Enthaltsamkeit, Keuschheit, Schwulenfeindlichkeit, sexueller Verlogenhalt und Doppelmoral. „In der Familie richtet eine solche Unordnung im täglichen Leben, die Nicht-Gewöhnung an exakte Zeiteinteilung, an strenge Ordnung, an Orientierung und Vorausberechnung sehr großen Schaden an und hindert die Jugend am stärksten daran, normale (!?) sexuelle Erfahrungen zu sammeln. Wie kann man von Erziehung sprechen, wenn der Sohn oder die Tochter nicht kann, sich von Erziehung sprechen, wenn der Sohn oder die Tochter aufsteht und schlafen geht, wenn es ihnen gefällt oder wie es sich gerade trifft, wenn sie abends „spazierengehen“, man weiß nicht, wo, oder „bei einer Freundin“ oder bei „einem Kameraden“ übernachtet, deren Adresse und Familienverhältnisse man nicht kennt?“ (S. 262).

Über „Gespräche“ mit Kindern über die sexuelle Frage: „Die Enthüllungen der Geheimnisse, selbst wenn es auf eine sehr kluge Art geschieht, verstärkt die physiologische (d.h. körperliche – Anm. AGS) Seite der Liebe; sie erzieht nicht das sexuelle Gefühl, sondern die sexuelle Neugier und macht sie zu etwas Selbstverständlichem und leicht möglichem. Eine Kultur des Liebeslebens ist ohne in der Kindheit angetragene Hemmungen unmöglich“ (Wer sich weiter informieren möchte, lese z.B. auch das Buch der Christa Mewes „Erziehen Lernen“, Bayrischer Schulbuchverlag, 1973. Diese Frau könnte bei Makarenko „Anleihen“ machen.). Durch eine solche Kinder- und sexualfeindliche Ideologie, wie sie von Makarenko als „Wissenschaft“ ausgegeben wurde, ist denn auch der Boden dafür bereitet, alles das, was dem Philister, der spießbürgerlichen Moralprüderie als „unnormale“, „ungesund“ und „krank“ erscheint, einfach dem Klassengegner umzuhängen. Makarenko-Freund Corki (al's) denn auch mit dem Homosexuellen. Er erwarpte sie als Klassengegner in der Pravda und Izvestija (23.5.34) schrieb er in dem Aufsatz „Proletarischer Humanismus“: „... hunderte Tatsachen sprechen von dem zerstörenden, zersetzenden Einfluß des Faschismus auf die Jugend Europas. Er widersteht einem, Tatsachen (!) anzuführen. Ich weise jedoch darauf hin, daß Homosexualität im „Kultur-Land der

großen Philosophen, Gelehrten und Komponisten frei und ungestraft ist (Anm. AGS: Der § 175 bestand seit 1871 unverändert, wurde jedoch 1935 von den Faschisten extrem verschärft). Es ist sogar das markanteste Sprichwort entstanden: „Rot ist die Homosexualität aus und der Faschismus verschwindet““ (zit. bei Graf/Sieglitz Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft, S. 61). Kratz den „Kommunisten“ – und der Philister erscheint.

Die von Makarenko zitierten Stellen stammen aus der achten Auflage dieses Makarenko-Werkes in der DDR, wo das 358seitige, gebundene Buch für 4,70 billig zu haben ist (Wespreis 5,50), womit der Forderung Makarenkos entsprochen wird: „In der Gesellschaft müssen sich das Urteil der öffentlichen Meinung und die Forderungen nach Kontrolle über die Einhaltung der sittlichen Normen immer stärker und nachdrücklicher Gehör verschaffen“ (ebenda, S. 263). „Gehör verschaffen“ hat sich dieser Muff in leicht modernisierter und phrasenhafter Form jedenfalls auch bei der DKP, die sich in dem Heft „Kommunist sein – was ist das?“ (November '78) zu den „Moralischen Eigenschaften der Kommunisten“ äußern: „Kommunist sein heißt also, ein guter, gewissenhafter, disziplinierter Arbeiter zu sein“. Das wäre „eine der Bedingungen für den entschiedenen, kompromißlosen, überzeugenden Kampf gegen den Kapitalismus als System“. Kommunisten, „die ihren sexuellen Partner wechseln, wie andere das Hemd, können in ihrer Umgebung kein Vertrauen für die Partei gewinnen“. Die DKP-Spüßer wollen sich „in persönlichen Dingen nicht über das hinwegsetzen, was in diesem arbeitenden Volk als Norm anerkannt wird“ (S. 11). Das ist eindeutig die perverse Verdrehung der Parole vom „Schwimmen in den Massen wie ein Fisch im Wasser“.

Schwule und Lesben und andere Unnormale gibt es selbstverständlich nicht, es gibt nur „gewisse Außenseitergruppen der Gesellschaft“, die aber in der Partei nicht ihre Interessen wahrnehmen können, weil jene sich als „Interessenvertretung der Massen des arbeitenden Volkes begeben“ (S. 11).

Das alles habe „nichts zu tun mit der bürgerlichen und spießbürgerlichen Moral“. Sorry, ihr Heuchler: Sie ist es!

Was an diesen Dekadenzzeichnungen besonders widerlich ist, ist der Tatbestand, daß „der Masse des arbeitenden Volkes“ nicht zugestanden wird, zu lernen, auch unsexuellen Fragen gegen jede Form von Willkür und Unterdrückung vorzugehen. Dazu Lenin: „Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren... Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zuschreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende Mittel der Bewegung zu benutzen...“, schreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufreißende, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren.“ (Lenin, „Was tun“, 3 Bde., Berlin 1966, Bd. 1, S. 202).

Neue Linke – alte Tradition

Auch in der Ende der 60er Jahre entstandenen „Neuen Linken“ haben sich kleinbürgerliches Philistertum und Stümperei an der Sexfront durchgesetzt. Im Gegenteil, die meisten der dem Anspruch nach nichtrevisionistischen kommunistischen Gruppen gehen sich verklebten, prüde und stramm „antirevolutionär“. Ansehend drückte vielen dieser „Infernen Söhne der deutschen Arbeiterklasse“ (Töchter hatte diese „Klasse“ wenig?) der Penis gewaltig auf's Gehirn und klemmte viel von dem ab, was gewöhnlich fürs Denken benutzt wird. Leuchtend und als warnendes Beispiel voran die KPdR/ML, die in ihrer militanten Schwulenfeindlichkeit ganz offen auftrat, während der KBW z.B. nur noch Schleim absonderte (Vgl. „Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“ Anhang, Rosa Winkel Verlag).

Die Schwulenbewegung in der BRD und Westberlin entstand unmittelbar zu Beginn der 70er Jahre. Ihre Gründungsmitglieder stammten fast ausnahmslos aus den Reihen der „Neuen Linken“ und DKP/SEW. Es war für sie eine bittere Erfahrung, festzustellen, daß jene Hetero-Genossen/innen, mit denen Schwule eben noch auf einer Vietnam- oder Chile-demonstration oder in einem sonstigen politischen Zusammenhang zu tun hatte, sich in bornierter Überheblichkeit zu Hütern/Hüterinnen eines für die eigenen Verklammerungen zu rechtiggestellten Marxismus aufspielten, anstatt mit ihrem marxistischen Erkenntnisinstrumentarium darüber

nachzudenken, was sich vor ihrer aller Augen abspielte: Demonstrationen jener, die von der herrschenden „Diktatur der Normalität“ als „pervert, krank und abartig“ sozial geächtet und bis vor kurzem (1969) ausnahmslos kriminalisiert wurden.

So standen z.B. 1973, als die Homosexuelle Aktion Westberlin die erste große Schwulendemo organisierte, eben diese kleinbürgerlichen linken Philister einfüßig grinsend am Rand des Westberliner Kuh-Dammis und glotzten wie eine „Kuh wenn's donnert“, nicht in der Lage, die politische „Legitimität“ dieser Demonstration mit den Mitteln des Marxismus zu erkennen. Von der Schwulenbewegung kam dann der Anstoß, unter der Fragestellung „können Tanten Sozialisten sein?“ jene „Lücke“ zu schließen. Die Ergebnisse dieser ersten Debatte liegen als „Tantensatz“ vor (Rosa Winkel Verlag 1975). Wir empfehlen allen Schwulen und Heteros diese Lektüre dringend, damit der Streit fortgesetzt werden kann!

Der „Tantensatz“, der auf das Selbstbewußtsein gerade der linken Schwulen sehr „stabilisierend“ wirkte, erschien allerdings verhältnismäßig spät und wurde von der zunächst einmal abflauenden westdeutschen Schwulenbewegung kaum noch zur Diskussion gegen die vorhandene Schwulenfeindlichkeit der Linken benutzt. (Noch später – 1977 – erschien eine weitere wichtige Veröffentlichung des Rosa Winkel Verlags: „Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“, eine Übersetzung aus dem Amerikanischen. Von lesbischen Genossinnen, die ihre „Erfahrungen“ mit dem Philistertum in den USA gemacht hatten, ist sie „als Kampfansage gegen die schwulenfeindliche Linie innerhalb der revolutionären Bewegung in den USA“ geschrieben worden).

In der spontanen (spontan gebliebenen) Schwulenbewegung setzte sich die Ideologie vom „hier und heute“ und „jetzt sofort“ „Wärmer-Leben“ zu wollen durch, die Utopie, sich hier und heute als Schwule verwirklichen zu können. Die Parole „Ich will endlich die achwule sein, die ich bin!“ signalisierte in der Schwulenbewegung auch eine Resignation aufgrund der Erfahrungen, die viele Aktivisten mit dem „neuen“ linken Philistertum gemacht hatten.

Beispielhaft für diese resignativen Tendenzen der Schwulenbewegung ist das Sich-Nicht-Mehr-Auswendigsetzen-Wollens war die Reaktion eines Mitgliedes einer Schwulen Aktionsgruppe auf die Ablehnung eines fortschrittlichen Films durch einen linken Filmverleih. Der schwule Genosse schreibt: „Die auffallend häufige Verwendung des Wortes ‚Minderheit‘ (zeigt), daß ihr sehr wenig von dem verstanden habt, mit dem Euch die Schwulenbewegung seit ca. 5 Jahren konfrontiert hat – haben sollte, ich bin allerdings nicht bereit, die hier anscheinend reichlich notwendige ‚Nachhilfe‘ zu leisten.“

Der schwule Genosse schreibt: „Dokument der Ignoranz, h-ter Ignoranz, die Schwule nur zu oft zu spüren bekommen“ mit der Bemerkung an die Schwulenbewegung, man solle prüfen, „welche Kompromisse Schwule bisher eingegangen sind, um Bündnisse mit Linken eingehen zu können, und ob das gut und richtig war“ (KB-Broschüre: Schwule Rechte jetzt! S. 41).

Jener Briefwechsel stammt aus dem Jahre 1977. Er veranschaulicht beispielhaft den desolaten Zustand, dessen Entwicklungslinien wir in diesem Beitrag nachzuzeichnen versucht haben. Dies sind die „Fehler der Linken“, die auf Seiten der Schwulenbewegung die Resignation und Abwendung vom Marxismus verstärkt haben und sie spontanen Ideologien ausgeliefert haben. Allerdings ist dies nicht Marx, Engels und Lenin geschuldet, sondern den von ihnen selbst erkannten Lücken auf diesen Gebieten, die es der bürgerlichen Ideologie leicht gemacht haben, Einzug in die Linke zu halten und fortschrittliche Teile der Schwulenbewegung und Marxismus auseinander zu dividieren.

Wenn uns G.Hocquenghem (französischer schwuler Sexualtheoretiker) nun empfiehlt, wir Schwulen, Lesben sollten uns „dazu durchringen, auf den Traum einer Versöhnung zwischen den offiziellen Hütern der Revolution und den Ausdruck des (homosexuellen) Verlangens zu verzichten“ (zu in „Schluß mit der repressiven Toleranz“, KB-Broschüre: Schwule Rechte jetzt! S. 28), so halten wir diesen Rat für ganz falsch. Im Gegenteil: Anknüpfend bei den Klassikern muß diese Lücke gefüllt werden. Dazu haben uns die Klassiker mag Engels auch 1869 noch so verschreckt auf Schwule reagiert haben (s. AK 141, „Schluß mit der repressiven Toleranz“) – die Mittel gegeben.

AG Schwule im KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
 Lerchenstraße 75
 2000 Hamburg 50
 Telefon Verlag: 43 53 06
 Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
 Büro
 Schützenstraße 4
 2000 Hamburg 13
 Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
 Peter Petersen
 Postlagerkarte 088245 A
 238 Flensburg

Geesthacht
 Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
 Dagmar Schneider
 Postlagerkarte 234 Kappeln

Kiel
 H. Lankau
 Postlagerkarte 00 86 93 A
 2300 Kiel 1

Neumünster
 Angelika Schyknecht
 Postlagerkarte A 023673
 2350 Neumünster

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
 Postamt Eutin
 Postlagerkarte A 022853
 2420 Eutin
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Petersstraße in Eutin

Pinnberg/Reinburg
 Postlagerkarte A 022 928
 208 Pinnberg
 Reinbek
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremervorwerk
 KB c/o Arbeiterbuch
 Sonnenstraße 8
 2850 Bremervorwerk
 Tel. 0471/47567

Bremen
 ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
 Am Schwarzen Meer 104
 28 Bremen 1
 Tel. 44 36 74

Niederrhein

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378
 33 Braunschweig
 Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
 Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Kurstadt Norddeichstraße

Emden
 Postlagerkarte 0 674 58 A
 297 Emden

Göttingen
 Buchladen Rosa Straße
 Rosa Straße 10 z.Hd. KB
 34 Göttingen

Hannover
 V. Campen
 Postfach 1262
 3 Hannover 1

Hildesheim
 Postlagerkarte A 019 064
 32 Hildesheim
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
 Postlagerkarte A 017 890
 314 Lüneburg
 Sonnabend Bacherstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdeplatz

Weser-Ems-Gebiet
 Postlagerkarte 020 178 A
 29 Oldenburg

Wolfsburg
 Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Biedfeld
 J. Reents Vertriebsbüro
 Postfach 22
 6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
 J. Reents Vertriebsbüro
 Suddestr. 9
 48 Bielefeld
 Mittwoch von 18 bis 20 Uhr

Bochum
 Postlagerkarte A 068 011
 463 Bochum
 Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstr./Innenstadt
 Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
 Postlagerkarte 080 180 A
 41 Duisburg

Essen
 Jeden Sa 11 bis 13 Uhr Kettwiger Str. Nähe Kurienplatz
 Den AK gibt's außerdem in Buchh. H. Hens Viehofstr. 8 und Buchladen Bundschuh Trümpelstr. 39 Kamen
 Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr Mittwoch von 16.30 bis 18 Uhr in der Einkaufstraßen

Mönchengladbach 2
 Postlagerkarte A 0087 45
 4050 Mönchengladbach
 Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Köln
 Dienstag
 Bucherisch-Fachhochschule für Sozialarbeit
 Mittwoch Bucherisch Uni

Hessen

Darmstadt
 Edwin Herrmann
 Am Eichbaumack 52
 61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
 S. Lissner
 Rödelheimer Str. 13
 6000 Frankfurt 90

Baden-Württemberg

Freiburg
 schriftlich über Buchladen Jos Fritz c/o Kommunistischer Bund Wilhelmstraße 15

Heidelberg
 AK Lesekreise jeden Montag und Bucherisch jeden Mittwoch (Altstadt)
 Mensal Kontakt über Postlagerkarte 080 846 B
 AK Verkauf dienstags 12 bis 14 Uhr Mensa Triplex

Karlsruhe
 Heidi Zorn
 Humboldtstr. 17
 75 Karlsruhe

Münchenerstr. 13
 75 Karlsruhe

Stuttgart
 Postlagerkarte 924 B
 7000 Stuttgart 1

Mannheim
 „Der Andere Buchladen“
 c/o KB-Sympathisanten
 M 2,6
 6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
 Verkauf jeden Dienstag Bucherisch 11 bis 13 Uhr Gesamthochschule

Landshut
 A. Fierbeck
 Postfach 2413,
 83 Landshut
 Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaar

Nürnberg
 P. T. Ostler
 Postfach 150472
 85 Nürnberg

Würzburg
 Postlagerkarte 079003 A
 8700 Würzburg
 Verkauf mittwochs nach AK Erscheinen, Alte Mensa

Zeitgleich mit den „tollen Tagen“ im KB bin ich 30 Jahre, seit neun Jahren politisch aktiv, ledige Mutter eines einjährigen Kindes. Körperlich und nervlich völlig zusammengebrochen und konnte tagelang keinen klaren Gedanken mehr fassen. Ausgangspunkt war der besonders zugespitzte Konflikt: weder mein Kind noch die politische Arbeit vernachlässigen zu wollen. Verschärfend kam die mich sehr belastende Problematik hinzu: wie zwei Leute weiter gemeinsam ihr Kind erziehen können, nachdem sie ihre Beziehung aufgelöst haben. Daß ich nicht besonders viel verkräften konnte, lag aber auch an dem ZL-Putsch, durch den ich unsere ganze Organisation und auch meine eigene Arbeit von Jahren in verantwortungsloser Weise aufs Spiel gesetzt sah.

Ich möchte etwas ausführlicher meine Auseinandersetzungen zum Thema „Wie vereinbare ich Kind und politische Arbeit?“ vor und unsere Praxis damit nach der Geburt unseres Kindes darstellen.

Früher wollte ich nie ein Kind haben, weil es mir gleichbedeutend mit der Aufgabe fast meines gesamten politischen Engagements erschien. Nachdem Baby- und Kinderinitiativen immer mehr Beispiele kollektiver Erziehung boten, setzte ich mich über einen längeren Zeitraum mit meinem Wunsch nach einem Kind auseinander. D.h. ich diskutierte mit Eltern und Schwangeren, noch in eine Babyinitiative rein und betreute gelegentlich Kinder anderer Genossinnen.

Mit meinem Freund besprach ich, daß für uns ein Kind nicht gleichbedeutend mit einer Art Ehevertrag auf Jahre hinaus sein sollte und daß wir gemeinsam die Verantwortung übernehmen wollten. Für den Fall einer Trennung sollte das Kind schwerpunktmäßig bei mir leben und vor allem wollten wir einen Clinch um den kleinen Menschen vermeiden. Ich dachte damals allerdings in Zeiträumen von mehreren Jahren und hätte es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

Unsere in der Trennung als die Verantwortung und die zeitlichen Belastungen gemacht. Für mich war klar, daß ich als Mutter mit Menschen, die die kürzer treten müssen. Ich wollte es dem Kind auf keinen Fall an emotionaler Zuwendung fehlen lassen und es neben diversen Terminen herlaufen lassen, wie ich es oft bei anderen Kindern erlebt hatte. Andererseits war es meine größte Sorge, durch die Mutterrolle politisch außen vor zu sein. Daß ich auf die Mutterrolle abgeheißt sei, das war sozusagen das Allerschlimmste, was andere Genossen von mir denken oder erzählen könnten. Kinderarbeit in einer Initiative wollte ich nur in soweit machen, wie es für die Unterbringung meines eigenen Kindes notwendig sein würde, als politische Arbeit sah ich sie nicht an. Vor allem lebte ich in dem Trugschluß, eine Kinderinitiative sei eine Entlastung für die Eltern, obwohl sie doch eher eine für die Kapitalisten ist, da wir so zur Arbeit können.

So weit die Theorie, jetzt kommt die Praxis

Als unser Sohn endlich geboren war, brauchte er besonders viel Zuwendung und Zeit, da er mit einer körperlichen Behinderung auf die Welt gekommen ist. Arzttermine und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den heißen und widersprüchlichen Informationen der Mediziner belasten uns ständig in Betrieb.

In den ersten vier Lebensmonaten mußte er mehrmals Arztbesuche pro Woche und zwei Klinikaufenthalte, davon einen längeren nach einer 3-tägigen Operation, über sich ergehen lassen. Wochenlang konnte er sich nicht richtig bewegen, lag eingepipst und festgebunden im Bett.

Es zeigte sich schnell, daß die Beziehung zwischen meinem Freund und mir diesen besonderen Belastungen nicht gewachsen war. Mir machte die Sorge um die Zukunft unseres Sohnes viel mehr zu schaffen. (Damit will ich nicht sagen, daß mein Freund nicht auch sehr betroffen war, aber es hat ihn nicht so aus dem Gleichgewicht gebracht wie mich.) Den ständigen Legitimationsdruck, dem Frau als ledige Berufstätige, die „ihre Kinder weggibt“ und Linke in ihrer gesamten Umwelt sich ausgesetzt sieht, hat er natürlich nicht so zu spüren bekommen. Während er z.B. nur mit dem Achseln zuckte, wenn aus meiner Familie „wohlmeinend“ geäußert wurde, der Kleine sei doch „trotz allem ganz normal“ (womit vor allem seine außergewöhnlichen Familienverhältnisse und weniger seine Krankheit ge-

meint war), genötigt ich ganz schön aus dem Häuschen.

Nach vier Monaten waren wir uns beide darin einig, nach fünf gemeinsamen Jahren in Zukunft getrennte Wege zu gehen. Hatte dieser Schritt erst einen gegenüber früheren Zeiten solidarischeren Umgang zwischen uns zur Folge, so kam aufgrund der Tatsache, daß wir noch eine gewisse Zeit zusammen wohnen, doch eine Phase ekelhafter Auseinandersetzungen à la bürgerliches Scheidungs-drama, letzter Akt.

Getrennt leben, gemeinsam erziehen?

Nach der räumlichen Trennung war unser Sohn anfangs jeweils zur Hälfte bei einem von uns. Ich machte mir große Sorgen, ob der ständige Wechsel, zwei Wohnungen mit unterschiedlichen Mitbewohnern, zwei Kinderzimmer, zwei Städte (mein Freund zog nach Hamburg) für ein Kind überhaupt zu verkräften sind. Wie in den letzten Jahren Glück, hatten wir für unseren Sohn H. auch sog. „Ersatzeltern“, die ihn einmal wöchentlich bei sich zu Hause betreuten. Die Vorstellung, daß H. sich neben der Babywohnung in drei verschiedenen Wohnungen zurechtfinden sollte, versetzte mich in eine regelrechte Panik. Andererseits wollte ich seinen Ersatzeltern, die sich sehr verantwortungsvoll und liebevoll für ihn engagiert und sogar ein eigenes Kinderzimmer in ihrer Wohnung für ihn hergerichtet haben, nicht zumuten, zu mir zu kommen. Gerade angesichts dieser räumlichen und personellen Vielfalt erschien es mir umso problematischer, daß wir H. gelegentlich abends mit auf Termine und zu Freunden nahmen.

Ah, für meinen geschiedenen Freund kann solche Probleme auftreten. Wie ihn daran hineinzuweisen, ist eine Aufgabe, die ich mir nicht anmerken möchte.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

es gerade angesichts des gemeinsamen Erlebnisses von Schwangerschaft und Geburt kaum für möglich gehalten, daß unsere Beziehung bereits vier Monate nach der Geburt in die Brüche ging.

Jetzt unserer vergewaltigten, von linken Auseinandersetzungen mit den kommenden Veränderungen.

Kinder

Von der Schwierigkeit, eine gute Mutter und eine gute Genossin zu sein

no an Stimmungsmache geführt wurde.

Auch die Tatsache, daß langjährige Mitkämpfer(innen) und Freunde von mir sich zum Kreis der ZL zählen und daß die Auseinandersetzung quer durch einige dieser Beziehungen geht, machte mir zu schaffen. Dennoch war zu Beginn der Debatte meine Einstellung kämpferisch, ich besuchte mehr Termine und las viel alte Sachen nach. Für meinen Sohn bedeutete das, daß er häufig auf beschlossene Art „wegorganisiert“ wurde. Als er mit schweren Schlafstörungen reagiert, war das für mich der Anfang davon, mich aus der laufenden Debatte rauszuziehen. Innerhalb von kurzer Zeit spitzte sich alles zu. H. stürzte lebensgefährlich, wenige Tage später bekam er eine erste Krankheit. Nachteilig schief ich kaum noch und lief mit dem weinenden Kind auf und ab. Ich machte mir schwere Vorwürfe, und die große Politik verbläbte zusehends. Die Tatsache, daß die ZL rein gar nichts an positiver Krisenbewältigung anzubieten hat und die Debatte völlig auf der Stelle trat (und tritt), verstärkte diese Tendenz.

In dieser Situation äußerte ich sogar Austrittspläne und wollte nur noch „gute Mutter“ sein. Nach ein paar Tagen schrieb ich mir alles von der Seele und gab das Papier an die AG-Frauen und an die Kinderkommission. Das Interesse von dieser Seite und vor allem die Tatsache, daß wir uns mit mehreren Betroffenen zu einer Diskussion unserer gemeinsamen Probleme zusammen-

setzten, haben mich recht schnell auch wieder politisch auf die Beine gebracht. Dieses Treffen und die Aussicht auf weitere haben mir Mut gemacht. Aber natürlich sind die Probleme noch keineswegs geklärt.

Zur Diskussion standen folgende Fragen:

Kind und politische Arbeit? - Ersatzeltern ja oder nein? und vor allem die Frage: Getrennt leben, gemeinsam erziehen?

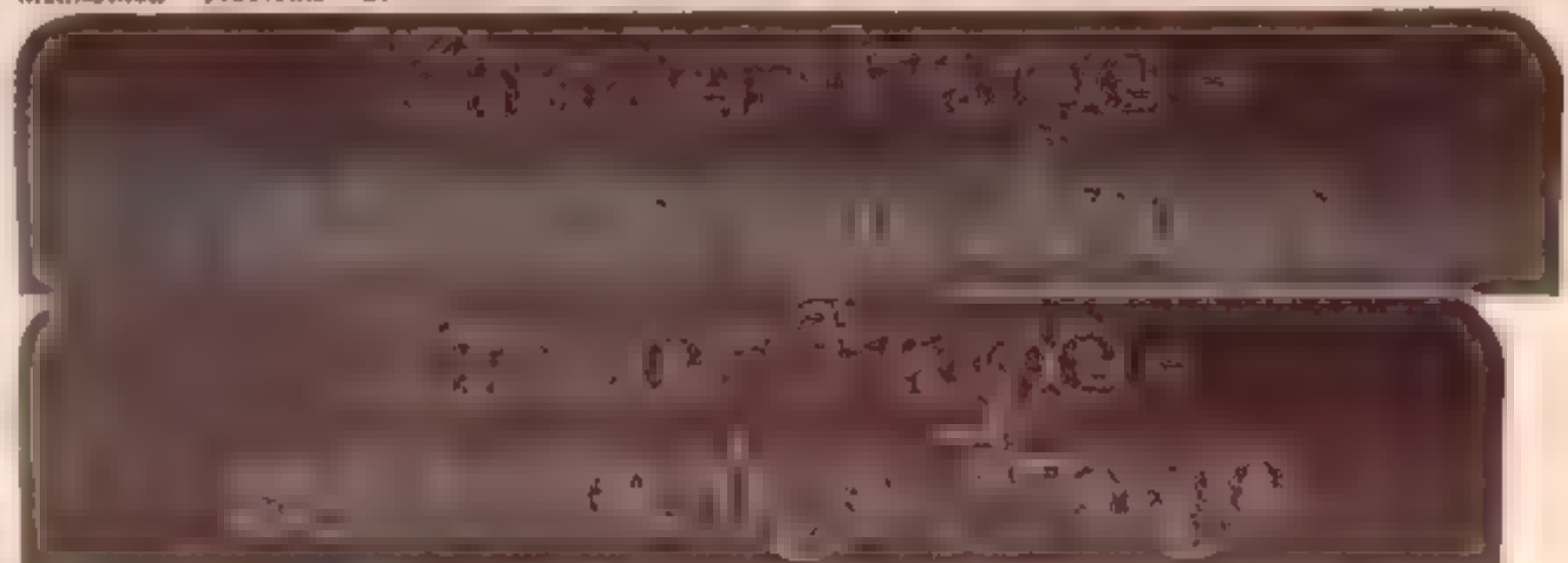
Tatsächlich schlägt sich die Krise der bürgerlichen Familie in unseren Kreisen so nieder, daß Eltern, die gemeinsam leben, eher eine Ausnahme sind. Gerade auch in der Generation der kleinen, sehr bewußt in die Welt gesetzten Wunschkinder trennen sich die Eltern sehr oft, wenn die Kinder noch klein sind. Nicht das ist schlimm, sondern die Tatsache, daß die Kinder, die ja als gemeinsame geplant waren, dabei oft die Hauptleidtragenden sind.

Wir möchten auf unseren Treffen keine neuen Prinzipien aufstellen nach dem Motto: „Eltern dürfen sich nicht trennen“, oder: „Wenn Eltern sich trennen, dann dürfen die Kinder auf keinen Fall hun- und hergereicht werden“, oder: „nur bei einem Elternteil leben“, weil wir meinen, daß die Schwierigkeiten sehr konkret für die im Einzelfall recht unterschiedlichen Situationen der Kinder und Erwachsenen diskutiert werden müssen. Dabei wollen wir uns unterstützen und so auch für die politische Arbeit fit bleiben.

S., eine Hamburger Genossin



Die Genossin hat eine Gruppe von Genossen-Elternteilen gegründet, die aus eigener Erfahrung heraus zu diesen Fragen Antworten entwickeln wollen. Interessierte können sich über die Kinderkommission an sie wenden.



Mit dieser Stellungnahme versuche ich, die Probleme, die sich aus der neuen Kinderdiskussion in Braunschweig aufgetrieben haben, darzustellen, um darüber in eine Diskussion einzusteigen. Denn im Laufe der Monate stellte ich heraus, daß das, was für spontan dazu vertritt, nicht immer so ist, wie es in der Praxis aussieht. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Probleme noch in keiner Weise festgelegt sind, und Beiträge zu diesem Thema für mich/uns auf Unterstützung wirken können.

Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war, daß ich ganz zu Anfang meiner Schwangerschaft undifferenziert an jede Genossin die Forderung gestellt habe, Eltern und Kinder im KB tatkräftig zu unterstützen, ohne erst einmal zu untersuchen, welche Voraussetzungen für eine solche Maximalforderung überhaupt vorhanden sind. Denn Fakt ist ja, daß ich mich entschieden habe, ein Kind zu bekommen und zu erziehen, weil es für mich eine Selbstverständlichkeit ist, daß diese Entscheidung meine ganz allein ist. Aber in dem Moment, in dem ich nun von allen anderen Genossinnen fordere, in die konkrete Unterstützung der Kinder, Mütter, Väter miteinzusteuern, spreche ich ihnen eine eigene Entscheidung für oder gegen Kinder (und oftmals ist die Entscheidung zunächst gegen Kinder gefällt worden) erst einmal ab. Und bin sicher und gekränkt, wenn nicht alle Pläne entwickeln, was was angepackt werden könnte (wie das bei mir der Fall war).

Ganz anders war in diesem Fall mein Rangieren an Genossen, weil mein Ausgangspunkt wahrscheinlich gewesen ist, daß Männer nicht so gut in der Lage sind wie Frauen, konkrete Erziehungsarbeit zu leisten. Denn bei den Genossen habe ich sofort Interesse und Lust zu einer Unterstützung hat, was auch zu positiven Reaktionen geführt hat. D.h. es ist eine gemeinsame Grundlage vorhanden, auf der frau/man etwas aufbauen kann und will, ein wesentlich besserer Ausgangspunkt für eine gute Erzieherische etc. Zusammenarbeit als der Ansatz, den ich bei den Genossinnen gewählt habe. Was jetzt allerdings nicht heißt, daß hier keine Genossin zur Unterstützung bereit ist.

In einer Diskussion im Mai vertrat eine Genossin die inzwischen zurückgenommene (aber von der ZL um Ak 160 strapazierte) Position, daß eine Unterstützung in der Kinderfrage für sie schwierig bzw. nicht möglich wäre, weil ich mit einem „Obermacker“ zusammenleben würde, und daß sie bei einer anderen Genossin, die auch ein Kind hat und mit einem „Macker“ zusammenlebt ähnliche Schwierigkeiten hätte. Dieser Position ist natürlich

an der doch noch einige weitere zu denken. Ich beschränke mich hier auf die, die die Kinderfrage direkt betreffen. Wie groß bzw. überwindbar sind die Schwierigkeiten, jemanden in der Forderung zu unterstützen, wenn zu einem (oder beiden) Erwachsenen mit große persönliche Widersprüche bestehen? Wird das Verhalten zum Kind durch diese Widersprüche stark beeinträchtigt, oder spielen sie im Kleinkreis dann keine Rolle? Oder ist das ein vorgeschobenes Argument, um nicht bestimmten Kindern (evtl. weil sie schwierig sind) nicht zuzukommen? Bei uns in Braunschweig schütze ich das so ein, daß diese Meinung zum einen deswegen auf taucht, weil die Genossin damals sehr viele Fragen und Unsicherheiten hatte, was eine Zusammenarbeit mit Männern angeht, zum anderen aber auch eine Art Schutz vor meinen massiv vorgetragenen Forderungen bzw. Widersprüche zu mir (und nicht zum „Obermacker“), die allerdings nicht konkret auf den Tisch gelegt wurden.

Heute stelle ich mir das Vorgehen so vor, daß in der Organisation und bei Freunden angefragt wird, wer ein Interesse bzw. Lust zur Unterstützung hat und alle zu einer Diskussion eingeladen werden. Denn es ist in meinen Augen sehr wichtig, daß frau/man die Lebenssituation und Probleme, die auf einen zukommen werden bzw. schon da sind, konkret darstellt und daß die Unterstützer ihre Schwierigkeiten etc. ebenso zur Diskussion stellen. So ist es möglich, einigermaßen gleichberechtigt Positionen zur Erziehung gemeinsam zu erarbeiten und auch die konkrete Planung gemeinsam vorzunehmen. Nach einem Satz zur Unterstützung: Ich sehe diese nicht nur in Hinblick auf eine Entlastung in der konkreten Erziehungsarbeit, sondern sehe auch die Notwendigkeit zur Unterstützung bei einigen Hausarbeiten, z.B. bei der Raumsuche für eine Baby/Kinder-Lösung, bei der Renovierung etc. Denn es besteht ja immerhin die Möglichkeit, daß es mehr Unterstützer gibt als in die konkrete Erziehungsarbeit miteinbezogen werden können, aber natürlich trotzdem diskutiert werden muß, wie alle miteinbezogen werden können, so daß jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten was machen kann.

Allerdings soll das von mir jetzt dargestellte Vorgehen nicht von den Schwierigkeiten ablenken, die bei der Gewinnung von Unterstützern entstehen - besonders in einer kleinen

KB-Gruppe. Dadurch, daß nur relativ wenig Genossinnen organisiert sind, schränkt auch der Unterstützerkreis meist sehr stark ein. Das bedeutet für die Eltern, daß sie sich notgedrungen z.T. von der politischen Arbeit zurückziehen müssen (beim Kind verdienen ist das wohl meistens nicht möglich) und sich dann möglicherweise nach den Vorwürfen des Partners gefangen fühlen müssen, d.h. das die eh schon kleine Gruppe noch mehr beansprucht wird (das gilt wahrscheinlich auch für Gruppen mit vielen Kindern). Mir ist nicht klar, wie wir solche Probleme lösen können. Denn wenn das o.g. Selbstbestimmungsrecht relativiert würde, müßten wir das auf alle anwenden, d.h. auch auf die Genossinnen, die gern ein Kind haben wollen. Und das ist für mich nicht akzeptabel. Aber heißt das in der Konsequenz, daß Kinder und Eltern möglicherweise allein mit ihren Problemen fertig werden müssen? Oder heißt das, daß wir einen offensiven Kampf um die Kinderfrage führen müssen, um Kinderfreundin im KB zu agieren? Ich halte das letzte für die einzige Möglichkeit zur Veränderung und denke, daß es unser Vorgehen in der Auseinandersetzung um die Frauenfrage im KB, und zwar in zweierlei Hinsicht der Kampf um die Anerkennung der Probleme der Eltern und Kinder im KB, und der Kampf um die Anerkennung der Arbeit von Genossinnen in Kinderinitiativen als politische Arbeit. (Vgl. Bericht von der Kinder-AG auf dem Vorkongress). Wenn ich mir den Clinch um die Frauenfrage noch mal vor Augen führe, wird mir allerdings in Wunderselbe klar, daß kurzfristige Erfolge nicht zu erzielen sind und daß die Hauptarbeit in dieser Sache von den Eltern geleistet werden muß. (Das Interessante ist natürlich, wie wir so einen Kampf angehen können, da zu weiß ich - mangels eigener Erfahrungen - aber noch nichts.)

Wir haben deswegen in Braunschweig angefangen, Treffen von allen Müttern/Vätern und solchen, die es werden wollen, zu machen, um unsere Schwierigkeiten in der Betreuung solidarisches zu lösen, um von vornherein einer Konkurrenz entgegenzuwirken, die leicht entstehen kann, wenn der Kreis der Unterstützer zu klein ist, um allen Kindern gerecht zu werden. Außerdem ist es so möglich, auch untereinander eine mögliche Unterstützung/Entlastung gemeinsam anzupacken.

K., Braunschweig

Achtung

Treffen „Kinder im/und KB“

Weil ein größerer Teil der zugesagten Berichte bis jetzt nicht eingetroffen ist, müssen wir schweren Herzens ins Treffen zur Kongressvorbereitung/Kinder auf den 17./18.11. verlegen.

Kurzmeldungen

Hamburg — Stadt mit Herz für Kinder

Seit 10 Jahren gibt es in Hamburg, Hammer Straße, einen Gehörlosenkindergarten. In diesem Kindergarten — und da ist er der einzige in Hamburg — können Kinder die Gebärdensprache lernen, Voraussetzung dafür daß sie eine Hörschule besuchen. Zumindest theoretisch und nach den offiziellen Verlautbarungen des Senats.

Praktisch sieht es in dieser Einrichtung für (?) behinderte Kinder ganz anders aus. Die Räume sind eine Baracke, durch das Dach tropft Wasser in die Räume. Dadurch löst sich der Fußboden, die Kinder stolpern dauernd. Die Temperaturen in dieser Hühnerbude schwanken zwischen Eis- und 40 Grad im Sommer. Warmes Wasser gibt es nicht, die Fenster sind so hoch, daß sie die Kinder zu abenteuerlichem Klettern verführen. Und es fehlen spezielle Räume für Übungen zum Erlernen der Gebärdensprache, mit der der Weg in die Hörschule eröffnet werden soll. Versteht sich von selbst, daß das Heim von der Stadt verwaltet wird.

Die Gegenwehr von Eltern und Erziehern, die jahrelang verfrachtet worden waren, hatte ersten Erfolg. Nach einem Bericht über die unhaltbaren Zustände an Senat und Bürgerschaft, wurden Fußboden und Dach repariert. Die Eltern und Erzieher besaßen aber darauf, daß alle Mängel abgestellt werden. Richtig — es gibt in Hamburg noch viele schöne Räume in Senatsheizen.

Straflager für Jugendliche

Großbritannien: William Whitelaw, unter Premierminister Edward Heath Anfang der 70er Jahre u.a. Nordlandminister, jetzt unter Mrs. Thatcher Innenminister, will „straffälligen“ Jugendlichen in Großbritannien nordische Verhältnisse beschreiben. Auf dem Parteitag der Konservativen kündigte er an, daß Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren, die zum ersten Mal gegen Straßengesetze verstoßen, in Zukunft für drei Monate in „militärisch organisierten Straflagern“ inhaftiert werden sollen. Dort will ihnen der Minister einen „kurzen und scharfen Schock“ versetzen.

Und so stellt sich dieser Menschenfeind diesen „Schock“ vor: „Die jungen Gefangenen müßten sich Drill, Paraden und Inspektionen unterziehen. Sie würden vom Aufstehen um 6.45 Uhr bis zum Schlafengehen kein leichtes Leben haben. Konstruktive Aktivitäten, Disziplin, Sauberkeit, Selbstrespekt und Respekt für die Autoritäten würden die Erziehungsziele sein.“ Der Minister versprach seinen Gesinnungsfreunden, „daß dies keine Ferienlager sein werden und ich hoffe, daß die Jungen, die dort waren, nie zurück wollen.“ Für die nächste Zeit ist die Einrichtung von zwei Versuchslagern geplant („FR“, 12.10.79).

Mrs. Thatcher ist ja regelmäßige, gefeierte Gastrednerin auf den CDU-Parteitagen, vielleicht schickt sie ja demnächst mal ihren Innenminister um der CSU/CDU ein „Patentrezept“ gegen die „steigende Jugendkriminalität“ herzuholen zu verkaufen. Richter, die solche Sauerbraten mitmachen würden, gibt es hier sicher auch.

Kinderkommission

Interview mit Jürgen Roth

» Das ist unsere Armut: Vorne schön weiß, aber... «

Die SPD trat 1969 ihre Regierungsgeschäfte mit großen Reformversprechungen an: Armut, soziales Elend, menschenfeindliche Städtebaupolitik, die katastrophale Situation in den Heimen, Knästen in der Psychiatrie, — öffentlich gemacht durch Kampagnen der ApO, des SDS — sollte bekämpft und teilweise in durchaus positiven Ansätzen verändert werden. Was ist daraus geworden und wie sieht's heute in diesen Bereichen aus? Was ist aus dem Widerstand geworden? Damit beschäftigt sich dieses Interview mit Jürgen Roth. Es soll eine Anregung sein für eine Diskussion um die zunehmende psychische und soziale Verelendung und tatsächliche Armut der Bevölkerung, die teilweise nicht mehr im Bewußtsein der Linken ist. Es ist auch gedacht als Aufforderung zu Überlegungen, wie mehr Öffentlichkeit und effektiver Widerstand gegen die zunehmende Verschlechterung in den Kinder- und Jugendheimen hergestellt werden kann. Weitere Beiträge zu den im Interview lediglich angerissenen Themen würden wir sehr begrüßen.

Frage: Der Heimleiter des St. Georg-Heimes im Ruhrgebiet, in dem „psychisch Kranke“ untergebracht sind, hat wegen Deiner Aussage im Buch „Armut in der BRD“, daß diejenigen, die sich des Elends annehmen, jetzt für sich auch die Profite daraus schlagen, ein Ermittlungsverfahren gegen Dich eingeleitet. Wie steht es damit?

Jürgen Roth: Es ist nichts neues bekannt. Von der Ankündigung des Heimleiters Herrn Hennemeyer abgesehen, der Strafanzeige wegen Verleumdung ankündigte und den Fiktionsantrag des Landtages deswegen kontaktiert hat, damit die ihn in Schutz nehmen vor den sicher ganz böartigen Beschuldigungen. Auf der anderen Seite sind zu diesen Angaben, die in dem Buch gemacht sind, neue Informationen gekommen. Tablettenmißbrauch, die Leute werden dort abgesperrt, sie werden dort geschlagen. Sozusagen die „Endstation“ des Lebens.“ Da wird dann nochmal kräftig Geld draus gezogen. Insofern sehe ich eigentlich einem solchen Verfahren, wie es häufig üblich ist, mit Optimismus entgegen. Einfach deswegen, weil dann viel mehr auf den Tisch kommt als nur mauerweise in einem Buch drin sein kann. Ich vermute allerdings daß der Heimleiter, Herr Hennemeyer, nur mal was gesagt hat, nachdem, was in der Presse gestanden hat, er selbst aber gar nicht zur Staatsanwaltschaft gelaufen ist. Sondern nur gesagt hat, er wird es machen. Sonst ist in Wirklichkeit eigentlich nichts dahinter.

Frage: Mit Deinem Buch „Heimkinder“ hast Du 1975 ja eine Reihe von Skandalen in Heimen für Kinder und Jugendliche enthüllt. Was hat sich seit diesem Buch in den Heimen der BRD verändert?

Jürgen Roth: Was den Bereich der Heimerziehung betrifft, sicherlich eine neue Entwicklung. Vor sieben Jahren waren wir alle ja ziemlich euphorisch und haben gedacht, jetzt sind Reformaktivitäten im Gange, jetzt wird was in der Heimerziehung getan. Die Heimkampagne war ja sehr wichtig, hat zumindest viele Denkanstöße gegeben. Teilweise gab es auch Veränderungen in den Heimen, in der Erziehungskonzeption, in der besseren Ausstattung der Heime, der Versuch, mehr Wohngemeinschaften anstelle von geschlossenen Heimen einzurichten. Nur, die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Reformaktivitäten alle eingeschlagen bzw. ins Gegenteil umgeschlagen sind. Es wird halt nicht mehr von Reformen geredet, sondern wieder von Einschließungen. Erzieher und wohl auch Heimleiter, die mal mit großem Eifer, Idealismus, vielleicht auch Naivität rangingen, sind rausgeflogen. Viele, die fortschrittliche Elemente in die Heimpädagogik eingebracht haben, sind nicht mehr in den Heimen tätig. Oder wurden wenn sie bei Caritas oder beim Diakonischen Werk arbeiteten, mehr oder weniger sanft rausgeschmissen. Es ist eigentlich wieder der alte Standard, die Kinder und Jugendlichen werden eingeschlossen, damit sie von der Gesellschaft ferngehalten und, nicht auffallen, nicht stören. Aber was dann das weitere soziale, individuelle Schicksal der Kinder und Jugendlichen angeht, tut sich überhaupt nichts. Das merke ich teilweise daran, daß ich in letzter Zeit in die Caritas-Heime nicht mehr reinkomme. Die Offenheit, die mal vorhanden war, ist nicht mehr. Es ist sehr schwierig, überhaupt noch über Heimerziehung zu diskutieren, da sie einfach weggefallen ist aus dem öffentlichen Bewußtsein.

Frage: Kennst Du denn neue Skandalfälle?

Jürgen Roth: Die alltäglichen Skandale mit Mißhandlungen. Was insbesondere zunimmt in der Heimerziehung, ist die Verwendung von Psycho-

pharmaka. Besonders in den bayrischen Heimen. Die Psychiatisierung der Heimerziehung schreitet fort und immer wieder wird auf die individuelle Schuld der Kinder zurückgegriffen. Ebenfalls wird der Zugriff des Staates über die Kinder z.B. in den Obdachlosenwohnungen immer stärker.

Es hat sich aber, und das unterscheidet mich diese Aktivitäten von der Heimkampagne, in den Institutionen nicht viel verändert. Diplome-

Logen und Diplomiertheer sitzen mit ihren Hintern auf den grünen Sesseln und sind relativ unbekümmert. Die laufenden Basisaktivitäten stören sie nicht besonders. Es kommt im wesentlichen darauf an, daß diese Larube in die Heime reingetragen wird und sich dort niederschlägt. Dann werden deren Sessel auch ein bißchen mehr wackeln. Im Vergleich zur damaligen Situation sitzen diese Leute werden deren Sessel auch ein bißchen mehr wackeln. Im Vergleich zur damaligen Situation sitzen diese Leute heute sehr fest. Das wichtige war — darüber bin ich sehr froh — daß es diese Heimerziehungsüberhaupt wieder gegeben hat und so viele Leute doch noch bereit waren, sich um diesen „Randbereich“ zu kümmern. Bei bestimmten politischen Aktivitäten ist es nur eine Frage, wie lange sie anhalten und wie sich dann auch die Basis vergrößert oder nicht. Gegenwärtig sind es eben nur Strohflecken. Man erfährt halt von einem Skandal, der meist sehr schlimm für die Betroffenen ist. Aber dabei bleibt's dann auch und geht nicht über den Skandal hinaus. Da kann ich auch keine Lösungsmöglichkeiten anbieten.

Ich beobachte das auch und hör dann, daß „die in ihren Sesseln“ immer ein gutes Argument haben: „Was ist nur irgendso ein kleiner Skandalchen“. Da muß durchgehend eine konsequente Arbeit geleistet werden. Die Leute, die diese Leistung vollbringen können, sind sehr wenige.

Frage: Was meinst Du, warum die Linke insgesamt sich doch relativ wenig um solche Fälle kümmert wie z.B. um das Don-Bosco-Heim?

Jürgen Roth: Ja, was heißt schon „die Linke“? Die sich mal früher darum kümmerten, sind größtenteils etabliert. Sonst gibt es einige bei den Heimerziehungsaktivitäten, die sich durchgehend darum kümmern. Aber ich glaube auch hier, wie bei den bürgerlichen Parteien ist auch bei der bürgerlichen Linken aus dem Problembewußtsein draußen. Man hat resigniert. Man weiß, daß man sehr wenig verändern kann und dieses Wissen um diese geringe schnelle Veränderungsmöglichkeit schlägt dann einfach in Resignation zurück.

Frage: Du hast ja nun schon eine Reihe von Skandalen aufgedeckt und in diesem Bereich seit Jahren gearbeitet und stellst nun auch fest, da verändert sich kaum was! Wie verarbeitest Du das denn?

Jürgen Roth: Da gibts ja kaum viele Möglichkeiten. Die erste wäre, man wandelt sie in Zynismus um. Das stellt vielleicht die psychische Stabilität wieder her. Die andere wäre, einfach nicht locker zu lassen. Dazu würde ich mich zählen. Nicht locker lassen, meint erstmal, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren, soweit das vom privilegierten Status aus möglich ist. Sich mit ihnen betreffen zu machen, die Sensibilität für ihre Probleme zu bekommen. Wichtig ist es zu versuchen, über diesen Einkämpferstatus hinwegzukommen, z.B. „ich decke auf...“ oder „ich mache das...“, was absoluter Schwachsinn ist. Sinnvoller ist es, immer mit Initiativen, mit Gruppen, mit Politikern — soweit das möglich und sinnvoll ist — zusammenzuarbeiten. Zu wissen, daß es ein Umfeld, das trägt die ganze Sache und macht weiter. Wenn das gewährleistet ist, dann ist es auch trotz allem, was man sieht und mitbekommt, in relativ langer Zeit, nicht besonders schwierig, das psychisch aufzuarbeiten. Nur, ich finde diese Herangehensweise schon notwendig.

Die andere Sache ist ein ganz großer Widerspruch, den ich eigentlich erst jetzt momentan sehe. Wenn du über Armut schreibst und über Armut berichtest, in Elendsvierteln und Slums meinst, wie die Kinder aufwachen wenn du hörst, daß vor ein paar Tagen ein Kleinkind einfach an Lungenerkrankung gestorben ist, weil die Wohnungen feucht sind, da wirst du einerseits natürlich wirklich psychisch mitgenommen.

Auf der anderen Seite bist du dann aber in einer Situation, ins Hotel oder nach Hause zurückkehren zu können, wo du eigentlich alles hast, was du haben willst, es dir finanziell gut geht. Das ist ein erheblicher Widerspruch. Da weiß ich auch nicht, wie dieser Widerspruch aufzulösen wäre.

Frage: Ausgerufen wurde für 1979 das „Jahr der Kinder“. Wollen den Kindern in diesem Lande ja so gut geht, behandelt die Bundesregierung ja mit Vorliebe die positiven Seiten der Situation der Kinder in diesem Lande. Deine Untersuchungen enttellen ja nun genau das Gegenteil. Was macht Dich denn am betroffenensten, wenn hier über Kinder und Jugendliche gesprochen wird?

Jürgen Roth: Mich macht da eigentlich gar nichts mehr so erschrocken. Der staatliche Zynismus ist ja so ausgeprägt, daß Betroffenheit einfach verschwendete Energie wäre. Es ist halt nur schlimm, daß die Kinder und Jugendlichen kaum eine Möglichkeit haben, aus ihrer sozialen Misere herauszukommen. Die staatlichen Institutionen kümmern sich überhaupt nicht darum. Da wird dann mal z.B. bei Caritas eine Weihnachtsfeier veranstaltet, wo die Kinder ein Paket bekommen mit einer Zitrone und einer Apfelsine drin. Aber mehr nicht. Die Eltern und Kinder sind zum großen Teil resigniert und dann beginnt ja der Teufelskreis. Resignation, dann kommt der Alkoholismus, der eine große Rolle in den Slums und Elendswohnungen leider spielt. Dann schlechte berufliche Qualifikationen, keine Chance, irgendwie sein Leben selbst zu gestalten. Schon geht die soziale Elendskarriere von neuem los bzw. setzt sich fort. Ich überlege mir immer, wenn ich in Städte komme „Vielleicht ist es ja doch nicht so schlimm“ oder „Armut? Na, da produziert du halt nur so was Irres, ne Phantasie...“

Und gleichzeitig, in welche Stadt ich komme. Ich gehe in einen bestimmten Wohnbereich, sehe immer wieder das gleiche Bild. Graue Kinder, die teilweise unterernährt sind, die krank sind, die Behinderungen haben, die nicht behandelt werden. Kinder, die teilweise extrem krank sind, die nur noch husten, die auf die Sonderschule gehen, wo sie auch teilweise von ihren Lehrern geschlagen werden, wo sie auch keine Entfallungsmöglichkeiten haben, wo sie in beschissenen Wohnbedingungen leben... Überall immer das gleiche Bild.

Da entwickelt sich als Abwehr doch auch so eine Haltung „das ist eben leider soziale Realität“.

Manchmal sind die Fassaden wirklich schön. In München z.B. war ein Viertel ganz neu geweißt. Man würde dort nie Armut vermuten. Da gehen



Tablettenabhängige in Köln

Fortsetzung von Seite 34

wir in eine Wohnung rein neben Kinder, neben Personen, kleine Räume, es gibt kein Bad, keine Heizmöglichkeiten. Alle haben Angst vor dem Winter, weil es nicht genügend Holz zum Heizen gibt, weil sie sich das nicht leisten können ...

Das ist unsere Armut: Vorne schön weiß - aber es ist kaum jemand bereit, hinter die Fassaden zu schauen, weiß da so morsch ist.

Frage: Hat sich denn an der Verelendung in der BRD seit 1974 - als das Buch „Armut in der BRD“ erschien - viel verändert?

Jürgen Roth: Die Situation hat sich entscheidend durch die Wirtschaftskrise verändert. Als ich das Buch damals geschrieben habe, da war ja noch die Phase „Wie bekämpft man Armut“, „Wie kriegt man die Elendsiedlungen weg“, „Wie wird soziale Städtebaupolitik betrieben“, „Wie wird Resozialisierung im Gefängnis“, „Auflösung der Psychiatrie“ zumindest innerhalb der Psychiatrie erreicht. Oder die Reformvorhaben im Bereich der Heimerziehung - also in allen Bereichen waren wir da hoffnungsvoll. Und jetzt ist überall eigentlich dieser furchtbare Rückschritt zu beobachten, in der Psychiatrie, in den Knästen, in Heimen, Elendsiedlungen. Die materielle Lage der Arbeiter hat sich erheblich verschlechtert. Also nicht nur jetzt denjenigen an den unteren Einkommensstufen, sondern auch bei jenen, die weitaus höher stehen. Das bedeutet, daß es z.B. nur noch bestimmte Rahmenverpflichtungen sind, die eine bestimmte Existenz ermöglichen. Die Frau oder der Mann müssen zuverdienend, obwohl sie eigentlich nicht um die Kinder kümmern müssen. Da ist die Situation der allein stehenden Mütter, die unheimlich schlimm geworden ist, weil es nicht genügend Kindergärten und Kinderhortplätze gibt. Die Kinder müssen dann allein sein, während die Mutter arbeitet. Das ist der Bereich, den ich unter „neuer Armut“ verstehe. Verelendung aufgrund von Arbeitsbedingungen - verelende der Naturzustand - das ist die Realität. So wie es bei denjenigen Arbeitern, die Schwarzarbeit machen, haben eine etwa 50 % niedrige Lebenshaltung als Unternehmer. Sie haben kaum noch eine Chance, wenn sie 60 oder 65 sind, die Rente zu genießen, weil sie einfach aufgrund der harten Arbeitsbedingungen vorher wegsterben. Und dies in zunehmender Tendenz, besonders in Zusammenhang mit der Umweltbelastung. Damals als ich das Buch „Armut in der BRD“ schrieb, war das nicht in diesem Ausmaß wie heute der Fall. Oder beispielsweise die Situation der Sozialhilfeempfänger. Wenn man Zahlen mit 69 vergleicht, sind diese um über 100 % angestiegen bei gleichzeitiger Kürzung der Sozialleistungen.

Frage: Ist die Armut eine Sache, die in den fortschrittlichen und linken Kreisen nicht so im Blick ist oder woran liegt es, daß eigentlich doch recht wenig über die tatsächliche Armut in dieser Deutlichkeit berichtet wird?

Jürgen Roth: Es gab eine Zeit, wo die Armut vollkommen aus dem Bewußtsein ausgeblendet war. Dann die Phase, in der wir momentan sind. Nämlich, daß sich die bürgerlichen Wissenschaftler schon um die Randgruppen kümmern. Sie schreiben Untersuchungen und errechnen da eben, wie sich die Armut in Zahlen ausdrückt. Eine „Armutsberechnung“ oder eine Sozialstatistik bzw. Sozialreports von politischer, kommunaler Ebene gibt's halt immer noch nicht. Bei der Linken sehe ich das nicht so. Da gibt es Gruppen und Organisationen - hier gehört der KB, das SB, dann das Kollektiv von „Päd-extra und Sozialarbeit“ dazu - die sich fortlaufend um diesen Bereich kümmern.

Insgesamt nimmt es allerdings doch einen geringen Raum ein, weil das gesamte Ausmaß, was Armut eigentlich ist, noch nicht so richtig in den Köpfen drin ist. Für viele ist Armut einfach: „man hat wenig Geld“ oder „die Wohnverhältnisse sind beschissen“. Wie sich Armut niederschlägt, welche Konsequenzen das in gesellschaftlicher Sicht hat, - dem „neuen Armut“ mit Umweltbelastungen, Verminderung von Leben, - das fließt noch viel zu wenig in den Armutsbegriff ein.

Um mal ein Beispiel aus meinen gegenwärtigen Untersuchungen zu nennen, was die Wohnungsnot betrifft.

Über dieses Thema gibt es bei der Bundesregierung ganz wenige Untersuchungen. Das sind nicht mal wissenschaftliche, sondern Auftragsarbeiten, nach dem Motto: „wir haben ja nur 600 000 Arme“, „alles nicht so schlimm“ und „eigentlich wollen es die Leute ja gar nicht anders“ usw. ...

Wissenschaftliche Untersuchungen über die Armut werden bei uns nicht gefördert. Und wenn sie mal gemacht werden, stoppt sie irgendjemand gleich wieder.

Frage: Du hast jetzt über die unzufriedenen Bereiche deiner Arbeit gesprochen. Du hast ja auch andere Bücher geschrieben, positive Seiten sozusagen. Z.B. das Buch „Eltern erziehen Kinder“ oder „Aufstand im wilden Kurdistan“.

Darin schilderst du ja die Teilnahme der Kinder am Kampf um das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes. Ist das für dich mehr eine Art „Ausgleich“ oder welches Ziel verfolgst du damit?

Jürgen Roth: Die letztgenannten Bücher entstanden mehr aus Interesse. Das erste, weil meine Tochter in einer Baby-Gruppe war, dann im Kinderladen. Danach habe ich keine Alternativen mehr. Das war wie mit der Heimerziehung. „Alternative Erziehung“ war nicht mehr so richtig „in“. Da habe ich selbst einfach eine Initiative aufgemacht, bzw. mitgearbeitet. Dies darzustellen wollte ich eigentlich mit dem Buch versuchen. Ob es gelungen ist, weiß ich nicht, ist auch eine andere Frage. Und die Erfahrungen mit meinem und anderen Kindern wollte ich einfach mal niederschreiben. Das steht in krassm Gegensatz zu all den anderen Sachen, die ich bisher geschrieben habe. Hier wird aus einer privilegierten Position heraus eine privilegierte Erziehung „verherrlicht“ - um das mal so zu nennen.

Kinderladenarbeit mit einem pädagogischen Konzept und insbesondere die kollektive Elternarbeit scheint mir die einzig sinnvolle Alternative zu sein. Eine Möglichkeit, die allerdings nur sehr wenige Eltern leisten können. Sind beide berufstätig, ist es gar nicht oder nur schwer möglich in der Kinderladenbewegung sehr ich aber trotz allem, was es auf diesem Gebiet gegeben hat, vom Grundkonzept her und vom Ergebnis für die Kinder immer noch das bisher bedeutendste pädagogische Element.

Dies hat ja auch noch länger ange dauert und halt nach wie vor an. Im Gegensatz zu allen anderen Aktivitäten im Zusammenhang mit den letzten Reformen.

Das ist so ein Abschnitt im Leben, wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

gehen hältst du für richtig?

Jürgen Roth: Ich halte es nicht für richtig, gegen das JHG als Ganzes vorzugehen. Das wäre politisch einfach ure. Da ließe sich kaum was durchsetzen. Da wird man auch sicher ganz wenige Bündnispartner finden. Während, wenn es sozusagen um selektive Erscheinungen im Gesetz geht, man ganz sicher auf Bündnispartner u.U. auch aus der SPD bzw. aus Gruppierungen, die ähnliche Interessen haben und die was verändern können, wird finden können. Ich denke da z.B. an die geschlossenen Anstalten.

Widerstand nach der Methode, einzelne Sachen rauszugreifen, die wirklich prägnant sind und dann versuchen, sie zu verändern, das halte ich unter den gegenwärtigen Bedingungen für realistisch.

Frage: Sind die Ausführungen über die geschlossenen Anstalten denn die prägnantesten Beispiele?

Jürgen Roth: Sie sind sicher ich nicht der einzige Punkt, aber sie sind herausragender Bestandteil, sie sind einfach symptomatisch und von daher sollte man von Anfang an solchen Erscheinungsformen entgegen treten.

an Stelle von Sozialarbeitern“. Selbst wenn man davon ausgeht, daß Sozialarbeiter nicht viel verändern können, unter den gegebenen Umständen das Problembewußtsein von Sozialarbeitern und Polizei unterscheidet sich immer noch erheblich.

Sozialarbeiter haben viel mehr Solidarität für die Betroffenen. Die Polizei hingegen ist eben nur mit dem Revolver, Schlagstock und Gesetz ausgestattet. Übrigens wird diese Situation auch ganz treffend durch eigene Erfahrungen gekennzeichnet. Überall, wo ich hinkomme, werde ich zuerst gefragt, ob ich von der Polizei komme. Die Polizei hat halt nicht das Image vom „Freund und Helfer“.

Frage: Ein Zeichen vom Angst ... Jürgen Roth: Von unheimlich großer Angst. Je schlimmer das Elend, umso größer die Angst vor der Polizei.

Frage: Wie würdest Du das denn in Perspektive sehen, was Du so mit dem Begriff „Knüppel statt Therapie“ kurz gekennzeichnet hast?

Jürgen Roth: Es geht einfach darum, ob man aufgrund von Planungsmaßnahmen den benachteiligten Arbeitern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger usw. die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt und Bedingungen schafft, damit sie menschenwürdig leben können. Das hat mit Therapie erstmal gar nichts zu tun. Man könnte für Kinder, die nicht lesen, schreiben können, weil kein Raum zur Verfügung steht, Spielzeug einrichten, also wichtige Gemeinwesenarbeit machen. Dies wäre an sozialen Brennpunkten unbedingt notwendig. Aber es gibt Städte, wie Katernau, die wissen gar nicht, was Gemeinwesenarbeit ist, die kennen das Wort nicht einmal. Dort ist der Sozialarbeiter für die Hausaufgabenkontrolle der Kinder da. Darauf beschränkt sich dort Sozialarbeit, und das ist

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...



„und ruhiggestellt...“

Frage: Im gesamten sozialen Bereich ist ja ein „Roll back“ zu beobachten. Eine wichtige Erscheinung ist ja die polizeistaatliche Durchdringung, z.B. JUPOS. Hier gibt's ja auch aus verschiedenen Städten Enthüllungen. Hast du hierüber konkrete Informationen und wie würdest du diese Entwicklung einschätzen?

Jürgen Roth: Da habe ich kaum andere Kenntnisse, wie jeder andere Zeitungsleser auch. Die zunehmende Durchdringung sozialer Bereiche mit polizeistaatlichen Methoden halte ich für eine unheimlich gefährliche Entwicklung. Dies setzt sich ja bei der Jugendpolizei, in der Heimerziehung in der Fürsorgeerziehung, im Drogen- und Alkoholiker-Bereich ebenso durch wie in der Psychiatrie.

Viel schneller läßt man jemanden entmündigen oder bringt ihn durch die Polizei in die Psychiatrie, wenn er nicht konformes Verhalten zeigt. In Mannheim gibt es z.B. eine Verordnung, die bestimmt, daß die Sachbearbeiter gegen unbeherrschbare Sozialhilfeempfänger „Barrieren“ bilden sollen oder ganz schnell die Polizei rufen. Man will also in jeder Beziehung „Barrieren“ bilden gegen das wachsende Elend und gegen diejenigen, die einen Rechtsanspruch auf Ausgleich für dieses Elend haben. Leute, die ihre Sozialhilfe fordern, sollen eben abgewiesen werden. Und das mit ganz unterschiedlichen Methoden in einer Phase, wo finanzielle Forderungen gestellt werden, stellen sich die Behörden auf, nach dem Motto „Ihr kriegt nichts“. Oder bei denen, die noch die Möglichkeit haben, Widerstand in „Verhaltensauffälligkeiten“ zu leisten, meist Jugendliche und Kinder, schreitet eben die Polizei ein. Nach dem Motto „mehr Polizei

gern usw. die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt und Bedingungen schafft, damit sie menschenwürdig leben können. Das hat mit Therapie erstmal gar nichts zu tun. Man könnte für Kinder, die nicht lesen, schreiben können, weil kein Raum zur Verfügung steht, Spielzeug einrichten, also wichtige Gemeinwesenarbeit machen. Dies wäre an sozialen Brennpunkten unbedingt notwendig. Aber es gibt Städte, wie Katernau, die wissen gar nicht, was Gemeinwesenarbeit ist, die kennen das Wort nicht einmal. Dort ist der Sozialarbeiter für die Hausaufgabenkontrolle der Kinder da. Darauf beschränkt sich dort Sozialarbeit, und das ist

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

... wenn man sich ...

an „Bambule“-Veranstaltungen einer Initiative aus verschiedenen Städten. Die versuchte, die zunehmende Missetätigkeit in den Heimen an die Öffentlichkeit zu bringen und gedacht war als Weiterbelebung der Heimkampagne. In den Jahren 68/69 zu seinen bedeutendsten Büchern sozusagen Standardwerken gehören heute „Armut in der BRD“ erschienen 1974 im Fischer Taschenbuchverlag (wiederaufgelegt als erweiterte und aktualisierte Ausgabe beiroro 7258, allerdings mit anderen Schwerpunkt, eigentlich ein neues Buch) sowie „Heimkinder. Ein Untersuchungsbericht über Säuglinge und Kinder



Radium in der Besenstube

Erfstadt bei Köln: Im dortigen Marienhospital ist durch neu angestellte Oberärzte vor kurzem ein Radiumskandal bekannt geworden, der seinesgleichen sucht.

Der Chefarzt des Marienhospitals, Dr. Niedeggen, hat seit mindestens zehn Jahren ohne Genehmigung und ohne fachliche Ausbildung mit Radium rumhantiert, das völlig ungeschützt gelagert war und die ganze Gegend verstrahlt haben muß. Niedeggen will das Radium 1954 in der Schweiz gekauft haben. Seitdem hat er es in seinem Krankenhaus aufbewahrt, wie Normalerbleiche ihre Putzmittel. 30 Milligramm Radium fanden sich ungeschützt in der Besenstube der Klinik. Normalerweise muß Radium in den Krankenhäusern in besonderen Räumen und darin wiederum in besonders abschließbaren Tresoren gelagert werden (nach den Bestimmungen des Atomgesetzes nur in fünf bis zehn Zentimeter dicken Bleibehältern). Weitere 80 mg Radium wollte gerade die Frau des Chefarztes besorgen, als die Klinik durchsucht wurde. Frau Niedeggen sollte dem an der Untersuchung beteiligten Kreisobermedizinaldirektor Dr. Schmidt mit einem Metallröhrchen mit 80 mg Radium entgegen. Schmidt in dem Augenblick, als man der Arztfrau das Röhrchen abgenommen und es im Strahlenwagen identifiziert hatte, habe ich mir gesagt: 80 Milligramm Radium, um Gottes Willen, nichts wie weg hier! („Köln Rundschau“, 18.10.79).

Schmidt's Sorge ist verständlich. Die Bestrahlung mit Radium kann...

Schmidt's Sorge ist verständlich. Die Bestrahlung mit Radium kann... (Text continues with details of the scandal and the doctor's actions).

Alle Patienten, das Personal des Marienhospitals und die Öffentlichkeit werden darauf drängen müssen, daß eine vorbehaltslose Untersuchung durchgeführt wird, die das Ausmaß der Katastrophe tatsächlich offenlegt.

Diese Forderung ist umso notwendiger, weil ganz offensichtlich bekannt ist, wofür der Chefarzt Niedeggen das Radium benutzt hat. Er hat damit... (Text continues with details of the radiation exposure).

Aber natürlich wollen weder die Krankenkassen, bei denen die ärztlichen Leistungen abgerechnet werden, noch die zuständigen Behörden gewußt haben, daß Niedeggen seit mindestens einem Jahrzehnt Patienten, Personal und die ganze Umgebung bestrahlt.

Skeptisch gegenüber der zur Zeit lau-



„Dr.“ Niedeggen in Belgien verhaftet!

„Dr.“ Niedeggen in Belgien verhaftet!

fenden Untersuchung ist auch deshalb angebracht, weil im Grunde seit Jahren bekannt ist, daß Chefarzt Niedeggen ein ausgesprochenes Kurpfuscher und Scharlatan ist — aber nichts gegen ihn unternommen wurde. Neben dem Radiumskandal nehmen sich solche Mißstände noch „harmlos“ aus. Im Marienhospital sind „stärkste Arzneimittel für jeden zugänglich aufbewahrt“ worden („FR“, 18.10.). Die Krankenhausapotheke blieb „eher einer Rumpelkammer“ („Köln Rundschau“, 17.10.). Ferner hat Niedeggen Operationen „unsachgemäß ausgeführt“ und sich geweigert, akute Krankheiten zu behandeln und dies mit dem zynischen Spruch „die Krankenschwester hat Ausgang“, begründet („FR“, 18.10.).

Wie man sich vorstellen kann, gibt es über Niedeggen, „der im Marienhospital nicht wie ein Halbgott, sondern fast wie ein Gott regiert hat“ („Köln Rundschau“, 18.10.), „schon länger eine belastende Akte“ bei der Ärztekammer Nordrhein („Köln Rundschau“, 17.10.) — über eine

Hackethal gewinnt auch zweite Runde vor Gericht

In der Hochphase des Ärztestreits um Krebsdiagnose- und Therapie hatte sich Staatssekretär Prof. Wolters vom Gesundheitsministerium dazu verstoßen, vor dem Ärztekritiker Hackethal zu warnen. Das wertete nun der 15. Zivilsenat des Oberlandesgerichts erneut als „ehrverletzende Tatsachenaussage“. Als „unrichtig“ wertete das Gericht Wolters Behauptung, Hackethal habe für seine Thesen keine Beweise. Demgegenüber argumentierten die Richter: „Professor Dr. Hackethal hat mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen anderer Mediziner

Kräfte hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus.

1966 bel auch schon einmal ein Verfahren gegen Niedeggen, da der Vorwurf aufgefunden war, „seine Stiftung Frauenhilf bereichere sich an allen Menschen“ („Köln Rundschau“, 17.10.). Ergebnis: Das Verfahren wurde eingestellt.

Außerdem wurde der Chefarzt, der sich seiner Verhaftung trotz „Überwachung“ vorübergehend durch Flucht entziehen konnte, wegen Betruges und Steuerhinterziehung gesucht („Morgenpost“, 18.10.). Niedeggen, der sich „nebenbei“ auch als Grundstücksmakler betätigte, und laut Aussagen des Bürgermeisters von Erfstadt „mehr Geschäftsmann als Mediziner“ war, ist jetzt erst einmal festgesetzt. Und seine ärztliche Zulassung wurde ihm entzogen.

Aber alle zuständigen Stellen, haben offensichtlich kein Interesse, das Ausmaß des Skandals um das Marienhospital vollständig offenzulegen.

Gesundheitskommission

vorgelegt, die geeignet sind, einen Teil seiner Argumente gegen die derzeit praktizierten Krebsvorsorgeuntersuchungen — insbesondere in Bezug auf deren Nutzen und die Ungefährlichkeit einzelner Untersuchungsmethoden — zu unterstützen“ („FR“, 25.10.).

Geht die Bundesrepublik als die beklagte Partei jetzt den Weg einer ordentlichen Hauptverhandlung, dann würde der ganze Mediziner-Streit noch einmal aufgerollt werden.

Gesundheitskommission

„Lenotan“ verursacht schwere Mißbildungen bei Neugeborenen



Der vierjährige David Mekdeci wurde mit einer verküppelten Hand geboren. Jetzt klagen seine Anwälte gegen den Pharmakonzern Merrell.

Ein neuer Arzneimittel-Skandal ist jetzt bekannt geworden: Das vom Arzneimittelkonzern Merrell produzierte Medikament „Lenotan“ (in den USA „Bendectin“) steht im Verdacht, für schwere Mißbildungen bei Neugeborenen verantwortlich zu sein. Nach Angaben der Firma haben 29 Millionen (!) Schwangere bisher „Bendectin“ („Lenotan“) geschluckt! („Stern“, 18.10.).

Das Ausmaß der Schädigungen ist überhaupt noch nicht abzusehen. Allein über 130 Fälle von Mißbildungen, bei denen ein Zusammenhang zu der Einnahme von „Bendectin“ vermutet wird, hat ein Anwalt, Melvin Bell aus San Francisco, in den letzten Jahren Informationen zusammengetragen.

Der Merrell Konzern hatte Östrogen auch das Schlafmittel Contergan (von Grünenthal) vertrieben, welches zu ähnlichen Mißbildungen an Neugeborenen führte.

Bell und andere Anwälte haben jetzt die bisher unter Verschluss gehaltenen Informationen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, weil sie Anfang nächsten Jahres im Namen eines 4-jährigen geschädigten Jungen gegen „Merrell“ klagen werden. Der Junge, David Mekdeci aus Orlando, ist ohne den rechten großen Brustmuskel, mit einer Trichterbrust und mit einer deformierten rechten Hand — die Finger sind verkümmert — geboren worden. Seine Mutter „hatte während der Schwangerschaft mit Ausnahme der Anti-Übelkeitsdroge ‘Bendectin’ („Lenotan“) keine Medikamente eingenommen“ („Stern“, 18.10.).

Anderer neugeborene Kinder hatten ähnliche, oft noch wesentlich schwerere Schädigungen, waren z.T. gar nicht lebensfähig. Dem einen fehlten die Augen, dem

anderen das Hirn, und einem dritten hing der Darm aus dem Bauch. Die weniger org. Betroffenen hatten verkümmerte Finger, verklümmte Füße oder Hautschorben.“ (Stern 18.10.)

Daß der Zusammenhang zwischen dem Medikament und diesen grauenhaften Auswirkungen überhaupt aufgedeckt werden konnte, ist einigen Ärzten zu verdanken, die auf die Suche nach der Ursache gingen und dem Hersteller (!) Merrell ihre Untersuchungsergebnisse mitteilten. Fünf Aktenordner hatten sich inzwischen bei Merrell mit diesen Hinweisen gefüllt, verschlossen in einem Stahlschrank in der Merrell-Zentrale in Cincinnati (Ohio). Das bedeutet, Merrell war seit über 18 Jahren über die Auswirkungen des Präparats informiert und hat es trotzdem weiter verkauft und exportiert! In der BRD ist es ebenfalls weiter auf dem Markt! Bei Anfragen, ob irgendwelche Fälle von Mißbildungen bekannt seien, sind von Seiten des Merrell Konzerns alle Bedenken ausgeräumt worden.

Wenn im nächsten Jahr die Anklage gegen Merrell erhoben wird, ist Dr. William McBride wahrscheinlich Zeuge der Anklage. Er hatte bereits den Zusammenhang zwischen Contergan und Mißbildungen an Neugeborenen 1961 aufgedeckt und äußerte sich gegenüber dem „Stern“, er sei sicher, daß „Bendectin“ mit größter Wahrscheinlichkeit die Mißbildungen dieses Jungen verursacht hat! („Stern“).

Wir fordern
Sofortiges Verbot von „Lenotan“ und „Bendectin“!
Genauere Untersuchung jedes einzelnen Falles, bei dem das Präparat eventuell für Mißbildungen verantwortlich sein könnte
Gesundheitskommission

Kiel: Kiel: Chirurg darf weiterpfuschen

„Dreißigjährig war... im Dezember 1977 wegen Verdachts auf Blinddarmentzündung in das Elisabeth Krankenhaus eingeliefert worden. Am 15. Dezember lag sie auf dem Operationstisch. Aber was zunächst wie eine Routineoperation aussah, wurde dem kleinen Mädchen (...) zum Verhängnis. Er hatte bereits den erkrankten Blinddarm entfernt, als er im Bauchraum Gewebe zu erstarren meinte, das nicht dem normalen Befund entsprach. Ohne weitere Diskussion mit seinen Mitarbeitern setzte er nochmals das Messer an. Betroffen sah eine Assistenzärztin, wie er den augenscheinlich völlig intakten Eierstock der Kleinen heraus trennte. Gesprochen wurde über die Sache nicht. Auch später nicht. Weder mit der Ärztin noch mit Claudias Eltern, die gar nichts von dem zweiten - weitaus schwereren - Eingriff wußten, auch nicht um ihre Einwilligung gebeten worden waren. Darüberhinaus veräußerte es der Arzt, die wenigstens nachträglich von der Entfernung des Eierstocks zu unterrichten.“ („Kiel Nachrichten“, 28.9.)

Der Arzt, von dem hier die Rede ist, ist Dr. Bruno Lindhoff, Chefarzt am Kieler Elisabeth Krankenhaus.

Lindhoff ist in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt - in einem Strafverfahren um den Tod eines ehemaligen Patienten war er „freigesprochen“ worden. Mehrere „Kunstfehler-Patienten“ klagen derzeit gegen Lindhoff. In einem weiteren Strafverfahren - eine Schülerin soll durch seine Schuld zum Krüppel geworden sein - wird gegen Lindhoff ermittelt.

Trotz allem ist und bleibt Lindhoff weiter in Amt und Würden! Auch im Fall der kleinen Claudia kam Lindhoff mit einer lächerlichen

„Strafe“ davon 40 000 DM Geldstrafe. Man/frau setze das einmal dazu ins Verhältnis, daß Lindhoff wegen „vorätzlicher Körperverletzung“ (!) verurteilt worden ist, und von „grobem ärztlichen Fehlverhalten“ die Rede gewesen ist.

Wir halten es da lieber mit einer Leserzuschrift an die „KN“, in der es heißt: „Es erscheint (...) unbegreiflich, daß ein Chirurg unter diesen Umständen nicht sofortiges Berufsverbot erhalten hat...“

Wenigstens die noch anhängigen Verfahren gegen Dr. Lindhoff sollten genutzt werden, das vehement zu fordern, denn anders werden weitere „Kunstfehler“ gewiß nicht auszu-schließen sein.

KB / Gruppe Kiel

Termine

Diskussion über die „Situation der Frauen im Gesundheitswesen“ im Gesundheitszentrum Riedstadt. Kontakt über Ingrid Schubert, c/o Apotheke am Gesundheitszentrum, Freiherr-von-Stein-Str. 9, 6086 Riedstadt.

Januar oder Februar 1980
Der Arbeitskreis Alternative Medizin in der Basisgruppe Ulm bemüht sich, eine umfassende Diskussion über die Perspektiven der Gruppenpraxisarbeit unter Berücksichtigung der bestehenden Gruppenpraxis zu organisieren. Interessierten sollten sich wenden an Benno Schwik, Schleifthalweg 8, 7902 Erstein Tel. 07344/6874 oder 0731/73481.

Niederlande



Am 23.8. traten die Schleppermannschaften im Rotterdamer Hafen in den Streik. Ihnen folgten vom 27.8. an und für vier Wochen in einem „wilden“ Streik die 8.000 Arbeiter der Stückgutbetriebe des Hafens. Im Amsterdamer Hafen kam es mehrfach zu Solidaritätsstreiks. Am 5./6.10. hatten wir in Rotterdam die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit Mitgliedern des den Streik führenden „Gemeinsamen Aktionskomitees“ wie des „Solidaritätskomitees“. Im wesentlichen auf der Grundlage dieser Gespräche wie der von den Komitees herausgegebenen täglichen „Streik-Nachrichten“ berichten wir über Vorgeschichte und Verlauf des Streiks, die Rolle der Gewerkschaften und der Linken, über die Arbeit des Solidaritätskomitees und die Aktivitäten der Streiker-Frauen.

Der Rotterdamer Hafenarbeiterstreik 79

Der Streik

Im Herbst 1978 begann die Tarifrunde '79 für die im Stückgutsektor tätigen Arbeiter im Rotterdamer Hafen. Die in den Transportgewerkschaften des FNV organisierten forderten

30 Gulden netto mehr pro Woche (diese Summe ist faktisch noch keine Lohnerhöhung, sondern lediglich ein Ausgleich des Kaufkraftschwundes)

25 Tage Urlaub (bisher 23), Rente ab 60 (rund die Hälfte der Hafenarbeiter sind in diesem Alter bereits arbeitsunfähig)

Fünf-Schichten Dienst bei den Kontschichten, 35-Stunden Woche, Vollständige unbefristete Preiskompensation (ein „Inflationausgleich“, der aufgrund eines „Warenkorbes“ errechnet wird. Die Erhöhung von Steuern und Tarifen für öffentliche Leistungen waren in diesem „Warenkorb“ von vornherein nicht enthalten, 1976 wurde überdies noch ein „berwingter“ Preisanstieg eingeführt so daß die erheblich gestiegenen Gas- und Strompreise u.ä. nicht mehr kompensiert werden)

Diese Forderungen wurden von den im Hafen arbeitenden GMLern (eine kleine MI-Gruppe) auf gegriffen und in der weiteren Mitbestimmung propagiert. Ebenfalls übernahm das stark von der revisionistischen KP (CPN) beeinflusste „Aktionskomitee Rotterdamer Hafenarbeiter“ diese Forderungen und schlug anfangs recht radikale Töne an – wir verlangen, daß die Gewerkschaft für unsere Forderungen eintritt, tut sie das nicht, dann tun wir es selber – die jedoch bald wieder der strikten Loyalität der CPN (Führung) gegenüber der Gewerkschaft wichen.

Neben diesem CPN-Komitee bildete sich eine Initiative heraus, die von einigen, schon aus früheren Streiks erfahrenen Hafenarbeitern getragen wurde sowie von den GMLern, die seit einem Jahr im Hafen arbeiteten. Diese Kollegen trugen die Forderungen in die Betriebe und trates bei den Meetings des CPN-Komitees insbesondere gegen dessen ausschließlich gewerkschaftliche Orientierung auf.

Im April kam es zu einer ersten Demonstration während der Arbeitszeit. Spontane go-slow-Aktionen in den Betrieben folgten, an denen das CPN-Komitee sich jedoch nicht beteiligte. Es war zwar für Aktionen nicht aber für ein organisiertes Vorgehen, da es einen Streik „gegen den Willen der Gewerkschaft“ vermeiden wollte.

Im April hatte die Gewerkschaftsführung mit den Hafenbaronen den neuen Tarif ausgehandelt, der jedoch mit den ursprünglichen Forderungen der Mitgewerkschaft nichts mehr gemein hatte:

- 20 Gulden pro Monat mehr,
- ein Tag mehr Urlaub,
- Rente ab 63

Dieser Abschluß lag völlig auf der von zuerst der sozialdemokratisch-christdemokratischen, jetzt der christdemokratisch-rechtsliberalen „Regierung“ verordneten und durchweg von der Gewerkschaft mitgetragenen „Null-Linie, schamhaft „Lohnmäßigung“ politisch genannt. Mäßige Lohnforderungen, so war das Credo der Gewerkschaftsführung seit sechs Jahren, wä-

ren für die Unternehmer Anlaß zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und somit auch Ausdruck der Solidarität mit den Arbeitslosen.

Dieses Verhandlungsergebnis wurde im Mai in einer schriftlichen Abstimmung („Referendum“), an der sich weitaus mehr Kollegen als sonst beteiligten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Gewerkschaftsführung begann daraufhin zu zögern, daß die Forderungen der Kollegen zu hoch seien und sie keine neuen Verhandlungen aufnehmen wollte (denkbar: griffen die Hafenbarone diesen Rat auf und zeigten sich fernerhin eben falls verhandlungsunwillig. Das CPN-Komitee versank in Schweigen und auch die Aktivität der Kollegen Initiative ließ nach. Von Mitte bis August war so Ruhe vor der Streik-

„Der Schlepper-Streik war für uns das Signal – jetzt oder nie!“

Am 23.8. traten die rund 500 Schlepperfahrer von Smit International im Rotterdamer Hafen in den Streik. Kurz zuvor war unter etwas unklaren Umständen und mit sehr knapper Mehrheit ein neuer Tarifvertrag angenommen worden. Als die Kollegen die erste Lohnabrechnung nach neuem Tarif in den Fingern hatten, sahen sie sich angesprochen, führen ihre Schlepper an den Kai und taten kund: „Das Schleppen ist getan für 50 Gulden (pro Woche mehr) geht wir wieder ran!“

Der Schlepperstreik war auch für die Kollegen der autonomen Initiative der Ansatz zu neuer Aktivität. Ein erster kurzer Streik in einem Stückgutbetrieb am 24.8. brach zwar noch durch das Wirken dort auftretender Gewerkschaftsbesitzer wieder zusammen. Am Montag, 27.8., wurde die Arbeit jedoch in zwei Betrieben niedergelegt und vom nächsten Tag an standen die rund 8.000 Arbeiter der Stückgutbetriebe im Streik.

An den ersten Tagen hatten nur die Kollegen der autonomen Initiative für den Streik in den Betrieben agitiert und auch die ersten von ihnen namentlich unterzeichneten Flugblätter herausgegeben. „Und jetzt weiter machen wie '70!“ (erster großer und erfolgreicher autonomer Streik im Rotterdamer Hafen).

Wie vor dem Erfolg der Streik war hier vor „weitermachen wie '70“ das wieder zum Leben erwachte CPN-Komitee gesetzt. Nachdem eine (selbsternannte) Delegation von CPNern den Hafenbaronen in ihrer Zentrale eine Visite abgestattet hatte, trat einer der CPN-Sprecher vor und rief dem Volk:

„Wir haben gezeigt, daß wir eine Faust machen können und jetzt gehen wir nach Hause!“

Das wurde ihm nicht mit Dank ergehen, war den Kollegen doch aus eigener Streikerfahrung bewußt, daß ein Streik „zu Hause“ nicht geführt werden kann, daß vielmehr die Betriebe „sauber“ gehalten werden müssen, Streikposten aufzustellen sind usw. Von den rund 4.000 Versammelten folgten so auch nur schwache 300 der CPN Devise. Der Protest gegen das CPN Vorgehen drückte sich auch in den wiederholten Rufen nach „Jim, Jim“ (dem bekannten und aktiven Jim Stavinga) aus und in dem

Verlangen, daß Stavinga in die Aktionsleitung aufgenommen werden müsse.

Am nächsten dem Mittwochmorgen, Marste das CPN-Komitee einen neuen Versuch, die Führung an sich zu reißen. Stavinga setzte dem, auch namens der autonomen Kollegen gruppe entgegen, daß ein Aktionskomitee gewählt werden muß, in das jeder streikende Betrieb seine Delegierten entsendet. Ein Vorschlag für den so entstandenen Beirat der Streikenden fand (über dessen Weg entstand das „Gemeinsame Aktionskomitee“ aus Zusammenarbeit aller streikenden Betriebe) die Zustimmung der CPN oder GML organisiert waren, teils in den kleinen Gewerkschaften OVB und FNV, größtenteils aber keiner Organisation angehörten.

Die weitere Zusammenarbeit mit den CPN-Mitgliedern im Hafen war aufgrund ihres solidarischen Verhaltens unproblematisch, eine führende Figur des nunmehr ehemaligen CPN-Komitees hatte jedoch verstanden, den Posten in der Aktionsleitung einzunehmen, über den alle Stränge zusammenliefen. Der ständig besetzte Platz im Aktionszentrum. Mit Ausnahme der nun täglich erscheinenden Streiknachrichten hatte die ehemalige CPN-Komitee-Führung dadurch den gesamten Apparat (Telefone, Spenden-Konto, Kontakte nach außen) in der Hand.

„Es war ein sehr großes Problem, daß wir zu wenig erfahrene Leute hatten.“

In der zweiten Woche weitete der Streik sich weiter aus. Die Kollegen aus dem Massengutumschlag (Kohle, Erz und Getreide) schlossen sich dem Streik an. Im Amsterdamer Hafen, wo der Tarifabschluß mit knapper Mehrheit angenommen worden war, kam es zu einem ersten von mehreren 24-Stunden-Streiks, an denen sich jedoch nur ein kleiner Teil der dortigen Kollegen (bis zu 1.000) beteiligte.

Am 4.9. wurde der Pool besetzt um zu verhindern, daß von dort aus „Arbeitswille“ in die bestreikten Betriebe vermittelt werden. Einige Tage später wurde das Gebäude von Polizei geräumt, die Besetzer wurden angezeigt.

Als den ganzen Streik wesentlich bestimmendes, wenn nicht sogar entscheidendes Problem erwies sich, daß es nicht gelang, die Kollegen der Containerbetriebe ausreichend in den Streik mit einzubeziehen. Mit Ausnahme von drei, vier Tagen wurde dort während des gesamten Streiks weitergearbeitet. Während 1978 die 8.000 Arbeiter der Stückgutbetriebe 26 Mio t umschlugen, bearbeiteten die 1.000 Arbeiter der Containerbetriebe 16,5 Mio t. Ein Arbeiter im Container-Sektor erbringt also eine fünffach höhere Umschlagsleistung als sein Kollege im Stückgutsektor. Da alle bestreikten großen Staureisen an den Containerbetrieben beteiligt sind, konnten sich die Hafenbarone auch während des Streiks eine wesentliche Einkommensquelle erhalten und verfügten so gegenüber den Streikenden über eine sehr starke Position (hinzu kam später noch, als es an der Front der Ar-

beitgeber zu bröckeln begann, daß die Besitzer aller bestreikten Betriebe aus dem „Anti-Streik-Fonds“ des Gesamt Arbeitgeberverbandes schadlos gehalten wurden). Aufgrund der „strategischen“ Bedeutung des Container-Sektors wurde daher von Hafenbaronen und sozialdemokratischer Stadtregierung alles Verfügbare eingesetzt, um eine Stilllegung dieser Betriebe durch die Streikenden des Stückgutsektors zu verhindern. Mobile Einheiten (1) „schützten“ in Hundertschaften die Betriebszugänge und das Gelände. Mobile Einheiten wurden sogar eingesetzt, um in einer Nacht beim von Streikposten blockierten Seaport Terminal 27.000 Container (200 t) umzuladen zu verhindern (180 Baulen, 16 Überfallwagen, 25 Motorräder, zwei Wasserwerfer, Pfeife und Hunde wurden bei dieser Aktion eingesetzt). Zusätzlich wurden noch Boote der Hafenpolizei bereit gehalten.

Der wesentliche Grund dafür, daß es nicht gelang, die Kollegen der Containerbetriebe in den Streik einzubeziehen, liegt darin, daß es sich bei ihnen nicht um die „klassischen“ Hafenarbeiter handelt, sondern um ehemalige Bauern, ehemalige kleine Selbstständige u.ä., die über keinerlei Streikerfahrungen verfügen. Hinzu kommt: Im Gegensatz zum Stückgutsektor wird die Arbeit als qualifizierter angesehen und nach einem anderen Tarif höher entlohnt, außerdem sind die Kollegen im Containersektor alle mit anderen Aufgaben befaßt und arbeiten weitgehend isoliert voneinander, während im Stückgutsektor im Prinzip alle das gleiche zu tun haben und in großen Gruppen zusammenarbeiten.

„Die dritte Woche war sehr schlecht“

Allerdings konnte durch die Blockade des großen Container-Betriebs ECT erzwungen werden, daß Vertreter des Aktionskomitees in den dortigen Kantinen sprechen konnten. ECT lag daraufhin erstmals für 24 Stunden still.

Am Ende der zweiten Woche hatte der Streik an Offenavität zugenommen, die dritte Woche war jedoch obwohl die zahlenmäßige Streikbeteiligung aufrechterhalten und das Gewerkschaftsgebäude vom 10.9. an besetzt werden konnte, von allgemeiner Ermüdung gekennzeichnet. Das Problem der „Arbeitswille“ griff um sich. Die Kollegen des Containers-Sektors (28. Kommando) konnten diese Stimmung auch dadurch, daß sie in teils Hinweis auf ihre „guten Beziehungen“ zur Gewerkschaftsführung die Möglichkeit und auch das Stattfinden von Verhandlungen behaupteten. In der Parole „Abwarten“ wurde in den „Streik Nachrichten“ (Nr. 10, 13, 9) entgegengestellt.

„Die Toleranz ist vorbei“

Da der Zeitpunkt vorhersehbar war, an dem die Streikenden von diesem Mehr-Fronten-Krieg – gegen Hafenbarone und Stadtregierung, die die Mobilen Einheiten auf sie hetzte – gegen die Gewerkschaftsführung, die ihren Streik sabotierte, keine Streikgelder zahlte, „Arbeitswille“ aber Bezahlung versprach (u.ä.) –, daß die Streikenden bei Beschränkung auf das „parlamentarische Streiken“ bald erschöpft sein würden, plädierten die

HILFE....

Der Streik im Rotterdamer Hafen begann, bei Erscheinen dieses AKs, vor sieben Wochen und ist vor drei Wochen zu Ende gegangen. Es hätte also in den letzten zwei, wenn nicht drei AKs schon darüber berichtet werden müssen. Daß dies nicht geschah, ist auf befige und m.E. berechtigte Kritik unserer niederländischen Leser, und insbesondere derer, die am Streik beteiligt waren, gestoßen. Bisher: „Genauer“ bis vor einem halben Jahr etwa – hat die Niederlande-Kommission eine relativ vollständige Berichterstattung über die wichtigsten Ereignisse „Ihres Landes“ gebracht, gegenüber der Berichterstattung über den Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter hat die Niederlande-Kommission nun jedoch komplett versagt!

Ein wesentlicher Grund dafür ist neben einem guten Teil persönlich zu verantwortendem schlechten Arbeitstil und Abgeschafftheit, daß die Niederlande-Kommission zu einer Fiktion geworden ist. Die „Kommission“ besteht derzeit faktisch aus mir allein, nachdem ein Genosse sich vor einem halben Jahr „verabschiedet“ hat, ein weiterer Genosse wegen eines Unfalls für lange Zeit außer Gefecht gesetzt ist/war.

Den Erfordernissen einer längerfristigen angelegten und zuverlässigen Kommissionsarbeit – regelmäßige und fundierte Berichterstattung im

AK, solide Kontaktarbeit, Auswertung des Literaturvertriebs – sehr wichtig unter diesen Umständen nicht mehr gewachsen. Selbst ein „Festhalten“ der Entwicklung der Kommissionsarbeit auf dem gegenwärtigen Stand ist bei meinem Ein-Mann-Unternehmen nicht mehr möglich: Artikel werden nicht geschrieben, Kontakte werden nicht geschrieben, Kontakte verschlammpt, das Archiv ist ein Haufen Papier. Die Niederlande-Kommission, damit sie überhaupt wieder

eine „Kommission“ – heißt: arbeitsfähige Einrichtung des KB – wird, braucht also – wie andere Kommissionen auch! (s. UW 30) – dringendes Verstärkung, braucht sofort Verstärkung (denn das Einarbeiten dauert ja auch was), braucht weibliche Verstärkung, damit die Berichterstattung über die niederländische Frauenbewegung künftig nicht nur mehr durch Nachvorhanden sein glänzt.

Meldet Euch – über die Redaktion – und meldet Euch zuhause!!! Klaus

Nachtrag zu AK 165: Diese Erklärung wie die Artikel zum Streik lagen schon zum letzten AK vor, lagen aber erst so spät vor, daß ihre redaktionelle und technische Bearbeitung nicht mehr möglich waren (was nur nochmals die Dringlichkeit der Bitte um Verstärkung unterstreicht!).

„Streik-Nachrichten“ des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ für eine Verschärfung des Kampfes „Aktionen bringen uns weiter. Aber nicht allein Aktionen wie bisher, sondern härtere Aktionen, so wie sie die französischen Stahlarbeiter gemacht haben. Also nicht nur den eigenen Laden sauberhalten, sondern mehr Aktionen, die den ganzen Verkehr durcheinander bringen. So haben unsere französischen Kollegen den Sieg errungen. So können wir das auch.“ Hierdurch könnte auch wie in Frankreich die (Stadt-)Regierung zur Stellungnahme gezwungen werden.

Im Bereich der Petro-Chemie (Shell usw.) begannen die Tarifverhandlungen. Eine Abordnung des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ verteilte gegen den Protest anwesender Gewerkschaftsbeamter Flugblätter auf den Mitgliederversammlungen dieses Bereichs, in denen das gemeinsame Interesse an der Erklämpfung des Fünf-Schichten-Dienstes herausgestellt und die Chemie-Kollegen zum Streik aufgerufen wurden.

Die dritte Streikwoche endete mit einer Streikversammlung im Feyenoord-Stadion am 14.9., zu der nur Hafenarbeiter unter Vorlage ihres Itefonpasses Zugang hatten. Rund 75 % der 2.500 Versammelten sprachen sich für die Fortführung des Streiks

■ Eine wichtige Rolle spielten bei

dieser Versammlung die Aufrufe zur Verschärfung des Kampfes. In den „Streiknachrichten“ Nr. 11 (14.9.) wurde gesagt: „...das normale Streiken, das wir jetzt machen, (ist) völlig unzureichend. Blockaden des Güterverkehrs z.B. werden wir ... organisieren müssen. Der Schaden muß so groß wie möglich werden, um die SVZ Bonzen (Unternehmervereinigung des Hafens - Anm. AK) an den Tisch zu kriegen. Harde Aktionen halten unseren Streik aufrecht, sind die schnellste Art, unseren Streik mit ein paar Schritten extra zu beenden...“

Am Montag nach der Versammlung im Stadion wurde in einem Teil des Hafens das Pflaster aufgerissen und Barrikaden gebaut, um „Arbeitswillige“ am Zugang zu den Betrieben zu hindern.

Angesichts der wachsenden Militanz machte einer der CPN-Führer aus der Aktionsleitung auf der Streik-Versammlung am 19.9. einen neuen Vorstoß. Vier Tage nach dem überzeugenden Votum im Stadion für die Fortführung des Streiks wollte er diese Frage erneut zur Abstimmung stellen und dies kurz nachdem drei Streikposten nachts von Polizei zusammengeschlagen, einem von ihnen von einem Polizeihund die Kleidung vom Leib gefetzt worden war!

„Es gab zu wenig Erfahrungen für den Kampf gegen die Mobile Einheit“

Etwa 2.000 Teilnehmer der Streikversammlung zogen zu den großen Containerbetrieben, um erneut zu versuchen, dort die Kollegen von der Notwendigkeit ihrer Teilnahme am Streik zu überzeugen. Als sie dort ankamen („hatte“ Mobile Einheit den Betrieb abgeriegelt, um jeden Kontakt der Streiker mit den Arbeitern im Unice Centre zu verhindern. Vor und im Betrieb waren Leute der Mo-

bilen Einheit postiert. Mit Containern war eine Blockade aufgebaut. Diese reine Machtschau führte zum kompletten Krieg. Das Geschehen bei Kroonvlag (wo die Streikposten zusammengeschlagen worden waren - Anm. AK) noch frisch im Gedächtnis, hatten die Hafenarbeiter nicht die Absicht, sich willenslos von der Mobile Einheit abschlechten zu lassen. Die Mobile Einheit schlug auf die Demonstranten ein. Frauen und Kinder, die die Kreuzung bei Heyplaat besetzt hielten aus Protest gegen die Abriegelung von Heyplaat, wurden mit Gewalt entfernt. Die Polizei verhaftete auf Anweisung von Kriminalbeamten (die vom Beginn des Streiks an als Hafenarbeiter verkleidet unter den Streikenden gewesen waren) soviel wie möglich

Streikführer. Zu ihrem Pech entkamen Starings und Schults ... Für sie und andere, die der Festnahme entkamen, war es nun nötig, vorläufig

unterzutauchen“ („Solidaritätskrant 2“, 12.10. - a.a. großes Foto) 18 Leute wurden verhaftet, von denen einige mehrere Tage lang festgehalten wurden.

Die Stimmung zur Wiederaufnahme der Arbeit verbreiterte sich im Lauf der vierten Streikwoche. Zur Aufrechterhaltung und siegreichen Beendigung des Streiks wären vor allem vermehrte Aktivitäten im Hafen vonnöten gewesen. Beim Seaport-Terminal aber z.B., wo 30 Mann arbeiteten, waren 200 Bullen von der Mobile Einheit aufgezogen. Seaport hatte dennoch stülgelegt werden können, wären mehr Leute zum Kampf bereit gewesen, als es bei der bereits demoralisierten Stimmung der Fall war. „Unser Problem war, den Massenkampf schärfer zu organisieren, aber auch Einheiten zu haben, um den Verkehr in der Stadt zu blockieren, die Stromversorgung in den Betrieben zu sabotieren. Am Freitag war die konkrete Demoralisierung da, wir hatten keine befriedigende Antwort für die vielen Leute, die arbeiten wollten, und wir hatten auch keine gute Strategie mehr.“ Das Bestechungsangebot der Gewerkschaftsführung, denen, die schriftlich ihre „Arbeitswilligkeit“ bekundeten, 550 Gulden auszahlen, war ein weiteres, das Fortführung des Streiks erschwerendes Moment!

„Aber das war doch nicht das wichtigste Problem. Schließlich sind wir selbst es gewesen, die keine gute Antwort mehr hatten gegen die Mobile Einheit“

Vor allem die Pendler, die ca. 75 % der Hafenarbeiter stellten, waren es, die wieder an die Arbeit wollten. Und bei diesen Pendlern konnte das Bestechungsangebot der Gewerkschaftsführung am wenigsten wirken. Viele Pendler aus dem Süden von Rotterdam - vor allem aus der stark religiös beeinflussten Provinz Zeeland - hatten während des Streiks im Antwerpenener Hafen gearbeitet, den Bauern bei der Obsterte geöholfen etc.

So waren es weniger äußere Einwirkungen, die nach vier Wochen zum Abbruch des Streiks führten, als vielmehr Unklarheiten über den weiteren Weg auch beim linken Flügel des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ und die - gegenüber einem härteren Kampf - geringen Erfahrungen des größten Teils der Kollegen. „Zum Problem wurde bei den schärferen Aktionen, daß die meisten Leute keine politischen und keine praktischen Erfahrungen hatten. Sie hatten bisher nicht gegen die Pouzei kämpfen müssen. Und es war natürlich auch etwas Angst da. Eine Straßenblockade? Ja ... das ist gut ... aber ...“

Nachdem das „Gemeinsame Aktionskomitee“ den Abbruch des Streiks empfohlen hatte, kehrten die Arbeiter am 24.9. zurück in die Betriebe, mit der erklärten Absicht, „Geld zu kriegen, nicht um hart zu arbeiten. Für einen Minimum-Lohn eine minimale Leistung“ („Streiknachrichten“, Nr. 22, 1.10.)

Der von der Gewerkschaftsführung mit den Hafenbaronen letztendlich ausgehandelte Abschluß (pro Woche 28,50 Gulden brutto mehr, rückwirkend ab 1. Juli, Rente mit 62, ein Tag Urlaub mehr ab 1980) wurde vom Aktionskomitee als völlig unzureichend zurückgewiesen, den Kollegen wurde die Ablehnung dieses Tarifvertrags dringend empfohlen. Bei allerdings geringer Beteiligung an der Abstimmung wurde der Tarif jedoch mit 70 % der Stimmen angenommen. Hierbei spielte eine wichtige Rolle, daß die Gewerkschaftsführung nochmals einen besonders dreckigen Trick anwandte. Die von ihr zugesagte Vorschußzahlung von 550 Gulden wurde erfüllt, wenn der Tarifabschluß angenommen wird. Jedoch würden zwischen der Nötigung und der Erfüllung noch weitere Schritte folgen.

Die Gewerkschaft

Kurz nach Beginn des Streikstreiks, als der FNV noch über seine Haltung gegenüber diesem Streik „beraten“ wollte, ließ eine der führenden Figuren des FNV schon mal vorab seine „persönliche Meinung“ wissen. Eine gewerkschaftliche Unterstützung des Streiks könne er sich nicht vorstellen, denn gäbe es hier eine „Lohnwelle“, dann „gibt es kein Ende und wir stehen vor einer Katastrophe“ („de Volkskrant“, 24.8.). Diese „Lohnwelle“ mit allen Mitteln zu verhindern ließ sich die Gewerkschaftsführung dann auch gegenüber den 30.000 Hafenarbeitern angelehnt dem Streik der Hafenarbeiter angelehnt sein.

Bereits am ersten Streiktag der Hafenarbeiter (es wurde erst in zwei Betrieben gestreikt) verurteilte die FNV-Spitze im Vorhinein und öffentlich, das „Einschüchtern“, die „Arbeitswilligen“ gegenüber erfolgen würden. Wim Kok, Vorsitzender des FNV, legte noch einen Zaken zu und wollte gar schon „von so gar für Hafenverhältnisse sehr groben Einschüchterungsversuchen und von körperlicher Gewalt oder der Drohung damit“ gehört haben („de Volkskrant“, 28.8.).

Der Gewerkschaftsunterhändler, Jan van Eldik, erklärte gegenüber der Hafenarbeiter-Vereinigung am 4.9. verbindlich, daß die Gewerkschaft keine Streikgelder zahlen würde und gab damit den Hafenbaronen einen unbezahlbaren Trumpf in die Hand („Streiknachrichten“ Nr. 21, 28.9.; „Vrij Nederland“, 29.9.).

Rund ein Jahr nach Beginn der Tarifrunde und nach gut acht Monaten tariflosen Zustandes handelte Jan van Eldik mit den Hafenbaronen an einem Wochenende die Ausgangsformierung von 2.500 Gulden (aufs Jahr umgerechnet) auf 750 Gulden herunter.

Dieser und anderer Sauerreien wegen trat die gewerkschaftliche Zentrale Betriebsgruppe Hafen spektakulär zurück - neben der neun Zurückgetretenen fanden jedoch kurz darauf wieder den Weg zurück zu ihren Posten.

Und schließlich bot dieselbe Gewerkschaftsführung, die seit Wochen die Streikklasse geschlossen hielt den „Arbeitswilligen“ eine Vorschußzahlung von 550 Gulden an, sofern sie zuvor ihre „Arbeitswilligkeit“ schriftlich (!) bestätigen würden.

STREIKER-FRAUEN



Frauen der streikenden Hafenarbeiter mit ihren Demonstrationstafeln: 30 Gulden ist eine der Streikforderungen

bildeten die Spitze einer der ersten Streik-Demonstrationen. Vom Gebäude der Hafen-Barone hielten sie große Plakate hoch mit der Aufschrift „30 Gulden“, einer der Streikforderungen. Die Demonstration führte weiter zum Gebäude der Gewerkschaft, die sich weigerte, den Streik zu unterstützen und auf der Streikkasse saß. Hier hielten die Frauen ein Scherbengericht ab: Die Teller wurden vom Gewerkschaftshaus zertrümmert.

Eine Woche nach Streikbeginn hatte sich auf Initiative des „Solidaritätskomitees“ des Gemeinsamen Aktionskomitees eine Gruppe von Streiker-Frauen gebildet. Gemeinsam mit Aktivistinnen des Solidaritätskomitees schrieben sie ein Flugblatt „Speziell für Frauen und Kinder“, in dem zu einem Kaffee-Treffen aufgerufen wurde, für die Kinder war ein Theaterstück geplant. Das Flugblatt wurde über die Streikposten verteilt. Auch die (männliche) Aktionsleitung rief bei den Streikversammlungen auf dem Afrikaanderplein zur Einbeziehung der Frauen auf.

Bald nahmen Frauen zahlreicher an diesen Versammlungen teil und traten auch selbst als Rednerinnen auf. Um Frauen mit Kindern diese Teilnahme zu ermöglichen, war eine Kinderbetreuung für jeden Vormittag organisiert worden.

Die Streiker-Frauen versorgten die Posten mit Kaffee und Brot, standen auch selbst Posten, beteiligten sich sogar teilweise an militante Aktionen wie Blockaden und bemühten sich um die Gewinnung weiterer Frauen für die Solidaritätsarbeit. Bei den zahlreichen Veranstaltungen des „Solidaritätskomitees“ sprachen

stets außer einem Vertreter dieses Komitees und einem Streiker auch eine Streiker-Frau.

Für viel Streiker-Frauen war die Teilnahme an der Solidaritätsarbeit und in der Streiker-Frauengruppe die erste Gelegenheit, aus der Isolierung ihres Haushaltes herauszukommen und sich mit anderen Frauen über ihre Probleme auszutauschen.

Für viele der Männer war es eine Überraschung, plötzlich ihre Frauen als Rednerin zu erleben oder Posten stehen zu sehen. „Ich wußte ja gar nicht, daß meine Frau sowas kann!“ Die Folge war, daß in manchen Familien, wenn auch noch im kleinen, eingeschlossenen Verhältnisse angeklopft manchmal aufgebrochen wurden. „In vielen Familien“, sagte ein Mitglied des Aktionskomitees, „ist seit dem Streik der Respekt und die Kameradschaft zwischen Mann und Frau gewachsen.“ Die Teilnahme der Männer an der Hausarbeit war nicht mehr gar so unmöglich und verschiedenartig konnten Frauen sich jetzt eine Arbeit suchen, wo die Männer es ihnen zuvor verboten hatten.

Zwar muß als „schweigende Zustimmung“ der Mehrheit der Frauen zum Streik gewertet werden, daß der Streik überhaupt - bei einer Lohnsenkung von 1500 bis 2000 Gulden pro Mann! - vier Wochen durchgehalten werden konnte - gegen die Frauen wäre das nicht gelaufen. Die Frage aber, ob auch die Frauen an Abstimmungen über den Streik teilnehmen dürfen, blieb noch ungeklärt.

Ein erster Versuch von Streiker-Frauen, an einer solchen Abstimmung (im Feyenoord-Stadion) teilzunehmen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß nur Inhaber von Hafen-

passen - also Hafenarbeiter - zugelassen und abstimmungsberechtigt seien.

Ein Trauerspiel und ein Skandal zugleich war, wie sich die zahlenmäßig nicht gerade kleine autonome Frauenbewegung dem Streik und der Streiker-Frauengruppe gegenüber verhielt. Eine Aktivistin des Solidaritätskomitees, die sich selbst der autonomen Frauenbewegung zugehörig sieht, informierte sämtliche Frauengruppen aus Rotterdam und Umgebung. Nur wenige einzelne Frauen aus dem Rotterdamer Frauenhaus und der autonomen Frauenbewegung fanden sich jedoch zur Unterstützung bereit, so daß festgestellt werden muß, daß die gesamte autonome Frauenbewegung den Streik selbst wie auch die Solidaritätsarbeit und die Streiker-Frauengruppe völlig ignorierte. Eine nicht minder traurige Rolle spielte die Niederländische Frauenbewegung, eine der CPN „nahestehende“ Frauengruppe, die eine Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee rundweg ablehnte.

(Eine Ausnahme bildet die Erfahrung, die „Proloog“ bei einem nur von Frauen gespielten Stück machte nach jeder Aufführung wurde erfolgreich für den Streik gesammelt.)

Die Gruppe der Streiker-Frauen soll auch über den Streik hinaus fortbestehen. Sie planen, ihren Kontakt zum „Gemeinsamen Aktionskomitee“ auszubauen und werden in der von diesem Komitee geplanten „Hafenzerlegung“ eine eigene Seite erhalten, die sie auch selbst schreiben werden.

Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins ist nicht zuletzt, daß einige der Streiker-Frauen an dem Mitte Oktober in Barcelona stattfindenden

den Koordinationstreffen europäischer Hafenarbeiter teilnehmen werden. Selbst die fünf Kinder, die eine der Delegierten hat, waren kein „Hindernis“ mehr - die anderen Frauen werden für sie sorgen, solange ihre Delegierte in Barcelona ist!

Eine Genosin der Frauenzelle Hamburg-Barmbek

Die Teilnahme der Streikerfrauen am Koordinationstreffen der europäischen Hafenarbeiter in Barcelona war nur über Spenden zu ermöglichen, da den Familien der Streikenden ein ganzer Monat Lohn fehlt. - Auf Initiative eines Genossen wurden in mehreren KB-Zellen - Transport-Angestellte, Hafen, DLH, Erzieher - für diesen Zweck 280 DM zusammengebracht. Die AG Frauen spendete DM 100,- dafür.

Weitere Spenden steht aber durchaus nichts entgegen: Sowohl für die Streiker-Frauengruppe wie auch für die Streiker selbst, von denen etliche während des Streiks festgenommen worden sind, und denen nun an die 20.000 Gulden Prozesskosten ins Haus stehen.

Spenden (unter Angabe von: Rotterdamer Hafenstreik, Frauengruppe oder /Prozesskosten) können eingezahlt werden über - Giro 155.08.05, Jim Stavins, Rotterdam, oder - auf eines der Reents-Verlagskonten, von wo aus sie dann weitergeleitet werden.

Dieses Geld sollte dann später von den Arbeitgeber zurückgefordert werden. Im Klartext: Die Gewerkschaftsführung wollte den Kollegen einen Vorstoß aus deren eigenen Lohn zahlen, um sie wieder an die Arbeit zu bekommen – auf dem Hintergrund, daß die Gewerkschaftsführung von Anfang an die Zahlung von Streikgeldern verweigerte ist dies nun eine wirklich erlebte Sauerz.

Es ist bei einer solchen Gewerkschaft nicht weiter verwunderlich, daß derzeit nur 35 % der Hafenarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind gegenüber rund 60 % in den fünfziger Jahren.

Neben dem FNV gibt es noch zwei kleinere, nicht als Tarifpartner „anerkannte“ Gewerkschaften. Der OVB und FHV unterstützen von Anfang an den Streik und zählten auch, obwohl unvergleichlich kleiner und weniger finanzstark, Streikgelder aus.

Die Linke

Über die CPN ist oben schon das Wesentliche gesagt.

Die Parteiführung (partijbestuur) der Pacificistische-Socialistische Partij (PSP) rang sich über zwei Wochen nach Streikbeginn eine lauwarme Erklärung ab, in der der Streik gerade noch und hochmütig als „begreifliche“ („Bevrijding“, 15.9.) bezeichnet wurde, ansonsten aber – weder in dem begleitenden Artikel noch in einer Radiosendung – mit ihrer Ablehnung des Streiks hinterm Berg hielt. Ein Teil der PSP-Ortsgruppen ignorierte den Streik, ein anderer Teil wieder beteiligte sich aktiv an der Solidaritätsarbeit. – Die Erklärung der Parteiführung führte letztlich zu solchen ernsthaften (internen) Problemen, daß der Parteirat (partijraad) die Erklärung am 29.9. scharf zurückwies und der Text dieser Zurückweisung sogar in der mit fast zweiwöchiger Verspätung (!) erscheinenden „Bevrijding“ (13.10.) veröffentlicht wurde. Der Parteirat kritisierte u.a., daß „die PSP sich durch ihre Orientierung auf den FNV nicht in die Zwangsposition begeben darf, aus der heraus Kritik am FNV und Unterstützung wider Streiks unmöglich wird.“ „Wider Streiks unmöglich werden.“ Der Parteirat „wurde aufgefragt, die (PSP) von diesem Punkt abzurufen mit Ausnahme des Schlopperstreiks bereits beendeten Aktionen im Hafen zu unterstützen.“ So erhielten die (PSP) Streiker unerwartete 10.000 Gulden von der PSP.

Die (jedenfalls für Kenner der „ML“-scene) erstaunlichste Berechnung in diesem Streik ist, daß eine „ML“-Gruppe, eine stramm-rechte und absolut „chintreuse“ dazu, eine recht positive Rolle einnahm. Die Rede ist von der Groep Marxistische Leninisten (GML), eine u.a. an der Frage der Betriebsarbeit von der niederländischen KENml abgespaltene Gruppierung. Ihre Zentralorgel heißt „Rode Morgen“ – hunni soit qui mal y pense!

Seit etwa einem Jahr arbeitet eine Gruppe von GMLern im Rotterdammer Hafen. Anfangs gehörten sie zu den aktivsten Kräften im Streik. Später verringerte sich ihre Aktivität mehr auf die Werbung für den eigenen Parteiladen. Eher die Ausnahme als die Regel scheint dies anfänglich positive Engagement zu sein, konnte doch einer der an der Streikführung beteiligten GMLer nicht der Versuchung widerstehen, einem bürgerlichen politischen Magazin gegenüber nicht nur in bekannter Sektierer-Manier – zu behaupten, daß es sich bei der autonomen Initiative der Kollegen um eine Gruppe gehandelt habe, „die nicht offiziell als der Rode Morgen-Club bekannt ist, aber aus dieser Organisation gebildet wurde“, Paul Rosenmöller (so heißt die Kanaille) mußte neben einer Reihe von Streik-Internas auch noch rauslassen, in welchen Betrieben überall die GML schon über Zeilen verfüge („Haagse Post“, 29.9.).

Für die politisch informierteren Streiker ist eigentlich unklar, wie die GML ihre China-Linie (die vor allem in der ihr vertretenen Drei-Welten-Theorie und der Unterstützung der Nato gesehen wird) mit ihrer Teilnahme am Streik, also dem Führen des Klassenkampfes in einem Land „der zweiten Welt“ vereinbaren kann.

Zudem konnten sich viele Hafenarbeiter noch gut erinnern, daß die Schiffe der VR China den Streik 1970 respektiert haben und nicht in den Hafen eingefahren sind, im jetzigen Streik jedoch waren es gerade die China-Schiffe, die im Hafen blieben und immer wieder versuchten, zu laden oder zu löschen. Vor diesem Phänomen versagten auch die von der GML als „Dialektik“ ausgegebenen Erklärungsversuche.

Die anderen linken Organisationen waren am Streik selbst nicht beteiligt, jedoch in der Solidaritätsarbeit aktiv.

Ungeachtet ihrer besonderen Schwierigkeiten beteiligten sich auch Organisationen ausländischer Arbeiter, u.a. die der Türken und der Ma-

rockaner, an der aktiven Unterstützung des Streiks.

Hua begrüßt Rotterdam

Bei einer Diskussion mit dem Kapitän eines Schiffes aus der VR China bogab sich dies: Ein Mitglied der Streikleitung versuchte auf englisch dem englisch-verstehenden Kapitän klar zu machen, daß und warum er die Luken dicht lassen solle. Der Kapitän hatte auch noch nach einer Stunde „nichts verstanden“. Bei diesem Gespräch zugegen war auch Bertus van der Horst, im ganzen Hafen wegen seines Witzes beliebt. Bertus wurde es zuviel. Er warf sich in die Brust, hob die linke Faust zum Gruß, streckte die rechte dem Kapitän entgegen und hub mit vollem Pathos an: „Dank für Ihre Solidarität! Daß Sie der niederländischen Arbeiterklasse helfen wollen! Hoch lebe die unzerstörbare Einheit der niederländischen und der chinesischen Arbeiterklasse.“ Weiter kam Bertus (leider) nicht mehr, denn der Kapitän aus dem fernen China besann sich plötzlich wieder seiner englischen Sprachkenntnisse und wehrte erschrocken ab: „Nein, nein, das habe ich nicht gesagt!“

Nach dem Streik

„Wir arbeiten jetzt, na ja, wir sind anwesend seit zwei Wochen, gearbeitet wird da nicht.“

In einem Betrieb, wo sonst 120 t Zellulose pro 8 Stunden Satz ist, wird diese Leistung während des ganzen Tages nicht erreicht.

In einem anderen Betrieb hatten sich die Kollegen dies Spiel ausgedacht. Auf je eine Palette kommt je ein Paket oder eine kleine Kiste drum herum nehmen die Kollegen Anteil und skandieren: „30 Gul-

den netto zu unserm Lohn.“ Die Palette geht dann per Kran auf Schiff, das sonst zwei Tage, jetzt aber schon zwei Stunden liegen muß.

Im 9.30 mußte ein Schiff geladen werden um Ausfahren zu können. Es wurde so langsam gearbeitet, daß das Schiff am 1. Oktober noch am Kai lag. Dann gingen die Kollegen an die Luken (wo noch für rund zehn Minuten Arbeit lag), schüttelten den Kopf, waren überhaupt sehr bedenklich gestimmt und meinten schamlos: „es war noch weit vor Arbeitszeit zum 1.10. das hatte keinen Sinn mehr, heute warfen wir's eh nicht mehr packen, da würde der Rest halt am nächsten Morgen gelöst.“

Im ganzen Hafen ist „Ferienstimmung“. Während der Arbeitszeit sprach einer der Streikführer drei Stunden über den Streik und die Kollegen forderten: „He, Boss, bring mal Kaffee!“

Diese und andere Aktionen, wie das peinlichste Einhalten der Sicherheitsbestimmungen, sind teils spontan, teils organisiert. Der Streik wird, obwohl die Forderungen größtenteils nicht erfüllt sind nicht als verloren angesehen.

„Wir haben vielleicht die erste Schlacht verloren, aber den Krieg bestimmt noch nicht.“

heißt es in den Streik-Nachrichten (Nr. 22, 1.10.), die auch noch einige Tage nach Streik-Ende erschienen.

In der Diskussion ist jetzt, wie die gezeigte Kraft erhalten und verstärkt werden kann. Die GML orientiert derzeit auf die Opposition in den Gewerkschaften, was jedoch den Aufbau eigener, von der Gewerkschaft autonomer Kerne in den Betrieben vernachlässigt: „Die Kraft ist, daß die Hafenarbeiter sagen: Tut die Gewerkschaft es nicht, tun wir es wieder.“ Daher wird das Aktionskomitee erhalten bleiben und zum permanenten Komitee umgebildet werden. Ebenfalls ist in der Diskussion eine Hafen-gewerkschaft (im FNV), die jedoch eigenständig existiert und nicht wie jetzt in der Transportgewerkschaft mit Eisenbahnern, Lastwagenfahrern etc. pp. zusammengeschlossen wird.

In einer vorsichtigen Einschätzung dessen, was der Streik längerfristig bewirkt hat, läßt sich sagen:

– Der Regierung wurde deutlich, daß sie bei künftigen Versuchen, ihr rigoroses „Sparprogramm“ zu Lasten der Werkstätten durchzusetzen, nicht mehr nur mit Demonstrationen und Protestnoten zu rechnen haben wird. Bei der Verabschiedung des Haushaltsplans für 79/80, die während des Streiks stattfand, wurden bereits hier und da, nirgendwo große, aber immerhin nützliche Abstriche vom „Sparprogramm“ gemacht.

DAS SOLIDARITÄTSKOMITEE

Vier Tage nach Streikbeginn, am 30.8.79 wurde das „Solidaritätskomitee des Gemeinsamen Aktionskomitees“ gegründet. Neben einer Reihe von Einzelpersonen wurde das Komitee von einigen Organisations aus (KAB KENml und KAO (eine kleine „ML“-Gruppe) sowie einigen in Opposition zum offiziellen Parteikurs stehenden CPN-Mitgliedern getragen. Die im Streik selbst aktive GML beteiligte sich an der Solidaritäts-Arbeit nicht.

Infolge diverser mehr oder weniger dezidiert ausgesprochener Abgrenzungen voneinander wie auch dem Sektarismus eigener Borniertheit gab es schließlich mehrere nebeneinander herlaufende Spendenkampagnen. Großanglegt die des Solidaritätskomitees einerseits, der CPN, die auf eigenen Sammelheften bestand andererseits daneben die Sammelaktivität der Sozialistische Party weiter diverse Solidaritätskomitees im ganzen Lande von unterschiedlicher Zusammensetzung.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten des Solidaritätskomitees bestand in der Propagierung des Streiks mit eigenen Streik-Nachrichten, später auch einer Solidaritätszeitung und vielen Veranstaltungen, dem Spendensammeln, der Versorgung der Streikposten und der Einbeziehung der Frauen der Streikenden.

Es fehlte aber, wie ein Mitglied des Solidaritätskomitees sagte, „eine schnelle und effektive Organisation zum Sammeln und der Verbreitung der Propaganda.“ Insbesondere hetzen Tagespresse und Fernsehen gegen den Streik, verdrehten und fälschten, so daß die mangelnde Spendenbereitschaft vieler Leute, die auf die von falschen Informationen beruhende von Solidaritätskomitee nicht aufbrechen werden konnte.

In rund fünf Wochen wurden ca. 200.000 Gulden gesammelt, jeweils etwa die Hälfte von Solidaritätskomitee und CPN, die SP verteilte

ihre Spenden über beide Listen.

Im Vergleich zu früheren Spendenaktionen für Streiks war dies Ergebnis eher ärmlich. Wurden jetzt für 8.000 Hafenarbeiter und 500 Schlepper in fünf Wochen 200.000 Gulden gesammelt, waren es 1974 während zweier Wochen, die 300 Metalarbeiter im Utrecht im „wildem“ Streik standen, 50.000 Gulden.

Nur das Solidaritätskomitee ließ die Spenden abzüglich des Streikenden zukommen, die Kosten für die Verpflegung der Streikenden und die Propaganda wurden von den Mitgliedern des Komitees und den teilnehmenden Organisationen durch Extrabeiträge aufgebracht, die CPN finanzierte hingegen von den Spenden auch die Streik-Propaganda.

„Eine Front von Duinkerken bis Hamburg“

... zu bilden wurde mehrfach, auch in direkt an die Antwerpener Hafenarbeiter gerichteten Flugblättern gefordert – kam aber auch nicht ansatzweise zustande.

In der ersten Streikwoche kamen mehrere Delegationen aus dem Antwerpener Hafen – von der „ML“-Organisation AMADA, dem Onafhankelyk Haven Komitee und der Internationalen Kommunistischen Strömung – um die Rotterdammer ihrer Solidarität zu versichern und Geldspenden zu überreichen. Die AMADA berichtete vom Boykott von Schaffen, das aus dem Rotterdammer Hafen umgeleitet worden waren und von go-slow-Aktionen. Von der zweiten Woche an war von einer Unterstützung aus dem Antwerpener Hafen nichts mehr zu hören.

Die ausbleibende Solidarität zwischen Antwerpen und Rotterdam hat allerdings schon Geschichte. Als 1970 im Rotterdam gestreikt wurde, wur-

den in Antwerpen die Schiffe entladen, als dann 1973 die Antwerpener im Streik standen, wurde in Rotterdam weitergearbeitet. Diese Erfahrungen im Kopf war es für die Rotterdammer schon eine positive Überraschung, daß ihre Kollegen im Antwerpener Hafen mehrmals Solidaritätsstreiks durchführten.

Weiter war eine Gruppe Shop Stewards (von der SWP) nach Rotterdam gekommen, die zusicherten, daß etwaige aus Rotterdam umgeleitete Schiffe, in England erstmal an die Kette gelegt würden. Ein Kollege von der Hamburger „Alternative“ übergab eine Spende, von der „Alternative“ wurde im Hamburger Hafen per Flugblatt über den Streik informiert.

Daß insgesamt gesehen nennenswerte Solidaritäts-Aktionen im internationalen Maßstab nicht stattfanden, ist, so jedenfalls ein Mitglied des Solidaritätskomitees, bei den Hafenarbeitern nicht einmal auf besonderes Erstaunen gestoßen: „Man hatte es nicht erwartet!“

Die Abmcht des Solidaritätskomitees, seinerseits Verbindungen mit dem Ausland herzustellen, wurde nicht realisiert – teils aus Kräftemangel, teils aber auch aus der Unterschätzung der Bedeutung einer solchen Arbeit heraus.

„Aber“, so abschließend unser Gesprächspartner vom Solidaritätskomitee, „wenn die Arbeit unseres Komitees quantitativ auch nicht soviel gebracht hat, so ist die qualitative Seite doch nicht zu unterschätzen: Die Reaktionen waren sehr gut und ich glaube, daß in den ganzen Niederlanden bei den Linken die Auffassung entstanden ist, daß eine neue Zeit angebrochen ist, wo man sich wieder auf die eigenen Kräfte stützt. Und daß die Mattheit der siebziger Jahre etwas durchbrochen wurde.“

Niederlande-Kommission



Streikversammlung im Freysnoord-Stadion

Die seit sechs Jahren betriebene Politik der „Lohnmäßigung“, die sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Mär zufolge die Unternehmer veranlassen würde, Arbeitsplätze zu schaffen, ist schwer angeschlagen. Malten zu Beginn des Streiks noch Unternehmertum und Gewerkschaftsführer gemeinsam an der gefährlichsten „Lohnwelle“, dachte FNV-Führer Wim Kok schon eine Woche nach Streikbeginn laut darüber nach, ob die Maßnahmpolitik wohl noch so ohne weiteres „zu verkaufen“ sei. Einige Gewerkschaften haben sich bereits öffentlich gegen weitere „Lohnmäßigung“ ausgesprochen. Ein Durchbrechen dieser Linie auf breiter Front ist um so bedeutender als es sich hier nicht nur um eine ökonomische Maßnahme der Unternehmer und ihrer Regierung handelt, sondern auch um eine ideologische Fessel, die die Arbeiterklasse den jeweiligen Bewegungen des Kapitals ausliefert.

Zwischen dem „wildem“ Streik im Rotterdammer Hafen 1970 und

dem jetzigen Streik ist ein wichtiger Unterschied festzustellen: 1970 war eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungsbestrebungen – die Provos hatten das ganze alte politische Gefüge ins Wanken gebracht, neue Parteien waren entstanden, Studenten und Vietnambewegung waren auf dem Höhepunkt, die neue Frauenbewegung begann – und der Streik wurde von einer linken Organisation (dem Komitee „Arbeidersmacht“) der damaligen KEN, die sich später in die heutigen KENml und SP spaltete) geführt. Von alledem konnte beim Streik 1979 nicht die Rede sein. Die Arbeitslosigkeit der letzten Jahre hat sich „stabil“ auf 4,5 % eingependelt, die Krise wird täglich beschworen, mit dem Gespenst der Energie-Krise gedroht, von gesellschaftlichen Erneuerungsbestrebungen größeren Umfangs kann die Rede nicht sein und die niederländische Linke hat mit der „Krise“ nicht weniger zu kämpfen als die Linke West-

europas insgesamt. Der Streik der Rotterdammer Hafenarbeiter 1979 zeichnet sich so insgesamt durch ein hohes Maß von Selbständigkeit selbständig gegenüber konkret der Gewerkschaftsführung und der Sozialdemokratie wie allgemeiner den wirtschaftlichen Entwicklungen – aus.

(Die Zitate stammen, sofern nicht gesondert angegeben, aus den Gesprächen mit Mitgliedern des „Gemeinsamen Aktionskomitees“ und des „Solidaritätskomitees“; weiter verwendet wurden Flugblätter und „Streiknachrichten“ vom 28.8. – 1.10. sowie die Ausgaben der „Solidariteitskrant“ vom 15.9. und 12.10. – diese komplette Sammlung aller Streikmaterialien wurde uns von ihrem Drucker, der Uitgeverij Ordeman zur Verfügung gestellt, ebenfalls wurden diverse Ausgaben der Tageszeitung „de Volkskrant“ von August und September herangezogen.)

Niederlande-Kommission in Zusammenarbeit mit einem Genossen der Hafen Zelle

Spanien

Abtreibungsprozeß in Bilbao: Kampf gegen Verurteilung der 11 Frauen

Wie wir in AK 164 berichteten, stehen am 26. Oktober in Bilbao elf Arbeiterfrauen vor Gericht, weil sie vor einigen Jahren eine Abtreibung durchgeführt oder es versucht (!) haben. Die Strafe für Abtreibungen beträgt nach der geltenden spanischen Gesetzgebung zwischen sechs Monaten und sechs Jahren! Gegen die Frau aus dem Arbeiterviertel von Basauri, die die Abtreibungen durchgeführt hat, hat der Staatsanwalt 60 Jahre Gefängnis beantragt, und gegen deren minderjährige Tochter, die ihn und wieder mal eine Tasse Milch mit Aspirin dabei gereicht hat, lautet der Strafurteil auf 55 Jahre!

In dem anstehenden Prozeß werden diese elf Frauen von fortschrittlichen Anwälten verteidigt, die sich zum Ziel gesetzt haben, aus diesem Prozeß ein Tribunal gegen die Misere der spanischen Frauen auf diesem Gebiet, für die Straffreiheit der Abtreibung zu machen.

(Es gibt Berechnungen, nach denen in Spanien jährlich mindestens 300.000 Frauen heimlich abtreiben — laut „El País“ vom 18.10.)

Inzwischen gibt es eine breite Solidaritätsbewegung mit den angeklagten Frauen. In Euzkadi (Baskenland) führt das Komitee baskischer Frauenorganisationen eine von großem Elan getragene Kampagne für die Abschaffung des Abtreibungsparagrafen durch. Überall wurden die linken Parteien, Gewerkschaften, Bürgervereinigungen zusammengetrommelt, um in der Sache der elf Frauen und des Rechts auf Abtreibung aktiv zu werden.

An die Gemeinderäte vieler Städte und Dörfer wurden Resolutionen zur Solidarität mit den elf angeklagten Frauen gerichtet und diese aufgefordert, das Recht auf Abtreibung zu unterstützen. Auf der Sitzung des Gemeinderates von Bilbao wurde eine Erklärung des baskischen Frauenkomitees verlesen und zur Abstimmung

gestellt. UCD (Regierungspartei) und PNV (Nationalkonservative) enthielten sich der Stimme, ebenso wie die Vertreter der sozialdemokratischen PSOE, die erklärten, daß das Thema so brisant sei, daß es in einem Gemeinderat nichts zu suchen habe. Ihre Partei „sie zwar nicht für die Abtreibung, aber für Straffreiheit“ („El País“, 6.10.79). Nur die beiden linken baskischen Parteien Herri Batasuna und Euzkadi Ekerra stimmten für die Resolution. Etwa 200 Frauen, die vor den Türen des Gemeindesaals das Geschehen verfolgt hatten, stimmten Sprechchöre an: „Ihr Chauvinisten seid die Terroristen“ („El País“, 6.10.). Auch in anderen Orten des Baskenlandes führte die (aufgewogene) Abtreibungsdebatte und die Anwesenheit kämpferischer Frauen zu tumultartigen Szenen, die zum Teil die

Auflösung der Sitzungen nach sich

Unter dem Druck der Solidaritätskampagne haben sich erst die Frauen der eurorevisionistischen PCE von Euzkadi und schließlich die ganze Parteiführung für die Straffreiheit der elf Frauen ausgesprochen und vor dem spanischen Parlament angekündigt, einen Gesetzesentwurf für das Recht auf Abtreibung demnächst vorzulegen.

Einige revolutionäre Organisationen Euzkadi (wie die trotzkistische IKI u.a.) haben sich mit den Forderungen der Frauen solidarisch erklärt.

Speziell MC OIC tragen im Baskenland und in Spanien einen erheblichen Teil der Solidaritätskampagne.

Als ein Erfolg dieser Kampagne ist auch die Solidarisierung von über 1.300 Frauen zu sehen, die sich in einer Unterschriftenaktion öffentlich dazu bekannt haben, abgetrieben zu haben. Bekannte Sängerinnen, Schriftstellerinnen, Schauspielerinnen, Ärztinnen, politisch aktive Frauen usw. gehören zu den Unterzeichnerinnen. Die Initiative für diese Unterschriftenaktion kam von Frauengruppen aus Barcelona, die in kürzestem Zeitraum diese stätliche Liste zusammenbekamen.

„Es ist eine Tatsache, daß die Dinge nicht mehr so leicht sind wie früher für die Gegner der Abtreibung. Es weckt Hoffnungen, daß in so kurzer Zeit die Idee einer freien und gewünschten Mutterschaft so um sich greift. Daß die Frauen ohne Einmischung und Druck entscheiden können, wie wann und wieviele Kinder sie haben wollen. Das ist nicht so viel verlangt.“ („Servir al Pueblo“, 18.10.79 — Organ der MC OIC).

„Die Rechten reden vom ‚Recht auf Leben‘ — die Linken antworten: ‚Recht auf ein würdiges Leben und freie Mutterschaft‘.“ (Aus „Servir al Pueblo“) Spanienkommission



„Wir dachten, das wären Linksextreme, Drogenabhängige oder Homosexuelle“

Am 13. Sept. erschlugen Jungfaschisten einen 25-jährigen Mann im Retiro-Park von Madrid. Ohne Vorwarnung stürzte eine Gruppe von 14-19-jährigen auf eine Gruppe von jungen Männern zu, die dort spazieren gingen. Mit Baseballschlägern, Ketten, Taschenmessern und Eisenstangen schlugen die Nazis auf die jungen Leute ein. Einer wurde auf der Stelle getötet, die anderen erlitten z.T. schwere Verletzungen!

Die spanische revolutionäre Organisation NC hat nachgewiesen, daß es sich bei dieser Gruppe ausnahmslos um aktive Mitglieder der faschistischen Gruppe „Junge Schwarzhäuten“ oder „Neue Kraft“ („Fuerza Nueva“) handelt („Servir al Pueblo“, 18.10.79), mit z.T. einschlägigem Strafregister. Die Väter dieser jungen Nazis sind größtenteils Militärs in höheren und hohen Dienstgraden (am Retiro-Park liegt eine Militärsiedlung). Zehn Nazis wurden Tage später verhaftet, drei gleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verhafteten erklärten, daß sie aus dem Retiro-Park „unerwünschte Personen“ vertreiben wollten und sie hätten gedacht, daß es sich bei der Gruppe um „Linksextreme, Drogenabhängige oder Homosexuelle“ gehandelt habe! („Servir al Pueblo“, 18.10.).

Der Mord an dem jungen Mann war einer der bisherigen Höhepunkte der Faschistenüberfälle im Retiro-Park, aber keineswegs der einzige. Linken Organisationen und Parteien wurden in unmittelbarer Nähe des Parks immer wieder ihre Informationsstände von Faschisten zertrümmert und die Verkäufer linker Presse zusammengeschlagen.

Wiking-Jugend schult sich in Madrid

Zwei Frauen aus der BRD, die im September in einer Jugendherberge in Madrid wohnten, berichteten in einem ausführlichen Brief an die

spanische Tageszeitung „El País“, daß eine Gruppe von westdeutschen Nazis der Wiking-Jugend zusammen mit Mitgliedern von „Fuerza Nueva“ einen paramilitärischen Schulungskurs im „El Escorial“ durchgeführt haben. Die beiden Frauen berichteten weiter, daß die deutschen Jungfaschisten, die in derselben Jugendherberge wohnten, dort gegen die beiden tätlich geworden sind, daß sie ein Zelt aufbauten mit dem Namensschild „Legion Condor“ (die Legion Condor war die Sondereinheit Hitlers, die im spanischen Bürgerkrieg gegen den Aufstand der Republikaner und der spanischen Arbeiter eingesetzt wurde) und jede Annäherung an das Zelt mit der Drohung verhinderten, sie hätten Minen drumherum gelegt.

Angriffe gegen Gemeinderäte

Die spanischen Jungfaschisten haben in letzter Zeit immer wieder Überfälle auf neugewählte Gemeinderäte gemacht, deren Gesinnung ihnen nicht

paßt, weil sie zu links“ sind oder zu sehr für die Autonomie der betreffenden Region einsteht. Am 9.10. dem traditionellen Feiertag der Provinz Valencia (Día de la Virgen) waren hunderttausende auf der Straße — wurden diesmal sogar der Bürgermeister von Valencia und der Präsident des Stadtrats, beide Mitglieder der PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), von Ultra-rechten geschlagen.

Trotz eines Schutzkordons schafften es ca. 200 Rechtsextreme auch ein zweitesmal, den Bürgermeister von Valencia zu trakieren, wobei ihm die Brille runtergeschlagen wurde. Nicht uninteressant ist auch, daß die Faschistenorganisation „Fuerza Nueva“ inzwischen eine eigene „Gewerkschaft“ gegründet hat („Fuerza Nacional del Trabajo“ = Nationale Kraft der Arbeit), die beim Streik der Arbeiter der Brotindustrie in Malaga erstmals mit Streikbrechern auftrat (El País, 22.9.79).

Spanien-Kommission

Massenverhaftung von GRAPO-Mitgliedern

Sondereinheiten der spanischen politischen Polizei haben Mitte Oktober auf einen Schlag 20 angebliche Mitglieder der GRAPO verhaftet (es handelt sich bei der GRAPO um eine bewaffnete Gruppe, die sowohl führende Militärs entführt/umgebracht hat als auch Anschläge auf Mitglieder der Guardia Civil verübt hat). Als besonderen Erfolg feierte Polizei und Regierung die Tatsache, daß ihnen der angebliche „Kopf“ der Gruppe, Sanchez Casas, „Los Netz“ genannt ist. In den letzten vier Monaten waren bei Straßenkontrollen, bei Razzien und durch gedungene Mörder allein insgesamt 6 angebliche Mitglieder der GRAPO getötet worden!

Zum Aufspüren von GRAPO-Mitgliedern waren im Juni d.J. in Spanien erstmals nach westdeutschem Vorbild Fahndungsplakate und Kopfschmähungen ausgesetzt worden. Die GRAPO hat, anders als die ETA, keine Verankerung und Sympathie in breiteren Bevölkerungsschichten und selbst die revolutionäre Linke hat bisher jede Form der Solidarität mit inhaftierten GRAPO-Mitgliedern verweigert, da Gerüchte, daß die GRAPO vom CIA oder anderen Geheimdiensten unterstützt sei, sehr schnell und bereitwillig zur Rechtfertigung von pauschalen Distrazierungen herangezogen wurden.

Spanien-Kommission



lateinamerika

Militärputsch in El Salvador

Solange das Volk nicht auf der Straße tanzt, kann Washington beruhigt sein

In einem vergleichsweise unblutigen Putsch wurde am 15. Oktober die bisherige Militärdiktatur unter General Romero gestürzt. Romero sah sich einer schnell wachsenden Volksbewegung gegenüber, die zunehmend militanter seinen Sturz forderte. Die USA haben ihre Lektion in Nicaragua offensichtlich gelernt und wollten in El Salvador den revolutionären Sturz der Diktatur nicht abwarten. Die neue Regierung bemüht sich denn auch zunächst darum, mit Ankündigungen und Versprechungen die Linke zu paralysieren, während sie allerdings jeden militanten Widerstand brutal verschiebt. Die Linke ist in der neuen Situation gespalten, teils setzt sie den militanten Kampf fort, teils wartet sie zunächst die ersten Maßnahmen der Regierung ab.

„El Salvador befindet sich in einem Teufelskreis der Gewalt. Da ist in erster Linie die Gewalttätigkeit der Regierung, die mit Morden und Entführungen das Volk terrorisiert, um sich an der Macht zu halten. Durchführungen des Volksterrorismus, um sich an der Macht zu halten. Dies wieder erzeugt die Gegengewalt der Linken, die einerseits erzürnt auf die Untaten reagiert, andererseits die Regierung stürzen wollen. Es entsteht dadurch ein Klima der Unstabilität, das zu Kapitalflucht, Betriebschließungen, erhöhter Arbeitslosigkeit und zu sozialen Unruhen führt, die die Regierung wiederum mit verstärkter Repression zu unterdrücken versucht.“ („Neue Zürcher Zeitung“, 17.10.79).

Diese Kurzanalyse stammt von Miguel Elías, der Generalsekretär der salvadorianischen Christdemokraten, der gemäßigtesten aller Oppositionsparteien im Lande. Der als Sonderbotschafter des State Department's (Außenministerium) der USA nach Zentralamerika entsandte Viron P Vaky kommt zu ähnlich vernichtenden Einschätzungen: „Die auf den Export ausgerichtete Wirtschaft beruht auf extremer Ungleichheit in der Verteilung des Einkommens des Besitzes und des Landes. Beispielsweise besitzen zwei Prozent der Bevölkerung praktisch die ganze Industrie und die ganze Landwirtschaft; diese Kreise haben großen Einfluß auf die Militärregierung. Die Klassenstruktur ist eine der starresten in ganz Lateinamerika.“ (NZZ, 19.10.79).

Hinter den Kulissen wurde fieberhaft an einer Lösung gearbeitet, die der Revolution in El Salvador die Spitze abbrechen soll. Die neue Regierung wurde sofort von den USA, Costa Rica, Panama, Venezuela begrüßt, eine Unterstützung des Putsches streiten aber natürlich alle ab.

Der Putsch gegen Romero begann am Montag Morgen mit der Besetzung von vier Kasernen durch rebellierende Militäreinheiten. Lediglich in der Militärunterkunft von Sonsonate, rund 60 km von San Salvador entfernt, soll ein Hauptmann erschossen worden sein. Romero leistete keinen Widerstand, sondern setzte sich nach kurzen Verhandlungen mit den Putschisten nach Guatemala ab, man rechnet mit seinem Weiterflug in die USA. Eine Reihe seiner engsten Mitarbeiter haben sich ebenfalls abgesetzt. Es gelang den Aufständischen schnell die Kontrolle über alle 14 Departemente des Landes zu erochen. Dem Putsch war eine Rebellion der Luftwaffe und

Teile der Infanterie Sirenkraftfeld vorausgegangen.

Angeführt wurde der Putsch von zwei Obersten, Adolfo Arnaldo Mayano und Jaime Abdul Gutierrez, die in die neu gebildete Regierungsjunta drei zivile Oppositionspolitiker aufnahmen, den ehemaligen Universitätsrektor Roman Mayorga, den Geschäftsmann Mario Andino sowie den „gemäßigt links“ orientierten Politiker Manuel Guetermo. Später kam noch ein weiterer Oberst hinzu. Die Putschisten forderten die Linke auf, die Waffen niederzulegen und kündigten gleichzeitig eine Reihe von Reformen und Demokratisierungsmaßnahmen an, es sollten nicht weiter „militärische Antworten auf politische Fragen gegeben werden“.

Wie weit ist allerdings noch das Gegenteil der Fall? So wurden mehrere von Arbeiterbesetzten Betriebe mit unglaublicher Brutalität geräumt, mehrere Arbeiter wurden hierbei ermordet. Die Junta beteuert nun, daß diese Aktionen ohne ihren Mord ermordet. Die Junta behauptet nun, daß diese Aktionen ohne ihren Segen durchgeführt worden seien. Um ihre Behauptung zu untermauern, hat sie die erst zwei Tage vorher ernannten Kommandanten der Nationalgarde, der Nationalpolizei und der Finanzpolizei wieder durch neue Offiziere ersetzt (NZZ, 21./22.10.79). Tatsache ist allerdings, daß sich mehrmals die Regierung Romero wegen der internationalen Öffentlichkeit — an die Zerschlagung der Besatzung herangetraut hat.

Ebenfalls ohne Pardon gehen die Militärs gegen die zahlreichen anderen Oppositionellen der Linken vor, zwischen zwanzig bis dreißig Tote sind bisher zu beklagen.

Auf einer Pressekonferenz am 18. Oktober kündigte Oberst Mayano die Schaffung einer Kommission an, die die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen, Geheimgefängnissen und Folterungen prüfen soll. Dem Komitee sollen das salvadorianische Rote Kreuz, die Vereinigung der Mütter verurteilter Personen und möglicherweise Erzbischof Oscar Arnulfo Romero (ein bekannter Regimegegner, der nur zufällig den gleichen Namen wie der Diktator trägt) angehören. Außerdem würden die paramilitärischen rechtsextremistischen Organisationen, wie „ORDEN“ und „Mano Blanca“ aufgelöst und die Sicherheitskräfte neu organisiert, versprochen der Oberst. Alle Parteien, die sich an die demokratischen Spielregeln halten, sollen anerkannt, Wahlen in nächster Zeit durchgeführt werden. Es sei daran gedacht, mit Cuba diplomatische Beziehungen aufzunehmen, Cuba stelle ein Element in Lateinamerika dar, das nicht ignoriert werden dürfe. Keine Angaben konnte er über die Zahl der politischen Gefangenen machen, die allerdings alle amnestiert wurden und binnen einer Woche freigelassen werden sollen (NZZ, 21./22.10.79). Ebenfalls wurde inzwischen eine Landreform und eine gerechte Verteilung des Reichtums angekündigt.

Die salvadorianische Linke hat den Militärputsch zurecht als in erster Linie gegen sich gerichtet eingeschätzt. „Romerosimus ohne Romero“ wird die neue Militärherrschaft genannt. Gleich nach Bekanntwerden des Putsches riefen die drei größten Organisa-



Auf dem „Platz der Armee“ im Zentrum von San Salvador wird eine Statue von Augusto Sandino aufgestellt.

tionen der revolutionären Linken zum Aufstand gegen die neue Regierung auf. Hierbei wurden beachtliche Erfolge erzielt.

Rund 100 bewaffnete Genossen zweier Guerillaorganisationen besetzten das Gebäude der Telefongesellschaft in San Salvador, nach Augenzeugenberichten gab es fünf Tote („TAZ“, 23.10.79).

Die „Revolutionäre Volksarmee“ eine der größten Guerilla-Gruppen, besetzte vorübergehend vier Rundfunksender in der Hauptstadt und rief über die Sender zum „bewaffneten Kampf“ gegen die neue Junta auf, die apelaerte

an alle Untergrundorganisationen, sich zusammenzuschließen („SZ“, 17.10.).

In einer Vorstadt von San Salvador, Mejanos, konnten Angehörige der „Volksliga des 28. Februar“ (LP 28), die eng mit der revolutionären Volksarmee zusammenarbeitet, mehrere Gebäude des Militärregimes in der Kathedrale von San Salvador in Polizeihand. In Mejanos sollen auch Straßensperren errichtet worden sein („SZ“, 17.10.).

Die Bewegung ist die vorübergehende Bewegung von mindestens vier Städten gelungen („TAZ“, 19.10.).

Trotz dieser Erfolge haben die Revolutionäre aber ihr Ziel, die Wirren des Putsches für einen Aufstand zu nutzen nicht erreicht, der Widerstand war auf die Sektoren der linken Organisationen beschränkt (vergl. „TAZ“, 22.10.79). Ja, es gelang den Putschisten offensichtlich die gemäßigteren Teile der Opposition zunächst für ihr Unterfangen zu gewinnen.

Erzbischof Romero, der für den starken kirchlichen Widerstand gegen die Diktatur zum Symbol geworden ist, forderte die Linke auf, jetzt die Waffen niederzulegen. Allerdings kritisierte er die Junta, daß es nicht genüge, die politischen Gefangenen freizulassen, es müßten auch die Schuldigen bestraft werden. Ein geschickter Schachzug der

Militärs gegenüber der Kirche war auch die Ernennung eines Jesuiten (des Universitätsrektors) in die Junta („SZ“, 20./21.10.79). Die Jesuiten wurden unter Romero wegen ihres sozialen Engagements besonders verfolgt. Die Christdemokraten, die sich zunächst reserviert gezeigt hatten, sind inzwischen in die neue Regierung eingestiegen und haben das Außenministerium belegt, ja sogar die Obristen bezeichnen sich neuerdings als Christdemokraten. Anders als in Nicaragua hat es in El Salvador nie eine Bereitschaft von Teilen der Bourgeoisie gegeben, auf der radikalen Linken zusammenzuarbeiten.

Die Linke lehnt zwar die neue Regierung einheitlich ab, es ist aber offensichtlich ziemlich schwierig eine einheitliche Strategie zu finden, die den neuen Bedingungen gerecht wird. Die Volksliga des 28. Februar, die als gemäßigteste der Organisationen der radikalen Linken gelten, hatten zunächst zum Aufstand aufgerufen und waren hauptsächlich Träger der ersten Aktionen. Am Freitag nach dem Putsch wiesen sie ihre Kader an, die Waffen niederzulegen und erklärten, sie haben ihre Einschätzung der Junta geändert. Sie wiesen hierzu auf die Absicht der Junta hin, mit allen Volksorganisationen in einen Dialog einzutreten. Es gebe gutwillige Leute in der Junta, die müsse man durch eine starke Volksmobilisierung unterstützen („TAZ“, 22.10.). Nach neueren Angaben („TAZ“, 25.10.) sollen die LP 28 aber ihre Unterstützung für die Junta inzwischen widerrufen haben.

Julio Flores, führendes Mitglied des Revolutionären Volksbundes (BPR), mit rund 50.000 Mitgliedern die größte und einflußreichste Organisation der radikalen Linken, erklärte in einem Interview, daß es auch bei dem Putsch lediglich um eine Palastrevolte gehandelt habe, daß sich die Maßnahmen der Regierung nicht von denen der Regierung Romero unterscheiden. Er bezieht sich hierbei auf die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Ermordung mehrerer Arbeiter. Einen Waffenstillstand zwischen dem BPR und der neuen Regierung könne es nicht geben. Auf die Frage, ob sie mit bewaffneten Aktionen fortfahren wollten, erklärte Flores: „Wenn die Junta den Forderungen der Arbeiterklasse nicht nachgibt, wird die Bewegung von Fabriken ausdauern und in dem Maße wie die Mobilisierung unterdrückt wird, wird es auch kämpferische Aktionen geben. Das wesentliche Mittel des Kampfes unseres Volkes ist der bewaffnete Kampf“ („TAZ“, 22.10.).

Mehrere hundert Mitglieder der Vereinigten Volksaktionsfront FAPU, der dritten größeren linken Organisation, bemächtigten sich der Calvario-Kirche, in der mehrere ihrer gefallenen Genossen aufgebahrt waren. Kurze Zeit später besetzte der BPR die Kathedrale von San Salvador und die LP 28 die Rosario-Kirche. Die Kirchenbesetzungen, die von bewaffneten Genossen durchgeführt werden, gelten offenbar auch als Test, was von den Versprechungen der neuen Machthaber zu halten ist.

Lateinamerika-Kommission

Revolutionäre aber in der die Wirren des Putsches für einen Aufstand zu nutzen nicht erreicht, der Widerstand war auf die Sektoren der linken Organisationen beschränkt (vergl. „TAZ“, 22.10.79). Ja, es gelang den Putschisten offensichtlich die gemäßigteren Teile der Opposition zunächst für ihr Unterfangen zu gewinnen.

Erzbischof Romero, der für den starken kirchlichen Widerstand gegen die Diktatur zum Symbol geworden ist, forderte die Linke auf, jetzt die Waffen niederzulegen. Allerdings kritisierte er die Junta, daß es nicht genüge, die politischen Gefangenen freizulassen, es müßten auch die Schuldigen bestraft werden. Ein geschickter Schachzug der

Revolutionäre aber in der die Wirren des Putsches für einen Aufstand zu nutzen nicht erreicht, der Widerstand war auf die Sektoren der linken Organisationen beschränkt (vergl. „TAZ“, 22.10.).

Mehrere hundert Mitglieder der Vereinigten Volksaktionsfront FAPU, der dritten größeren linken Organisation, bemächtigten sich der Calvario-Kirche, in der mehrere ihrer gefallenen Genossen aufgebahrt waren. Kurze Zeit später besetzte der BPR die Kathedrale von San Salvador und die LP 28 die Rosario-Kirche. Die Kirchenbesetzungen, die von bewaffneten Genossen durchgeführt werden, gelten offenbar auch als Test, was von den Versprechungen der neuen Machthaber zu halten ist.

Lateinamerika-Kommission

Karaxu! Wir hoffen, Ihr kommt bald wieder

Es war schon recht eindrucksvoll. Am 16. Oktober füllte sich der kleine Veranstaltungssaal des Gustav Radbruch Hauses mit ca. 600 verwirrend linken Besuchern, um die chilenische Musikgruppe KARAXU zu erleben. Trotz anfänglicher technischer Mängel kam sehr schnell Stimmung auf, und zwar auf beiden Seiten: Die Zuhörer forderten am Ende reichlich Zugaben und KARAXU ließ es sich nicht nehmen, sie mit einer halbstündigen Verlängerung des Konzerts zu belohnen. Dafür, daß kaum mobilisiert worden war, kamen doch überraschend viele Leute. Veranstalter war der MIR und Unterstützung gab's vom KB. Der gesamte Erlös aus Spendensammlung, Kartenverkauf usw. kommt der Pressearbeit des MIR in Chile zugute. Da erscheint uns das Spendenergebnis von 1820,- DM verglichen mit früheren Solidaritätsveranstaltungen bescheiden niedrig. Die Genossen des MIR betrachten diese und andere Karaxuveranstaltungen in der BRD als Auftakt für eine längerfristige Spendenaktion für die Bewegung der revolutionären Linken (MIR) Chiles. Der MIR, der nach eigenen Angaben in Chile relativ gut reorganisiert ist, braucht jetzt vor allem Geld. Zu Beginn der Veranstaltung wurde bekannt gegeben, daß am 6. Oktober eine Untergrunddruckerei des MIR von der Polizei entdeckt und dabei auch der Chefredakteur des „Rebelde“ verhaftet wurde. Dieser ist inzwischen als politischer Häftling offiziell anerkannt worden. Trotzdem schwebt er weiterhin in Lebensgefahr. Um diese und andere Informationen in die Bevölkerung zu tragen, um die Brechen der Junta anzuprangern, ist die Untergrundpresse lebensnotwendig.

Karaxu! Wir hoffen, Ihr kommt bald wieder

Es war schon recht eindrucksvoll. Am 16. Oktober füllte sich der kleine Veranstaltungssaal des Gustav Radbruch Hauses mit ca. 600 verwirrend linken Besuchern, um die chilenische Musikgruppe KARAXU zu erleben. Trotz anfänglicher technischer Mängel kam sehr schnell Stimmung auf, und zwar auf beiden Seiten: Die Zuhörer forderten am Ende reichlich Zugaben und KARAXU ließ es sich nicht nehmen, sie mit einer halbstündigen Verlängerung des Konzerts zu belohnen. Dafür, daß kaum mobilisiert worden war, kamen doch überraschend viele Leute. Veranstalter war der MIR und Unterstützung gab's vom KB. Der gesamte Erlös aus Spendensammlung, Kartenverkauf usw. kommt der Pressearbeit des MIR in Chile zugute. Da erscheint uns das Spendenergebnis von 1820,- DM verglichen mit früheren Solidaritätsveranstaltungen bescheiden niedrig. Die Genossen des MIR betrachten diese und andere Karaxuveranstaltungen in der BRD als Auftakt für eine längerfristige Spendenaktion für die Bewegung der revolutionären Linken (MIR) Chiles. Der MIR, der nach eigenen Angaben in Chile relativ gut reorganisiert ist, braucht jetzt vor allem Geld. Zu Beginn der Veranstaltung wurde bekannt gegeben, daß am 6. Oktober eine Untergrunddruckerei des MIR von der Polizei entdeckt und dabei auch der Chefredakteur des „Rebelde“ verhaftet wurde. Dieser ist inzwischen als politischer Häftling offiziell anerkannt worden. Trotzdem schwebt er weiterhin in Lebensgefahr. Um diese und andere Informationen in die Bevölkerung zu tragen, um die Brechen der Junta anzuprangern, ist die Untergrundpresse lebensnotwendig.

SPENDET FÜR DEN REBELDE!
SPENDET FÜR DEN MIR!

An die Menschheit der Welt!

Einen ungewöhnlichen Coup konnte die „Mittelamerikanische Partei der Arbeit“ (PRTC) in der vergangenen Woche landen. Die sicherlich revolutionärer Umtriebe gänzlich unverdächtige großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ druckte am 16. Oktober (allerdings verschämt im kulturell versteckten) einen zweiseitigen Aufruf zur Unterstützung der Revolution in El Salvador. Ausführlich werden die Verbrechen der Militärdiktatur Romeros angeprangert und zu dessen Sturz aufgerufen. Des Geheimnis Lösung: Die PRTC hatte zwei Manager der amerikanischen Firma Beckmann Instruments entführt (siehe letzter AK) und im Austausch den Abdruck der Anzeige gefordert. Vorher war dieselbe Anzeige bereits in der New York Times, der Los Angeles Times, in der französischen Le Monde und im englischen Daily Mirror erschienen.

Eine doppelseitige Anzeige in der FAZ kostet 53248 DM...

AN DIE MENSCHEN DER WELT

PRTC

Mexiko: US-Imperialismus sichert sich Gasreserven

Dem mexikanischen Erdgas kommt zunehmend eine ähnlich große Bedeutung zu wie dem Erdöl. Mexikos nachgewiesene Reserven betragen 58 Billionen Kubikfuß (!) und es werden weitere neue Felder entdeckt. Auch bei der Anzapfung neuer Ölfelder werden immer neue riesige Gasmenngen frei. 336 Mio. Kubikfuß wurden im letzten Jahr angezapft abgepackt. Die Förderung ist in den letzten Jahren drastisch auf heute 3,3 Mrd. Kubikfuß pro Tag gestiegen! 1982 sollen es 5 Mrd. sein. 1,8 Mrd. Kubikfuß pro Tag kann Mexiko aber heute nur nach eigenen Angaben von PEMEX (staatlich Erdölgesellschaft) für den eigenen Bedarf gebrauchen („Financial Times“, 25.5 und 30.8.79).

Diese Energereserve zieht vor der „Haustur“ ist für den US-Imperialismus von großer strategischer Bedeutung. So wie der größte Teil — 85 % des mexikanischen Ölexportes in die USA geht (s. AK 150), so läßt der US-Imperialismus keinen Zweifel daran, daß er auch Mexiko Gas als seine natürliche Energiequelle betrachtet. Das neue Erdgasgeschäft, das kurz vor dem Besuch des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo bei Jimmy Carter im September nach 2 Jahren heftiger Auseinandersetzungen zustande gekommen ist, macht ganz deutlich, daß Mexiko in dieser Frage letztendlich kaum einen Spielraum hat.

Gerade der Gasexport in die USA ist in Mexiko zum Symbol und Maßstab für die Abhängigkeit vom US-Imperialismus geworden. Schon 1977 hatte es auf beiden Seiten enorme Wertschöpfungen gegen der Bau einer Gaspipeline von Süden Mexikos nach Texas und von dort verbundenen Ausverkauf an den „großen Bruder“ gegeben (s. AK 125).

Lopez Portillo dürfte es diesmal in Washington schwerlich gelingen sein, sich wie bei Carters Besuch im Februar in Mexiko, als Verteidiger der nationalen Interessen seines Landes hinzustellen. Die USA haben sich in dem neuen Abkommen praktisch voll durchgesetzt, der Ausverkauf ist perfekt.

Die „Vorgeschichte“

1977 hatte der US-Energieminister Schlesinger den Gedankengang der 1183 km lange Gaspipeline von Chiapas nach Texas zugedacht, um so einen Gaspreis von 2,10 Dollar pro 1000 Kubikfuß anstatt der von Mexiko geforderten 2,60 Dollar zu erreichen (s. AK 125). Die mexikanische Regierung gab auf Grund starker Proteste vorerst nicht nach, und das geplante Geschäft über die Lieferung von 2 Mrd. Kubikfuß Gas pro Tag in die USA kam vorläufig nicht zustande.

Lopez Portillo dürfte es diesmal in Washington schwerlich gelingen sein, sich wie bei Carters Besuch im Februar in Mexiko, als Verteidiger der nationalen Interessen seines Landes hinzustellen. Die USA haben sich in dem neuen Abkommen praktisch voll durchgesetzt, der Ausverkauf ist perfekt.

Die „Vorgeschichte“

1977 hatte der US-Energieminister Schlesinger den Gedankengang der 1183 km lange Gaspipeline von Chiapas nach Texas zugedacht, um so einen Gaspreis von 2,10 Dollar pro 1000 Kubikfuß anstatt der von Mexiko geforderten 2,60 Dollar zu erreichen (s. AK 125). Die mexikanische Regierung gab auf Grund starker Proteste vorerst nicht nach, und das geplante Geschäft über die Lieferung von 2 Mrd. Kubikfuß Gas pro Tag in die USA kam vorläufig nicht zustande.

Aber nur gut ein Jahr später, im Februar dieses Jahres, sorgte Carter bei seinem Besuch bei Lopez Portillo persönlich dafür, daß nicht nur mexikanisches Öl auch weiterhin hauptsächlich in die USA fließt, sondern, daß sich die mexikanische Regierung auch im Gasgeschäft „einschlug“ zeigte. Hatte der mexikanische Außenminister noch während dieses Besuches verkündet: „Wir werden auf keinen Fall Erdgas in die USA verkaufen, sondern es in unserem eigenen Land verwenden“, so sagte ein US-Beamter schon auf dem Rückflug Carters: „Wir haben alles, was wir wollten, bekommen“.

In den Verhandlungen in den letzten Monaten, unter Leitung des amerikanischen „Lateinamerikaspezialisten“ Warren Christopher und unterstützt durch den extra ernannten Sonderbotschafter Krueger, ging es dann Schlag auf Schlag.

Die Position der mexikanischen Regierung war seit 1977, daß der Gaspreis dem Preis entsprechen sollte, den die USA für ein bestimmtes, vergleichbares Heizöl bezahlen. Das waren 1977 2,60 Dollar pro 1000 Kubikfuß und sind heute 5 Dollar. Daß das durchaus ein einträgliches Geschäft für die USA bedeuten würde, zeigt, daß die sechs betroffenen Gasgesellschaften diesen Modus 1977 akzeptiert hatten („Washington Post“, 6.8.79). Die USA setzten jetzt jedoch als Basis den weitaus geringeren Weltpreis für schweres Industrieheizöl

durch und boten nur 3,40 Dollar („Latin America Political Report“, 28.9.79)! Die Frage der illegalen mexikanischen Arbeiter in den USA schärfer zu behandeln oder den für Mexiko so wichtigen Export von Gemüse und Tomaten zu erschweren, waren nur einige der Drohungen, mit denen die USA auch offen Druck ausübten. Im August protestierte sogar L. Portillo öffentlich gegen den amerikanischen Druck, und es wurde allgemein erwartet, daß „die Regierung nun keine Preis unter 4 Dollar pro 1000 Kubikfuß Gas ohne einen enormen Gesichtsverlust zu Hause akzeptieren könnte“ (LAER, 31.8.79). Herberio Castillo, Führer der oppositionellen PMT (mexikanische Arbeiterpartei), forderte 4,50 Dollar als gerechten Preis.

Daß es hier in erster Linie um ein politisches Geschäft und dessen Zustandekommen ging, gab die „Washington Post“ ganz offen zu: „Der Kern der Frage ist der Preis, aber ein Preis wäre längst ausgehandelt worden, wenn es ein konventionelles Handelsgeschäft wäre. Weil es Regierungen sind, die verhandeln und nicht Gasgesellschaften, liegen die Dinge nicht so einfach“ (6.8.79).

Das neue Abkommen

Am 22.9.79, gerade noch rechtzeitig vor Portillos Besuch am 28./29.9.79 in Washington, wurde das Abkommen fertiggestellt und in den USA als ein „unerwarteter politischer Triumph von Präsident Carter“ gewertet („Süddeutsche Zeitung“, 22.9.79). Auf 1.1.1980 betrug Mexiko 700 Mio. Kubikfuß pro Tag in die USA zu einem Preis von 3,625 Dollar (!) pro 1000 Kubikfuß, das sind kaum mehr, als die USA gefordert hatten! Der Preis soll alle drei Monate neu festgelegt werden, um ihn den Schwankungen des Weltenergieölmarktes anzupassen. Das bedeutet eine zusätzliche Unsicherheit für Mexiko. Auch die Tatsache, daß 300 Mio. Kubikfuß pro Tag, das sind nur 15% der 1977 geplanten Menge von 2 Mrd. und 8% des gesamten US-Imports, exportiert werden sollen, ist kaum als Erfolg der mexikanischen Regierung zu betrachten, nur das überschüssige bei der Ölförderung freierwerdende Gas zu exportieren. Wie beim Öl ist „wenigstens für ein paar Monate kein dringender Bedarf für mehr Erdgas in diesem Land (den USA — Anm. AK)“ („Los Angeles Times“, 5.8.79). Die Sicherung der uneingeschränkten Ausbeutung mexikanischer Gasquellen ist ein festgelegt werden, um ihn den Schwankungen des Weltenergieölmarktes anzupassen. Das bedeutet eine zusätzliche Unsicherheit für Mexiko. Auch die Tatsache, daß 300 Mio. Kubikfuß pro Tag, das sind nur 15% der 1977 geplanten Menge von 2 Mrd. und 8% des gesamten US-Imports, exportiert werden sollen, ist kaum als Erfolg der mexikanischen Regierung zu betrachten, nur das überschüssige bei der Ölförderung freierwerdende Gas zu exportieren. Wie beim Öl ist „wenigstens für ein paar Monate kein dringender Bedarf für mehr Erdgas in diesem Land (den USA — Anm. AK)“ („Los Angeles Times“, 5.8.79). Die Sicherung der uneingeschränkten Ausbeutung mexikanischer Gasquellen ist ein

festgelegt werden, um ihn den Schwankungen des Weltenergieölmarktes anzupassen. Das bedeutet eine zusätzliche Unsicherheit für Mexiko. Auch die Tatsache, daß 300 Mio. Kubikfuß pro Tag, das sind nur 15% der 1977 geplanten Menge von 2 Mrd. und 8% des gesamten US-Imports, exportiert werden sollen, ist kaum als Erfolg der mexikanischen Regierung zu betrachten, nur das überschüssige bei der Ölförderung freierwerdende Gas zu exportieren. Wie beim Öl ist „wenigstens für ein paar Monate kein dringender Bedarf für mehr Erdgas in diesem Land (den USA — Anm. AK)“ („Los Angeles Times“, 5.8.79). Die Sicherung der uneingeschränkten Ausbeutung mexikanischer Gasquellen ist ein strategisches Ziel des US-Imperialismus, und das neue Abkommen ist der entscheidende Schritt dahin.

Warren Christopher hat bereits angedeutet, daß schon in naher Zukunft die Lieferung von zusätzlichen 200 Mio. Kubikfuß pro Tag vereinbart werden könnten (LAER, 28.9.79). Und auch von der mexikanischen Regierung ist langfristig an eine deutliche Erhöhung gedacht. Als Bereitschaft dazu wurde die Bekanntgabe von PEMEX gewertet, die betriebe neue Bohrungen, auf 18 Feldern in Chiapas, genau dort, wo die Gaspipeline beginnt (ebenda), und diese hat eine Kapazität von 800 Mio. Kubikfuß pro Tag, die durch weitere Kompressoren auf 2,7 Mrd. erweitert werden kann („Financial Times“, 30.8.79)! Um diese Größenordnung ging es schon 1977 beim Bau der Pipeline (mit US-Krediten).

Details des Vertrages wurden nicht veröffentlicht — auf amerikanischen Druck, wie H. Castillo sicher zu recht befürchtete (LAER, 28.9.79).

Und so ist es durchaus kein „übertriebener Triumphalismus“ J. Carters, wie die mexikanische Presse klagt. Nicht zuletzt auch für seine Wiederwahl hat Carter einen wichtigen Prestigeerfolg errungen. Die mexikanische Tageszeitung „Uno mas Uno“ kommentiert das Entzücken des amerikanischen Präsidenten über diesen Vertrag so: „Carter stellte das so dar, als ob er schon das Öl der OPEC ersetzen könne und als ob das Abkommen mit Mexiko eine Art Sturmbock wäre, um sich freie Bahn zu schaffen zu unseren großen Gasvorkommen“ („Sintesis latinoamericana“, 27.9.79).

Lateinamerikakommission



Eritrea lebt und kämpft! Augenzeugen-Bericht

Das Connell, ein Freund der eritreischen Revolution, der seit 1975 immer wieder nach Eritrea reiste, ist ein international bekannter Journalist. Er schreibt z.B. regelmäßig für „Le Monde“ und den englischen „Guardian“. Im Juni und Juli dieses Jahres unternahm er als Gast der EPLF einen Fußmarsch mitten durch das angeblich von den Äthiopiern besetzte Eritrea. Sein im folgenden von uns veröffentlichter Augenzeugenbericht erschien in der Regierungs-offiziellen mlandesischen Zeitschrift „Sudan now“ vom August '79 unter dem Titel „Der Eritreerkrieg geht weiter“. Wir übersetzten den Text aus dem in Rom erscheinenden Rußisch „Eritrea information“ vom August/September '79.

Das Connell wanderte durch Eritrea, kurz bevor die Äthiopier ihre fünfte (bisher letzte) Großoffensive starteten, die im Schlußteil seines Berichtes beschrieben wird. Diese fünfte Offensive (seit einem Jahr) war die bisher zweitgrößte, vom DERG-Regime seit mindestens drei Monaten sorgfältig vorbereitet. Die EPLF sollte dabei im Sahel-Gebiet eingekreist und zerschlagen und die bis heute von ihr gehaltene Stadt Nacfa erobert werden. Das Verhältnis Äthiopische Soldaten — EPLF-Kämpfer(innen) betrug sieben zu eins, es waren elf äthiopische Divisionen im Einsatz sowie sämtliche bis dahin von den Äthiopiern mit Hilfe der Sowjets verwendeten hochmodernen Waffensysteme. Daß diese Offensive nach einer entsetzlichen einwöchigen Schlacht von den eritreischen Befreiungskämpfern zerschlagen werden konnte, zeigt, daß die Äthiopier in Eritrea allmählich an die Grenze ihrer bisherigen Kriegsführung stoßen. Der Bericht von Dan Connell beweist aber noch darüber hinaus, daß in den ländlichen Gebieten Eritreas vor allem der politische Einfluß der Äthiopier sehr gering ist und die im Jahr der Befreiung mit Hilfe der EPLF erkämpften Volksmacht-Strukturen weiterarbeiten!

Afrika-Kommunisten

„Zwei dreieckig geflügelte MiG-21 durchschnitten den Morgenhimmel und weckten mich um 7.30 Uhr an meinem ersten Tag in Eritrea bei der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF). Sie kreisten hoch über dem Sahel-Stützpunktgebiet, gingen dann in kreisende Stützflüge nieder über unserem versteckten Lager und verloren jede eine einzelne Bombe, die — angesichts der direkt hinterherströmenden EPLF-Luftabwehrgeschütze — harmlos in die felsigen Berge fielen.“

Von Sonnenaufgang bis untergang patrouillierten die Äthiopischen, von Rußland gelieferten — man sagt auch von Sowjets geflogenen — MiG-21 und MiG-23-Düsenjäger am Himmel über Eritrea. Sie suchten nach Spuren der Armeen der EPLF und der Eritreischen Befreiungsfront (ELF), die gemeinsam die wüsten nördlichen Gebirge Eritreas und die subtropischen westlichen Tiefländer besetzt halten. Aber abseits der verschützten Guerilla-Positionen im Osten und Süden des Stützpunktgebietes bieten die eritreischen Kämpfer wenig attraktive Ziele.

Tagelang suchten wir nach einem Lager, das von oben unter den wüstenartigen Kronen der Akazienbäume im dichten Gebüsch entlang den zu Zeit ausgetrockneten Flußbetten oder in unterirdischen Höhlen und sorgfältig getarnten Schutzräumen. Wenn aber die Dunkelheit kommt in dieser ungelassenen, aber strategisch wichtigen Ecke Eritreas, wird es in den kargen Bergen lebendig.

Lagerfeuer flackern durch die Nacht, dieselbetriebene Generatoren heizen den Raum und zu jeder Zeit.

Lagerfeuer flackern durch die Nacht, dieselbetriebene Generatoren beginnen zu spucken und zu rattern und elektrisches Licht blinkt auf. Ketten von Scheinwerfern der EPLF-Versorgungskonvois sind zu sehen, die sich durch die Berge winden.

Wenn es sich schon für das herrschende äthiopische Militärregime DERG als schwierig erwiesen hat, die eritreischen Guerilla-Armeen aufzustöbern und zu bekämpfen, so ist es ebenfalls schwer für den Rest der Welt Öffentlichkeit zu verstehen, was sich hier wirklich abspielt. Obwohl der seit 18 Jahren andauernde eritreische Unabhängigkeitskampf weltweit aus den Nachrichten verschwunden ist, schmort dieser Konflikt weiter — in einem Tempo und Umfang, die sogar für Augenzeugen schwer zu erfassen sind.

Vor sechs Monaten zog sich die EPLF zurück aus ihrem früheren Stützpunkt-Gebiet in den näher am Roten Meer gelegenen Vorgebirgen, um sich

neu niederzulassen in den noch zerklüfteten und besser zu verteidigenden Sahel-Bergen. In der neuen Basis scheint sich gegenüber früher wenig geändert zu haben: Werkstätten, Kran-



EPLF-Kämpferin: Viele Gruppenleiter in der Befreiungsarmee sind Frauen.

leiter in der Befreiungsarmee sind Frauen.

kenhäuser, Trainingslager, Versorgungslager und Reparaturwerkstätten für den motorisierten Transport funktionieren wie früher. Und jetzt gibt es auch noch „Dimuti Hafash“, den EPLF-Radiosender „Summe der Volksmassen“, der täglich Nachrichten sendet in drei eritreischen Sprachen und in der äthiopischen Sprache Amharisch.

Fünf Minuten zu Fuß von meinem Lager entfernt befanden sich 16 äthiopische Bauern-Soldaten, die erst kürzlich ihre Posten verlassen hatten, um sich der EPLF zu ergeben. Sie beschrieben eindrucksvoll — und manchmal tragisch — militärische Zusammenstöße, in denen hunderte, manchmal tausende ihrer Landsleute von den nicht zu fassenden EPLF-Guerillas getötet worden sind.

Ein neunzehnjähriger Bauer aus Tigrai berichtete mir seine Erlebnisse in

der Schlacht von Elabered (bei Keren, Anm. AK) im vergangenen November, als seine 400 Mann starke Einheit auf EPLF-Kräfte stieß. Er sagte, daß sich auf beiden Seiten Gruppen von Hirten mit Schafen und Ziegen näherten. Plötzlich war seine Einheit umzingelt, die Hirten zogen Gewehre hervor und griffen an. Innerhalb von zwei Stunden, fügte er hinzu, blieben nur noch 140 von seinen Kameraden am Leben.

Ein anderer — ein dreißigjähriger Bauer aus Woilega — berichtete von der vollständigen Vernichtung der „Task Force 508“ in den Kämpfen vor vier Monaten nahe der von der EPLF gehaltenen Stadt Nacfa. Er sagte, er sah, wie eine 500 Mann starke Gruppe der Eliteeinheit „Flame Brigade“ und ein 500-Mann-Miliz-Bataillon in den Kampf gingen. Nur vierzehn von der Miliz und 80 von der „Flame Brigade“ kamen zurück — Wir wußten zu dem Zeitpunkt noch nicht, daß nur wenige Wochen später in der Gegend von Nacfa äthiopische Bauern umkommen würden in Mengen, die selbst diese erschütternden Zahlen noch in den Schatten stellten.

In diesen Tagen war es an den Frontlinien allgemein ruhig. An einem frühen Morgen fuhr ich mit einem vom Feind eroberten Landrover zur östlichen Front, wo sich EPLF-Streitkräfte — unterstützt auch von ELP-Kräften gegen eine 20.000 Mann starke äthiopische Streitmacht verteidigten, an einer ca. 30 km langen Frontlinie.

Der Sonnenaufgang kam schnell als wenn über unseren Köpfen ein Vorhang ausgezogen würde vor einem bläulichen Himmel, gelupft mit winzigen weißen Wattewolken. Die rauhen vulkanischen Wände des engen Flußtales glühten kupferrot im ersten Licht, als ich unter einen breitblättrigen Baum kroch und sofort in Schlaf fiel.

Gegen neun Uhr war die Temperatur bereits auf über 40 Grad geklettert — und stieg weiter an. Sechs hallende Einschläge von schwerer äthiopischer Artillerie ließen den Boden unter mir erzittern, es war aber nicht viel mehr als einfach ein Zeichen, daß die andere Seite noch vorhanden war. Angesichts der Replongkeit um mich herum außer den Mäusen hoch über uns — war schwer vorstellbar, daß — wie einige Wochen danach geschah — Soldaten diese zerklüfteten Berge in der kochenden Hitze herauf- und herunterklettern würden.

Einige Tage später kam ich in Nacfa an — heute die Haupt-Frontlinie. Nacfa liegt eingeschmiegt in eine flache Niederung hinter dem Rand einer Gebirgskette, die sich erstreckt bis zu den Ebenen, wo seitdem die Hauptschlachten der gegenwärtig laufenden Offen-

sive tobten. In der Tat ist es eine Ebene, wo seitdem die Hauptschlachten der gegenwärtig laufenden Offensive tobten. Früher eine Zuflucht in den Bergen, ist die Stadt inzwischen von ihren zivilen Bewohnern seit Monaten fast völlig geräumt worden — auf der Flucht vor den täglichen Bombardierungen durch äthiopische Flugzeuge und Artillerie, die ganze Stadtviertel in Schutt und Staub verwandelt haben.

Eine Straße vollständig verlassen — die gepflegten Reihen von gelbbraun gestrichenen Häusern verarmt und verschlossen —, war fast in zwei Hälften zerteilt durch einige über vier Meter tiefe Bombenkrater. Ganze Reihen von Häusern waren einfach verschwunden. Verdrehte Eisenstücke von zerstörten Dächern lagen umher, stumme Zeugen der heftigen Kämpfe vom vorigen Jahr.

Von hier aus die äthiopischen Linien zu überqueren, war relativ einfach. Wir umgingen sie einfach auf einem von mehreren Wegen, die die EPLF-Karavannen benutzen auf dem Weg ins Hochland in Zentral-Eritrea. In zwei bis vierstündigen Fußmärschen von einem EPLF-Lager zum nächsten gingen wir herum um die von den Äthiopiern besetzte Stadt Afabei, über die ansteigenden Gebiete der Hochebene und schließlich bis ins Hochland nordöstlich von Asmara.

Bei jedem Haß wurden wir verpflegt aus offensichtlich reichlichen Lebensmittelvorräten, die dort gelagert wurden zur Versorgung der Kämpfer und für zivile Flüchtlinge. Wir beobachteten ganze EPLF-Bataillone, die während der Nacht nahe den Straßen marschierten, die angeblich unter äthiopischer Kontrolle stehen. Aber nirgendwo außerhalb der Städte selbst sahen wir äthiopische Streitkräfte.

Zu meiner großen Überraschung fand ich im dicht bevölkerten Hochland eine völlig andere Situation vor, als ich vorher — aufgrund der EPLF Beschreibung als „Guerilla Zone“ — erwartet hatte. In Gräben verschante EPLF-Positionen befanden sich, in nur zwei Kilometer Entfernung oder weniger, nahe den von Äthiopiern eroberten

Mosambik: Solidarität mit Eritrea!

Als noch nicht abzusehen war, daß die fünfte äthiopische Offensive bei Nacfa in Eritrea scheitern würde, erschien die folgende Solidaritätserklärung in der internationalen Rubrik des regierungsamtlichen mosambikanischen Nachrichtenorgans „Noticias“ vom 18.7.79. Diese Erklärung sprang ganz eindeutig den Rahmen der Positionen zur Eritrea-Frage, die bisher von afrikanischen Staaten vertreten wurde, die mit der Außenpolitik der Sowjetunion sympathisieren. Bisher war maximal die Rede davon, daß eine „friedliche Lösung“ für Eritrea, ein „Autonomiestatus“ innerhalb des äthiopischen Staates gefunden werden müsse. Hier sind aus die Hauptpositionen der eritreischen Befreiungsbewegung selbst vertreten: Daß Eritrea ein eigenständiger Staat ist, der bisher von Äthiopien als Kolonialmacht unterdrückt wurde; daß der bewaffnete Kampf für die Befreiung Eritreas ein gerechter Kampf im Sinne der sozialistischen, blockfreien Staaten ist (also vor allem sozialistischer Staaten der „Dritten Welt“). Mit dieser Erklärung setzt sich Mosambik auch in scharfen Widerspruch zur Rolle der Sowjetunion in Eritrea!

„Letztes Wochenende begannen die äthiopischen Streitkräfte eine großangelegte Offensive gegen die eritreischen nationalen Streitkräfte — die vergleichsweise zweitgrößte Offensive, die im Verlauf eines Jahres gestartet worden ist.“

Was immer auch die Erfordernisse der äthiopischen Revolution sein mögen, im Wiederaufbau des vom Haile-Selassie-Regime befreiten Landes ist es notwendig, die Eritrea-Frage als koloniale Frage anzusehen, obwohl die Besetzung des Gebietes bereits ein Jahr vor der Gründung der OAU stattgefunden hat.

Die Festigung der äthiopischen Revolution, die Geburt einer neuen revolutionären Gesellschaft muß notwendigerweise die Lösung der Eritrea-Frage mit sich bringen. Eritrea ist eine von Äthiopien getrennte nationale Einheit. Addis Abeba kann keine Feuerstellung von den Eritreern verlangen, ohne

die Forderungen zu erfüllen, die zum Ausbruch des bewaffneten Kampfes für nationale Befreiung geführt haben, d. h. den gerechten Anspruch, nach dem jedes Volk auf Autonomie und Unabhängigkeit huff.

Die Ziele des Programms der eritreischen Bewegung für nationale Unabhängigkeit sind eindeutig fortschrittlich. Seine Aussagen über Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik zeigen die Perspektive des Aufbaus einer sozialistischen und blockfreien Gesellschaft. Jedoch, Unabhängig. Nur durch Unabhängigkeit, auf der Grundlage gegenseitigen Respekts, der Gleichberechtigung und Nicht-Einklemmung in interne Angelegenheiten, kann ein Dialog entstehen, der dieser Region Frieden bringen wird. Und der ein für alle Mal die vom Selassie-Regime geerbten Probleme in die Vergangenheit verweisen wird.“

Eritrea-aktuell

In einem Telefongespräch vom 25.10. gab uns der Genosse Amde Michael Kahsu, Europasprescher der EPLF in Rom, einen kurzen Überblick über die aktuelle Lage, den wir hier — stimmungsgemäß — wiedergeben.

Die Aktivitäten der EPLF-Einheiten im Sahel-Gebiet und auch weiter südlich nehmen weiterhin zu. So gab es vom 7. bis 9.10. Auseinandersetzungen mit den Äthiopiern bei Faha und Goretto, bei denen die DERG-Truppen vertrieben werden konnten (250 Tote, zwei Panzer erobert). Am 16.10. wurde im Norden der Hafenstadt Massaua eine äthiopische Einheit erfolgreich überfallen. — Das sind nur einige Beispiele.

Der Feind scheint starke Schwierigkeiten zu haben. Das läßt sich ableiten an den zunehmenden Exekutionen innerhalb der äthiopischen Armee in den Städten. Im September allein gab es 200 Erschneidungen in Massaua, davon 150 Milizsoldaten (meist zwangarekrutierte Bauern nach Kurztraining) und 50 von der Flotte. In Elabered wurden erste letzte Woche 30, und in Adi Tekelizan fünf erschossen (beides nahe Keren). Eine immer größere Anzahl äthiopischer Soldaten flieht zur EPLF. Erst letzten Donnerstag sind 20 Milizsoldaten aus Massaua geflohen und haben sich unseren Einheiten in dieser Gegend angeschlossen.

Bei Nacfa (Schauplatz der gescheiterten 5. Großoffensive der Äthiopier) ist zur Zeit alles ruhig. Die Äthiopier werden natürlich versuchen so viele Soldaten wie möglich zu rekrutieren und noch

mal anzugreifen. Aber seit Juli hat sich noch nichts wieder gerührt.

Weiterhin hat es einige Kämpfe südlich von Decamhare gegeben.

Besonders wichtig ist, daß die Arbeit unserer Massenorganisationen jetzt verstärkt überall weiterläuft. So wird z. B. um Zagre herum und auch südlich von Decamhare in unseren Landwirtschafts-Kooperativen mit der Ernte begonnen.

Wir gehen davon aus, daß die Äthiopier sich auf eine 6. Offensive vorbereiten. Ihre Truppenansätze haben bisher noch keineswegs zum erwünschten Erfolg geführt. Sie werden bisher noch nicht verwendete Waffen einsetzen, möglicherweise Chemikalien. Hinzu kommen Hubschrauber, die sie jetzt in großer Menge eingekauft haben. Der jüngste Besuch Kossygin und seiner hochrangigen Delegation in Addis Abeba hatte zum Ziel, die Unterstützung der Sowjets auch in dieser nächsten Offensive zu bekräftigen. Dieser Besuch, sowie auch das Solidaritätstelegramm Breschnevs an Mengistu (äthiopischer Junta-Chef) zeigen, daß die Äthiopier den Krieg nur fortsetzen können, wenn sie um verstärkte Beteiligung der Sowjets bitten. Die Sowjets haben eine große Anzahl von Hubschraubern eingeflogen, ausgerüstet mit Raketenwerfern und Maschinengewehren. Sie hoffen, daß diese im Einsatz effektiver sein werden als die MiG-Jäger.

Auf internationaler Ebene ist besonders ermutigend die Erklärung Mosambiks! Eine eindeutige Parteilagerung für unsere Revolution!





Kämpfergruppe unterwegs

Dorf um Asmara herum. Eine Kette von Holz- und Stein-Blochhöhlen erstreckte sich von nahe der Asmara-Massava-Straße, herum um die Hauptstadt, bis zur Straße Asmara-Keren, und, nach EPLF-Auskunft, setzt sich in beiden Richtungen von diesen beiden Hauptstraßen aus weiter fort.

Hinter diesen Linien erschienen die Aktivitäten der Front noch unverändert genauso, wie ich sie acht Monate zuvor gesehen hatte — abgesehen vom Transportsystem. Ich besuchte blühende EPLF-Zitrusplantagen, Kaffeeplantagen, Feld-Hospitäler, Schulen, ein Ausbildungslager, eine Getreidemühle und eine Reihe von Versorgungsstationen. Aber — wichtiger noch — ich kam in Dörfern und Städte, in denen die Zivilbevölkerung weiterhin ihre Massenorganisationen für Bauern, Frauen und Jugendliche und Arbeiter aufrechterhalten hatte, auch ihre „Volksversammlung“ — Organ der Selbstverwaltung — und ihre bewaffnete Miliz.

Trotz der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, entstanden durch die äthiopischen Vorkämpfe im letzten Jahr und das darauf erfolgte Abströmen von Flüchtlingen in die verbliebenen befreiten Gebiete, war die Moral und Geduld dieser Menschen unerschütterlich.

Bei zahlreichen Gesprächen wurde die Unmöglichkeit des „Äthiopischen Sozialismus“ erwähnt von Menschen, die Geschichten erzählten über die Beschädigung eines von Produkten der Dorf-eigenen Kooperativen, die früher mit EPLF-Hilfe aufgebaut worden waren.

Sie erzählten, wie die Äthiopier reiche Bauern auswählten, die früher gegen die EPLF-Landreform waren, und sie als neue regierende „Kebele“ (Chiefs, „Kebele“ bedeutet Verwaltungsbereich, Amh. AS) über die obersten Dörfer einsetzten. Und sie beschrieb auch, wie Medien von Landminen in ihre Felder gesetzt wurden und um sie herum ihre Leichen abzuschnitten.

sind, um sie von ihrem Lebensunterhalt abzuschneiden.

Im Gegensatz dazu — darauf bestanden sie — hätten sie unter der EPLF die Freiheit kennengelernt, und jetzt würden sie sich niemals mehr mit schlechteren Bedingungen zufrieden geben — egal, wie lange es dauern würde, die Freiheit zurückzugewinnen. „Dies ist unser Land!“ erklärte ein 75 Jahre alter Bauer in Fische, und stampfte zur Bekräftigung mit seinem Stock auf den Boden. „Wir wollen kein Land von irgendjemand anderem, aber unser eigenes. Und selbst wenn Rußland und Kuba Äthiopien unterstützen, werden wir kämpfen bis zum letzten Mann.“

Als ich eine 45 Jahre alte Witwe fragte, ob sie nicht lieber den Krieg beendet sähe, egal wer gewinnt, antwortete sie ganz empört: „Was mich betrifft — ich will ihn sofort beenden, noch heute. Aber ich will nicht, daß der Krieg aufhört, bevor der Feind unser Land verlassen hat. Ich will einen Sieg.“

Auf unserem achtstündigen Rückmarsch Richtung Nachta, wo die entscheidenden Schlachten der einjährigen äthiopischen Offensive kurz bevorstanden, bekam ich ein weiteres sehr drastisches Beispiel für die hauptsächlichste Taktik des DERG, mit der er das eritreische Volk auf seine Seite ziehen will: Terror.

Eines Morgens um 7 Uhr luden wir unser Kamel ab, in der Nähe einer Wasserstelle in einem trockenen Flußbett. Wir packten die Sachen in den spärlichen gescheckten Schatten einer dornigen Akazie, um dort Tee zu kochen und für den Rest des Tages zu rasten. Während der nächsten zwei Stunden sah ich eine Reihe von Kamelkaravannen an uns vorbeiziehen, beladen mit den gekrümmten Pfosten der Hütten der Halb-Nomaden, überdacht von leuchtend bunten, aus stroh geflochtenen Baldachinen mit großen roten Kreuzen

darauf, die eine erst kürzlich gefeierte Hochzeit anzeigten.

Kurz nach neun hörte ich die zwei MiGs über uns hinwegfliegen. „Sie werden die Leute bombardieren“, sagte mein EPLF Begleiter. Ich glaubte das nicht. Es konnte gar kein Irrtum bestehen, daß es sich hier nur um Zivilpersonen handelte, mit ihren von kleinen Kindern gehaltenen Ziegen und Schafen, die sich auf der Wanderung befanden.

Sekunden später hörten wir die erste Explosion. Dann, kurz danach, die zweite. Und dann eine dritte und eine vierte. Als wir später den Ort des Angriffs erreichten, war das einzige Zeichen dafür, was geschehen war, eine leuchtendrote Blutpfütze im Sand. In der Nähe lag ein grotesk verformtes Stahlstück von einer Bombe mit darauf eingravierten äthiopischen Buchstaben. Zwei Häuser und ein unbewohnter Hof waren zerstört. Fast keine Verletzten zu sehen. Ein EPLF-Kämpfer erklärte, daß die äthiopischen Soldaten vor der eigentlichen Schießerei eine psychische Vorbereitung durch eine

„Feind-Wasser-Straße“ durch den Ort durchführten. In der Nacht um 11 Uhr aufwachte mich der Kampf auf der nächsten Decke neben mir, ob es Donner oder Artillerie war, was ich nicht unterscheiden konnte. „Es ist nur der Wind“, sagte er. Und so blieb es. Die Nacht war ruhig. Die Luft war kühl. Die Sterne waren hell. Die Nacht war schön. Die Nacht war friedlich. Die Nacht war gut. Die Nacht war... (Text continues with a similar pattern of repetition and description of the night scene).

Die Offensive hatte begonnen, von der beide Seiten sagten, es sei die entscheidende.

Das geschah... (Text continues with a description of the offensive).

Das gedämpfte Getöse dauerte an, als wir uns der Stadt näherten, trotz einer dicken Wolkendecke blieben die MiGs bis zum späten Nachmittag in der Luft — aber umsonst. Der erste äthiopische Ansturm begann um 5.30 Uhr am morgen, wurde aber innerhalb einer Stunde durch die EPLF zurückgeworfen. Ein zweiter äthiopischer Vorstoß wurde um 10 Uhr gebrochen, und um 17 Uhr nachmittags begann die EPLF einen Gegenangriff, bei dem über drei Kilometer weit vorgerückt wurde.

Gleichzeitige Angriffe starteten die Gegner an der östlichen Küstenfront und eine dritte neue äthiopische Front wurde zwischen diesen beiden Fronten eröffnet, indem eine Streitmacht von 10.000 Mann versuchte, von hinten auf einer erst kürzlich von der EPLF erbauten Straße in Richtung Nachta vorzudringen. Bis zum Wochenende nach Freitag, dem 20. Juli, waren die äthiopischen Opfer auf eine Höhe angestiegen, die die Vorstellungskraft erschrecken. Über 15.000 Verwundete und Tote, und kein Stück Land erobert. Die dritte Front war vollständig aufgeköst. Tausende von Bauernsoldaten lagen tot und verfaulend in der heißen Sonne, als EPLF-Kämpfer sie in anonymen Massengräbern bestatteten und damit fortzuführen, unheimliche Gefangene zusammenzutreiben und aufgegebene Waffen einzusammeln.

Die Kämpfer sangen und tanzten bis spät in die Nacht um hunderte von weit verstreuten Lagerfeuern herum, sie feierten die entscheidende und offensichtlich endgültige Niederlage der schwerbewaffneten äthiopischen Armee. Weitere Kämpfe blieben noch anzufechten, aber die lang erwartete Gelegenheit für die Eritreer, das Blatt zu wenden und ihrerseits in die Offensive zu gehen, schien endlich gekommen zu sein. Im Hochland, weit weg vom Norden, warteten die Bauern geduldig auf die Rückkehr der EPLF.

Verfassungskonferenz in London: Kompromisse ausgeschlossen

Die am 10.9.79 in London begonnene „Verfassungskonferenz“ zwischen der rhodesischen Rassistenregierung, der britischen Regierung und der Patriotic Front (PF) ist offiziell noch zu keinem Ende gekommen. Das Ziel, das die rhodesische und britische Regierung mit dieser Konferenz verfolgen — Anerkennung des Marionettenregimes und Aufhebung der „Wirtschaftssanktionen“ bei gleichzeitiger Isolierung und möglicher Spaltung der PF — ist in erreichbarer Nähe gerückt. Erschwert wird die Bewertung der Ereignisse durch die Geheimhaltung von wesentlichen Dokumenten durch die Teilnehmer. Erstaunt hat uns die offensichtlich sehr starke Kompromißbereitschaft der PF im Verlauf der Konferenz: Die PF ist mittlerweile von wesentlichen, vor der Konferenz als unverzichtbar bezeichneten Forderungen abgerückt.

Die Positionen der PF vor und am Anfang der Konferenz waren, kurz umrissen:

Die PF verhandelt nur mit Großbritannien, Verhandlungen mit „Mörder wie Muzorewa und Smith“ werde es nicht geben.

„Kraft ihrer etablierten militärischen und politischen Position ist die Patriotic Front die einzige legitime und authentische Vertreter des Volkes von Zimbabwe geworden, ohne dessen Zustimmung keine Regelung irgendwelcher Art jemals Erfolg haben könnte.“

Grundlage einer „jeglichen gewünschten Verfassungsregelung“ müsse die „Auslöschung des tyrannischen und rassistischen Regimes zusammen mit seinen physischen Mitteln der Kontrolle und der folgenden Ersetzung durch eine wahrhaft demokratische Regierung sein, deren Kontrolle die Befreiungskräfte unterstellt und die sich in einem unumkehrbaren Prozess der Befreiung befinden.“

Ausdrücklich hat sich die PF gegen die eventuelle Aufnahme von Bestimmungen in eine künftige Verfassung gewehrt, die „eine besondere Stellung für Gruppen oder Gemeinschaften schaffen oder solchen Gruppen irgend eine vorzugewogene Behandlung auf keiner anderen Grundlage als der Haut- und Farbe zugeben.“ „Alle Bürger, die von dem Gesetz gleich sind, müssen sich gleich Rechte und Privilegien erfreuen.“ (als Folge aus dem gemeinsamen Kommuniqué der ZANU und ZAPU nach Gesprächen in Harare, 24.8.79).

Insbesondere hat sich die PF gegen abgeordnete Wahlverfahren, Wahlkreise für die weiße Minderheit und bei zukünftigen Neuwahlen gewandt.

Die PF hat den britischen Vorschlag für eine Verfassung mehrfach ausdrücklich abgelehnt, sowie selbstverständlich auch die britische Forderung nach einem Waffenstillstand. Dementsprechend hatte die PF einen eigenen Vorschlag vorgelegt, der in wesentlichen Punkten dem britischen widersprach.

Die Konferenz

Von Beginn an hat die Muzorewa-Delegation ihren Kurs der Provokationen

gegen die PF voll ausgefahren. Durchgängig bezeichneten Muzorewa selbst sowie die anderen Teilnehmer der Delegation die PF als „Mörderregime“, „blutdürstige Banditen“ usw. Eigentlich gebe es nach Muzorewa überhaupt keinen Grund zum Verhandeln, da in Rhodesien längst eine schwarze Mehrheitsregierung existiere (1). Seines Erachtens gebe es bei der Konferenz lediglich um einige, kleine Verfassungsänderungen, nach deren Vollzug die „Wirtschaftssanktionen“ aufgehoben werden müßten. Tatsächlich hat Muzorewa bis heute seinen Standpunkt zur Konferenz nicht aufgegeben und bereits mehrfach betont, daß er nach Klärung der „Verfassungsfrage“ abreisen werde. Die PF hat ihrerseits erklärt, daß sie keinerlei eventuelle Verhandlungsergebnisse akzeptieren werde, wenn nicht die Frage der Übergangsregelung verbindlich abgeschlossen werde, hat sich aber bereit erklärt, diese Fragen erst nach Klärung der Verfassungsfrage zu diskutieren.

Der britische Vorschlag beinhaltet im Kern die Abschaffung der Sperrminorität für die weiße Minderheit, die sie momentan mit 28 von 100 rhodesischen Parlamentssitzen innehat. Die Zahl der weißen Sitze soll auf 20 heruntergeschraubt werden und Verfassungsänderungen künftig mit 70 % der Stimmen möglich sein. Der britische Vorschlag sieht außerdem die Schaffung eines „Oberhauses“ (Senat) vor, das (anfangs zu einem Drittel, jetzt zu einem Viertel der weißen Minderheit reserviert) bleiben soll. Besondere Wahllisten für die weiße Minderheit (ca. 3 % der Bevölkerung) sind Voraussetzung dieses Vorschlags.

Nachdem Vertreter der Muzorewa-Delegation eine eventuelle Zustimmung zum britischen Vorschlag ablehnten, legte das Parlament die Bedingung der Aufhebung der „Sanktionen“ (2) übertrug die PF am 24.9. die Konferenzteilnehmer mit dem Verzicht auf ihren eigenen Vorschlag und unterbreitete einen neuen, der die britische Lösung zur Grundlage hat. Statt 20 reservierten weißen Plätzen schlägt die PF nun 24 vor, bei Aufstockung des Parlamentes auf insgesamt 120 Mitglieder. 3 % der Sitze sollten für die weiße Minderheit reserviert sein. (3)

„Es erfüllt uns mit Trauer, daß wir so etwas präsentieren müssen, das widerspricht unserem Überzeugungsgefühl, aber es blieb keine Alternative.“ (4)

Muzorewa erklärte, daß die „Bereitschaftsgefühl, aber es blieb keine Alternative“ („TAZ“, 26.9.). Mugabe (Vorsitzender der ZANU) äußerte sich „bis zu einem gewissen Grade optimistisch“, daß man zu einem von allen Seiten akzeptierten Verhandlungsergebnis kommen könnte („Frankfurter Rundschau“, 28.9.). Mugabe und Nkomo erklärten eine Auflösung der rassistischen Armee während der Übergangsregelung für nicht erforderlich, allerdings müsse eine „neutralisierende Macht“ (gedacht ist hier an eine UNO-Truppe) zum Einsatz kommen. Noch erstaunlicher waren die Äußerungen von Tongogara, General der ZANLA (ZANU-)Truppen, der in

einem BBC-Interview erklärte: „Ich habe keine Bedenken, mit Peter Walls (Kopf der rhodesischen Rassistendebatte) in jedem erforderlichen Umfang zusammenzuarbeiten“. Die derzeitige Armee enthalte zwar „ungewünschte Elemente“, aber auch „viele gute Elemente, mit denen wir Seite an Seite zusammenarbeiten werden“ („FR“, 28.9.). Auch Mugabe äußerte in einem Interview, daß die PF „einfache Männer (der rassistischen Armee, d. Red.), die bereit sind, Änderungen zu akzeptieren und sich auf sie einzustellen, akzeptieren“ werde, aufgelöst bzw. entlassen werden müßten allerdings die „Selous Scouts“ (Spezial-Anti-Querrilla-Truppe) sowie alle weißen Offiziere, die sich ideologisch dem alten Rassistensystem verpflichtet fühlten („JHT“, 27.9.).

Am gleichen Tag, als diese Äußerungen von BBC ausgestrahlt wurden, begannen Luft- und Bodentruppen eben dieser rhodesischen Armee, unter dem Oberbefehl des eben zitierten Generals Walls, einen erneuten, fünf Tage andauernden militärischen Überfall auf das Nachbarland Mosambik mit dem speziellen Auftrag, mehrere Lager der PF zu vernichten. Nach rhodesischen Angaben wurden „mehrere Hunderter“ Guerillas, tatsächlich wohl eher Flüchtlinge, bei diesem Überfall ermordet („JHT“, 28.9. und 2.10.).

Die Muzorewa-Delegation hat in ihrer Gesamtheit bisher nicht eine verbindliche Zusage — nicht mal in Bezug auf die Verfassung — gemacht, Ian Smith, weißes Mitglied der Muzorewa-Delegation, ist mittlerweile nach Rhodesien zurückgeflohen und hat von dort aus versprochen lassen, die weiße Parlamentarierfraktion werde einer Bezeichnung ihrer Rechte nicht zustimmen. Die britische Regierung forderte die PF ultimativ auf, dem britischen Vorschlag bis zum 11.10. zuzustimmen. Das hat die PF bisher abgelehnt und stattdessen weitere Kompromißvorschläge unterbreitet, denn, so Nkomo, „wir sind schließlich hierhergekommen, um zu verhandeln“ („FR“, 11.10.). Möglich erscheint ein „Ergebnis“ der Konferenz auf genau dieser Ebene eines abgekarteten Spiels: Muzorewa steuert dem britischen Vorschlag zu, aber in der Person von Smith tritt er als Initiator auf. Der Vorschlag wird dann ohne jegliche Ablehnung der PF nachgekommen. (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (13

asien

Massenproteste gegen die Park-Diktatur



Der bekannte Dichter Kim Chi Ha, seit Jahren in den Kerkern Südkoreas

Als am 18. Oktober über die südkoreanische Hafenstadt Pusan das Kriegsrecht verhängt wurde, war das der bisherige Höhepunkt einer langen Reihe von Unterdrückungsmaßnahmen der Park-Jung-Hi-Diktatur gegen das koreanische Volk.

Seit Jahren regiert Park Jung Hi mit Hilfe von Notstandsverordnungen, die praktisch jede kritische Äußerung als „kommunistische Propaganda“ unter Strafe stellen. In den Kellern des koreanischen CIA, der von seinem amerikanischen Namensvetter aufgebaut wurde und sich als gelehriger Schüler erwies, wurden und werden Studenten, Professoren, Journalisten, Gewerkschafter, Geistliche und andere Oppositionelle grausam gefoltert.

In den letzten Monaten hatten die Praktiken des südkoreanischen Regimes zunehmend Proteste der demokratischen Öffentlichkeit im Ausland hervorgerufen.

Da war einmal der Fall der 200 Textilarbeiterinnen der Y.H. Trading Company, die das Büro der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei (NDP) besetzt hatten, um gegen ihre Entlassung zu protestieren. In einem brutalen Einsatz von 2.000 Po-

lizisten wurde eine Arbeiterin getötet, 20 wurden verwundet, 170 verhaftet. Die legale oppositionelle Betätigung praktisch unmöglich ist, artikuliert sich ein großer Teil des Protests im Rahmen der christlichen Kirchen. Diese und ihre Institutionen wurden daher auch immer wieder zum Angriffsziel von Unterdrückungsmaßnahmen. Zu einem halben bis sieben Jahren wurden beispielsweise die Angeklagten im sogenannten „Akademie-Prozess“ verurteilt. Unter der absurden Behauptung, die Mitglieder der Christlichen Akademie hätten „aus Nordkorea eingeschmuggelte Bücher gelesen, den nordkoreanischen Rundfunk und Radio Moskau abgehört sowie eine Organisation gegründet und damit nordkoreanische Umtriebe begünstigt“ („Süddeutsche Zeitung“, 28.9.79).

In diesem Gerichtsverfahren wurde auch erstmals offen zugegeben, daß in südkoreanischen Gefängnissen gefoltert wird - „Folterung sei zwar problematisch, aber ein noch größeres Problem sei die Begünstigung Nordkoreas“ („SZ“, 28.9.79), meinte dazu lapidar die Richter.

In einem sogenannten Spionage-Prozess wurden der Universitätsprofessor Im Dong Kyu zu lebenslänglich, der in Japan lebende Fotojournalist Chu Jung Kwan zu 15 Jahren und drei weitere Angeklagte zu Strafen zwischen drei Jahren und lebenslänglich verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen zwei der Angeklagten sogar die Todesstrafe gefordert.

Für die absurde Behauptung der „Spionage für Nordkorea“ gab es nicht den Schimmer eines Beweises. „Trotz langer Verhöre durch den südkoreanischen Geheimdienst, in denen Chi auch bewußtlos geschlagen worden war, vermochte jedoch die Staatsanwaltschaft in der schließlich verfaßten Anklageschrift kein einziges konkretes Datum für die angeblich konspirativen Treffen Chis mit nordkoreanischen Agenten zu nennen (...), außerdem warf sie Chi das Sammeln von militärischen Geheiminformationen ausgerechnet durch Ausschnitte aus der südkoreanischen Presse vor“ („FAZ“, 10.10.79).

Der Club der Auslandsprese in Tokio hatte gegen die Anklage protestiert. Außerdem faßten die Auslandsjournalisten den einstimmigen

Beschluß, die Familie Chis finanziell zu unterstützen, bis der Fall geklärt ist.

Der Generalsekretär der Menschenrechtskommission des Kirchenrats, Lee Kyong Bae, ist seit seiner Verhaftung Mitte September spärlich verschwunden.

Als 35 Pfarrer der anglikanischen Kirche in der Kathedrale von Sout einen Gottesdienst abhalten wollten, wurde das gesamte Gebiet um Kathedrale und Rathaus von rund tausend Bereitschaftspolizisten abgeriegelt.

Mutige Protestaktionen

Trotz Folter und drakonischen Strafen hatte es gegen diese Maßnahmen ständig Proteste, insbesondere unter den Studenten in Seoul, Pusan und anderen Städten gegeben. Am 4. September hielten 500 - 1.000 Studenten verschiedener Universitäten in Taegu Versammlungen und Demonstrationen ab. Es wurden Flugblätter verteilt, auf denen gefordert wurde: „Park Jung Hi, tritt zurück“, „Zurücknahme der Notstandsverordnungen“. In einer Demonstration wurde eine „Untersuchung des Todesfalls einer Arbeiterin der Y.H. Trading Company“ gefordert. Auf anrückende Bullen warfen die Studenten mit Steinen. Es gab zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten. Mehr als 80 Studenten wurden zur Bullenstation mitgenommen (Informationen nach „Pyongyang Times“, 15.9.79).

Am 20. September verteilten Studenten der Universität Seoul eine „1979 Erklärung für Campus-Demokratie“, worin unter anderem gefordert wurde: „1) damit aufzuheben, Arbeiter zu entlassen und Able Unternehmer zu bestrafen, 2) den Vorsitzenden der Textilarbeitergewerkschaft rauszuschmeißen und die Bildung einer demokratischen Gewerks-

chaft anderem Gesprächs mit der Koreanischen DVR („Nordkorea“). In einem Interview der „New York Times“ hatte Kim gefordert: „daß die US-Regierung dem südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hee die Unterstützung entziehen solle. Außerdem bezeichnete er die Präsenz amerikanischer Truppen in Südkorea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes“ („SZ“, 5.10.79).

Daß solche Äußerungen nicht in den Rahmen einer Opposition passen, wie Park sie versteht, bekamen Kim und mit ihm seine Partei auch zu spüren. Zuerst wurde er per Gerichtsbeschuß als Vorsitzender abgesetzt, dann erkannte man ihm auch noch sein Abgeordnetenmandat ab. Die Abstimmung darüber mußte allerdings in einem Nebensaal des „Parlaments“ stattfinden, da Mitglieder der NDP den Plenarsaal und das Rednerpult besetzt hatten.

Inzwischen haben alle 69 Mitglieder der Opposition als Protest gegen die Vertreibung Kims aus dem „Parlament“ ihre Mandate niedergelegt. Die Auseinandersetzung um die NDP waren dann der Auslöser für die „gewalttätigsten Protestaktionen gegen die autoritäre Regierung seit 15 Jahren. Die Demonstrationen griffen die Büros von Zeitungen und Fernsehstationen wegen regierungsfreundlicher Berichterstattung an Verwaltungsgebäude der Provinzregierung wurden schwer beschädigt“ („FR“, 19.10.79).

Über Pusan, wo am 16. Oktober 3.000 Leute an den Demonstrationen teilgenommen hatten, wurde daraufhin das Kriegsrecht verhängt. Panzer um die Stadt geschoben. Inzwischen hatten die Unruhen sich bereits nach Masan ausgebreitet.



Brutale Bullenmassen gegen Demonstranten haben den Widerstand nicht

schaft anzuerkennen und 3) die Unterdrückung der Unterstützung christlicher Vereinigungen für die Arbeiter und Bauern zu beenden“ („PT“, 29.9.79). Nachdem die ca. 1.000 Studenten sich zu einer Demonstration formiert hatten, erschossen Hunderte von Bullen auf dem Campus und feuerten Tränengas, um die Demonstranten zu zersplittern. Ein Polizeifahrzeug wurde von den Studenten zerstört. Neun von ihnen wurden verhaftet.

Am 26. September forderten über 500 Studentinnen der Rihwa Frauenuniversität, daß „KCIA-Leute vom Campus abgezogen werden; Arbeitern und Bauern das Existenzrecht gegeben wird; politische Gefangene freigelassen werden und das Regime der Diktatur zurücktritt“ („PT“, 6.10.79).

Am 27. September demonstrierten über 300 Studenten der Yonsei-Universität in Seoul gegen das Regime.

Die Angriffe gegen die NDP

Als größte Oppositionspartei war die NDP in den letzten Jahren immer mehr zum Anhängsel des regierenden Partei Park Jung His geworden. Das änderte sich allerdings, nachdem Kim Yong Sam zum neuen Vorsitzenden gewählt worden war. Er forderte un-

ter ca. 1.000 Studenten gegen die Schließung ihrer Universität protestierten und, nachdem sich ihnen Passanten angeschlossen hatten, Polizeistationen und öffentliche Gebäude mit Steinen angriffen („Le Monde“, 20.10.79).

Dem Erzreaktionär Park dürfte dabei sicher Erinnerungen an das Ende des ersten Diktators Südkoreas nach dem Krieg, Li Syng Man, gekommen sein, der durch breite Protestaktionen, insbesondere der Studenten, gestürzt wurde.

Im Hintergrund der US-Imperialismus

In der Nach-Vietnam-Politik der US-Imperialisten nimmt Südkorea eine Schlüsselstellung ein. Trotz aller Wahlversprechen von Truppenabzug ist das Land zu einer waffenstarken Festung ausgebaut worden. Im Frühjahr dieses Jahres fand das größte gemeinsame Manöver von US- und südkoreanischen Truppen statt. Allein im September überflogen US-Spionageflugzeuge siebenmal das Territorium der Koreanischen DVR, was von deren Regierung als Vorbereitung eines neuen Koreakrieges angesehen wird.

Asien-Australien-Kommission

Zum Nachtschisch blaue Bohnen

Ein ziemlich jähes Ende fand am Freitag die Karriere des südkoreanischen Faschistenhäuptlings Park Jung Hi. Nach den schweren Unruhen der letzten Woche hatten Park und seine Kumpanen aus Regierung und Geheimdienst sich im Casino zu einem Essen zusammengesetzt. Dabei kam es offiziellen Darstellungen zufolge zu Auseinandersetzungen zwischen dem Chef des koreanischen CIA, Kim, und einem Vertreter der Palastwache. Im Verlaufe der Auseinandersetzung wurden die Revolver gezogen und einige Leute erschossen. Park soll dabei von einem Querschläger tödlich getroffen worden sein.

So froh alle in Südkorea über den Tod des verhassten Faschisten sein können, sollten doch keine Illusionen über einen fortschrittlicheren Kurs der neuen

Führung auskommen. Als erste Maßnahme wurde über das ganze Land das Kriegsrecht verhängt und eine Pressenzensur (offiziell) verkündet.



Thailand-Kampuchea: die Lage bleibt explosiv

Intensive diplomatische Aktivitäten begleiten momentan die militärische Zuspitzung an der thailändisch/kampucheanischen Grenze. In Gesprächen mit der thailändischen Regierung hat Vietnam erst kürzlich ausdrücklich verweigert, die Pol-Pot-Mörderbanden nicht bis auf ihre thailändischen Rückzugsgebiete zu verfolgen. Dies teilte der vietnamesische Minister Nguyen Co Thach der thailändischen Regierung in Bangkok mit („FAZ“, 22.10.).

Parallel dazu liefen Gespräche der thailändischen Faschisten mit ihren Verbündeten.

Am 22.10. sind US-Staatssekretär Henry Kissinger (zuständig für ostasiatische Angelegenheiten) und der stellvertretende US-Sicherheitsbeauftragte Armacost zu Gesprächen in Bangkok („FAZ“, 22.10.).

Die ASEAN-Staaten sicherten Thailand noch einmal ausdrücklich eine mögliche militärische Unterstützung zu: „Es ist notwendig, sich gegenseitig zu helfen“ („SWB“, 10.10.).

Eine thailändische Militärdelegation wurde vom chinesischen Verteidigungsminister empfangen. Ein Beratungspunkt war die „Aggression und Expansion Vietnams in Südostasien“ („SWB“, 10.10., nach „CNA“).

Diese diplomatischen Aktivitäten (hinsichtlich kommt erstmals seit drei Jahren ein Besuch einer US-Senatsdelegation in Kampuchea) haben

die militärische Zuspitzung natürlich nicht abgemildert. Lediglich am Tag des Besuchs der vietnamesischen Delegation in Bangkok schwiegen die Waffen an der Grenze („SZ“, 22.10.). Ansonsten entwickelt Thailand seine provokative Kriegspolitik weiter. Erstmals bombardierte die thailändische Armee kampucheanisches Gebiet mit Artillerie. Der Angriff wurde einerseits mit angeblichen vorherigen vietnamesischen Übergriffen begründet, andererseits aber als klarer Präventivschlag propagiert. Es solle ein Übergriff Vietnams auf thailändisches Gebiet verhindert werden („SZ“, 24.10.). Die thailändische Armee führt entlang der kampucheanischen Grenze Panzer- und Luftwaffenmanöver durch („Bangkok Nation Review“, 11. „SWB“, 15.10.). Aufgrund militärischer Zusammenstöße im Zuge dieser Manöver protestierte die kampucheanische Regierung offiziell bei der thailändischen Regierung („SPK“, 11. „SWB“, 15.10.).

Letztlich benutzt auch der chinesische Ministerpräsident Hua seine Westeuropareise erneut zum Sberatseln: „China kann nicht zulassen, daß sich Vietnam als absoluter Herr in Südostasien aufstellt, wie es die Kubaner in Afrika tun. Die chinesische Regierung hat ihre Haltung in dieser Frage klar ausgedrückt“ (Hua 11. „FAZ“, 19.10.). In der Tat zuletzt im März dieses Jahres.

Asien-Australien-Kommission

Kampuchea-Solidarität

Der Studierendenrat des Westfalen-Kolleg Paderborn hat uns gebeten, folgende Presseerklärung abzudrucken. Um die Kampuchea-Solidarität materiell zu verstärken, haben wir diese Initiative ergriffen: „die vielleicht auch eine Anregung für andere Gruppen, Initiativen etc. sein kann. Die einzige Gegenstimme bei der Abstimmung kam pikareskweise von einem RW-Sympi“, schreibt der Studierendenrat dazu.

Presseerklärung

Der Studierendenrat des Westfalen-Kolleg Paderborn beschloß auf seiner Sitzung am 23. Oktober 1979, dem hungernden kampucheanischen Volk sofort humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Es werden sofort 100 DM zur Verfügung gestellt, darüber hinaus wird am Westfalen-Kolleg eine Spendenaktion eingeleitet. Nach einem Bericht einer Delegation der UNICEF und des Roten Kreuzes ist die Situation in Kampuchea erschreckend. „Kambodscha erinnere an Bilder aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Es gebe kaum noch Kinder unter fünf Jahren, die wenigen Kinder, die von den geschwächten Frauen geboren würden, hätten kaum Überlebenschancen. Nach einer Schätzung der UNICEF ist der Anteil der Kinder in Kambodscha von 45 auf 20 Prozent gefallen. Für die rund vier

Millionen Menschen, die in Kambodscha vom Hungertod bedroht sind, stehen nur etwa 50 Ärzte zur Verfügung. Nur etwa 15 Prozent der Reisfelder seien bestellt. Von den einst rund acht Millionen Bewohnern lebten nur noch knapp die Hälfte. Ganze Landstriche und Provinzen seien praktisch entvölkert.“ (Süddeutsche Zeitung, 6.10.79).

Hauptverantwortlich für diese Situation sind die katastrophalen Auswirkungen der mörderischen Luftangriffe der US-Streitkräfte im Jahr 1973. Zeitweise flog die US-Air Force täglich fast 300 Luftangriffe, 4-5000 Tonnen Bomben aller Art wurden auf das kampucheanische Territorium abgeworfen, ganze Regionen wurden in Asche gelegt.

Verschärft wurden die daraus resultierenden Versorgungsschwierigkeiten in den letzten Monaten durch die andauernden innerkampucheanischen Auseinandersetzungen.

Wir appellieren besonders an die Bundesregierung, dem kampucheanischen Volk direkt und ohne Bedingungen sofort umfangreiche humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Selbstverständlich sind wir bereit, zusammen mit interessierten Kräften im Paderborner Raum eine Spendenkampagne zu organisieren.

Studierendenrat des Westfalen-Kolleg Paderborn
Fürstenweg 17b
4790 Paderborn

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Göttingen:

700 besetzen ehemalige Augenklinik

Der Kampf gegen die Wohnungsnot in Göttingen, die in diesem Herbst katastrophale Ausmaße angenommen hat (siehe AK 164), fand am 18.10. einen ersten Höhepunkt. Mit großem Beifall begrüßten die 700 Besucher der gerade stattfindenden Uni-VV die Nachricht, daß die seit Wochen leerstehende ehemalige Augenklinik besetzt worden sei.

Mit nur drei Gegenstimmen verabschiedete die VV eine Resolution, in der die Besetzung begrüßt wurde. Die Universitätsleitung und der Senat der Uni wurden aufgefordert, die Besetzung als „berechtigtes Wohnraumbeschaffungsmaßnahme anzuerkennen“. Um ihre „Solidarität und Unterstützung mit dieser berechtigten Aktion zum Ausdruck zu bringen“ zog die VV dann geschlossen hinüber in das besetzte Haus.

Dort konnten sich die Besucher dann einen Eindruck verschaffen von dem Wohnungskandal. Während immer noch Studenten in der Jugendherberge hausen oder Anfahrten von bis zu hundert Kilometern zur Uni in Kauf nehmen müssen, stehen direkt neben dem Campus Riesenhäuser leer Häuser mit sanitären Anlagen, ungewöhnlich großen Räumen, ganzen Wohnungen — und bestenfalls beheizt, sogar die Fahrstühle funktionieren noch.

Seit diesem Tag füllt sich das über 2.000 qm große Gebäude in dem 82 Zimmer sofort beziehbare und (weiterhin) können durch Umkleituben gewohnt werden) mit Leben. Fast jeden Abend taufen Kulturveranstaltungen und fast alle Fachschaftsstände, viele Hangerinitiativen und Arbeitsgruppen, ja sogar einzelne Seminare ihre aus Solidarität mit der Aktion ihre Sitzungen in dem Haus ab. Nachts schlafen im Durchschnitt hundert Leute dort. Die Besetzer haben verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, so eine Arbeitsgruppe für den Nachschub, eine Öffentlichkeits-AG, einen Wohnungsausschuss etc. Darüber hinaus wurde ein Wachdienst organisiert, der eine schnelle Mobilisierung bei einer möglicherweise anstehenden Räumung gewährleisten soll.

Inzwischen wurde damit begonnen die obersten zwei Etagen des vierstöckigen Hauses zu beziehen. Die 25 Zimmer sind an Wohnungssuchende vergeben, die begonnen haben, die Räume zu renovieren. Mit einer Politik des schneidenden Einzugs soll zum einen die Besetzung des Hauses stabilisiert werden, zum anderen sollen so auch Fakten geschaffen werden für die öffentliche Diskussion, ab denn die Universität und der Senat nicht so einfach vorbei können.

Die Universität schweigt

Unmittelbar nach der Besetzung war Präsident Kamp für einen Besuch zu sprechen. Stattdessen schickte er seinen Pressesprecher nach vorne, der aber auf alle Fragen auch nur zu sagen wußte, daß er nichts sagen dürfe.

Allerdings war die Universität nicht untätig. Nachdem sie das leerstehende Gebäude über Wochen hinweg mit einer Temperatur von 22 Grad beheizt hatte, stellte sie die Heizung unmittelbar nach der Besetzung ab, ebenso die Fahrstühle.



Der Spitzel

„Da in das Gebäude Leute widerrechtlich eingedrungen sind, ist es nicht einzusehen, daß denen eine Zimmertemperatur von 22 Grad geboten wird“, so die telefonische Auskunft des zuständigen Hausverwalters. Da Abdrücken der Heizung hat also einen Zweck: die Besetzer zu demoralisieren.

Provokationen

Lizw schon hat die Universität, bezuglich der Heizung einen ersten kleinen Rückzieher gemacht. Am 23.10. wurde die Heizung wieder angestellt, verbunden mit der Bereitschaft der Besetzer, zwei hunderttausend Mark den Zugang zur Toilette in dem Gebäude zu ermöglichen. Die Herren brauchten offensichtlich eine, und sei es auch noch so lächerliche, Legitimation für ihren „Rückzieher“.

Provokationen

Bereits in der ersten Nacht kam es zu einem Zwischenfall. Gegen 3.00 Uhr rückte auf einmal die Feuerwehr an

gegen sieben Stimmen für die Besetzung „Verständnis“ geäußert und die Universität aufgefordert, das Klinikum zu Wohnzwecken freizugeben. Solidarisiert haben sich u.a. die DAK Göttingen, der MSB-Bundevorstand, die VDS sowie der Vorstand der Kon-

ferenz niedersächsischer Studentenschaften (KNS), die Deutschen Jungdemokraten und der LHV, sowie bisher zwölf ASten aus dem Bundesgebiet.

Der nächste Zwischenfall ereignete sich dann in der Nacht vom 21. zum 22.10. Nachdem ein Bus dahin unbekannter ein auffälliges Interesse für die Wachdienste und die Funkgeräte gezeigt hatte, wurde er von mehreren Leuten angesprochen. Nach langem Leugnen gestand er ein, als Spitzel tätig zu sein (siehe Pressekritik der ASIA sowie Protokoll des Gesprächs).

Diese Maßnahmen reihen sich ein in das Schweißen und störrische Beharren der Universität auf ihren Ausbauplänen. Sie haben das Ziel, die Besetzer zu verunsichern, die Aktion zu diskreditieren und Mätkräften unter den Besetzern selbst zu schaden. Dem konnte bisher durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit entgegengetreten werden.

Sympathie aus der Bevölkerung

Insgesamt ist das Echo auf die Besetzung in Göttingen positiv. Zum einen berichtet das „Göttinger Tagblatt“ recht ausgewogen über die Aktion und die ihr vorhergehenden Aktionen. Am 21.10. veröffentlichte das „Tagblatt“ eine Straßenumfrage auf der fast alle der Befragten die Besetzung als verständlich, wenn auch gerechtfertigt bezeichneten.

Darüber hinaus gibt es viele Zeichen direkter Sympathie. So kommen Bürger in die alte Augenklinik und bringen Kuchen oder Kaffee. Eine ältere Frau hat gemeinsam mit den Besetzern spontan einen Leserbrief geschrieben. Eine Kirchengemeinde spendete am Sonntag 120 Liter Erbsensuppe.

Auch von politischen Organisationen sind Solidaritätsadressen vor. Der SPD Unterbezirk Göttingen hat mit 200

gegen sieben Stimmen für die Besetzung „Verständnis“ geäußert und die Universität aufgefordert, das Klinikum zu Wohnzwecken freizugeben. Solidarisiert haben sich u.a. die DAK Göttingen, der MSB-Bundevorstand, die VDS sowie der Vorstand der Kon-

ferenz niedersächsischer Studentenschaften (KNS), die Deutschen Jungdemokraten und der LHV, sowie bisher zwölf ASten aus dem Bundesgebiet.

KHB/Göttingen



Der Boykott läuft

Auf einer mit fast 600 Teilnehmern so gut wie seit Jahren nicht mehr besuchten Vollversammlung beschloßen die Psychologie-Studenten der Hamburger Universität am 16. Oktober, das gesamte Wintersemester zu boykottieren. Am zweiten (!) Tag des Semesters kamen ca. 50 % der Psych-Studenten zur Vollversammlung, allein dies ist schon ein phantastischer Mobilisierungserfolg, der zeigt, wie ernst es den meisten mit der Verteidigung ihrer Ausbildung ist. Am Ende dieser Vollversammlung stimmten gut 2/3 für den Semesterboykott während sich 1/3 für einen 14-tägigen Streik (ein Vorschlag des MSB) entschied.

Am folgenden Tag setzte sich tatsächlich einige Betrachter ein große Truppe von Boykottierenden gegen von Veranstaltung zu Veranstaltung. Das Koordinationstreffen zur Vorbereitung von Arbeitsgruppen platzierte mit über 400 Beteiligten völlig aus den Räumen. Der Kreis der Befürworter war inzwischen größer geworden. In den Seminaren, die sowie so überaus müßig besucht waren, manchmal saßen drei Seminarteilnehmer mit 10 bis 15 Boykottierenden zusammen konnte ein Teil zur Beteiligung am Boykott bewegt werden. Eine Unterstützung dabei war die Tatsache, daß das Lehrpersonal oft den Forderungen der Studenten schaffte positiv gegenüberstand und teilweise sogar den Boykott öffentlich befürwortete.

Vorgeschichte

Über die miserable Ausbildungssituation berichteten wir bereits in AK 163. Rapider Abbau der praktischen Therapieausbildung, Auslassungen von Seminaren, Entlassungen von Lehrpersonal — die Liste wäre noch weit auszudehnen. Die Bundesregierung sorgte zwar mit einem Überlastungsprogramm für ein Ansteigen der Studen- tentzahlen, aber nicht für eine ebenso- solche Ausweitung des Lehran- gebots. Dazu kommt die geplante

Verschulung des Studiums durch Rah- monprüfungsordnung und Hochschul- nahrungsmengensatz. Daß diese Situation nun mit einem aktiven Boykott beant- wortet wird, ist nicht zuletzt Ergeb- nis der politischen Arbeit in den ver- gangenen Semestern.

Die Vertretung der Studenten der Fachschaft, wurde fast immer von Basisinitiativen, Unorganisierten und (bis vor einiger Zeit) von FSB- lern getragen. Ein solcher FSB- schaftsrat initiierte auch vor einigen Semestern das „Psych-Plenum“, in dem jede Woche diskutiert und ge- meinsame Aktionen beschlossen wur- den. Schon im Wintersemester '77 bemühten sich die Psych-Studenten um eine Organisation und inhaltliche Ausgestaltung des bundesweiten Streiks, die möglichst viele Kommiliton/innen in die Durchführung die- ses Streiks einbeziehen sollte. So wur- den dort Arbeitsgruppen gebildet, die während dieser Wochen sowohl an selbstgewählten Themen arbeiteten, als auch gemeinsam Streikposten stan- den und das Streikcafé betreuten.

Während des Sommersemesters '79 kam dann der Vorschlag auf, här- tere Mittel anzuwenden und statt der befristeten Aktionen einen Semester- boykott durchzuführen. Für viele war das erstmal eine spannende Idee. Vom Psych-Plenum jedoch wurde dieser Vorschlag in die Seminare getragen und dort diskutiert. Auf einem Ple- num am Ende des Semesters erwie- nen 100 Studentinnen und Studen- ten und beschlossen die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Boykotts. Über die Ferien wurde eine Dokumentation zur Lage am Fachbereich Psychologie erstellt, Ar- tikel für Zeitungen geschrieben, Ver- bände kontaktiert usw.

Die Organisation

Um die Verzettelung und unkoordinierte (In-)aktivität während eines Boykotts aufzuheben, wurde das Ar-beitsgruppen-Konzept aus dem Win-

Göttingen, den 22. 10. 1979, 3.00 Uhr

Freitag, 22. 10. 1979

Herrn, Walter Hörmann, Schloß 10 Göttingen, 34109, 5, 1. Etage, 1. Etage, 1. Etage.

Seit etwa einem Jahr beschaffe ich gegen ein finanzielles Not- geld für einen mir persönlich nicht näher bekannten Güter ... politische Informationen. Ich werde besorgt Güter, die vor einem Jahr in Göttingen besetzt haben, ich von den mir bekannten Aufträgen um Be- schaffung von Informationen über politische aktive Personen er- halten.

Die Auftragserteilung lief in der Regel so ab, daß ich von Gütern per direkt nachschickte, mir einvernehmlich Brief oder per verpackter Postsendung einen Treffpunkt mitgeteilt bekommen habe. Diese Treffen fanden meist in Gaststätt-Café in Göttingen statt.

Auf diesen Treffen erteilt ich folgende Aufträge:

1. Personen, die den Anschein nach nicht Studenten sind, in der Nähe zu beobachten. Meine Aufgabe habe ich dabei meist durchgeführt. Bei den anschließenden Treffen mit Gütern wurde mir ein auftragsgemäßer Fotoalbum mit Personen vorgelegt. Ich wurde gefragt, ob ich auf dem Foto Personen aus der Nähe wieder- erkennen würde. Obwohl ich diese Frage verneinte, bekam ich für diesen Auftrag 50,- DM ausbezahlt.
2. Ich bekam den Auftrag, in der akademischen Büroe in Göttingen zu verweilen und mir dort auffallende Personen zu merken. Bei einzelnen Personen auf dem Foto konnte ich - mit Vor- behalt - Personen aus der Büroe wiedererkennen. Auch für diesen Auftrag wurde mir 50,- DM bezahlt.
3. Während der Fahrprei-Prozesse in Göttingen sollte ich bei den Prozess auf Personen achten, die nicht „aufmerksam“.

Bei einer geplanten SPD-Konferenz in Göttingen sollte ich mich unter 10 Demonstranten mischen und mir Personen der- selben. Da die Demonstration nicht stattfand, entfiel dieser Auftrag.

Am Mittwoch, den 17. 10. erhielt ich von Gütern einen Brief mit der Aufforderung, ich soll unter 10 Demonstranten in der- selben. Ich, mit ihm in der Demonstration zu sein.

Güter verneinte darauf, daß ich nicht in der Nähe der Wohnungs- not in den alten Häusern etwas machen. Er orderte mich auf, mich in die alte Augenklinik zu begeben und insbe- sondere Sicherheitsmaßnahmen, das Bewachungssystem und die Anzahl der dort anwesenden Personen auszumitteln. Nach einem Probeauftrag durch das gesamte Gebäude und Nachfragen zu den gebrauchten Fahrgeleiten bis ich von an- wesenden Bewachern auf meine Tätigkeit in der ehemaligen Augenklinik befragt werden.

Insgesamt habe ich für meine Aufträge mehrere hundert Mark erhalten. Die besagte Person, Güter, beschrieb ich wie folgt: Größe etwa 1,70m, mittelgroß, dunkle Haare, Schmelz- und Kinnbart, leicht unterwetzt. Bei einem Treffen mit ihm trug er eine beige Filzhaube und einen grauen Mantel mit flachgrünem Gürtel. Er trug eine Diagonale.

Ich verneinte, daß ich diesem Protokoll freiwillig mit einem Zwang unterworfen habe.

Göttingen, den 22. 10. 1979

(Walter Hörmann)

Streik an der Erzieherfachschule

„Die Hauptschüler – die soll'n nicht mehr – auf unsere Schule geh'n – das ist nicht fair – Wir haben jetzt die Schnauze voll ...“

Mit diesem und vielen anderen Liedern demonstrierten am 16.10. ca. 600 Fachschüler zur Hamburger Schulbehörde. Diese Demonstration war Ausdruck eines aktiven Warnstreiks an den beiden staatlichen Erzieherfachschulen in Hamburg.

Der Anlaß zu diesem Streik sind zwei Entwürfe der Kultusministerkonferenz (KMK), die auf eine bundesweite Vereinheitlichung der Erzieherausbildung abzielen. Sowohl der Entwurf für die Rahmenrichtlinien für die Ausbildungs- und Prüfungsordnung, als auch die vorgesehenen Bestimmungen zum Erwerb der Fachhochschulreife über besondere Bildungswege bedeuten eine bundesweite Verschärfung der Erzieherausbildung. Hiermit wird die Hamburger, als modellhaft geltende Ausbildung abgeschafft, die als Ergebnis der 72'er SPD-„Reformpolitik“ durch mehr kritische Fächer, Zugangsmöglichkeiten auch für Hauptschüler, integrierte Praktika (im Gegensatz zu den sonst üblichen unbezahlten und unbetreuten Vorpraktika) und eine Doppelqualifikation (Berufsausbildung und Fachhochschulreife gleichzeitig) ohne zusätzliche Fächer gekennzeichnet ist. Die ehemals vorhandene Hoffnung auf eine bundesweite Ausdehnung dieses Modells wird nun endgültig genommen.

Die Auswirkung der KMK-Entwürfe

Durch die neuen Zulassungsbedingungen, die die Hauptschüler von vornherein von der Ausbildung ausschließen, und durch die Einführung von Mathematik, Englisch und Biologie als

Voraussetzung zum Erwerb der Fachhochschulreife, wird der zweite Bildungsweg abgebaut. Zum einen dadurch, daß einer ganzen Gruppe der Zugang verwehrt wird, und zum anderen in der Ausbildung selber, wo durch die Einführung von Problemfeldern bereits vorprogrammiert ist, daß nur ein sehr geringer Teil die Fachhochschulreife überhaupt noch erlangt. Von dem jetzigen Modell in Hamburg, welches allen Fachschülern die Möglichkeit bietet, ohne zusätzliche Belastungen später auf die Fachhochschule zu gehen – auch den Hauptschülern – bleibt nicht einmal ein kümmerlicher Rest.

Wenn sich tatsächlich alle Bundesländer dem KMK-Beschluß unterordnen, dann kommt dies einer faktischen Aufhebung der Länderhoheit in Bildungsfragen gleich, welche im Potsdamer Abkommen festgelegt und im Grundgesetz verankert ist. Denn rundumst in Hamburg bedeutet es die Aufgabe einer ehemals erreichten Reform zugunsten der Angleichung an andere Bundesländer.

Die angestrebten Punkte zeigen, welche Bedeutung der Auseinandersetzung um die KMK-Entwürfe für die zukünftige Erzieherausbildung und die Auseinandersetzung in allgemeinen Bildungsfragen hat: Zaghafte Reformen (u.a. der zweite Bildungsweg) werden rückgängig gemacht, die Ausbildung wird bundesweit vereinheitlicht, somit besser kontrollierbar und so den „gesellschaftlichen Erfordernissen“ anpaßbar, sprich den vorhandenen Studienplätzen.

Von Hamburg ausgehend, wo die Auswirkungen der KMK-Entwürfe aufgrund des bisherigen Modellstatus am gravierendsten sind, wurde ein erstes bundesweites Treffen der Fachschüler für Sozialpädagogik einberufen. Auf dem zweiten bundesweiten

Treffen am 13./14. Oktober wurde für den 12. Dezember ein bundesweiter Aktionstag festgelegt, unter folgenden Forderungen:

- Wegfall des unbetreuten Vorpraktikums!
- Während der ganzen Ausbildung ausreichenden praktischen und theoretischen Unterricht!
- Kein Ausschuß der Hauptschüler von der FSP!
- Wegfall der im KMK-Entwurf genannten Zulassungsvoraussetzungen!
- Aufnahme der Fächer Politik, Sozialpädagogik, Soziologie und Medien in allen Bundesländern!
- Keine praktische Prüfung!
- Für die bundesweite fachgebundene Fachhochschulreife ohne zusätzliche Fächer!
- Ablehnung des gesamten KMK-Entwurfs!

Am Aktionstag wird sich der Protest zum ersten Mal auf bundesweiter Ebene äußern. In Hamburg wird zur Zeit daran gearbeitet, eine möglichst breite Aktionseinheit herzustellen. Die Kinderpflegerinnen, die ganz direkt betroffen sein werden, haben am 16.10. spontan mitgestreikt und die Fachhochschüler hatten am Streiktag eine Solidaritätserklärung verabschiedet. In diesem Sinne wird eine weitere Zusammenarbeit angestrebt und als nächster Schritt ist eine gemeinsame Podiumsdiskussion mit GEW, Schulsenator Grolle usw. geplant.

Fachschüler
des KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadresse des KMK-Ausschusses
der Fachschüler Hamburg
Kathrin Herbst
Suresmannstr. 93
2000 Hamburg 50

Münster: Prozesse nicht eingestellt

Die Strafverfahren gegen 14 ehemalige Mitglieder studentischer Vertretungsorgane der Universität Münster sollen nun doch vor dem Oberlandesgericht Hamm verhandelt werden.

Im Wintersemester 77/78 hatte Staatsanwaltschaft mit tatkräftiger Unterstützung des RCDS (CDU-naher Studentenverband) Anklage gegen insgesamt 53 Studenten wegen Veruntreuung studentischer Gelder gestellt. Veruntreuung meint hierbei die Wahrnehmung des politischen Mandats in Flugblättern. Als angerufenen Kammern hatten beschlossen, die Hauptverfahren wegen Beweisnot oder tatsächlicher Schuldlosigkeit nicht zu eröffnen. Nur durch Zufall erfuhren 14 Studenten, daß die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Einstellung ihrer Verfahren im Mai dieses Jahres erhoben hatte. Einem der Verteidiger wurde, als er

seine Abrechnung beim Landgericht einreichte, mitgeteilt, die Prozesse seien leider nicht vor. Erst durch Nachfragen erfuhr er dann von der Beschwerde. Die Staatsanwaltschaft, die sich mit der früheren Einstellung der übrigen Verfahren zufriedengegeben hatte, schaltete nun gegen diese 14 Angeklagten doch noch zum großen Schlag auszuholen zu wollen.

Falls dieser Beschwerde stattgegeben wird, müssen die Betroffenen damit rechnen, daß bis zur endgültigen Rechtskräftigkeit des Urteils noch fünf Jahre vergehen. Schon seit zwei Jahren haben sie mit den Anklagen zu leben, mehr als eine Stellenbewerbung wurde aufgrund der Existenz dieser Anklage abgelehnt!

SSB/Hamburg

Osnabrück: RCDS contra BG-AStA

Mit Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Präsidenten der Universität Osnabrück und Klagen auf Widerruf gegen den AStA versucht der RCDS seit gesamtzeit. Den Basisgruppen-AStA kaputtzukriegen.

Als Erfolg kann der RCDS dabei bisher immerhin verbuchen, daß der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel den Uni-Präsidenten angewiesen hat, dem AStA die Finanzen zu sperren und die Referenten für bestimmte Ausgaben persönlich haftbar zu lassen.

Nachdem die Linke Liste (Basisgruppen) im Sommer den AStA bestimmte Ausgaben persönlich haftbar zu lassen.

Nachdem die Linke Liste (Basisgruppen) im Sommer den AStA übernommen hatte und alsbald öffentlich über die Finanzen Aufschluß gab, beschwerte sich der RCDS im Juli gegenüber dem Präsidenten darüber, daß der AStA-Haushaltsplan „in erheblichem Umfang gegen die Vorschriften der MFO (Musterfinanzordnung) verstößt“. Außer einer Reihe formaler Beanstandungen war und ist dem RCDS v.a. die Verletzung des Politischen Mandats ein Thema im Auge. Es geht dabei um am Anfang Juli gefaßte Beschlüsse des Studentenparlamentes (SP), DM 100,- auf das Bahro-Solidaritätskonto zu überweisen und die Bonner Demonstration gegen das Atomprogramm zu unterstützen. In seinem Schreiben an den Präsidenten forderte der RCDS diesen weiterhin auf, die AStA-Gelder auf Eis zu legen, die Referenten zur Kasse zu bitten und stellte bei Nicht-Beachtung seiner Beanstandungen eine Dienstaufsichtsbeschwerde in Aussicht.

Diese wurde dann auch im August erhoben, nachdem der Präsident festgelegt hatte, daß er den Bedenken des RCDS nicht folgen könne, die Arbeit des AStA vielmehr für ordentlich und satzungsgemäß halte.

Der RCDS wandte sich daraufhin an die örtliche und überregionale Presse und fand z.B. in den Redaktionsstuben der „FAZ“ offene Ohren für seine Lügen- und Diffamierungskampagne gegen den BG-AStA. So selbstverständlich die „FAZ“ (vom 27.8.) den RCDS zu Wort kommen ließ, so gelassen wurde eine Gegenstellung des AStA in den Papierkorb befördert.

In ihren Veröffentlichungen versuchten sich die Ringstudierenden in die Pose des empörten Steuerbeitragszahlers zu setzen, dem nur die ordnungsgemäße Verwendung der einge-

zahlten Gelder am Herzen liegt.

„Daß es dem RCDS in der ganzen Kampagne überhaupt nicht um die Finanzen der Studentenschaft geht, machen 2 Beispiele sehr deutlich. Der RCDS kritisiert, daß der AStA einer von Studenten getragenen Eltern-Kind-Gruppe 3.000 DM überlassen hat. Schon im Mai 1979 hatte aber das Wissenschaftsministerium in einem Gutachten festgestellt, daß die Schenkung satzungsgemäß zu vertreten sei. Dieses Gutachten war dem RCDS schon zwei Monate vor seiner Kampagne bekannt. In einem anderen Fall moniert der RCDS die Ge-

lter der nicht zurückgezogenen. Dem RCDS schon zwei Monate vor seiner Kampagne bekannt. In einem anderen Fall moniert der RCDS die Gewährung eines Darlehens über 3.000 DM an einen Studenten, der für seine körperbehinderte Tochter einen Kleintransporter anschaffen mußte, der vor dem Sozialgericht mit Unterstützung der Gewerkschaft gegen das Sozialamt, das eine Anschaffung ablehnte, klagt. Im Studentenparlament stimmte auch der RCDS der Gewährung dieses Darlehens zu. In der Öffentlichkeit nutzt er es jedoch, um hiermit die Veruntreuung studentischer Gelder zu propagieren.“

Dem RCDS dürfte es mit seinen Beschwerden über den Präsidenten vorrangig wohl darum gehen, übergeordnete Stellen ins Ministerium zu mobilisieren und so die kompetenten Kräfte zum Einsatz, der im NHG vorgesehenen Machtmittel zur Liquidierung einer linken AStA-Politik zu veranlassen. Diese Bemühungen haben insoweit gefruchtet, als Pestel den Präsidenten angewiesen hat, die AStA-Gelder zu sperren und von den Referenten die NHG-widrig ausgegebenen Gelder zurückzufordern. Letzteres bezieht sich auf die Bahro-Solidarität, aber auch auf das Geld für die Eltern-Kind-Gruppe sowie Finanzmittel für „alternative Fachschaftsräte“, die zu Beginn des Jahres bei unabhängigen Wahlen in Konkurrenz zu den NHG-Wahlen (zu denen nur RCDS und SLH antraten) von der Mehrheit gewählt wurden. Der Präsident hat dem Ministerium allerdings mitgeteilt, daß er nicht bereit ist, Maßnahmen gegen den AStA einzuleiten. Über die Ergebnisse einer Kabinettssitzung vom 23.10., auf der vermutlich über das weitere Vorgehen der Ministerium diskutiert wurde, lag uns bei Redaktionsschluß noch nichts vor.

KHB/Göttingen

Hannover: AStA amtsenthoben

Seit rund drei Wochen sind dem AStA der Uni Hannover die Konten gesperrt worden, den Referenten wurde Hausverbot in den AStA-Räumen erteilt und ein Staatskommissar wurde (StaKo) eingesetzt.

Damit ist ein vorläufiger Höhepunkt in einem Konflikt zwischen Studentenschaft und niedersächsischen Wissenschaftsministerium erreicht, der bis in das WS 78/79 zurückreicht.

AStA, Fachschaftsräte sowie die linken Gruppierungen hatten sich Ende 78 weitgehend auf eine neue Wahlordnung geeinigt, die u.a. eine basisbezogenere AStA-Politik gewährleisten sollte. Sie sah vor, daß sich die zukünftige Studentische Kammer (SP) aus in den Fachbereichen gewählten Vertretern zusammensetzt, (im Unterschied zur bisherigen, über uniweite Listen gewählte Kammer) Über dieses dem Hochschulgesetz (NHG) widersprechende Verfahren konnte damals sogar mit der Uni-Leitung Einvernehmen erzielt werden, woraufhin für Februar 79 offiziell die Wahlen ausgeschrieben wurden. Der RCDS, der sich dabei benachteiligt fühlte, weil Fachschaftsarbeit nun mal nicht sein Metier ist, setzte alle Hebel in Bewegung und erreichte, daß Pestel (nds. Wissenschaftsminister) eine Woche vor den Wahlen selbige abblies.

Die fortschrittlichen Gruppierungen hielten aber mehrheitlich an dem alten Konzept fest und führten im Juni eigenständig – ohne des Rektors oder Pestels Segen – die Wahlen durch, wobei eine normale, unter den gegebenen Umständen aber gute Beteiligung von 30 % erreicht wurde. Der neu gekürte AStA wurde von al-

len Linken als rechtmäßiges Vertretungsorgan akzeptiert. Auch der Präsident sah keinen Grund einzuschreiten bis das neue Team die Arbeit in den AStA-Räumen aufnahm.

Ende August ging dem Uni-Präsidenten allerdings ein Schreiben des Wissenschaftsministeriums zu, in dem erklärt wird, „daß sich das Mandat der bisherigen Organe der Studentenschaft der Universität Hannover erledigt hat, nachdem auch im Sommersemester 1979 die ... vorgeschriebene Neuwahl nicht zustande gekommen ist.“

Das Ministerium hatte also den alten, nach der abgeblasenen Februarwahl weiter kommissarisch eingesetzten AStA, als bis zum SS 79 im Amt befindlich betrachtet und die im Juni durchgeführten Wahlen ignoriert. Der Präsident wurde daher in diesem Schreiben gebeten, einen StaKo einzusetzen. Der Widerspruch des Präsidenten dagegen wurde vom Ministerium abgelehnt und am 5.10. mit einem weiteren Brief beantwortet, und zwar diesmal mit einer verbindlichen Dienstanweisung.

Es sei dahingestellt, ob diese auch ein Stück persönlicher Rache Pestels ist für die Vorgänge bei der Ferienrunde zur Einführung des neuen Uni-Präsidenten drei Tage zuvor. Dort war es dem „illegalen“ AStA immerhin gelungen, vom Präsidenten Rederecht eingeräumt zu bekommen und vor der Presse sowie Pestel und der versammelten akademischen Korona die Anerkennung der studentischen Organe zu fordern. In seiner anschließenden Rede mißbilligte Pestel dieses Thema, beschimpfte stattdessen aber die Studenten als „Anarchisten“. Damit handelte er

sich den lautstarken Protest der anwesenden Studenten ein, was zum Abbruch seiner Rede sowie der ganzen Veranstaltung führte.

Mittlerweile ist nun der Uni-Präsident mit der Einsetzung des StaKos am 12.10. seinen dienstlichen Verpflichtungen nachgekommen. Zuvor waren dem AStA die Finanzen aus der Hand genommen und den Referenten Hausverbot für die AStA-Räume erteilt worden.

Ganz so ernst scheint die Uni-Leitung diese Anweisungen zumindest im Moment nicht zu nehmen, denn der Staatskommissar zieht augenblicklich seinen angestammten Schreibtisch in der Verwaltung einem Arbeitsplatz im AStA vor, während der AStA sich weiterhin in seinen Räumen bewegen und dort seinen Aufgaben nachgehen kann.

Dieser Zustand, der einer Art „Waffenstillstand“ zwischen Uni-Präsident und Studentenschaft gleichkommt, dürfte gegenwärtig zu einem recht geringen Teil der recht guten Öffentlichkeitsarbeit des AStA geschuldet sein sowie einem gewissen Druck von unten, der sich in Aktionen wie bei der Präsidenten-Einführung aber auch zahlreichen Solidaritätserklärungen niederschlägt. Dieses „agreement“ kann jedoch kaum lange Bestand haben, da die CDU-Regierung kaum die Unterlaufung ihrer Anweisungen binnnehmen wird.

Als nächsten Aktionschritt ruft der AStA der Uni zu einer Demonstration am 31.10. in Hannover auf. Die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften unterstützt diese Demo und ruft alle AStAs auf, nach Möglichkeit für diese Aktion zu mobilisieren.

KHB/Göttingen

tersemester '77 aufgegriffen. Auf einer Veranstaltung wurden nach der erfolgreichen Vollversammlung die Arbeitsgruppen vorgestellt: Etwa 10 Gruppen, die sich mit der Organisation und den Zielen des Boykotts beschäftigten und über 30 Gruppen, in denen vorwiegend Bereiche der Psychologie behandelt werden, die im regulären Seminarbetrieb außen vor bleiben. Von Antipsychiatrie über die Rolle der Psychologie in der Gesellschaft bis zu psychologischen Methoden im Klost. Diese Arbeitsgruppen arbeiten zwei- bis dreimal die Woche an ihrem Thema, übernehmen abwechselnd die Betreuung des Boykottcafés und führen gemeinsam die Diskussionen in den wenigen noch stattfindenden Seminaren. Da alle AG's in den Räumen der Uni stattfinden, ist die Durchführung des normalen Umtriebes sowieso unmöglich geworden. Delegierte aus den Gruppen gehen täglich zum Boykott-Podium.

Natürlich tauchen auch eine Reihe von Schwierigkeiten auf. So besteht z.B. die Befürchtung, den Bafög-Empfängern könnte wegen einer Beteiligung am Boykott das Geld gestrichen werden. Schon frühzeitig wurde dieses Problem bedacht und zur Vollversammlung ein Rechtsanwalt eingeladen, der über seine bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Fällen berichtete und die Studenten berieten wird.

MSB und SHB

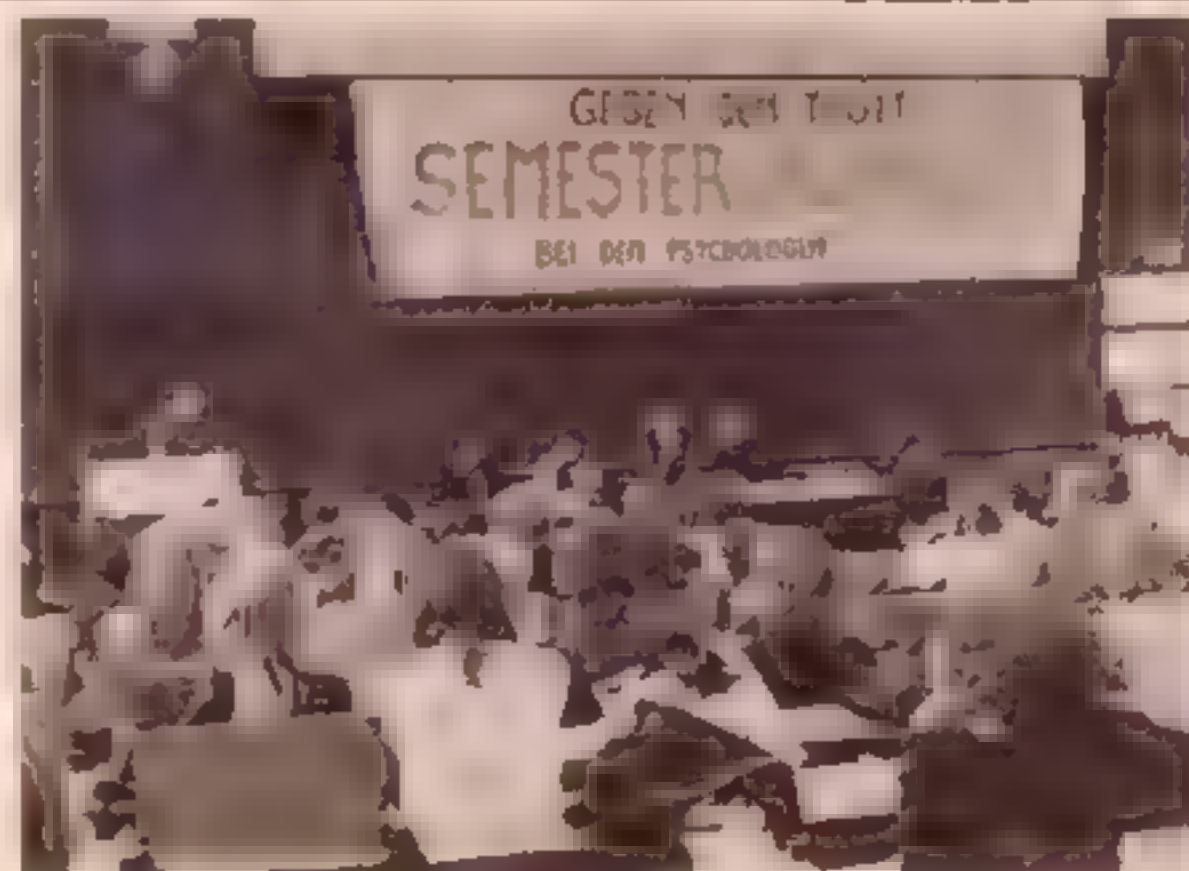
MSB (DKP-nahe) und SHB (Sozialistischer Hochschulbund) sprachen sich anfangs gegen den Semesterboykott und stattdessen für einen 14-tägigen Streik aus. Trotz niedriger Beteiligung an der Vollversammlung sprachen diese Organisationen hauptsächlich von den Nicht-Anwesenden, über deren Köpfe hinweg nichts beschlossen werden dürfte. Bei einer derartigen Argumentation dürfte wohl in Zukunft nur wieder ein Streik zustandekommen, denn wer hätte schon einmal erlebt, daß alle oder auch nur 80% der Betroffenen sich an Vollversammlungen oder Urabstimmungen beteiligen. Mit der gleichen Begründung haben bisher bürgerliche Schreibungen je die Aktion der Studentenschaft für unberechtigt und nicht legitimiert erklärt.

Um ihrem Vorschlag eines 14-Tage-Streiks zum Durchbruch zu verhelfen – den sie übrigens als den „radikaleren“ anpriesen – waren sich MSB und SHB nicht einmal zu schade, Ängste unter den Kommunisten/innen (vor Bafög-Entzug, Studiumsverzögerung usw.) zu schüren, anstatt Vorschläge für die Bewältigung dieser Probleme zu entwickeln.

Wenige Tage nach der Vollversammlung bekannte der MSB, er habe „gelernt“, der Semesterboykott sei wohl doch „die richtige Aktion“. Dieser Sinneswandel dürfte eher die Angst vor der Isolation innerhalb der Studentenschaft zur Ursache haben, als einen gründlichen Lernprozeß.

th./SSB-Psych.

Solidaritätsadressen an: Fachschaftsrat Psychologie



Eine „öffentlich gemachte“ Fachbereichssitzung

Nochmal zur Stolypinschen Reaktion

Im KB hat eine Auseinandersetzung um die Lehren und Schlussfolgerungen begonnen, die die Zentrumsfraktion aus den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion in Rußland (1907 - 1912) für die derzeitige „Krisenbewältigung“ ziehen will. Genau besprochen begann diese Auseinandersetzung bereits im AK 156 mit dem ZL-Artikel „Nicht der Vergleich mit der Stolypinschen Reaktion ist unsinnig, sondern wie ihn die Kritiker führen“ (S. 60). Dort zog ein Genosse der ZL Parallelen zwischen der „Flucht“ der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ aus der SDAPR während der Stolypinschen Reaktion und der derzeitigen Krise des KB. Die zunächst scheinbar geringfügige Streitfrage, die sich hier andeutete, bekam durch das Auftreten der ZL-Fraktion seit den „tollen Tagen“ (Ende August) ein weitaus stärkeres Gewicht, da sich hier auch Vorstellungen der ZL zur „Krisenbewältigung“ zu verbergen schienen. Im AK 163 kam ich daher auf das Thema der Stolypinschen Reaktion zurück (S. 47). Die ZL reagierte im AK 164 mit dem Artikel „Lenin kontra Krisenverwaltung“ (S. 52-53). Mit dem Ausdruck

„Krisenverwaltung“

bezeichnet die ZL die Politik der Organisationsmehrheit, im Gegensatz zu der von ihr angeblich angepackten „Krisenbewältigung“. Da Lenin hier als Kronzeuge gegen die Organisationsmehrheit zitiert wird, lohnt es sich, den Artikel der ZL sehr genau daraufhin durchzulesen, welche konkreten Perspektiven für ihre „Krisenbewältigung“ sie bei Lenin und den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion ableiten will. Eine solche Untersuchung wird allerdings immer noch wenig Konkretes zutage fördern, wie überhaupt die „Krisenbewältigung“ der ZL bisher mehr auf der Sprüche-Ebene abgeduldet ist. Es ist aber zu erwarten, daß im Zuge der weiteren Auseinandersetzung um die „Lehren“ der Stolypinschen Reaktion die Vorstellungen der ZL zur „Krisenbewältigung“ deutlicher herauskommen könnten als bisher. Daher empfiehlt es sich dringend, diese Auseinandersetzung nicht als bloß „historische“ Debatte, „wo man/frau doch eh nicht mehr durchsteigt“, links liegen zu lassen.

Was war die Stolypinsche Reaktion?

Einleitend

Einen knappen Überblick über die einzelnen Phasen der Stolypinschen Reaktion hat die ZL im AK 164 gegeben (Abschnitt „Wie sah Lenin die Entwicklung der Parteikrise“). Einige Ergänzungen bzw. Korrekturen sind nötig, da die ZL insbesondere über das Ausmaß des zaristischen Terrors und dessen Konsequenzen für die russische Arbeiterbewegung nur sehr vage Vorstellungen vermittelt. Die Phase der Stolypinschen Reaktion begann im Juni 1907 und war die Antwort des Zarsismus auf die gescheiterte Revolution von 1905/1906. Die Arbeiterbewegung wurde weitgehend zerschlagen, die Arbeiterkämpfe kamen fast völlig zum Stillstand. Das Ende dieser Phase des zaristischen Terrors war mit der Wiederbelebung der Arbeitermassenkämpfe 1912 gekommen. Zur Entwicklung der Arbeiterkämpfe macht Lenin folgende Angaben 1906 waren 1,1 Mio. Arbeiter an den Streiks beteiligt 1907: 740 000 1908: 176 000 1909: 64 000. Ab Sommer 1910 registrierte Lenin wieder einen Aufschwung der Kämpfe (Anm. 1).

Über das Ausmaß des zaristischen Terrors machte Lenin im Dezember 1910 folgende Angaben: „Drei Jahre Hinrichtungen, Verfolgungen und grausame Gewaltakte haben Zehntausende... umgebracht, sie haben Hunderttausende andere in die Gefängnisse geworfen und in die Verbannung geschickt...“ (Anm. 2). In einem in der DDR erschienenen Buch heißt es über diese Zeit: „Unvollständigen Angaben zufolge wurden allein zwischen 1907 und 1909 mehr als 26.000 Menschen in politischen Prozessen verurteilt, darunter 5 086 zum Tode. 1909 befanden sich rund 170 000 Gefangene hinter Kerkermauern. Die legalen Gewerkschaftsorganisationen waren unaufrichtig repressiert, ihre Mitgliedschaft sank von 246 000 bis 250 000 im Jahre 1907 auf 13 000 (Ende 1909)“ (Anm. 3).

Über die Konsequenzen dieses Terrors für die SDAPR gibt Stalin einen anschaulichen Hinweis: „Er genügt, auf Petersburg zu verweisen, wo

1907 etwa 8.000 Mitglieder gezählt wurden, während jetzt kaum 300 bis 400 Mitglieder zusammenkommen (im August 1909 - Anm. Kt.), um den ganzen Ernst der Krise sofort zu begreifen. Wir sprechen schon gar nicht von Moskau, dem Ural, Polen, dem Donzbecken usw., die sich in dem gleichen Zustand befinden“ (Anm. 4). Dies entspräche einem Mitgliederverlust von mehr als 95%! Bettelheim gibt an, daß die SDAPR 1907 knapp 80.000 aktive Mitglieder gehabt habe, (Lenin gibt 150.000 an) 1910 hingegen weniger als 10.000. (Anm. 5).

Zugleich stellte Lenin fest, „daß unsere Partei nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine ideologische - politische Krise durchmacht“ (Anm. 6). Der größte Teil der Fraktion der Menschewiki ging zum Liquidatorentum über d.h. sie widersetzten sich dem Konzept einer konspirativ arbeitenden Partei und trafen für eine vorwiegend legal arbeitende Partei ein. Das Spektrum reichte dabei von der offenen Diffamierung der illegalen Arbeit bis zu Anschauungen, die eine legale und eine illegale Parteioption „gleichberechtigt“ nebeneinander stellen wollten. - Außerdem spaltete sich eine Gruppierung aus der Fraktion der Bolschewiki ab, die Otzowisten/Ultimaten, die eine eher linkssektiererische Linie vertraten. Die Bolschewiki führten also einen „Kampf an zwei Fronten“ und formierten sich schließlich 1912 als eigenständige Partei.

Aus den zitierten Angaben über das Ausmaß des Terrors während der Stolypinschen Reaktion und deren Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung geht hervor, daß man diese Phase mit den schmerzhaftesten Abschnitten in der Geschichte der Arbeiterbewegung - wie dem Faschismus/Nazismus in Deutschland, Italien, Spanien und der Situation nach dem Putsch in Chile - vergleichen muß.

Der Ausgangspunkt des Streits

Auch wenn es mit der jetzigen Auseinandersetzung zwischen ZL-Fraktion und Mehrheit nichts mehr zu tun hat, sollte der ursprüngliche Ausgangspunkt des Streits um die Stolypinsche Reaktion im Auge behalten werden.

tun hat, sollte der ursprüngliche Ausgangspunkt des Streits um die Stolypinsche Reaktion im Auge behalten werden.

Die „Kritik Fraktion“ hatte im AK 156 behauptet, daß ein Mitglied des LG die Krise des KB mit der Stolypinschen Reaktion verglichen habe (siehe dazu Anm. 7) und hatte in diesem Zusammenhang „auf gravierende Unterschiede zwischen der damaligen und unserer jetzigen Situation aufmerksam“ gemacht. „Die Stolypinsche Reaktion war eine Phase des Niedergangs der russischen SDAPR, ihres Zerfalls, wobei dieser Niedergang unmittelbar auf den Niedergang der russischen Arbeiterbewegung - sie war in der Revolution nicht zugegriffen gewesen - zurückzuführen war, und damit zusammenhängend mit einer brutalen Diktatur unter dem Ministerpräsidenten Stolypin. Der Rückschlag der Revolution und der nackte Terror der stolypinschen Henker trieben gewissermaßen die Linken auseinander und ließen kein noch Spielraum für irgendeine linke Politik...“

Dies sei mit der heutigen Situation gar nicht zu vergleichen... „Die Leute“ würden uns heute nicht in erster Linie wegen des Drucks der Reaktion „davonlaufen“, sondern weil wir ihnen keine Perspektive für ihre Arbeit aufzeigen können.“ Wichtig sei es, heute nach den „immer noch maßgeblichen Ursachen zu suchen“, vor allem „bei den leitenden Ebenen“ des KB. (Es ist nebenbei interessant, daß ein guter Teil der ZL-Fraktion heute fast wörtlich diese voluntaristische

Argumentation der Kritik - Fraktion übernimmt, also von den objektiven, allgemeinen Ursachen der Krise der Linken nichts mehr wissen will).

Statt sich darauf zu beschränken, in dieser Hinsicht die Argumentation der „Kritik - Fraktion“ zurückzuweisen, behauptet die ZL in ihrer Antwort - ebenfalls im AK 156 - die „Kritik-Fraktion“ habe die Stolypinsche Reaktion völlig falsch dargestellt. „Allerdings hat ihre Sicht der Stolypinschen Reaktion bezüglich der SDAPR mit den Leninischen Positionen absolut nichts gemein“ (Hervorh. von mir). Vielmehr bezie die Darstellung der „Kritik - Fraktion“ auf der Linie des menschewistischen Verfalls.

Diese Argumentation, unter Berufung auf Lenin, war tatsächlich „absolut“ unsinnig. In ihrer Antwort im UW 29 wies die „Kritik - Fraktion“ nach, daß Lenin selbst von einem „ernsten Niedergang und einer Schwächung aller revolutionären Organisationen“, von „Schwankungen, Verwirrungen und Zerfall“ als „allgemeines Merkmal“ gesprochen hatte. Hieran knüpfte mein Artikel im AK 163 nochmals an.

Nun hat die ZL selbstverständlich recht, daß Lenin noch mehr zur Stolypinschen Reaktion gesagt hat als in der kurzen Beschreibung durch die „Kritik - Fraktion“ im AK 156 enthalten ist. Aber dieses „mehr“ war nicht der Streitpunkt der „Kritik - Fraktion“ im AK 156. Dort ging es schlicht um die Feststellung, daß die Stolypinsche Reaktion, anders als die heutige Krise der Linken, durch terroristische Zerschlagung der Arbeiterbewegung gekennzeichnet war. Hieraus den Vorwurf einer „menschewistischen“ Geschichtsbeurteilung zu konstruieren, erweist sich bei näherer Betrachtung als an den Haaren herbeigezogen.

Im AK 164 kam die ZL selbst zu dem Eingeständnis: „Natürlich ist die Aussage, daß der Stolypinsche Terror, die linke auseinandergetrieben habe“ und „keinen Spielraum für linke Politik gelassen habe, im Rahmen einer groben historischen Betrachtung nicht direkt falsch...“. Eine „genauere Analyse“ müsse sich jedoch damit befassen, wie die Bolschewiki mit den damaligen Problemen „fertig geworden“ seien. Das ist zwar richtig, war nur überhaupt nicht Gegenstand der Argumentation der „Kritik-Fraktion“ im AK 156, der es dort in der Tat um nicht mehr als eine „grobe historische Betrachtung“ ging.

Recht hat die ZL, wenn sie in AK 164 hervorhebt, daß man auch aus den Erfahrungen der Stolypinschen Reaktion politische Lehren ziehen könne. Nur ist auch das bisher nicht bestritten worden. Das Gezer der ZL, man wolle ihr v e r b i e t e n, überhaupt auf diese Erfahrungen zu „verweisen“, wolle „jede mögliche Lehre aus der Parteikrise nach 1907 „totkommen lassen“ (AK 164, S. 53) ist nur der Versuch, als unterdrückte Minderheit Mitleid zu erwecken. Selbstverständlich können (und müssen) wir Lehren aus der gesamten Geschichte der revolutionären Bewegung ziehen, beispielsweise sogar aus solchen ganz und gar andersgearteten Erfahrungen wie dem Volkskrieg oder später der Kulturrevolution in China. Strittig könnte nur sein, wie man die Lehren zieht, ob beispielsweise sehr mechanisch und dogmatisch irgendwelche Lenin-Zitate rangeschleppt werden, ohne die Unterschiedlichkeiten der historischen Bedingungen dabei überhaupt zu berücksichtigen.

Der Stachel des Anstoßes

Zentral für die jetzige Auseinandersetzung ist ein Satz aus dem ZL-Artikel im AK 156: „Lenin sah also - ganz anders als unsere Kritiker - im Terror Stolypins nur den üsser-

en Anlaß für die massenhaften Austritte aus der Partei, ihr wesentlicher Hintergrund war dagegen die kleinbürgerliche Interessenlage der Ausgetretenen“ (Hervorhebung von mir).

Angeichts der Tatsache, daß in der Phase des Stolypinschen Terrors die SDAPR zeitweise auf 10 oder 20 % ihres früheren Standes zusammenschmolz (Stalin gibt, wie oben, sogar ein noch krasser Bild), daß vielerorts die Partei fast völlig zusammenbrach, zeitweise „verschwand“ usw. klingt der Hinweis der ZL auf die „kleinbürgerliche Interessenlage der Ausgetretenen“ sehr merkwürdig. Soll man schlussfolgern, daß vor der Krise die SDAPR vorwiegend aus Kleinbürgern bestanden hatte? Daß das nicht hinhaut, hat inzwischen auch die ZL eingesehen, sodaß sie sich im AK 164 (S. 52) ein bißchen korrigiert: „kleinbürgerliche Interessenlage“ sei „nicht exakt genug“. Besser hätten wir von „kleinbürgerlichen Mitläufern“, zum geringsten Teil aus der Arbeiterklasse“ sprechen sollen“ (Hervorh. von mir). Auch das ist gewiß noch „nicht exakt genug“. Denn wenn 80 - 90 % der SDAPR zeitweise „wegbrachen“, so muß daran die Arbeiter - Mitgliedschaft mehr als nur „gering“ beteiligt gewesen sein. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die „reinen“ Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften u.ä.) einem nicht weniger starken Mitgliederverlust ausgesetzt waren als die SDAPR. Um die inhaltliche Stoßrichtung des ZL - Zitats überhaupt noch zu retten, muß man zu einer gar nicht mehr klaren mäßigen Definition von „kleinbürgerlich“ greifen: Man erklärt die in der Revolution von 1905/06 massenhafte in die SDAPR Eingetretenen insgesamt - ohne Rücksicht auf ihre Klassenzugehörigkeit - pauschal zu „kleinbürgerlichen Mitläufern“, die „ideologisch“ (!) nicht „gefestigt“ genug gewesen seien um den zunehmenden Terror der Stolypinschen Reaktion standzuhalten.

Wie man sieht, wird so von der ZL die ungeheure Schwierigkeit, unter den Bedingungen des reaktionären Terrors revolutionäre Arbeit zu leisten, vorwiegend zu einem „ideologischen“ Problem erklärt. Die Zerschlagung der KPD durch die Nazis, die Zerschlagung der chilenischen Linken usw. stellen sich damit ebenfalls in erster Linie als Resultat der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ dar. Die ZL mag diese Parallelen für Übertrieben erklären, da sie sich ja „nur“ auf die Stolypinsche Reaktion bezogen hat. Freilich sehe ich nicht, wo nach Meinung der ZL der Unterschied zu vergleichbaren Phasen konterrevolutionärer Terrors liegen soll.

Das Zitat aus dem ZL-Artikel im AK 156, einschließlich der kleinen Korrektur im AK 164, beinhaltet die - nicht ausgesprochene - Schlussfolgerung - daß es nicht zu dem ungeheuren Mitgliederverlust der SDAPR in der Phase der Stolypinschen Reaktion gekommen wäre, falls die Partei weniger aus „kleinbürgerlichen Mitläufern“ und dafür mehr aus „echten“ Arbeitern bestanden hätte. Diese arbeitertümelnde Schlussfolgerung widerlegt sich allerdings durch die Tatsache, daß - siehe oben - die „reinen“ Arbeiterorganisationen nicht weniger vom schwersten Krisenerscheinungen betroffen waren. Die Aussage der ZL zum „wesentlichen Hintergrund“ der massenhaften Mitgliederverluste der SDAPR legt zugleich die rein voluntaristische Logik der ZL - Argumentation offen. Wenn sie schon für eine Phase schürften reaktionären Terrors die objektiven Bedingungen für zweitrangig erklärt und die wesentlichen Ursachen („Hauptursache“) in der Ideologie der „kleinbürgerlichen Mitläufer“ sieht, so muß es heute, wo doch von reaktionärem Terror kaum die Rede

sein kann, erst recht entsprechend gelten. Das heißt, „Hauptursache“ der aktuellen Krise der Linken, so auch des KB, sind die „kleinbürgerlichen Mitläufer“. Soweit wären wir also... Aber wie gehts nun weiter? Da die ZL diese Frage noch offen läßt, werfen wir vorerst einen Blick auf Lenins Vorstellungen zur „Krisenbewältigung“ in der Phase der Stolypinschen Reaktion.

Lenin und die Kleinbürger

Mit einem Recht beruft sich die ZL in diesem Punkt ihrer Argumentation auf Lenin. Mit einigem Recht wohlgerichtet, nicht mit vollem Recht! So zitiert die ZL jetzt Lenin mit den von mir tatsächlich - Gott möge mir verzeihen - überschönen Worten: „Die Hauptursache für die Krise der Partei... besteht in der Säuberung der Arbeiterpartei von schwankenden intellektuellen und kleinbürgerlichen Elementen“ (Anm. 8). Die ZL hätte auch folgenden Zitat nehmen können: „Die Krise, die unsere Partei zur Zeit durchmacht, ist, wie wir schon des öfteren gesagt haben, durch die Unbeständigkeit der kleinbürgerlichen Elemente zu erklären, die sich der Bewegung der Arbeiterklasse in der Revolution angeschlossen und jetzt auf dem einen Flügel des Liquidatorentums der Menschewiki, auf dem anderen des Otzowismus - Ultimatismus hervorgebracht haben“ (Anm. 9).

Als vergleichsweise geringfügig möchte ich zu bedenken geben, daß Lenin mit „Krise der Partei“ doch nicht schlecht dasselbe meinte, wie die ZL mit „massenhafte Austritte aus der Partei“. In ihrem unmitteilten Zitat „Krise der Partei“ bedeutet bei Lenin nicht nur - und wohl nicht einmal in erster Linie?! - die „massenhaften Austritte“, sondern vor allem die ideologische Zersetzung, das Auftreten von „Fehlströmungen“ (um es im ZL - Jargon auszudrücken). Es ist also - aber das ist ein geringfügiger Einwand, nicht es ist - mehr ganz korrekt, wenn die ZL das erste der beiden Lenin - Zitate („Die Hauptursache für die Krise der Partei“) schlankweg als Bestätigung ihrer These zu den „massenhaften Austritten“ interpretiert.

Recht hat die ZL aber insoweit, daß Lenin als Kronzeuge für eine arbeitertümelnde Sicht der „Krise“ der SDAPR während der Stolypinschen

Recht hat die ZL aber insoweit, daß Lenin als Kronzeuge für eine arbeitertümelnde Sicht der „Krise“ der SDAPR während der Stolypinschen Reaktion sehr wohl heranzuziehen ist. Denn die „Flucht der schwankenden Kleinbürger aus der Partei“, die „Reinigung von den kleinbürgerlichen Elementen“ etc. pp. ist ein in dieser Zeit bei Lenin ständig wiederkehrendes Thema, auch wenn es es nicht so gegenüber den objektiven Bedingungen (zaristischer Terror) verabsolutiert wie es heute die ZL unter Berufung auf Lenin tut.

Zugleich gibt es bei Lenin zahlreiche Äußerungen, in denen er die „Standfestigkeit“ der Arbeiterklasse gegenüber dem Terror glorifiziert. So behauptete Lenin z.B. um die Jahreswende 1908/09, das Proletariat bewahre, „im Gegensatz zu anderen Klassen, größte Geschlossenheit und unerschütterliche Treue gegenüber seiner Klassenpartei, mit der es die Revolution in eins verschmolzen hat“ (Anm. 10). Im selben Zeitraum notierte Stalin - der sich im Gegensatz zu Lenin während der ganzen Phase der Stolypinschen Reaktion in Rußland aufhielt, also wahrscheinlich das authentischere Bild vermittelt: „Das erste, was die Partei besonders niederdrückt, ist die Losgerissenheit ihrer Organisationen von den breiten Massen. Es gab eine Zeit, wo unsere Organisationen Tausende in ihren Reihen zählten und Hunderttausende mit sich führten. Damals hatte die Partei kräftige Wurzeln in den Massen. Jetzt ist das anders...“ (Anm. 11 - Hervorh. von mir).

Indessen finden sich auch bei Lenin vielfältige Bemerkungen über „Niedergeschlagenheit und Apathie unter ziemlich breiten Schichten des Proletariats“ (Anm. 12) u.ä.

Lenins Schlussfolgerung

Festzustellen ist immerhin, daß Lenin die „Wankelmütigkeit“ des Kleinbürgertums einerseits, die „Standfestigkeit“ der Arbeiterklasse andererseits sehr stark betonte und gegenüber einander setzte.

Auf der Basis dieser Einschätzung kam Lenin - im Gegensatz zu der ZL

Warum kommst du erst jetzt?!



Tja, es waren doch drei Meilen, und ich mußte gegen die Strömung schwimmen.

Also wieder die alte Leier von wegen „objektive Ursachen“ und so!



Nun, der neue Anker ist wirklich schwer, und...



Zur Fraktionsbildung im KB

An der Frage der „Krisenbewältigung“ sind im KB innerhalb der letzten Monate zwei Fraktionen entstanden

1. Die „Kritik-Fraktion“ („Struktur-Fraktion“). Sie sieht die Ursache der Organisationskrise in den inneren „Strukturen“ des KB, die undemokratisch seien. Sie will die kommunistischen Organisationsprinzipien und die Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung insgesamt „in Frage stellen“. Die „Kritik-Fraktion“ trat erstmals mit einem Positionspapier am 4. Juni in Erscheinung. Unterschrieben war das Papier von 39 Mitgliedern und 6 „Ehemaligen“ des KB. Unter den Unterzeichnern waren 6 Mitglieder der AG Zivildienst, 3 aus Hamburg-Bergedorf, 7 aus Hamburg-Altona; 7 aus dem ÖTV-Bereich, 3 aus der RGW-Kommission, 2 aus dem Jugendbereich. Stellungnahmen der „Kritik-Fraktion“ wurden veröffentlicht im AK 156, S.56-57; UW 29; AK 164, S.54-55.

Nachdem die „Kritik-Fraktion“ im Juni/Juli mehrmals halböffentliche Treffen (gemeinsam mit Ex-Mitgliedern des KB) durchgeführt hatte, gab es mit der „Sommerpause“ keine Informationen mehr über die weitere Entwicklung der „Fraktion“. Entsprechende Anfragen der LG blieben unbeantwortet. Vor ein paar Tagen hat nun die „Kritik-Fraktion“ ihren Austritt aus dem KB erklärt.

2. Die „ZL-Fraktion“ („Zentrum-Fraktion“). Sie behauptet, daß von der Mehrheit der Organisation und des LG wichtige „früher vereinheitlichte Positionen“ aufgegeben worden seien. Die Mehrheit des LG wolle den innerorganisatorischen „ideologischen Kampf“ nicht mit der genügenden „Schärfe“ führen, sondern betreibe einen „Waffenstillstand“ gegenüber „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“. Das müsse zur Zerschlagung des KB führen. Erstmals offen in Erscheinung trat die ZL-Fraktion mit der Veröffentlichung mehrerer Grundsatze Artikel im AK 160 (20. August) und mit der Drohung, die Organisation zu verlassen (Erklärung vom 22. August).

Die ZL-Fraktion hat bisher vier große fraktionelle Treffen durchgeführt, hinzu kommen fraktionelle Treffen auf Orts- und Bereichsebene. An den großen Treffender ZL-Fraktion nahmen insgesamt rund 100 Genossinnen teil. Schwerpunkte dieser Fraktion: Schleswig-Holstein (17 Teilnehmer an den Treffen), Hamburg-Eimsbüttel (6); Chemie-Bereich (1); Teilnehmer an den Treffen), Hamburg-Eimsbüttel (16); Chemie-Bereich Hamburg (13); AG Schwule (vollständig auf ZL-Linie); Göttingen (6); Hannover (4); ÖTV-Bereich Hamburg (6). Die Zahl der ZL-Anhänger ist allerdings größer als die Zahl der Teilnehmer an den großen Fraktionstreffen. Insgesamt könnte es sich um 150 Genoss(innen) oder etwas mehr handeln.

Die erste Phase der Diskussion

Ende Juli wurden vom LG die „Thesen zur Bildung von Fraktionen im KB“ zur Diskussion in die Organisation gegeben. (Text im AK 160, S.33, zusammen mit einem Überblick über die bis dahin gelaufene Diskussion zu den „Thesen“). In den „Thesen“ wird hervorgehoben, daß Fraktionen „ein wichtiges Instrument bei der Klärung politischer Kontroversen im KB“ seien, daß sie jedoch zur Einhaltung der Organisationsdisziplin verpflichtet seien. Die „Kritik-Fraktion“ hingegen betreibe die Öffnung des KB gegenüber Nicht-Mitgliedern und ausdrückliche Mißachtung der Organisationsdisziplin. (Weitergabe von „Internas“ an Nicht-Mitglieder). Zudem sei die „Kritik-Fraktion“ eine „Sammlungsbewegung ohne konkreten politischen und/oder organisatorischen Inhalt.“ auf der Basis „beliebiger Unzufriedenheit“ mit dem KB. Die „Kritik-Fraktion“ entspreche daher nicht den Grundsätzen einer Fraktionsbildung in einer kommunistischen Organisation. Sofern sie sich nicht klar zur Frage der Organisationsdisziplin und zur politischen Basis ihres Zusammenschlusses äußere, sei „die Mitgliedschaft in der sog. „Kritik-Fraktion“ unvereinbar mit einer Mitgliedschaft im KB“.

Die Diskussion in den Einheiten des KB ergab, daß ca. 85% der Mitglieder den „Thesen“ zustimmten, 10% dagegen stimmten und 5% sich enthielten. Unter den zahlreichen Änderungsvorschlägen (siehe dazu AK 160, S. 35) wurden vor allem häufig genannt:

- Klarere und ausführlichere Definition der Funktion und der Rechte von Fraktionen im KB.

- Streichung oder Modifizierung eines Satzes, in dem alle Mitglieder zur „Durchführung“ mehrheitlich ge-

fasstet Beschlüsse“ verpflichtet werden.

Zeitliche Begrenzungen für das Bestehen von Fraktionen im KB. Fraktionen dürften nur bis zur Entscheidung der Meinungsverschiedenheiten durch eine Delegiertenkonferenz oder einen Kongress bestehen.

Die Anhänger der „Kritik-Fraktion“ nahmen generell an dieser Diskussion nicht teil, sondern forderten die Einstellung der Diskussion und die Zurückziehung der „Thesen“ durch das LG. Ihre Argumentation:

Die Frage von Fraktionen im KB sei bisher im KB nicht diskutiert worden. Dies müsse nunmehr erst gründlich geschehen, wozu u.a. ausführliche historische Untersuchungen über die Geschichte von Fraktionen in anderen kommunistischen Organisationen nötig seien. Das LG hingegen wolle diese Fragen nicht gründlich diskutieren, sondern den Ausschluß der „Kritik-Fraktion“ im Schnellverfahren durchsetzen.

Die Kritik-Fraktion verläßt den KB

Die im Juni gebildete „Kritik-Fraktion“ hat jetzt, ein halbes Jahr später, am 15.10., ihren Austritt aus dem KB erklärt. Die Austrittserklärung ist unterschrieben von 22 Hamburger Genossinnen. Im Einzelnen verteilten sich diese Genossinnen folgendermaßen: 7 aus dem Bezirk Bergedorf, 6 aus der AG Zivildienst, 3 aus dem Bezirk Eimsbüttel, 2 aus Altona, je einer aus Wandsbek, Steinhöpp, Lehrer-Bereich und RGW-Kommission.

In ihrer Austrittserklärung behaupten die Genossinnen, ihnen sei eine Auseinandersetzung um die von ihnen aufgeworfenen Fragen im KB unmöglich gemacht worden. Dies

gehe Gleichgesinnten innerhalb und außerhalb des KB zu veranlassen. Die Beteiligung von Nicht-Mitgliedern des KB an derartigen „Fraktionen“ wird in einem Begleittext der „Kritik-Fraktion“ ausdrücklich nochmals gerechtfertigt. Es handele sich dabei um ehemalige KB-Mitglieder, die aus dem KB „hinausgedrängt“ worden seien, aber immer noch mit dem KB „sympathisieren“.

Diese Argumentation der „Kritik-Fraktion“ ist in mehrfacher Hinsicht unsinnig: 1. Handelt es sich nicht um „Hinausgedrängte“, sondern um Leute, die ohne politische Begründung ausgetreten sind. 2. Gibt es keine nachprüfbar politische Definition für den heutigen Standort dieser Ex-Mitglieder. Das heißt, es bleibt den jeweiligen „Fraktionen“ allein überlassen, jemandem zum „Sympathisanten“ des KB zu erklären. 3. Bleibt die Stellung zum KB insgesamt unklar, da die „Kritik-Fraktion“ die gesamten politischen Grundlagen des KB

der LG Mehrheit (80 %) zur Diskussion gestellt worden. Hauptpunkt dieser „Thesen“ ist die Feststellung, daß es sich bei dem Zusammenschluß der ZL bereits um eine Fraktion im Sinne der (vom gesamten LG getragenen) „Thesen I“ (zur „Kritik-Fraktion“) handelt, also mit den entsprechenden Rechten und Pflichten einer Fraktion.

Ein erstes, vorläufiges „Meinungsbild“ auf einer Hamburger Delegierten-Versammlung am 17. Oktober ergab, daß zumindest 2/3 der Hamburger Ortsgruppe den „Thesen II“ zustimmen. Dieser Anteil wird wahrscheinlich noch größer werden, da der Diskussionsprozeß noch nicht in allen Einheiten abgeschlossen ist. Von außerhalb Hamburgs liegen bisher noch keine „Meinungsbilder“ zu den „Thesen II“ vor.

Der zentrale Widerspruch ist derzeit, daß die ZL bestreitet, daß es sich bei ihrem Zusammenschluß überhaupt um eine Fraktion

organisationskrise, der aufgebrochenen Differenzen und der Vorbereitung auf den 1. KB-Kongreß im Januar 1980 die Bildung von Fraktionen an bestimmten Streitpunkten an durchaus „normaler“, keineswegs zu dramatisierender Schritt ist. Wir sehen Fraktionsbildungen nicht in derselben Weise wie die ZL als halben Schritt auf dem Wege zur Abspaltung. Indem die ZL umfassende und bereichsweise Treffen ihrer Anhänger organisiert, Diskussionen kollektiv vorbereitet usw. arbeitet sie unserem Verständnis nach bereits als Fraktion, unabhängig davon, ob sie sich selbst diesen Namen geben will oder nicht.

Indem die ZL sich jetzt, sich zur Fraktion zu erklären, entgeht sie zunächst auch der Frage nach den Verpflichtungen für Fraktionen im KB (siehe „Thesen I“). Zwar hat die ZL auf der Hamburger Delegiertenversammlung am 17. Oktober erklärt, sie „beuge“ sich der Mehrheit und sei bereit, alle fraktionellen Pflichten zu erfüllen. In der Praxis verhält es sich allerdings anders. In den „Thesen I“ ist festgelegt, daß Fraktionen ihre Meinungsverschiedenheiten zur vorherrschenden Linie des KB (also die Basis ihrer Fraktionsbildung) offen darlegen müssen und daß sie einen Arbeitsplan für die weitere Auseinandersetzung, Untersuchungsarbeit usw. vorlegen müssen. Es ist interessant, daß dieser Passus der „Thesen I“ damals besonders von der heutigen ZL-Gruppe verfochten wurde. Zwei Monate später, selbst mit ihren eigenen Anforderungen konfrontiert, erklärt die ZL Folgendes: Nicht sie, sondern die Organisationsmehrheit habe die gemeinsame Basis verlassen und „vereinheitlichte Positionen“ aufgegeben. Daher könne sie keinen Arbeitsplan vorlegen, weil sie mit immer neuen „Überraschungen“ seitens der Mehrheit konfrontiert werde. Im Übrigen sei es doch eher Sache der Mehrheit, einen Arbeitsplan vorzulegen, denn die ZL entferne sich ja immer mehr von den „vereinheitlichten Grundlagen“. Aus demselben Grund sei es auch eher Sache der Mehrheit, die Differenzen darzulegen.

Vor diesem Hintergrund hat die Erklärung der ZL, sie wolle ohne sich als Fraktion zu verstehen den Verpflichtungen einer Fraktion „umfassend nachkommen“, wenig Substanz.

Wie ernst sind die Differenzen?

Wie ernst sind die Differenzen?

Läßt man sich jedoch auf die Argumentation der ZL ein, daß eine Fraktionsbildung „ein sehr schwerwiegender Schritt“ sei, der nur unter außerordentlichen Umständen getan werden dürfe, so steht die Frage, wie „schwerwiegend“ denn die von der ZL behaupteten Meinungsverschiedenheiten im KB eigentlich sind? Berühren sie grundsätzliche Fragen oder nur Nebenfragen? Aus den offiziellen Verlautbarungen der ZL seit AK 160 (20.8.) ergibt sich folgendes Bild: Die ZL ging zunächst „nur“ vom Vorwurf aus, die LG-Mehrheit betreibe „Krisenverwaltung“, wolle die Organisationskrise also nicht lösen, sondern lediglich noch durch Anpassung „irgendwie durchstehen“. Inzwischen dehnte die ZL ihre Vorwürfe aus. Die LG-Mehrheit „schüre“ Angst „vor der leninistischen Organisation“ und „vor dem ideologischen Kampf“. Die LG-Mehrheit „beweistrückere“ die „Fehlströmungen“ im KB und betreibe einen „Waffenstillstand mit den verschiedenen Formen des Spontaneismus“, Feminismus etc. im KB. Die LG-Mehrheit betreibe also Politik, die zwangsläufig Rückwirkungen auf den KB haben müsse, nämlich die „Zersetzung seines Charakters als revolutionäre Organisation“ (vgl. vor

zeige, daß auch der KB als bekanntermaßen undogmatische ML-Organisation der neuen Linken nicht über den Schatten der unreflektiert übernommenen Kader- und Avantgardestrukturen der Partei Lenins und Stalins zu springen in der Lage ist. Auch in den Strukturen des KB gibt es keinen Platz für eine im Sinne wirklicher Meinungsbildung und kontroverser Diskussion wünschenswerte Fraktionsarbeit.

Sinnvollerweise erfolgt dieser kollektive Austritt genau zu dem Zeitpunkt, wo die „Kritik-Fraktion“ mit den Artikeln von Plet, (siehe AK 164 und diesem AK) überhaupt begonnen hat, über bloße „Fragen“ hinaus

eigene inhaltliche Alternativen anzudeuten.

Die ausgetretenen Genoss(innen) bekunden, daß sie sich nun in ihren Praxisfeldern „nach eigene(n) Wissen und Wollen am antikapitalistischen Kampf in der BRD beteiligen“ wollen. Außerdem wollen sie sich am Abbau des „Theorie-Defizits“ sozialistischer Politik beteiligen. „Von nun an führen und steuern wir uns selber“.

Die AK-Redaktion wünscht den Genoss(innen) dabei gute Fahrt. Zu erreichen sind sie unter „Postlagerkarte A 018 350, 2050 Hamburg 80“.

erst einmal „in Frage stellt“ und seine derzeitigen „Strukturen“ für undemokratisch erklärt.

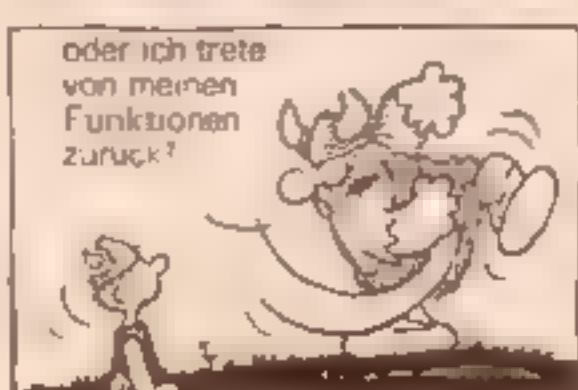
In letzter Konsequenz geht es darum, unter der Devise, man müsse „Alles in Frage stellen“, beliebige Anschauungen im KB „fraktionell“ organisieren und dafür Partner außerhalb des KB zu gewinnen.

Eben deshalb wird in den „Thesen zur Fraktionsbildung“ (I) gesagt, daß sich Fraktionen im KB „auf der Basis politischer und/oder organisatorischer Meinungsverschiedenheiten“, „um bestimmte, diskutierbare Anschauungen“ sammeln. Das heißt, „um bestimmte, diskutierbare Anschauungen“ sammeln. Das heißt, Fraktionen müssen klar vor der Organisation darstellen, in welchen Punkten ihre Differenzen zur derzeitigen Organisationspolitik liegen und in welchen Punkten nach wie vor Übereinstimmung besteht. Andernfalls wird die Auflösung des KB in beliebige „Tendenzen“ bestehen, die zwar noch irgendwelche linke Politik zu tun haben, aber sich vom Ausgangspunkt (nämlich der Politik des KB, wie sie sich in acht Jahren gemeinsamer Arbeit entwickelt hat) weit entfernen können.

Die zweite Phase der Diskussion

Mit dem Auftreten der ZL-Fraktion (seit Ende August) erweiterte und verschärfte sich die Problematik der Fraktionsbildung im KB. Im Gegensatz zur „Kritik-Fraktion“, die kaum Kader des KB in ihren Reihen hat, besteht die ZL-Fraktion zu einem relativ hohen Teil aus leitenden und „mittleren“ Kadern des KB. Das Auftreten dieser fraktionellen Zusammenschlüsse erschütterte also den KB viel stärker als das der „Kritik-Fraktion“.

Zur Hamburger Delegierten-Versammlung am 25. September lagen erstmals die „Thesen zur Fraktionsbildung im KB (Teil II)“ vor, die von



allem AK 163, S. 48-49) Seit Eröffnung der „Krisendebatte“ im Sommer 1978 sei der Verfall des KB weitergegangen. Mit den derzeitigen „Methoden der Krisenbewältigung“ (= „Krisenverwaltung“) sei der KB „höchstens noch ein paar Monate zu halten“ (Erklärung eines ZL-Vertreters im LG am 27.8.)

Daraus ergibt sich eindeutig, daß nach Meinung der ZL (und ihrer Anhänger) die Existenz des KB auf dem Spiel steht, falls es nicht gelingt, den derzeitigen Kurs der Mehrheit des LG und der Organisation erheblich zu verändern. Eine ernsthafte, schwerwiegendere Meinungsverschiedenheit als die hier von der ZL behauptete ist in einer kommunistischen Organisation überhaupt nicht denkbar.

Es ist darum inkonsequent und unverständlich, daß die ZL bei dieser Einschätzung der Situation des KB und ihrer Widersprüche zur Mehrheit des LG und der Organisation immer noch mit der Schlußfolgerung zögert, sich offen zur Fraktion zu erklären. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß weit geringere Meinungsverschiedenheiten als die von der ZL behaupteten in der SDAPR (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands) oder in der KPD der 20er Jahre zur Bildung von Fraktionen geführt haben.

Unabhängig vom Willen der ZL hat bei derart schwerwiegenden, substantiellen Vorwürfen selbstverständlich auch die Organisationsmehrheit das Recht, von der ZL zu verlangen, daß sie offen als Fraktion ihre Thesen vor der Organisation vertritt, statt sich hinter einem zeitlich unbestimmten „vorfraktionellen Prozeß“ zu verstecken.

Die ZL argumentiert demgegenüber etwa so: Zwar seien die Meinungsverschiedenheiten derzeit sehr schwerwiegend. Jedoch könne niemand voraussagen, wie diese Differenzen sich weiter entwickeln, ob es also in den Worten der ZL – vielleicht gelingt, diese Widersprüche „mittelfristig zu klären“. Dieser Argumentation steht jedoch die Tatsache entgegen, daß die ZL bisher durchwegs nicht versucht hat, die Widersprüche zu klären, obwohl dies von der Mehrheit wiederholt angeregt und gefordert worden war. Ganz im Gegenteil: Die Politik der ZL hat seit ihren ersten Veröffentlichungen gerade darin bestanden, in Hülle von Wortklaubereien und hagerstrübenden Konstruktionen immer neue, immer weitergehende Vorwürfe gegen die Mehrheit vorzutragen, ohne sich darum zu kümmern, ob diese Vorwürfe überhaupt noch Bezug zur Realität haben.

Fraktionsmacherei statt Fraktionsbildung?

Die ZL sagt, daß die Bildung einer Fraktion ein „schwerwiegender Schritt“ sei. Worin besteht nun nach Ansicht der ZL, konkret dieser „schwerwiegende Schritt“? Die Beantwortung dieser naheliegenden Frage führt zu erstaunlichen Ergebnissen:

1. Die ZL hat die Auseinandersetzung mit einer kollektiven Austrittsdrohung eröffnet und verteidigt dies nach wie vor als legitimen Schritt („Notbremse“).
2. Die ZL hat innerhalb weniger Wochen vier große Treffen ihrer engen Anhängererschaft durchgeführt.
3. Die ZL hat mehrere bereichsweise fraktionale Treffen durchgeführt, über die das LG z.T. erst Wochen später überhaupt informiert wurde (OTV-Bereich Hamburg).
4. Die ZL erklärt, daß „vorfraktionelle“ Treffen auch weiterhin legitim bleiben werden. Man sei bereit „aber natürlich nicht jedesmal zu solchen „vorfraktionellen“ Treffen auch Vertreter der LG-Mehrheit einzuladen. Grundsätzlich halte man am Recht fest, „sich separat zu treffen“ (d.h. ohne Vertreter der Mehrheit) (Stellungnahme der ZL auf der Hamburger Delegierten-Versammlung am 17.10.)

An die ZL wurde mehrfach die Frage gerichtet, welche weiteren Schritte denn überhaupt noch möglich wären, falls die ZL sich selbst zur Fraktion erklärt. Diese Frage wurde von der ZL bisher nicht beantwortet. Tatsächlich verhält die ZL sich mit dem 22.8. (Spaltungsdrohung) bereits vollständig wie eine Fraktion. Der angeblich so besonders „schwerwiegende Schritt“, der noch aussteht, ist also lediglich die förmliche Benennung dieses Zusammenschlusses als Fraktion. Im Gegensatz dazu sind wir der Meinung, daß „schwerwiegend“ keineswegs irgendeine Art von Namensgebung ist (ob sich das Ding nun Fraktion oder vorfraktioneller Prozeß oder auch „ZL-Freundkreis“ nennt), sondern wirklich „schwerwiegend“ sind die sozialen Schritte zur Formulierung einer Fraktion. Diese Schritte wurden von der ZL zu einem Zeitpunkt eingeleitet, wo die Streitfragen noch kaum klar waren und wo ebenso unklar war auf welcher Basis ein wenn die ZL so will „vorfraktioneller Prozeß“ eingeleitet werden sollte. Das war in der Tat eine sehr schwerwiegende, folgenreiche Schritt. (Der ZL geht es jedoch darum, die „schwerwiegende“ Bedeutung ihrer

realen Schritte vor der Organisation herunterzuspielen: „Was wollt ihr eigentlich? Wir nennen uns doch gar nicht Fraktion, also sind wir auch keine! Nun bedrängt uns doch nicht so!“ Dementsprechend forderte ein ZL-Sprecher auf der Hamburger Delegierten-Versammlung am 17. Oktober, die Organisationsmehrheit möge mit „Toleranz und Gelassenheit“ das weitere Vorgehen der ZL (Fraktion) betrachten und deren „Meinungsbildungsprozeß“ nicht „stören“.

Machtkampf statt Meinungsstreit

Wie aus dem dargelegten Verständnis hervorgeht, betrachten wir die Fraktionsbildung als ein Mittel zur Meinungsbildung und zur Klärung von bestehenden Differenzen. Ziel einer solchen Fraktionsbildung muß die organisatorische Einheit und die Vereinheitlichung auf politische Positionen bleiben. Von daher trägt eine solche Fraktionsbildung nicht von vornherein den „Keim der Spaltung“ in sich, wie Mitglieder der ZL meinen, sondern ist ein Durchgangsstadium für eine neue Stufe der Einheit der Organisation. Nur wenn sich aus kleinen Differenzen große Differenzen entwickeln (oder sie zu solchen hochstilisiert werden), kann dies auch zur Spaltung führen.

Gegenwärtig haben wir es bei der Fraktionsbildung der ZL mit einer Erscheinung zu tun, die nicht dem Meinungsstreit, sondern einem Machtkampf um den KB diene.

Von vornherein hat die ZL darauf verzichtet, klar umrissene politische Differenzen gegenüber der LG-Mehrheit herauszuarbeiten. Erst recht ist sie bisher dem Beweis für die gegenüber der LG-Mehrheit erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe schuldig geblieben. Stattdessen hat sie die Auseinandersetzung mit dem Austreten verschiedener Parolen begünstigt. Eine dieser Parolen ist heute innerhalb der ZL-Fraktion schon zu einem geflügelten Wort geworden: Die LG-Mehrheit wolle den ideologischen Kampf innerhalb der Organisation aufgeben. Nicht einmal die Urheber dieser Parole (die ZL) konnte bisher auch nur annähernd einen Beweis dafür antreten.

Dennoch hat diese Parole ihren Zweck erfüllt: Die ZL hat auf rein ideologischer Ebene eine Anzahl von Anhängern gesammelt, die heute als Machtinstrument in die Auseinandersetzung eingebracht werden.

Die innere Entwicklung der ZL-Fraktion stand von Anfang an im

Zeichen dieses Machtkampfes. Die erste Versammlung wurde geheim organisiert, die weiteren Versammlungen wurden zwar der LG-Mehrheit nachträglich (!) outgeteilt, eingeladen wurde jedoch weiterhin geheim, die Teilnahme von LG-Mehrheitsvertretern wurde abgelehnt.

Daraus hat sich ein Block formatiert, der im Sinne der ZL die Diskussion innerhalb der Organisation in eine bestimmte Richtung zu drängen versucht und gleichzeitig als Transporteur von Gerüchten und Stimmungsmache fungiert.

Gleichzeitig damit werden neue Formen und Ebenen der „Disziplin“ entwickelt. Gab es anfangs auch unter den heutigen Anhängern der ZL noch weitgehende Differenzen über die Beurteilung des Vorgehens der ZL (Austritts- und Spaltungsdrohung), unterwerfen sich heute fast alle einer Fraktionsdisziplin und rechtfertigen einhellig dieses Verhalten. Mitglieder der ZL-Fraktion weigern sich, gegenüber ihren Zellen Rechenschaft über die Diskussion auf den Fraktionsitzungen abzugeben, unterwerfen sich also auch hier nicht mehr der Organisations- sondern der Fraktionsdisziplin. Ebenso werden neue Formen der Zentralsation der Diskussion innerhalb der Organisation aufgebaut. Auf den Fraktionsitzungen der ZL werden Berichte über die Diskussion in den einzelnen Zellen zusammengetragen, woraus dann Schlüsse für das weitere Vorgehen abgeleitet werden. Der bisherige Schlüsselpunkt dieser Entwicklung ist, daß ZL-Anhänger angesprochen werden, um Aufgaben zu übernehmen, die in die Zuständigkeit von Genossen der LG-Mehrheit fallen.

Wir sind der Ansicht, daß sich Fraktionen auf die Diskussion der von ihnen formulierten Differenzen beschränken sollten. In allen anderen Fragen sollten sich die Mitglieder dieser Fraktionen der Organisationsdisziplin unterordnen. Jede Form einer konspirativen Absonderung und jede Form von „Fraktionsdisziplin“ trägt nicht nur den „Keim der Spaltung“ in sich, sondern programmiert diese.

Die „überfraktionellen“ Versöhler

In der SDAPR war es vor allem Linka, der durch seinen „antifraktionellen“ Kampf „gegen die „aktionsweisen“ zu fragwürdiger Berühmtheit gelangte. Trotz dieser Masche war es, über das Bestehen von Fraktionen in der SDAPR zu klagen und sich selbst, da angeblich „überfraktionell“, als Rufus zur Einheit zu betätigen.

Kaum machen sich nun im KB Fraktionen bemerkbar, haben wir auch ein paar „überfraktionelle“ Versöhler. Ihre Argumentation meht etwa so aus: Bei dem Konflikt zwischen ZL und Mehrheit blickt ja niemand mehr durch. „Beide Seiten“ seien für die Eskalation des Konflikts verantwortlich. Außerdem komme es auf die „Schuldfrage“ sowieso nicht an. Jetzt müsse „man“ (die Versöhler, die sich als Stimme der Organisation ausgeben) die Streithähne „an den gemeinsamen Tisch zwingen“, um eine Spaltung des KB in zwei jeweils nicht mehr lebensfähige Teile zu verhindern. Sogar ein förmlicher „Waffenstillstand“ wurde entworfen, bei dem die Mehrheit „vorerst“ darauf verzichten soll, Kritik am Vorgehen der ZL (Spaltungsdrohung am 22.8. etc. pp.) zu üben, da diese Frage „sowieso nicht zu klären“ sei. Im Austausch dafür solle die ZL „vorerst“ ihre offenen fraktionellen Zusammenschlüsse einschießen.

Die Sprecher des „überfraktionellen“ Versöhlerlums im KB sind allerdings bisher fast ausschließlich Genossinnen, die in Wirklichkeit ziemlich stark mit den Vorstellungen der ZL sympathisieren. Trotzdem hat das Argument, daß die Auseinandersetzung „so undurchsichtig“ sei, wohl eine Basis in der Organisation, vor allem außerhalb von Hamburg, das ja das Zentrum des Geschehens ist. Tatsächlich reagieren einige Genossinnen ähnlich wie jene Liberalen, die beispielsweise angesichts des „Hickhacks“ zwischen rechten Grünen und Kommunisten in der Wahlbewegung nur noch von Ekol geschüttelt werden und nicht mehr bereit sind, zwischen richtigen und falschen Positionen überhaupt einen Unterschied zu machen.

Außerdem gibt es Genossinnen, die (teilweise) nach der urchristlichen Lehre „Schlägt du mir auf die rechte Backe, halte ich dir auch noch die linke hin“ verfahren. Obwohl sie das Vorgehen der ZL verurteilen, plädieren sie dafür, im Sinne der „Einheit“, sich nicht an den „formalen“ organisatorischen Fragen „festzuheben“, sondern die „inhaltlichen“ Fragen zu klären. Diese Genossinnen verkennen die Bedeutung der organisatorischen Fragen. Die Vereinheitlichung in organisatorischen Fragen und die Einheit in politischen Fragen ist die Grundlage für jede wirkliche Auseinandersetzung. Sollte heute der ZL wirklich Fraktionieren erlaubt werden, könnte morgen dieses Recht jeder einlegen und der Zerfall des KB in sich bekriegende Norden wäre vorprogrammiert.

Lebendes Genium (Mehrheit)

Krisendebatte oder „Russisch Roulette“!

Im AK 162 erschienen die „Thesen zur Krise“ des Genossen „F.“ Anti-LA-Kommission, F. ist Mitglied der AK-Redaktion und auf KB-internen Versammlungen häufig verbal militanten Vertreter gegen die Zentralsleitung (ZL). Wir hielten „Ausgabe“ und ihr zugrunde liegende „Wissenschaftlichkeit“ seiner „These“ zunächst für so gering, daß wir eine nennenswerte Antwort auf die Organisation nicht für möglich hielten und daher eine Polemik zunächst verschoben.

Unsere Annahme erwies sich als vollkommen falsch: F.'s Krisen-Thesen stoßen im KB auf nicht unerhebliche Zustimmung oder positive Resonanz. – Auf der letzten Hamburger Delegierten-Versammlung schlugen wir daher vor, den Versuch eines gemeinsamen Artikels der ZL und der LG-Mehrheit gegen diese Krisen-Thesen zu unternehmen. Dies schien uns deshalb wichtig, weil diese „Thesen“ einige politische Überlegungen knapp darstellen, die in Artikeln von LG-Mehrheitsvertretern im selben AK nur ansatzweise und behutsam angedeutet werden (verg. insbesondere „Anmerkungen zu von HH/De). Der Versuch eines gemeinsamen Artikels hätte also das Ausmaß von Differenzen und Übereinstimmungen zwischen ZL und LG-Mehrheit zur „Krisenbewältigung“ für alle Beteiligten gut verdeutlichen können. Die LG-Mehrheit lehnte diesen Vorschlag zwar nicht grundsätzlich, aber doch zu diesem Zeitpunkt ab. Wir hoffen nun, daß die LG-Mehrheit in nächster Zeit separat zu diesen Krisen-Thesen des Genossen F. und unserer Kritik daran Stellung bezieht.

Wir sind in unserer Polemik bemüht, den wesentlichen Fehler von F. entgegenzutreten und widerstehen der Verlockung, auf alle Unstimmigkeiten einzugehen.

„Thesen“ haben es offenbar an sich, daß sie „aufgestellt“ werden

dürfen, ohne sie argumentativ beweisen zu müssen. Eine dieser „aufgestellten“ Thesen von F. lautet z.B. „Die kommunistischen Zirkel haben bisher von sich das Selbstverständnis einer kommunistischen Bewegung, die sich in einer mehr oder weniger steten Aufwärtsentwicklung allmählich zur neuen Partei entwickelt.“ Diese These als solche mag interessant sein, bedauerlicherweise hat sie nur keinen Bezug zu Realität. Nehmen wir einmal an, daß die wesentlichen, sich als kommunistisch selbstdefinierenden „Zirkel“ „KPD“, KPD/ML, KBW, KABD, Arbeiterbund, GIM und KB haben diese Gruppierungen unter- und zueinander das von F. behauptete „Selbstverständnis“, sich als gemeinsame „kommunistische Bewegung“ zu definieren, um sich „in einer steten Aufwärtsentwicklung“ „zur neuen Partei“ zu entwickeln?

Tatsächlich bezeichnen sich diese Gruppen untereinander z.T. als „reaktionär“, haben schroffe Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegeneinander reklamiert z.T. einen alleinigen „Führungsanspruch“ behaupten, allein schon die „Partei der Arbeiterklasse“ zu sein etc. etc. Auch der KB ist vernünftiger Weise weit davon entfernt, diese Gruppen pauschal als „kommunistische Bewegung“ mißzuverstehen und sie als Kern einer künftigen kommunistischen Partei anzusehen.

Eine andere „These“ bei F. lautet: „Mit der revisionistischen Entwicklung in der VR China, Kuba, Vietnam sind die spontanen Hoffnungen auf eine glückliche und schnelle Krisen-Politik als übertragbares Rezept gescheitert; der Revisionismus verschiedener Couleur (von DKP bis „KPD“) gewinnt an Boden.“ Auch diese These verblüßt. Großen Bodengewinn der DKP hatten wir in letzter Zeit eigentlich weniger beob-

achtet. Mag sein, daß F. sich hier zu sehr auf die „UZ“ und andere DKP-Dokumente gestützt hat. Wir hatten z.B. die jüngsten Wahlergebnisse für die DKP etc. nicht als beruhigende Botschaften betrachtet. Auch die „KPD“ schenken uns in letzter Zeit trotz aller geschickter Bündnisanstrengungen mit anderen vaterländischen Strömungen eher auf dem Zahnfleisch zu rutschen und nicht gerade zu den Erfolglichen im Lande zu zählen. „Massenorganisationen der „KPD“ müßten mangels Teilnehmer dichtenmasch werden nur noch vierzehntägiges Erscheinen der „Toten Fahne“ müßte erzwungen werden etc. pp.

Nebenbei wäre es auch nicht allzu logisch, wenn die „gescheiterten Hoffnungen“ auf Kuba und China gerade in eine Wendung zu DKP und KPD gemündet wären, also zu Bodengewinnen in der Massenbewegung für die hiesigen Bruderparteien der dort herrschenden Revisionisten angeschlagen wären.

Wieder andere „Thesen“ von F. zeichnen sich dadurch aus, daß schlecht im Dunkeln bleibt, was F. damit gemeint oder auch nur dabei gedacht haben mag. Nehmen wir beispielhaft die „These“ vom „ideologischen Angebot der VR China als einer scheinbaren, realen Alternative gegenüber der revisionistischen Diskreditierung des Sozialismus.“ – Wer die chinesische Kulturrevolution oder allgemein der „Maoismus“ nun eine „scheinbare“ oder eine „reale Alternative“?

Dann und wann gleiten F.'s Thesen auch schon mal ins unergründliche Spirituelle ab. „Kommunismus existiert in dieser Bewegung“ (gemeint den kommunistischen Zirkeln) in einer Reihe mehr oder weniger spontaner Facetten, die z.T. nur deswegen nebenstehender Bestand haben können, weil der Grundcharakter der ganzen „Bewegung“ liberal und

pluralistisch-reinverwahrt „kommunistisch“ ist.“ Wagen wir einmal bei Einsatz demselben Wortküngels eine „Gegenthese“: „Die liberale Bewegung ist pluralistisch, weil dort der Spontaneismus in mehr oder weniger kommunistischen Facetten existiert!“ – Wer hat recht? Über demselben behauptet aufgestellte apriorische Aukunfte läßt sich in der Tat schwer streiten, jedenfalls kaum auf dem Boden des Marxismus.

Als besondere Schwermigkeit beim Verständnis von F.'s „Thesen“ erweist sich seine lüderliche und undifferenzierte Zusammenfassung aller bekannten, sich „kommunistisch“ beziehenden Organisationen und Gruppen zur „kommunistischen Bewegung“ oder zu den „kommunistischen Zirkeln“. Bezeichnungen mit denen F. umstandslos KPD/ML und KB KBW und KABD über einen Kamm schert, was einer differenzierten Krisendebatte etwas im Weg steht. Da aber in etwa der Hälfte seiner Krisen-Thesen der Genosse F. ausdrücklich (z.T. ausschließlich) den KB und dessen Probleme aus seiner Sicht behandelt, gehen wir davon aus, daß er von kommunistischer Bewegung“ nur dann spricht, wenn auch die Probleme des KB mitbeteiligt sind. Wir bemühen uns also im Folgenden auf nebensächliche Ungerechtigkeiten so wenig als möglich einzugehen und den berühmten „roten Faden“ in F.'s Gedankenführung in der Hand zu behalten.

Gegen das Bejubeln der Krise

Ein Kernstück in F.'s „Thesen zur Krise“ ist seine Tendenz, bekannte Krisenerscheinungen der kommunistischen Organisationen pauschal und einseitig als „Stärkung der demokratischen Bewegung“ zu bejubeln und zu glorifizieren. Die „kommunistischen Zirkel“ hätten – anscheinend ganz und gar unbegründet – ein viel zu negatives Verständnis ihrer eigenen

Krise. Dieses falsche „Krisenverständnis“ der „kommunistischen Zirkel“ sei anscheinend ihrer – historisch bedingten – Kurzsichtigkeit und Engstirnigkeit gegenüber dem allgemein notwendigen und tatsächlich auch schon konkret ablaufenden „Gang der Dinge“ geschuldet. Insbesondere bemängelt F., daß die „kommunistischen Zirkel“ nur ihre eigene – etwas kläglich anmutende – Entwicklung betrachten und darüber den ernsthaften Aufschwung der demokratischen Bewegung übersehen. Mit diesem falschen und negativen „Krisenverständnis“ der „kommunistischen Zirkel“ will F. gehörig aufräumen.

Den allgemeinen „Zerfallsprozeß“ kommunistischer Gruppen (einschließlich des KB) deutet F. zu begünstigenden „objektiven Wachstumsprozeß“ der ganzen, insbesondere aber der demokratischen Bewegung um. In der „Aktion“ vieler unserer ehemaligen Genossinnen vom KB will F. überhaupt nur den Aspekt einer Stärkung der demokratischen Bewegung anerkennen, und zwar inform einer „Rückkehr von Demokraten und Radikal-Demokraten“ in die ihnen angestammte demokratische Bewegung (die wider-spruchsvoll, mal als „eigenständig“, mal als „Umfeld“ des KB vorgeführt wird).

Demgegenüber steht die allgemeine Erfahrung, daß sich die meisten Ex-Mitglieder, die sich von ihren ehemaligen kommunistischen Gruppen „abgekehrt“ haben, nicht umstandslos in die demokratische Bewegung einbringen, um dort im „Vorfeld“ ihrer ehemaligen Organisation und für die gemeinsame Sache zu arbeiten, sondern daß sich die meisten (zumindest vorübergehend, weiteres bleibt abzuwarten) ins „Privatleben“ zurückziehen, in Einzelkämpfen sich gar als anti-kommunistische

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 53

Schreihalse in der demokratischen Bewegung betätigen. Aber selbst unabhängig von dieser hauptsächlich Erscheinung bei der „Abkehr“, verschwindet selbst im Besten aller möglichen Fälle bei F. die Widersprüchlichkeit bei der „Abkehr“ von Ex-Mitgliedern und ihrer Übersiedelung in die demokratische Bewegung, nämlich auch einer personellen, kadernmäßigen Schwächung des KB.

sen haben, die Potentiale der demokratischen Bewegung verstärken. Der eigentliche politisch-ideologische Hintergrund dieser Differenz (zwischen Lenin und F.) liegt in F.'s fehlerhafter Bestimmung im Verhältnis von kommunistischer Organisation und spontaner (demokratischer) Bewegung, und zwar sowohl ganz allgemein als auch in der von F. in seinen „Thesen zur Krise“ konkret-historischen Dimension (von der „APO“ bis heute).

„...als spontane Reaktion auf die Aktionen des Kapitals während/nach der imperialistischen Strukturkrise 1966/67“ entstanden (gesperrt bei F.). (Diese Behauptung ist so eine der spezifischen Unsinnigkeiten, von denen es in den „Thesen zur Krise“ des Genossen F. nur so wimmelt: Hätte er gesagt, daß die APO eine „spontane Reaktion“ sowohl auf innen- wie auf außenpolitische Aktionen des imperialistischen Kapitals gewesen wäre, wäre diese

„taktische Reserve“ für die kommunistischen Zirkel und Übernahme z.T. auch die Funktion eines Bindeglieds zu Teilen des „demokratischen Lagers“ bis hinein in die linke Sozialdemokratie.

Dieses „natürliche Umfeld“ teilte aus gemeinsamer politischer Praxis und einem gemeinsamen „Politikwahrnehmungs-Prozess“ in vielerlei Hinsicht politische Anschauungen mit den kommunistischen Zirkeln und akzeptierte auf dieser Grundlage einige Jahre lang eine politische und auf konkrete Aktionen bezogene Führung und Anleitung durch die Zirkel. Zum Teil bedingt durch politische Fehler der Zirkel gegenüber diesem „Umfeld“, aber hauptsächlich als Ergebnis einer 1973/1974 einsetzenden umfassenden ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen gegen die neu aufgetauchten Ideen eines radikalen Marxismus-Leninismus ist dieses „Umfeld“ zusammengebrochen, noch bevor sich die Krise in den Zirkeln selber spürbar bemerkbar gemacht hat.

Die derzeitige Krise der kommunistischen Organisationen hatte also den politisch-ideologischen Zusammenbruch ihres – aus APO-Zeiten stammenden – „natürlichen Umfeldes“ zur Vorgeschichte. Die daraus folgende Isolierung der kommunistischen Zirkel setzte sich – unter anhaltender ideologischer Offensive der Bourgeoisie – schließlich als Krise innerhalb der „Zirkel“ fort.

Die „eigenständige demokratische Bewegung“ und die ideologische Offensive der Bourgeoisie

Vordergründig beschreiben F.'s Krisen-Thesen einen recht heillosen Wirtswart zum Thema „demokratische Bewegung“, die „mal mit den kommunistischen Gruppen „identisch“ gewesen sei, „mal schlicht und umständlich als „spontane Bewegung“ vorgeführt wird, dann wieder als „eigenständige demokratische Bewegung“ wie ein Phönix aus der Asche von F.'s Thesen-Krise steigt wobei dieser angeblich „eigenständige“ (Charakter der „demokratischen Bewegung“ „mal ganz allgemein, mal ganz konkret als „eigenständig“ gegenüber den „kommunistischen Zirkeln“ fröhlich Ursland feiert.

Der Thesen-Salat zu diesem Thema ist so viel wie dem Zustand geschuldet, daß F. das sich verändernde Verhältnis zwischen kommunistischen Gruppen einerseits und demokratischen Massenbewegungen andererseits gewissermaßen „aus sich selbst heraus“, speziell aus (z.T. historisch bedingten, und somit entschuldigen) Fehlern der kommunistischen Gruppen heraus zu erklären, zu entwickeln versucht. Unberücksichtigt bei F. bleibt das sog. politische „Großwetterklima“, das u.B. nicht nur im Bezug auf die ideologische Krise des KB (und anderer kommunistischer Gruppen), sondern ebenso auf die Beziehung der kommunistischen Gruppen zu den

„Leninismus“ bis hinein „in die eigenen Reihen“ (De./Ha „Anmerkungen zu ...“, AK 162), zu „Zerfall“ und „Zersetzung“ und in deren Gefolge zu Tendenzen einer politischen „Überwinterung“ (z.B. beim KBW, KABD, AB und mit gewissen Einschränkungen – auch bei der KPD/ML) sowie zu Anstrengungen bei der Herausbildung neuer Interventions-Strategien (z.B. in die Wahlbewegung) und Elemente neuer Bündnis-Politik v.a. beim KB, aber z.T. auch bei der „KPD“.

Stand am Beginn der APO Ende der 60er Jahre noch ein weit ins liberale und sozialdemokratische Lager verbreiteter Überdruß gegenüber der überzogenen antikomunistischen „Kalter-Kriegs-Propaganda“ und konnte dieser „traditionelle“ Antikommunismus mit Anleihen beim Antirevisionismus Chinas etc. von Teilen der APO damals unterlaufen werden, so gelang es der Bourgeoisie ab Mitte der 70er Jahre Schritt für Schritt ein neues antikomunistisches Fond-Bild – jetzt gegen die „K-Gruppen“, den „Leninismus-Maoismus“ etc. – aufzubauen, wobei ihr gewisse außenpolitische Entwicklungen (z.B. Rechtswendung Chinas) und sektiererische Entgleisungen einiger kommunistischer Gruppen zu Hilfe kamen und diesen „neuen“ Antikommunismus mit seinem „traditionellen Bruder“ zu einer hinreichend greifenden und funktionierenden Synthese zu verschmelzen.

Andererseits konnte die Bourgeoisie eine weitere Entwicklung und Zuspitzung gesellschaftspolitischer Widersprüche (z.B. beim Atomprogramm, § 218) ebenso wenig verhindern, wie das Entstehen neuer Protestpotentiale und ihre Verschmelzung mit Teilen des ideologisch aufgelösten traditionellen „Umfeldes“ der kommunistischen Gruppen. Allerdings gelang es der Bourgeoisie in diesen – sich etwa ab Mitte der 70er Jahre – neu aufbauenden Protestpotentiale und Massenbewegungen einen ziemlich scharfen Antikommunismus und starke Abgrenzungsmechanismen gegenüber den „K-Gruppen“ zu verankern.

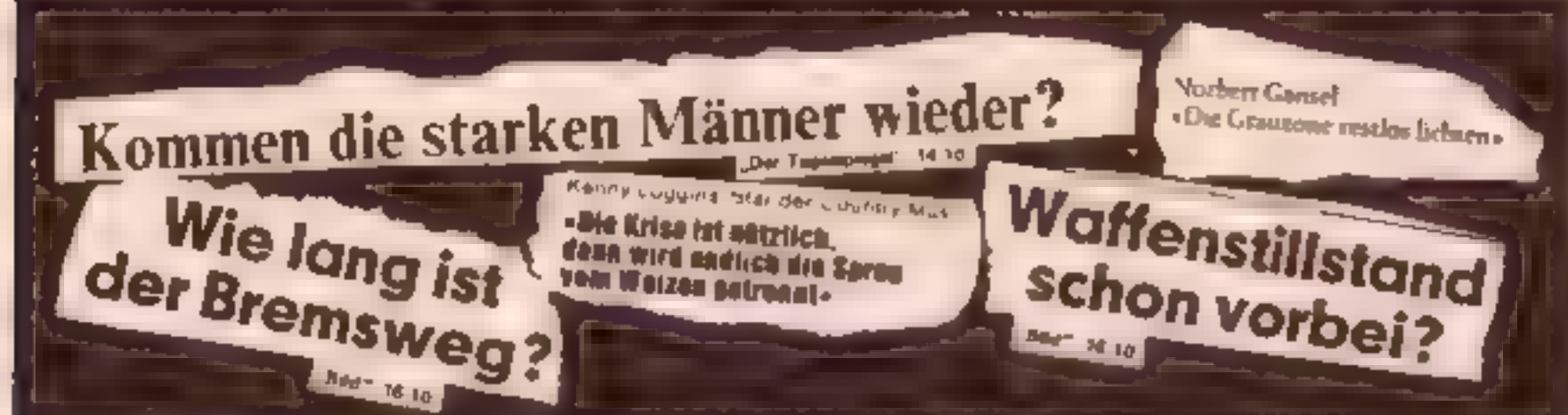
Wenn F. also in seinen „Thesen zur Krise“ insbesondere den „neuen“ und „eigenständigen“ Charakter der demokratischen Bewegung („eigenständig“ gegenüber den kommunistischen Zirkeln) bejehlt, über sieht er dabei schlicht, daß die „Eigenständigkeit“ in erheblichem Umfang weicht auf antikomunistischen Abgrenzungsmechanismen besteht. Darin sehen wir keinen Anlaß zum Feiern, allenfalls erhöhte politische Anstrengungen für uns.

Werfen wir einen kurzen Blick auf einige demokratische Massenbewegungen der Gegenwart, denen F. einen „eigenständigen“ (Charakter attestieren will. Bei der alternativen Wahlbewegung und – mit gewissen Abstrichen – der ihr wesentlich zugrunde liegenden Anti-AKW- und Umweltschutz-Bewegung, haben wir es ganz und gar unzweifelhaft mit einer sowohl ideologischen als auch politisch-organisatorischen D o m i n a n z reformistisch-kleinbürgerlicher bis sogar tendenziell reaktionär-kleinbürgerlicher Strömungen (Gruhl & Co.) zu tun. Was ist an diesen Bewegungen „eigenständig“? Mit nach wie vor dominierenden Strömungen liegen wir derzeit im Clinch, um unseren beabsichtigten Ausschluß aus der Bewegung zu verhindern, bzw. zu verzögern. Liegt in dieser Tendenz, die auf die Liquidierung der „K-Gruppen“ aus der Bewegung abzielt, der tiefere Kern des von F. so freudig begrüßten „eigenständigen“ Charakters?

Nehmen wir die derzeit existierende Frauenbewegung. Hält F. diese für „eigenständig“? Das hieße wohl schlicht die Realität mit der „autonomen“ Selbstdarstellung dieser Bewegung zu verwechseln. Eine Dominanz, sowohl in ideologischer als auch in politisch-organisatorischer Hinsicht, durch diverse kleinbürgerlich-feministische Strömungen kann ernsthaft kaum bestritten werden. Ansoch sollte für Leninisten genügend sein, daß eine „eigenständige“ demokratische Bewegung unter den Bedingungen der Bourgeoisie-Herrschaft ein Widerspruch in sich selbst ist, Erfindung von interessierter Seite, allenfalls eine modische Wortschöpfung F.'s schönfärberische Darstellung dieser Bewegungen versperren den Blick für die ungeheuer schwierigen und komplizierten (bündnis)politischen Anforderungen an die Kommunisten, die überhaupt erst für gewisse Elemente von „Eigenständigkeit“ innerhalb dieser Bewegung kämpfen müssen.

F. kommt mit seiner „eigenständigen“ Theorie („eigenständig“ vom Marxismus-Leninismus) ins Schievers, wenn er beschwichtigend beschreibt „In zunehmendem Maße wird die Rolle der Zirkel, speziell auch des KB, als „anerkannte“ Führung

Fortsetzung nächste Seite



F. mißachtet schlicht die konkrete Erfahrung einer sich teilweise vollziehenden „ideologischen Aufweichung“ unserer Reihen, das „Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen“ in der politischen Realität des KB (und selbstverständlich auch anderer kommunistischer Organisationen) und stellt dies schlicht als falsche Ängste, Einbildungen, Hingespinnungen usw. der „kommunistischen Zirkel“ dar in Wirklichkeit handele es sich hierbei – so der Genosse F. – bloß um das begründete „Entstehen eigenständiger demokratischer Bewegungen“, die F. pauschal und einseitig als „Beraterung des eigenen Kampfes“ und „auch als Erfolg der eigenen Bemühungen“ betrachtet wissen will. Falsch dagegen sei, im Zusammenhang dieser „Abkehr“ ehemaliger Genossen auch von „Führungsgruppen“ zu sprechen, denen womöglich auch noch „entgegengetreten“ werden muß. Das könnte nach F.'s Logik nur zur verderblichen Schwächung der demokratischen Bewegung führen.

Auf die Spitze treibt F. diesen Gedanken, wenn er behauptet, daß auch die allgemeine „Resignation“, „Abklafftendenzen“, schließlich „Verweigerung und Privatierung“ in „im Grunde überhaupt kein Grund zum Erschrecken“ seien. Schließlich wüßten die „Resignierten“ und „Abgeschweiften“ ihre politische Arbeit „im demokratischen Umfeld“ des KB fortsetzen und oft dabei „etwas politisches und persönliches Verhältnis zu ihren Freund/innen im KB“ behalten.

Man kann F. wahrlich nicht vorwerfen, daß er über die Krise des KB jammern würde. Im Gegenteil. Mit unübertrefflich konnigem Gemut kann er nur Positives entdecken, nur Grund zum Feiern sehen. Allerdings – bei genauerem Lesen – „feiert“ F. nicht etwa eine „Stärkung“ des KB durch „Abkehr“ demokratischer Mitläufer (ein derzeit beliebter, wenn auch unbegründeter Vorwurf gegen die „ZL“-Strömung), sondern er „feiert“ die „Stärkung“ der „eigenständigen“ demokratischen Bewegung durch Rückkehr von Demokraten aus den kommunistischen Organisationen, die sich dort nur – mangels anderer Alternative – vorübergehend festgesetzt hätten.

Mit Lenin teilt der Genosse F. sich in die Ablehnung eines allgemeinen Gejamers über die „Krise“ der Linken. Lenin allerdings betrachtete den entscheidenden Kampf gegen das „Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen“ als eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung, um eine politisch-ideologische und organisatorische Krise entgegenzuhalten, „holl“ durchzustehen. F. dagegen sieht anscheinend geradezu umgekehrt das „Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen“ „auch als Erfolg der eigenen (seiner eigenen?) Bemühungen“, um sie dann „als Bereich der eigenen Kampfes“ abzuleiten.

Dieser feine Unterschied zwischen Lenin und F. bei der Betrachtung (und Analyse) der Krise erklärt sich – oberflächlich – aus dem schlichten Umstand, daß Lenin zu diesen Problemen vom parteiweisen Standpunkt einer kommunistischen Organisation (der SDAPK) Stellung bezogen hat, währenddessen F. den Standpunkt der „gesamten Bewegung“ einzunehmen versucht und in diesem konkreten Zusammenhang sogar hauptsächlich und in erster Linie den Standpunkt der von ihm so vorgeführten „eigenständigen demokratischen Bewegung“.

Unter dieser Bedingung muß es F. natürlich pauschal als begrüßenswerter Fortschritt etc. erscheinen, wenn ein größerer Teil ehemaliger Mitglieder von kommunistischen Organisationen, nachdem sie diese verlas-

Die „Führungskrise“

Als wesentliches Problem bei der derzeitigen „ideologischen Krise“ der kommunistischen Gruppen diagnostiziert F. eine sog. „Führungskrise“, eine „Orientierungs- und Führungsschwäche „kommunistischer Zirkel“. Damit will er ausdrücken, daß die „kommunistische Bewegung“ ihre alte Stellung in der (radikal)demokratischen Massenbewegung – im Vergleich zu früheren Jahren – nicht mehr aufrechterhalten kann. Als diese „alte Stellung“ ehennurige Funktion o.B. wertet F. die „Rolle der Zirkel als Stellvertreter der demokratischen Bewegung“ eine Bewegung, die angeblich erst heute im Begriff ist, sich zu entwickeln, die es aber seit der APO bis in unsere Tage noch nicht wirklich gab. Schon ein flüchtiger Blick auf den politischen Kalender der jüngsten BRD-Vergangenheit läßt über diese These des Genossen F. nur noch Kopfschütteln über soviel ahistorische Ignoranz zu: der jahrelange Massenkampf um die Verbesserung des Schulsystems, die Anti-Barzel-Kampagne (gegen das „M.B.trauensvotum“), die breite Kampagne gegen den § 218, die Kampagne gegen die Berufsverbote und und und ... alles Kämpfe, die die kommunistischen „Zirkel als Stellvertreter der demokratischen Bewegung“ geführt hätten? Verrückt.

Ausgangspunkt seiner „Bewertung“ ist F.'s Behauptung, daß es ohnehin kaum nennenswerte Unterschiede zwischen der jüngeren „kommunistischen Bewegung“ (nach der APO) und der allgemeinen demokratischen Bewegung gegeben hätte. „Vielmehr sind „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung in der BRD mehr oder weniger identisch gewesen.“

Diese Behauptung – die in F.'s Thesenkonstruktion eine ganz zentrale Stellung einnimmt – ist u.B. nun wirklich grober Unfug und hält nicht einmal einer sehr groben Betrachtung stand. Richtig ist, daß nun wirklich grober Unfug und hält nicht einmal einer sehr groben Betrachtung stand. Richtig ist, daß – historisch bedingt – eine katastrophale Schwäche den demokratischen politischen Sektor der BRD (im Vergleich mit dem süd-, nord- und westeuropäischen Ausland) auszeichnet, daß es in der BRD kaum Kontinuität demokratischer Entwicklungen und daher auch nur eine sehr schwache „demokratische Tradition“ gibt und daß sich aus alledem ab und dann eine aktuelle und punktuelle Situation entwickelte, in der die radikale Linke, speziell die kommunistische Bewegung, einige Lücken auf diesem Sektor schließen mußte. Richtig ist auch, daß die APO teilweise als Sammelbecken, Aktionsstätte demokratischer, kommunistischer und linksradikaler Tendenzen fungierte, was z.T. – insbesondere für „Außenstehende“ – nur schwer differenzierbar war und zeitweise als „einheitliche Masse“ erschien. Richtig ist auch, daß es innerhalb dieses „Sammelbeckens“ gewisse Umschichtungen (nach links) gegeben hat. Allerdings bleibt Tatsache, daß mit Zerfall der APO auch eine Differenzierung des „demokratischen“ vom „linksradikalen Lager“ (aus letzteren sich dann die kommunistischen Zirkel in Abgrenzung zum Aktionismus und Spontaneismus entwickelten) sich durchsetzte und daß sich der ü b e r g r o ß e Teil des demokratischen Lagers als „linker Flügel“ bei SPD, DGB und FDP niederließ.

Vor diesem Hintergrund davon zu sprechen, daß „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung in der BRD mehr oder weniger i d e n t i s c h gewesen sein sollen, und dies auch noch wie der Genosse F. unterstellt, seit der APO-Bewegung bis in die allerjüngste Vergangenheit (und Gegenwart) hinein, ist nun wirklich ausgemachter Koll.

Noch kühner ist F.'s Behauptung, die „kommunistische Bewe-

Thesen“ noch halbwegs korrekt. Hätte er dann weiter gesagt, daß vor diesem Hintergrund junge kommunistische Zirkel entstanden sind, die sowohl „bewußtes Element“ als auch „modebedingte“ Strömungen in sich vereinigten, so wäre auch das richtig gewesen. Dies hätte umgekehrt aber auch einen wesentlichen Unterschied zwischen kommunistischer und demokratisch-spontaner Bewegung nahegelegt. Aber eben diesen Unterschied zu leugnen, ist F.'s spezifisches Anliegen.)

Nachdem F. kommunistische und demokratische Bewegung egalisiert hat, kommt er zu einer Doppel-Schlußfolgerung, die in sich total ungereimt bleibt: Einmal hätte die „kommunistische Bewegung“ „teilvertretend für die (noch) nicht entwickelte demokratische Bewegung“ den „demokratischen Protest“ tragen müssen, zum anderen würde in der Praxis „der Kurs der (kommunistischen) Zirkel von der spontanen Bewegung selbst bestimmt“. Mit anderen Worten: Die „kommunistischen Zirkel“ führen „stellvertretend“ den demokratischen Kampf „für eine (noch) nicht entwickelte demokratische Bewegung“, wobei ihr politischer „Kurs“ von eben dieser Bewegung (die es noch gar nicht geben soll) „bestimmt“ wird. Spontaner Wirtswart? Oder Wirtswart als Methode zur Durchsetzung ganz bestimmter Vorstellungen zur „Auslenkung“? Man wird sehen.

Es kommt noch dicker: „Trotz ihrer Unfähigkeit, eine längerfristige Orientierung und konkrete Führung zu geben, konnten die Zirkel sich zur „Führung“ (in Anführungsstrichen) großer Teile der Nach-APO-Bewegung aufschwingen.“ Und „Rund zehn Jahre lang ließ sich die „Bewegung“ (jetzt auch in Anführungsstrichen) in diesem Sinn führen bzw. führte sich gewissermaßen selbst.“

Im Grunde müßte „spontan“ einleuchten, daß (zwei) „mehr oder weniger

Im Grunde müßte „spontan“ einleuchten, daß (zwei) „mehr oder weniger identische“ Bewegungen (also in Wirklichkeit ein und dieselbe Bewegung) sich nicht gegenseitig oder wechselseitig „führen“ kann, daß also – in der Logik des Genossen F. – auch gar nicht von „Führung“ gesprochen werden könnte. Und wo's keine „Führung“ gegeben hat, dürfte es auch keine „Führungskrise“ geben. Das sollte bereits mit „einfacher Logik“ verständlich sein. Der Genosse F. jedoch braucht diese „Führungskrise“, deren Lösung (und damit Lösung der Krise) er andeutet/verheißt, sofern wir bereit sind, ihm auf seinen Weg zu folgen, indem wir „neue Antworten auf neue Frage“ zu geben bereit sind, besser von ihm entgegenzunehmen bereit sind.

Aus dieser Zweckmühle versucht der Genosse F. galant zu entweichen, in dem er für die Vergangenheit eine Art Schein-„Führung“ konstruiert, die bisher die konkrete Form des „Stellvertreter-Kampfes“ angenommen hat.

Hätte F. etwas besser nachgedacht, hätte er sich diesen Eiertanz um „Führung“ der demokratischen Bewegung durch die „Zirkel“, bzw. Kursbestimmung der Zirkel-Politik durch die „demokratische Bewegung“ (mit und ohne Anführungsstriche) etc. pp. sich selbst ersparen können und dem Leser seiner Krisen-Thesen gleichzeitig allerhand Kopfschütteln. Die tatsächlichen historischen Fakten, Entwicklungen und Abläufe waren – im groben und ganzen – viel einfacher.

Seit Herausbildung der kommunistischen Zirkel aus dem linksradikalen APO-Flügel, aus demjenigen Teil der APO, der für Sozialdemokraten und Revisionisten nicht mitnehmbar war, bildete ein ziemlich großer Rest (teil dieses APO-Flügels) einige Jahre lang ein „natürliches“ Um- und Rekrutierungsfeld, gewissermaßen eine

Fortsetzung von Seite 54

rer in radikal-demokratischen Aktionen, Kampagnen usw. durch Sozialdemokraten (einschließlich der „Alternativen“) und durch Revisionisten aller Schattierungen in Frage gestellt.“

Diese Aussage („These“) von F hat es wieder „mal so „in sich“. Wie gesagt, ist der Grundgedanke ziemlich richtig (und steht darum auch in krassen Widerspruch zu F's des- bezügl. Argumentation in seinem Krisen-Salat), gleichzeitig sind wiederum alle konkreten Aussagen, die von diesem Grundgedanken „transportiert“ werden, der blanke Unfug. Weder machen uns – im konkreten – die Sozialdemokraten unseren angestammten Sessel „als „erkannte Führer“ streitig, sondern wir kämpfen schlicht um untergeordneten Einfluß innerhalb dieser Massenbewegungen, ohne überhaupt annähernd schon Kraft und Fähigkeit zu haben, die unbestrittene Dominanz der Sozialdemokraten und sonstigen kleinbürgerlichen Führer in diesen Bewegungen überhaupt in Frage stellen zu können. Noch wird unsere bisherige Rolle in diesen Bewegungen „durch Revisionisten aller Schattierungen (darunter faßt F DKP und „KPD“) in Frage gestellt.“ Tatsächlich ergeht es DKP (mit speziellen Ausnahmen, wie etwa im Antifa-Sektor) und „KPD“ – nur bei tendenziellen Unterschieden – ganz ähnlich wie uns. Der Einfluß beider nimmt eher ab, als er stagniert. Das läßt sich leicht belegen. Daß sich DKP und „KPD“ zu Lasten des KB politisch mühen würden, ist freies Erfindung („These“) von F. Wollte es höchst bedenklich, die Führer der „Alternativen“, wie sie heute real existieren, umständlich der Sozialdemokratie „beizugeordnen“. Diesen kleinbürgerlichen Führern fehlt im wesentlichen gerade das typisch sozialdemokratische Element, nämlich ein (links)reformistischer Bezug zur Arbeiterbewegung.

Daß sowohl die Kommunisten (mit und ohne Anführerschaft) als auch die Revisionisten (DKP) und sogar traditionell links-sozialdemokratische Strömungen allesamt in den derzeitigen Massenbewegungen nur eine subgeordnete Rolle spielen können, liegt an ihrem gemeinsamen politisch-ideologischen Bezug zur Arbeiterbewegung, die aber – wie F ganz richtig schreibt – „selbst noch nicht Bestandteil der Kämpfe war, sondern nur einige privilegierte Arbeiter(innen) am Rande in die „Bewegung“ gezogen wurden, wo sie meist nur ein vorübergehendes Zuhause fanden.“ (Dies beschreibt F zwar für uns, schon mehrere Jahre zurückliegende Periode, die Lage hat sich u.E. aber auch bis heute nicht qualitativ geändert). Aus dieser auch richtigen Beschreibung zieht F aber wiederum genau den falschen Schluß, indem er direkt anschließt: „In diesem Rahmen allerdings haben „kommunistische“ Zirkel tatsächlich die Kämpfe anführen können, konnten sie punktuell konkrete Orientierung geben und konnte auch die Richtung angegeben werden, in die zu arbeiten sei.“

Genau das Gegenteil stimmt. Die konkrete Orientierung geben und konnte auch die Richtung angegeben werden, in die zu arbeiten sei.“

Genau das Gegenteil stimmt. Die kompromittierte Problematik proletarischer Bündnis- und Massenpolitik, die sowohl die „kommunistische Bewegung“ als auch Revisionisten und linke Sozialdemokraten trifft, liegt gerade in der weitgehenden politischen Abstinenz der Arbeiterbewegung von den derzeitigen demokratischen Massenbewegungen begründet.

Krisenbedeutung in der Sackgasse
Betrachtet man das kümmerliche Schwanzende von F's Krisen-These, nämlich seine praktischen Ratschläge für den KB (Schlußfolgerungen), nämlich

1. „Anhebung des politisch-ideologischen und theoretischen Niveaus“ – seit mindestens acht Jahren ein Dauerbrenner im KB
2. „Teilnahme an den sich entwickelnden demokratischen Kämpfen...“ (läuft eh),
3. „Untersuchung der Lage und Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung...“ (immer richtig)

dann zeigt sich die inhaltliche Armut(e)igkeit im Repertoire unserer derzeitigen „Krisenbewältiger“ und ihre „Lage und Entwicklung“, nämlich in die Sackgasse und politische Ratlosigkeit.

Vor diesem Hintergrund gehört u.E. schon allerhand Mut (Verzweiflung?) dazu, die „Zentrumsfraktion“ als „Liquida-toren“ zu kennzeichnen, weil diese angeblich „zu bewährten“ Prinzipien der zeitgen. politischen Überlebensfähigkeit zurückkehren wollen. Wir sind aber gern bereit, dem Genossen F eine gewisse feindselige Haltung zu „politischer Überschaubarkeit“ zu attestieren.

Leitung des Zentrums

Zur Krise der kommunistischen Bewegung

(Teil 2)

Im ersten Teil dieser Arbeit habe ich versucht, die Krise der „Neuen Linken“ oder „Neuen Kommunistischen Bewegung“ in den Zusammenhang der weltweiten Krise des Kommunismus zu stellen. Der weiteren versuche ich an den politisch-theoretischen Vorstellungen Lenins anzuknüpfen, der der entscheidende Theoretiker und Führer der 3. Internationale war. Ich habe mich bemüht, die nach meiner Überzeugung gravierenden theoretischen Schwächen/Fehlurteile zu ergründen, die von prägendem Einfluß im den politisch-theoretischen und organisatorischen Konzept der 3. Internationale waren. In diesem Teil nun will ich versuchen, einige Denkanstöße/Argumente darüber zu entwickeln, wie sich der Imperialismus weiterentwickelt hat und welche Produktivkräfte er fortgesetzt entwickelt, was das für Fragen bezüglich der bisherigen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aufwirft etc. Ferner soll auf dieser Basis auf die neuen Massenbewegungen (Umweltschutz/Ökologie) eingegangen werden und auf ihre Bedeutung für den antikapitalistischen Kampf. Last not least dann einige Überlegungen zur Rolle und Perspektive linker Organisationen bzw. von Organisationen überhaupt.

Der Mythos von der Produktivkraftentwicklung...

Im Gegensatz zur Leninschen Annahme, er sei am Ende, hat der Imperialismus sich konsolidiert und im letzten halben Jahrhundert die Produktivkräfte fortentwickelt. Dies in einem Ausmaß und in einem Tempo, was Anfang des Jahrhunderts niemand vorausahnte bzw. voraussetzen konnte. Das aktuelle Gesicht des Imperialismus, die spezifischen Formen der heutigen Bedrohung der Menschheit durch das imperialistische System werfen die Frage nach der Tauglichkeit/Unzulänglichkeit der grundlegend auf Marx fußenden bisherigen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erklärung der heutigen Wirklichkeit auf.

Für Marx war – ähnlich wie für Lenin – die proletarische Revolution in greifbarer Nähe, als er seine Theorie des Sozialismus/Kommunismus entwickelte. Er sah im Kapitalismus selbst die entscheidenden Wurzeln (Widersprüche), die die Überwindung des Systems unvermeidlich machten. Jedoch war der Sozialismus ~~Kommunismus~~ für Marx nur auf einem bestimmten Mindestmaß gesellschaftlicher Reife möglich, bei einem bestimmten „Entwicklungsstand der Produktivkräfte“. Dies sei unabdingbare Voraussetzung für die Senkung der „notwendigen Arbeitszeit“ (zur Lebenserhaltung) und zur Einbeziehung des ganzen Menschengeschlechtes in kulturelle, „menschenwürdige“ Beschäftigung. Der Kapitalismus nun hat das historische Verdienst, daß er die Produktivkräfte in beschleunigtem Tempo vermehrt und entwickelt, und damit die Voraussetzungen des Sozialismus schafft. Lediglich die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer ganzen Anarchie etc. werden als „Hindernis“ für die Entwicklung der Produktivkräfte“ behindern, werden zu ihrer „Fessel“. Hat das kapitalistische System dann „alle Produktivkräfte“ entwickelt, für die es weit genug ist, wird es abreißen (getrieben werden) und das Proletariat kann dann „alle Produktivkräfte“ entwickeln, für die es weit genug ist, wird es abreißen (getrieben werden) und das Proletariat kann dann die entwickelten Produktivkräfte für die Errichtung des Sozialismus als materielle Grundlage übernehmen... Marx und Engels schreiben 1848:

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhafte und kolossale Produktivkräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampf-schiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffarmachung der Flüsse, ganz aus dem Boden hervorge-stampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten... alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse (wurden) zerstört... die düsteren Feudal-bünde... unbarbarisch zerrissen und an die Stelle der zahllosen verbrannten und wüstenhaften Freuden die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt.“ (1)

Trotz allen Elendes, totaler Ent-wurzelung von proletarisierten Massen und ihre physische Vernichtung im ersten Stadium der Industrialisierung, sahen Marx und Engels in diesem Prozeß einen notwendigen Schritt zur Höherentwicklung der Menschheit, zur Zivilisation:

„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischen Nationen in die Zivilisation...“ (2) Marx hält die Entlassung der großen Industrie und ihre zerstörerische Ausbreitung über die ganze Welt für einen historisch notwendigen, „im Interesse der

Menschheit“ stattfindenden Prozeß ungeachtet der Opfer Einzelner, wie ganzer Generationen. In einer Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Ökonomen Ricardo nimmt er bspw. diesen gegen seine „sentimentalen Gegner“ in Schutz:

Diese wollen nicht erkennen, daß die „Produktion der Produktion halber“ nichts anderes bedeutet als die „Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck. Stellt man das Wohl der Einzelnen diesem Zweck gegenüber, so behauptet man, daß die Entwicklung der Gattung (1) aufgehalten werden muß, um das Wohl des Einzelnen zu sichern... Daß diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, objektiv sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, daß also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkauft wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden.“ Ricardo sei „wissenschaftlich ehrlich, wenn er ihm gleichgültig ist, ob die Fortentwicklung der Produktivkräfte „Grundlegendem schädigt oder Arbeiter“ (3).

Marx stellt nie in Frage (oder nur ansatzweise), ob die Produktivkräfte, die durch den Kapitalismus entwickelt werden, auch wirklich die sind, die der Sozialismus/Kommunismus als „materielle Grundlage“ braucht. Er sah die durch den Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte als uneingeschränkt fortschrittlich an, weil sie im wesentlichen folgende Merkmale einer künftigen sozialistischen Gesellschaft aufwiesen:

Hohe Produktivität, durch neue Technologien, Organisationsformen, angewandte, enorm fortschreitende Wissenschaft etc.

Die Organisation der Arbeit, die hohes Tempo

Die Organisation der Arbeit, die ihre Zentralisierung, ihre „Vergesellschaftung“, jeder Arbeiter in im größeren gesellschaftlichen Verband in der Verrichtung seiner Arbeit abhängig, zur Kooperation gezwungen etc.

Konzentration des Kapitals, Konzentration der Produktionsmittel, Reduzierung der Funktion der Kapitalisten durch diesen Prozeß immer stärker auf die nackte Ausbeutung. Schließlich tritt ihr rein parasitärer Charakter zu Tage und das Proletariat strebt zur (Macht)übernahme der weitgehend vergesellschafteten Produktionskräfte. Dies sollte nach Marx die sichtbare Möglichkeit (Konzentration des Kapitals) sowie auf der durch den Kapitalismus herbeigeführten Befähigung des Proletariats zu diesem Schritt unausweichbar das Ergebnis des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein.

Im ersten Band des „Kapitals“ faßt Marx das folgendermaßen zusammen: „Hand in Hand mit (der) Zentralisation oder der Expropriation (= Enteignung) vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit... Mit der ständig abnehmenden Zahl der kapitalistischen, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren (= vereinnahmen) und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der

stets anwachsenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt.“ (4).

Die bürgerliche Fortschrittsgläubigkeit...

Diese mit groß unmissender marxistischer Theorie ist bis heute von nahezu sämtlichen Richtungen, Strömungen etc. des Marxismus-Leninismus akzeptiert. Selbst die chinesische Relativierung ungehemmter Produktivkraftentwicklung (Kulturrevolution) führte letztlich nicht zur Kritik des obigen Marx-schen theoretischen Ansatzes. Die Maxime der „historischen Mission“ Produktivkraftentwicklung des Kapitalismus, der dadurch stattfindende Prozeß der „Höherentwicklung“ der menschlichen Gesellschaft, der Glaube an die Industrialisierung mit ihrer zentralwirtschaftlichen Perfektionierung etc. ist zentraler Bestandteil des Marxismus-Leninismus. Bezieht man die real-sozialistischen Versuche mit ein, so löst sich diese Vorstellung auf in den Glauben an eine riesige, perfekt durchgeplante, auf Basis unerbittlicher marxistischer Disziplin funktionierende Maschine ja den „absoluten Automaten“ o.ä., der die notwendige Arbeit der Menschheit zu ihrer Bedürfnisbefriedigung ugendwonn auf ein Minimum herabdrücken soll.

Der Marxismus-Leninismus kritisiert bislang nur die (kapitalistischen) Produktionsverhältnisse – nicht aber auch die durch den Kapitalismus her-vorgebrachten Produktivkräfte selbst. Ein solcher Prozeß wird uns in seiner Notwendigkeit erst in den letzten Jahren durch Technologien etwa wie die Kernenergie etc. bewußt (aber auch hier hat etwa die DKP am deutlichsten – der KB aber ansatzweise auch – versucht, die Kritik daran auf eine kritik kapitalistischer Anwendung zu reduzieren, eben Kritik der Produk-tionsverhältnisse). Nicht im Blickfeld war zurzeit der „Kapitalismus“ in der (1) von ihm hervorgebrachten Produktivkraft. Ich meine die Tatsache, daß heute im Unterschied (jedenfalls weitgehend im Unterschied) zum vorigen Jahrhundert in bedrohlichem Ausmaß Technologien entwickelt werden und zur Ausweitung kommen, die das Leben

des Menschen zu einem großen Maß-gradem verändert werden und zur Ausweitung kommen, die die Lebensbedingungen der Menschheit in beschleunigtem Tempo zerstören, daß der Fortbestand der Produktionsweise des Kapitalismus diese massenhafte (nicht nur der Kernenergie allein!) Entwicklung solcher Technologien erfordert. Der Grund und der soziale Antrieb für die Beseitigung des Kapitalismus besteht nicht pauschal und allein in dem Henmannis, der „Fessel“ der kapitalistischen Produktionsweise für die „weitere Entwicklung der Produktivkräfte“, er besteht darüber hinaus in zunehmendem Maße in der Charakter dieser Produktivkräfte selbst, die nicht mehr pauschal die „materielle Basis“ einer sozialistischen Gesellschaft abgeben können, sondern hinsichtlich ihrer sozialen und hinsichtlich ihrer ökologischen-biologischen Auswirkungen einer gründlichen Kritik unterzogen werden müssen. Die Wirtschaftssysteme der Gesellschaften des „realen Sozialismus“ stellen (nicht nur) in dieser Beziehung das Trauma der sozialistischen konkreten Utopie dar.

Sie bedrohen in der gleichen Weise das Leben auf diesem Planeten, mit ihrer kritiklosen Übernahme (und Fortentwicklung) der kapitalistischen Technologien, und sie sind als Ergebnis ihrer ungehemmt fortschrittsgläubigen Konkurrenz mit der kapitalistischen Warenproduktion der sozialistischen Emanzipation der Menschen kaum einen Schritt näher gekommen.

Die „moderne“ Verelendung...

Zur oben behaupteten und bis da-hin nicht näher erklärten Notwendigkeit, die kapitalistischen Produktivkräfte neben der ökologisch-biologi-

sehen Kritik, auch einer Kritik der sozialen Auswirkungen zu unter-ziehen, noch folgender Hinweis:

Für Marx war die kapitalistische Produktionsweise aufgrund ihres „Fessel-Charakters“ nicht imstande, das materielle Elend, die „Verelendung“ des Proletariats zu beheben (siehe vorn), weswegen er die Revolution in naher Zukunft sah. Dies hat sich in den Industrieländern nicht bewahrheitet. Der von Lenin analysierte Imperialismus (siehe hierzu den ersten Teil meines Artikels) konnte mittels Ausplünderung der Kolonien und Unterwerfung des Weltmarktes dieses Problem relativieren und mit seiner Weiterherrschaft vereinbar machen. Lenin sah seinerseits die imperialistische Herrschaft mit dem 1. Weltkrieg und mit dem beginnenden Zusammenbruch des Kolonial-Systems am Ende. Aber auch dies hat sich nicht bewahrheitet – der Imperialismus hat es verstanden, gerade über eine Steigerung des Tempos der Produktivkraftentwicklung das alte System der Ausplünderung der Kolonien durch eine neue, eine technologische Variante zu ergänzen bzw. beides geschickt zu kombinieren. Diese technologische Entwicklung schafft alles andere als die „materielle Grundlage“ des Sozialismus, sie ist Technologie der imperialistischen Herrschaft an sich, sie bedingt soziale und gesellschaftliche Strukturen (Suchwort: Atomstaat), die den Menschen entmündigen, ihn der Allgewalt der Technik ausliefern, vom ihm straffe Disziplin, funktionale, „sachliche“ Eingliederung in das militärisch und bürokratisch-zentral gesteuerte Ganze verlangen. Dies ist nicht den kapitalistischen Produktionsverhältnissen allein anzulasten, sondern eben auch den durch sie bestimmten und in ihrer Entwicklung gesteuerten Produktivkräften selbst. Das elendete materielle Elend – „Verelendung“ – verleiht sich in den industriellen Ländern in den Bereich des geistig-kulturellen Lebens, der psychischen Verelendung im Massen-Maßstab:

„Das Ideal der Industrie ist die Ausschaltung lebender Substanzen (Schumacher). Diese Ausschaltung des Industriestystems kann nicht überinterpretiert werden. Sie trifft auf allen Ebenen und für alle Aspekte zu: für die Logik des Kapitals, die lebendige Arbeit durch tote ersetzt, für die erwähnte Entwertung der Fertigkeiten oder ganz konkret für bestimmte Technologien in der Landwirtschaft und chemischen Industrie.“

Die Ausschaltung lebender Substanzen und Instanzen durch die Industrialisierung hat jedoch für das Individuum noch sehr viel direktere Be-

deutung, als man sich denken mag. Die Industrialisierung hat jedoch für das Individuum noch sehr viel direktere Bedeutung: Es ist eine Ausschaltung wichtiger Dimensionen des Lebens. Der Spontaneität, der Geselligkeit und personenbezogenen Kommunikation, der Gefühle und Zuneigung, der Erotik und Sexualität. Diese Bereiche werden abgedrängt in eine schmale Zone des Privaten. Die Arbeitsvollzüge und die Gesellschaftlichkeit im Industriesystem verlangen ein gefühlloses, geschlechtsloses und durch den technischen Fortschritt zunehmend auch ein „körperloses“ Wesen. Diese „Körper ausschaltung“ erzeugt eine psychisch-sinnliche Verarmung der Individuen, die auch in den Privatbereich hineinwirkt. Nimmt man die Trennung der Lebensbereiche hinzu, den Dualismus von Produzieren und Konsumieren, Arbeitszeit und Freizeit, die Trennung von privat und öffentlich, die grundlegende Veränderung und Funktionsreduzierung der Familie und die anderen Veränderungen durch die Industrialisierung, so ergibt dies insgesamt die Hauptquelle des heutigen massenhaften psychischen Elends.

Ob eine Gesellschaft sich sozialistisch nennen kann, muß auch an den Individuen erkennbar sein: ob für sie die durch den Kapitalismus entstandene umfassende Enteignung aufgehoben ist, ob die Verfügungsgewalt über ihren Lebensbereich in ihren Händen liegt, ob die industrielle Unmündigkeit gebrochen ist, ob die Aufrechterhaltung des Lebensbereichs zurückgenommen und ob ein neues Verhältnis zur inneren und äußeren Natur des Menschen gefunden wurde. Solange nicht auch in diesen Bereichen wesentliche Veränderungen gegenüber kapitalistischen Gesellschaften errungen worden sind, ist die kapitalistische Formation noch nicht überschritten“ (5).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 55

Dies mag an dieser Stelle zur Erläuterung des Gedankens genügen, daß man die vom Imperialismus entwickelten Produktivkräfte u.a. einer Kritik hinsichtlich ihrer sozialen Auswirkungen unterziehen muß, diese eben nicht einfach so als „materielle Grundlage“ des Sozialismus betrachtet werden können. Diese Auffassung muß viel mehr als eine Übernahme bürgerlicher Fortschrittsgläubigkeit im Ideen-Bereich des Marxismus-Leninismus begriffen werden. Stellt man dies jedoch fest, so wird eine weitere theoretische Lücke erst in ihrem ganzen Umfang sichtbar...

Der Trugschluß von der Produktivität...

Die angebliche Produktivität der vom Kapitalismus eingeleiteten Industrialisierung ist ihr stärkstes Argument — sowohl von bürgerlicher, wie auch unter umgekehrtem Vorzeichen von sozialistischer Seite. Daß dies ein gefährlicher Trugschluß und darüber hinaus im Weltmaßstab betrachtet kaum beweisbar ist, will ich in gebotener Kürze noch zur Untermauerung der obigen Thesen ausführen.

Aus der Perspektive des „industrialisierten Menschen“ erscheint uns die Geschichte der Technik überhaupt erst mit der Industriellen Revolution beginnend. Diese Sicht ist aber schon ein Scheitern „selbstverständlichen“ Ergebnis industrieller Bewertung der vorangegangenen gesellschaftlichen Formationen.

„Das Fehltriffl unserer Zeit ruht daher, daß die größten technologischen Errungenschaften der antiken Welt auf dem Gebiet der Statik und nicht der Dynamik lagen. In der Baukunst, nicht in der Mechanik, in Bauwerken, nicht in Maschinen. Wenn der Historiker in Kulturen einen Mangel an Erfindungen entdeckt, so deshalb, weil er darauf beharrt, als Hauptkriterium des technischen Fortschritts die speziellen Arten von Kraftmaschinen und Automaten anzusehen, auf die der westliche Mensch sich heute festgelegt hat, während er wichtige Erfindungen, wie die Zentralheizung oder das Wasserklosett als unbedeutend ansieht, oder sie in seiner Unwissenheit sogar unserer eigenen industriellen Revolution zuschreibt“ (6). Hier soll nicht einer Neuauflage von „Maschinenräuber“ das Wort gegeben werden, auch nicht einer von behaltlosen Fortschrittler vor industriellen Kulturen. Es soll nur versucht werden, an die riesige Zerstörung kultureller Werte, von Wissen und Fertigkeiten etc. zu erinnern, die durch die der ganzen Welt aufgezogene „abendländische Zivilisation“ verursacht wurde.

„Einen fairen Wettstreit zwischen dem ganzen westlichen Denken und außereuropäischen Mythen und Kosmologien hat es nie gegeben. Diese Ideengruppen und mit ihnen verbundene Praktiken (Medizin z.B.) verschwanden nicht, weil die europäische Wissenschaft besser war, sondern

„Konzentration des Kapitals“) mit ihren Zuliefer-Notwendigkeiten und der Bindung riesiger Transportkapazitäten ist heute aus der Sicht einer planmäßigen Entwicklung des Welt-systems weder produktiv, noch aufrechtzuerhaltende „materielle Grundlage“ eines künftigen sozialistischen Systems. Sie ist vielmehr der direkte Ausdruck imperialistischer Macht, Herrschaft und wird in nicht geringem Maße entflochten werden müssen. Mit dieser Entflechtung wird sich ein sozialistisches System ferner in erheblichem Ausmaß von herrschaftsstabilisierenden und produzierenden Technologien trennen müssen, die — wie sich in den letzten Jahren immer stärker herausgestellt hat — die Lebensgrundlage jeder bestehenden oder künftigen gesellschaftlichen Formation gefährden. Denn der zweite große Bereich, in dem die kapitalistische Produktionsweise „Kosten verschleiert“, um produktiver zu erscheinen, ist die Natur.

„Die industrielle Produktionsweise ist ein ökologisch offenes System. Es werden auf der einen Seite Stoffe verbraucht, die nicht zu erneuern sind, die nicht „nachwachsen“, und von denen angenommen wird, „bezahlt“ werden müßte nur die Arbeit für die Gewinnung der Stoffe. Auf der anderen Seite werden Stoffe produziert, die nicht durch den Kreislauf der Natur abgebaut werden können, sondern sich als „Müll“ anhäufen. Dieser Müll als Abfall, Abgas oder Abwasser wird zum großen Teil über die ganze Erde etwa durch die Flüsse und Meere oder auch durch hohe Schornsteine in der Atmosphäre verteilt, so daß die „Kosten“ im Gegensatz zu den Gewinnen weit gestreut werden, was den Eindruck hoher Produktivität erweckt. Durch diesen Müll werden jedoch auch Schäden verursacht, die in der Dimension „Kosten“ überhaupt nicht zu erfassen sind, weil sie nicht zu „bezahlen“ sind, d.h. durch noch so große menschliche Anstrengungen nicht behoben werden können. Eine irreversible, nicht wieder rückgängig zu machende Zerstörung des Lebenssystems Erde. Die meisten industriellen Produktionsverfahren können also nur in dem engen Bereich des wirtschaftlichen Horizont als „produktiv“ erscheinen, weil sie neben der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch die Erde und Natur ausplündern und zerstören. Das gilt wiederum auch für das Industriesystem der real existierenden Sozialismus. Nicht nur der Rhein ist eine Kloake, auch die Wolga, nicht nur im Nahgebiet ist die Luft verpestet, auch die volkseigenen Betriebe der Leuna-Werke pusten tonnenweise Dreck in die Atmosphäre, und zerstörte, monotone Arbeit ist ebenfalls auch in den „volkseigenen“ Fabriken an der Tagesordnung“ (9).

Als einen letzten Gesichtspunkt in Sachen Produktivität noch folgenden Hinweis: Alle erstrebenswerte Produktivität muß sich ja auf die zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung notwendige Arbeit beziehen; muß diese schneller, leichter, usw. gestalten, notwendige Arbeit beziehen, muß diese schneller, leichter, usw. gestalten, damit die Menschheit als Ganzes Zeit gewinnt für „wirklich menschenwürdige“ Beschäftigung (siehe vorn). Die kapitalistische Warenproduktion „entmenslicht“ aber demgegenüber die Bedürfnisstruktur, produziert mit den Waren zu ihrer Befriedigung die Bedürfnisse gleich mit und dies stets auf größerer Stufenleiter. Sie schafft so ständig Knappheit etc.

In diesem Bereich ist die Analyse von Marx gestochen scharf: „Die Produktion produziert ... nicht nur einen Gegenstand für das Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand. Die Produktion produziert die Konsumtion daher erstens, indem sie ihr das Material schafft, zweitens, indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt, drittens, indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt. Sie produziert daher Gegenstand der Konsumtion, Weise der Konsumtion, Trieb der Konsumtion“ (10). Ob solcher sozusagen „industriekulturell“ vorbestimmter und beständig reproduzierter Konsum, einschließlich der Produktionsweise, die ihn hervorbringt, letztlich etwas mit der „Höherentwicklung“ der „Gattung“ Mensch und seiner gesellschaftlichen Organisation zu tun haben, ist zumindest mehr als fraglich.

Technologiekritik ...

Ich will in diesem Kapitel sozusagen etwas „Fleisch“ in die oben aufgestellten Thesen bringen. Am Beispiel der Kernenergie, der Petro-Chemie und der industrialisierten Landwirtschaft soll die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Technologie- und Zivilisationskritik für eine sozialistische Alternative aufgezeigt werden, ohne daß ich hier in ständiger, erschöpfender Analysen vorzulegen. Der Einfachheit halber und etwas unter Zeitdruck stütze ich mich hier auf die

Ergebnisse des Kapitels 5, Otto Ulrich, „Weltniveau“ (siehe Anmerkung 5). Eng verwachsen mit allem wissenschaftlichen Fortschritt ist der imperialistische Industriegesellschaft ist der gigantische Militärapparat. Für seine Zwecke arbeiten in der Welt mehr als die Hälfte aller Wissenschaftler, 9 10 aller „wissenschaftlichen Fortschritte“ kommen aus diesem Sektor. Kurz einige Stichworte:

• die Menschheit ist durch dieses gigantische Potential in der Lage, sich selbst auszulöschen, die Erde zu „vermodern“, d.h. alle Grundlagen von Leben zu zerstören.

• die Militärmaschine zerstört laufend in mehrfacher Hinsicht: seit 1945 gab es 133 Kriege, in die 88 Länder verwickelt waren, mit 25 Millionen Toten.

• ungeheure Mittel und Ressourcen werden gebunden: derzeit 800 Mrd DM pro Jahr Rüstungskosten.

Unmittelbares Ergebnis des wissenschaftlich-technischen „Fortschritts“ im Militärapparat ist die Kerntechnologie — die gigantischste und weitreichendste Sackgasse Technologie des Imperialismus. Diese Technologie ist eine Technologie ohne Umkehr und kann von den Baumeistern einer künftigen sozialistischen Gesellschaft nur vollständig gestrichen werden. Dazu einige Thesen:

— Die Kerntechnologie führt zu einer qualitativ neuen Dimension der Gefährdung. Sie bedeutet ständigen Umgang mit Radioaktivität, d.h. mit einer physikalischen Realität, die auf Jahrtausende hinaus störend und gefährlich für lebende Organismen ist.

— Die vermeintlich „friedliche“ Nutzung der Kernenergie führt „sachnotwendig“ zum totalitären Staat — zum Atomstaat. Da die permanente Gefährdung des Biosystems durch Kernelementen weiteren technischen Fortschritt vollständig aus der Welt geschafft werden kann, bleibt nur das optimale Kontrollsystem in technischer und gesellschaftlicher Hinsicht.

— Kerntechnologie „kolonisiert“ die Zukunft, d.h. legt das Leben (wenn überhaupt!) von künftigen Generationen in einer unverantwortlichen und nicht kalkulierbaren Weise fest — es gibt kein Zurück!

— Kernenergie ist im oben beschriebenen Maße (Weltmaßstab) und auch unmittelbar unproduktiv.

— Es gibt keine Trennung zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Kernenergie (Hüter).

— Kerntechnologie fördert den Technologieimperialismus der Industriestaaten, macht die importierenden Länder in starkem Maße abhängig und prägt deren gesellschaftliche Strukturen.

Sowohl der Militärapparat (wohlgemerkt Streikpunkt) als auch die Kernenergie können nur zerschlagen, bzw. radikal eingestellt werden.

Petro-Chemie

Die Petro-Chemie produziert aus nur wenigen Grundstoffen (Erdöl, Erdgas) eine schier unbegrenzte Anzahl von neuen Stoffen — weltweit pro Woche

eine schier unbegrenzte Anzahl von neuen Stoffen — weltweit pro Woche 6 000 Substanzen. Kommen nun diese Stoffe, für die die Lebewesen in ihrer Entwicklung keine natürlichen Abwehrstoffe entwickelt haben, mit dem Biosystem zusammen, so zerstören sie langfristig deren Kreislauf und erzeugen bei Lebewesen Krebsbildungen, Veränderungen des Erbgutes und dergleichen. Gerade die vielgepriesene Eigenschaft der von der Petro-Chemie erzeugten Kunststoffe, beständig haltbar zu sein, wirkt sich verhängnisvoll aus. Die Kunststoffe „verrotten“ nicht, für sie gibt es in der Natur häufig keine Enzyme, keine Abbau-mechanismen, die die künstlich zusammengesetzten Moleküle in die Grundsubstanzen zerlegen, um sie wieder in den Kreislauf der Natur einzufügen. Sie sammeln sich als Müll an, mit einer durchaus dem Plutonum vergleichbaren Lebensdauer. Diese Stoffe sind heute schon in beliebigen Gebieten der Weltmeere als Ablagerungen von nicht genaugem Ausmaß nachweisbar, oder etwa auch in den industrialisierten Gebieten in den Brüsten der Mutter, deren Muttermilch teilweise in der Schadstoff-Konzentration über den festgesetzten Höchstwerten für die Lebensmittelproduktion liegt...

Die Petro-Chemie ist nicht total abzulehnen, aber ihre Ergebnisse halten in beträchtlichem Maße einer Überprüfung unter den obigen Gesichtspunkten nicht Stand und dürfen nicht weiter angewandt werden.

„Einige ihrer Nutzungen sind einzigartig und wichtig. Aber diese Nutzungen stellen nur einen geringen Teil der Milliarden Pfund Plastik dar, die alljährlich produziert werden“ (11). Die Einstellung der verfehlten Petro-Chemischen Produktion ist vor allem für eine Neuorientierung in der Landwirtschaft wichtig, die fast zu einem Zweig der chemischen Industrie geworden ist.

Die Situation in der Landwirt-

schaft beschreibt O. Ulrich so: „Das Vieh wird von den Weiden genommen und in Fütterungsställen kaserniert. Der Kot und die Abfälle, die hier anfallen, wandern nicht als Dünger auf den Boden zurück, sondern werden zu Müll, der beseitigt werden muß. Diese stickstoffhaltigen Abfälle werden in lösliche Verbindungen wie Ammoniak und Nitrat verwandelt, die dann in den Flüssen und im Grundwasser als Umweltverschmutzung verursachen. Der so beseitigte natürliche Dünger muß nun auf dem Feld durch Kunst-dünger ersetzt werden. Das Düngerproblem verschärft sich, weil das Vieh in den Ställen nicht mit Gras oder Heu gefüttert wird, sondern mit Getreide. Eine Getreidebewirtschaftung des ehemaligen Weidelandes belastet den Boden starker. Er braucht noch mehr Kunstdünger. Durch Intensivbewirtschaftung großflächiger Monokulturen kann der Boden sich immer weniger aus eigener Kraft regenerieren. Ihm müssen immer größere Mengen Kunstdünger zugeführt werden. Um den gleichen Ertrag zu erzielen, mußte in Amerika 1968 fünfmal soviel Kunstdünger verwendet werden wie 1949. Da nur ein bestimmter Anteil des Kunstdüngers von den Pflanzen aufgenommen wird, wird der Rest ausgeschwemmt und verunreinigt die Flüsse und das Grundwasser. Die Bakterien im Boden, die vorher kostenlos die Fruchtbarkeit des Bodens erhielten, werden durch die künstliche Düngung vernichtet. Je mehr Dünger verwendet wird, desto mehr wird die „kostenlose“ Konkurrenz beseitigt und desto notwendiger wird der Kunstdünger. Ein ähnlicher Prozeß vollzieht sich beim Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Ihr Einsatz vernichtet auch die kostenlosen Insektenvertilger, angefangen von allen möglichen Käfern bis hin zu den Vögeln. Es müssen immer größere Mengen von Giften eingesetzt werden, die wieder um die kostenlose Mithilfe der Natur weiter zerstören und zudem noch die so produzierten Nahrungsmittel vergiften“ (12).

Auch die Landwirtschaft steckt in einer Sackgasse, aus der man durch weiteren „Fortschritt“ in bisheriger Richtung nicht hinauskommen wird, sondern nur durch Umkehr und Neuorientierung.

Ökologische Bewegung und anti-imperialistischer Kampf

In den industriellen Zeiten besteht die unmittelbare Bedrohung der Völker durch den Imperialismus nicht mehr in erster Linie aus dem materiellen Elend (wie in der „3. Welt“), sondern in der unmittelbaren Lebensbedrohung durch den gigantischen atomaren Vernichtungsapparat und in der schleichenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit. Vor allem letzteres ist der Ansatzpunkt der immer stärker werdenden Umwelt-schutz/Ökologiebewegung der letzten Jahre. Da diese Bewegung aus den oben beschriebenen Entwicklungen des Imperialismus (Widersprüchen)

oben beschriebenen Entwicklungen des Imperialismus (Widersprüchen) hervorgegangen ist, und diese mit rascher Geschwindigkeit an Tragweite (Schärfe) zunehmen, wird die Bewegung — ungeachtet von momentanem Auf und Ab — in den kommenden Jahren an Umfang, Radikalität und damit an Bedeutung zunehmen. Die Ökologiebewegung unterscheidet sich von der ökonomischen „traditionellen Arbeiterbewegung“ in verschiedener Hinsicht:

• Im Gegensatz zur „traditionellen“ (gewerkschaftlichen) Arbeiterbewegung werden ihre Forderungen nicht im imperialistischen Rahmen integrierbar sein; auch nicht vorübergehend.

• Sie wird in ihren radikalsten Teilen systemsprengenden Charakter aus sich heraus gewinnen.

• Trotzdem ist sie aufgrund der Tragweite der sie treibenden Widersprüche auf breiter Ebene bündnisfähig — bündnisfähiger als die „traditionelle“ Arbeiterbewegung. Die ökologische Bewegung wird neben der gewerkschaftlichen (traditionellen) Arbeiterbewegung eine treibende Kraft im anti-imperialistischen Kampf sein, wenn nicht die treibende Kraft.

Der Sturz des Imperialismus wird nur auf der Grundlage einer überzeugend-theoretisch begründeten (und praktisch organisierten) Synthese von ökologischer Bewegung und allgemein-antikapitalistischer Bewegung möglich sein. Diese Synthese muß als ideellen Antrieb die „konkrete Utopie“ einer sozialistischen Gesellschaft hervorbringen, die das „real-sozialistische Trauma“ überwindet und unter Berücksichtigung der oben entwickelten Probleme eine gläubige gesellschaftliche Alternative darstellt.

Jeder kommunistische Anspruch, jedes kommunistische Selbstverständnis von Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen kann sich ernsthafterweise nur in den Anspruch auflösen, an dieser Aufgabe in der Bewegung

praktisch und theoretisch mitzuwirken. Nach meiner Überzeugung erfordert der Sturz des zentralwirtschaftlich organisierten und in Zentral-machtblöcken konzentrierten imperialistischen Systems ein hohes Maß an Organisation auf unserer Seite. Aber diese Organisierung kann nur im Zusammenhang mit den oben genannten Aufgaben entwickelt werden und sich im Verlaufe eines langjährigen Prozesses der politischen Kämpfe und der Erfahrungen durchsetzen. Nur so kann sie aus der Bewegung entstehen, organisch mit ihr verbunden.

Es ist müßig, sich heute gegenseitig organisatorische Glaubensbekenntnisse bezüglich historischer Konzepte revolutionärer Organisationen abzuverlangen (Leninsche Kaderorganisation ja oder nein?) und es ist ebenso müßig, etwa aus den Erfahrungen mit dem ML-Sektierertum „Organisation überhaupt“ abzulehnen. Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten, Revolutionären ist es vielmehr, orientiert an den anstehenden Aufgaben organisierend in der Bewegung zu wirken. Heute heißt das im wesentlichen die Herstellung von wirksamen und schnellen Kommunikationswegen und viel Raum für die Auseinandersetzungen um „die Alternative“ („Keimform...“); in revolutionären Zeiten wird das nach meiner Überzeugung ganz sicher die Gestalt eines militärischen und auch funktional-zentralisierten Apparates annehmen — auch wenn dem „Lenin-Nostalgiker“ heute das eine, und dem „Sponti“ evtl. morgen das andere nicht in den Kram paßt!

Der Streit auf der Prinzipien-Ebene im KB (und in der Linken insgesamt) um diese Frage bringt jedoch recht wenig — die anti-imperialistische Bewegung wird schon ihre „Avantgarde“ hervorbringen — nur, daß werden mit Sicherheit nicht alle diejenigen sein, die sich heute dafür halten.

P.S. Eine genante thesenartige Zusammenfassung enthält wegen „Überlänge“ — ich bitte bei ernsthaftem Interesse beide Teile des Artikels miteinander zu lesen und das selbst „herauszufummeln“ — Dank!

Piet, RWG-Kommission und „Kritik“-Fraktion

Quellenhinweise

1. Manifest der kommunistischen Partei 2. e. 1.
2. J. MEW 20 S. 111
3. J. MEW 23 S. 790
4. Otto Ulrich, „Weltniveau“, Rotbuch Verlag Berlin 1979 S. 36
5. Lewis Mumford, „Mythen der Maschine“ Kultur Technik und Macht, Film 1977
6. Paul Feyerabend, Das Märchen Wissenschaft, Kuhn 53 1978 S. 54
7. Otto Ulrich, Anm. S. 58
8. ebd. S. 62
9. Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie Berlin DDR 1953 S. 14
10. Barry Commoner, Energieeinsatz und Wirtschaftskraft, Rotbuch 1977
11. Otto Ulrich, S. 92

Texte zur Stalinfrage

irv

168 S.
D91
12,50

Aus dem Inhalt

Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution

Die Moskauer Prozesse

Die „Stalin-Frage“ und KP Chinas Mao Tse-tung: Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden

Interview mit Charles Bettelheim

Protest gegen Nazi-Verlage

Eine Reihe von Nazi-Verlagen konnte auf der diesjährigen Buchmesse, trotz aller öffentlichen Abmahnungen seitens Justizministers Vogel, ihren Dreck sogar im Ankündigungskatalog des Börsenvereins anpreisen, so u.a. der Munin Verlag, die HIAG-eigene Vertriebsstelle für (Waffen-)SS-Propaganda mit einigen neuen Titeln zur „SS-Herlichkeit“, – der Schutz Verlag, u.a. mit einer Neuerscheinung zur Hitlerjugend aus der „Sicht der Beteiligten“ (Katalog), der Druffel-Verlag mit neuen Ausgaben zu den Heldentaten der Wehrmacht usw. Auf der Messe selbst konnten sich diese Verlage und weitere in größter Frechheit ausbreiten und unter dem Vorwand der geschichtlichen, „wissenschaftlichen Bewältigung“ der Vergangenheit in aller Offenheit Nazi-Ideologie und Propagandamaterial anbieten. Ganz zu schweigen von den diversen, unter dem Vorwand der wissenschaftlichen Aufarbeitung angebotenen, Nazi-Verherrlichungen bekannterer Verlage: von Podzun-Verlag über Motorbuch-Verlag bis hin zum John-Jahr-Verlag u.a.

Am Stand des Munin-Verlages konnte man etwa „Kameraden-Gespräche“ mit anhören, wenn „verdiente“ Alt-SS-Leute, angezogen durch das ausgestellte Programm, dem Verlagsvertreter anboten, auch ihre Memoiren noch aus dem Schrank zu holen ...!

Gegen diese Verhältnisse wurde von der Börsenvereinsleitung nichts unternommen. Auch die auf der Messe anwesenden Verlage, selbst die in sozialistischer und antifaschistischer Literatur engagierten, unternehmen von sich aus nicht Lediglich der „Verband deutscher Schriftsteller“ (VS) hatte eine Veranstaltung angestrichelt mit dem Thema: „Der Neofas-

chismus: seine Wurzeln und seine Ableger“. Es sprachen: Emil Carlebach, Reinhard Kühni, J. Pomorin und K. Frank. Aber auch diese Veranstaltung – nur von ca. 100 Menschen besucht – richtete sich von ihrer Anlage her in keiner Weise konkret oder kämpferisch gegen die Präsenz der Nazis auf der Buchmesse.

Eine Initiative gegen den Nazi-Schund auf der Hauptbuchmesse ging vielmehr von der Gegenbuchmesse der AGAV aus. Die in der AGAV zusammengeschlossenen Verlage übergaben bereits zu Beginn der Messe eine Protesterklärung an die Presse (siehe nebenstehende Erklärung). Diese Erklärung wurde von Vertretern des Reents-Verlages namens der AGAV auf der o.g. Veranstaltung der Hauptbuchmesse zur Verabschiedung vorgeschrieben und mit großer Mehrheit, allen voran Emil Carlebach, begrüßt und angenommen! Daran konnte auch die wortreiche Verteidigung des Justitiars des Börsenvereins, Peter, nichts mehr ändern. Im „Börsenblatt Extra 5“ wurde die Annahme der Resolution durch die Veranstaltung immerhin am folgenden Morgen in bemerkenswerter sachlicher Form bekannt gemacht.

Auf Grundlage dieser Aktivitäten bemühten sich Vertreter/innen des Reents-Verlages um die Durchführung einer Unterschriftensammlung bei linken und liberalen Verlagen. Ergebnis: Über 50 Verlage einschließlich z.B. des UZ-Verlages Plambeck, „Die Neue“-Verlag, konkret Verlag, EVA uam. und eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten unterschrieben die Resolution. Ausdrücklich gewährt hat sich der KBW mit der Begründung, es gebe Wichtigeres zu tun, sowie der Merve Verlag, der meinte, man müsse den Faschismus bei sich

selbst bekämpfen ...!

Offensichtlich angeregt durch den Bericht im Börsenblatt, wurde unabhängig von dieser Unterschriftensammlung noch eine zweite durchgeführt, die ebenfalls von ca. 20 Verlagen unterschrieben wurde (liegt uns leider nicht vor). Beide Resolutionen wurden dem Börsenverein vorgelegt. Justitiar Peter, namens des Börsenvereins, erklärte sich außerstande, noch für die Buchmesse Aktivitäten zu veranlassen. Er sicherte aber zu, in einer der nächsten Ausgaben des Börsenblattes die Auseinandersetzung um diese Frage zu eröffnen. Auch die AGAV soll zu Wort kommen. Die AGAV hat dieses Angebot begrüßt, auch wenn klar ist, daß damit die praktische Beseitigung des Nazi-Schundes nicht ersetzt werden kann.

Die AGAV beabsichtigt ihrerseits, den Kampf gegen Nazi-Schund und für antifaschistische Literatur durch eine Initiative „Wort gegen Rechts“ zu intensivieren und auszuweiten.



Erklärung der AGAV

Die Gegenbuchmesse wendet sich traditionell gegen faschistische Literatur und gibt folgende Stellungnahme ab:

Bei der Frankfurter Buchmesse 1979 wollen rund 30 Verlage auftreten, deren Programm in Nazi-Verherrlichung und neofaschistischer Propaganda besteht. Darunter befinden sich die seit Jahren einschlägig tätigen Verlage Druffel, John-Jahr, Motorbuch, Munin, Orion-Helmreiter, Podzun/Pallas, K. Schütz und Tümmel – nur einige der bekanntesten zu nennen. Vor dem Hintergrund einer bis in renommierte bürgerliche Verlage hineinreichenden Nazi-Nostalgie sind auch diese Verlage wieder die neofaschistischen Verlage darauf aus, ihr Programm zu erweitern – so kündigt beispielsweise der von Goebbels Presseschef Sundermann gegründete Druffel-Verlag 3 neue Bücher über die „kühnen Vorstöße“ und „Blitzaktionen“ der Nazi-Wehrmacht an: – Im Verlag des SS-Mannes Schütz erscheint eine Verherrlichung des Nazi-„Reichsarbeitsdienstes“, der als „bewunderte“, „sozialrevolutionäre“ Einrichtung dargestellt wird. – Der SS-Verbrecher Erich Kätheimer veröfflicht bei K.W. Schütz eine „Tragödie“ der Juden, in der der Antisemitismus gerechtfertigt und die Nazi-Mordaktionen an Juden verharmlost und geleugnet werden. Die Verbreitung solcher und allen anderen Schriften, die den Nazismus verharmlosen und propagieren, verstößt gegen das gesetzliche Verbot von Nazi-Propaganda. In zurückliegenden Jahren ist deshalb das Auftreten solcher Verlage auf der Buchmesse in mehreren Fällen verhindert worden. So wurde 1955 der Stand des von K.W. Schütz geleiteten Piesse-Verlages von der Messe entfernt; in den folgenden Jahren wurden Piesse-Verlag und Druffel-Verlag nicht zugelassen bzw. ausgeschlossen. 1971 wurden auf Beschluß des Messeraufsichtsrates die Bücher der Verlage Druffel und K.W. Schütz unter Verschluss genommen, ihre Stände geschlossen. Seitdem haben die Aktivitäten dieser und ähnlicher Verlage noch zugenommen, so daß im letzten Jahr auch Bundesjustizminister Vogel, „besorgt über die wachsende Verbreitung profaschistischer Propagandaschriften“, wirksame Gegenmaßnahmen angekündigt. Proteste gegen das Auftreten neofaschistischer Verlage auf der Buchmesse – wie sie wiederholt in der demokratischen Öffentlichkeit und im Ausland geäußert wurden – sind im Sinn einer wirksamen Verhinderung von Nazi-Propaganda nicht mehr hinreichend. Die in der AGAV zusammengeschlossenen Verlage, Zeitschriften, Autoren und Einzelpersonen fordern deshalb die Entfernung aller neofaschistischen Verlage und Schriften von der Messe und fordern alle Messebesucher auf, deren Auftreten nicht hinzunehmen.

Zusatz: Die Anwesenden der Versammlung „Der Neofaschismus: seine Wurzeln und seine Ableger“ (Podiumsdiskussion mit J. Pomorin, K. Frank, C. Ellrich, Emil Carlebach, Reinhard Kühni – Veranstalter: Verband deutscher Schriftsteller) am 12.10. auf der Frankfurter Haupt-Buch-Messe stimmen mit großer Mehrheit dem Text der AGAV-Erklärung zu.

„Neofaschismus“: Börsenverein nimmt Stellung zur Präsenz neonazistischer Schriften

Bei der vom Vorstand deutscher Schriftsteller (VSD) und von der Deutschen Journalisten-Beirat (DJB) am Freitag nachmittag veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Neofaschismus“ gab es nur zu einem Punkt eine wirkliche Diskussion, ansonsten herrschte Einmütigkeit. Es ging um eine Resolution der Pressestelle der AGAV (Arbeitsgemeinschaft antifaschistischer Verlage) auf der Gegenbuchmesse, die sich gegen die Präsenz von „Nazi-Verlagen auf der großen Buchmesse“ richtete. Die Teilnehmer der VS/DJB Veranstaltung wurden aufgefordert, sich dieser Resolution anzuschließen, was am Ende auch „mit großer Mehrheit“ geschah.

Kernsatz dieser Resolution: „Die in der AGAV zusammengeschlossenen Verlage, Zeitschriften, Autoren und Einzelpersonen fordern ... die Entfernung aller neofaschistischen Verlage und Schriften von der Messe und fordern alle Messebesucher auf, deren Auftreten nicht hinzunehmen.“

Sogar aber die „große

Meinheit“ nach anschließender Diskussion. Der Justitiar des Börsenvereins, Peter Wilhelm Peter, betonte, daß er persönlich, aber auch die große Mehrheit der Mitglieder des Börsenvereins es keinesfalls für richtig, das neonazistische Schrifttum auf der Messe präsent zu lassen. Er verwies auf einen auf der Jahreshauptversammlung des Börsenvereins während der Darmstädter Buchhandeltage im Juni dieses Jahres von Weitzkreis-Verlag beantragten und von der Versammlung gefassten Beschlüssen, der sich gegen die Herstellung und Verbreitung neonazistischer Schriften wendet.

Dann die Frage, ob zwischen diesem Beschlüssen und der Präsenz von Verlagen mit neofaschistischen Schriften ein Widerspruch bestehe. Bisher wies Peter auf das im Grundgesetz und auch in Bundesgesetz verankerte Zensurverbot, auf Artikel 5, die den freien Meinungsäußerung des Bürgers und die Pressefreiheit wieder rückgängig gemacht hätten, und

darauf, daß es kein Gesetz gebe, welches Faschismusverbrechen und sei es noch so verurteilend – verbiete. Die Frankfurter Buchmesse könne hier nur den Standpunkt absoluter Liberalität einnehmen und alle Veröffentlichungen zulassen, die nicht durch deutsche Gesetze verboten seien. Dieser Grundsatze sei so wichtig, daß man deswegen auch die mit Recht angegriffenen Produkte ertrage.

Diese Ausführungen veranlaßten einen der Diskussionsbeiträge von dem Vorschlag, daß künftig alle Verlage mit neofaschistischen Veröffentlichungen in einer kleinen Halle zusammenzufassen. Nach aufregender Diskussion wurde mit der Peter-Argumentation wolle auch der auf dem Podium sitzende DJB-Vertreter Emil Carlebach, es für die von Börsenverein nicht nachzugeben. Er sei nun mal eben so, daß man sich erst nachher mit der Frage an der Tür auseinandersetzen müsse, was bewegt werden könnte. Salomonisch dann der abschließende Vorschlag aus dem Publikum, sich der Resolution gerade deshalb anzuschließen, um den Börsenverein zu unterstützen.

Geiger für Franco

Der Geiger Menuhin wurde vom Börsenverein des deutschen Buchhandels dafür erkoren, in diesem Jahr den sog. „Friedenspreis“ in der hochwürdigen Paulskirche überreicht zu bekommen. Die Reaktion auf der Buchmesse war gewissermaßen Achselzucken; irgendjemand mußte es ja sein und politisch profiliert durfte er beim derzeitigen Kulturklima natürlich nicht sein. Irrtum! Nur einen Tag vor der Preisverleihung und insgesamt ohne jede Reaktion in der Öffentlichkeit offenbarte sich Herr Menuhin in einem „FR“-Interview: Den Faschismus solle man nicht so undifferenziert betrachten. Franco habe Spanien immerhin „eine lange Periode der Stabilität“ beschert. Salazar sei ein „guter Mensch“ gewesen, „ein sehr guter Mensch“. Soweit Menuhin. Hitler war, so konnte man ja weiterspinnen, auch ein „guter Mensch“ mit dem einzigen Fehler, daß er „Sozialist“ war, hä?

Die Krise der Linken mag ja schlimm sein. Neben dem Sumpf der bürgerlichen Kultur und deren Krise sticht sie freilich kaum ins Auge. Für den nächsten „Friedenspreis“ empfehlen wir Heino.

Rekord

Der Reents-Verlag konnte seinen Umsatz auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse in etwa vervierfachen. Vor allem die neuen Bücher waren sehr gefragt (Strauß – nein danke!; Iran; Menschenlandschaften; Harrisburg; Stalin-Kritik), darüber hinaus aber unser antifaschistisches Sortiment insgesamt. Da sage einer, es gäbe kein Interesse mehr an revolutionären Publikationen. An alle Beteiligten ein rotes Dankeschön!

Auf der Veranstaltung der Hauptbuchmesse unterschrieben noch gesondert: Dr. Richard Albrecht, Dr. Gerd Müller, Barbara Weichert, Karlheinz Frank, Jürgen Pomorin, Emil Carlebach, Elke Gerke, Albert Dulke

Nach der Veranstaltung unterschrieben: Verlag Plambeck und Co., VAS-Verlag für Ausbildung und Studien, Elefantentpress, John Weil (Inhaber Links Ltd, London), Lamus Verlag, Gerhard Städtl, Kai Ehlers (für Reents Verlag), Reinhold Jäger (für Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft), Satire Verlag, Dr. Dorothea Gremilz (für konkret Literatur Verlag), Progress Dritte Welt, „Die Neue“ Zeitungsverlag, Volkswelt Verlag, J. Momme Wauis (Schriftstellerin), Anette Uhlendorf, D. Muhm, Angelika Müller (für Verlag Frauenpolitik Münster), VSA-Verlag, Sozialpolitischer Verlag, Verlag Jugend und Politik, Robert Schall und Uwe Hau (für „az“), Maro Verlag, Focus-Verlag, Verlag Rosa Winkel, Trikont Verlag, Walter Boehlich, Europäische Verlagsgesellschaft, Syndikat Verlag, Gerhard Schäfer (für den „Vorwärts“-Verlag), Hermann Gremilz, Prometh Verlag, M. Morgenstern, Richard Ackermann, Edition Vancennes, Brode, Argument Verlag, Mackay Gesellschaft, Jörg Jones (für pö-ze-ze), Claude G. Philipp (Linas Verlag), Erich Glogow (con/diction/vertrieb), Litpold Verlag (M-Bönnemann), Verlag „Des Anas“, Die schwarze botin, Verlag die MAUS, Frauen selbstverlag (Barbara Umbreit), Frauenbuchvertrieb (Sabine Spielmeier), Berliner Hefte, Courage (aktuelle Frauenzeitschrift), Frauenoffensive, Frauenbuchverlag, Wolmann Verlag, Rolf Wegener, Pardon (Helmut Suhr), Linkskurve/magazin f. Kunst und Kultur (Detlef Langer), Regula Wyss (Stroemfeld Verlag), Bruno Nickel (Rote Fahne Verlag), ID.

Frankfurter Rundschau

vom 13. Oktober 1979 schreibt:

Gegen die Finsternis in den Köpfen der Menschen

Stimme HIKMET, Buchverlag Antiquariat

Dem Hamburger Reents-Verlag kommt das Verdienst zu, sich in der Bundesrepublik als erster um das in seiner Heimat lange verbotene Werk des türkischen kommunistischen Schriftstellers Nazim Hikmet zu kümmern.

Norbert Ney, auch ein Autor (bisheriges Hauptwerk: „Sterilisation des Mannes – das geringste Übel“), und Umut ...



Der Volkadichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2 Band 3 in Vorbereitung

ISBN 3-89331-022-9
ISBN 3-89331-023-6

„Schafft mir die Flugblätter vom Hals“

befehl Bundespräsident Carstens seinen Leibwächtern, als er am Vormittag des 14.10. durch die Halle 6 der Buchmesse wanderte. SDAJler hatten an diesem Tag mit einer Aktion auf die NS-Vergangenheit von CC aufmerksam gemacht und mit einem Transparent den Unmut des vorbeischießenden Präsidenten erregt. Nach Darstellung der SDAJ stieß ein Bulle auf den Befehl seines Herrn einen Jugendlichen zu Boden. Mit blutendem Kopf ließ die Prominenz (Börner und Wallmann waren mit von der Partie) den Verletzten liegen und „wanderte“ weiter. Gegen diesen Vorfall protestierten noch am selben

Nachmittag an die hundert Verlage und Aussteller. Ein Vertreter der Messeleitung soll den Verletzten im Krankenhaus angerufen haben und sich dafür entschuldigt haben, daß „sowas überhaupt passieren konnte“. Das fragt man sich auch erstaunt, wenn man etwa im letzten „stern“ erfährt, wie still, zurückhaltend und „streng neutral“ Herr Carstens angeblich sein Amt ausübt. Im Umgang mit Bürgern und Kindern zeigt er jüdische Hilfslosigkeit („stern“, 25.10.). Soso. Man gut, daß er seine Leibwächter hat...

Oder war der Präsident etwa gar

verängert wegen eines Lach-Anschlags, den die Kommunisten heimtückischerweise am Vortag gegen ihn verübt hatten? Unter Hinweis auf die CSU hatten nämlich böse Zungen das Gerücht ausgestreut, Herr Carstens sei gar kein Nazi gewesen, sondern als „Sozialist“ (!) in die NSDAP eingetreten. Möglicherweise befindet er sich mit vielen alten Kameraden heute noch auf dem langen Marsch, was im übrigen das trügerische „Friedensangebot“ Breschnews in einem ganz neuen Licht erscheinen läßt (nach einem Flugblatt der Frankfurter KB-Gruppe). Ein Thema für die „Rote Fahne“ ...?

Buchmesse/Frankfurt: „Keine Anti-Strauß-Plaketten mehr? Scheiße!“

Schon am dritten Tag unseres „Einsatzes“ auf der Frankfurter Buchmesse mußten wir viele Strauß-Gegner enttäuschen: unser Anti-Strauß-Sortiment war schon reichlich dezimiert! In den 6 Tagen der Buchmesse setzten wir rund 200 „Strauß? Nein Danke!“ - Bücher um (Kommentar von Besuchern: Der Strauß sieht auf dem Umschlag ja noch viel zu angenehm aus.). Vor Plaketten und Aufklebern wurde Schlange gestanden, denn alle deckten sich ein: von den 10-Jährigen bis zu den 70-Jährigen. Auch Ausländer, die zur Messe angereist waren, ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, ein „kämpferisches Souvenir“ aus der BRD mit nach Hause zu bringen. Das Interesse war darüber hinaus an allen unseren antifaschistischen Publikationen sehr groß. Besonders bemerkenswert ist, wie oft noch immer nach unserer Stammheim-Broschüre gegriffen wird, was beweist, daß trotz aller staatlichen Anstrengungen Zweifel und Fragen nicht ausgelöscht worden sind.

Besonders „imponiert“ haben uns die Jugendlichen, die zwischen 10 und 17 Jahre alten Schüler, die immer wieder an unserem Stand waren und mit uns durchaus kritisch, aber unbefangenen diskutierten wollten. So bezieht sich die Überschrift dieses Artikels auf einen kleinen Jungen, der eines Tages ankam, unbedingt einen Anti-Strauß-Button wollte, aber leider waren alle schon weg. Da er sehr enttäuscht war, gaben wir ihm den Tip, er könnte sich einen kleinen Anti-Strauß Aufkleber besorgen und den auf eine Anti-AKW-Plakette kleben. Er überlegte sich das kurz und lief dann fröhlich davon, mit dem Anti-Strauß-Button am Revers.

Ein anderes Mal waren es zwei ca. er sehr enttäuscht war, gaben wir ihm den Tip, er könnte sich einen kleinen Anti-Strauß Aufkleber besorgen und den auf eine Anti-AKW-Plakette kleben. Er überlegte sich das kurz und lief dann fröhlich davon, mit dem Anti-Strauß-Button am Revers.

Rock gegen Rechts – ein schöner Erfolg in Hannover

Am 6.10. fand das Abschlussspektakel von zwei Rock-gegen-Rechts-Wochen statt: Den Anfang machte das RgR-Konzert am 22.9. (organisiert von der SDAJ) mit 1.500 Besuchern, danach zwei Antifa-Wochen mit Filmen und Diskussionen in Jugendzentren, der Ausstellung „Frauen und Faschismus“ dem „Mobilen Rhein-Main-Theater“ („Gearbeitet wird, was auf den Tisch kommt“), und vieles mehr.

Trotz verschiedener Angriffe von Behörden, Stadtverwaltung und CDU und trotz weitgehender Verschiebung der Preise (bis auf NDR II und „Stadtpost“) – 2.500 vorwiegend Jugendliche kamen zum RgR-Festival am 6.10. Es war ein buntes, tolles Fest mit den hannoverschen Rockgruppen Heartbreaker, Spätlese, Store-Evil, Quick-Nick-Band, Caligari, Kalt-Wetter-Front und Checkpoint Charly auf der Rockbühne (letztere hatten ihr „Schwein Franz Joseph“ mitgebracht).

Obwohl die Aktionskomitee von 30 Organisationen und Initiativen sowie vielen ÖTV-Gewerkschaftern sich nicht zu einem Aufruf gegen Strauß (der uns am 24. November heimsuchen will) einigen konnte, war die Halle voll von Anti-Strauß-Parolen und hunderte von Anti-Strauß-Klebern und -Ansteckern kamen an die Jacken.

Ein einziger gemeinsamer Redebeitrag (AE und Musiker) wandte sich gegen die Neonazis, gegen „Albrechts Privatfunk-Pläne“ und forderte dazu auf, nicht abzuwarten, bis ein Strauß die Verhältnisse seiner chilenischen Kumpels hier einführt.

Antifa-Kommission/KB Hannover

Rock gegen Rechts auch in Gelsenkirchen

Eine neugegründete Initiative „Aktion gegen Rechts“ in Gelsenkirchen bereitet ein umfangreiches Programm verschiedener Aktionen, Veranstaltungen etc. vor, um unterschiedlichste Bereiche von Repression, staatlicher Gewalt, Neonazismus usw. darzustellen und Protest dagegen zu verbreiten. „Die Kandidatur von Strauß“, so der Aufruf der Initiative, „setzt der Rechtsentwicklung die Spitze auf“. Für den 2. bis 4. November ist ein großes „Rock-gegen-Rechts“-Konzert in Gelsenkirchen angekündigt; am 17. November soll eine Podiumsdiskussion mit Ernst Volland und Günter Wallraff zum Thema „Zensur“ stattfinden.

Nähere Informationen:
Klaus Farin
Velsenstraße 20
4660 Gelsenkirchen-Buer



10 Jahre alte Mädchen, die besorgt den Stand ihres Taschengeldes debattierten, weil sie für ihren ganzen Buchmessen-Aufenthalt (inklusive Essen und Trinken) nur 2 DM hatten. Solche Probleme wurden dann „kollektiv“ gelöst. Eins ist jedenfalls klar: Strauß hatte keine Aktien beim Buchmessepublikum, und seine wenigen Anhänger zischten zwar mitunter trotzige Bemerkungen hin, aber in der Offensive waren sie nie. Vielleicht war das einer der Gründe, weshalb der Bayer- obwohl täglich von der Gerüchteküche angekündigt - sich dann doch nicht blicken ließ.

Das alles kann einen nur optimistisch stimmen, oder nicht?! Schließlich möchten wir uns ein wenig selber loben: der große Umsatz, den wir diesmal realisierten, ist nur auf der Basis des hervorragenden (ja!) Einsatzes der gesamten Frankfurter Gruppe möglich gewesen – „trotz“ Krise und Sonstigem... Alle von uns haben sich an diesem auch nervenaufreibenden Job beteiligt (von 7.15 Uhr bis 18.30 Uhr). Es wäre übertrieben, zu behaupten, dieser Einsatz ist bei uns „normal“. Aber immerhin waren auswärtige Genossen verblüfft, daß sowas in der Organisation überhaupt noch möglich ist. Es ist möglich, Leute (allemaal, wenn's gegen Strauß geht!) – und es macht sogar Spaß. Probiert's doch selber mal wieder...

Die Frankfurter Genoss(inn)en

Noch einmal zu: Apocalypse Now!

Noch einmal zu: Apocalypse Now!

Ich kann mich dem rundweg positiven Urteil des Genossen der Kulturkommission im letzten AK nicht anschließen. Er faßt zusammen: „Der Film ist aber insgesamt doch von solch erschreckender Wahrheit und einem Realismus, der kaum auszuhalten ist, daß er eine ganz neue Qualität der parteiischen Vermittlung von Kriegsgeschehen darstellt.“

Welche Wahrheit und welcher Realismus werden in diesem Film dargestellt? Die Story beschreibt, kurz zusammengefaßt, die Jagd einer fast verrückten Captain auf einen ganz verrückten Colonel, der sich von der amerikanischen Aggressionsarmee abgesetzt hat und seinen „Privatkrieg“ führt. Alle gezeigten Kriegshandlungen sind Ausgeburt von individuellen Verrücktheiten oder des erreichten Wahnsinns. So der Angriff auf ein vietnamesisches Dorf, nur um an dem dort gelegenen Strand zu surfen. So die Hinmetzelung einer ganzen Bootsfamilie im Drogenrausch. Und schließlich die Festung des wahnsinnigen Colonels, die von Leichen und Leichenteilen nur so wimmelt. Die Wahrheit reduziert sich in diesem Film darauf, daß der Krieg eine „Eigendynamik“ entwickelt, daß der individuelle Wahnsinn Bestandteil des Krieges ist. Die Realität beschränkt sich auf Einzelaspekte, auf viel Blut, ansonsten fast nur auf Ritualmorde (im Camp des Colonels).

Gut nicht gezeigt wird in diesem Film das Leiden des vietnamesischen Volkes. Nur an einer Stelle des zweistündigen Werkes ist überhaupt etwas von ihm zu sehen. Die unbeschreiblichen Leiden dieses Volkes, der Völkermord, die systematische Vernichtung von Leben und Natur, all dies tritt in den Hintergrund vor einer Geschichte, die sich vor allem mit der inneren Logik der Aggressionsarmee beschäftigt.

Krieg ist Wahnsinn, zumindest dies könnte man noch aus dem Film „Jernak“. Aber nach diesem Werk lebt der Wahnsinn im Menschen. Nichts deutet hier darauf hin, daß der gesamte Vietnamkrieg geplanter Wahnsinn einer imperialistischen Großmacht war. Nichts deutet darauf hin, daß es der systematische Völkermord war, um die Macht der Imperialisten zu sichern. Nichts deutet in diesem Film somit darauf hin, daß dieser Wahnsinn die Realität und die kalte Logik einer imperialistischen Macht ist.

Eigentlich spricht nichts dagegen, den Vietnamkrieg auch aus der inneren Logik der Aggressionsarmee her zu zeigen. Zu zeigen, wie die

einzelnen Soldaten im Krieg kaputtgehen, zum Wahnsinn getrieben werden. Aber von dieser Entwicklung ist in diesem Film nichts zu sehen. Lediglich die Auswüchse, die besonderen Exzesse werden hier in blutigen Bildern gemalt. Letztlich bleibt „als Ergebnis“, daß der Mensch in solchen Situationen zum Wahnsinn kommt. „Apocalypse Now“ ist insofern ein treffender Titel. Die Weltuntergangsstimmung ist in diesem Film Trumpf. Aber eben nicht, weil eine imperialistische Macht diesen herbeiführt, sondern weil die beteiligten Menschen verrückt spielen.

Insofern ist es überhaupt nicht verwunderlich, daß vom Befreiungskrieg, vom Bemühen eines Volkes um die Freiheit vom Imperialismus, nichts zu sehen ist, gerade weil dies eine Zukunft zeigen würde.

Dieser Film ist nicht im eigentlichen Sinne reaktionär, d.h. er betreibt keine Kriegshetze und verherrlicht auch nicht die Aggression des US-Imperialismus. Er ist jedoch in dem Sinne reaktionär, wie er den Krieg mystifiziert, auf reine Wahnsinnstaten einzufrieren reduziert und andererseits die Rolle des Befreiungskrieges für das vietnamesische Volk überhaupt nicht berücksichtigt.

Wenn der Genosse der Kulturkommission schreibt, der Film sei eine „ganz neue Qualität der parteiischen Vermittlung von Kriegsgeschehen“, so kann ich ihm absolut nicht folgen. Partei ergreifen kann für mich in diesem Krieg nur heißen, die Sache des vietnamesischen Volkes zu vertreten. Davon ist jedoch, wie schon gesagt, nichts zu sehen. Aber vielleicht habe ich auch nur nicht die „ganz neue Qualität des künstlerischen Ausdrucks“ verstanden!

Mich erinnert dieser Film an die Prozesse gegen die Mörder von My Lai, die auch als wahnsinnige Auswüchse des Vietnamkrieges auf der Anklagebank saßen, obwohl sie die tagtägliche Realität widerspiegeln.

Alles in allem wäre dieser Film so vieler Wert gar nicht wert, wenn er heute nicht als die Abrechnung mit dem Vietnamkrieg hochstilisiert würde. Dabei sollte man allerdings auch berücksichtigen, daß es ein 30-Millionen-Dollar-Projekt ist, das seit Jahren angekündigt wurde und somit heute seine Zinsen eintragen muß. Alles in allem also eher ein weiteres schmutziges Geschäft mit dem Vietnamkrieg – meine ich!

be, KB/Gruppe Hamburg

Rock gegen Rechts-Veranstaltung am 30. Oktober 20 Uhr

in der Markthalle in Hamburg

Chargé

the resisters



Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlusspraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für linke Gewerkschaftspolitik.



UNSER WEG NR. 4
enthält:

UNSER WEG NR. 4
enthält:
Frauen klagen gegen den „Stern“
Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung Walpurgisnacht
Politik der „Courage“ gegen P.F. Zehn
Der kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung
Buchbesprechungen

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,-
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik
des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik
des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,-
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents
verlag

ABGABE NUR GEGEN VORANKASSE
Preiskonto geben, 20 Cent im Empfangen.
Postfach und bei Buchhandlungen 45 Pf., bei den Verlegern auf unser Konto
Groschen: Berlin Hamburg – BLZ 250 100 00 – Kto. 341 43 78
oder
Postfach Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 3405 05 03
J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Eintragsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir“ den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns“ zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres“ Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den

Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

in jedem guten buchladen

Neu

IRAN

Neue
Diktatur
oder
Frühling der Freiheit?



30 Interviews mit der Opposition
Vorwort: Bahman Nirumand

350 S. DM 17

Harrisburg war nur der Anfang

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Techniker alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... und Unfallkatastrophen westdeutscher AKW's...

152 S.
DM
13,80

Strauß



„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungsloses Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Ge-
treuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen
Weg
Strauß und die Internationale des
Terrors

Strauß - ein Faschist?
Strauß und die Internationale des
Terrors
Strauß - ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“:
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.m.

100 S.
DM
7,50

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeitskampf im
Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50
jährlich - DM 55,-

abgebucht werden (bitte Rückseite be-
achten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020
Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schrift-
lich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**Abo
Karte**

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50



Die Wohnraumrettungsgesellschaft Köln besetzt das Haus Am Zuckerberg 8, um weitere Zerstörung zu verhindern und das Haus wieder bewohnbar zu machen.

„Wohnraumrettungsgesellschaft“ besetzt fünf Häuser

In Köln hat der Häuserkampf einen neuen Höhepunkt erreicht: Am 15. September wurde von der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) und anderen Bürgerinitiativen eine Wohnraumrettungsgesellschaft (WRG) gegründet. In den letzten Wochen wurden bereits 5 leerstehende Häuser besetzt, weitere sollen folgen.

Wie in anderen Städten der BRD auch, geht es vor allem darum, die relativ preiswerten Altbauviertel vor dem Zugriff der Sanierungshäule zu schützen. Nicht nur Totalabriss und gewerbliche Umnutzung, auch die „Sanierung“ führt zu einer massenhaften Vertreibung der traditionellen Einwohnerschichten, weil diese die hohen Mieten einfach nicht mehr bezahlen können.

U.a. auf Grund dieser Entwicklung gibt es in Köln z.Zt. 17.000 Wohnungssuchende. Dem steht die mickrige Zahl von 99 in diesem Jahr fertiggestellten Sozialwohnungen gegenüber!

Die Stadtverwaltung misch mit

Allein 1977 wurde von der Behörde für insgesamt 47.100 Quadratmeter Wohnfläche die Genehmigung zum Abriss, bzw. gewerblicher Umnutzung erteilt.

In vielen Fällen wurden die Mög-
lichkeiten der Zweckentfremdungs-

In vielen Fällen wurden die Mög-
lichkeiten der Zweckentfremdungs-
verordnung gar nicht angewandt, um
die Hausbesitzer zur Vermietung leer-
stehender Wohnungen zu zwingen. In
der Humboldt-Siedlung in Köln-Ost-
heim beispielsweise steht bereits die
halbe Siedlung leer, frei nach dem
Motto „nach dem Leichenwagen
kommen die Bagger ...“

Da ist es dann nur konsequent,
daß die Stadtverwaltung nichts gegen
Truppe der Hausbesitzer unter-
nimmt, die Wohnungen in Klump
schlagen, um sie unbewohnbar zu
machen.

Auseinandersetzungen in der SPD

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im
Kölner Stadtrat Günter Hertelich hat
die Stadtverbreitung offen als „einen
qualitativen Bevölkerungsaustausch
als gewünschte Begleiterscheinung“
der Sanierung begrüßt.

Anderer Teile der SPD haben sich
von Anfang an am Kampf gegen die
Wohnraumvernichtung beteiligt. Auf
einem Sanierungskongreß der Kölner
Jungsozialisten endete Lothar Gothe
von der SSK seine Rede mit den
Worten: „Genau in diesem Moment
werden in Köln fünf Häuser besetzt,
das ist erst der Anfang. Ihr solltet
nicht länger leere Worte sagen,
sondern mit uns gemeinsam in leere
Häuser arme Menschen einziehen
lassen.“

Einige Kongreßteilnehmer zogen
dann auch spontan zu einigen der
„ihrem gesetzlich bestimmten Ver-
wendungszweck wieder zugeführten
Häuser“ und nahmen gleich die
Gulaschkanons der Johanniter, die
für die Kongreßteilnehmer bestimmt
war, mit.

SPD-Fraktionsvorsitzender Hertelich
tobte: Er drückte die Einsetzung
einer Feststellungskommission im
Ortsverein Altstadt-Nord durch, der
sich mit der Rolle einiger SPD-Mit-
glieder bei der Gründung der Wohn-
raumrettungsgesellschaft (WRG) be-
schäftigen soll. Der Zug führt in
Richtung Ausschuß!

Sein Zorn gegen alles was nach
Bürgerinitiativen und Basisdemokra-
tie riecht, ist verständlich: Hat er
doch in seinem eigenen Wahlkreis
sein Direktmandat verloren - dank
der Alternativen Liste, die dort stolze
5,1 % der Stimmen auf sich vereinen
konnte.

Erste Erfolge für die WRG

Die Hausbesitzer sind nach Berichten
von „TAZ“ und „DIE NEUE“ von
der Bevölkerung in den betroffenen
Stadtteilen überwiegend positiv auf-
genommen worden. In zwei der be-
setzten Häuser mußten die Akteure

der WRG je auch quasi als Schutz-
macht für die bisherigen Mieter ein-
ziehen, da Schlägertruppe erst weni-
ge Tage zuvor versucht hatten, die
Wohnungen unbewohnbar zu
machen.

Bei einem der besetzten Häuser in
der Südstadt, dessen Besitzer die
Stadt Köln ist, haben die Besetzer
sogar einen Zwischennutzungsvertrag
vorläufig bis Februar 1980 bekom-
men.

Die WRG ist um eine intensive
Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Auf
ihren Plakaten heißt es: „Wir helfen
jedem, der in Wohnungsnot ist; je-
dem, der aus seiner Wohnung fliegen
soll. Wir beschaffen jetzt in Selbst-
hilfe die Häuser für Bedürftige, die
illegal abgerissen oder illegal moder-
nisiert werden sollen. Wir tun das,
indem wir sie besetzen und renovi-
erieren.“

Bereits in den ersten zwei Wochen
haben sich in dem neu eingerichte-
ten Büro der WRG rund 50 Wohn-
ungssuchende gemeldet.

Neben Besetzung, Öffentlichkeits-
arbeit und Renovierung will die WRG
den Mietern Rechtsbeistand gegen-
über Hausbesitzern und Wohnungs-
amt gewähren.

Ein Beispiel das Schule machen
sollte. (Nach „TAZ“ vom 12.10 und „DIE
NEUE“ vom 10.10.79).

Wohnungskommission

28 Hausbesetzer verhaftet

Düsseldorf. Wie von uns berichtet
wurde, haben sich Mitglieder von
Bürgerinitiativen mit der Besetzung
des Hauses Nr. 90 in der Kronprin-
zenstraße gegen den drohenden
Abriss dieses Hauses zur Wehr gesetzt
(AK 164, S.35).

Obwohl die Hausbesitzer die Woh-
nungen von einem Schlägertrupp
stark beschädigen ließen, gaben die
Besetzer nicht auf und begannen mit
der Renovierung. Mit einem „go-in“
im Amt für Wohnungswesen erreich-
ten sie die Zusage einer erneuten Be-
gutsachtung durch die Behörde.

Diesmal machte ihnen die Polizei
einen Strich durch die Rechnung:
Rund 100 Polizisten, z.T. vom Son-
dereneinsatzkommando, drangen in das
Haus ein und schleppten die sich
wehrenden Besetzer unter Gewaltan-
wendung zu den bereitgestellten Ein-
satzwagen, wobei sich die Treppe -
geschützt vor den Augen der zahl-
reich vor dem Haus anwesenden
Bürger - als geeigneter Ort anbot, die
Aktion durch kräftige Fußtritte,
Genickschläge und Polizeigriffe zu
unterstützen. Insgesamt wurden 28
Besetzer verhaftet, 8 Stunden in
Einzelhaft gesperrt und dann, eben-
falls unter Gewaltanwendung, er-
kennungsdienstlich behandelt.

Wie man sieht, regiert nach
der Kommunalwahl in Düsseldorf
wieder der Polizeiknäppel... (nach
„TAZ“, vom 11.10.79).
Wohnungskommission



Von einem Schlägertrupp (des Hausbesitzers?) zerstörte Wohnung in der
Brüsselerstraße 90. Die Schläger haben mit Vorschlagshämmern die Wände
eingeschlagen, um die Wohnung unbewohnbar zu machen.